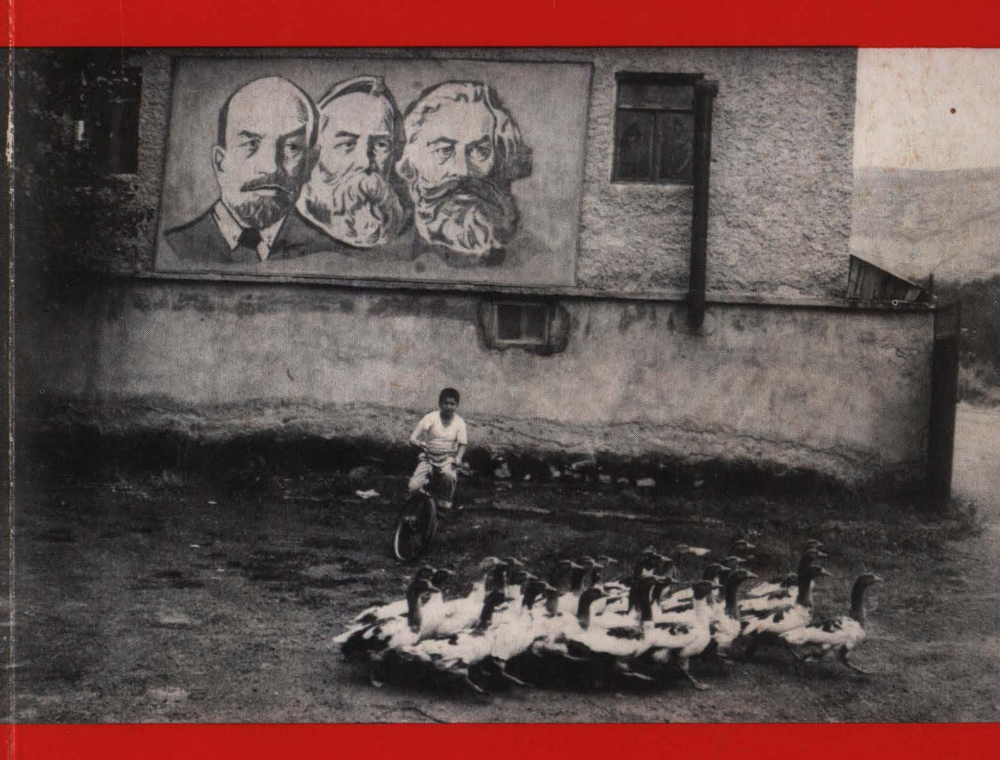
MATERIALIEN FÜR EINEN NEUEN ANTIIMPERIALISMUS NR. 4

Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells



BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER SOZIALEN KONFRONTATIONEN MIT DEM SOZIALISTISCHEN AKKUMULATIONSKOMMANDO

VERLAG DER BUCHLÄDEN
SCHWARZE RISSE ★ ROTE STRASSE

MATERIALIEN
FÜR EINEN NEUEN
ANTIIMPERIALISMUS NR. 4

Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells

BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER SOZIALEN KONFRONTATIONEN MIT DEM SOZIALISTISCHEN AKKUMULATIONSKOMMANDO

SCHWARZE RISSE, BERLIN ★ ROTE STRASSE, GÖTTINGEN

Verlag der Buchläden Schwarze Risse Berlin
und Rote Straße Göttingen

ISBN 3-924737-15-0

Gesamtherstellung: AktivDruck, Göttingen

Titelfoto: Pawel Kassin
entnommen aus: Fedjuschin, Fedorowskij, Gretler (Hg.),
"Wirklichkeit als Tragödie", Zürich 1990, Offizin Verlag

Bestellungen an:

Schwarze Risse, Verlag und Buchladen
Gneisenaustraße 2a
1000 Berlin 61
Tel./Fax: 030/6928779

Schweiz: Pinkus Genossenschaft, Zürich

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

In diesem Buch behandeln wir das bolschewistische Akkumulationsmodell vom Anfang und von seinem Ende her, seinen Anfang als Reaktion gegen die soziale Revolution, sein Scheitern im Patt eines über 70 Jahre fortschwelenden sozialen Antagonismus, seine Implosion und den Übergang in ein Krisenchaos: die gewaltsame Deregulation der dürftigen Existenzgarantien des Sozialismus, zugleich aber Terrain einer enormen Verdichtung sozialer Kämpfe.

Die Arbeit an diesem Buch hat über drei Jahre lang gedauert, und noch ist es nicht fertig (der historische Beitrag liegt erst zum Teil vor). Das liegt nicht zuletzt daran, daß der Versuch, das Ende des Bolschewismus im Zusammenhang einer sozialrevolutionär orientierten Debatte diskutierbar zu machen, einen Kehraus in den eigenen Köpfen bedeutet, der mehr Zweifel als Sicherheiten erzeugt. Und zudem lastete die Arbeit auf nur wenigen Schultern. Trotzdem meinen wir, daß es richtig ist, das Heft jetzt zu machen und die Diskussion zu verbreitern, auch wenn diese bei uns selbst noch kaum richtig in Gang gekommen ist.

Das Buch gliedert sich in drei Beiträge: Der **Aufsatz zum Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells** übertrumpft alles Sinnieren, ob das Ende der SU durch eine "Implosion" oder durch Totrüstung bedingt ist, mit der Analyse eines gesellschaftlichen Antagonismus: dem Scheitern einer militärkeynesianistischen Akkumulationsstrategie an den "Verwertungsblockaden einer sich widersetzenden Gesellschaftlichkeit". Die "Ökonomie des Kalten Kriegs" schuf Inseln der Produktivität auf dem Boden einer fortgesetzten Verarmung - der Werttransfer nach dem Muster der ursprünglichen Akkumulation wurde nicht wirklich überwunden, es gab kein "spill-over", das eine nachhaltige Modernisierung bewirkt, und das heißt, die Gesellschaftlichkeit der Renitenz zerstört hätte. Das soziale Patt der Breschnew-Ära wurde vom Reißbrett aus aufgekündigt: die Perestroika entstammte den Konzepten der Novosibirsker Soziologie, aber sie war sofort konfrontiert mit den verschiedenen Formen des Aufstands: dem Aufstand der Peripherie gegen das Zentrum, dem Aufstand in den Kohlerevieren und Industrieregionen, den Hunger- und Knastrevolten, der Rebellion der Jugendlichen...

Der analytische Duktus dieses Beitrags ist noch operaistisch, er knüpft an die Arbeiten di Leos, Plogstedts und Schlögels an, er bannt die Frauenfrage in einen pflichtschuldigen Extraabschnitt, wie wir es

nicht mehr wollen, aber besser noch nicht können, er benutzt implizit einen Klassenbegriff, der längst fragwürdig ist (es ist ja nicht damit getan, "Klasse" mit "Antagonismus" zu ersetzen). Aber das Ergebnis rechtfertigt die Mittel: wir glauben, daß es gelungen ist, die soziale Dialektik der Perestroika begrifflich hinreichend zu erfassen. Denn die Bedingungen für eine operaistische Analyse - die soziale Breite der Renitenz, die überkommene Technologie der Massenproduktion, die Sozialpolitik des Planstaats - sind für die SU besser erfüllt, als sie es hier im Land vielleicht je waren. Wovor wir uns aber hüten sollten, ist, die Analyse der Perestroika "triumphalistisch" zu lesen (ein Vorwurf, der dem Operaismus der 70er Jahre oft gemacht wurde): die Formen des Antagonismus tragen die Bedingungen seiner Zerstörung schon in sich, die patriarchale Reaktion, die nationalistische Implosion der Gewalt als Bedingung für neue Akkumulation...

Den **sozialen Antagonismus auf dem Land** haben wir in einem gesonderten Abschnitt beschrieben. Die Akkumulationsfeindlichkeit der Kolchosniki belegt am deutlichsten das, was die Hypothese sein könnte für das ganze Heft: auch mit den Millionen von Deportierten und Hungertoten des Stalinismus ließ sich der Antagonismus nicht auslöschen, der den "Kriegskommunismus" prägte: der Alltagswiderstand gegen die sozialistische Akkumulation, gegen die Liquidierung der bäuerlichen Existenzbedingungen, den Werttransfer in die Industrie. Der Politik des Hungers wird mit der Aneignung "durch den Zaun" begegnet: "Sind die Regale (in den Läden) noch so leer, sind die Kühlschränke (der Kolchosniki) um so voller". Auch in den Städten haben wir es noch immer mit den "BauernarbeiterInnen" zu tun, deren Revolten eine treibende Kraft der russischen Revolution waren; darauf verweisen die Analysen der innerrussischen Mobilität ebenso wie die fortbestehenden Beziehungen zum Land.

Der **historisch angelegte Beitrag "Zur Aktualität der russischen Revolution"** geht aus von der "unglaublichen Tatsache" einer Bauernrevolution und einer "Weiberrevolution", von einer revolutionären Vergesellschaftung gegen das seit den 1860er Jahren in Rußland einbrechende Weltkapital, gegen die Liquidierung von Existenz und deren Transformation in Wert, gegen die Kriegsökonomie, die nach 1917 zur Grundlage des bolschewistischen Plans wird. Der Beitrag ist geprägt vom Ringen um Begriffe, mit denen die Kumulation des globalen Antagonismus materialistisch erfaßt werden kann, und das macht das Lesen nicht einfach. Aber inzwischen rundet sich, was uns bisher über den Zusammenhang von Geld und Kommando referiert wurde, über

“schöpferische Zerstörung” und südosteuropäische Subsistenzunruhen (vgl. vor allem Detlef Hartmanns Beitrag in der AUTONOMIE 14), zu einem neuen Konzept des historischen Materialismus, in welchem die soziologischen Fixierungen des Klassenbegriffs überwunden werden und das sich der Weltsystemtheorie als dem fortgeschrittensten Ausdruck kapitalorientierter Imperialismusanalyse entgegenstellt: “Globaler Antagonismus, nicht Weltsystem”. Das ist mehr als sozialrevolutionär aufgemischter Schumpeter oder linksgewendeter Kondratieff, hier werden, auch wenn die Begriffe noch klappern, die Voraussetzungen geschaffen, um auch den metropolitanen Sozialprozeß im globalen Kontext zu verorten. Das Alte liegt darnieder - gut, fangen wir neu an!

Die Vergesellschaftungsstrategien der Akkumulation brechen sich an der Gesellschaftlichkeit der sozialen Revolution, es entstehen neue Gemengelagen von Wertraub und Widerstand, welche in die nächste Krise münden... Aber der Antagonismus wird zunehmend in arbeitsteilige Verhältnisse zerstreut, die eine antagonistische Vergesellschaftung zu verunmöglichen scheinen. Die konsistenten Subjekte, auf die sich Blanqui, Weitling oder die Narodniki bezogen, sind im Prozeß der arbeitsteiligen Vergesellschaftung aufgelöst. Der “globale Antagonismus” erscheint als Abstraktion, die von keiner revolutionären Strategie mehr einzuholen wäre. Die Deregulation des Bolschewismus mündet in ein Chaos von Hunger und Gewalt. In solch einer Situation sind schon bessere Köpfe als wir in den Reformismus oder zu Utopien geflüchtet, zu Modellen neuer Ordnung, die noch stets Ausgangspunkte patriarchaler Modernisierung waren. “Einer revolutionären Strategie”, heißt es im ersten Beitrag, “kann es nur darum gehen, den Schutt verkommener Geschichtslegenden und Theoriebildungen beiseitezuräumen und die Verbindungslinien zur sozialen Revolution in Rußland zu rekonstruieren” - eine rigorose Antwort, die notwendig unbefriedigend bleiben muß.

Die Analyse versperrt den Weg, Varianten des Sozialismus zu diskutieren. Sie fordert vielmehr, und das ist das Erbe von Korsch, der den historischen Materialismus auf die Organisationen der Arbeiterbewegung selbst angewendet wissen wollte, eine radikale Selbstkritik der linken Intelligenz. Diese ist dazu verurteilt, den Bezug zur Realität sich im Kopf herzustellen, und jede Theorie ist notwendig ein Abbild sozialer Prozesse, gefiltert vom Interesse der eigenen Verortung. Im bolschewistischen Modell konstituierte sich die technische Intelligenz der “progressive era” für Rußland, in der Sozialrevolutionären Partei spiegelte sich die Transformation der Obschtschina - was könnte jetzt, wo ein gescheitertes Akkumulationsmodell dereguliert wird, linke Theorie

anderes sein als eine Spiegelung des Krisenchaos, wenn sie sich nicht als neuer Ordnungsfaktor andienen will? Dieses ist ein zeitweiliger Zustand, das Chaos ist zeitweiliger Natur, auch wenn vieles darauf hindeutet, daß die imperialistischen Interessen darauf zielen, dem Hunger und der patriarchalen Brutalisierung Dauer zu verleihen, um die sozialrevolutionäre Kontinuität zu zerstören.

Mit dem Tod des Bolschewismus sollten wir die Narodniki aufleben lassen - es geht hier nicht um das Konzept der Narodnaja Wolja, durch den "Schlag ins Zentrum" der Bauernrevolution zum Durchbruch zu verhelfen, mit dem im Sinn, was der alte Marx "die schönste Chance" nannte, "die die Geschichte jemals einem Volk dargeboten hat" - nämlich den "verhängnisvollen Wechselfällen des kapitalistischen Regimes" zu entgehen. Wohl aber geht es um das Andenken an die heroischen Jahre 1879-82 und um die Vermittlungen, die zu den Basisguerillabewegungen des beginnenden 20 Jahrhunderts führten. - Es ist in diesem Jahr auch hier im Land klar geworden, daß die Zeit des bewaffneten Kampfs, der sich aus dem Zyklus der Jahre 1967-73 herleitete, vorüber ist. Aber auch denen scheint der Atem auszugehen, deren Praxis Übergänge zu neuen Formen von Basisguerilla hätte herstellen können, wie sie in den kommenden Jahren im europäischen Großraum unabweislich sein werden.

Was also lernen wir aus dem Ende des Bolschewismus? Die Diskussionen darüber haben kaum begonnen. Das Entsetzen über die verheerenden Wirkungen des Chaos, das an dessen Stelle getreten ist, machen es unmöglich, aufzuatmen. Dem Engel der Geschichte bläst weiter ein eisiger Wind in die Flügel. Auf keinen Fall geht es darum, in unseren Köpfen eine neue Ordnung herzustellen.

Solange wir es nicht genauer wissen - der soziale Prozeß wird neue Bedingungen für die sozialrevolutionär gesonnene Intelligenz zum Vorschein bringen, wobei die Mobilität und die Ansprüche auch der osteuropäischen Bevölkerung eine wesentliche Rolle spielen werden -, ist es sicher richtig, sich auf ein Minimum, auf das bedingungslose "Existenzrecht", auf den Kampf um die Sicherung der ersten Lebensmittel für alle, zu konzentrieren. Wenn die Liquidierung von Existenz nach wie vor Mittel und Bedingung der imperialistischen Akkumulation ist, scheint hier die radikale antiimperialistische Position zu liegen.

Soziale Revolution und das Kommando der Akkumulation. Zur Aktualität der russischen Revolution

Vorbemerkung

Die folgenden Darstellungen sind nicht mehr als ein Torso. Die Arbeit ist nicht rechtzeitig fertig geworden. Das lag an persönlichen Schwierigkeiten, aber auch am Anspruch. Der Anspruch ist, den Zusammenbruch des "realen Sozialismus" in einer sozialrevolutionären Debatte genauer diskutierbar zu machen. Dazu reicht es nicht, die historischen Fälschungen zu korrigieren, wir müssen ihre legitimatorische Funktion im Kontext realer Unterwerfung und Ausbeutung sichtbar machen. Denn was mit dem Zusammenbruch des "realen Sozialismus" untergegangen ist, ist ja nicht eine kommunistische Hoffnung. Es werden nur die Unterwerfungsformen am Ende eines großen Ausbeutungszyklus dereguliert, die wir "realen Sozialismus" nennen. Und dies aus denselben Gründen, aus denen er eingeleitet wurde: im Versuch, die Blockierungen zu durchbrechen, die der soziale Antagonismus dem sozialtechnischen Fortschritt der Ausbeutung entgegenstellte.

Aus demselben Grund, wenn auch mit anderen Mitteln, deren Unterschiedlichkeit der historischen Dynamik des sozialen Kriegs geschuldet war. Die bolschewistische Machtelite versuchte, das Kommando über die sozialen Ausbeutungsbedingungen gegen die kommunitären Bewegungen der sozialen Revolution in der Intensivierung der Kriegsökonomie am deutschen Vorbild wiederzugewinnen. Als Medium sozialistischer Vergesellschaftung par excellence gefeiert, blieb die Ökonomie des heißen und kalten Kriegs nach außen immer ein wesentliches Moment der sozialistischen Vergesellschaftung des etatistisch-monopolistischen Akkumulationszugriffs auch im sozialen Krieg nach innen. Da sich seine Wachstums-

dynamik in sozialen Blockierungen erschöpft und festgefahren hat, wird sein Instrumentarium in einer Deregulierungsoffensive auf der Suche nach neuen Zugriffsstrategien zertrümmert. Es ist Ausdruck derselben historischen Logik, daß dieser große zyklische Bogen nur die Verlaufskurve des fordistisch/tayloristischen Unterwerfungsmodells parallelisiert, das seinen ersten Durchbruch ebenfalls in der deutschen und amerikanischen Kriegsökonomie vollzog und nun sein well-/warefare-Instrumentarium umbaut.

Diesen Zyklus im Detail nachzuzeichnen, konnte dieses Heft sich nicht zur Aufgabe machen. Es mußte sich auf die Anfangs- und Endphase beschränken, die nicht ohne einander zu verstehen sind und sich gegenseitig interpretieren. Mängel, Schiefheiten und Verkürzungen waren dabei nicht zu vermeiden. Das versöhnt mich denn auch etwas mit meinem eigenen Stückwerk, seinen Auslassungen und Lücken. Es ist zusammengesetzt aus Bruchstücken zweier unfertiger Arbeiten zu verschiedenen Abschnitten dieses Bogens. Erst im Verlauf dieser Arbeiten habe ich festgestellt, wieweit ich ihn spannen mußte. Die Bestandteile des hier zusammengesetzten Torsos kann ich inhaltlich verantworten, trotz einiger beabsichtigter Änderungen. Ich habe sie auch unter Gesichtspunkten ausgewählt, auf die es mir am meisten für eine sozialrevolutionäre Debatte ankommt und die helfen können, den Weg von einem Materialismus der Ausbeutungsbedingungen und ihrer vergesellschaftenden Optimierung zu einem Materialismus der Befreiung und sozialen Revolution zu finden.

Die eigentlichen Darstellungen zu den revolutionären Bewegungen der BäuerInnen, BauernarbeiterInnen und auch "erblichen" FabrikarbeiterInnen habe ich noch nicht fertig. Sie sind in den letzten Teilen dieser Arbeit umrissen. Das große Einleitungskapitel haben wir auch in dieses Heft aufgenommen. Es soll keine Zweifel aufkommen lassen, wie radikal wir, um Beginn und Zusammenbruch des "realen Sozialismus" zu begreifen, mit dem analytischen Apparat aufräumen müssen, der seit mehr als hundert Jahren nur den Anspruch der linken Intelligenz auf Teilhabe am Verwertungskommando ideologisch unterfüttert. Nicht erst der Stalinismus, sondern schon die bolschewistische Orientierung an den Möglichkeiten der Kriegsökonomie als Medium produktiver Vergesellschaftung markierte den endgültigen Verfall der emanzipatorischen Versprechungen des Marxismus und warf ein eindeutiges Licht zurück auf seine Projektionen von vernünftiger Vergesellschaftung. Es bleibt

hier allenfalls die Frage offen: Wird sich der Marxismus noch einmal zu einer Utopie fortschrittlicher Vergesellschaftung der sozialen Kriegsmittel erholen können oder wird diese Funktion von einem neuartigen Ideologietypus übernommen werden? Der Markt der Diskurse boomt, aber ausgemacht ist da nichts.

Einleitung

"Die Tatsache bleibt also bestehen, daß die Februarrevolution von unten begann nach Überwindung der Widerstände der eigenen revolutionären Organisationen, wobei die Initiative von dem am meisten unterdrückten und unterjochten Teil des Proletariats, den Textilarbeiterinnen, unter denen, wie man sich denken kann, nicht wenige Soldatenfrauen waren, spontan ergriffen wurde"
(Trotzki).

"In Rußland ist die Revolution zweifellos an ihrem Wendepunkt angelangt. In diesem Bauernland (...) wächst ein Bauernaufstand heran. Dies ist unglaublich, aber es ist eine Tatsache."
(Lenin am 29.9.17 aus dem Versteck).

I. Der Zusammenbruch des "realen Sozialismus" und des "Leninismus" macht die Auseinandersetzung mit der russischen Revolution zu einem absoluten Muß, denn hier hatten sie ihren Ausgangspunkt. Ohne diese Auseinandersetzung ist die Krise der metropolitanen Linken, besser die Krise der linken, revolutionär gesonnenen Intelligenz nicht zu verstehen, geschweige denn fruchtbar zu diskutieren. Die Oberflächlichkeiten dieser Diskussion machen erschreckend deutlich, daß unser revolutionäres Geschichtsverständnis und unsere Theorie noch immer nicht auf der Höhe der russischen Revolution sind. Sicher wissen wir, daß die politische Machtübernahme des Oktober nicht die russische Revolution war, sondern eine relativ mühelose Besetzung einiger übriggebliebener Positionen des Übergangsregimes, deren gesellschaftliche Grundlage der revolutionäre Prozeß schon in Nichts aufgelöst hatte. Aber wo lag dieser revolutionäre Prozeß? Von woher bezog er seine Inhalte?

Er äußerte sich in der "unglaublichen Tatsache" des Bauernaufstands. Sie war das Kernthema von Lenins verzweifelten Appellen aus dem Versteck an die Parteigenossen im Frühherbst 1917, nicht wie im Februar noch einmal hilflos hinter den autonomen Prozessen revolutionärer Radikalisierung zurückzubleiben und endlich auf den fahrenden Zug aufzuspringen, solange es noch ging. Lenins Beschwörungen lassen wenig Zweifel, daß er im Unterschied zu vielen Genossen der Parteielite zumindest eine Ahnung davon hatte,

was die Geschichtsschreibung inzwischen hinreichend belegt hat: daß die Bauernrevolution ihre organisatorischen Prozesse schon Monate zuvor abgeschlossen hatte, aus den revolutionären Basisgemeinden heraus die alte Eigentumsordnung weggefegt hatte und nunmehr im Begriff stand, auch dem Kerenskiregime den letzten Stoß zu geben. "Aufstand"? "wächst heran"? Die Revolution aus den Dörfern war eine vollendete Tatsache, bevor der Oktoberaufstand begann. Sie war nicht nur eine entscheidende Voraussetzung seines Erfolgs, sie übertrug ihre Kampfinhalte durch die vielfältigen Zirkulationsformen zwischen Dorf und ArbeiterInnenklasse auch in die Radikalisierung des Fabrikproletariats hinein.

Ebenso zentral für den sozialrevolutionären Prozeß war die "Weiberrevolution", von der Trotzki in dem Zitat berichtet, das seiner "Geschichte der russischen Revolution" entnommen ist. Diese schrieb er Ende der 20er Jahre gegen Stalin. Er bemühte darin eine neue und durchaus bewundernswerte Sensibilität für das, was er "molekulare" revolutionäre Prozesse nannte. Sie dienten ihm zum Beleg für die inzwischen allgemein geteilte Erkenntnis, wie peinlich träge die bolschewistische Kaderelite (vor allem Stalin, Sinowjew, Kamenew) der Radikalität revolutionärer Basisprozesse "nachtrottete" (Trotzki), unablässig hinterhergetrieben von dem hellsichtigeren Lenin, der sie wenigstens frühzeitig genug erkannte, auch wenn er an ihrer Entstehung keinen Anteil hatte. Auf diesen Verwendungszweck innerbolschewistischer Machtquerelen beschränkte Trotzki wohlweislich seine Schlußfolgerungen. "Eigene Organisation"? "Spontan"? Die Bolschewiki waren nicht die "eigene Organisation" der revolutionären Frauen, ihre männliche Elite hatte ihnen gegenüber die gewohnte Geringschätzung auch 1917 kaum abgelegt. Einmal, weil es bloß Frauen waren, zum anderen, weil sie hauptsächlich zu den nur "halbproletarischen" Bauernarbeiterinnen gehörten, die gerade erst in die zaristische Kriegsökonomie eingezogen waren. Kollontais Versuche, kurz vor dem Krieg von der Kaderebene aus in die seit 1895 wachsende Frauenmilitanz einzusteigen, waren auf wenig Gegenliebe bei den männlichen Parteikollegen gestoßen[1] und zudem durch den Kriegsausbruch jäh blockiert worden. "Spontan"? Trotzki[2] deutet wenigstens an, daß er selbst es besser wußte. Die Februarrevolution war die Zuspitzung eines Kampfzyklus gegen die Kriegsökonomie – in der gewohnten sexistischen Abwertung auch "Hungerrevolten" genannt –, den Frauen aus informellen organisatorischen Zusammenhängen schon seit April 1915 entscheidend

bestimmt und zunehmend politisiert, d.h. zu einer Auseinandersetzung mit dem System entfaltet hatten. Sie nahmen damit nicht nur die Vorkriegszyklen autonomer Frauenkämpfe wieder auf. Vielmehr rückten sie im Krieg in die vorderste Front der Auseinandersetzung mit den kriegsökonomischen Rationalisierungsoffensiven und bildeten bis in den Oktober eine treibende Kraft der Revolution. “Bloßer” Hunger? In dem Moment, in dem das Kapital durch Sonderernährungsagenturen die direkte Kontrolle über die Reproduktionskosten zum Vehikel kriegsökonomischer Wertschöpfung machte und die Hungerpolitik vergesellschaftete, wurde die Organisation des Kriegs von unten gegen den Hunger notwendig zur ersten Kampflinie gegen das Kapital.

Ich habe diese Zitate vorweggestellt, weil sie zwei Kampfzyklen benennen, die zum Kern der Dynamik gehören, die die russische Revolution bewegte und die darum auch zu den Schwerpunkten meiner Darstellungen gehören werden. Ihre Inhalte borgten sie sich nicht von den gesellschaftlichen Modernisierungsprojekten aus, mit der die linke Intelligenzija gleich welcher Couleur später in die Revolution einstieg. Ihre Modernität war vielmehr eine revolutionäre Modernität. Das heißt: entwickelt in der Kampfauseinandersetzung mit den Akkumulationsstrategien des kriegsökonomischen Monopolismus. Es war dieser umfassende soziale Antagonismus, in dem die Logik des revolutionären Prozesses sich diesen ihren modernsten Ausdruck suchte. Das gilt für die revolutionären Werte und Leitvorstellungen ebenso wie für seine organisatorischen Formen und seine Kampfformen.

So denunzieren die üblichen Pejorative wie “Hungerunruhen” und “Bauernrevolten” nur ihre Benutzer. Der spätzaristische Monopolismus hatte im Medium des totalen Kriegs den Hunger vergesellschaftet. Die gesamtgesellschaftliche Kontrolle über die Reproduktionskosten im staatlichen Management von Inflation, Rationierungen, Getreidemonopol etc. war wesentlicher Bestandteil kriegsökonomischer Akkumulation, in der vor allem die BauernarbeiterInnen ein wachsendes Segment der neu zusammengesetzten ArbeiterInnenklasse darstellten. Es liegt daher in der Logik der Auseinandersetzung, daß die Frauen die Initiative übernahmen und daß die sozialen Formen, in denen sie die Konfrontation organisierten, in den Kern des revolutionären Prozesses rückten, der die Kriegsökonomie zum Bersten brachte. Ähnliches gilt für die “Bauernrevolten”. Die Intensivierung des staatlichen Raubs von Vieh und Getreide

durch die Requisitionsverwaltung der zaristischen Kriegsökonomie (in die die zukünftige Planungselite der SU seit Ende 1915 mit wachsendem Einfluß ihr Know-How einbrachte und die Programme von 1918 vorformulierte) und der damit intensivierte Wirkungsmechanismus der Stolypin'schen Reformen verschärften einen Zusammenstoß, der schon lange die Dauerkrise der nationalen Wertschöpfung bestimmt hatte. Die ökonomisch-soziale Konfrontation mit der staatsmonopolistischen Modernisierung hatte auf dem Land schon 1916 die Grenze zum offenen Krieg erreicht, und die Bauernrevolution des Jahres 1917 mußte damit zum entscheidenden Ausdruck der revolutionären Auseinandersetzung mit dem Kapital werden.

Wenn also hier der revolutionäre Prozeß und seine Subjekte nachgezeichnet werden sollen, so geht es um mehr als die Darstellung seiner wesentlichen Bewegungen, um mehr als den Aufweis, welch entscheidende Rolle die ArbeiterbäuerInnen der Hungerrevolten und die BäuerInnen des revolutionären Dorfs gespielt haben. Es geht um die Entschlüsselung ihrer revolutionären Momente, Inhalte, Werte aus der Logik der Auseinandersetzung mit den Strategien der Akkumulation. Nicht aus den Erfordernissen der Akkumulation, wie ein zur Ideologie des Akkumulationsfortschritts verkommener Sozialismus es wollte. Nicht aus der Selbstbewegung sozialer Teilbereiche, zu denen ein einfacher sozialgeschichtlicher Ansatz die Revolten neutralisierte. Sondern aus dem entfalteten Antagonismus selbst, in dem beide sich begegneten.

Dieses Verständnis ist vielen ungewohnt. Darum will ich es vorweg an zwei wichtigen Punkten plastisch machen. Zu einem der hartnäckigen Gemeinplätze über den Bauernaufstand gehört bis heute, daß in ihm die alte "Obschtschina", die Dorfgemeinschaft, ihre Traditionen wieder aufleben ließ. Nichts ist falscher als das. Die alte Obschtschina als Organisationsform agrarischer Produktion und Abpressung bäuerlichen Mehrwerts war so tot wie ein Türnagel. Die revolutionäre Basisgemeinde vollzog die Transformation der kommunitären und egalitären Werte, die das Dorf schon immer gegen seine Ausbeuter mobilisiert hatte, zu revolutionären Werten in der Auseinandersetzung mit den staatsmonopolistischen Akkumulationsoffensiven des Kapitals. Das ist nicht nur etwas anderes, das ist genau das Gegenteil der Dorfgemeinschaft als "traditioneller" Produktionsweise.

Oder: Es wird häufig der Begriff "Arbeiterklasse" und "Klassenzusammensetzung" bei der Bestimmung revolutionärer Kerne und Schwerpunkte verwendet. Alle qualifizierten Berichte sagen uns, daß die damit verbundenen Vorstellungen an der sozialen Realität des Konflikts vorbeigingen. Während die dünne alte Garde qualifizierter "erblicher" Arbeiter im Großen und Ganzen als "Patrioten" eine ähnlich traurige Rolle spielten wie in den anderen kriegführenden Ländern, waren es (wie schon 1905 und 1913/14) die ca. 80% aus dem Dorf in die Fabrik eingezogenen ungelernten ArbeiterInnen, die das radikalste fabrikproletarische Segment des revolutionären Prozesses ausmachten. Aber hierin gehorchten sie nicht den Zerlegungen und Kategorisierungen der Theorie. Sie bestimmten den revolutionären Prozeß gegen den etatistischen Zugriff als "BauernarbeiterInnen" in einer mobilen Front, die die Verbindung zum Dorf nicht aufgegeben hatte und in revolutionären Werten und Bewegungsformen mit den revolutionären Basisgemeinden korrespondierte. Auch in diesem Punkt gewinnen wir zum revolutionären Subjekt keinen Zugang über die produktivistischen Kategorien der industriellen Wertschöpfung und die soziologischen Trennlinien zwischen Bauern und Arbeiterklasse, sondern nur aus ihrer Konfrontation mit den Subsumtionsstrategien spätzaristischer Wertschöpfung insgesamt. Denn "BauernarbeiterIn" ist keine Art chemischer Verbindung verschiedener sozialer Elemente, sondern ist der eher hilflose Begriff für ein revolutionäres Spektrum, das das Raubmonopol in der Gesamtheit seines Kontinuums angriff. Das politische "Bündnis" zwischen Arbeitern und Bauern, diese leninistische Legende, wurde nie geschlossen. Denn das revolutionäre Kontinuum bedurfte keines Bündnisses, es war seit langem eine soziale und darum politische Realität und sollte auch nach dem Oktober zu einem der größten Probleme für den Bolschewismus werden.

II. Den sozialrevolutionären Prozeß in diesem Antagonismus zu umreißen und in den schon genannten Schwerpunkten plastisch zu machen, das ist die Aufgabe, die sich dieser Beitrag setzt. Das bedeutet vor allem, daß wir auch seinen Gegner über die Pauschalitäten von "Monopol-" und "Finanzkapital" hinaus genauer fassen müssen. Gegner waren die Akkumulationsstrategien der Kriegsökonomie, in denen sich das Kapital seine modernste Ausprägung gab. Wie in allen kriegführenden Ländern war das Projekt der Totalisierung, der Vergesellschaftung des kriegsökonomischen Kommandos[3]

auch in Rußland die Durchsetzungsform kapitalistischer Modernisierung (und das weitgehend und ausdrücklich nach deutschem Muster). In den technologischen, ökonomischen und geldpolitischen, verwaltungstechnischen etc. Fortschritten wurde totaler Krieg gleichbedeutend mit Totalisierung des sozialen Kriegs. Wie in anderen kriegführenden Ländern können diese Dimensionen der Vergesellschaftung des kapitalistischen Kommandos im Medium des totalen Kriegs nicht voneinander getrennt werden. Als komplexes Ganzes stellten sie einen Durchbruchsversuch zu einer neuen Stufe sozialer Wertschöpfung dar[4]. Besonders plastisch wurde dies in Rußland. Denn hier sprengte die Modernisierung die überholten Formen sozialer Hegemonie nicht nur von innen, wie etwa in Deutschland, den USA und (weniger) auch in England. Vielmehr formierte eine neue technokratische Elite ihren Dienst an der Kapitalakkumulation in den Kriegsindustriekomitees, dem Zemstwo- und Städtebund, dem Sonderernährungskomitee etc. zum Teil gegen und vorbei an den Organen der plumpen zaristischen Autokratie zu einem regelrechten "Gegenstaat"[5]. Es ist dieses komplexe Ganze des Kriegsprojekts als Modernisierungsschub, mit dem sich die soziale Revolution in allen Dimensionen konfrontierte: im Kampf gegen den Hunger, die Requisition, die Inflation, die Unterwerfung unter das Subsumtionsdiktat der Kriegsgesellschaften (Arbeitsorganisation, Klassenzusammensetzung, Zwangsarbeit) und in alldem gegen den Krieg im Ganzen. An diesem Punkt wird sich erweisen, daß die Kritik am Produktionsfetisch des Leninimus weit zu kurz greift und daß dieser auch keinen "Irrtum" darstellt. Sein revolutionärer Etikettenschwindel besteht darin, daß er schon in den Programmen des Jahres 1917 die Angriffstrategien der zaristischen Kriegsökonomie voll aufnahm. Lenins Imperativ "lernt vom Deutschen" hieß schon 1917: lernt von der deutschen Kriegsökonomie, die in der sozialen Revolution steckengebliebenen Ansätze der russischen Kriegsökonomie aufzugreifen und voranzutreiben[6].

III. Aus der russischen Revolution lernen heißt also, den Verständnisrahmen sehr viel weiter zu spannen. Einmal war der Zusammenprall zwischen sozialrevolutionärem Prozeß und Kriegsökonomie nicht auf Rußland beschränkt. Dies erst erklärt die "Parallelen" und "Zusammenhänge" in seinen Erscheinungen. Der Kampf der Frauen und Jugendlichen war übernational, er bestimmte die Aufstandszyklen der USA, Deutschlands, Rußlands, ohne "interna-

tional" organisiert zu sein (darum verzichte ich auch auf diesen usurpatorischen Begriff). Die Bauernrevolution war übernational und transnational zugleich. Sie verwirklichte sich in einem Flächenbrand von Finnland über die baltischen Republiken und den Balkan bis nach Asien und Kleinasien, und auch noch die Parallelität zur mexikanischen Revolution aus den Basisgemeinden von Morelos über die Kontinente hinweg drückte bloß die Logik desselben Antagonismus aus[7]. Transnational war der Flächenbrand nicht etwa nur darum, weil er über nationale Grenzen und Kriegsfronten hinwegfegte, sondern vor allem, weil er eine rein soziale Revolution verwirklichte. Nation und Nationalismus bestimmten sie nicht, der Nationalstaat spielte allenfalls eine Rolle als Gegner: als Inbegriff des Gesamtinstrumentariums und Vehikels des Wertraubs. So werden wir die "Übernationale" und "Transnationale" des sozialrevolutionären Prozesses als ein Spektrum analysieren müssen, das sich insgesamt gegen den eigenartigen Internationalismus des homologen Kriegsprojekts entfaltete, in dem die feindliche Brüderschaft des Kapitals ihr Kommando modernisierte, und in diesem Spektrum die russische Revolution zu verorten versuchen.

Zum anderen wird uns dies zwingen, unseren geschichtlichen Begriff zur Entfaltung dieses Prozesses zu überprüfen und eine Reihe von liebgewordenen Schablonen infragezustellen. Ich werde unten die These begründen, daß der Weltkrieg als totaler sozialer Krieg nur einen langen Zyklus des sozialen Antagonismus in seine letzte Verdichtungsphase transformierte, der in der bürgerlichen Reaktion auf den Vormärz angelegt war und nur im globalen Kontext aufzuschlüsseln ist. Diesen Begriff eines Weltkonflikts halte ich den gängigen (und gerade an diesem Zyklus entwickelten) Theorien des kapitalistischen Weltsystems entgegen, die den globalen Rahmen zwar richtig betonen, aber die Immanenz der kapitalistischen Perspektive nicht verlassen. Globaler Antagonismus, nicht Weltsystem.

IV. Um von vorneherein keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: dies ist keine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus und Leninismus. Eine Diskussion über 70 Jahre Irrtum ist absurd und gefährlich bequem. Der Leninismus war kein Irrtum, kein Ausdruck falscher revolutionärer Ideen, seine Entwicklung ist auch nicht apologetisch als beklagenswertes Opfer unverschuldeter Sachzwänge wohlwollend oder bedauernd hinzunehmen, in der An-

fangsphase des Kriegskommunismus genausowenig wie in der Endphase angeblicher Totrüstung. Materialistisch hatte er seinen präzisen, wenn auch taktisch wechselnden Ort im Verhältnis zum sozialrevolutionären Prozeß. Hierum geht es, dies ist zu beschreiben und dies ist auch der zentrale Ansatz, aus dem sich all die beunruhigenden Fragen entwickeln lassen, die sich eine revolutionäre Linke heute stellen muß.

Es ist sicher legitim und methodisch sinnvoll, dieses Verhältnis von der Wende her aufzuschlüsseln, die sich im Windschatten des Brester Vertrags offen gegen die revolutionären Ansprüche der ArbeiterInnen, Soldaten und BäuerInnen richtete[8]. Denn das Maßnahmebündel dieser Wende zog in atemberaubender Geschwindigkeit den strategischen Grundriß eines gesamtgesellschaftlich geschlossenen roll-backs: Militarisierung des Arbeitskommandos und Vertiefung der Lohndifferenzierung, Besetzung der sozialen Kommandohöhen durch die technokratische Intelligenz, und zwar in allen gesellschaftlichen Sektoren, Monopolisierung der Ernährungsverwaltung im Übergang zum offenen Getreidekrieg gegen das revolutionäre Dorf durch bewaffnete Requisitionsmilizen und Tscheka, Reorganisation des Armeekommandos mit Hilfe der jungen zaristischen Offiziersintelligenz gegen die Soldatenkollektive und zugleich "im Kampf gegen die Partisanen" als Ausdruck der Bauernrevolution (Trotzki[9]), das sind einige der Schlüsselvorstösse einer auch im übrigen homologen Offensive. Aber ihre Klarheit und Eindeutigkeit darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich nicht um eine gegenrevolutionäre Wende im engeren politischen Sinne handelte. Vorstellungen von Komplott oder auch von Verrat revolutionärer Prinzipien an den politischen Sachzwang (eine beliebte Variante linker Enttäuschungsabwicklung[10]) gehen an ihrem materiellen Kern vorbei. Denn in ihr erreichten nur langentwickelte Strategien eine gesamtgesellschaftliche Koordination und Verdichtung, die Vorstöße der zaristischen Kriegswirtschaft aufgriff und zu einer neuen Etappe in der Auseinandersetzung mit dem Sozialprozeß verlängerte. Lenins Projekt einer Sozialisierung am sozialtechnischen Vorbild der deutschen Kriegswirtschaft (an der er seine Theoriebildung lange zuvor unter dem Einfluß seiner engsten Mitarbeiter Larin und Krassin, Bogdanow und anderer orientiert hatte, die alle einem regelrechten Effizienzrausch in der Observanz der deutschen Kriegsökonomie erlegen waren) diente der Weiterentwicklung kriegsökonomischer Planung der zaristischen Kriegsöko-

nomie. Der Altbolschewik Krassin, von Trotzki und Lenin schon ab November 1917 zur Schlüsselfigur der Wende aufgebaut und später sowohl als Volkskommissar für Handel, Industrie und Transport als auch als graue Eminenz der Außenpolitik Träger einer einzigartigen Machtfülle, war im Krieg als Vertreter von Siemens-Schuckert, als Aufsichtsratsmitglied der Russisch-Asiatischen Bank und der Firma Baranowskij (und Freund Putilows) in den zaristischen Kriegsindustriekomitees maßgebend tätig gewesen. Ähnliches gilt für Krzizanowskij, den späteren Vorsitzenden der Staatlichen Elektrifizierungskommission (GOELRO) und den stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates Miljutin, der seine Ideen gemeinwirtschaftlicher Wertschöpfungskalkulation im zaristischen Inflationsmanagement entwickelte. Wichtiger noch als sie (weil die Wertschöpfung aus der Auspressung bäuerlicher Arbeit in Rußland zentral war) war Groman, der als führender Kopf für Fragen der Getreiderequisition in der kriegsökonomischen Formation des Zemstwo- und Städtebunds 1916 die brutalen Strategien konzipierte, die er 1917 in der Übergangsregierung des Fürsten Lwow aktualisierte und im Frühjahr 1918 zum zentralen Konzept der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation weiterentwickelte, eines militarisierten Raubkriegs gegen die revolutionären Bauern.

Sie alle -unter ihnen alte Bolschewisten- machten nicht nur die Pläne und Projekte der zaristischen Kriegsökonomie zur Grundlage des sozialistischen Plans, sie brachten auch einen Großteil ihrer alten Planungsstäbe (Groman überführte fast seinen ganzen Mitarbeiterstab) ins bolschewistische Management ein.

Hieraus ist "materialistisch" die Position im sozialen Krieg leicht zu verorten, hier finden aber nicht nur die strategischen, sondern auch die biographischen Kontinuitäten ihre beunruhigende Erklärung. Die Machtgruppe, mit der Lenin die "Wende" organisierte, bestand aus linken Exponenten des sogenannten "dritten Elements", einer technokratischen Intelligenz aus den Bildungsinitiativen der Witte'schen und Stolypin'schen Reformen, die sich ihre Zukunftschancen gerade im Medium der kriegsökonomischen Sachzwänge erarbeitete - als technokratischer Kern der Modernisierung der russischen Gesellschaft und gegen die hilflosen Relikte der Autokratie, deren Formen sozialer Herrschaft den Anforderungen der Kapitalakkumulation nicht mehr genügten. Insoweit drückten sie materiell dieselbe Bewegung aus wie die von Lloyd George in England, Rathenau und Moellendorff in Deutschland, Baruch, Edison, Young

in den USA im Kriegsmanagement durchgesetzten "Ingenieurrevolutionen", die die sozialen und technologischen Impulse der progressiven Formationen der Vorkriegszeit im Medium des totalen Kriegs gleichsinnig und in offenem gegenseitigen Lernprozess zum Durchbruch brachten. Die ideelle Orientierung Lenins, Larins und Krassins am deutschen Kriegsmanagement war also mehr als nur der ideologische Widerschein einer gleichsinnigen Modernisierung des Verwertungsregimes, sie drückte die internationale Bewegung eines neuen subjektiven Elements auf die Kommandobrücke der sozialtechnisch-ökonomischen Macht aus, das die Fesseln der überholten sozialen Hegemonie abstreifte (in der Geschichtsschreibung platt als "Elitetausch" etikettiert) und zugleich die Imperative der Akkumulation vergesellschaftete. Die linke Intelligenz, hervorgebracht in den Reibungen des Klassenkriegs, trieb im Prozeß der Zertrümmerung der alten Ordnung das Akkumulationsregime auf eine höhere Stufe der Vergesellschaftung, um darin den sozialrevolutionären Prozeß aufzufangen. Wir kennen das alte Lied. Es intonierte die Melodie von 1793 und 1848 mit einem neuen Orchester und präziseren Instrumenten. Rosa Luxemburg war nur leicht im Irrtum, wenn sie Lenin als Karikatur des Weberianischen Managers ironisierte: es war das Original, und die Unterschiede waren keine Retuschen, sondern notwendiger Ausdruck peripherer Verwirklichungsbedingungen.

V. Die Kämpfe, die hier ihren Ausgang nahmen bis hin zur Erschöpfung des Akkumulationsmodells im aktuellen Zusammenbruch, werden also nur begreifbar, wenn wir ihre historische Linie auf diese Konfrontation zwischen Vergesellschaftungsstrategie der Kapitalakkumulation und Gesellschaftlichkeit der sozialen Revolution zurückbeziehen. National wie im globalen Kontext, denn das Unterwerfungskonzept der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation wurde über die Agentur der Komintern zum globalen Entwicklungsmodell erweitert, das den westlichen Imperialismus dort komplettierte, wo die sozialrevolutionären Bewegungen für ihn unüberwindlich wurden. Die schon früh verheerenden Allianzen mit ehrgeizigen nationalen Eliten (von der rechtsterroristischen IMRO Mazedoniens bis zum Cuba Batistas) im "Zwielicht der Komintern", wie Carr es treffend nennt, hatten hier ihren Grund.

Die genaue Analyse dieser Konfrontation wird dazu beitragen können, wie sinnlos das Herumstochern in den verdorbenen ideologischen Resten des Sozialismus ist, wie absurd die Trauerarbeit ehrlicher Linker. Mehr als absurd, gefährlich. Denn der Zusammenbruch eines Modells von sozialer Hegemonie und Akkumulation, die krisenhafte Erschöpfung seiner Wertschöpfungsressourcen im Widerspruch der Ausgebeuteten, ist wie schon immer der katalytische Prozeß, den die Initiativen zur Reorganisation und Modernisierung des patriarchalen Akkumulationsregimes nutzen. Sie werden einen neuen, vielleicht geänderten Diskurs zur Durchführung von Umbau und neuer Ordnung suchen, aber er wird notwendig auf ein Modell und eine Strategie der Vergesellschaftung zielen, in dem eine neue soziale Technokratie sich ihren Platz sucht. Ob irgendwelche Trümmer sozialistischer Ideologie hier noch eine Rolle spielen werden, ist noch nicht ausgemacht, aber verhältnismäßig gleichgültig.

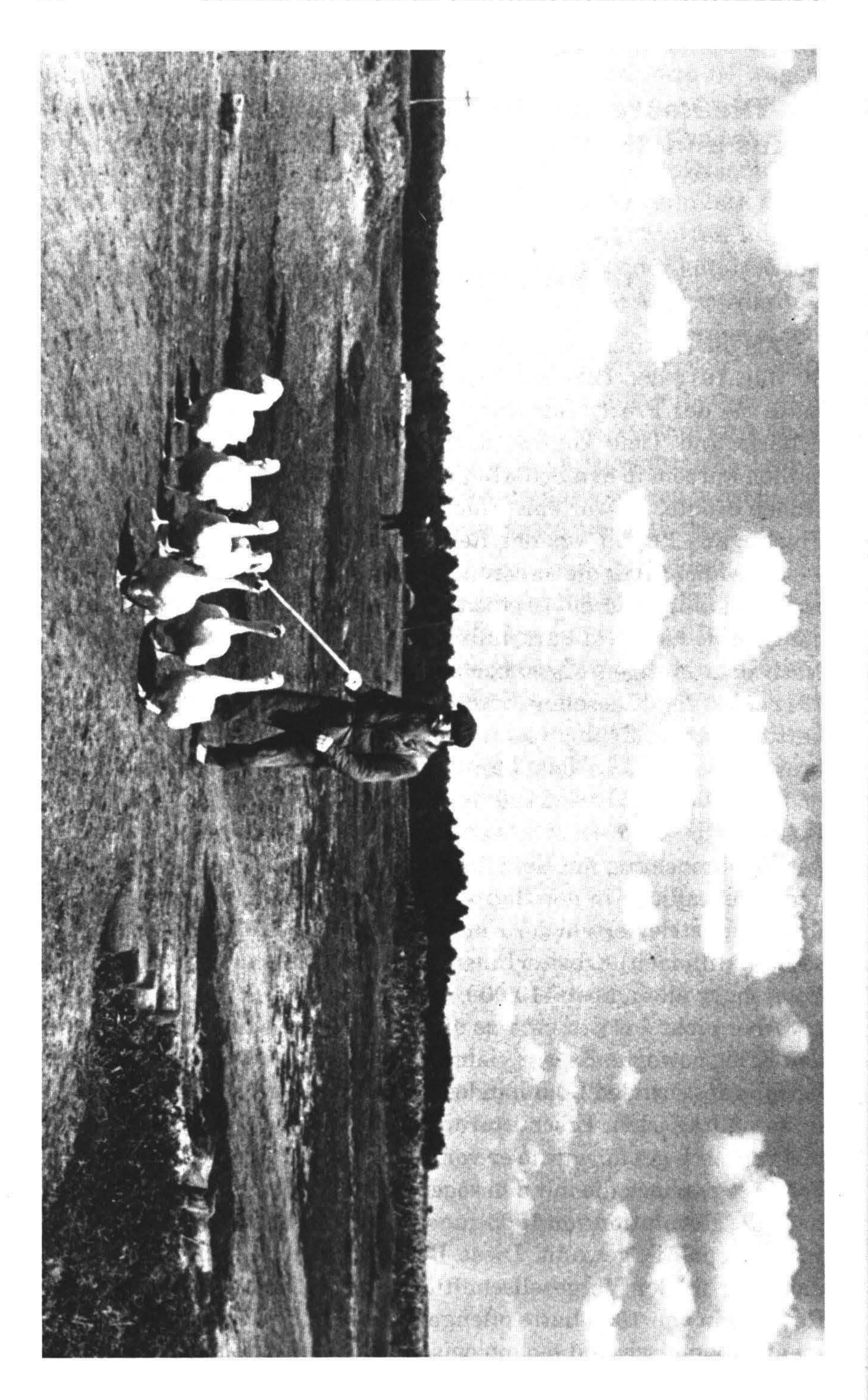
Einer revolutionären Strategie kann es nur darum gehen, den Schutt verkommener Geschichtslegenden und Theoriebildungen beiseite zu räumen und die Verbindungslinien zur sozialen Revolution in Rußland zu rekonstruieren. Sie in den kommunitären und egalitären Kampfwerten aufzusuchen, die die Revolution der Frauen, der BäuerInnen und ArbeiterInnen bestimmten und den kollektiven Kampfformen, in denen sie sich organisierten. Und zu lernen, welche Strategien der Spaltung, der Bewertung, der Zerlegung, des Kriegs es waren, die sie in eine weitere lange Etappe des sozialen Antagonismus zwangen.

1. Die Reorganisation des weltweiten Antagonismus und die Transformation des sozialen Kriegs in Rußland.

1.1. Kriegsökonomie gegen soziale Revolution

Als die russische Autokratie mit der Generalmobilmachung am 30. Juli 1914 den Übergang zur offenen Kriegsökonomie einleitete, hatte sie der Prozeß der sozialen Revolution mit einer derartigen Schärfe und Tiefe konfrontiert, daß er die Revolution von 1905 binnen kurzem in den Schatten eines bloßen historischen Prologs zu stellen drohte. Es war eine Flucht, so formuliert es von Rauch, eine Flucht "aus Furcht vor der Revolution in den Krieg"[11]. Und auch wenn ähnliches für die anderen Länder gesagt wird (wir werden uns unten damit auseinandersetzen), so traten doch in keinem von ihnen die Gründe hierfür derart militant auf die Straßen wie in Rußland. Nach dem blutigen Massaker auf den Lena-Goldfeldern im Jahre 1912 war die Klassenmilitanz regelrecht "explodiert" (Haimson), hatte der große Zyklus von Aufruhr und Streiks ständig an Schubkraft gewonnen. In den Juli-Unruhen 1914 entwickelte er eine Schärfe, wie sie Rußland seit der Revolution 1905 nicht erlebt hatte. Während der französische Staatspräsident Poincaré eine Woche vor der Mobilmachung mit dem Zaren die letzten Fragen der zukünftigen Kriegsallianz in der Hauptstadt St. Petersburg klärte, tobte in ihren Industrievierteln der Kampf. Eineinhalb Millionen (von insgesamt 4 Millionen) ArbeiterInnen waren in Rußland im Streik, in St. Petersburg allein über 110.000.

Aber nicht das war es, was die herrschende Klasse zur Flucht in den Krieg bewegte. Es war vielmehr die Realität eines umfassenden Zerfalls des sozialen Kommandos über die Verwertungsbedingungen in den alltäglichen Erschütterungen der sozialen Revolution. Seismographisch genau wurde er vor allem von der neuen Sozialtechnokratie registriert, die mit den sogenannten Stolypin'schen Reformen nach der Revolution von 1905 zunehmende Bedeutung in Agrar- und Industriepolitik gewann. Diese Reformen selbst stellten eine Verdichtung in der Vergesellschaftung des sozialen Kriegs dar. Die Revolution von 1905 hatte offengelegt, wie sehr das Fabrikmanagement ökonomisch und technologisch zu "Geiseln der Arbeitersolida-



rität" geworden war[12], wie weit sich die kommunitären Werte des Dorfes zu Kampfwerten gegen die Autokratie transformiert hatten und wie beide ihren sozialen "Ort" im radikalen Spektrum der "ArbeiterbäuerInnen" gefunden hatten, das die revolutionären Werte aus der zerfallenden alten Ordnung des Dorfes herauslöste und gegen Agrar- und Fabrikterror zugleich wendete. Die kapitalistische und marxistische Hoffnung auf die produktivistischen Tugenden einer konsolidierten erblichen Arbeiterklasse erhielten in der Militanz dieser Schicht einen entscheidenden Stoß ebenso wie die utopischen Abziehbilder der populistischen Intelligenz von der universellen Dorfharmonie.

Die Reaktion unter Innenminister Stolypin, von Keep zu Recht als "komplexes Schema eines social engineering" bezeichnet[13], war eine Flucht nach vorn. Sie suchte die Grenzen der erschöpften Entwicklungspolitik aus der Ära Witte zu durchbrechen und den Sozialprozeß in einer umfassenden Offensive vergesellschafteter Akkumulation aufzufangen, die sich als letzte Vorstufe des sozialen Kriegs zur manifesten Kriegsökonomie erweisen sollte. Das revolutionäre Dorf wurde frontal durch eine systematische Mittelbauernpolitik angegriffen. Sie setzte auf die "Starken" und suchte die "Schwachen" in die Lohnarbeit zu treiben, um durch eine veränderte Klassenzusammensetzung die Blockierungen der alten industriellen Arbeitsorganisation freizusprengen und der Verwissenschaftlichung des Industriemanagements aus der Keimzelle eines Flottenbauprogramms einen ersten Schub zu ermöglichen. Dies wurde das Startzeichen für eine neue sozialtechnokratische Intelligenz. Es war jenes schon erwähnte "dritte Element", das sich als Grenzträger dieser Offensive in den Städten, "Zemstwo"-Selbstverwaltungskörperschaften der Provinz, in den Arbeitswissenschaftlichen Abteilungen der Industriegiganten und den polytechnischen Instituten ihr Sprungbrett in die Macht suchte.

In der typischen historischen Konstellation waren es diese Grenzträger, die in ihrer Zweifrontenlage das beunruhigende Wachstum der sozialen Revolution am genauesten widerspiegelten und am wachsten registrierten. Als Agronomen und Statistiker (viele aus der Tradition der legalen Narodniki, Tschajanow, Chryaschtschewa, Schtscherbina führten die europäische Elite an) vermaßen sie das Ausbeutungspotential des Dorfes, als Zeitmesser eines neuen wissenschaftlichen Arbeitsmanagements suchten sie einen Zugriff auf die Ausbeutungsreserven der Fabrikarbeiterklasse, und eine neue

postliberalistische Makroökonomie bezog die Befunde auf erste proto-keynesianische Modelle volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. An diesen Frontlinien des sozialen Kriegs erlebten vor allem sie, wie die Stolypin'sche Offensive sich binnen wenigen Jahren in neuen Qualitäten des sozialrevolutionären Prozesses festfraß. Während sich die bäuerlichen Formen offenen und organisierten Aufruhrs nach der Revolution von 1905 in eine zwischenrevolutionäre Latenz zurückzogen und auf niedrigerem Niveau operierten, wurden die "Grundfesten der sozialen Ordnung erschüttert" durch einen steigenden Pegel des sogenannten "Hooliganismus", einer endemischen Form ländlicher Kriminalität, die mit der Basisguerilla der Sozialrevolutionäre und den intakt gebliebenen Kernen autonomer Bauernguerilla (den "Bruderschaften von 1902-05) korrespondierte (sie entzog sich weitgehend dem Einfluß der Sozialrevolutionären Partei und wird darum oft "nominelle SR" genannt). Ein Zeitzeuge bezeichnete sie treffend als "Nachhut der Bauernrebellion", nicht ahnend, daß sich in ihr die Vorhut einer neuen Revolution zeigte[14]. Ihre Zielscheibe waren vor allem die Nutznießer und Durchsetzungsformen der Stolypin'schen Reformen (Stolypin selbst wurde 1911 von SR getötet), ihre Kernschicht bestand aus männlichen und zunehmend auch weiblichen Jugendlichen, die als Saison- und Rotationsarbeiter bis in die industriellen Zentren vordrangen. Sie bildeten eine hochmobile Brücke vom Dorf (dessen Aufruhr in den Jahren 1910-14 wieder auf eine Zahl von 13.000 größeren Zusammenstößen stieg) zum militantesten Segment der ArbeiterInnenklasse, das – gerade vom Dorf in die Fabrik eingezogen – der wissenschaftlichen Offensive – Zerlegungen, Differenzierungen Spaltungen der Arbeit – die Militanz des "buntarstwo" entgegenstellte, die Radikalität des dörflichen Egalitarismus und Kollektivismus gegen den neuen Rationalisierungsterror der Fabrik[15]. Hier hatten die revolutionären und antireformistischen Ziele einer "großen Union der Arbeiter und Bauern" ihren sozialen Ort und von hier wuchs der Aufruhr der großen Streikwellen, vor denen die Autokratie in den Krieg flüchtete. Ihre Bedrohlichkeit lag in ihrer Autonomie begründet, und gerade die Vorkriegsstreiks zeigten, wie wenig zugänglich und kontrollierbar sie nicht nur für die reformistische Intelligenz geworden waren, sondern auch für die bröckelnden Reste sozialrevolutionärer und bolschewistischer Kaderstrukturen.

Auch deren Schwäche war weniger der Repression geschuldet als der regelrecht massenhaften Integration ihrer Intelligenz in bürgerliche Perspektiven. Zum großen Teil war sie in die Grenzschicht des neuen "dritten Elements" eingewandert. Hier geriet sie nicht nur von unten, sondern auch aus den letzten Bastionen der überlebten Autokratie unter Druck, weil sie ihrer zerbröckelnden Autorität die Erfordernisse einer neuen Ära technokratischer Sozialkontrolle vor Augen führte. In ihrer Fühlungnahme mit den gleichfalls gegen die Autokratie gerichteten progressiven Kernen des Monopolkapitals kurz vor Kriegsausbruch sollte sich die erste tastende Formation kristallisieren, die binnen wenigen Jahren über die Kriegsindustriekomitees zur Reaktion des bolschewistischen Planstaats vom März 1918 führte.

In all dem erkennen wir – zumindest in bestimmenden Momenten – die gleiche Konfliktualität, die die Vorkriegskampfzyklen in den USA und sogar in Deutschland so explosiv machte[16]. Der Grund liegt darin, daß sie in analogen Zuspitzungen einer "progressive era" alle denselben Antagonismus zwischen der tayloristisch/fordistischen Rationalisierungsoffensive und dem sozialrevolutionären Prozeß zum Ausdruck brachten. Wir kommen daher nicht umhin, sie hier mitzubehandeln. Wir werden jedoch sehen, daß die Vorstellung einer Analogie gerade darum trügerisch ist. Denn die Offensiven waren nicht parallel und homogen, sie setzten vielmehr ein imperialistisches Gefälle durch, das von den Kernen US-amerikanischer Konzerne bis in die Brückenköpfe der russischen Monopole reichte. Unzutreffend auch daher, weil das revolutionäre Spektrum zwar über jahrzehntelange Migration vom slawischen Dorf und ostjüdischen Schtetl bis in die Massenarbeit der europäischen Industriezentren und amerikanischen Industriegiganten reichte, die Segmente und ihre Radikalität jedoch nicht homogen waren. Der globale Antagonismus war nur als Ganzes zu begreifen, aber seine Abschnitte waren im Gefälle von Metropole zur Peripherie inhomogen. Das Verhältnis von Wertschöpfungskrise und sozialem Krieg und damit auch die russische Revolution lassen sich nur als Teil dieses Antagonismus begreifen.

Wenn daher das Kapital 1914 den militärischen Krieg zum totalen Krieg gegen die soziale Revolution entwickelte, so enthüllte sich dies schon nach wenigen Monaten in allen Ländern als der Versuch, das Wertschöpfungskommando in Rationalisierungsimperativen zu modernisieren, die nur der totale Maschinenkrieg herstellen

konnte. Diesen Gesamtrahmen will ich vorweg umreißen, um die Linien der sozialen Revolution der BauernarbeiterInnen bis zur Konfrontation mit der Kriegsökonomie richtig verorten zu können.

1.2 Der globale Frontalzusammenstoß in einer langen Welle des sozialen Kriegs

Eins der fatalsten Bretter vor den Köpfen linker Theoretiker und Historiker ist die freiwillige (und, wie wir unten sehen werden, kalkulierte) Beschränkung des Gesichtsfelds auf sogenannte "Länder". Als die russischen BäuerInnen und BauernarbeiterInnen in den Kämpfen von 1914 das Verwertungskommando zu sprengen drohten, war dies aus den russischen Bedingungen des sozialen Kriegs nicht zu erklären. Vielmehr war es Teil einer Zuspitzung dessen, was Hobsbawm plastisch "Frontalzusammenstoß" nannte[17], eine Konfrontation der Verwertungsimperative aus den Weltzentren der sogenannten "industriellen Revolution" mit dem Sozialprozeß der Peripherie, die sich seit 1848 ständig verschärft hatte.

Die Konfrontationslinien dieses Antagonismus sind schnell nachgezeichnet, die ökonomischen Daten schnell berichtet. Wir müssen uns hier auf Ost- und Südosteuropa beschränken.

Mit den Instrumentarien der sogenannten "Bauernemanzipation" wird seit Beginn der 60er Jahre ein gigantisch eskalierter Werttransfer aus den agrarischen Unterklassen Rußlands und des Balkans herausgepreßt und in die Kapitalakkumulation der europäischen Metropolen eingespeist. Die nackten Daten der Auspressung:

Rußland und der Balkan werden zur "Kornkammer" Europas (Rußland wird zum weltgrößten Getreideexporteur), besser: die Überlebens- und Existenzbedingungen der agrarischen Unterklassen werden verflüssigt, abgesogen, kapitalisiert, die Bauernökonomie wird "künstlich monetisiert", wie Gatrell fein formuliert[18]. 1844-53 betrug der russische Getreideexport etwa 11,5 Mio. Doppelzentner jährlich, in der 2. Hälfte der 70er Jahre war er bereits (ohne Steigerung der Prokopfproduktivität) auf 47-89 Mio. Doppelzentner gestiegen und wuchs allein bis 1900 noch einmal auf das Zweifache. Es waren Hungerexporte und Existenztransfers ("Wir müssen exportieren und wenn wir verhungern", diktierte Finanzminister Wischnegradski Ende der 80er Jahre). Die Agroexporte machten noch

(nach 50 Jahren forcierter Industrialisierung) 1913 84% des gesamten Exportvolumens aus (und dies ist nur die Wertziffer: der in diesem Prozeß systematisierte permanente Agrarpreisverfall wurde durch Mengensteigerung kompensiert). Bauern (nicht Latifundien) bestritten drei Viertel des gesamten externen und internen Markts[19]. Der Prokopfverbrauch nahm in derselben Zeit (im Landesdurchschnitt, also unter Einschluß von Adel, Bourgeoisie und Arbeiterschaft, unter Ausschluß der Hungertoten) ab, Mitrany schätzt auf fast die Hälfte[20]. Die Regulierung und Verwaltung der periodischen Hungersnöte nahmen den Charakter budgetpolitischer Massaker an (allein in der Hungersnot von 1891 überstiegen die Opfer dieses ökonomischen Völkermords mit 700.000 Toten den Blutzoll des Krimkriegs um das vierfache) und bewegten sich – bei aufrechterhaltenem Export – auf moderne Formen der Völkermordadministration zu[21].

Maschinerie und institutionelle Begründung dieses Wertraubs waren simpel. Der Verkauf der "Freiheit" und eines (und zwar des qualitativ schlechteren) Teils ihres eigenen Bodens[22] (der Rest wurde durch Einhegungen und Zerstörung der kollektiven Gemeindenutzung nach klassischem Muster verrechtlicht und in Staats- oder Großgrundeigentum weggeraubt) an die russischen Leibeigenen in den verschiedenen Etappen ihrer "Emanzipation" erbrachte auf direktem Wege mehr als 2 Milliarden Rubel[23]), über die Zinsen des "zwischenfinanzierenden" Dorf- und Kleinstadtwuchers (Kulaki) ein Vielfaches. Die Steigerung alter und die Erfindung neuer Steuern und Renten belasteten die Bauern (noch 1913) mit 18% ihres gesamten Einkommens. Staatliche Monopolpreise, Importzölle und vor allem die hochgeschraubten indirekten Steuern für die wesentlichen Gegenstände des alltäglichen Verbrauchs (Zucker, Petroleum, Streichhölzer, Textile) wirkten praktisch als Existenzsteuern[24]. Sie erreichten 1903 die Milliardengrenze, und Shanin sagt mit Recht, daß sie aus jedem Armen ein Pfund Fleisch herausschnitten[25]. Ebenso wirkte eine generelle Einkommensabschöpfung im Wege inflationärer Banknotenemission[26]. Zu bezahlen war all dies über die Vermarktung von Agrargütern (deren Zwischenhandelsprofite von 8 Mio. in den 50er auf 50 Mio. Rubel in den 70er Jahren stiegen), hauptsächlich Getreide. Haftbar war das ganze Dorf in einer Art Geiselstatus, verantwortlich der oder die Älteste[27]. Nie zuvor hatten sich die beiden im "Dorf" amalgamierten Momente einer kommunitären Vergesellschaftung zur Existenzsicherung und der existenzvernich-

tende Zugriff der “Steuerdruckmaschine”[28] zu einem derart explosiven Widerspruch entwickelt. Natürlich war es nicht der Staat allein, über dessen Kassen diese Auspressung und Abschöpfung bäuerlichen Arbeitswerts monetisiert und gelenkt wurde. Er nahm seinen Weg über die Getreidehändler, vor allem in den großen Häfen wie Odessa, über die Klein- und Zwischenhändler, die vor allem systematisch die gewaltigen Preisdifferenzen zwischen Herbst und Frühjahr abschöpften[29], über den Dorfwucher mit seinen Zinsen bis zu über 40%[30], die Verpächter, in deren Fänge die BäuerInnen unter dem Druck der Wertschöpfungsgewalt getrieben wurden, ja sogar über die Bodenpreise, über die Importeure und Fabrikanten, die einen Teil der gewaltigen “Preisschere”, wie die Terms of Trade oft genannt wurden, zwischen Industrieprodukten und Agrarprodukten (nicht zuletzt über die geringeren Reproduktionskosten) abfingen und natürlich auch über die Latifundisten und Kleinindustriellen, die den gewaltigen Arbeitswert der Saisonarbeit und der Migranten abschöpften, ohne sich mit den Kosten der Klassenreproduktion belasten zu müssen. Aber alle diese Kanäle transferierten einen großen Teil dieser Massen monetisierten Lebenswerts in die metropolitane Kapitalreproduktion, und sei es noch über die Horde adliger und großbürgerlicher Spieler aus dem ganzen östlichen Agrargürtel bis in den Balkan hinein, die die Pachten und Renten in den westeuropäischen Kasinos ablieferten.

Der Transfer dieses Volumens von im ökonomischen Wert liquidierter menschlicher Existenz in die metropolitane Akkumulation konnte direkter und kruder kaum organisiert werden. Sie floß bis zum ersten Weltkrieg nicht etwa in die autonome Entwicklung einer nationalen “nachholenden Akkumulation”, sondern nach dem Muster einer sogenannten “abhängigen Entwicklung” in die metropolitane (zunächst vor allem englische) Kapitalgüterindustrie, daneben natürlich in die Konsum-, vor allem Luxusgüterindustrie. Noch 1845 belief sich die Gesamteinfuhr (einschließlich einheimischer Produktion) von Maschinen auf 1 Mio. Rubel, bis 1870 war sie auf 65 Mio. angewachsen und wuchs stetig weiter. Im traditionalistischen Verständnis: Nicht nur der Balkan, auch “Rußland” war – in Mirskys und Lyashenkos Worten – nicht mehr als ein “halb-kolonialer Besitz des europäischen Kapitals”[31], ein Entwicklungsland, dessen “abhängige Entwicklung” einen ökonomischen und technologischen Transfermechanismus darstellte mit dem dafür typischen Erscheinungsbild (wie Verschuldenskrisen, völlige technologische Abhängig-

keit etc.)[32]. Der russische Staatshaushalt wurde zu einer imperialistischen Transferkasse, die die Existenzgrundlagen von hunderten Millionen im Austausch gegen Kapitalgüter (neben Rüstungsimporten und Luxusgütern) liquidierte, die weitgehend staatlichen Investitionsagenturen zunächst in das Eisenbahnnetz (bis 1890 24.000 km, bis 1905 42.000 km), die Getreidehäfen und -silos, Waffenproduktion, Rohstoffgewinnung etc. steckten, entweder direkt oder im Wege von Subventionen und Staatsaufträgen.

Daß dieses Verhältnis Rußlands zur Metropole nur exemplarisch für den Grundtypus eines globalen (nur in seiner ersten Phase "freihandels-") imperialistischen Verwertungsmodells steht, bedarf sicher keiner weiteren Erörterungen. Die russische Peripherie stellte damit zugleich auch nur einen Ausschnitt aus der gesamten ost- bis südosteuropäischen Peripherie dar, ohne daß der Umstand, daß Rußland ein alter und die neuen Verwaltungseinheiten des Balkan, wie etwa Rumänien, Bulgarien, Serbien etwa junge Nationalstaaten waren, irgendeine wesentliche Rolle gespielt hätte[33].

Wichtiger ist hier, daß es diese imperialistische Liquidierung von Existenz war, die auf vielfache Weise in die metropolitane Akkumulation (zunächst des englischen, dann französischen, deutschen, belgischen) Kapitals eingespeist wurde. Sie trug die Welle der Hochrüstung und die Konzentrationsprozesse der Kapitalgüterindustrie durch die Schaffung neuen Wertaufkommens ("Absatzmärkte") und internationalisierte die "economics of scale" durch Integration der peripheren Basis, besser: durch den sozialen Angriff auf sie. Sie verwohlfeilerte mit der Welle billiger Nahrungsmittel die Klassenreproduktion und sorgte auf breiter Ebene für die Verringerung der variablen Kapitalanteile. Damit legte sie auch die ersten Stufen für das sozialimperialistische Arrangement der Klasse mit dem Kapital, dessen Vorboten schon Marx in den 60er Jahren an der irischen Frage zu spüren bekam. Sie speiste den imperialistischen "drain", den Wert- und Kapitalabfluß aus der Peripherie im Wege des ungleichen Tauschs (die Existenzentwertung durch Verschlechterung der agrarischen Terms of Trade führte zu einer permanenten und beträchtlichen Liquidation zulasten der Subsistenzökonomie) und letztlich auch über die wiederausgeführten Profite aus Kapitalimporten (3 Mrd. Rubel von 1881-1913) ins metropolitane Kapital. Sie übertrug die Struktur einer nationalen "Arbeitsteilung" von Produktion und Reproduktion in einen globalen Rahmen und stabilisierte erst so die Metropolen als Zentren der Akkumulation und der

Produktion relativen Mehrwerts in einem globalen Wertschöpfungsgefälle[34]. Die russischen Transferkassen überführten agrarische Werte in Milliardenhöhe allein zur Deckung der Kreditzinsen aus externer Verschuldung usw. usw.

Von all diesen Momenten war schon allein die drastische Erweiterung des metropolitanen Nahrungsmittelspielraums[35] derart markant und gewichtig, daß sie (wie viele andere) Sering[36] dazu verführte, die industrielle Aufrüstung der europäischen Metropole in der sogenannten 2. industriellen Revolution als bloße Reflexerscheinung der dadurch ermöglichten Verbilligung und Erweiterung der Arbeitskraftreproduktion zu charakterisieren, anstatt den Werttransfer als imperialistischen "Tribut" an die Metropole, wie es die Imperialismustheorie gewöhnlich tut. Nun, ganz gleich, ob dieser Perspektivenwechsel einer Laune antiorthodoxer Ironie oder nur einer berufsblinden Voreingenommenheit des Agrarexperten geschuldet war, seinen didaktischen Wert hat er allemal. Denn er verweist auf einen antagonistischen Gesamtzusammenhang, der die ökonomistischen Vereinfachungen orthodoxer Krisen- und Imperialismustheorie sprengt.

Ich habe oben das Wort "organisiert" gebraucht und meine dies wörtlich. Es ist absurd, dieses neue internationale Profil als Produkt naturwüchsiger Prozesse des Markts und der Absatzerweiterung zu interpretieren. Die marktmechanistische Theorie erweiterter Reproduktion (ob links, ob liberal) war schon damals ein Anachronismus. Der Übergang zum neuen Akkumulationsmodell stellte einen gezielten Umbruch dar und zwar, wie wir unten sehen werden, als Reaktion auf die Revolution von 1848. Im Verlauf der 50er Jahre wurde systematisch die Umstellung der russischen Zoll-, Entwicklungs-, Budget- und Verwaltungspolitik auf dieses Modell eingeleitet[37]. Denn es ist nicht etwa so, daß es in Rußland bis dahin keinen "eigenen" Prozeß von Akkumulation und erweiterter Reproduktion von Kapital gegeben hätte. Dieser hatte längst begonnen, die aus den historischen Vorläufen bekannten protoindustriellen Entwicklungslinien reeller Subsumtion im Textil- und Metall- Hausgewerbe ("Kustar") nachzuzeichnen. Nach historischem Muster hatten sich Leibeigenenunternehmer im Kern dieser Dynamik etabliert – sie konnten den Mehrwert dem Zugriff ihrer Herren entziehen, indem sie ihn reinvestierten – und waren im Begriff, bemerkenswerte Konzentrationsprozesse (wie etwa im russischen "Manchester" Ivanovo) aus der Basis der Hausindustrie und der Verlagsproduk-

tion herauszuheben. Leibeigenenunternehmer vom Schlage Gratschew, Garelin, Morosow, Konowalow etc. (viele als sogenannte "Altgläubige" mit einer russisch-orthodoxen Variante der "protestantischen Ethik" ausgestattet) begründeten z.T. bedeutende Dynastien und konnten ihre Positionen nach ihrer Emanzipation sogar im neuen Modell behaupten[38]. Im Textilsektor entwickelten sich auch Anfänge einer inländischen Kapitalgüterindustrie[39] und es gab einen (bei allen nach den napoleonischen Kriegen vertieften internationalen Verflechtungen) wachsenden "inneren" Markt[40] für Investitionsgüter und Industrieprodukte.

Die Reorganisation im Zuge der "Bauernbefreiung" intensivierte oder vertiefte diesen Prozeß nicht etwa, noch setzte sie ihn sonstwie fort, sie brach regelrecht in diesen Prozeß ein. Der spätere Innenminister Witte hat diesen Einbruch in die Entwicklung einer innerrussischen Reproduktionszyklik rückblickend auf den Punkt gebracht: die internationalen Rivalitäten hätten nicht gewartet, es wäre tödlich gewesen, das langsamere autonome Wachstum einer breiten und vielseitigen Industrie abzuwarten[41]. Einbruch hieß: die reprodukive Basis (im umfassenden sozialen, technologischen und ökonomischen Sinn) für die Fortsetzung eines selbständigen Akkumulationsprozesses wurde zertrümmert, der soziale Prozeß relativ ungelenkter Kapitalisierung abgebrochen und seiner naturwüchsig-marktschematischen Dynamik beraubt. Die effektive Nachfrage aus der Auspressung bäuerlichen und protoindustriellen Mehrwerts wurde diesem Prozeß radikal entzogen und in den internationalen Zyklus eingespeist, der nach seiner tragenden Schlüsselinnovation zurecht als "Eisenbahnzyklus" bezeichnet wird[42]. Die Entwicklung innerrussischer Skalen im Maschinen- und Anlagenbau stagnierte und wurde durch den Import von Investitionsgütern ersetzt, die zunächst überwiegend dem Eisenbahnbau dienten[43]. Auch hier gab es natürlich Wachstum, aber es hatte seine soziale und technologische Basis weniger denn je in Rußland. Paradigmatisch war die Installation der Hughes-Eisenwerke in Juzovo 1870, die Pioniermaßnahme "russischer" Metallurgie. Die englischen Maschinen wurden über hunderte Kilometer im Ochsenkarren über unbefestigte Wege transportiert, Facharbeiter mußten mitgebracht, Ersatzteile nachgeliefert werden[44]. Sie errichtete die erste einer wachsenden Anzahl gigantischer Kathedralen des neuen industriellen Machtanspruchs in Rußland. Aus ihnen prallten metropolitane Diktate technologischer Arbeitsunterwerfung auf eine Arbeitskraft, die in der Hausindustrie kaum

gebändigt war[45]. Nicht aus ihnen erwachsen, suchten sie auch das Hausgewerbe, kleine Manufakturen und einen informellen Sektor aus dem vorhergehenden Akkumulationszyklus in Fron zu nehmen und sie aus ihren Brückenköpfen industrieller Macht als ihre eigenen Wertschöpfungsmilieus zuzurichten. Errichtet und genährt aus dem Existenzraub an der bäuerlichen Bevölkerung, waren sie der steingewordene Ausdruck des Frontalzusammenstoßes, in dem das metropolitane Kapital auf den sozialrevolutionären Prozeß prallte.

Makroökonomisch bedeutete dieser Einbruch – aus der Optik kapitalistischer Inwertsetzung (wir werden diese Optik unten korrigieren): das russische System stieg in den Inwertsetzungszyklus ein, den wir mit Schumpeter die "lange Welle" oder auch den "Kondratieff" der Eisenbahn nennen können und verlängerte ihn als Stoßkeil inwertsetzender Gewalt ins russische Innere. Das Instrumentarium dieser Gewalt war die zunehmende Verstaatlichung und Monopolisierung (vom Bolschewismus später als "Vergesellschaftung" ideologisiert) der Regulierung von Wertraub, sozialer Zurichtung und Investition in allen gesellschaftlichen Bereichen. Sie ist unter der Überschrift "organisierter" oder "staatsmonopolistischer" Kapitalismus so detailliert behandelt, daß wir uns hier ein weiteres Wort ersparen können. Außer dem Hinweis natürlich, daß das Kapital nicht mehr als die Gewalt seiner sozialen Zugriffsstrategien zu organisieren und "vergesellschaften" suchte, nicht "Gesellschaft", die Gesellschaftlichkeit des Widerspruchs gegen sein Diktat mußte ihm entgehen, je mehr er nach ihm griff. Der bis zur Krise 1873 datierte "Freihandelsliberalismus" warf nur einen matten Schein ins Innere Rußlands, schon weil auch das Bürgertum der Metropole längst seine Allianzen mit der Reaktion geschlossen hatte. Shanins Begriff "Polizeisozialismus"[46] (wer Sozialismus und Vergesellschaftung auf die staatliche Regulierungsform reduziert, muß ihn sich schon gefallen lassen) ist vielleicht überspitzt, aber nicht unzutreffend. Die Etatisierung des Wertraubs prägte sich in der staatlichen Hegemonie über die finanziellen Institutionen aus (die Zentralbank löste sich kaum vom staatlichen Budget ab) und schließlich im Anschluß an den Goldstandard[47]. Sie trug die Modernisierung von Staatsbürokratie und Repressionsapparat einschließlich der entsprechenden Verrechtlichungsformen[48]. Sie trug die Monopolisierung staatlicher und (über die staatliche Nachfrage alimentierter) privater Großindustrie. Sie schuf und nährte den neuen Typus einer um vieles verhaßteren Intelligenz in öffentlichen Körperschaften,

Ingenieurwesen, Bürokratie, Recht, Wissenschaft und prägte ihren elitären etatistisch-nationalistischen Charakter. Dieser neue "Regulationstyp" stellte eine Intensivierung des Inwertsetzungsdrucks des Kapitalismus dar, der seine sozialen und technologischen Kriegsmittel in der Auseinandersetzung mit dem Subjekt, auf das sie zielten, ständig weiter "vergesellschaftete" und modernisierte, keinesfalls aber das "Verfaulen" und Absterben seiner Kräfte oder gar einen Schritt zum Kommunismus, wie die sozialistischen Ideologen dies aus dem sozialtechnokratischen Einstiegsbegehren ihrer Grenzträgerschicht heraus darstellten. Aus krisenhaften Zuspitzungen des Grundkonflikts haben die jeweiligen Verwalter von Innenpolitik und Staatsbudget Reutern, Bunge, Wischnegradski, Witte, Stolypin seine Logik etappenweise bis in das Modernisierungsprojekt des russischen Flottenbauprogramms fortgeschrieben und zugeschärft, der Vergesellschaftungsschub der Kriegsökonomie war nur noch das konsequente letzte Glied in der Kette dieser Logik. Die immer wieder zum Erbrechen diskutierte Frage nach der "Notwendigkeit" dieses "Weges" in den Kapitalismus ist sinnlos, nicht nur weil sie aus der einäugigen Optik des Verwertungsfortschritts gestellt wird. Der Regulationstyp etatistischer Vergesellschaftung vollzog einen Umbruch in der Inwertsetzungsstrategie. Er tat dies in den peripheren Zonen weltweit nach ähnlichem Muster. Seine autokratisch gefärbten Despotien waren nicht etwa "nichtkapitalistisch", sie boten nur die je nach kulturellem (ob asiatischem oder lateinamerikanischem) Hintergrund unterschiedlich eingekleideten Formen des Raub- und Modernisierungszugriffs (eine geschichtliche Etappe vulgarisierter "Feudalreaktion"). Die "Notwendigkeiten" und die Unterschiede ihres Erfolgs stellten lediglich Momente im Kontext des übergreifenden Antagonismus dar, den sie nicht beherrschten.

Vergesellschaftung bedeutet nicht nur, daß die neuformulierten Imperative von Wertraub und industrieller Aufrüstung die staatliche und monopolistische Organisation zu ihrer Durchsetzung erheischten[49]. Sie drückte sich vor allem in einer zunehmenden Politisierung aller Bedingungen der Inwertsetzung und des Sozialprozesses aus. Das sogenannte "russische Dorf" wurde als Ganzes zum Terrain des sozialen Kriegs. Der Zugriff auf die sozialen Bedingungen seiner Produktivität wurde in gleichem Maße politisiert, wie alle Momente seiner sozialen Reproduktion sich in der Auseinanandersetzung mit diesem Zugriff politisierten. So ist "Hungerexport" - gebräuchliches Kürzel für Finanzminister Wischnegradskis Formel:

"laßt uns verhungern, aber exportieren"- ein zwar zutreffendes Etikett für die periodischen Massaker der sogenannten "Hungersnöte", bleibt jedoch an der Oberfläche und dringt nicht zu den bestimmenden Momenten seines sozialökonomischen Gehalts durch. Nötzolds rechtfertigende Formulierung verallgemeinert ihn im modernen Jargon als die Akkumulationsstrategie, gerade die niedrigen Einkommen über das Existenzminimum hinaus zu belasten, weil nur bei ihnen der "Grenzhang zum Konsum" besonders hoch und darum akkumulationsfeindlich sei und eine akkumulationssichernde Zwangssparquote nur zu ihren Lasten zu erreichen sei (die wenigen Reichen tragen ohnehin zur Akkumulation bei, nur bei den armen Massen kann die Umsetzung von Konsum und Existenz in Wert und Akkumulation gelingen, ein Grundgedanke der Einleitung neuer Akkumulationszyklen, der bis heute gilt[50]). Der vergesellschaftete Angriff auf den Hang zur Existenz bedeutete daher, daß der Konflikt zwischen Wertraub und Konsum oder Akkumulation und Existenz tendenziell alle sozialen Dimensionen ergreifen mußte. Die Techniken des Raubes und die Ökonomie des Widerstands, in der sich dieser "Hang" zur Existenz artikulierte, politisierten jedes Partikel des Reproduktionszusammenhangs "Dorf". Ob es die patriarchale Gewalt und der Ausbruch der Frauen in die Migration war, die Technologie und Formen der Landumteilung, die "Kollektivität" der Steuerhaftung und die Kollektivität der Formen sozialer Selbstbehauptung, die Modernität und Wissenschaftlichkeit der Raubverwaltung und die Modernität der sozialen Revolution, die Barbarei des staatlichen Rechts und die Klassenmoral des Widerstands. Mit "Traditionen" hatte all dies kaum noch etwas zu tun. Diese Politisierung schuf den Spannungsrahmen, der die gesamte Konfliktualität des Sozialprozesses bestimmen sollte wie ein Magnetfeld die Eisenspäne: die Auseinandersetzungen von Kapital und BauernarbeiterInnen bis in die Rekrutierung der dünnen erblichen ArbeiterInnenklasse, den Sog der durch den Einbruch prekarisierter Schichten des niederen Adels und der Intelligenz in das extreme Spannungsfeld zwischen Teilhabe und Revolte, dessen Lichtblitze in der 68er Bewegung zum ersten mal aufleuchteten und das sich bis in die Revolution immer weiter auflud[51], das Klima von Staatsterror der Inwertsetzungsmaschinerie und Haß auf den Staat und seine Eliten.

Schließlich ist zu bemerken, daß sich die strategischen Merkmale des Einstiegs in den internationalen Zyklus des "Kondratieffs der Eisenbahn" nicht auf die Peripherie beschränkten. Hier prägten sie

den paradigmatischen Typus ihrer Gewaltsamkeit wegen der Schärfe und der Erbitterung des Antagonismus nur besonders drastisch aus. Dieser Zyklus ist mit seinem Beginn im England der 40er Jahre und den darauffolgenden Stadien seiner kontinentaleuropäischen und US-amerikanischen Entfaltung von vorneherein als strategisch-spekulativer Modernisierungs- und Investitionszyklus[52] neuen Typs aufgetreten. Der englischen "Eisenbahnmanie" ging kein irgendwie gesteigerter Transportbedarf voraus. Sie war die Intitialzündung eines "großen nationalen Programms zur Kapitalanlage"[53], dessen Druckwelle die gesamte Kapitalgüterindustrie ergriff, in der Form dieses Akkumulationsvorschusses schnell die nationalen Grenzen durchbrach und die Logik seiner staatlich-monopolistischen Vertiefung in die peripheren Epizentren trieb. Dementsprechend legte sein konjunktureller Entwurf diesen seinen "Vorschuß" an metropolitaner Investition in den Schlüsselindustrien auf die Erwartung seiner Liquidierung in einer Welle gewaltsamer Erschließung auch der peripheren Wertraubpotentiale an und damit auf die Verschärfung, Vertiefung, Verstaatlichung und Internationalisierung des sozialen Kriegs[54]. Das ist der Grund, warum die Dynamik, in der der Inwertsetzungszugriff die gesellschaftlichen Dimensionen seiner Gewalt zu organisieren begann, sich ebenfalls in den Brechungen eines internationalen Gefälles vollzog. Denn die Strategien inwertsetzender Gewalt, die unter dem Etikett "organisierter" oder "staatsmonopolistischer" Kapitalismus abgehandelt worden sind, waren, wie zurecht betont wird, inhomogen. Die Abschattungen eines internationalen Gefälles in der "Vergesellschaftung" des Zugriffs spiegelten nichts anderes wider als die sozialökonomische Logik des Antagonismus selbst: den Zugriffsimpuls ebenso wie den Widerspruch der ihm entgegengesetzten sozialen Blockierungen. Das gilt gleichermaßen für seine Krisenhaftigkeit. Als Investitionskonjunktur organisierte er seine Dynamik in einer aggressiven "Angebotsorientierung" – wie man heute sagen würde – und ließ darin die politökonomischen von der Realisierungsseite her konzipierten Reproduktions- und Krisenschemata schon jetzt reichlich alt aussehen[55]. Es lag in der Prozeßlogik dieser von der Kapitalgüterseite her organisierten Konjunkturwelle, daß die Blockierung seiner Verlängerung in die periphere Wertschöpfung notwendig in die Metropolen als "Überakkumulation" zurückschlagen mußte. So drückten die -gemessen am erschöpften "inneren Markt"- ins Gigantische hochgetriebenen Überkapazitäten der russischen Industrie[56] in der sogenannten "Witte-Krise" keine

beschränkt-nationale Krise mit lediglich innerrussischer Reichweite aus. Ihre Blockierung im sozialrevolutionären Prozeß, ihr Versanden im ausgetrockneten "inneren Markt" signalisierte ein Segment der Stagnation des "Eisenbahnzyklus" überhaupt.

Es war dieser Gesamtzusammenhang, der die völlig neuen Frontlinien des sozialen Kriegs zog, der in die großen Revolutionen einmünden sollte. Die Konfrontation war in allen ihren materiellen Bestimmungen internationalisiert. Der technologische Kern der metropolitanen Akkumulationsdynamik stand den peripheren BäuerInnen und ArbeiterbäuerInnen mit wenig verhüllter Direktheit gegenüber. Ihr Frontalzusammenstoß war durch simple Mechanismen des Transfers von ökonomischem Raub und sozialer Gewalt von der einen und neuen Qualitäten sozialer Revolution von der anderen Seite vermittelt. In diesem Krieg wurden Bauern revolutionär, nicht weil dies in der bäuerlichen Produktionsweise lag, sondern weil sie sich in der Dialektik dieses Konflikts um Wert und Existenz gegen ein neues Akkumulationsmodell zum revolutionären Subjekt herausschälten. Seine Entfaltung sollte daher den kapitalistischen Verwertungs- und Akkumulationszusammenhang in seiner modernsten Ausprägung angreifen.

Dieser Bezugsrahmen antagonistischer Dialektik, der das soziale Verhältnis kapitalistischer Verwertung in seiner Gesamtheit und im Weltmaßstab bestimmte, reduzierte jede politische und analytische Einschränkung auf den Sozialprozeß in der industriellen Produktion und dazu noch gar "in einem Land" (ob Metropole oder an der Peripherie) endgültig zum Mythos[57]. Die Konfrontationslinien des globalen Zusammenstoßes machten die russischen "BäuerInnen" und "BauernarbeiterInnen" ebenso wie die rumänischen und mexikanischen zu Subjekten eines transnationalen sozialen Kriegs, dessen Formen die Krisen bis in ihren ökonomischen Ausdruck bestimmen sollten[58]. Es wäre daher sogar zu eng, ihre Rolle auf das Verständnis eines "antiimperialistischen" Kampfs zu verkürzen. Mit Recht haben wir gelernt, den "Imperialismus" als Strategie zu begreifen, ein globales Wertschöpfungsgefälle auf die Imperative metropolitaner Akkumulation hin zu organisieren[59]. Entsprechend ist der Antagonismus, der diese Akkumulation konfrontiert, nur als Gesamtspektrum eines sozialrevolutionären Prozesses zu verstehen: ein Gesamtspektrum, in dem die metropolitane Arbeiterklasse neben den peripheren Bauernrevolutionen nur ein Segment darstellt (wir werden unten sehen, daß dieses Verständnis auch bei bei Marx

zu seinem Lebensende immerhin aufblitzt: in der Unterstützung der Stadtguerilla des Narodnicestwo Ende der 70er Jahre, deren KämpferInnen den sozialen Krieg, auch nach der Verlagerung ihrer Aktivitäten aus den Dörfern ins Herz der Bestie, immer als ihren zentralen Bezug begriffen haben).

2.
Die Reorganisation globaler Wertschöpfung als Flucht vor der sozialen Revolution

Natürlich ist es nicht falsch, diesen Prozeß als Erweiterung und Intensivierung einer permanenten "ursprünglichen" Akkumulation zu begreifen, etwa wie es Rosa Luxemburg und jetzt schließlich auch Frank getan haben[60]. Der Mangel liegt darin, daß eine solche Vorstellung bei aller Kritik dem Marx'schen Entwicklungsschema ergeben ist, das das Kapital als das Subjekt eines Prozesses setzt und nicht als Moment eines sozialen Antagonismus. Der Frontalzusammenstoß jedoch, den wir hier skizziert haben, war selbst das Produkt der sozialrevolutionären Prozesse des Vormärz und darum werden seine materiellen Momente und Wertschöpfungsmechanismen noch klarer begreifbar aus dieser historischen Genese.

2.1. Die große Furcht und der Fortschritt der Gewalt in die Gewalt des Fortschritts

Rosenberg hat in seinem genialen Entwurf zur Weltwirtschaftskrise von 1857 die entscheidenden Stichworte benannt[61]. Er erklärt die Gesamtstrategie, in der das Bündnis zwischen Bourgeoisie und autokratischer Reaktion ihre zweite industrielle "Revolution" mit einem imperialistischen Gewaltschub zu einem neuen Akkumulationsmodell verkoppelte, als panischen Rückzug vor der sozialen Revolution. Die große Furcht vor den sozialrevolutionären Prozessen des Vormärz und des Jahres 1848 erzwingt ihr Ausweichen in die Reorganisation des gesamten Verwertungsmodells. Treibt sie in eine umfassende Gegenrevolution, die mit allen repressiven Mitteln politischer Reaktion die Bedrohungen der sozialrevolutionären Gefahr einer "sozialen Anarchie" im sozial-ökonomischen Kommando eines modernisierten Verwertungssystems aufzufangen sucht, in einem Gesamtprojekt zur "Vertagung der sozialen Frage"[62]. Präziser hat Alrich Meyer die Unterwerfung, die gewaltsame Absorption der sozialrevolutionären Bewegungen aus der Massenarmut im Kommando eines erweiterten und intensivierten metropolitanen Industriesystems als (vom strategischen Kern der Einsenbahninvestition aus betriebenes) umfassendes Projekt einer präventiven Konterrevolution analysiert[63].

Dem ist an dieser Stelle nichts hinzuzufügen, aber er befaßt sich nur mit dem metropolitanen Abschnitt dieser Reorganisation. Uns interessiert der periphere seiner Erweiterung. Denn einmal konnte die Akkumulationsoffensive der zweiten industriellen "Revolution"[64] den Druck der sozialrevolutionären Prozesse in den Metropolen nur dadurch in einer "Atempause" (wie Hobsbawm treffend formuliert) abfangen, daß sie seine ökonomischen und technologischen Imperative in einen regelrechten Gewaltschub imperialistischer Modernisierung verlängerte. Dabei ging es nicht schlicht um "Märkte" und "Surplusprofite", wie eine vulgärorthodoxe Imperialismustheorie in akkumulationszentrierter Einäugigkeit dies will. Es ging um die Systematisierung und langfristige Sicherung dieser Offensive durch die gewaltsame Extension und Verschärfung des internationalen Verwertungsgefälles im imperialistischen Modell einer neuen und erweiterten "internationalen Arbeitsteilung". Der Zugriff auf die sozialen und ökonomischen Strukturen der Peripherie zielte auf die Erschließung neuer Nahrungsmittel- und Rohstoffspielräume und – über die Gewaltstrategien sozialer Zertrümmerung und Zurichtung – zugleich auf die Erschließung neuer Arbeitsreserven. Nur über diese Nahrungs- und Rohstoffbasis war die Absorption der unruhigen metropolitanen Massen unter ein erweitertes Fabrikkommando zu ermöglichen, nur durch die Intensivierung des Wertschöpfungsgefälles und die Verbilligung der Klassenreproduktion die notwendigen Mehrwertinjektionen in die metropolitane industrielle Konterrevolution sicherzustellen. Marx und – von ihm eingestandenermaßen inspiriert –- Rosenberg haben die Lösung der metropolitanen sozialen Krise in der Abhängigkeit von der Gewalt peripherer Erschließungsoffensiven und -kriege (einschießlich ihrer modernen kriegskonjunkturellen Funktionen) vor allem am Beispiel der 57er Krise mit exemplarischer Genauigkeit analysiert[65].

2.2 Die Kriegsökonomie des Fortschritts

Hier spielt der moderne Krieg als Medium der Übertragung von Modernisierungsimpulsen und der Modernisierung selbst eine Rolle, die viele Funktionen des Ersten Weltkriegs für die Kapitalakkumulation vorwegnimmt. Mit Recht hat Rosenberg die explosive Rolle des Krimkriegs (die letzte Zuspitzung langjähriger Konflikte auf dem Balkan) in diesen funktionalen Zusammenhang gerückt. Sein

"Sprengstoff" war es, der die internationale Arbeitsteilung erweitern, die Kornkammer Rußlands und des Balkans als neue Nahrungsspielräume erschließen und dem Stoßkeil der internationalen Eisenbahninvestition die Schneise in den Balkan und den Nahen Osten freisprengen half[66]. Dieser Krieg interessiert uns hier vor allem als das entscheidende Scharnier, das die Imperative der sozialen Revolution über die industrielle Reaktion aus der Metropole auf die russische und südosteuropäische Peripherie übertrug und damit zugleich die sozialrevolutionäre Bedrohung in der Peripherie selbst zuspitzte. Oberflächlich war er eine Demonstration der militärisch-industriellen Rückständigkeit Rußlands vor den neu entfesselten Kräften der industriellen "Revolution": Rußland verfügte nicht einmal über eine eigene Munitionsindustrie, mußte Uniformtextile einführen, die Produktivität kriegswichtiger Industrien und vor allem das Transportsystem waren derjenigen seiner Gegner nicht gewachsen. Wenn daher viele die Produktivität dieses Krieges zu Recht in der militärisch-industriellen Übertragung des Modernisierungsdrucks auf die russische Peripherie und damit die Ursache der Reformen von 1861 sehen[67], so müssen wir dies vor allem als Fernwirkung der sozialrevolutionären Prozesse in der europäischen Metropole verstehen.

Aber diese Fernwirkung ist nur die eine Seite. Denn eine viel brisantere Nahwirkung sollte dieser Sprengstoff als konfliktschärfender Treibsatz in den sozialrevolutionären Prozessen der ost- und südosteuropäischen Peripherie selbst entfalten. Diese artikulierten sich im Vormärz als Segment des revolutionären Gesamtspektrums Europas und hatten – entsprechend der Organisation des Wertschöpfungsgefälle — ihren Schwerpunkt weniger in der städtischen Massenarmut als in der agrarischen Subsistenz. Ihr Kontinuum reichte von den süddeutschen über die böhmischen bis zu den ungarischen, galizischen, südslawischen und rumänischen Aufständen (die vor allem in Südungarn und den rumänischen Fürstentümern Juden und Roma einschlossen). Noch deutlicher als in der Metropole waren sie es, auf die sich auch hier zunächst die Kräfte der sogenannten bürgerlichen und meist zugleich nationalen Revolution aufsetzten. Und wie in der Metropole profilierten sich diese (oft bis weit ins linksintellektuelle Spektrum hinein) als Grenzträger der präventiven Konterrevolution, die das ökonomische Potential ihrer eigenen Entwicklungsperspektiven in allen Variationen der "Bauernbefreiungen" (von derjenigen Kossuths im Jahre 1848 bis

zur rumänischen Kogalniceanus im Jahre 1864) so gut wie ausnahmslos zu Lasten der revolutionären Landarmut zu entfalten suchten[68]. Wenn ihr konterrevolutionärer Erfolg noch 1848 kaum gesichert war, so lag dies vor allem daran, daß die Welle der sozialrevolutionären Bewegungen im Sommer dieses Jahres mit den rumänischen Unruhen die russische Grenze erreichte und sich mit den innerrussischen Revolten zu homogenisieren drohte.

Die sofortige militärische Intervention Rußlands im Fürstentum Moldau verschob den Dammbruch nur bis zum Ende des Krimkriegs 1856. Die russischen Bauernsoldaten, die nach seiner Beendigung in die Dörfer zurückfluteten, eskalierten die seit langem stetig gewachsene Militanz sozialrevolutionärer Gärungen in den Dörfern derart, daß die Angst des autokratischen Systems vor dem totalen Zerfall der sozialen Hegemonie nur noch mit kurzen Fristen kalkulierte. Die herrschende Klasse sah die Bauernrevolution schon vor dem Winterpalais, Zar Alexander schien es weiser, “(...) die Leibeigenschaft von oben abzuschaffen, als abzuwarten, wie die Leibeigenen sich von unten befreien”. Militärisch-administrative Notstandsplanung und Reformplanung wurden zunehmend gleichgeschaltet und es war bezeichnend, daß der Zar die Reform in Orlows Hände legte, vormals Leiter des Staatsschutzes (“Abteilung 3”, Vorgängerin der Ochrana)[69].

2.3. Das Kontinuum des sozialen Kriegs

Es ist hier nur am Rande zu erwähnen, daß diese Zuspitzung nur den Höhepunkt eines langen Antagonismus markierte, in dem sich agrarische Widerstandsformen im Konflikt mit den Gewaltformen der Wertabpressung vermasst, vergesellschaftet und modernisiert hatten. Schon unter Peter, vor allem aber unter Katharina war das russische Dorf in den Vordergrund des offenen sozialen Kriegs um Wert und Existenz gerückt. Das Amalgam der Feudalzeit, das die sozialen Bedingungen von Produktivität, Ausbeutung und Existenzsicherung in einer prekären Konfliktualität gehalten hatte, beschleunigte seinen Auflösungsprozeß[70]. Vor allem die quantitative und qualitativ-technische Verschärfung der Rentenabpressung unter Katharina, die sich mit massiven rechtlich-sozialen Angriffen auf die Dorfstruktur selbst flankierte, traf auf neue Formen von sozialer Mobilität, Unruhen und Revolten, deren “Modernität” mit der Modernisierung der Wertabpressungsmaschinerie korrespondierte.

Schon der große Bauernaufstand, der in den Jahren 1773-76 unter Pugatschew von Kasan aus die "Bauernfeinde" Ostrußlands so gründlich wegfegte, daß man später nicht einmal mehr die Eigentumsverhältnisse rekonstruieren konnte, sah die ersten Arbeiterbauern, die als Minen- und Metalleibeigene in die Rohstoffgewinnung verkauft oder abkommandiert waren, in einer Front mit den Bauern. Der Staatsschutz wußte die kollektive Erinnerung an Pugatschew in den Jahren vor der "Bauernemanzipation" jedenfalls richtig als Mythos einer erwachenden sozialen Revolution der Bauern einzuschätzen[71], ein Schreckgespenst zugleich für Adel und Regierung[72]. Seit den ersten Pilotprojekten wertsteigernder "Bauernemanzipation" in den besetzten rumänischen Fürstentümern[73] in den zwanziger Jahren sollte sich der soziale Antagonismus zwischen zerstörerischen Modernisierungen der Gewaltrente und der sozialen Revolution der Bauern in einer exponentiellen Steigerung der Revolten ausdrücken: von 1826-34 waren es 148, von 35-44 216, von 45-54 348, von 55-61 474. Dabei hatte die große Furcht vor der Revolution ihren Grund keineswegs allein in der quantitativen Zunahme der Revolten, sondern vor allem in neuen qualitativen Charakteristika ihrer Vergesellschaftung und Massifizierung, ihrer Ausbreitungsgeschwindigkeit und Ausdehnung, ihrer Dauer und der Direktheit der Konfrontation mit der Steuergewalt (einschließlich der zunehmenden Tötungen von Gutsbesitzern und Verwaltern)[74].

2.4. Die Transformation der innerrussischen Frontlinien im globalen Antagonismus

Das war die Situation, in der die präventive Konterrevolution der mitteleuropäischen Bauernemanzipation zunächst in Rußland (1861) und dann auch im besetzten Königreich Polen und Rumänien (beide 1864) ihre entscheidenden Schlußsteine setzte. "Präventiv" war sie, weil sie den Stoß der revolutionären Bewegungen mit der Aufhebung der formellen Leibeigenschaft und den damit verbundenen rechtlich-institutionellen Veränderungen und Versprechen von oben aufzufangen suchte, konterrevolutionär war sie, weil sie damit die Modernisierung und Intensivierung der Wertabpressung kombinierte und die bis 1917 dauernde Phase der "neuen Leibeigenschaft" des "laissez-faire"[75] einleitete, wie Mitrany die innere Widersprüchlichkeit auf eine zugespitzte Formel bringt. Hierin schloß sie sich als

notwendige Ergänzung an die metropolitane Flucht in die zweite industrielle Reaktion an. Daher kann sie in ihrer vollen Bedeutung nur erschlossen werden als Teil, als Abschnitt eines länderübergreifenden Rückzugs nicht nur vor dem metropolitanen, sondern vor dem gesamten revolutionären Spektrum. Es war folgerichtig ein Rückzug, der die Gesamtheit des Wertschöpfungskontinuums in ein neues globales Akkumulationsmodell einer reorganisierten internationalen Arbeitsteilung transportierte. Nicht nur als schlichte Erweiterung der Reproduktion industriekapitalistischer Akkumulation also, sondern als qualitative Extensivierung und Intensivierung des globalen Gefälles der Wertabpressung und sozialen Gewalt (von metropolitaner Fabrik bis peripherer Subsistenz) in allen Dimensionen seines ökonomischen, technologischen und sozialen Instrumentariums. Das Entscheidende ist, daß sich hiermit nicht ein "Weltsystem" etablierte oder erweiterte, wie die linken Anbeter des kapitalistischen Monismus es wollen, sondern daß sich der Antagonismus von Befreiung und wertschöpfender Gewalt auf einer neuen Stufe reproduzierte: eine lange Welle sozialer Revolution in der Auseinandersetzung mit der internationalisierten Gewaltsamkeit des Inwertsetzungszyklus des "Eisenbahnkondratieffs". Die metropolitanen Prozesse erweiterter Reproduktion des Kapitals in der Dynamik der 2. industriellen "Revolution" stellen darin nur ein Moment dar: die Aufrüstung zu Zentren der Reorganisation kapitalistischer Kriegsmittel und -strategien im sozialen Weltkrieg.

Erst aus diesem Kontext sind die Prozesse der Akkumulation und des Klassenkampfs, die Strategien inwertsetzender Gewalt und der sozialen Revolution in Rußland zu erschließen, erst auf dieser Folie ist ihr geschichtslogischer Ort richtig zu bestimmen. Der nationale und volkswirtschaftliche Reduktionismus, der das begriffliche Instrumentarium und den Verständnisrahmen der meisten "bürgerlichen" und "marxistischen" Analysen bis heute bestimmt und beschränkt, konnte den Blick nur verzerren. Es gab keine "nachholende Entwicklung", keine "nachholende Industrialisierung", keine eigenständige Zyklik der Kapitalisierung in Rußland, ja nicht einmal eine russische "nachholende ursprüngliche Akkumulation". Der Spannungsrahmen des erweiterten Antagonismus machte sie zu Segmenten des internationalen Akkumulationsgefälles. Die national bornierten und reduktionistischen Darstellungen wie etwa von Gerschenkron, Kahan, Glindin etc. müssen erst entzerrt, auf diese Folie abgebildet werden, um Sinn zu machen. Die

Modernität der sozialrevolutionären Kämpfe der BäuerInnen, BauernarbeiterInnen und wenigen erblichen ArbeiterInnen lag nicht in der bloßen Auseinandersetzung mit dem Zarismus und russischen Kapitalismus. Bezogen auf den übergreifenden Spannungsrahmen galt ihre revolutionäre Moralität den vorgeschobenen Bastionen "innerer" Kapitalisierungsstrategien ebenso wie den fernen Zentren der Akkumulation, die ihre Entwicklungsimperative über diese Brückenköpfe in den innerrussischen Sozialprozeß hineinzutreiben und zugleich über die internationalen Ketten des Werttransfers zu ihren Lasten aufzurüsten suchten. Die nachträglichen Ratschläge, die die Literatur gerade heute wieder der russischen Entwicklungs- und Industrialisierungspolitik zum Aufbau eines "inneren Markts" und einer "inneren economics of scale" geben, sind soweit sinnlos, als die russische Wertschöpfung längst als Funktion internationalisierter Skalenökonomie die Rationalisierungseffekte metropolitaner Giganten ermöglichte und Witte und Stolypin auf typische Weise nur den typischen Zwängen ihres bescheidenen Ausschnitts gehorchten, die schließlich noch den Fortschrittsrausch russischer Marxisten nährten. Die russische Revolution war keine Revolution in einem Land. Der Bolschewismus hat sie dazu zu machen, dazu einzuhegen versucht.

Wenn oben davon die Rede war, daß die Frontlinien des sozialen Kriegs zu einem internationalen Frontalzusammenstoß neu gezogen wurden, dann ist dies nicht mehr als eine topographische Metapher. Entscheidend ist, daß die Qualität des Antagonismus um Wertraub und soziale Existenz und damit zugleich Zusammensetzung und Subjektivität der Klasse global völlig transformiert wurde. Diesem Transformationprozeß gegenüber bleibt unsere überkommene materialistische Begrifflichkeit gegenüber stumpf, weil sie zwar deren logischen Ort richtig bezeichnet, aber den Zugang zur Dialektik des Antagonismus nicht erschließt. "Proletarisierung", "Pauperismus", "reelle Subsumtion", "Unterwerfung unter die Gesetze des Markts", "ursprüngliche Akkumulation" (als Prozeß der Schaffung der Arbeiterklasse durch die Trennung der agrarischen Produzenten von ihren Produktionsmitteln) dringen nicht zur sozialen Logik der Konfrontation selbst durch, sie bleiben ebenso an der Oberfläche wie die Reduktion auf den Aspekt des "Bauernkriegs" oder des antiimperialistischen Kampfs um "nationale Befreiung"[76].

3. Charakter und Subjektivität der sozialen Revolution

Sicher produziert der eskalierte staatliche Terror der Wertabpressung eine gewaltige soziale Mobilität, öffnet die Schleusen riesiger Flüchtlingsströme, aber sie "befreit" nicht zu dem bekannten idealtypischen Bild merkmalloser Proletarisierung, sondern sie wird konfrontiert mit einem neuen Kontinuum einer Ökonomie des Widerstands und der Existenzsicherung aus dem Dorf, die sich in einer Vielfalt autonomer Formen bis hin zu neuen Kampfformen artikuliert. Eine Welle der Migration mobilisiert das Arbeitsreservoir, aber die MigrantInnen bleiben zu einem hohen Grad "ArbeiterbäuerInnen", die von vornherein beabsichtigen und jederzeit bereit sind, ins Dorf zurückzukehren.[77] Zum größten Teil beschränken sie sich auf die verschiedenen Typen der Rotationsmigration und der "Cajanov"-Arbeit, die das Dorf nur zu Erntezeiten auf die Latifundien, in kurzfristige industrielle Konjunkturen etc. verläßt. Daher war bis zum Ersten Weltkrieg und über ihn hinaus der Typus des zu rein abstrakter Arbeit auf den Markt "befreiten" Industriearbeiters sogar in Rußland, mehr noch auf dem Balkan, auf einen verschwindend geringen Teil der industriellen Gesamtarbeitskraft beschränkt, und selbst dort wurden ihre revolutionären Projektionen weitgehend vom Dorf her bestimmt.

Sicher ändert sich auch das generative Verhalten. Die Geburtenrate nimmt zu, die Familienwirtschaft weicht der ökonomischen Wertabpressung durch Schaffung vermehrter Arbeitskraft aus und verschärft damit den Druck der "Überbevölkerung" und zugleich den Konflikt. Aber dies produziert keine "proles" im orthodoxen Sinn, die vermehrte Arbeitskraft bleibt im Dorf, fließt in die genannten Migrationsformen und verstärkt allenfalls noch das sozialrevolutionäre Potential. Dabei belasten die neue Mobilität, Flucht, Überbevölkerung zwar die Dorfökonomie wie nie zuvor, sie zerstören jedoch nicht seine kommunitären Formen. Ihre moralische Ökonomie transformiert sich zu Sinnmomenten sozialrevolutionärer Vergesellschaftung und entwickelt ihre kollektiven und egalitären Reproduktionsformen zu genuin kommunistischen Kampf- und Aneignungsformen bei der Durchsetzung des Rechts auf Existenz. Die zunehmende Aufnahme "Fremder" ins Dorf mit der Folge der Einbeziehung ins kommunitäre Anrecht auf Mitbesitz und Subsistenz nach einigen

Fruchtfolgen, wie sie für die slawische Dorfgemeinschaft typisch war ("wer die Sichel hält, hält auch den Löffel"), trägt zu einer Abstraktifizierung und Verallgemeinerung der kommunitären Qualitäten bei, die noch die nationalsozialistische Rationalisierungsmaschinerie konfrontieren sollte.[78]

Dies ist auch die Phase, in der die Klasse vor der Verwertungsoffensive des Kapitals in den schon erwähnten "Landhunger" auszuweichen beginnt.[79] Aber entgegen allen Erwartungen endet er nicht etwa in einer Verkleinerung des privatisierten Kleineigentumhungers, sondern wird im Gegenteil zunehmend von der revolutionären Geltendmachung des Existenzrechts besetzt und sollte die industrielle Akkumulation bis zur Weltwirtschaftskrise 1929 über eine Serie defensiver Landreformen zunehmend blockieren, ein weltweites Phänomen.[80]

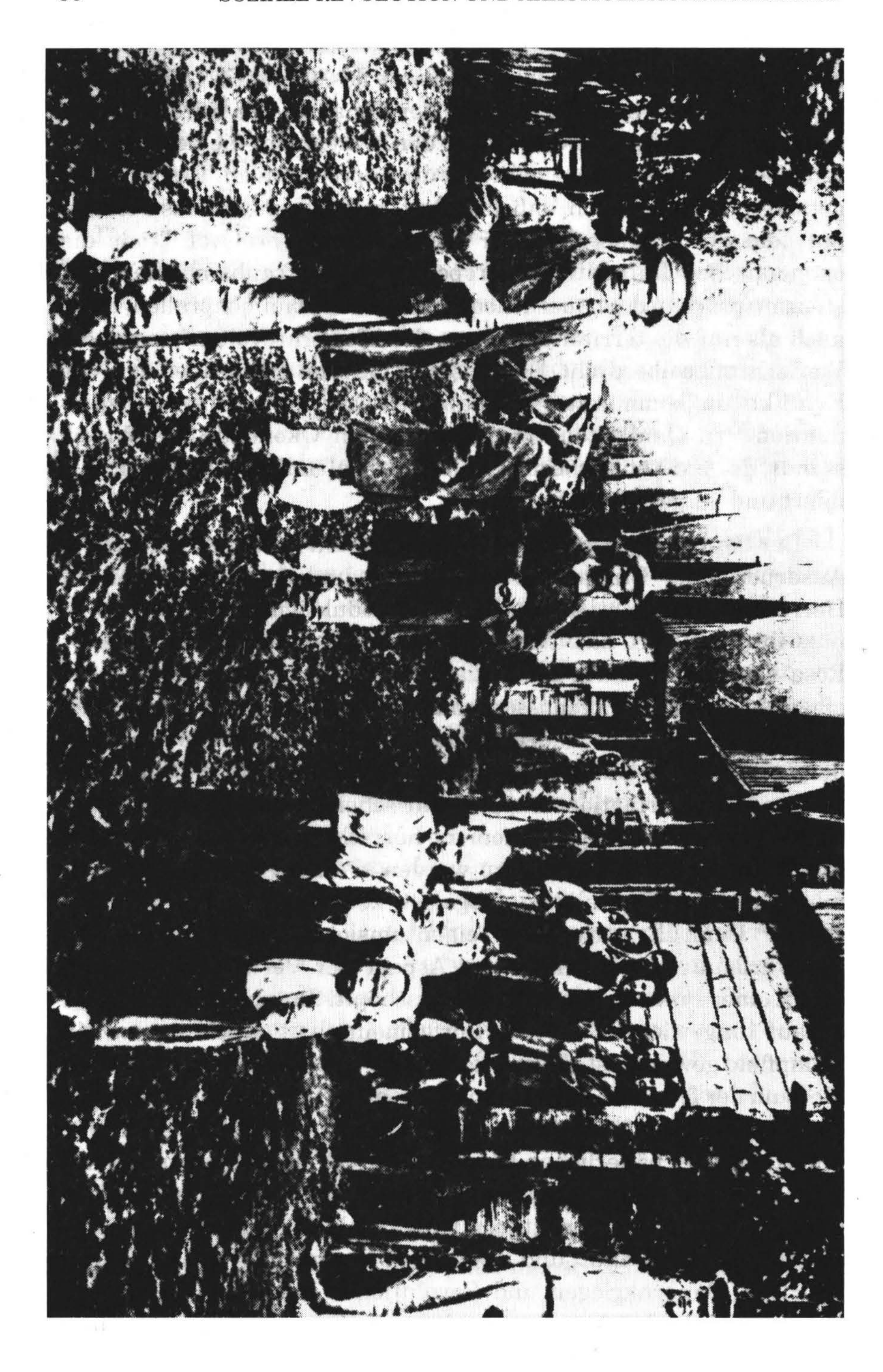
Der neue soziale Angriff des Kapitals "proletarisiert" auch nicht etwa das Geschlecht, sondern zieht auch hier die Konfliktlinien neu: die Verantwortlichkeit des dorfältesten Patriarchen für Steuer, "Emanzipationspreis", kollektive Schulden technisiert und erodiert die patriarchale Autorität, die rücksichtslosen Auspeitschungen durch Steuereinnehmer höhlen sie ebenso aus wie der wachsende Widerstand der Frauen und Kinder gegen die auf sie verlängerte Gewaltsamkeit (in der Bauernrevolution von 1905 spielten Frauen und junge Männer bzw. männliche Jugendliche eine besondere Rolle[81]).

Selbst der Stoßkeil nachholender industrieller Wertschöpfung, die Eisenbahninvestition, ist kaum bedeutsam als Motor der reellen Subsumtion. Sie wird in erster Linie zum technischen Instrument von Erschließung und Terror, sie "vergesellschaftet" den Zugriff der Wertabpressung, der sozialen Zerstörung und militärischen Kontrolle, aber damit wird sie zugleich zum Vehikel einer regelrechten kommunikativen Explosion in der Zirkulation und Homogenisierung von Kampferfahrungen und -prozessen, die mehr als alles andere zur "Vergesellschaftung" des revolutionären Prozesses beiträgt.[82]

Das berühmte russische Dorf, die südslawische Zadruga, ihr primitiver "Bauernkommunismus" lösen sich also nicht einfach auf, atomisieren sich nicht zu den mobilen menschlichen Subsumtionspartikeln, mit denen die Bereinigungsphantasien der Theoretiker "ursprünglicher Akkumulation" ihre sozialen Projektionen bevölkern, bleichen nicht zur abstrakten Masse marktgerechter Arbeits-

kraft aus, zu der die Subsumtionstheorie des linken Fortschrittglaubens sie "befreit" sehen will. Trotz der Zunahme des Bevölkerungsdrucks bleiben sogar in den Zeiten der Hungersnot die kommunitären Überlebensgarantien selbst für die unproduktiven "Esser" unangetastet. Es erweist sich, daß das "Dorf" mehr ist als nur das Terrain, auf dem über Steuer, Wucher des Kulaken, Terms of Trade die ökonomischen Imperative metropolitanen Wertraubs mit den Existenzansprüchen der bäuerlichen Subsistenz zusammenprallen, mehr auch als nur die territoriale Arena der "Bauernrevolten", wenn die Wertschraube überdreht. Es ist der Ort, an dem die soziale Logik des Konflikts die kommunitären Qualitäten agrarischer Subsistenzproduktion[83] zu Qualitäten einer moralischen Ökonomie des Widerstands, der Existenzsicherung und der sozialen Revolution transformiert und vergesellschaftet.

Der Grund liegt darin, daß es immer schon mehr war als nur der Ausdruck einer Etappe des Fortschritts und der entsprechenden Herrschaftsorganisation, auf den der produktivistische Materialismus ihn reduziert hat. Natürlich haben Marx und noch genauer Rosa Luxemburg darin recht, daß die kommunitären Formen der eigentumslosen Markgenossenschaft, der "asiatischen Produktionsweise", des Mir, der Zadruga, der kabylischen Großfamilie und dergleichen mehr weltweit nur verschiedene Ausdrucksformen und Namen einer Formationsetappe agrarischer Produktivität, Ausbeutung und der Übergangsphänomene herrschaftssichernder Sinnstiftung darstellten.[84] Aber darum werden sie nicht einfach vom fortschrittlicheren Kapitalismus abgelöst, zertrümmert, in ihn aufgesogen.[85] Denn ihr "primitiver" eigentumsloser Kollektivismus und Egalitarismus hatte sich nie im Aspekt der Verwertungsgemeinschaft einer Produktionsformation erschöpft. Shanin[86] hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Dorfgemeinschaft schon immer ein Kampffeld gewesen ist, dessen technische und soziale Strukturen als Medium der feudalen Verwertung fungierten, zugleich aber auch als die Vergesellschaftungsformen von Schutz, Überlebensgarantien und Kampf der bäuerlichen Klasse.[87] Die sich im Antagonismus mit "dem Herrn" manifestierenden egalitären Strukturen konnten sich über Nacht in Kampfstrukturen verwandeln, die ihre Kapazität zu destruktiver Mobilität und spontaner Vernetzung in unzähligen Revolten, Bauernkriegen und Revolutionen bewiesen hatten. Der Gott der Unterdrückung wechselte sein Gesicht zum Gott einer tausendjährigen Gerechtigkeit, wenn Schübe der Abpressungsgewalt



Risse im Amalgam von Überbau und sozialem Sinn vertieften. Die sprunghafte Intensivierung des Zusammenpralls, die Intensivierung des sozialen Antagonismus nach 1848 mußte somit unausweichlich zum katalytischen Prozess werden, der die revolutionären Qualitäten der kommunitären Existenzformen und ihre egalitären sozialen Werte von ihren Funktionen als Verwertungsvoraussetzungen schied und sie zu einem Sprengstoff gegen die Gewalt der imperialistischen Akkumulation verwandelte. Dies ist seine Dialektik der Befreiung: nicht zu besserer Subsumtion unter die nächste Formation der produktiven Unterwerfung im Fabrikkommando, sondern des Bedürfnisses nach Kommunismus gegen sein inzwischen globales Diktat.

Das genau ist es, was "das russische Dorf" revolutionär machte. Gegen alle Bemühungen der orthodoxen Wahrheitsministerien hat die Geschichtsschreibung inzwischen den Wahrheitskern der Jacquerien von 1902, der Bauernrevolutionen von 1905 und 1917 wieder zu Tage gefördert.[88] Schon die Kampfformen, in denen sich Bauern (was die neuen Formen der mobilisierten Landbevölkerung einschließt) nach der großen Hungersnot im Aufstandszyklus von 1898-1902 mit den Grundbesitzern und Steuerbehörden konfrontieren, lassen die Konturen des zur kommunistischen Bewegung transformierten Egalitarismus der "Obschtschina" und des "dvor" sichtbar werden (und zwar einschließlich der Sinngehalte und Werte, in denen sich die millenaristische "schwarze Umteilung" schon in den religiösen Phasen der 70er Jahre geäußert hatte). Grund und Boden, Gemeinderechte an Wiese und Wald wurden in die Regeln kollektiver Nutzung und Umteilung eingefordert und zurückgeholt: nicht mehr als Ausdruck dörflichen Traditionalismus oder gar Konservatismus, sondern einer revolutionären Kollektivität, die ihre Stärke und Moral im Kontrast zu einer Gewaltmaschinerie erlebte und artikulierte, die seit der großen Hungersnot von 1891 die letzten Reste ihrer moralischen Legitimität verspielt hatte und deren Stärke sichtbar zerfiel.[89] Die Vergesellschaftung einer revolutionären kommunistischen Moral war Produkt und Element einer Kampfdialektik, eines sozialen Antagonismus, der moralischen Wert von den Vergesellschaftsbedingungen der Akkumulation schied und gegen den ökonomischen Wert entwickelte. Mitrany hat diesen Prozeß der moralischen Klassenkonstitution bis in die Entwicklung einer doppelten Moral der Subsistenz verfolgt: einer Moral für die Mitglieder der Dorfgemeinde einerseits und einer neuen "Kriminalität" gegen die Klasse der Ausbeuter (zuerst Pächter, in den 20er Jahren die

städtische Intelligenz als Klasse an den Hebeln der nationalen Gewaltapparatur).[90] Es ist daher nur ein Ausdruck dieser Logik revolutionärer Entfaltung, daß die Bauernrevolution von 1905 ihren Schwer- und Ausgangspunkt in den Territorien findet, in denen dieser Egalitarismus der Subsistenz am ausgeprägtesten war.[91] Sie wurde damit zur "Stunde der Wahrheit" für die Marxorthodoxie, wie Shanin richtig bemerkt. Dieser revolutionäre Transformationsprozeß erreichte in der Bauernrevolution von 1917 seinen Höhepunkt. Er wurde von dem sowjetrussischen Agrarexperten Milyutin 1928 plastisch und eindeutig charakterisiert: "Die Dorfgemeinschaft, die mit außergewöhnlicher Macht wieder lebendig wurde, war zweifellos der ideologische Basiskern des sozialen Mechanismus, der die Agrarrevolution innerhalb der Bauernschaft selbst entscheidend durchführte".[92] Schon mit der ersten Welle radikaler autonomer Landbesetzungen (die seit April 1917 monatlich um das doppelte anstiegen und sich nach Dubrowskis Zählung in ca. 6.000 Revolten organisierte) hatte sie die Voraussetzungen für den politischen Umsturz längst geschaffen, als die junge bolschewistische Bürokratie nach der Machtübernahme endlich die Gelegenheit fand, die Bauern zu ordentlicher, gewaltfreier und bürokratischer Überführung des Landes unter die Kontrolle der neuen Verwaltungseltiten anzuhalten.[93] Zu spät: die soziale Revolution hatte ihre kollektiven und egalitären Formen von unten mit einer Gründlichkeit durchgesetzt, die jede Mahnung zur Unterwerfung unter das bürokratische Diktat zu einem hohlen und hilflosen Appell machte. In autonomen Komiteestrukturen organisierte sie von der Basis aus (neben der Bestrafung der Gutseigentümer, über die meist das Gemeindekollektiv entschied) die Verwandlung und Verteilung des Großgrundeigentums und des durch Einhegungen privatisierten Landes extrakommunaler Kulaken in dörfliche Kollektivnutzung (z.B. auch, ob ein Gutshaus niedergebrannt werden oder als Schule Verwendung finden sollte). Nach den Regeln der "schwarzen Umteilung" wurden vor allem die Dorfarmen und landlosen Familien berücksichtigt. Die Zuteilung der besetzten Güter und angeeigneten Gebrauchsgegenstände fand "nach der Seelenzahl" statt, also nach Gesichtspunkten von Bedürfnis und Not der produktiven und unproduktiven EsserInnen, nicht nach produktiven Gesichtspunkten und Verdiensten. Dieser Prozeß der Rekollektivierung sprach allen ideologischen Beschwörungen der angeblichen bäuerlichen Kleineigentumssehnsüchte Hohn: nirgendwo wurde Eigentum oder Kleinbesitz begründet, vielmehr wurde es überall da sogar wieder aufgelöst, wo die zaristischen Reformen es

erhalten oder neu durchgesetzt hatten. Sogar das Land, das im Zuge der Stolypinschen Reformen zu Grundeigentum ("Chutore", "Otrubs") privatisiert worden war, ja sogar Kleineigentum wurde seines rechtlichen Eigentumscharakters wieder beraubt und in kollektive Umteilung und Nutzungsrechte überführt.[94] Es war der Privatbesitz als solcher, der "ausgerottet" wurde, wie Sering klagt.[95] Deutlicher noch als in den Jacquerien von 1902 und der Revolution von 1905 enthüllte sich auch der "Landhunger" als Erscheinungsform kollektiver Existenzsicherung und als das genaue Gegenteil von Eigentumshunger.

Die bolschewistische Bürokratie war den Organisationsstrukturen des Basiskollektivismus gegenüber von Anfang an machtlos. Und das nicht einmal nur, weil dessen Autonomie schon im Oktober nicht mehr angreifbar war oder gar, weil es die linken Sozialrevolutionäre (SR) waren, deren Kerne ihren kommunistischen Entfaltungsprozeß politisch artikulierten. Sondern vor allem, weil die Intensität nicht geschwächt war, in der der sozialrevolutionäre Prozeß des Fabrikproletariats mit ihm korrespondierte: durch familiäre Bindungen, Formen der Migration und Mobilität des Arbeiterbauern, und vor allem durch ihre fortbestehende Einbindung in dessen moralische Ökonomie (nicht nur als Teilhabe an ihren Werten, sondern technisch und rechtlich: die Pflicht zur Unterstützung aus der Stadt ging einher mit Recht und Absicht zur Rückkehr, das Recht auf Teilhabe am Kollektiv der Familienwirtschaft erlosch nach festen Regeln). Selbst in der Fabrik war die neue Diktatur der Akkumulation noch über wenige direkte Vermittlungslinien mit der sozialen Revolution aus dem Dorf konfrontiert. So mußte ein früher Versuch, agroindustrielle Bedingungen über den einen künstlichen Spaltungsmechnismus durch "Armenkomitees" durchzusetzen (die sich schnell als ein Legitimationsinstrument kriegsbolschewistischer Getreiderequisition und -steuer entlarven sollten) kläglich am revolutionären Kollektivismus scheitern. Partei und Landsowjets ("die da oben, die die Steuern eintreiben und Leute rumkommandieren") fanden von Anfang an kein Mittel, in die kommunitären Entscheidungsprozesse der Dorfgemeinschaft und ihrer regionalen Vernetzungsstrukturen einzudringen.[96] Schon vor der Wiederaufnahme des Angriffs Stolypinscher Sozialpolitik in der NEP ("Neue Ökonomische Politik" von 1921), die ausdrücklich wieder zur alten Strategie der Bildung von Kulakeneigentum und Zerstörung des Agrarkollektivismus zurückkehrte, setzte sich der Konflikt der sozialen Revolution mit der neuen Modernisierungsdiktatur da fort,

wo er durch die Ereignisse seit Anfang 1917 unterbrochen worden war. Er sollte von da an als krisenhafter Prozeß "sozialistischer Akkumulation" nur noch ein Segment und eine Variante der allgemeinen Krisendynamik darstellen und verdient insoweit keine Sonderanalyse.

Um es noch einmal in aller Schärfe zu wiederholen: dieser Antagonismus widerlegte dramatisch das intellektuelle Volkstümlertum und die Marxorthodoxie gleichermaßen, er machte Jahrzehnte ihrer Streitereien nachträglich nicht nur regelrecht zur Farce, sondern legte die Fehlerhaftigkeit und den falschen Ansatz des Streits selbst bloß. Beide Seiten führten den Streit am Maßstab der produktiven Qualitäten ihrer Favoriten, am Maßstab ihrer Verwertbarkeit also. Die Volkstümler propagierten die Dorfgemeinschaft, die Marxisten dagegen die aus ihrer Zerstörung erwachsende "Befreiung" des Proletariats in die produktive Disziplin der Fabrik, aber beide orientierten ihre jeweilige Vergesellschaftungsutopie an den Potenzen zur Wertschöpfung. Beide hatten daher auch vom grundsätzlich gleichen Standpunkt einer positiven Organisation von Produktivität keinen Blick für die "Produktivität" revolutionärer Vergesellschaftung, keinen Blick für den Kommunismus der Befreiung gegen die Vergesellschaftungsformen der Unterwerfung, Subsumtion, Zerstörung. Natürlich war die Dorfgemeinschaft als Wertschöpfungsorganisation schon im Zerfall, bevor die ganze Volkstümelei überhaupt begann, sie mit ihrem Schmalz zu übergießen. Aber es war dieser Zerfall in der Konfrontation mit der Akkumulation, der die sozialen Qualitäten einer revolutionären Vergesellschaftung erst hervorbrachte und aus sich heraussetzte, die es in den Phasen kommunitärer Ausbeutungsorganisation so nie gehabt hatte: das Dorf wurde revolutionär im Prozeß seiner Zerstörung[97], als der Bauer zum Subjekt der antikapitalistischen sozialen Revolution wurde, war er keiner mehr. All dies lag weder im Interesse volkstümelnder noch marxorthodoxer Subsumtionsideologie und Herrschaftsverwaltung und darum auch nicht in Reichweite ihres gesellschaftstheoretischen Begriffs. Dies ist auch der Grund, warum sich der Kitsch des Proletkults als wohlfeiler Rauschfusel der marxorthodoxen Intelligenzsjia auf den Kommandobrücken der sozialistischen Akkumulation im Prinzip kaum von der Bauernseligkeit der volkstümelnden Intelligenzija der "legalen" Narodniki unterscheiden sollte und warum ihre Debatten weitgehend nur Stammtischniveau erreichen sollten. Inwieweit die revolutionäre Praxis der Narodovolcy (und in ihrer Nachfolge die SR und nach 1919 die linken SR) einen

ganz anderen, einen revolutionären Begriff hiervon entwickelt hat, inwieweit Marx in der Allianz mit ihnen kurz vor seinem Tod genau davon gelernt hat, steht auf einem ganz anderen Blatt.[98] Es ist bezeichnend, daß der volkstümelnde Sozialromantizismus das Interesse an den Kontrollwerten sozialer Organisation des Dorfes bezeichnenderweise in dem Moment entdeckte, als dessen Zerfall seine soziale Explosivität erst scharf machte. Seine Geschichte führte von der Landromantik des Biedermeier über die legalen Narodniki und den “Peasantism” des Bauernreformismus geradewegs in den rechten und faschistischen Populismus. Wenn Otto von Franges als einer der international renommiertesten Experten des mittel-südeuropäischen Agrargürtels bei seinem Einstieg in die Propaganda des mörderischen nationsozialistischen Vierjahresplans 1937 in Kenntnis eines Jahrhunderts Revolutionsgeschichte die “Dorfkommunion” der Zadruga zu einem “Bienenvölkchen ohne Zank und Groll” gegen die manifeste Gefahr ihrer sozialen Zerfallsformen beschwor[99], dann ist dies der klarste Wahrheitsspiegel für 100 Jahre Volkstümelei.

Damit wird der sozialrevolutionäre Prozeß an der Peripherie auch zur eigentlichen Wahrheit des Vormärz. Es ist schief, wenn man sagt, daß er seine Niederlage in der industriellen Konterrevolution fand, weil er in der Metropole zunächst von ihr aufgesogen wurde. Denn der sozialrevolutionäre Prozeß wurde lediglich auf eine erweiterte Stufenleiter transformiert und verschärft reproduziert. Der kommunitäre Gehalt des Existenzrechts, den das Kapital in der technologischen und sozialen Barberei der industriellen Aufrüstung zertreten, zermahlen und aufgesogen glaubte, tritt ihm nunmehr in weit schärferem Profil aus der Peripherie entgegen. Das Erweiterungsmodell der industriellen Reaktion externalisiert die Konfrontation (aus der metropolitanen Perspektive) und ruft alle Charakteristika des sozialrevolutionären Prozesses, der den Vormärz in den europäischen Schwellenländern kennzeichnete, nunmehr in weit eindeutigeren Konturen und mit einer gewachsenen Unerbittlichkeit ihrer sozialrevolutionären Sinnelemente aus der Peripherie wieder gegen sich auf. Im Kern steht also diese erweiterte Reproduktion des sozialen Antagonismus um Wert und die sozial/technische Gewaltsamkeit seiner Abpressung. In ihr begegnen sich das Kapital als Erweiterung und Vertiefung seines Akkumulationszugriffs und die Klasse im weitesten Sinn als Erweiterung und Vertiefung ihrer sozialen und revolutionären Konstitution, der Selbstvergewisserung

und Vergesellschaftung ihres existentiellen Nichtwerts in einer verschärften Feindschaft[100]. Ebensowenig wie die sozialrevolutionären Bewegungen des Vormärz allerdings war sie nur nichtkapitalistisches "Milieu", passive Raubhalde der Akkumulation und duldendes Reservoir des wachsenden Hungers auf den Verzehr neuer proletarischer Reservearmeen. Vielmehr war sie es, die ihre sozialrevolutionären Qualitäten in diesem sozialen und ökonomischen Antagonismus entfaltete und sich darin als Subjekt konstitutierte.

Dies ist auch der Zusammenhang, aus dem wir begreifen können, warum die "Erweiterung" der kapitalistischen Reproduktion in ein Gefälle von Akkumulation und Werttransfer ("gegliedertes System"[101] nennt Mandel dies in strukturalistischer Vereinseitigung der Kapitalperspektive) jede "nachholende Akkumulation" in einem Land notwendig zu einer bloßen Eingliederung in dieses Gefälle reduzierte (mit dem Variationsspektrum von imperialistischer Konkurrenz bis zu abhängiger Entwicklung), ebenso wie sie die Einhegung des revolutionären Prozesses zu Initiativen nationaler Revolution zum reaktionären Containment des weltrevolutionären Prozesses verkommen lassen mußte.[102] Und er macht auch deutlich, warum alle hämischen Hinweise der bourgeoisen Wissenschaften auf die Tatsache, daß die Revolutionen seit 1848 kaum noch in den entwickelten Ländern als proletarische Revolutionen stattfanden, ebensolcher Nonsens waren, wie die Behauptung, in Rußland handele es sich um eine proletarische Revolution. Der große osteuropäische, ostasiatische und lateinamerikanische Revolutionszyklus im ersten Drittel unseres Jahrhunderts war selbst Schwerpunkt und Basis der Revolution gegen das metropolitane Kapital, gerade weil er sich von der Peripherie aus entfaltete und die soziale Herrschaft und den Werttransfer des Kapitals in seinem damaligen Akkumulationsgefälle weltweit aufrollte.

Es ist überflüssig, die Entfaltung der sozialen Revolution in jedem der bereits bestehenden oder später geschaffenen "Länder" des ost/südosteuropäischen peripheren Agrargürtels im Detail mit derselben Gründlichkeit nachzuzeichnen. Sie korrespondierte und homogenisierte sich in allen ihren Merkmalen wie auch in der historischen Zyklik mit der russischen in jeder Phase des Konflikts, weil der Antagonismus identisch war und blieb, auch wenn der liberalkapitalistische Universalismus des anfänglichen Freihandelsimperialismus zunehmend von Formen der "neomerkantilistischen" imperialistischen Konkurrenz überlagert wurde. Sprachbarrieren

spielten keine Rolle. So war der große rumänische Bauernaufstand von 1907 Teil der revolutionären Welle, die 1905 in Rußland begonnen hatte, ebenso wie sich die Bauernrevolution über die russisch/rumänische Kriegsfront 1917/18 in die Zertrümmerung des rumänischen Systems übertrug und das Regime aus der panischen Flucht vor den Bauern binnen wenigen Monaten zur völligen Demontage des alten Ausbeutungssystems in der Agrarreform und zur ökonomischen Liquidierung der Bojarenklasse einschließlich seiner Zwischenpächter trieb.[103] Auch imperiale Grenzziehungen waren ohne Bedeutung für die Homogenisierung des sozialrevolutionären Zyklus. In den südslawischen Provinzen der Doppelmonarchie kannte die Mobilität der revolutionären Bauern weder Grenzen noch Fronten. Als "grüne Bataillone" (oder "grüne Garden") desertierten sie über die russisch-österreichische Front, sie operierten in einer Gesamtstärke von 100.000 Deserteuren aus den Wäldern und vollzogen schließlich autonom die Enteignung und die Vertreibung ihrer Ausbeuter ähnlich wie in Rußland, bevor eine Agrarreform überhaupt die Zeit fand, sie zu sanktionieren und rechtlich zu kanalisieren.[104] Sogenannte "nationale Grenzen" spielten weder in den Zyklen sozialrevolutionärer Entfaltung noch im Flächenbrand von 1917/18 und seiner Vorgeschichte im Krieg eine Rolle, ebensowenig der Nationalismus. Dieser war im wesentlichen eine Domäne der rechten Intelligenz und ein Instrument des Containments der sozialen Revolution (und profilierte gegen sie nur die Strategien der rechts- bis linksbürgerlichen Konterrevolution von 1848 in die Gewaltsamkeit des sogenannten neomerkantilistischen Etatismus). Die sozialrevolutionären Bauernbewegungen, so generalisiert Mitrany eine allgemeine Einschätzung ihrer Analytiker, folgten niemals nationalen Linien, so sehr sie auch durch Sprache, Blut oder Religion getrennt gewesen sein mochten[105] Als mit Rußland 1917 der gesamte Gürtel von Finnland über das Baltikum und Polen bis in den Balkan in Flammen stand und die soziale Revolution vom "Land" aus die alte Ausbeutungsordnung hinwegfegte, war dies ein homogener revolutionärer Prozeß. Seine Bedeutung bestand nicht nur darin, daß er die soziale Revolution von unten auf das Niveau der jeweiligen Länder "vergesellschaftete", sondern daß diese Homogenisierung deren Grenzen, die Verwaltungsgrenzen der kapitalistischen Ausbeutungsinstrumentarien, zu sprengen drohte und mit der Renationalisierung eines Systems identischer Landreformen seit dem "Frieden" von Brest-Litowsk nur hinhaltend aufgefangen werden konnte.[106]

4. Die bolschewistische Reaktion

Die soziale Revolution zertrümmerte zwar das Kriegsprojekt einer Reorganisation des Ausbeutungsgefälles im Ganzen, im Rückzug organisierte das Kapital jedoch Auffanglinien einer neuen Eindämmungspolitik. Diese ermöglichten es dem Kapital zwar nicht, aus der Krise herauszukommen. Sie transformierten den Antagonismus nur und gaben ihm einen neuen Ausdruck, zugleich aber verschärften sie ihn in einer Weise, die den erneuten großen Zusammenbruch des Kapitalkommandos in der Weltwirtschaftskrise unvermeidlich machte. Sie sollen kurz umrissen werden, soweit sie für den Fortgang der Darstellung von Bedeutung sind.

Was das periphere Segment der sozialen Revolution anlangt, so wird in diesem Zusammenhang oft auf die Agrarreformen im gesamten östlichen Gürtel bis zur Türkei und in Mexiko hingewiesen. Einmal werden sie als regelrechter Sieg der Subsistenz beschworen, als den Ausbeutern abgetrotzte “Agrarrevolution”[107], ein wenig treffender meist als “Blitzableiter in den revolutionären Stürmen”[108], als Mittel, den revolutionären Druck “abzubiegen”[109]. Beides ist schief und auch zu flach. Die Flucht in die sogenannten Agrarreformen war ein Versuch konterrevolutionärer Eindämmung, dessen Bedeutung sich nur erschließt, wenn man sie als Element im Containment einer komplexen Ordnung im internationalen Rahmen begreift.

Die Agrarreformen waren ja alles andere als etwa ein hinhaltendes Geschenk oder Bestätigung längst erfolgter revolutionärer Aneignung zum Zwecke der Befriedigung. In allen Territorien der sozialen Revolution, in Rußland, der Ukraine, dem Balkan, Mexiko hatten die bewaffneten Verbände der Bauern mehr getan, als die Gutherren zu vertreiben und das Land in Besitz zu nehmen. Darin lag auch nicht der sozialrevolutionäre Gehalt, allenfalls war es sein Ausdruck. Die revolutionäre Aneignung hatte nichts mit bürgerlichem Eigentum zu tun. Vielmehr waren die Instrumente und Formen der bürgerlichen Ausbeutungsordnung selbst in ihrer rechtlichen und institutionellen Substanz angegriffen und liquidiert worden: Eigentum, Eigentumsgrenzen, Pacht, Zins und die darauf gegründete Ungleichheit. Das nur in Ansätzen etablierte bürgerliche Recht der Ungleichheit von Existenz und der Verdinglichung von Herrschaft war zusammen mit den Relikten feudaler Ausbeutung weggefegt worden und hatte der egalitären Eigentumslosigkeit

einer am Recht auf Existenz orientierten kommunitären Ordnung Platz gemacht. Der Zustand war "anarchisch" im Sinne des bürgerlichen Rechts und "rechtmäßig" im Sinne des kommunitären Egalitarismus. "In der Agrarrevolution durchbrach die Umteilungsgemeinde die Dämme, die sie zurückgehalten hatten, ihre Wogen verschlangen alle Grundbesitzformen", sagt Brutzkus zu Recht und in Übereinstimmung mit allen Quellen.[110] Wohlgemerkt: nicht als Wiederbelebung, nicht als Traditionalismus, sondern als moderne revolutionäre Schöpfung. Denn der Basiskommunismus hatte – daran müssen wir noch einmal erinnern – seine Subjektivität gegen die Modernisierung der Autokratie im Konzept imperialistischer Mehrwertschöpfung entfesselt, der Nichtwert hatte sich seine historisch aktuellste Gestalt gegeben. Die tradierte Vorstellungswelt der "schwarzen Umteilung" trug nur – wie in jeder wirklichen Revolution – die Poesie der Vergangenheit in die revolutionäre Aktualität (wie Marx diesen typischen Vorgang richtig erfaßt), der ehrwürdige Name aus der chiliastischen Endzeiterwartung tausendjähriger Gerechtigkeit war nur das altertümliche Kleid, in das sie ihre neuen Gedanken hüllte. Denn so hatte es die "schwarze Umteilung" noch nie gegeben, so hatte sie das kommunitäre Existenzrecht noch nie gegen die existenzvernichtenden Diktate der Verwertung artikuliert. Sie war darin selbst so modern und radikal wie die Kriegsoffensive des Kapitals selbst.

Die Agrarreformen sind daher als Versuche zu begreifen, mit einem rechtlichen Gewaltzugriff in den kommunitären Kollektivismus einzudringen, um die Voraussetzungen der Verwertung zu sichern und wenn auch nur – wie in Rußland oder Mexiko – als bloßer symbolischer Akt in der Behauptung eines bloß nominellen Staatseigentums. Selbst da also, wo die Staatsapparaturen das Recht auf Land "verschenkten" und die Besetzungen rechtlich nachvollzogen und ordneten (wie in Rußland, Rumänien, Jugoslawien, Mexiko), handelte es sich um Angriffe gegen den Sinn und gegen die manifesten Inhalte der sozialen Revolution. Die rechtliche Bestätigung der Besetzungen, die Verteilung des Bodens markierte lediglich das Ausmaß der Defensive, in die die soziale Revolution die Ausbeutungsordnung getrieben hatte, nicht aber den Grund.

Daß die Verrechtlichung als Konterrevolution gegen die Autonomie des kollektiven Egalitarismus überhaupt Chancen hatte, wurde kaum im Rechts- und Gewaltraum der einzelnen Länder entschieden. Sie war nur möglich als Bestandteil und unter den

Garantien einer internationalen Ordnung, die linken wie rechten Entwicklungstechnokratien den nationalen Herrschaftsraum zur Ausbeutungsregulierung absicherte. Sie war die Frucht des Friedens von Brest-Litowsk und seiner Verlängerung in den Frieden von Versailles mit ihren jeweiligen Zusatzverträgen. Wir müssen einen Moment bei ihnen verweilen, um Mißverständnisse zu vermeiden. Objektiv ist die Funktion des Friedensprozesses von Brest-Litowsk (vom Märzvertrag bis zum Zusatzvertrag über die Ukraine vom 27. August) eindeutig. Er überließ die soziale Revolution in Finnland, dem gesamten Baltikum, Polen, der Ukraine bis in den Balkan den imperialistischen Mittelmächten und trennte sie von der russischen Revolution wie auch untereinander mit der Folge, daß sie dem intensivierten Zugriff national formierter Eindämmungsstrategien ausgesetzt wurden, die vor allem ihre Agrarreformen je nach dem Verhältnis von revolutionärem Druck und repressivem Potential entweder in panischer Flucht Hals über Kopf (wie in Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien) oder in einem zähen Konflikt (wie im Baltikum oder in Finnland) unter dem Schutz der Mittelmächte und später der Alliierten sicherten. Es wäre absurd, sich nur einen Zentimeter auf die Ebene der Vorwürfe und Rechtfertigungsdebatten zu begeben, die die grundsätzliche Bedeutung dieses Arrangements mit der imperialistischen Metropole bis heute umnebeln. Dieses Arrangement war kein Verrat, es war auch keine Taktik zur Rettung der Revolution; es war nur ein Moment – wenn auch ein zentrales – in einer umfassenden Gesamtstrategie zur Eindämmung der Revolution, die für uns wichtig ist, weil sie die Reorganisation des globalen Verwertungsprozesses der Nachkriegszeit entscheidend mitbestimmte.

Es würde allein schon reichen, die Stadien des Zweifrontenkriegs gegen die Bauernrevolution nachzuzeichnen, mit dem der Apparat der rechtsbolschewistischen Diktatur in das internationale Eindämmungsgeschäft einstieg. Es war noch eine blasse Untertreibung, wenn ein Sprecher der Linken Sozialrevolutionäre auf dem 5. Gesamtrussischen Kongress der Sowjets am 5. Juli 1918 den bolschewistischen Militär- und Ernährungskommissar anklagte, sein Regime führte fast einen regelrechten Krieg gegen die Dörfer.[111] Nicht “fast”, es war ein offener Krieg nach innen: die Armee war zu einem “Krieg ums Getreide” mobilgemacht worden, die bewaffneten Getreiderequisitionsmilizen des Militär- und Ernährungskommissariats (Einheit 75 Mann, 3 Maschinengewehre, Todesstrafe nach Ermessen,

massiv unterstützt vom blutigen Terror der Tscheka) plünderten bis unters Existenzminimum, egal ob gegen revolutionäre Bauern oder gegen die inzwischen in die Dörfer zurückgefluteten revolutionären Arbeiter.[112] Was die Linken Sozialrevolutionäre nur ahnen konnten (und in der Tat ahnten), war das komplementäre Arrangement, auf das die rechtsbolschewistischen Unterhändler Krassin, Larin, Joffe zur selben Zeit in ihren Verhandlungen mit der Obersten Heeresleitung bei der Vorbereitung des Brester Zusatzvertrags über die Ukraine abzielten: das gemeinsame militärische Vorgehen gegen die ukrainischen Dörfer zur Effektivierung der Lebensmittelauspressung, ein (aus Gründen der öffentlichen Meinung von beiden Seiten gewünschtes) "verdecktes militärisches Zusammenspiel" vor allem nach Finnland und ins Dongebiet etc.[113] Was allerdings alle wußten und vor den die bolschewistische Zuverlässigkeit befriedigt registrierenden Ohren des deutschen Botschafters von Mirbach in revolutionärer Wut debattierten, das war das mit Todesstrafe belegte Verbot Lenins und Trotzkis an die Guerillas und Roten Garden, der ukrainischen Guerilla gegen das blutige Geschäft zur deutschen Kriegsmaschine über die vereinbarten Grenzen hinweg zu Hilfe zu eilen (ein Verbot übrigens, an das sich viele Gruppen nicht hielten und mit der Beseitigung vieler bolschewistischer Kommissare quittierten).[114]

Es sind diese Zusatzverhandlungen, die ein eindeutiges Licht auf den Frieden von Brest-Litowsk zurückwerfen und ihn erst richtig interpretierbar machen. Es gibt Hinweise, daß Rosa Luxemburg diese "deutsche Orientierung" der Rechtsbolschewiki kannte, als sie ihnen in ihrer berühmten Schrift über "Die russische Revolution" aus dem Breslauer Knast im Herbst 1918 nicht nur die "Erdrosselung der russischen Revolution" vorwarf, sondern die Unterwerfung der Revolution unter bourgeoisen Nationalismus im Konzept des "Selbstbestimmungsrechts der Völker" und die Liquidierung des revolutionären Internationalismus.[115] In der Tat war die "deutsche Orientierung" vom Frühsommer 1918 grundsätzlich und umfassend. Sie bietet erst die Folie zum Verständnis auch des Kriegs nicht nur gegen die revolutionären Bauern, sondern gegen die soziale Revolution überhaupt, auch die der Arbeiter. Die Achse, um die sie sich kristallisierte, war die Verbindung Siemens-Krassin. Krassin – führender Rechtsbolschewik und alter Gefährte Lenins – war schon vor der Revolution Agent und Vertreter von Siemens in St. Petersburg gewesen. Er mobilisierte im Frühjahr 1918 ohne Mühe seine Beziehungen zum Management der führenden deutschen Monopole (u.a.

auch zu AEG) und entwickelte mit dem die deutsche Industrie vertretenden Stresemann ein langfristiges Rahmenkonzept für Handel und Investitionen, das Entwicklung und ungleichen Tausch in einem Gefälle von Produktivität, Technologie und gesamtwirtschaftlichem Management (vom deutschen Korporatismus der Linie Groener-Legien bis zur russischen Diktatur) neu regulieren und die russische Wertschöpfung wieder an die Metropole anbinden sollte. Die "theoretische" Paraphrase dieser abenteuerlichen Reifung des Kriegs zur Kooperation für den öffentlichen Gebrauch bot das Pamphlet "Über 'linke' Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit", in dem Lenin das rührende Bild zweier getrennter sozialistischer "Küken" bemüht, die es in einem gemeinsamen Nestchen zusammenzuführen gilt: die deutsche Kriegswirtschaft als fortschrittlichstes Stadium tayloristischer Vergesellschaftung und die russische Diktatur. Es ist "(...) unsere Aufgabe, vom Staatskapitalismus der Deutschen zu lernen, ihn mit aller Kraft zu übernehmen, keine diktatorische Methoden zu scheuen, um diese Übernahme zu beschleunigen". Sozialismus sei deutsche Kriegswirtschaft unter Ersetzung der Junker durch bolschewistische Diktatur.[116] Die "deutsche Orientierung" bestand also in nichts weniger als dem gemeinsamen Projekt einer Modernisierung der internationalen Wertschöpfungskaskade. Genau dies ist der Grund, warum nicht nur Stresemann, von Hintze (Oberste Heeresleitung [OHL]), Litwin, sondern auf ihr Anraten schließlich auch der Kaiser den primitiven Annexionismus Ludendorffs und Helfferichs zugunsten einer völligen Neuorientierung überwanden und auf Lenin und den Rechtsbolschewismus setzten. Die Grundsätzlichkeit dieses Revirements fand seinen Ausdruck in der Ungerührtheit, mit der die OHL über die Tötung des deutschen Botschafters Mirbach und General Eichhorns (des wichtigsten militärischen Exponenten des neuen aufgeklärten Imperialismus) durch die Linken Sozialrevolutionäre hinwegging.

Daß dies zugleich ein Projekt des sozialen Kriegs nach innen gegen die russische Revolution war, läßt sich natürlich auch an den Maßnahmen ablesen, die es flankierten: der Versuch, die Autonomie der revolutionären Guerilla im Konzept der "Roten Armee" unter der Disziplin der jüngeren zaristischen Offiziere zu brechen[117], die Eskalation des Kriegs gegen die Bauern, den Einsatz der Tscheka zur Sicherung des allgemeinen Arbeitszwangs usw. Es wäre allerdings verfehlt, sich bei der Punktualität dieses Arrangements und seinen Einzelheiten aufzuhalten, so sehr sie in ihrer Eindeutigkeit helfen

mögen, den Sinn des Friedens von Brest-Litowsk zu verstehen. Denn dieses Projekt brachte nur die Logik einer Konfrontation zum Ausdruck, die grundsätzlicher Natur war und schon kurz nach der Machtergreifung im Oktober erhebliche Schärfe und alle wesentlichen Konturen entwickelt hatte.

Der Rechtsbolschewismus Lenin/Krassin/Larin'scher Prägung hatte schon vor dem Oktoberaufstand seine Primitivformel vom Sozialismus als Diktatur zur Effektivierung der Arbeitsdisziplin und Akkumulation und vom Krieg als seinem Vehikel an den Fortschritten der deutschen Kriegsökonomie orientiert und diese Ausrichtung nie aufgegeben. "Lerne vom Deutschen" – Lenins simple Dauerparole – hieß: lerne strengste Disziplin, Kontrolle, Rechnungsführung. Lerne im Krieg hieß: "Lernt vom Deutschen Disziplin, die musterhaft ist, die Unterordnung". Lerne dies zur Verwandlung der ganzen Gesellschaft "in eine einzige große Maschine" (Lenin, Werke Bd. 27, S.77). Nun ist Lenin als Theoretiker einer diktatorisch-bürokratischen Akkumulationsstrategie ebenso platt wie uninteressant, auch wenn die Lektüre seiner Schriften von "Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll" im Oktober 1917 bis "Über 'linke' Kinderei und Kleinbürgerlichkeit" im Mai 1918 schon wegen der Roheit seines Herrschaftsmodells enthüllender ist als jede noch so feinsinnig-beißende Kritik Rosa Luxemburgs.[118] Wichtig ist die Klassenorientierung, mit der sie sich verband, und die Maßnahmen, in denen sie sich ausdrückte. Das Bemerkenswerte im Beitrag der Rechtsbolschewiki am Oktoberaufstand ist nicht die Tatsache, daß der Druck einer unerwartet dramatisch anwachsenden autonomen Bauernrevolution sie zum Handeln trieb (Lenins verzweifelte Appelle aus seinem Versteck an die aktiven Genossen, die taktischen Vorteile der "unglaublichen Tatsache" dieser Revolution, die "das Land überflute", gegenüber den anderen politischen Gruppierungen nicht ungenutzt verstreichen zu lassen und auf den Zug aufzuspringen, sind für sich selbst schon ein eindrucksvoller Beleg)[119]. Das Bemerkenswerte ist, daß die strategische Reaktion auf diese Revolution begrifflich schon all die Trennlinien zieht, die die späteren Gräben von Klassenspaltung, sozialem Krieg und Akkumulationspolitik des entwickelten Rechtsbolschewismus bestimmen sollten. Lenin wußte, daß die soziale Revolution in den Dörfern autonome basisdemokratische Formen entwickelte, um Eigentum – egal, ob Großgrundbesitz oder das Kleineigentum der Stolypinschen Reformen – in die Verfügungsbefugnis des Kollektivs zu überführen und zwar zur egalitären

Nutzung nach Köpfen und EsserInnen, nicht nach Arbeitskraft und Leistung. Wohlwissend, daß der Bolschewismus dieser revolutionären Bewegung zunächst nichts entgegensetzen könnte, blockierte er von Anfang an jegliche Zugeständnisse an ihre sozialrevolutionären Inhalte. Bei allem taktischen Zurückweichen forcierte er konsequent ein Programm des diktatorischen kommisarischen Kommandos über die Nahrungsmittelrequisition, die konsequente Steigerung der Monopoldiktatur der zaristischen Kriegswirtschaft vor allem auf dem Gebiet des Getreidemonopols und der bäuerlichen Zwangsarbeit (kostenlose Hand- und Spanndienste zugunsten von Staatsgütern und öffentlichen Arbeiten wurden übernommen und ausgeweitet, ein bäuerlicher Arbeitsdienst schon im Oktober projektiert), eine Rückverwandlung der Kollektivverwaltung in Parzellenaufteilung nach schematisierten Leistungspotentialen (Mann: 1; Frau: 0,8; Jungen: 16-18 J. 0,75; Mädchen: 0,6) wurde noch im Jahr 1917 ebenso programmiert wie die tendenzielle Orientierung am Agrogroßunternehmen (die ja mit Wiederaufnahme der Stolypinschen Politik in der NEP in Angriff genommen wurde). Auf keinem Gebiet war der revolutionäre Etikettenschwindel der Bolschewiki so offensichtlich wie hier. Die bolschewistischen Verordnungen zur sogenannten "Sozialisierung" des Landes setzten in ihrer Rechtstechnik ausdrücklich auf Parzellierung des Kleinbesitzes gegen den autonomen Kollektivismus der Kommune, auf die Auflösung des Basiskommunismus in kleinbürgerliche Isolation. Auf diesem Hintergrund war die unablässige ideologische Stigmatisierung der Dörfer als "große kleinbürgerliche Masse" durch die kommissarische Diktatur verräterisch. Sie spiegelte kein Unverständnis wider, sie steckte die Frontlinien des sozialen Kriegs ab.

Von besonderem Interesse sind die Markierungen der Klassenspaltung und Klassendifferenzierung, über die dieses Frontverständnis in die Arbeiterklasse hinein verlängert wurde und die zugleich die Grenzmarken zwischen rechten und linken Bolschewisten bestimmten. Im Gegensatz zur Arbeiteraristokratie wurde den in der zaristischen Kriegsökonomie überausgebeuteten nichtprofessionellen und mobilen ArbeiterInnen, die wegen ihrer Bindungen zum Dorf auch als "ArbeiterbäuerInnen" bezeichnet werden, der Stempel der Kleinbürgerlichkeit aufgedrückt, obwohl gerade ihre Radikalität Februarrevolution und Oktoberaufstand getragen hatte. "Kleinbürgerlich" waren sie, weil sie "unvergleichlich engere Beziehungen zum flachen Lande und viel mehr bäuerliche Sympathien hatten,

den Stimmungen der Bauern im Dorfe viel näher waren"[120]. Als ihre Hungerlöhne nach der bolschewistischen Machtergreifung im Oktober trotz früher Gleichheitsparolen und Versprechungen nicht etwa gehoben und angeglichen, sondern die zaristischen Lohnspaltungen sogar intensiviert wurden (bei gleichzeitiger Steigerung des Effizienzdrucks), quittierte Lenin den Unmut und die Verweigerungsformen dieser "Neulinge" mit dem Verdikt des "Parasitentums", das sie in die Nähe der "Gauner" und des "Ungeziefers" und den Zugriffsbereich der Zwangsarbeitsmaßnahmen und beginnenden Tscheka-Terrors rückte.[121] Sehr früh formierte sich die Frontlinie auch dieses Konflikts an der Grenze zwischen Stadt und Land. Die ArbeiterInnen fluteten in die Dörfer zurück. Im März schon beklagte Linksbolschewist Bucharin die "Desintegration des Proletariats" (und die praktische Emigration seiner radikalen Basis aus den Industriemetropolen), im Mai konnte Lenin triumphieren: "Wir hatten 40.000 Arbeiter in den Putilow-Werken, sagte mir der Delegierte der Petrograder Arbeiter, aber die meisten von ihnen waren 'zeitweilige' Arbeiter, keine Proletarier, unzuverlässige, schlappe Menschen. Jetzt sind es nur noch 15.000, aber das sind Proletarier, im Kampf erprobt und gestählt. Eben diese Avantgarde der Revolution - in Petrograd wie im ganzen Land - muß den Kampfruf ertönen lassen, muß sich als Masse erheben (...)" zu einem großen "'Kreuzzug' gegen alle, die die strenge staatliche Ordnung bei der Beschaffung, Zufuhr und Verteilung des Brots für Menschen und des Brots für Maschinen stören".[122]

Nicht nur dieses (auf ein Stadium des entwickelten Kriegs gegen die Dörfer vorgreifende) Zitat belegt, daß genau hier die grundsätzlich (und schon mit der Oktobermachtergreifung)[123] angelegte Konfliktlinie des rechtsbolschewistischen Akkumulationsprojekts lag. Mit dem "Frieden" von Bresst-Litowsk und dem außerordentlichen Parteitag, der ihn politisch verarbeitete, wurde der Konflikt an den Leitvorstellungen der "deutschen Orientierung" zur offenen Konfrontation eskaliert. Seine Protagonisten (neben Lenin vor allem Milyutin und Larin, ein früherer Menschewik, der Lenin und Krassin in seiner Bewunderung für die deutsche Kriegsökonomie wohl noch übertraf) setzten den Friedensschluß, ein tayloristisches Effektivierungsprogramm, die Säuberung der Vesenska (des obersten Nationalen Wirtschaftsrats) von Linksbolschewiken, und vor allem die Stärkung des Kommandos des technischen Managements über die Arbeiterkollektive als Paket durch, ja sogar Verhandlungen mit

den industriellen Magnaten (Meschttschersky, Stachejew u.a.) mit dem Ziel partnerschaftlicher Betriebsführung.[124] Vor allem wurde jetzt die Militarisierung der Getreiderequisistion zu einem "Krieg", einem "Kreuzzug" ums Getreide durch eine "Lebensmittelbeschaffungsarmee" zügig umgestaltet, ohne daß die autonomen Dorfkollektive oder die emigrierten MassenarbeiterInnen unter der "völligen Diktatur im Ernährungswesen"[125] überhaupt gefragt wurden. Ideologisch kaschiert wurde dieser Krieg als Allianz mit den "Dorfarmen" gegen die "Kulaken" und Spekulanten. Es ist äußerst zweifelhaft, ob die Rechtsbolschewiki überhaupt selbst ein Wort davon geglaubt haben. Denn die soziale Nivellierung durch den revolutionären Egalitarismus war, wo nicht schon abgeschlossen, in einem irreversiblen Stadium angelangt, und die bolschewistischen Agrarexperten wußten dies auch. So war der Abspaltungsversuch ein völliger Schlag ins Wasser, die Allianz mit den sogenannten "armen Bauern" machte sich als Propagandamythos schnell lächerlich und wurde bald auch nicht mehr erwähnt.[126] Es liegt darum nahe, daß er von vornherein nicht anderes war als eine regelrecht verlumpte Köderung von Getreidespionen, ein Zuckerstückchen, flankiert mit der terroristischen Peitsche der Getreidearmee (in der sich verlumpte Bestandtteile besonders verdient machten, weil die Belohnungen nach Menge des abgepreßten Getreides festgesetzt wurden) und der Tscheka. Von hier bis zur Aktualisierung dieser deutschen Orientierung in den Geheimverhandlungen um die Ukraine und den neuen Wirtschaftsvertrag war es dann ein konsequenter und kleiner Schritt.

Lediglich parenthetisch möchte ich anmerken, daß die Bedeutung dieses Manövers für die Entwicklung des Klassenkriegs in Rußland nur in seiner Gesamtheit begriffen werden kann und daß dem Krieg gegen die Dörfer eine entscheidende katalytische Funktion zukommt. Es ist sicher richtig, daß die Klassenspaltung durch Lohndifferenzierung und forcierten tayloristischen Effektivierungsdruck auf den Schutz des Annexionsfriedens angewiesen war, um den Rechtsbolschewismus Lenins und Trotzkis wieder an die deutsche Sozialdemokratie und das linke Spektrum der 2. Internationale anzuschließen.[127] Aber dieses Projekt hätte der Ende 1917 homogenisierten revolutionären Bewegung der BäuerInnen, Soldaten und ArbeiterInnen nicht so einfach aufdiktiert, ja nicht einmal gegen den Widerstand des linksbolschewistischen Flügels durchgesetzt werden können, der die Allianzen zu den linken Sozialrevolutionären sehr zum Leidwesen Lenins noch lange pflegen sollte. Es war auf den

Krieg nach innen angewiesen, um die revolutionäre Homogenität wieder zerlegen zu können. Das entscheidende Ferment dabei war die kriegswirtschaftliche Schaffung und Forcierung des Konflikts zwischen Stadt und Land in der Ernährungsfrage und die Abtrennung der sozialen Revolution auf dem Land. Sie war der Hebel einer sozialpolitischen Rochade. In dem Maß, in dem sie den Widerstand der Dörfer und des migrierenden revolutionären Proletariats anfachte, wurde sie zum entscheidenden Keil, der die Spaltung erneut tief ins soziale Gewebe der Revolution trieb. Sie setzte auf den Hunger, um die Segmente der städtischen Arbeiteraristokratie in die Zwangskoalition mit der bürgerlich-städtischen Intelligenz und ihrer verlumpten Bestandteile zu werfen. Ein riskantes Kalkül, wie Lenins ständige Klagen über die Unentschlossenheit seiner "Avantgarde" zu dieser Kumpanei bezeugen (vgl. Lenin-Zitat in Anm. 126). Riskant natürlich auch, weil an den neuen Linien der Klassenkonfrontation binnen Wochen die ersten Bauernrevolten hochflammten. Die rapide zunehmenden Aufstandsbewegungen, die sich nun einer weißen und bolschewistischen Front gegenübersahen, fanden dramatisch schnell ihre ersten Höhepunkte in der Ukraine und dem großen Aufstand des Gouvernement Tambov, der über das Gouvernement Rjazan die Grenzen des Gouvernements Moskau erreichte und sich schließlich mit dem Petersburger ArbeiterInnenaufstand synchronisierte.

Daß dieser Krieg nach innen auf den nationalen Krieg nach außen angewiesen war, und nicht etwa auf den Frieden, liegt auf der Hand. Nur unter dem disziplinierenden Druck der Kriegsökonomie ließ sich die sozialpolitische Rochade durchziehen und ließen sich die Bedingungen der Akkumulation militarisieren. Es liegt daher in dieser Logik, daß der revolutionäre Krieg in der Phase der Brester Verhandlungen zum vaterländischen Krieg umformuliert wurde (niemand gab sich der Illusion hin, daß der "Frieden" über einen kurzen Waffenstillstand hinausgehen würde) und daß die Fortsetzung der zaristischen Monopolisierungsstrategien gerade im Medium des Kriegsantagonismus an die deutsche Orientierung gekoppelt wurden. Dies entsprach voll dem rechtsbolschewistischen Verständnis der vergesellschaftenden Segnungen der Kriegsökonomie. Krieg nach außen, Krieg nach innen, Effektivierung und Tylorisierung, Akkumulation durch Getreideraub und Hunger entziehen sich also weder technisch noch ökonomisch der Logik des oben charakterisierten Akkumulationsschubs, der das Medium des

totalisierten Kriegs suchte. Offen und bewußt suchte, wie Lenin selbst immer wieder betont hat und wie die Intensivierung der Akkumulationsdiktatur zum Terror auf allen Ebenen in der Phase des sogenannten "Kriegskommunismus" belegt. Daß Stresemann, Siemens und AEG sich hierin mit Lenin, Krassin und Larin in der neuen Orientierung treffen, macht die Brester Geheimverhandlungen über das konkrete Projekt hinaus zu einem Moment von geradezu materialistischer Bedeutung. Und von brennend heißer Aktualität: Wenn Gorbatschow sich in seiner neuen deutschen Orientierung auf Lenin beruft, verrät er nicht den Sozialismus, er hat Recht. Ein "neues Jalta" auf Kosten der mittel- und südosteuropäischen Randstaaten ist nicht der richtige historische Bezug, Brest-Litowsk ist es.

Dieser Zusammenhang erschließt erst die Bedeutung der Brester Zusatzverträge als Vorformulierung des Containmentdiktats des sogenannten Selbstbestimmungsrechts der Völker im Versailler Frieden. Er war mehr als der vielgescholtene "Annexionsfrieden", er eröffnete eine Strategie, das Kontinuum der sozialen Revolution im gesamten Osten bis in den Balkan zu zerschneiden, in die Grenzen künstlich geschaffener Staaten einzumauern, um sie dort zu zermahlen, abzuarbeiten, zu verrechtlichen. Das Selbstbestimmungsrecht der "Völker" sollte seine wahre Natur schon Anfang 1919 als das Diktat der "existierenden de-facto-Regierungen" enthüllen (so die Litwinow-Lenin-Kerr'sche Formel[128]) und das war nach Beseitigung der feudalen Autokratie durch die Bauern die verhaßte Zentralgewalt neuer Eliten – "linker" wie rechter –, die ihren Platz im Alltagsgeschäft von Zuckerbrot und Peitsche, zwischen Hungerhilfe und militärischer Intervention zugewiesen erhielten oder eroberten, je nachdem.[129] Wenn also auch Wilson auf der Suche nach einem Modernsierungskonzept der kapitalistischen Verwertungsordnung gegen die soziale Revolution auf Lenin und das Arrangement mit dem Bolschewismus setzte, so konnte er an einen bereits gereiften Prozeß anknüpfen. Für ihn waren, wie A.J. Mayer treffend formuliert, die Brester Abkommen nur der Katalysator, der sowohl in den geheimen wie in den propagandistischen Prozessen seiner Verhandlungsführung signalisierte, daß der Bolschewisimus gegen die Bewegungen einer internationalen Revolution das Projekt einer nationalen russischen Entwicklungsdiktatur in ein internationales Konzept des Werttransfer- und Entwicklungsgefälles ("freier Handel" zwischen unabhängigen Staaten, so die Joffe'sche Formel) einbringen würde.[130] Wir haben oben schon erwähnt, daß Wilson (und sein russisches

Büro) ebenso wenig wie Stresemann und der Kaiser den Fehler machte, den Bolschewismus mit der Bedrohung aus den revolutionären Massenbewegungen zu identifizieren oder ihn gar für sie verantwortlich zu machen. Seine Furcht vor dem Spektrum eines Internationalismus der Revolte trieb ihn bei offener Gegnerschaft gegen den blinden Antibolschewismus der Reaktion in das Auffangkonzept linksreformistisch-nationalistischer Eindämmung, das zumindest in Rußland die nationalen Ordnungsgarantien und Entwicklungsperspektiven des Bolschewismus als unabdingbar für die Zähmung von sozialer Revolution und “Anarchie” einkalkulierte.[131] Dabei war die Einschätzung, daß das bolschewistische Kommando einer zentralisierten Verwertungsordnung erforderlich war, um die revolutionäre Bewegung (to the left, toward the Social Revolutionaries and Anarchy, wie Wilsons Sonderbeauftragter Bullitt schrieb) einzufangen, nicht die Frucht abstrakter Spekulation. Sie war das Resultat vieler Konsultationen zwischen Bullitt und den Mitgliedern seines wohlinformierten “russischen Büros”, Buckler, Kerr mit der bolschewistischen Führung.

Sicher ist es nicht ganz schief, wenn das “Selbstbestimmungsrecht” der neuen Diktaturen (und etwas anderes konnte es bei dem gesteigerten Haß von mehr als 90% der jeweiligen Völker aus Subsistenz und BauernarbeiterInnen ja nicht sein) als Material des “cordon sanitaire” gegen die Revolution charakterisiert wird, eines mitteleuropäischen Staatengürtels als Schutzwall gegen die russische Revolution. Denn das Kraftzentrum der sozialen Revolution lag in Rußland und sollte hier noch für Jahre in Arbeiter- und Bauernaufständen seinen Schwerpunkt gegen die bolschewistische Diktatur halten. Dennoch trifft der Begriff nicht den Kern. Die soziale Revolution war ein Kontinuum, das sein Hauptterrain in der Dorfsubsistenz hatte und von dort in die agrarische und industrielle Massenarbeit der mobilen ErntearbeiterInnen, Rotationsmigration, industrielle BauernarbeiterInnen hineinreichte. Der “cordon sanitaire” ist daher eher als eine internationale Verwaltungsordnung des diktatorischen Etatismus zu charakterisieren. Die Wirksamkeit ihres Instrumentariums von staatlicher Gewalt und Recht als Mittel einer neuen Ausbeutungsordnung hingen davon ab, wie weit es gelang, das revolutionäre Kontinuum in neuen Verwaltungsgrenzen sogenannter “Länder” zu zerschneiden und einzubetonieren, den Antietatismus und Antinationalismus der revolutionären Massen in neu geschaffenen “Nationen” unter der Knute der Entwicklungstechnokratie

neuer Intelligenz zu bannen. Es ging also nicht um einen territorialen Gürtel gegen ein revolutionäres Land, sondern um eine horizontale Konfrontation zwischen "oben" und "unten", zwischen dem Verordnungswesen diktatorischer Staatlichkeit neu aus dem Boden gestampfter Länder und der sozialen Revolution. Noch nie in der Geschichte war die Konfrontation zwischen Vergesellschaftung der Ausbeutung als Konstitution von "Recht" und "Nation" (in der grauen Schattenhaftigkeit neuer Eliten) und "Existenzrecht" des nichtnationalen Kontinuums der sozialen Revolution derart krass hervorgetreten. Auf dem Hintergrund der bisherigen Darstellungen ist es leicht, die Verbindung zu 1848 herzustellen. Dieser Frühling des Selbstbestimmungsrechts ist die Wiederholung des sogenannten "Völkerfrühlings" der bürgerlichen Reaktion, der Anspruch auf Verwertung drückte den sogennanten "geschichtslosen Völkern", dem revolutionären Volk also, eine Reihe von Stempeln mit neuen Verwaltungsnamen auf und deklarierte sie zum Eigentumsobjekt einer neuen Phase verwertender Gewalt.

Der Verrechtlichungsversuch der Agrarreformen, das Selbstbestimmungsrecht der Diktaturen, die territorial-administrative Zerlegung der sozialen Revolution war also eine einheitliche konterrevolutionäre Rückzugsbewegung, die die revolutionären Massenbewegungen zunächst auffangen sollte, um das roll-back 1919-21 in den Gefängnismauern der stabilisierten Friedensgrenzen unter nationalem Kommando weiter zu intensivieren. Einheitlich allerdings nicht in dem Sinn, daß sie sich in organisatorischer Geschlossenheit formierte. Ihr Arrangement entwickelte Abstufungen und Charakteristika an den Linien des Gefälles, in dem Akkumulationsanforderungen und soziale Revolution aufeinander trafen. Wir können hier die Dynamik dieses Containment-Prozesses und die Verschiebungen seiner Konturen und Schattierungen im Konfliktgemenge seiner Endphase nicht nachzeichnen.[132] Wir wollen nur das Produkt als Ausgangslage des krisenhaften Akkumulationsprozesses soweit umreißen, wie es für unsere weiteren Untersuchungen nötig ist.

In Abstufungen zur Metropole hin richteten sie die Frontlinien des sozialen Kriegs und der Akkumulation grob an der Auseinandersetzung zwischen ländlicher Subsistenz und zunehmend in die Städte migrierender Massenarmut auf der einen und städtischen Eliten etatistischer Technokratie aus. Fanon hat den Typus dieses Antagonismus in seinem Reifestadium für das entwickelte System von Bretton Woods noch einmal nachvollzogen. Die Auffanglinie

organisierte sich also in der jeweils nationalen und wachsend nationalistischen Entwicklung des Gewaltinstrumentariums monopolistischer Akkumulation, die zunehmend diktatorisch gehandhabt wurde. Der "ökonomische Nationalismus" (das Schlagwort für die Krise der 20er Jahre) war also nichts anderes als ein internationales System, ein Gefälle etatistischen Akkumulations- und Wertabpressungsterrors, das versuchte, die kriegsökonomischen Errungenschaften auf der Versailler Linie des Selbstbestimmungsrechts der Diktaturen gegen die Klasse weiterzuentwickeln. Das Akkumulationsprojekt des bolschewistischen Monopolismus stellte in diesem Gefälle nur eine Position dar, wenn auch eine besonders gefährdete, weil die Kräfte des revolutionären Drucks hier besonders stark waren und in einzelnen Stadien der Konfrontation immer wieder tief ins organisatorische und ideologische Gefüge der technokratischen Intelligenz eindrangen. Daß die "deutsche Orientierung" nach einer längeren Tauchfahrt über die Radek-Rathenau-Verbindung, die Krassin-Mission 1921 ("Rußland und Deutschland sind für einander bestimmt") in Rapallo wieder die Wasseroberfläche offener Diplomatie erreichte, war nur ein Symptom. Es demonstrierte, daß das schon in den Zusatzverhandlungen von Brest projektierte Wertschöpfungsgefälle eines modernisierten Imerpialismus nun nach den ersten postitiven Erfahrungen aus einer Reihe von "joint ventures" (mit Krupp und Wolff) in einer neuen Dynamik abhängiger Entwicklung stabilisiert werden sollte[133]: der Rechtsbolschewismus hatte das Zuchthaus seiner "sozialistischen Akkumulation" wieder an die Wertschöpfungsdiktate der Metropole angebunden. Besser: der sozialrevolutionäre Prozeß wirkte auch aus Rußland wieder verstärkt in die globale Krise der Akkumulation hinein.

Es liegt nach allem auf der Hand, warum die Selbstbestimmungsformel zum Ausgangspunkt einer Kominternpolitik werden mußte, die noch in den 20er Jahren dazu beitrug, die Entfaltungsmöglichkeiten der sozialen Revolution in der Peripherie in zum Teil katastrophal blinder und dann bewußter Weise zu bremsen. Die markantesten Stationen nach Brest waren der Kampf gegen die ukrainischen Bauern, das regelrechte Komplott mit dem reaktionären Pilsudski-Regime gegen die Armeen der sogenannten Machno-Bewegung, die rücksichtslose Offensive des Kun-Bolschewismus gegen die Bauern, die die soziale Revolution auf Jahre diskreditierte, bis zu den sinnlosen Blutopfern chinesischer Bauernguerilla auf den Altären rechtsbolschewistischer Strategien in Changsha zur "Unter-

stützung" proletarischer "Führung", die den Bauern noch nicht zu folgen vermochte. Den Übergang zu offen konterrevolutionären Bündnissen gegen die soziale Revolution in den 30er Jahren durch die "Volksfrontstrategie" werden wir an anderer Stelle noch näher beleuchten müssen.

Damit war der nationalistische Etatismus von Versailles zugleich gezwungen, die Bedingungen des Transfermechanismus von Wert und Akkumulation neu zu organisieren. Er war zunehmend darauf angewiesen, dies über die staatlichen Formen von Investition und Wertschöpfung zu tun: ihre Krisenhaftigkeit sollte sich nun in Währungs-, Schulden- und Transferkrisen ausdrücken, die die "nationale" Eingebundenheit des Klassenkriegs zum Ausdruck brachten.

Aus diesem Grund war das Kapital auch gezwungen, seine "merkantilistischen" Formen des internationalen Klassenkriegs und Wertraubs im Rückzug zunehmend geopolitisch zu organisieren und die Vorkriegstendenzen einer imperialistischen Raumordnung auf den schon eingeschlagenen Linien zu intensivieren und konkreter zu umreißen. So wurde das deutsche Kapital im Frieden von Versailles zum Gewinner. Die Zertrümmerung und Balkanisierung der sozialen Revolution in den Selbstbestimmungsrechten des Brester und Versailler Friedens eröffnete erst seinen Zugriff nach Mittel- und Südosteuropa und richtete es zum Aufmarschfeld für eine Intensivierung merkantilistischer Raumordnung im nazistischen Großraumprojekt gegen die Klasse zu. "Mitteleuropa" wurde erst mit der Selbstbestimmungskonzeption von Versailles zur konkreten Perspektive.[134] Dieselbe Auffangkonzeption im Zurückweichen vor der sozialen Revolution bestimmte auch die neomerkantilistische Anpassung der Monroe-Doktrin, mit der die USA die Überlassung Lateinamerikas als Investitions- und Wertschöpfungszone gegen ihre Alliierten durchsetzten[135]: bei allem jingoistischen Gehabe war sie der Kern der Politik des "good neighborhood", der "guten Nachbarschaft", die auf die Integration nationalistischer Entwicklungstechnokratien in ein modernisiertes imperialistisches Gefälle setzte. Entsprechend wurde auch Japans Position im ostasiatischen Raum vor allem gegen die sozialrevolutionären Bewegungen gestärkt, vor allem gegen die chinesische Revolution. Auch die englische Aktivierung einer Politik der "Umzäunung" des Empire zu einem Präferenzsystem[136] trug der Notwendigkeit Rechnung, sich auf die neuen nationalistischen Auffangbewegungen in den Kolonien einzurichten und sie zu stützen. Natürlich war die Grenzabsteckung der Großräume zu Aufmarsch-

gebieten des Containment und der Akkumulation auch ein Ordnungsschema imperialistischer Konkurrenz. Allerdings in dem Sinn einer antagonistischen Kooperation der feindlichen Brüder, wie es oben bereits charakterisiert wurde.



1) Vgl. R. Glickman, The Russian Factory Woman, 1890-1914; R. Stites, Women and the Russian Intelligentsia: Three Perspectives; C. Lapidus, Sexual Equality in Soviet Policy: A Developmental Perspective, alle in: D. Atkinson et al. (eds.), Women in Russia, Stanford 1977.
2) L. Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, Frankfurt/M. 1973, S. 45f.
3) Ich betone in Abgrenzung von den sinnlosen Streitereien der Theoretiker des "organisierten Kapitalismus" und des "staatsmonopolistischen Kapitalismus" vorsorglich schon hier, daß die damit bezeichneten Prozesse Vergesellschaftungsstrategien im sozialen Krieg gegen die Klasse darstellen (Klasse in dem weiten Sinn, wie ich ihn hier gebrauche). Das Kapital kann die gesellschaftliche Reproduktion nicht organisieren, weil es seinen Gegner, den sozialrevolutionären Prozeß, nicht organisieren kann. Es kann allenfalls die Strategien des Raubs und der technisch-sozialen Gewalt organisieren und "vergesellschaften". Es gibt daher auch keinen organisierten Kapitalismus, sondern nur organisiertes Kapital und organisierte Akkumulation.
4) Wir werden unten genauer auf die Internationalität dieses Kriegsprojekts über die Grenzen der nationalen Konkurrenz hinweg eingehen müssen, um die bis heute virulenten fatalen Irrtümer über die Produktivität des kapitalistischen Kriegs auf ihren materiellen Kern zurückführen zu können.
5) So die treffende Formulierung bei M. Hildermeier, Die russische Revolution, Frankfurt/M. 1989, S. 129. Dieser Begriff ist nicht darum falsch, weil er nur einen Teil der Organisationsaspekte richtig wiedergibt. Er macht aber die Organisationsimpulse der Modernisierungsstrategie plastischer.
6) Ein Imperativ, der sich schon durch die gesamten programmatischen Schriften des Jahres 1917 zieht.
7) Dies ist der Grund für die Gemeinsamkeit der Merkmale von Machnobewegung und Zapatismus, die die wichtige Detailstudie von D. Dahlmann, Land und Freiheit, Wiesbaden 1986, thematisiert. Daß diese Gemeinsamkeiten sich keinesfalls hinter dem Rücken der Akteure herstellten, wäre ein wichtiges Forschungsthema. In Mexiko gab es vor dem ersten Weltkrieg Kommunen, die sich als russisches "mir" propagierten. Wichtiger sind die Beziehungen zum Arbeitersyndikalismus Mexikos und der USA, der artikuliert die Brücke zur russischen Revolution schlug.
8) A. Ebbinghaus, Taylor in Rußland, in: W. Bergmann et al. (Hg.), Autonomie im Klassenkampf, Hamburg 1978, S. 143, hier S. 150.
9) L. Trotzki, Mein Leben, Frankfurt 1974, S. 376f.
10) Vgl. etwa S. Plogstedt, Arbeitskämpfe in der sowjetischen Industrie, Frankfurt 1980, S. 32 ihrer im übrigen ausgezeichneten und wegweisenden Arbeit.
11) G. v. Rauch, Rußland vom Krimkrieg bis zur Oktoberrevolution, in: Th. Schieder (Hg.) Handbuch der europäischen Geschichte, Stuttgart 1968, S. 309, hier: 316.
12) H. Hogan, Industrial Rationalization and the Roots of Labor Militance in the St. Petersburg Metalworking Industry, 1901-1914, The Russian Review 42 (1983), S. 163, hier: 173ff.
13) J.L.H. Keep, The Russian Revolution, A Study in Mass Mobilization, New York 1976, S. 12.
14) Vgl. N.B. Weissman, The Question of Hooliganism, 19o5-1914, Slavic Review 37 (1978), S. 228.
15) Vgl. die bislang unübertroffene Arbeit von L. Haimson, The Problem of Social Stability in Urban Russia, 1905-1917, Slavic Review 23 (1964), S. 619 und 24 (1965), S. 1, Grundlage für eine Fülle neuer Studien, die sie noch immer nicht ersetzen können.

16) Vgl. G. Bock, Die "andere" Arbeiterbewegung in den USA von 1905-1922, München 1976; E. Brockhaus, Zusammensetzung und Neustrukturierung der Arbeiterklasse vor dem ersten Weltkrieg, München 1975; K.H. Roth, Arbeiterklasse und Arbeiterorganisationen - Deutschland 1890-1920, in: Bergmann et al. (Hg.), a.a.O., S. 89.
17) Eric J. Hobsbawm, Die Blütezeit des Kapitals, München 1975, S. 225.
18) P. Gatrell, The Tsarist Economy 1850-1917, London 1986, S. 14.
19) Zahlen bei Eric J. Hobsbawm, a.a.O., S. 215; P.I. Lyashchenko, History of the National Economy of Russia, New York 1949 (Moskau 1939), S. 515ff, Max Sering, Agrarkrisen und Agrarzölle, Berlin 1925, S. 12ff; Teodor Shanin, Russia as a 'Developing Society', London 1985, S. 103ff., 142ff.
20) So die Schätzung von David Mitrany, Marx against the Peasant, London 1951, S. 73f. Die ähnlichen Schätzungen Mitranys, Shanins und anderer Bauern- und Reproduktionsspezialisten haben einen hohen Plausibilitätswert, weil sie nicht die Blindheiten der liberalistischen und marxistischen Reduktionismen teilen, die den Fortschritt der Kapitalisierung am Vordringen des Markts messen und systematisch den unentlohnten Arbeits- und Reproduktionswert aus ihren Kalkulationen herausdrücken. Der Bauernkonsum ist das traditionelle Tummelfeld marxistischer und liberaler Apologeten und Revisionisten geworden, das eine eigene ideologiekritische Abhandlung verdiente, hier jedoch nur am Rande zu behandeln ist. Als letzte haben Simms und Gregory in den letzten Jahren gegen die fast einhellige hundertjährige Einschätzung des brutalen Hungertransfers neue Rechnungen aufgemacht, nach denen der Bauernkonsum sich erhöht, ja sogar verdoppelt habe (J.Y. Simms, The Crisis in Russian Agriculture at the End of the Nineteenth Century, A Different View, Slavic Review 36 (1977), S. 377; P.R. Gregory, Grain Marketings and Peasant Consumption, Explorations in Economic History, Bd. 17 (1980), S. 135ff.). Simms zynisch mit dem Hinweis darauf, daß sich das Akzisesteueraufkommen ja erhöht habe, es wäre den Leuten also besser gegangen. Gregory kaum weniger zynisch, wenn er das im Dorf verbliebene Getreide errechnet, indem er von (ungesicherten) Produktionsziffern die Mengen aus den Transportstatistiken für Eisenbahn- und Wasserstraßentransporte abzieht. E. Müller (Der Beitrag der Bauern zur Industrialisierung Rußlands, Jahrbücher f. Gesch. Osteuropas, Bd. 27 (1977), S. 197) hat beide mit der gebotenen Gründlichkeit widerlegt, Gregory unter Hinweis auf Überschätzung des Wasserstraßen- und Nichtberücksichtigung des Landwegetransports. Hinzuzufügen ist, daß das Eisenbahnnetz unterentwickelt blieb und viele lokale Industrien und anschwellende Verwaltungsstädte in wachsendem Umfang auf den Landtransport angewiesen blieben und daß es nicht einmal halbwegs verläßliche Statistiken zu der unübersehbaren Anzahl kleiner Mühlen gab, über die die kleinräumige Versorgung lief (vgl. P. Gatrell, a.a.O., S. 156f., aber auch P.I. Lyashchenko, a.a.O., S. 517f., der aus seiner früheren Expertise als zeitgenössischer Agrarstatistiker unter Berücksichtigung des Landtransports das "erhebliche" Zurückbleiben der Produktion hinter der Vermarktung bei wachsender Bevölkerungszahl konstatiert). Der methodische Ansatz von Simms und Gregory erscheint auch in anderer Hinsicht derart absurd, daß als wirklich interessante Frage übrig bleibt, wie der historische Kontext der neoliberalistischen Offensive und ihre Übertragung in die Perestroika im Wege des Mittelstreckenwaffenkonflikts in die plötzliche Erfindung solcher Absurditäten hineinspielt.
21) Sylvain Bensidoun, L'Agitation paysanne en Russie de 1881 a 1902, Paris 1975, 5. Kapitel; David Mitrany, Marx, a.a.O., S. 73f.
22) Deswegen wurden sie in der zeitgenössischen Literatur als eine Art Grundsteuer interpretiert, vgl. V. Leontovitsch, Geschichte des Liberalismus in Rußland, Frankfurt/M 1957, S. 168.

23) J. Nötzold, Wirtschaftspolitische Alternativen der Entwicklung Russlands in der Ära Witte und Stolypin, Berlin 1966, S. 135; P.I. Lyashchenko, a.a.O., S. 384f., 411.
24) Übereinstimmung herrscht darüber, daß die indirekten Steuern auf den Bauernkonsum einen wesentlichen monetären Anteil am Staatsbudget und damit auch an der Industrialisierung gehabt haben. In der neueren Literatur (vgl. E. Müller, Beitrag, a.a.O., S. 197, der auch einen guten Literaturüberblick enthält; P. Gatrell, a.a.O., betont zwar, daß der Konsum der städtischen Armutsbevölkerung den überwiegenden Anteil ausgemacht habe. Aber dies ist nicht der Punkt. Inwertsetzung, Werttransfer und die Entwertung bäuerlicher Arbeit wird über viele Mechanismen (innere terms of trade, Frühjahr-Herbst-Schwankungen, Dorfwucher) bewirkt, deren Monetisierung an ganz anderer Stelle erscheint. Das "billige Getreide", das die "Arbeitsfähigkeit" der Stadtbewohner ermöglicht, schafft erst die Wertmargen für den Zugriff der Steuer. Der Abgaben- und Loskaufdruck gegen die Bauern hat zwar auch eine direkte Bedeutung, dient (nach historischem Schema) aber vor allem als Mobilisierungsinstrument ihrer Überlebenswerte zu Waren. So geht in die Steuern, die den Wert in der Stadt abschöpfen, überwiegend bäuerlicher Mehrwert ein, und das gilt selbst noch für die Mehrwertmassen aus den niedrigen Löhnen der WanderarbeiterInnen, in deren niedrigem Niveau der Wert "kostenloser" dörflicher Reproduktion enthalten ist. Wollte man dies anders sehen, so gliche das etwa der absurden Auffassung, es seien die Unternehmer, die mit ihrer Mehrwertsteuer für das Budget bluten müßten, nur weil sie über ihre Kassen abgeführt wird, oder: die Hausfrauen trügen nicht die Last der Akkumulation, nur weil ihre Arbeit kostenlos sei. Die Wege monetärer Transfers sagen vor allem in einem Land wie dem vorrevolutionären Rußland wenig über den Wertschöpfungsprozeß aus. Müller selbst trägt diesem Sachverhalt in einer anderen Arbeit immerhin in der Formulierung Rechnung, die Witte'sche Industrialisierung sei nicht 'primär' vom russischen Bauern alimentiert worden. Dies mag korrekt sein, wenn damit "unmittelbar" gemeint ist, aber die Techniken der monetären Erscheinung des Werts interessieren nun wirklich nur in zweiter Linie (vgl. E. Müller, Agrarfrage und Industrialisierung in Rußland 1890-1930, Geschichte und Gesellschaft Bd. 5 (1979), S. 297, hier: 311).
25) Teodor Shanin, Russia, a.a.O., S. 129.
26) Zu den Techniken eines gespaltenen Rubelwerts, die heute wieder eine besondere Rolle spielen, weiter unten.
27) Rosa Luxemburg, Einführung in die Nationalökonomie, in: Gesammelte Werke, 3. Aufl., Bd. 5, Berlin 1985, S. 524, hier: S. 680; Geroid T. Robinson, Rural Russia under the Old Regime, London 1932, 6. Kapitel; Teodor Shanin, Russia, a.a.O., 3. und 4. Kapitel; P.I. Lyashchenko, a.a.O., Kap. 23 und 25.
28) So die treffende Charakterisierung bei Rosa Luxemburg, einer ihrer besten Kennerinnen (in: Einführung, a.a.O., S. 524, hier: S. 684), die in dieser Einführung und in "Die Akkumulation des Kapitals" den Konflikt am genauesten und plastischsten analysiert.
29) P. Gatrell, a.a.O., S. 74
30) Ebenda, S. 74ff.
31) D. Mirsky, Russia, A Social History, London 1952, S. 269, P.I. Lyashchenko, a.a.O., S. 644.
32) Ich will hier niemenden langweilen und verweise auf die entsprechende Literatur: Teodor Shanin, Russia, a.a.O., inbes. Kap. 5; P.I. Lyashchenko, a.a.O., insbes. Kap. 31; D. Mirsky, a.a.O.; S. Strumilin, Industrial Crisis in Russia 1847-1867, in: F. Crouzet (Ed.), Essays in European Economic History, 1789-1814,

London 1969. Nach Muster wurde auch die "eigene" Investitionsgüterindustrie gegen Ende des 19 Jahrhunderts in technologischer Abhängigkeit und mit importierten Anlagen entwickelt.

33) Vgl. L.S. Stavrianos, The Balcans since 1453, New York 1958, S. 413-534; I.T. Berend, G.Ranki, Economic Development in East-Central Europe in the 19th and 20th Centuries, New York 1974, der ganze 1. Teil; David Mitrany, The Land and the Peasant in Rumania, London 1930, C.A. Macartney, Hungary and her Successors, London 1937; F. Hertz, The Economic Problems of the Danubian States, London 1947, S. 20-52; tomasevic nachtr; s. auch die gesamte weiter unten angeführte Literatur zum Balkan.

34) Dies ist die eigentliche Bedeutung der Aufgabe des Protektionismus in der englischen Korngesetzgebung und verantwortlich für die optische Täuschung, daß von nun an die Zyklik der Wertschöpfung nur noch "innerhalb" des Kapitalverhältnisses verläuft. Wir werden unten sehen, daß die Abhängigkeit des Werttransfers aus dem "Agrarsektor" und die damit verbundenen krisenhaften und sozialrevolutionären Prozesse lediglich externalisiert wurden.

35) Dieser Ausdruck soll hier nicht neutral verwendet werden. Heim und Aly (Götz Aly, Susanne Heim, Die Ökonomie der "Endlösung", Menschenvernichtung und wirtschaftliche Neuordnung, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Berlin, Heft 5; dieselben, Vordenker der Vernichtung - Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991), haben ihn richtig als ökonomistische Verkleidung des nationalsozialistischen Völkermords dargestellt. Seine pränationalsozialistische Herkunft reicht in den Kontext der frühen Vergesellschaftungsformen des sozialen Angriffs auf die Unterklassen zurück und reflektiert die Erweiterung der Raumökonomie zum imperialistischen Konzept (Verwendung z.B. bei Hans H. Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit, Berlin 1967, S. 35).

36) Max Sering, a.a.O., S. 17. Dieser Perspektivenwechsel ist materialistisch gesehen kaum absurder als jeder Reduktionismus auf die metropolitane Perspektive, wie wir unten sehen werden. Und so haben Hans Rosenberg (Die Weltwirtschaftskrisis von 1857-1859, Stuttgart 1934, vgl. z.B. S. 28) und Hobsbawm (Blütezeit, a.a.O.) kaum Probleme, den Zusammenhang auch aus Serings Perspektive darzustellen.

37) Vgl. P. Gatrell, a.a.O., S. 149 m.w.N.; D. Beyrau, Militär und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland, Köln 1984, S. 208ff.

38) A.J. Rieber, Merchants and Entrepreneurs in Imperial Russia, UNC Press, 1982, Kap. 1 u 2; T.C. Owen, Capitalism and Politics in Russia: A Social History of the Moscow Merchants, 1855-1905, CU Press 1981, S. 3 f.

39) P. Gatrell, a.a.O., S. 149, m.w.N. in Note 19; P.I. Lyashchenko, a.a.O., S. 478 ff; M. Hildermeier, Ständeordnung und sozialer Wandel: Rußland in der Frühphase der Industrialisierung, in: Geschichte und Gesellschaft 1979, S. 313.

40) Einen "inneren" Markt hat es daher in Rußland immer gegeben, vgl. vor allem P. Gatrell (a.a.O., Kap. 4 und 5), er beherrschte jedoch die Dynamik der Kapitalreproduktion und der Inwertsetzung nur zum Teil. Im Gegensatz zur landläufigen Ansicht brachten auch die Stolypin'schen Reformen keine Vertiefung des "inneren Markts", eher das durch die Bauernaufstände erzwungene Nachlassen des ökonomischen Drucks im Zusammenwirken mit der günstigen Entwicklung internationaler Getreidepreise (vgl. dazu: J. Nötzold, a.a.O., S. 187ff.). Die Diskussion der 90er Jahre über die "Künstlichkeit" des russischen Kapitalismus und das Problem des "inneren Markts" gehen am strategischen Charakter des Einbruchs in die Zyklik und der damit verbundenen "Spaltung" von Markt und Konjunktur vorbei, die sich in der Differenzierung von Schwer- und Leichtindustrie etc. ausdrückte (vgl. dazu die angegebene Literatur und, sehr plastisch: E. Müller, Agrarfrage, a.a.O., S. 297).

41) Witte-Bericht, abgedruckt in Istorik marksist, Nr. 2 (1935), S. 133, zit bei: Teodor Shanin, Russia, a.a.O.,S. 130; vgl. auch S. Ju. Witte, Vorlesungen über Volks- und Staatswirtschaft, Stuttgart 1913, S. 140.
42) Vgl. für viele Joseph A. Schumpeter, Konjunkturzyklen, Göttingen 1961, Bd. I, S. 314ff.
43) J. Nötzold, a.a.O., S. 105ff. Bis zum ersten Weltkrieg wurden Eisenbahnmaterial und -züge, Landmaschinen, ja sogar Pflüge eingeführt. Auch wenn es – beginnend im Eisenbahnsektor und ausgewählten angeschlossenen metallurgischen Bereichen – zu Anfängen in der Investitionsgüterindustrie kam, sie erreichte nie eine nennenswerte Tiefe und Basis. Die technologische Hegemonie der metropolitanen "Pioneers for Profit" wurde nur größer (vgl. McKay, Pioneers for Profit, Foreign Entrepreneurship and Russian Industrialization 1885-1913, Chicago 1970).
44) J.N. Westwood, John Hughes ans Russian Metallurgy, Ec. Hist. Rev. 1965, S. 564.
45) Sehr plastisch als Überblick J. McKay, a.a.O., 7. Kap.
46) Teodor Shanin, Russia, a.a.O, S. 130.
47) Vgl. J. Nötzold, a.a.O., S. 147ff.
48) Hildermeier (Russische Revolution, a.a.O., S. 49) weist zurecht auf diese Modernisierung und Etablierung einer Rechtssicherheit hin.
49) Natürlich machten die Dimensionen dieses internationalisierten Eisenbahnzyklus die staatliche und monopolistische Regulierung unerläßlich, allein wegen der neuen Anforderungen an ökonomische und technologische Erwartungssicherheit und der alle privaten Möglichkeiten übersteigenden Ausmaße des "sozialen overhead" einschließlich der Kosten des Klassenkampfs. Und dies gilt für die Metropole ebenso wie für die Peripherie, nur drückte sich dort die Gewaltsamkeit der Regulierung naturgemäß deutlicher aus.
50) J. Nötzold, a.a.O., S. 131, 137. Der Begriff "Hang" erscheint mir nicht zufällig. Nötzold ist Schüler von Raupach, und Raupach hat sein geistiges Rüstzeug im Nationalsozialismus entwickelt, wo es noch einmal um den akkumulationsfeindlichen "Grenzhang" ging, der dann im NS-Großraumprogramm liquidiert wurde. Das macht die Darstellung nicht falsch, eher richtig, weil der NS die imperialistische Modernisierungs- und Rationalisierungsstrategie par excellance war. Ich glaube, daß Nötzold, dessen Buch ein ausgezeichnetes Hilfsmittel für das Verständnis der russischen Inwertsetzungspolitik ist, diese Zusammenhänge 1965 nicht reflektiert hat.
51) Spannend und lesenswert in diesem Zusammenhang Stephen T. Cochrane, The Collaboration of Necaev, Ogarev and Bakunin in 1869 Necaevs Early Years, Marburg 1976; W. Geierhos, Vera Zasulic und die russische Revolutionäre Bewegung, München 1977.
52) Die Einleitung des Eisenbahnzyklus, anders: der 2. industriellen Revolution, war ein Prozeß des sich organisierenden Kapitals: finanztechnisch, technologisch, und hinsichtlich einer neuen Stufe im Verhältnis von Monopol und Staatsfunktion zur Durchsetzung allgemeiner sozialer-technischer Ausbeutungs- und "Produktionsvoraussetzungen". Das wichtige daran ist nicht die Konkurrenzform der Initiativen, sondern das im Medium der Konkurrenz der "feindlichen Brüder" herausgearbeitete neue Instrumentarium der Inwertsetzung und des Klassenkampfs. Die "nationalen Programme zur Kapitalanlage" der von England ausgehenden konzentrischen Wellen der "Eisenbahnmanie" hatten in ihrem Organisationsgrad und in ihrer Zielgerichtetheit wenig mit dem marxistischen Paradigma sich blind im Medium chaotischer Konkurrenz der Einzelkapitale herausbildenden erweiterten Reproduktion zu tun, das als politökonomisches Paradigma die klassisch-liberalistische Volkswirtschaftstheorie

beherrscht hatte. Vgl. Eric J. Hobsbawm, Industrie und Empire, Frankfurt 1969, Bd 1, S. 111ff. und dazu unten Note 61.; Joseph A. Schumpeter, a.a.O., Kap. VII, insbes. S. 314ff., 336ff. und 353ff.; D.S. Landes, The Unbound Prometheus, Cambridge (Mass.) 1969, S. 153 ff.; gut auch H. Rosenberg, Weltwirtschaftskrise, a.a.O.; derselbe, Agrarfrage, a.a.O., 2. Kap.; Alrich Meyer, Massenarmut und Existenzrecht. Geschichte der sozialen Bewegungen 1789/ 1848, Autonomie 14, S. 15; Eric J. Hobsbawm, Blütezeit, a.a.O.. Die Begriffe "spekulativ" und "strategisch" gebrauche ich nicht im Sinne einer planenden Instanz, sondern einer Zielgerichtetheit und Intentionaltät, zu der sich die orientierenden Prozesse des Klassenkriegs vor allem in Phasen kritischer Verengungen formierten. Aus Widersprüchen und Konkurrenzen heben sich strategische Linien von Spekulation, Kapitalsammlung, finanztechnischer Innovation, Investition in neue Schlüsselsektoren und sozialpolitischer Offensive heraus, die sich typisch im Verlauf der Krise verdichten und eine neue lange Welle des sozialen Kriegs einleiteten. Was Schumpeter, Landes, Gille (s. Anm. 46), Meyer beschreiben, ist eine solche strategische Verdichtung, wie sie sich in zukünftigen großen Umbrüchen (wie aus der großen Depression der 20/30er Jahre) wiederholen sollte. Nicht umsonst und völlig zurecht hat Schumpeter die Grundlegung seiner Zyklentheorie, deren Dynamik er ja aus der strategischen Durchsetzung komplexer kapitalistischer Reorganisation durch innovative "Führerschaft" herleitet, erkennbar als Reflex auf den Eisenbahnkondratieff formuliert (und bis in die kredittheoretische Figur eines die Fesseln der Ersparnis durchbrechenden strategischen Vorschusses hinein ausdrücklich gegen die überkommenen Akkumulations- und Kreislauftheorien, vgl. das noch immer faszinierende Buch: "Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung"). Der vulgärmarxistische Komplottfetisch ist eine am Anspruch sozialistischer Ausbeutungsplanung orientierte interessengeleitete Kontrastfigur. Die Innovationen von Modellen inwertsetzender Gewalt erbrüten sich in Formationen, die der soziale Krieg schafft, nicht in einzelnen Komplotthirnen. Schumpeters "Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" und seine darauf aufgebaute Zyklentheorie kommt dem Entwicklungsprozeß sozial/ökonomischer Kommandoformationen näher, natürlich nur aus der kapitalistischen Optik.

53) J. Francis, A History of the English Railway, London 1851, Bd. 2, S. 136, zit. nach Eric J. Hobsbawm, Industrie, a.a.O., S. 115.

54) Der Zusammenhang zwischen Hungerpolitik und Einleitung eines Investitionszyklus wird zurecht schon für seine "take-off" Phase der langen Welle in den 40er Jahren hergestellt (vgl. Alrich Meyer, a.a.O., S. 15 und D.S. Landes, a.a.O., S. 155) Landes verweist auf B. Gilles' Untersuchungen (La banque et le credit en France de 1815 a 1848, in: Memoires et documents publies par la societe de l'Ecole de Chartres, Bd. XIV, (Paris 1959), S. 349ff.), wonach die dürftige Ernte von 1848 der Eisenbahninvestition geschuldet gewesen sei. Der große Inwertsetzungszyklus der Eisenbahn vollzog sich als lange Welle vom Zentrum in die Peripherie, als lange Welle von Investition und Hunger.

55) Ich werde darauf unten noch eingehen. Vorweg sei bemerkt, daß jede darauffolgende "Überakkumulationskrise" bis heute das Resultat eines Versandens eines strategischen Investionszyklus in der peripheren Bedingungen der Ökonomie des Widerstandes darstellt und durch neue Formen des Vorschusses von "Geld" und organisierender Gewalt einer "Neuen Wertschöpfungsordnung" gelöst wurde. Rosa Luxemburg hat dies gesehen, sie hat leider versucht, es am Reproduktionsschema darzustellen und zu beweisen. Die Dynamik krisenhafter Inwertsetzung ist von den Blockierungen der Inwertsetzung bestimmt, nicht von der Zirkulationsseite her.

56) Bei J. Nötzold, a.a.O., S. 114, scheint dieser Zusammenhang am deutlichsten auf.

57) Welche strategisch-ideologische Funktion das Dogma von der Zentralität der entwickelten Arbeiterklasse in der Definition seiner produktiven Bestimmungen gegen die Wirklichkeit des Bewegungsprozesses gegen die sozial/technische Gewalt der Akkumulation hatte, dazu unten.

58) Der konterrevolutionäre Sinn des Reduktionismus der bolschewistischen Strategien erschließt sich daher nicht nur aus der Beschränkung auf die Arbeiterklasse, sondern die nationale Begrenzung (auch noch in einem Verständnis von "Internationalismus", das die Kooperation der nationalen Formierungen anstrebte) bedeutete praktisch nicht mehr als die Anpassung an die internationalistischen Akkumulationsimperative des Kapitals.

59) Vgl. etwa bei Mandel. Dieses Verständnis wird den Vorstößen des Kapitals besser gerecht, die sozialen Krisen der Akkumulation durch neue Angriffsmodelle erweiterter Reproduktion zu überwinden, als das linear-monokausale Modell der Spaltung von "Überakkumulation" und "entgegenwirkenden Tendenzen", von zurückbleibenden Profitraten in der Metropole und der Erschließung von "Surplusprofiten" in der Peripherie. Die Entwicklung der Akkumulation in Wertschöpfungsgefällen und Verwertungskaskaden, die aus den Krisen jeweils in neuen Angriffsstrategien auf einer erweiterten Stufenleiter reorganisiert, modernisiert werden, ist seit Beginn der "Gesellschaftsformation" sicher korrekter. Die Dichotomien von internen und externen (Wertschöpfungs-) Prozessen, von langen Wellen kaum noch "ursprünglicher" Akkumulationen werden als integrale Seiten des gesamten Sozialprozesses begreifbar.

60) Rosa Luxemburg, a.a.O., S. 5, insbes. 27. und folgende Kapital; Andre Gunder Frank, Über die sogenannte ursprüngliche Akkumulation, in: D. Senghaas (ed.), Kapitalistische Weltökonomie, Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik, Frankfurt, 2.Aufl., 1982, S. 68; Eine andere Spielart im Anschluß an Luxemburg etwa bei Lutz.

61) Hans Rosenberg, Weltwirtschaftskrise, a.a.O.. Die Leistung dieses Entwurfs ist in seiner Bedeutung über die letzten 60 Jahre schon allein dadurch stetig gewachsen, daß ihm bisher nichts von gleichem Gewicht an die Seite gestellt wurde, auch nicht von den Spezialanalysen Sprees, Bergmanns, Wehlers usw. Vor allem die Linke hätte allen Anlaß, sich die paradigmatischen Aussagen und Befunde dieser Analyse zu erschließen. Obwohl sie noch immer auf eine Konkretisierung warten, gehört dieses Buch gleichwohl zu den spannendsten Analysen des "Umbruchs" in die Modernisierung der imperialistischen Mehrwertkaskade und bezieht ihre große Aktualität aus dem Kontext, in den sie ganz offenbar hineingeschrieben wurde: die große Weltwirtschaftskrise von 1929. Vor allem aber bietet diese Analyse den Ansatz, die Periodisierung der "langen Wellen" im allgemeinen und des Imperialismus im besonderen aus der Dialektik des sozialen Antagonismus zu begreifen und zu bestimmen anstatt aus der Metaphysik der dem Kapitalismus innewohnenden Akkumulationskräfte. Insofern enthält sie mehr an Revolutionstheorie als der große Haufen gängiger Imperialismusanalysen zusammen, die von Rosa Luxemburg ausgenommen.

62) Ebenda, 1. und 2. Kapitel, insbes. S. 14ff. und 18ff.; Alrich Meyer, a.a.O., S. 15; Eric J. Hobsbawm, Blütezeit, a.a.O., S. 15ff., 90ff. Ergänzend ist zu den Entstehungs- und Entwicklungslinien der ins revolutionäre Kostüm verkleideten bürgerlichen Gegenrevolution darauf hinzuweisen, daß sie nur im gesamteuropäischen Kontext richtig begriffen werden kann. Zwar legte sie ihre Konturen in Frankreich und auch in Deutschland am eindeutigsten offen, aber diese korrespondieren auf allen Ebenen (bis hin zu ihren radikalisierten intellektuellen Exponenten) mit gleichgearteten Bestrebungen, die sozialrevolutionären

Prozesse in Formen bürgerlicher Radikalisierung zu nutzen und zugleich abzufangen, am deutlichsten in Oberitalien, der Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn, Rumänien (vgl. hierzu im Überblick Peter N. Stearns, The Revolutions of 1848, London 1974 oder William L. Langer, Political and Social Upheaval 1832-1852, New York 1969 und im Besonderen: F. Valsecchi: "Le classi populari e il Risorgimento", Cultura e scuola 1965, Nr. 15, S. 82 und die darin angegebene italienische Literatur; A. Soboul, "Risorgimento et revolution bourgeoise", La Pensee Nr. 95, Paris, 1961, S. 63.

63) Alrich Meyer, a.a.O., S. 15. In der Tat erklärt erst diese Funktion im sozialen Antagonismus den durch und durch politisch-spekulativen Charakter des Zyklus der Eisenbahninvestition. Sie war ein umfassendes Projekt sozialer und ökonomischer Hegemonie. Hobsbawm hat ihren politisch-spekulativen Charakter sehr plastisch vor allem daran belegt, daß sie weder durch wie auch immer geartete Transporterfordernisse gerechtfertigt noch überhaupt profitabel war, und damit ihre Funktion zur Einleitung einer Investitionskonjunktur in einem regelrecht nationalen Programm offenbarte (Eric J. Hobsbawm, Industrie, a.a.O., S. 111ff., vgl. für die kontinentalen Projekte nachholender Akkumulation A. Meyer op. cit. m.w.N.). Als Instrument eines sozialen und technologischen Zugriffs leitete sie eine ganze Epoche sozialer Zerstörung im globalen Rahmen ein und verdiente sich damit ihre Verwendung als Leitetikett eines langen ökonomischen Zyklus (vgl. Joseph A. Schumpeter, a.a.O).

64) Die revolutionstheoretische Begrifflichkeit sollte dazu übergehen, sie zweite industrielle "Reaktion" zu nennen. Zur Perversion der revolutionstheoretischen Begrifflichkeit, ihrer Tendenz einer Identifikation mit dem Kapital und ihrem Ausdruck bei Marx weiter unten.

65) Vgl. die verschiedenen Arbeiten von Marx zur Indienkrise, die Gedanken zum Zusammenhang von sozialem Krieg und Krise (leider nur aus der Perspektive der Akkumulation und nicht des revolutionären Subjekts) enthalten, denen gegenüber die Darstellungen des dritten Bandes des "Kapital" zurückbleiben.

66) Hans Rosenberg, Weltwirtschaftskrise, a.a.O., S. 28ff. Vgl auch Hugh Seton-Watson, The Russian Empire 1808-1917, Oxford 1967, S. 248, 319ff zur Zerstörung der russischen Valuta.

67) Vgl. Hugh Seton-Watson, The Russian Empire 1808-1917, Oxford 1967, S. 334ff; P.I. Lyashchenko, a.a.O., S. 369f.; Teodor Shanin, Russia, a.a.O., S. 52, 55ff.; vgl. auch Karl Marx, Erster Entwurf zum "Bürgerkrieg in Frankreich", MEW 17, S. 493, hier: S. 515.

68) Dies gilt für die radikalen ungarischen Nationalisten unter Kossuth (dessen Ehrgeiz sogar auf ein neues von Ungarn dominiertes imperialistisches Ausbeutungsgefälle zielte) ebenso wie den größten Teil der polnischen und rumänischen Studenten, die den in Paris mit Lamartine gepflegten Nationalromatizismus ohne große Probleme in nationale Programme zur Modernisierung der Bauernauspressung übertrugen. "Bruder Bauer" erkannte ziemlich schnell, daß die nationale Befreiung nur das Vehikel zur Effektivierung des gegen ihn gerichteten sozialen Kriegs darstellte und verweigerte sich (vgl. David Mitrany, The Land, a.a.O., S. 42ff.; vor allem die ausgezeichneten und differenzierten Darstellungen bei William L. Langer, a.a.O., Kapitel 11, S. 351ff.; Peter N. Stearns, a.a.O., Kapitel 5 und 8). Genau in diesem Kontext verdient vor allem die nationalistische Propaganda metropolitaner Entwicklungsdiktatur unsere Aufmerksamkeit, mit der Marx und Engels ihren methodologischen Reduktionismus zugunsten der inneren kapitalistischen Dynamik flankierten. Ihre ausschließliche Parteinahme für den bürgerlichen Nationalismus in Ungarn, Rumänien, Böhmen, Polen, Irland usw. sprach und füllte Bände, die wir bisher kaum gewürdigt haben.

69) P.I. Lyashchenko, a.a.O., S. 370-374; Hugh Seton-Watson, a.a.O., S. 334ff., P.N. Stearns, a.a.O., S. 105f.
70) Vgl. dazu vor allem die klassischen Arbeiten von Geroid T. Robinson, a.a.O., 25ff.; J. Blum, Lord and Peasant in Russia, New York 1961, S. 117-276; Teodor Shanin, Russia, a.a.O., S. 25ff.
71) Vgl. den Geheimdienstbericht, den Hugh Seton-Watson (a.a.O., S.227) zitiert und den darin genannten Kunstmythos "Metelkin", ein Wortspiel aus dem atamanischen Wolgabanditen Zametayev und dem Wort "metla" (Besen), mit dem Metelkin die Herren wegfegt. Die Abteilung 3 hätte wenig Verständnis für die peinlichen Kleinlichkeiten der IAA-Führer aufgebracht, mit denen diese Ogarev, Bakunin und die studentischen Vorläufer der Narodniki wegen ihrer Beschwörung der "Pugatschewschtschina" verspotteten sollten (vgl. hierzu die ausgezeichnete Arbeit von Stephen T. Cochrane, a.a.O., S. 88ff. und 184ff et passim; W. Geierhos, a.a.O., S. 29, 121, 173). Der würdelos kleinliche Haß, mit dem Engels und Marx Bakunins (das "Vieh", von "Sibirien, dem Bauch und einer jungen Polin zum perfekten Ochsen gemacht", vgl. ihre Briefe vom 18.12.68 und 10.2.70) Pugatschewschtschina verspotteten (vgl. den Bericht über das Treiben Bakunins in MEW 18, insbesondere die Seiten 396ff.) entlarvte sich später selbst dadurch, daß sie sich Ende der 70er Jahre an die Narodnaja Volja anhängten, die den Einfluß Bakunins über die Studentenunruhen der Jahre 68ff. nie verleugnet haben.
72 Vgl. auch P.I. Lyashchenko, a.a.O., S. 370, 372f.
73) Hugh Seton-Watson, a.a.O., S. 234ff; David Mitrany, The Land, a.a.O., S. 25ff., L.S. Stavrianos, a.a.O., S. 341ff.
74) P.I. Lyashchenko, a.a.O., S. 370ff; B.H. Sumner, Survey of Russian History, 2nd ed, London 1948, S. 141.
75) David Mitrany, The Land, a.a.O., S. 56, 63ff.
76) Darum scheitern auch die Versuche des peasantism, dem Marx'schen Klassenbegriff einen Begriff der Bauernklassen entgegenzuhalten. Auch er spiegelt die Konfrontation nicht wider. Shanin etwa hilft sich mit dem Begriff "Pauperismus" und liegt damit insoweit richtig, als er die Parallele des Vormärz evoziert. Materialistisch ist dieser Begriff jedoch nicht tragfähig.
77) Vgl. D. Mitrany, Marx, a.a.O., S. 558. Cajanov belegt, daß es falsch wäre, sie als Mischungs- oder Übergangsformen, als Form der "Proletarisierung" zu begreifen. Es ist eine Form der Konfrontation und des sozialen Antagonismus, in denen eigene Charaktere des sozialrevolutionären Prozesses zum Ausdruck kommen. Die "Proletarisierungsthese" entwickelt ihre Vorstellungen und Begrifflichkeit aus der Gewalt- und Subsumtionsantizipation des Kapitals und ist darum ideologisch.
78) Vgl. die sozialhistorische Blase von Conze bis Ballerstedt, die ihre sozialgeschichtliche Feinfühligkeit in die sozialgeschichtlichen Disziplinen der BRD herüberretten sollte.
79) D. Mitrany, The Land, a.a.O., S. 38.
80) Schon die polnische Variante der russischen Emanzipationspolitik mußte im Rückzug vor dem Aufstand von 1863 den Landhunger von 700.000 Familien bei voller Garantie der kommunitären Gemeinderechte opfern (H. Seton-Watson, a.a.O., S. 376).
81) J. Baynac, Les socialistes-revolutionnaires, Paris 1979, S. 171.
82) S. Bensidoun, L'Agitation paysanne de 1881 á 1902, Paris 1975, S. 265ff., belegt eindrucksvoll diesen Aspekt revolutionärer Homogenisierung.
83) Ich setze die Kenntnis der Debatte darüber voraus. Vgl. das gesamte Heft 14 (1985) der Zeitschrift Autonomie mit weiteren Nachweisen.

84) Vgl. dazu vor allem Rosa Luxemburg, a.a.O., S. 5; dies., Einführung in die Nationalökonomie, Bd. 5, Berlin 1985 (3.Aufl.)S. 524. Auf ihre Ansätze einer revolutionären Theorie des Kampfs aus der Subsistenz gegen die Gewalt der Akkumulation, die der eigentliche Grund für ihre Auseinandersetzung mit Lenin und der bolschewistischen Revolution gewesen ist und sie noch nach ihrem Tod in den 20er Jahren mitten ins Zentrum der russischen Revolution gegen den beginnenden Stalinismus gestellt hat, kann hier nur hingewiesen werden.

85) Und darum kehrt die Gesellschaft in ihrer geschichtlichen Entwicklung auch nie zu ihnen zurück, wie der späte Marx vermutet. Die Ambivalenzen seiner (und auch Engels') Einstellungen, die zwischen Verachtung und Zukunftsapotheose des kommunistischen Dorfs in der "russischen Phase" schwanken, spiegelt noch immer den paradigmatischen Konflikt zwischen Fortschrittsglaube und die durch die russischen revolutionären Prozesse aufgedrängte Ahnung einer Dialektik der Befreiung wider.

86) T. Shanin, Russia, a.a.O., S. 81ff. et passim; T. Shanin, The Awkward Class, Oxford 1972, Kap. 8; vgl. auch P.I. Lyashchenko, a.a.O., S. 309, 443ff.

87) Darum geht auch das bekannte zynisch-denunziatorische Argument aus der Dorfdebatte, daß der Dorfkommunismus eigentlich nur eine technische Form der Steuereintreibung gewesen ist, so schlau und verräterisch nach hinten los. Klar war er das und zwar genau in derselben Weise, wie die Organisation kapitalistischer Vergesellschaftung bis in seine rationalen Formen von Technologie und Lohn die Vergesellschaftung der Auspressung ist und der reine Gegner der Entfaltung des Kommunismus.

88) Dies war offenbar nicht einmal so schwierig, weil sie zu einem guten Teil sogar auf die sowjetische Vorkrisenliteratur zurückgreifen konnten. T. Shanin (in: The Awkward Class, a.a.O.) macht sich in seiner gewissenhaften Aufarbeitung die Arbeiten Milyutins und selbst Dubrowskis zunutze, deren Eindeutigkeit sogar im letzteren Fall kaum von der arbeiterzentrierten bolschewistischen Ideologie getrübt sind. Der Grund: bis 1928 war die Diskussion um die revolutionären Initiativen der kommunitären und egalitären Bauernbewegungen in voller Gärung, weil deren Bewegungen und Autonomie selbst noch nicht gebrochen waren (dies spiegelt sich sogar in den Arbeiten Cajanovs selbst in der Entwicklung von '23 zu '30 wider). Auch die Parteirechten diskutierten noch Rosa Luxemburg. Diese Diskussion sollte erst in der Phase der sogenannten Zwangskollektivierung liquidiert werden.

89) Es genügt, hierzu das ausgezeichnete Buch von S. Bensidoun, a.a.O., Kap. 6, zu lesen. Die Arbeit ist darum so wertvoll, weil sie den Transformationsprozeß in seinem Verhältnis zum politischen Erosionsprozeß der Akkumulationsmaschinerie plastische beschreibt wie keine andere.

90) D. Mitrany, The Land, a.a.O., S. 525f. Es ist zweifelhaft, ob der Begriff, den Thompson von der moralischen Ökonomie als "Erinnerung" (und Belebung alter Institutionen) entwickelt, so richtig ist. Die revolutionäre Moral, ihre Vergesellschaftungsformen sind das Produkt des Konstitutionsprozesses eines revolutionären Antagonismus. Die revolutionäre Moral erscheint nur erinnert, weil der Konstitutionsprozeß die in alten Ausbeutungsformen amalgamierten und vergesellschafteten Formen der Existenzsicherung zu moralischen Werten transformiert. Die moralische Eule der Minerva fängt erst in den Dämmerungsstunden des revolutionären Verfalls an zu fliegen. Dann aber ist der Gegenstand der Erinnerung tot, der Ausbeutungswert zum moralischen Kampfwert transsubstituiert. Die Erinnerung ist eine Retrojektion. Sie erscheint (vor allem ihren sozialistischen und kapitalistischen Gegnern an den Gewalthebeln der Akkumulation) als "Traditionalismus" und ist gleichwohl das "Modernste", was die Revolution produziert.

91) Vgl. G.T. Robinson, a.a.O., S. 153ff.; J. Baynac, a.a.O., S. 171ff.
92) V. Milyutin (Ed.), Agrarnaya revolutsiya, Moskau 1928, Bd. 2, S. 177, 223f., zit.n. T. Shanin, The Awkward Class, a.a.O., S. 151. Vgl. für die analoge rumänische Entwicklung: D. Mitrany, The Land, a.a.O., S. 539f.
93) E.H. Carr, The Bolshevik Revolution 1917-1923, Bd. 2, S. 35ff.; G.T. Robinson, a.a.O., Kap. 12; S. Dubrowski, Die Bauernbewegungen in der russischen Revolution 1917, Berlin 1929, insbes. S. 66ff.; 99ff.; T. Shanin, The Awkward Class, a.a.O., Kap. 8; D. Mitrany, Marx, a.a.O., S. 77.
94) Vgl. vor allem T. Shanin, The Awkward Class, a.a.O., S. 150ff, 159ff.; L. Levine, The Agrarian Problem in Russia, in: Manchester Guardian Reconstruction Supplement 1922 Nr. 6, der dies mit Berichten aus Landkomitees in Samara und anderen Provinzen belegt; S. Dubrowski, a.a.O., S. 72ff. Zu Rumänien vgl. D. Mitrany, The Land, a.a.O., S. 539. M. Sering (Hg), Die agrarischen Umwälzungen im außerrussischen Osteuropa, Berlin 1930, Einleitung.
95) M. Sering (Hg.), a.a.O., S. 4.
96) T. Shanin, The Awkward Class, a.a.O., S. 165f., 196f., E.H. Carr, a.a.O.
97) An dieser Stelle ist auch die Auseinandersetzung mit Marx und vor allem Engels angebracht, der noch angesichts der wachsenden sozialen Revolution den Bauern für den Zarismus verantwortlich machte (ebenso, wie man die Klasse für das Kapital verantwortlich machen könnte: als Bestandteil der Gesamtkonstitution). Vgl. Engels, Soziales aus Rußland, MEW 18, S. 556ff.
98) Ich wäre dafür, die Debatte hierüber wieder zu eröffnen, weil sie für uns eminent wichtig sein kann. Nicht die quälenden Auseinandersetzungen mit den falschen Fragen, die Vera Sassulitsch aus der etwas abgestandenen Luft des Züricher Exils stellte, sollten hier in den Mittelpunkt gerückt werden, sondern die Diskussionen, wie ein revolutionärer Prozeß aus der peripheren Subsistenz auf einen revolutionären Prozeß in der Metropole gegen die Unterwerfungsoffensiven der Gesamtakkumulation bezogen werden konnte und nicht taktisch (wie die verstörte Marxgemeinde das Bild immer wieder zurecht zu rücken versuchte).
99) O.v. Franges, Die sozialökonomische Struktur der jugoslawischen Landwirtschaft, Berlin 1937, S. 123ff. Vgl. auch Franges Rolle im imperialistischen Konzept des NS.
100) Es wäre also falsch, einfach Linearitäten, Analogien, Vorstellungen von Erweiterungsetappen der sozialrevolutionären Gärungen aus der Subsistenz von den Revolten gegen die englischen Einhegungen über die französische Revolution, den Vormärz, die 20er Jahre bis heute konstruieren zu wollen. Jede Etappe der Erweiterung des Antagonismus war von einer Verschärfung und Vertiefung des Verwertungszugriffs sozialer Zerstörung und der Transformation sozialrevolutionärer Vergesellschaftung und Sinngebung bestimmt - der Entfaltung einer "Realdialektik" der Befreiung und Revolution.
101) E. Mandel, Der Spätkapitalismus, Ffm. 1972, S. 46.
102) Viel deutlicher wird dies an der Containmentfunktion der Nationalisierung der Agrarrevolution durch die neuen sozialistischen Entwicklungseliten als an der sie begleitenden Konterrevolution gegen die proletarisch-revolutionären Prozesse. Die nationale Einschnürung der "Bauernrevolutionen" in ganz Osteuropa, ein entscheidender Schwerpunkt der bolschewistischen Politik der "Nationalisierung" des revolutionären Prozesses, machte erst das hinhaltende Containment in nationalen Agrarreformen möglich (vgl. Carr, a.a.O., zu Polen, Ukraine/ Machno; Mitrany, The Land, a.a.O., zu Rumänien).
103) Vgl. die oben angegebene Literatur und vor allem: D. Mitrany, The Land, a.a.O., S. 85f., 95ff.

104) O.v. Franges, The Agrarian Reform in Yugoslavia, in: International Inst. of Agriculture, Bulletin of Agricultural Economics and Sociology, 1934, S. 90; L. Fritscher, Agrarverfassung und agrarische Umwälzung in Jugoslawien, in: M. Sering (Hg.), a.a.O., S. 276, hier: S. 300f.; J. Tomasevich, Peasants, Politics and Economic Change in Yugoslavia, Stanford 1955, Kap. 12; L.S. Stavrianos, a.a.O., S. 619f.
105) D. Mitrany, The Effect of the War in Southeastern Europe, New Haven 1936, S. 32; vgl. auch J. Tomasevich, a.a.O., S. 320ff.; A. Hertz, The Social Background of the Pre-War Polish Political Structure, Journal of Central European Affairs, Bd. 2, S. 145, hier S. 152ff; L.S. Stavrianos, a.a.O.
106) Diese Analyse der Renationalisierung als Strategie des containments der sozialen Revolution ist bisher zu sehr auf den Aspekt der proletarischen Revolution eingeschränkt worden. Eine besondere Rolle spielten nicht nur die Friedensschlüsse, sondern auch die Verbürgerlichung und die damit verbundene Renationalisierung des militärischen Kommandos und Kriegsführung der Roten Armee bereits in der frühen Phase. So diente sie im russisch-polnischen Krieg von 1919 nicht nur der Eindämmung der autonom-sozialrevolutionären Bauernbewegungen in der Ukraine, sondern erlaubte es Pilsudski, die soziale Revolution in Polen in einem renationalisiertem Programm von Agrarreformen aufzufangen (vgl. Volin, Carr etc.). Die Geschichte, wie die lettischen und estnischen Bewegungen zwischen zu Eroberungsfeldzügen denaturierten Offensiven der Roten Armee und deutschen Truppen zermahlen wurden, bis sie schließlich auf Landreformniveau heruntergedrückt werden konnten, ist nocht gar nicht geschrieben worden. Ähnliches gilt für den gesamten Balkan. Dies ist die eigentliche materielle Ebene, auf der die Konvergenz der bolschewistischen und Wilsonschen Initiativen einer "nationalistischen" Weltordnung erst begreifbar wird, die A. Mayer im Weg des neuen paradigmatischen Modells von Brest-Litowsk nach Versailles feststellt. Im Grunde handelt es sich dabei um nicht mehr als die Fortschreibung der Konterrevolution von 1848 auf einer neuen Stufe und in neue Territorien: das Bestreben, den Entwicklungspotentialen der Akkumulation ein nationalistisch-etatistisches Gewaltinstrumentarium zu verschaffen und die antinationalistischen Kräfte der syndikalistischen und bäuerlichen sozialen Revolution kleinzuschneiden und einzudämmen. Es muß dabei bemerkt werden, daß die Konvergenz im Konzept, die "Befreiung" der "Völker" auf den nationalen Rahmen zurückzuschneiden, ihre Stoßrichtung gegen die soziale Revolution weltweit entfaltet hat. Wilsons kriegskapitalistischem Kartell gelang es auch in Mexiko, den syndikalistischen Internationalismus, der mit starker IWW-Beteiligung 1915 noch die Casa del Obrero Mundial beherrschte und ein Bündnis mit dem revolutionären Dorfkommunismus Zapatas eingegangen war, 1919 durch die Unterstützung von Carranzas und dann Obregons nationalistischer Konterrevolution zu ersticken.
107) Vgl. D. Mitrany, The Land, a.a.O., S. 462.
108) L.S. Stavrianos, a.a.O., S. 594.
109) M. Sering (Hg.), a.a.O., S. 3.
110) B. Brutzkus, Agrarentwicklung und Agrarrevolution in Rußland, Berlin 1925, S. 3, S. 156.
111) Zit.n. E.H. Carr, a.a.O., Bd. 2, S. 151.
112) Vgl. Lenin, Werke, Bd. 27 (LW 27), S. 401, et passim; B. Brutzkus, a.a.O., S. 159ff.; E.H. Carr, a.a.O., Bd. 2, S. 45ff., 151ff., siehe auch Bd. 1, S. 174f.
113) Vgl. E.H. Carr, a.a.O., Bd. 3, S. 90ff.; F. Fischer, Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1964 (3.Aufl.), Kap. 21, insbes. S. 766, 773ff.; P. Borowsky, Deutsche Ukrainepolitik 1918, Lübeck 1970, S. 116ff.; jeweils mit weiteren Nachweisen.

114) Vgl. I. Deutscher, Trotzki, Bd. I, Der bewaffnete Prophet, Stuttgart 1972 (2.Aufl.), S. 374ff.
115) R. Luxemburg, Die russische Revolution, in: R. Luxemburg, Politische Schriften Bd. III, Frankfurt 1971 (3.Aufl.), S. 106, hier: S. 126. Zu ihrer Kenntnis vgl. Hinweise bei E.H. Carr, a.a.O., Bd. 3, S. 91, N. 1.
116) LW 27, S. 332.
117) Sehr anschaulich I. Deutscher, a.a.O., S. 372-392.
118) Vgl. LW 25, S. 327ff. und 27, S. 315ff.
119) Vgl. alle seine Schriften im September und Oktober 1917 von der ahnungslosen Behäbigkeit "aus dem Tagebuch eines Publizisten" (LW 25, S. 297) über die erste Beunruhigung in "Eine der Kernfragen der Revolution" (LW 25, S. 378), die Verblüffung über die "unglaubliche Tatsache" eines allgemeinen Bauernaufstands in "Die Krise ist herangereift" (LW 26, S. 59) bis zur Torschlußpanik, man könne den Zug verpassen, der alle Oktoberbeiträge kennzeichnet.
120) LW 26, S. 63 ("Die Krise ist herangereift").
121) Vgl. E.H. Carr, a.a.O., Bd. 2, S. 117ff; Bd. 1, S. 168; LW 26, S. 408ff. ("Wie soll man den Wettbewerb organisieren").
122) LW 27, S. 390.
123) Uns interessiert hier der Charakter der bolschewistischen Machtergreifung nur am Rande. Sie sollte allerdings nicht unter dem Gesichtspunkt: "Sieg oder Scheitern einer Revolution" gesehen werden. Schon Lenins im Herbst 1917 geschriebenes Pamphlet "Staat und Revolution" legt den Schwerpunkt der Analyse auf "bürgerliche Reaktion in der sozialen Revolution" als nationalistisch-technokratisches Replay unter den Anforderungen tayloristischer Intensivierung nahe. Die Momente der Gegenrevolution im Durchbruch zu einem Projekt zur Modernisierung der Ausbeutungsbedingungen im revolutionären Prozeß selbst wäre die adäquate Orientierung der Untersuchung.
124) E.H. Carr, a.a.O., Bd. 2, S. 91ff; LW 27, S. 73-151; A. Ebbinghaus, a.a.O., S. 143, hier: S. 152ff.
125) Vgl. LW 27, S. 376.
126) Vgl. T. Shanin, The Awkward Class, a.a.O., S. 145ff.; B. Brutzkus, a.a.O., S. 159f.; E.H. Carr, a.a.O., Bd. 2, S. 55ff., 151ff.; Bd. 1, S. 174ff. Lenin charakterisiert die Schwierigkeiten, das Proletariat erfolgreich in den inneren sozialen Krieg zu mobilisieren, mit dem ihm eigenen Zynismus: "Eines der größten Übel unserer Revolution ist die Zaghaftigkeit unsrer Arbeiter, die bis jetzt davon überzeugt sind, daß zur Verwaltung des Staates nur 'Oberste' ... Oberste im Raubwesen berufen sind" (LW 27, S. 452).
127) Vgl. A. Ebbinghaus, a.a.O., S. 143, hier: S. 151f.; A.J. Mayer, Political Origins of the New Diplomacy, New Haven 1959, Kap. 7-9; ders., Politics and Diplomacy of Peacemaking. Containment and Counterrevolution at Versailles 1918-1919, London 1968, Prologue und Teil1, Kap. 1.
128) A.J. Mayer, Politics and Diplomacy, a.a.O., S. 469.
129) So die richtige Charakterisierung der diplomacy of peacemaking durch A.J. Mayer in: Politics and Diplomacy, a.a.O., S. 11.
130) Vgl. A.J. Mayer, Political Origins, a.a.O., insb. S. 296ff., 371ff.; ders., Politics and Diplomacy, a.a.O., Prologue et passim.
131) Vgl. ebenda, S. 21ff., 468ff. Die nüchterne Abschätzung des bolschewistischen Eindämmungswerts durch Bullitt ist nicht etwa das Ergebnis abstrakter Analyse, sondern von offenen Unterredungen mit Lenin, Trotzki und anderen Bolschewisten. Auch sie haben ihre deutsche Parallele: in den Einschätzungen Helphands in seinen Berichten an das Auswärtige Amt 1917 (vgl. W. Scharlau, Z. Zeman, Freibeuter der Revolution - Parvu Helphand. Eine politische Biographie, Köln 1964, S. 284).

132) Die revolutionäre Geschichtsschreibung hat bislang meines Wissens in der Eindimensionalität ihrer nation-volkswirtschaftlichen Begrifflichkeit noch nicht einmal Ansätze zu einer historischen Aufarbeitung dieses Prozesses entwickelt. Die Dynamik des Containment-Prozesses hat A.J. Mayer in seinen schon erwähnten Arbeiten gut charakterisiert, wenngleich er ihn nicht im revolutionären Interesse beschreibt. Man sollte bei der Lektüre Rosa Luxemburgs Akkumulationstheorie und ihre letzten Arbeiten über die russische Revolution und Nationalismus im Kopf haben, wenn man sich die Mühe mit Mayer macht

133) Vgl. den ausgezeichneten Überblick bei E.H. Carr, a.a.O., Kap. 28/29.

134) Vgl. J. Radkau, Renovation des Imperialismus im Zeichen der "Rationalisierung", in: J. Radkau, I. Geiss, Imperialismus im 20. Jahrhundert, München 1976, S. 198ff, , 201ff., 241ff.; G. Hallgarten, J. Radkau, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, Ffm. 1974, S. 153ff, wo zurecht auf Keynes' Einsichten über die Notwendigkeit der Öffnung eines imperialistischen Entwicklungsraums für die deutsche Industrie verwiesen wird; B.J. Wendt, Deutschland in der Mitte Europas, Grundkonstellationen der Geschichte, Deutsche Studien 1981, S. 220, 251, der den Nagel genauer auf den Kopf trifft, als er selbst vielleicht meint, wenn er vom Freiraum einer "Krimkriegs"-Konstellation spricht; J. Rothschild, East Central Europe between the Two World Wars, Seattle 1974, S. 5ff.; A. Basch, The Danube Bassin and the German Economic Sphere, London 1944, S. 2ff.

135) Vgl. A. Vagts, Mexico, Europa und Amerika, Berlin 1928, Kap. IX, insbes. S. 279ff.

136) Vgl. B.J. Wendt, War Socialism - Erscheinungsformen und Bedeutung des organisierten Kapitalismus in England im Ersten Weltkrieg, in: H.A. Winkler (Hg.), Organisierter Kapitalismus, Göttingen 1974, S. 117, 137.

Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells

Einleitung

"Was gibt es in der Geschichte, was nicht der Ruf zur Revolution oder die Angst vor ihr ist?"
(M. Foucault)

Der Zerfall der Sowjetunion nach dem Scheitern des Transformationsprojektes "Perestroika" und die damit sich vollziehende Auflösung der als stabil geschätzten Kalten-Kriegs-Ordnung, in der für Jahrzehnte die Konstellation der beiden konkurrierenden Machtzentren die internationalen politischen Beziehungen und das geopolitische Weltsystem dominierte und zugleich polarisierte, hinterließen in der radikalen Linken eine konfuse Ratlosigkeit. Ihr nachgereichtes Credo, daß das Sowjetsystem nie theoretischer Bezugspunkt ihrer Politik gewesen sei, ändert nichts an der allgemeinen Verunsicherung. Anderen wiederum brach mit dem rasanten politischen Umbruch in Osteuropa ihr gesamtes ideologisches Koordinaten- und Orientierungssystem zusammen. Bad times!

Aber trotzig gewendet wird der ideologische Trümmerhaufen zur neuen Behausung, in der sich mit beliebigen Versatzstücken eingerichtet werden kann. Eine Stunde Null der radikalen und militanten Linken?

Dabei stellt sich angesichts des Scheiterns der sozialistischen Modernisierungs- und Entwicklungsvariante die Frage nach Perspektiven sozialer Befreiung und Revolution aktueller und drängender denn je. Denn weder das prophezeite Ende der Geschichte, in dem sich die konkurrenzkapitalistische Marktrationalität und liberale Demokratie angeblich weltweit durchsetzen, noch die proklamierte neue Weltordnung unter US-Hegemonie zeichnen sich am Horizont ab, sondern vielmehr die globale Konfrontation trikontinentaler – einschließlich ost- und südosteuropäischer – und metropolitaner Massenarmut mit den gesteigerten Zwängen einer kapitalistischen

Weltökonomie. Der High-Tech-Vernichtungskrieg am Golf signalisierte unmißverständlich die Bereitschaft der nördlichen "Zivilgesellschaften", ihre oil-based und globale Ressourcen verschlingenden Ökonomien in den heraufziehenden "Nord-Süd-Konfrontationen" nach der historischen Zäsur mit allen Mitteln zu verteidigen. Die Ordnung des Kalten Kriegs droht durch eine Ordnung des sozialen und militärischen Kriegs gegen die Armen abgelöst zu werden, gleich, ob die Habenichtse ihre Ansprüche auf Einkommen und Existenz in den inner cities urbaner Metropolen, in den algerischen und russischen Dörfern oder anderswo auf der Welt erheben.

Der mit dem Zerfall des subhegemonialen Machtzentrums einhergehende Zusammenbruch des Nachkriegssystems und die Desillusionierung sozialistisch-nationalstaatlicher Entwicklungshoffnungen potenzieren den Krisenprozeß der kapitalistischen Weltökonomie, die jetzt schon die explodierenden sozialen Erwartungen und Unruhen in den Armutszonen und -vierteln ihrer Weltfabrik weder einzudämmen noch zu reintegrieren vermag. Der scheinbare Triumph des kapitalistischen Gesellschaftsmodells könnte sich als sein drohender Zusammenbruch erweisen. Insofern kann eine Analyse des Scheiterns des sowjetischen Entwicklungswegs zu einem Verstehen des gegenwärtigen Krisenprozesses beitragen. Der vorliegende Aufsatz spiegelt unsere materiellen Arbeiten und Diskussionen der letzten drei Jahre wider. Wir haben aus der kaum zu bewältigenden Fülle des Materials zum sowjetischen Gesellschaftsmodell lediglich einige Schwerpunkte ausgewählt, sie aus ihren ideologischen Verkrustungen herausgelöst und sie aus der Sicht derer, die keine Geschichte zu haben scheinen, zu reinterpretieren versucht. Das so projizierte Bild ist daher notwendig bruchstückhaft und unvollkommen, als vorläufiger Beitrag zu einem überfälligen Diskussionsprozeß innerhalb der radikalen Linken aber könnte es dienlich sein.

Das Ende des "sozialistischen Experiments" erscheint in den neueren Aufsätzen der Weltsystemtheoretiker als Etappe einer kontinuierlichen Entwicklung, die sich von der Dissoziation über die selektive Integration bis zur Reintegration in den kapitalistischen Weltmarkt erstreckt. Die Diskontinuitäten der Geschichte aber und vor allem ihre sozialen Akteure werden so eliminiert. Gleichfalls unbefriedigend bleibt die ökonomistische Sezierung der "economics of shortage", die, orientiert an den Rationalitätskriterien des Weltmarkts, nichts weiter als die mehr oder weniger bekannten Funktionsmängel und Effizienzschwächen der sowjetischen Planwirtschafts-

leiche zu Tage bringt. Dem Scheitern bzw. der Unterlegenheit der sowjetischen Modernisierungsvariante in der Systemkonkurrenz wird damit Zwangsläufigkeit unterstellt und attestiert. Die Externalisierung der Ursachen des Scheiterns jenes "überlegenen Gesellschaftsmodells Sozialismus" durch seine bornierten Apologeten können getrost vernachlässigt werden.

Wir haben dagegen nach Spuren sozialer Kämpfe und Praktiken gesucht, die sich gegen die Rationalisierungs- und Rentabilisierungszwänge der sozialistisch-industriegesellschaftlich verfaßten Entwicklungsordnung richteten. So haben wir für die poststalinistische Phase bis zur Gegenwart Linien und Felder verschiedenster sozialer Klassenkonfrontationen nachgezeichnet, aus deren Perspektive das Scheitern des sozialistischen Entwicklungsmodells die ihm unterstellte Zwangsläufigkeit einbüßt. Denn die letzten vierzig Jahre der Geschichte der Sowjetunion waren immer auch eine Geschichte sozialer Konflikte und Kämpfe der von der sozialistischen Staats- und Parteibürokratie beherrschten subalternen Klassen und Ethnien. Diese Klassenauseinandersetzungen im weitesten Verständnis waren in der Sowjetunion nie stillgestellt. Bruchstücke dieser Gegengeschichte haben wir zu rekonstruieren versucht. Eine Gegengeschichte, die die aufgescheuchten linken Sozialismusdeuter wohlwissend unterschlagen und stattdessen über die Steuerungsdefizite der implodierenden sozialistischen Gesellschaftsorganisation angesichts auseindergefallener System- und Sozialintegration ("Zivilisationslücke") sinnieren und fabulieren.

Aber die sozialtechnokratischen Träume der linken Modernisierungsintelligenz in Ost und West, die diese noch zwischen 1985 und 1991 zu hegen wagten, sind vorerst einmal wie Seifenblasen zerplatzt.

Dagegen bleibt die Sowjetunion gerade wegen der über viele Jahre an sie gehefteten Trugbilder, Hoffnungen und Erwartungen die terra incognita der linksradikalen Bewegungen. So ist auch der desillusionierte Blick auf das sozialistische Entwicklungsexperiment eines unserer Anliegen. Über die daraus erwachsenden Fragestellungen muß sich eine linksradikale Bewegung in den Metropolen neu verständigen, will sie sich nicht in politischer Bedeutungslosigkeit und sektiererischer Randständigkeit auflösen.

Unser Aufsatz besteht aus verschiedenen Abschnitten, die zu ganz unterschiedlichen Zeiten und z.T. noch ohne Gesamtkonzeption entstanden waren und niedergeschrieben wurden. Wir haben sie lediglich wie ein Mosaik zusammengefügt, und so sind trotz Überarbeitung Spuren der ersten Ausformulierung, aber auch Wiederholungen unvermeidlich geblieben. Der Text trägt also noch die Züge des Arbeitsprozesses.

Eine komprimierte Zusammenfassung des Artikels stellen wir thesenartig dem Ganzen voran.

1. Dem Artikel liegt das hier nicht weiter ausgeführte Verständnis zugrunde, daß das sowjetische Entwicklungsmodell als Strategie expansiver, beschleunigter Industrialisierung, inspiriert durch das von Marx beschriebene Modell ursprünglicher Akkumulation, auf der Herauspressung zusätzlicher Ressourcen und Arbeitsquanten aus dem russischen Dorf und der Landwirtschaft beruhte. Die Zerstörung der bäuerlichen Kleinproduktion und der traditionellen Dorfgemeinschaft und die massive Ausbeutung des Agrarsektors diente der Zufuhr von BauernarbeiterInnen in die Städte und Fabriken und dem Werttransfer vom Land in die extensive Industrialisierung der Industrieregionen. Eine gewaltsam erzwungene rationellere Wertschöpfungsorganisation auf dem Land war erst die Voraussetzung der sowjetischen Industrialisierung. Daneben reproduzierte die innersowjetische Arbeitsteilung die traditionelle Rolle der peripheren Republiken in Transkaukasien und Mittelasien als koloniale Rohstoff- und Arbeitskräftelieferanten.

Die leninistische Illusion der nationalen Entwicklung wird als Versuch gewertet, die imperiale Teilung der Welt in entwickelte Industrie- und unterentwickelte Agrarstaaten aufzusprengen und gegenüber den kapitalistischen Industriegesellschaften eine nachholende Entwicklung in Gang zu setzen. In diesem globalen antagonistischen Rahmen ist die sowjetische Entwicklungsvariante einzuordnen.

Die bolschewistische Entwicklungsdiktatur aus "Zentralismus und Repression" war lediglich die adäquate politische Ordnung, in der die militär-industrielle Entwicklung aus den sozioökonomischen Verhältnissen einer vorwiegend agrarisch geprägten Gesellschaft herausgepreßt und vorangetrieben werden konnte. Es war die Transformation der sozialen Revolution in ein neues Wertschöpfungsmodell, das der "sozialistischen Akkumulation".

Hier nun setzt unser Artikel ein. Das stalinistische bzw. poststalinistische Akkumulationsregime ist als eine nationalstaatlich begrenzte Entwicklungs- und Modernisierungsvariante zu begreifen, deren ökonomische und soziale Rationalisierungsressourcen im Rahmen einer transnationalen Weltökonomie aufgebraucht waren und deren sozialer Antagonismus Anfang der 80er Jahre die Akkumulationsraten soweit ins Stocken bringt, daß die Reproduktionsfähigkeit des Systems als Ganzes in Frage gestellt war.

Das sowjetische Entwicklungsmodell mußte scheitern; denn die unionsweite Wertschöpfungs- und Verwertungsblockade konnte Anfang der 80er Jahre mit dem bestehenden Regulationsinstrumentarium aus Wohlfahrtstechniken, Produktionsimperativen und militärindustriellen Entwicklungsschüben nicht mehr durchbrochen werden, zumal sich der Druck aus dem Rohstoffpreisverfall, einer neuen technologischen Stufe der Rüstungskonkurrenz und aus der gescheiterten Afghanistanintervention auf die Krisenregulationsmöglichkeiten verstärkte.

Die ArbeiterInnenradikalität verhinderte in der Breschnew-Ära weitgehend eine industrielle Rationalisierung zur Steigerung der Arbeits- und Kapitalproduktivität, nur durch allgemeine Wohlfahrtszuschüsse konnte eine offene Klassenkonfrontation verhindert werden. Die administrative Kontrolle, Regulation und Disziplinierung des ArbeiterInnenverhaltens versagte, stattdessen wurden die Regulationsmechanismen und -instanzen sozial in Besitz genommen ("Verhandlungsökonomie", Korruption, "orientalische Antwort"), die versteckten Räume der Produktion genutzt und angeeignet. Die Mobilitäts- und Verwertungsschranken in Transkaukasien und Zentralasien wurden unüberwindbar.

Die poststalinistische Ära war über lange Zeit von einem sozialen Patt, dem "sozialistischen Gesellschaftsvertrag" oder great deal, gekennzeichnet, einem Konsens, der einen niedrigen Lebensstandard mit steigender Tendenz bei hoher sozialer Sicherheit und geringer Verdichtung des Arbeitstages beinhaltete. Das daraus erwachsene hohe Maß an sozialer Gleichheit entsprach – vor allem auf dem Lande – einer breiten Mentalitätsstruktur (F. Hoffer). Die "sozialistischen Errungenschaften", denen heute die Linke nachtrauert, müssen zum großen Teil als abgerungene Zugeständnisse an die sozialen Klassen, als Ausdruck von Klassenmacht interpretiert werden. Immer wenn der Klassenkompromiß aufgekündigt werden sollte, entwickelten sich breite soziale Unruhen wie z.B. Anfang der 60er Jahre.

Wir werden im ersten Abschnitt der Krise des sowjetischen Entwicklungsmodells aus der Perspektive der sozialen Kämpfe und Praktiken nachgehen.

2. Im zweiten Abschnitt, den wir die sowjetische Ökonomie des Kalten Kriegs genannt haben, untersuchen wir den Schnittpunkt zweier Prozesse, der Dynamik des Wettrüstens und der Entwicklung des sowjetischen Gesellschaftsmodells. Über erste Hypothesen zu einer politischen Ökonomie des Kalten Kriegs erarbeiten wir uns einen Interpretationsrahmen, in dem wir zu dem Schluß gelangen, daß für eine begrenzte Zeit sich die Dynamik der Kalten-Kriegs-Konkurrenz in die Dynamik des kriegswirtschaftlich ausgerichteten sowjetischen Entwicklungsmodells übersetzte und den militärischen Weltmachtstatus der Sowjetunion festigte. Die Fortsetzung der kriegsökonomischen Akkumulation in den "Frieden" der Kalten-Kriegs-Ordnung generierte einen militär-industriellen Sektor, der das modernste Segment und den Kern der sowjetischen Kalten-Kriegs-Ökonomie darstellte.

Aber die aus dieser Dynamik gewonnenen industriellen Entwicklungsschübe trugen nur beschränkt zu einer gesamtgesellschaftlichen ökonomischen Rationalisierung bei. Die aus dem zweiten Weltkrieg – einem fordistisch-tayloristischen Krieg – entwickelte und verlängerte Produktionsorganisation, die der langen Welle der fordistischen Nachkriegsakkumulation zugrunde lag, geriet Ende der 60er/ Anfang der 70er Jahre in die Krise. Damit erwies sich der rüstungstechnologische Weg in die industrielle Entwicklung als Sackgasse und der subhegemoniale sowjetische Status als überdehnt.

Wir versuchen zu zeigen, wie über den vergesellschafteten Rüstungskonkurrenzdruck eine Wertschöpfung (Raub) zugunsten der militärindustriellen Entwicklung in Gang gesetzt bzw. fortgesetzt wurde, die nur über die Reduktion des Reproduktionsniveaus der Mehrheit der sowjetischen Bevölkerungen auf ein Existenzminimum durchgesetzt werden konnte. Es ist das Modell einer kriegswirtschaftlichen Wertschöpfungsorganisation, das die Struktur des sowjetischen Industrialisierungsweges und seiner sozialen Organisation bestimmt. Die allgemeine Blockade des Werttransfers bei steigendem Bedarf des militär-industriellen Sektors angesichts einer technologisch gesteigerten Stufe der Rüstungskonkurrenz verhindert die Fortsetzung dieses Entwicklungsweges und leitet das Ende der militärisch-politischen Ordnungsfunktion der Sowjetunion in Ost- und Südosteuropa ein.

3. Anfang der 80er Jahre ist die Krise des sowjetischen Entwicklungsmodells manifest. Eine Riege technokratischer Modernisierer schickt sich unter dem Etikett von Glasnost und Perestroika an, den historischen Kompromiß zwischen den Verwertungsimperativen des sowjetischen Modernisierungsweges und dessen sozialer Negation in Gestalt einer sich widersetzenden Gesellschaftlichkeit von unten aufzubrechen. Es geht um die Reorganisation und Rationalisierung der Ausbeutungs- und Verwertungsbedingungen, um eine restrukturierte innersowjetische Arbeitsteilung, angeglichen an das transnationale Verwertungsdiktat. Die Vielfalt der sozialen und ökonomischen Angriffe zielten auf die Destruktion des sozialen und ökonomischen Alltags einer bislang "passiv" renitenten Gesellschaftlichkeit. Was in dieser "Reformperiode" in der Sowjetunion geschah, war eine umfassende politische, soziale und ökonomische Deregulierung zur Schaffung einer reorganisierten Akkumulationsbasis, befreit von den Fesseln sozialer Renitenz, für ein neues, produktives, rationales Akkumalationsregime. Soziale Garantien wurden abgeschmolzen, gesicherte Alltagsstrukturen aufgebrochen und eine Zwangsmobilisierung initiiert. Was sich wie ein politisches und ökonomisches Chaos ausnimmt, war das Vorantreiben der Krise als ein Prozeß der blutigen Katharsis von den sozialen Schlacken der militärökonomischen Entwicklungs- und Wertschöpfungsordnung.

Modernisierung der blockierten Wertschöpfungsorganisation einerseits und "Demokratisierung" der politischen Macht als Antwort auf wachsende Legitimationsdefizite andererseits waren die beiden Fluchtpunkte der Modernisierer des sowjetischen Entwicklungsmodells. Aber, so resümierte A. Jakovlev, einer ihrer intellektuellen Köpfe, die Hauptillusion der Modernisierungselite habe darin bestanden, nicht von Anfang an begriffen zu haben, "daß die bestehende Gesellschaft nicht reformierbar war" (SZ v. 27.12.91). Im dritten Abschnitt werden wir die gewaltsamen Modernisierungsversuche eines industriellen Entwicklungsmodells exemplarisch darstellen.

4. Das Ende des in der Reformperiode eröffneten sozialen Kriegs ist noch nicht abzusehen. Erst recht nicht ein neues politisch-ideologisches Regulationsmodell für eine "Ökonomie der Destruktion des Sozialen", die diese Übergangsphase, aber auch noch die nachfolgende gegenwärtige Phase prägt.

Die als lethargisch, passiv verurteilten Bevölkerungen setzten sich allerorten dem Krisenangriff zur Wehr. Am einen Ende der Skala sozialer Explosionen waren die Jugendrevolten, streetgangs

vor allem in den südlichen Republiken und den Metropolen des Zentrums, am anderen Ende die zum Teil nationalistisch eingefärbten antikolonialen Befreiungskämpfe der verschiedenen Republiken. In ihnen verbanden sich, was heute offensichtlich zu Tage tritt, antikoloniale und soziale Klassenpotentiale mit denen nationaler Entwicklung und Modernisierung. Dazwischen lassen sich Nahrungsmittel-, Knast- und Lagerrevolten, militante ArbeiterInnenstreiks verorten, ein Klassen- und Verteilungskampf, der neue Formen sozialer Renitenz und sozialer Organisierung annimmt.

Auch wenn nach dem Ende der Transformationsperiode und dem Zerfall der Sowjetunion gegenwärtig ein ungeheurer ökonomischer und sozialer Druck auf die verschiedenen gesellschaftlichen Segmente existiert, so ist nicht absehbar, wie die verknüpfte Freisetzung und Mobilisierung sozialer Akteure und ihre politischen Interessenartikulationen in eine neue Phase der produktiven Vernutzung und Verwertung kanalisiert werden können.

Wir nehmen im vierten Abschnitt die Fäden der sozialen Kämpfe wieder auf, die sich explosionsartig aus der Zerstörung des sozialen und ökonomischen Alltagslebens entzündeten. Dabei sind die Streik- und Kampfzentren der 60er und 70er Jahre oftmals Ausgangspunkte neuer sozialer Erhebungen. So liegt es nahe, daß auch die Geschichte der sozialen Kämpfe eigene Kontinuitäten aufweist, die über eine Aufstandsgeographie hinausgehen.

5. In einem letzten, fünften Abschnitt reflektieren wir kurz die Situation nach dem Ausnahmeregime vom 19.-21.8.1991.

Die Tendenz der politischen Entwicklungen und sozialen Auseinandersetzungen legte die Etablierung eines Ausnahmeregimes schon zu Jahresbeginn nahe, als im April 40 Millionen gegen das Krisenregime und gegen die soziale Verelendung auf die Straße gingen.

Streikverbote, regionale Ausnahmedekrete und Notstandsmaßnahmen bereiteten das improvisierte Notstandskomitee vor. Das absehbare Scheitern des Notstandsregime beschleunigte den Zerfall der Sowjetunion und den Elitenwechsel in den politischen Machtzentralen Moskaus (Swerdlowsker Mafia).

Der Angriff des demokratisch gelifteten Staatssozialismus (Perestroika) auf die sowjetische Gesellschaft zur Überwindung der Modernisierungs- und Verwertungsblockade ist damit beendet, der autoritär-nationalistische beginnt.

Der Zerfall der Sowjetunion wird von nationalistischen Modernisierungs- oder Armutsverwaltungsdiktaturen, interethnischen Kriegen und massiven sozialen Auseinandersetzungen begleitet: ein Zerstörungs- und ethnischer Ausdifferenzierungsprozeß, dessen Ende noch nicht abzusehen ist.

Zwei Thesenpapiere schließen den Artikel ab.

Eines zur Situation sowjetischer Frauen, denn das sowjetische militärindustrielle Entwicklungsmodell basierte wesentlich auf Vernutzung und Ausbeutung sowjetischer Frauen; sie waren für die sozialistischen Entwicklungsplaner der strategische "soziale Rohstoff", der zu allen Zeiten den Erfordernissen der Industrieentwicklung zu unterwerfen war.

So erweist sich das sozialistische Emanzipationsversprechen an die sowjetischen Frauen als patriarchales Unterwerfungskommando unter die industriellen und sozialen Entwicklungszyklen.

Die gegenwärtige Bedeutung der sowjetischen Frauen für eine Überlebensökonomie unterstreicht das Zitat von Ilja Raskin (Freitag Nr.6 v. 31.1.92): "Die 'alten Weiber' mit ihren Säcken und schweren Taschen spielen in der Sowjetgeschichte eine gewaltige Rolle. Ohne sie bräche die Versorgung der Bevölkerung in weniger als einem Monat völlig zusammen".

Ein zweites, älteres und überarbeitetes Thesenpapier zu den sogenannten Nationalitätenkonflikten skizziert noch einmal den Zusammenhang von kolonialer Wertschöpfungsordnung, bolschewistischer Initiierung von Ethnizität und nationalen Widerstandsbewegungen.

So weit ein thesenartiger Überblick über den folgenden Artikel. Es sind Facetten einer "anderen" Sowjetgeschichte, die bislang zu schreiben nicht unternommen wurde. Sie können vielleicht den Blick freigeben auf die soziale Seite des gegenwärtigen Krisenprozesses. Nicht, um neue Hoffnungen auf revolutionäre Veränderungen zu wecken, sondern um die politischen und sozialen Potentiale wahrzunehmen, die sich der sozialen und ökonomischen Entwertung durch die Rentabilitätsmaßstäbe des Weltmarkts entziehen oder sich gegen sie auflehnen.

Mit der Krise und dem Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells zerfällt die Hegemonialstruktur der Kalten-Kriegs-Ordnung. Die geopolitische Instabilität fällt mit der fortdauernden Krise des Fordismus und dem Ende des keynesianischen Wohlfahrtsstaats in den kapitalistischen Zentren der Weltökonomie zusammen. Gleich-

zeitig bedeutet es das endgültige Ende sozialistisch geprägter nationalstaatlicher Entwicklungsillusionen im Trikont. Diese Prozesse überlagern und potenzieren sich.

Und es ist vorläufig – wenn überhaupt – nicht abzusehen, daß in Ost- und Südosteuropa Regionen stabiler Kapitalverwertung – vielleicht von einigen Ausnahmen industriell hochentwickelter Zentren abgesehen – entstehen und die zerstörten nationalen Ökonomien (Deindustrialisierung) als peripherer Vorhof an die westeuropäische Entwicklung angebunden werden.

Eine Passage aus dem beachtenswerten Aufsatz "Geopolitik" von P. Scherer in Sozialismus 5/92 kann einen Ausblick auf eine Zukunft liefern, wie sie sich gegenwärtig schon abzuzeichnen beginnt.

“In der Dialektik von Widerstand und Repression – jener zweiten Koordinate der Weltpolitik – scheinen die repressiven Kräfte den weiteren Gang der Entwicklung zu bestimmen. Der Zusammenhang ist einfach: Wie anders als durch Gewalt – ökonomische wie außerökonomische – könnte das weltweite Apartheid-System aufrechterhalten werden? Wie anders sollte das Archipel kleiner Inseln der Produktivität des Reichtums und des erfolgreichen Opportunismus gegen das Meer der Verelendung eingedeicht werden? Seit Jahren geistert der Name Pinochet durch die russische Presse. Er ist zum Inbegriff ‘gewaltsamer marktwirtschaftlicher Reformen’ geworden (Moskau News 3/92). (...) Seit die russische Bevölkerung zu 90 Prozent unter die einstmals geltende Armutsgrenze gesunken ist, hören die Spekulationen um ein ‘Regime der harten Hand’ nicht mehr auf. Dabei spielt die Hoffnung durchaus eine Rolle, ein solches Regime könnte die Mindestfunktionen des gesellschaftlichen Lebens wieder in Gang bringen und somit eine gewisse Legitimität erlangen. Diese Erwartung verkennt, daß ein faschistisches Regime den Zerstörungsprozeß nur beschleunigen könnte: im Interesse einer hauchdünnen Kompradorenschicht, die schon jetzt der alleinige Nutznießer des Zusammenbruchs ist, und im Interesse des internationalen Rüstungskapitals, das Eurasien und insbesondere Zentralasien bereits als Kriegsschauplatz einplant. (...) Rußland ist heute das Zentrum der weltweiten Krise. Die Durchsetzung (repressiver Tendenzen in Osteuropa, d.V.) bedeutet keineswegs eine innere Befriedung. Die Struktur des repressiven Raumes bedarf der Front ebenso wie der Gefängnisse und Lager. Eine faschistische ‘Krisenlösung’ wäre auch in Eurasien identisch mit Krieg, Bürgerkrieg und Massenmord. Die Weltbank ist in einem internen Papier zu der

bemerkenswerten Feststellung gekommen, 'daß gerade eine militärische Auseinandersetzung ebenso wie ein Bürgerkrieg unter Umständen wesentlich mehr Geld fließen lassen würde als eine friedliche Situation' (TAZ v. 19.2.92). Mit anderen Worten: Der Frieden in Eurasien ist nicht finanzierbar, ein Krieg hingegen könnte durchaus ein Geschäft sein."

Das vorherrschende rüstungsindustrielle Entwicklungsmodell in Osteuropa und der reaktionäre Verteidigungsnationalismus um minimale Entwicklungschancen angesichts der rasanten Entwertung ökonomischer und sozialer Ressourcen durch die Anpassung an die globalen Produktivitätsstandards schüren das osteuropäische Bürgerkriegsszenario. Es deutet sich an, daß der in Osteuropa zur Macht drängende Nationalismus zur bevorzugten Durchsetzungsweise einer neuen sozialen, postsozialistischen Ordnung nach außen und innen wird. Es ist aber nicht das einzige Reaktionsmuster auf die Marginalisierung Ost- und Südosteuropas, wie bspw. die explosiven Wellen sozialer Kämpfe in der Sowjetunion gezeigt haben. Und mit steigender Aussichtslosigkeit wird in Form von Massenmigration und -flucht der osteuropäische Armutsgürtel in die Wohlstandszentren einbrechen, auch wenn Migrationssoziologen bei einer vom Wiener Institut für höhere Studien veranstalteten Tagung im März d.J. zynisch fragten, wie etwa ein Hungernder aus Alma Ata, der wie die meisten kein Auto besitze, auswandern wolle, und Migrationserwartungen korrigierten, da das ländliche Proletariat nicht wanderungsfähig sei (SZ v. 25.3.92). Die soziale Mobilität, Ansprüche und Erwartungen, die die Entwertung und Zerstörung der osteuropäischen Gesellschaften begleiten, werden auf lange Sicht nicht durch aussichtslose Bürgerkriege und Nationalismus eingedämmt werden können, sondern nur durch eine Militarisierung der Grenzen. Denn auch langfristig nicht wahrscheinlich ist eine politische und ökonomische Stabilisierung der osteuropäischen Region, in der das eine Ende der brennenden Lunte "Krise des Weltsystems" liegt.

Danken möchten die Verfasser vor allem ihrem Arbeitskollektiv und allen Freunden und Freundinnen für ihre Unterstützung. Ohne sie wäre das aufwendige Redaktionsprojekt nicht möglich gewesen.

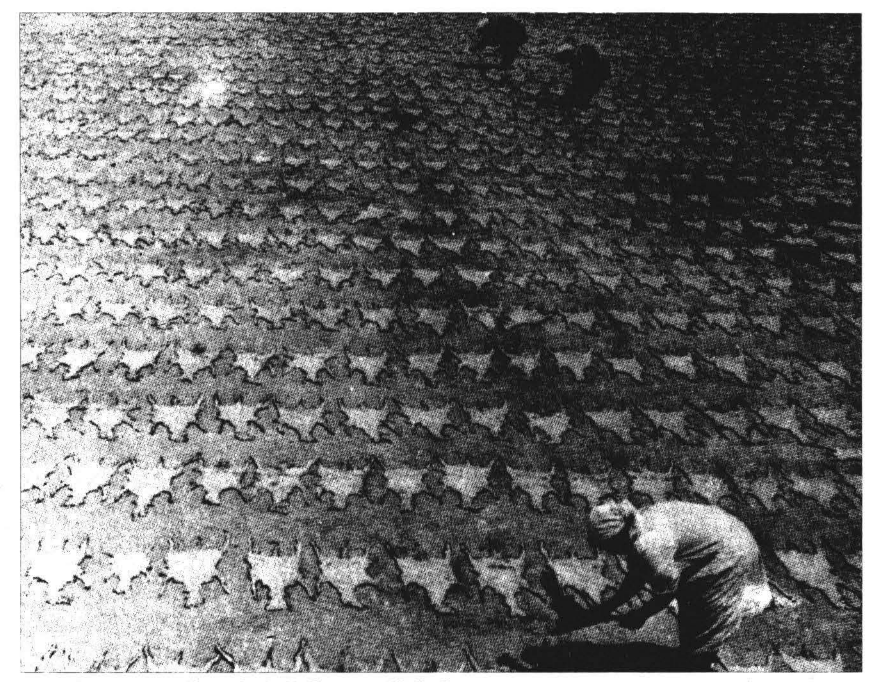
Juli '92

1.
Die Krise des sowjetischen Entwicklungsmodells – Obstruktion, ArbeiterInnenrenitenz und Klassenkämpfe als Schranken der Modernisierung und Akkumulation

"Das ganze Leben der Gesellschaft folgt nicht der Ökonomie, ist nicht rational."
(Lew Gudkow)

Der Seufzer des Moskauer Soziologen[1] läßt die Krise einer Entwicklungsstrategie erahnen, deren Referenzrahmen die Rationalitäts- und Rentabilitätskriterien der weltweiten Kapitalexpansion bilden und hinter die die Akkumulation der sowjetischen Kommandoökonomie immer weiter zurückfällt. Seit Anfang der 80er Jahre war die Krise des sowjetischen Entwicklungsmodells manifest. Heute existiert die Sowjetunion als ordnungspolitischer Unionsverband staatlich organisierter Wertschöpfung nicht mehr. Wir müssen das poststalinistische Akkumulationsregime als eine nationalstaatlich begrenzte Entwicklungs- und Modernisierungsvariante begreifen[2], deren Rationalisierungsressourcen im Rahmen einer transnationalen Weltökonomie aufgebraucht sind.

Die "sozialistische Entwicklungsstrategie"[3] folgte dem Modell forcierter Industrialisierung und der Entwicklung einer autarken Industriestruktur, wobei seit den 70er Jahren verstärkt auf Importe technisch fortgeschrittener Produktionsanlagen und Maschinen zurückgegriffen werden mußte (Entwicklungsimitation). Dadurch begab sich die Sowjetunion verstärkt in technologische Abhängigkeiten und Kreditzwänge und geriet in die Fallstricke derDevisenbeschaffungsdynamik, die die Kompensations- und Kooperationsgeschäfte und der Westhandel insgesamt nach sich zogen. Diese Entwicklungsstrategie kann als sowjetischer Versuch nachholender Modernisierung gegenüber den kapitalistischen Ökonomien gekennzeichnet werden. Insofern läßt sich sagen, daß die spezifische sowjetische Strategie der forcierten Industrialisierung und wirtschaftlichen Modernisierung den globalen Peripherie-Zentrum-Antagonismus (Weltmarktdissoziation und selektive Integration) widerspiegelt, als dessen radikalster Ausdruck die Kalte-Kriegs-Konkurrenz aufzufassen ist.[4]



Trocknen von Karakul-Fellen in Usbekistan

Es ist bezeichnend, daß ausgerechnet einer der wenigen linkssozialistischen Autoren, Boris Kagarlickij, affirmativ das gewaltsame Modell der peripheren Industrialisierung und Modernisierung hervorhebt: “Die zentralisierte Leitung half, die Ressourcen für die Industrialisierung zu konzentrieren und das Wachstumstempo zu beschleunigen. Die Repressalien waren notwendig, um die Massen unter Kontrolle zu halten und sie die Entbehrungen und soziale Not erdulden zu lassen, die durch eine solche Politik unweigerlich erzeugt werden. (...) Die Formel ‘Zentralismus und Repression’ wurde in verschiedenen Varianten in den meisten Ländern – von Mexiko bis Südkorea – angewandt, die die industrielle Entwicklung rapide zu beschleunigen suchten”.[5] Den Phasen forcierter Industrialisierung und Urbanisierung in der Sowjetunion wird von sozialistischen und bürgerlichen Ökonomen gleichermaßen Anerkennung gezollt.

Die Krise des sowjetischen Entwicklungsmodells als ein Paradigma peripherer Entwicklung bestand in der unüberwindbaren Blockade des Übergangs von einer extensiven Akkumulation und Wirtschaftsentwicklung zu einer intensiven.[6]

Das eingangs zitierte Lamento über den sozialen Eigensinn der sowjetischen Gesellschaft verweist dabei konsequent auf die soziale Seite des Krisenprozesses. Denn die Dynamik des sozialen Antagonismus ist es, der das sowjetische Akkumulationsregime nicht zu entrinnen vermochte.

So ist Anfang der 80er Jahre die sowjetische Ökonomie an die Grenze ihrer Reproduktionsfähigkeit und Entwicklungsmöglichkeiten gelangt. Als offensichtlichster Ausdruck dieser Tatsache belegen das die stetig sinkenden Zuwachsraten in beinahe allen Sektoren der Wirtschaft. Nach Höhmann[7] nahmen in der gesamten Amtszeit Breschnews (1964-1983) sowohl der Faktoreinsatz (Arbeit, Kapital, Boden) als auch die Faktorproduktivität ständig ab. Interpretiertes Zahlenmaterial zur Materialintensität, Arbeitsproduktivität und zur Fondsproduktivität (Kapitalproduktivität) ist u.a. bei Conert[8]



Agroindustrielle Rationalisierung in Kustanaj / Kasachstan

nachzulesen und braucht an dieser Stelle nicht wiedergegeben zu werden, da der Sachverhalt mittlerweile kaum bestritten werden dürfte. Als Modernisierungsschranken einer eigenständigen sowjetischen Entwicklungsstrategie erwiesen sich vor allem der rückläufige Ressourcentransfer (Energie, Rohstoffe, Arbeit) aus der kolonisierten Binnenperipherie und die nicht steigerbare effektive Arbeitskraftverwertung. Während die peripheren Unabhängigkeitskämpfe das Zentrum sprengen werden, wird die niedrige Arbeitsproduktivität als Ergebnis bewußter Arbeitsverweigerung und Leistungsreduzierung zum Dreh- und Angelpunkt der Modernisierer in den 80er Jahren werden.[9]

Dennoch bemühen sich die meisten Interpreten, den Krisenprozeß des sowjetischen Entwicklungsmodells aus den systembedingten Widersprüchen einer kommandowirtschaftlichen Gesellschaftsorganisation zu erklären[10]; wir versuchen stattdessen, den verdeckten und offenen Formen des Klassenkampfes, den sozialen Widerstandslinien gegen das Entwicklungsregime nachzuspüren, da sie die Krise des bolschewistischen Organisationsmodells nationalstaatlicher Wertschöpfung entscheidend mitbestimmten. Wir rücken damit wieder die sozialen Kämpfe in den Mittelpunkt der Betrachtung, wie es etwa die Untersuchungen von Plogstedt (Arbeitskämpfe in der sowjetischen Industrie 1917-1933)[11] und Schlögel (Arbeiterprotest in der Sowjetunion 1953-1983)[12] zuvor versucht haben. Denn es wäre unsinnig anzunehmen, daß die Verteilung der immensen Akkumulationslasten der sozialistischen Industrialisierungsstrategie auf die sozialen Klassen – vor allem die der Bauern – keine latenten und offenen Widerstände gegen die Arbeit und die Zwangsvergesellschaftung des sowjetischen Arbeitsregimes entfesselt hätten.

Auch wenn der repressiv abgesicherte sowjetische Industrialisierungsprozeß die gesellschaftlichen Räume sozialer und politischer Widerständigkeit stark einzuschränken und die Herausbildung von Klassenpotentialen auf die Ebene der sozialen und ökonomischen Mikroprozesse zurückzustauen vermochte, markiert die soziale Renitenz in den Mikrostrukturen des sowjetischen Akkumulationsmodells dennoch die entscheidenden Konflikt- und Konfrontationslinien der sozialistischen Entwicklungsstrategie. Diesen Zusammenhang auszublenden und lediglich auf die strukturellen Defizite des sowjetischen Entwicklungsmodells bei der Analyse des Krisenprozesses zurückzugreifen, bedeutet, weder den sozialen Kern der Krise zu erfassen noch dem historischen Prozeß und seinen sozialen Akteur gerecht zu werden.

So ist die relative innenpolitische Stabilität seit Ende der 50er Jahre der Anerkennung der ArbeiterInnenmacht durch das Regime geschuldet, die mit ihrer partiellen Kontrolle über den unmittelbaren Produktionsprozeß der Mehrwertabpressung durch das bürokratische Kommandosystem Grenzen setzte und dieses Kampfterrain auch sozial zu verteidigen wußte (D. Filtzer).

Gegen Ende der Breschnew-Ära, die allgemein als Phase der Stagnation gekennzeichnet wird, wird das poststalinistische Arrangement mit der Klasse, das auf sozialen Garantien, egalitärer Einkommenspolitik, einer stetigen Anhebung des allgemeinen Lebensstandards und auf politischen Konzessionen beruhte und das R. Amann als "Deal" der politischen Elite mit dem "Dienstadel der stalinistischen Industrialisierungsbemühungen" und den ArbeiterInnen charakterisierte[13], prekär. Denn ohne effektive Wertschöpfungsreserven war der sowjetischen Modernisierungsstrategie aus extensiver Akkumulation und Wohlfahrtstechniken die Grundlage entzogen. Das System geriet in die Krise. Der "historische Kompromiß" des Breschnew-Regimes, der einen labilen Ausgleich zwischen Akkumulationsorganisation und sozialen Erwartungen und Bedürfnissen herzustellen vermochte, war nicht länger aufrechtzuerhalten, die "wachsenden Kosten für Sozialpolitiken und soziale Maßnahmen zur Erhaltung der inneren Stabilität und Legitimität des Regimes"[14] nicht mehr aufzubringen.

Gleichzeitig aber nährten die Wandlungen der nachstalinistischen Gesellschaft "nicht nur Hoffnungen auf ein besseres Leben, sondern aktivierten Forderungen nach einem besseren Leben. Die sozialen Erwartungen aller sozialen Gruppen sprangen in die Höhe, in der Sowjetunion kam es zu einer «Revolution der Erwartungen»".[15]

Die Krisentendenzen, die das industriegesellschaftliche Entwicklungsmodell Anfang der 80er Jahre bestimmen, sind mehr als bedrohlich, sie sind explosiv und zwingen das Regime zum Handeln (vgl. Abschnitt 3 und 4). Wir wollen zwei dieser Krisentendenzen kurz skizzieren:

1.1. Die Unfähigkeit des zentralisierten Kommandos, den Wertschöpfungsprozess zu kontrollieren und zu regulieren
1.2. Klassenkämpfe und soziale Renitenz als Produktivitätsschranke des sowjetischen Entwicklungsmodells

1.1. Die Unfähigkeit des zentralisierten Kommandos, den Wertschöpfungsprozess zu kontrollieren und zu regulieren

Angesichts der Tatsache, daß "die Verlangsamung (der Wertschöpfungsdynamik – d.V) (...) den Planern aufgezwungen (wurde), was leicht daraus zu ersehen ist, daß die Nichterfüllung der Pläne in einer Periode zu niedrigen Planzielen in der nächsten Periode führte (...)"[16], werden die Funktions- und Effizienzdefizite der zentralistisch-administrativen Kommandowirtschaft offensichtlich.[17]

Die zentralistisch-administrative Organisationsform der sowjetischen Ökonomie war zwar in der Aufbauphase das "adäquate Instrument" des sowjetischen Entwicklungsmodells, mit einer komplexer werdenden ökonomischen Realität und zunehmender sozialer Renitenz wird das überkommene Regulations- und Ordnungsmodell allerdings selbst zum Hemmnis der Modernisierungsanstrengungen, da es das systemreproduzierende Verhalten der sozialen Akteure nicht mehr sichern konnte. Die zentralisierte Wirtschaftsbürokratie stand Anfang der 80er Jahre vor unüberwindbaren Grenzen, die mit dem vorfindlichen Instrumentarium der Wirtschaftssteuerung und -kontrolle nicht mehr zu bewältigen waren:

Eine offensichtlich ineffiziente Ressourcenallokation (Energie, Rohstoffe und Vorprodukte) und Investition bei zunehmender Ressourcenerschöpfung, die Unproduktivität des gesamten Industrieapparats bei hohem Ressourcenaufwand, der Rückgang der Abschreibung des Realkapitals, wodurch die Industrieanlagen völlig veralteten, der permanente Arbeitskräftemangel bei einer geschätzten innerbetrieblichen Arbeitskraftreserve von etwa 10 Mio. ArbeiterInnen, die nicht mobilisiert werden konnten, die Lasten der unzähligen Investitionsruinen, die Innovationsträgheit auf der Fabrikebene, die Verselbständigungstendenzen der ökonomischen Leitungsapparate u.v.m.

Bei stagnierender Wertschöpfung und Akkumulation konnte die Unfähigkeit des zentralisierten Wirtschaftskommandos nur noch durch Dezentralisierung und eine völlige Reorganisierung des Wertschöpfungs- und Ausbeutungsmodells überwunden werden.

Auf den unteren Ebenen der politisch administrativen Kontrolle waren die ökonomischen Leitungsapparate mit den Betriebsdirektoren und Parteikadern zu bürokratisch-korporativen Institutionen verschmolzen, die für branchen- und lokalspezifische Zuweisungen und für prämiensichernde Produktionskennziffern sorgten. Hier lag eine der Nahtstellen zwischen Kommando und Arbeit, an der unter anderem der administrative Versuch der Kopplung von Leistung und Konsumtionsmöglichkeit gescheitert ist. Zudem lag in der Entscheidungsgewalt der zentralisierten Wirtschftsverwaltung über Verteilung und Verwendung des Wertaufkommens, über Investitions- und Konsumtionsquote eine permanente Quelle von Interessenkonflikten mit lokalen Betrieben und ihren Belegschaften. So war das Entwicklungsregime, das Akkumulationssteigerungen und Einkommensinteressen zu berücksichtigen und über die Festsetzung der Kapital- und Konsumgüterproduktion zu entscheiden hatte, von einer dauernden prekären Konfliktualität gekennzeichnet.

Die Durchsetzung vorhergehender Reformkonzeptionen (1965 Reform der Industriesteuerung, 1973 Neuordnung der Industrieverwaltung, 1979 Reformmaßnahmen im sowjetischen Planungssystem)[18] war an "der Obstruktion der Beschlüsse seitens der verschiedenen Organe der Wirtschaftsverwaltung" gescheitert.[19] Sie tangierten nicht die entwickelten Machtverhältnisse. Je tiefer das kommandowirtschaftliche System in die Krise geriet, desto stärker entwickelten sich flexible Formen der "Verhandlungsökonomie" (T. Saslavskaja). Die Betriebsdirektoren z.B. sind auf die betriebliche Loyalität der ArbeiterInnen angewiesen, um die Planvorgaben und -ziele erfüllen zu können, was die Strukturen der betrieblichen Verhandlungsökonomie (Planerfüllungspakt) herausbildete. So war "der Großbetrieb kaum noch in der Lage, produktivitätssteigernde Maßnahmen durchzusetzen, ohne entsprechende wohlfahrtsbedingte Gegenleistungen zu erbringen".[20] Auch unter den hierarchisch strukturierten Wirtschafts- und Planungsbürokratien kommt den verhandlungsökonomischen Strategien der diversen politischen Administrationen, die ihre Stellung im Apparat zu nutzen suchten, bei der Ressourcenallokation und den Produktionsvorgaben entscheidende Bedeutung zu, so daß letzlich "Akkumulationstempo und Akkumulationsstruktur (...) das Ergebnis von Verhandlungen im Planungsprozeß" waren.[21] Und weiter bemerkt R. Shams: "In einer solchen Bürokratie sind eher Klientelismus, Patronage, Cliquenbildung, Gruppenrivalitäten (...) und Beziehungen auf Gegenseitigkeit die

Regel. Es sind diese sozialen Kräfte, die das Ergebnis des Planungsprozesses determinieren und nicht die Vorstellungen der Zentralbehörde."[22]

Die sowjetische Verhandlungsökonomie zeitigte demnach nicht die vom zentralen Kommando intendierten, sondern – durch die Realität sozialer Renitenz und ökonomischer Komplexität – deformierte Resultate zumeist zugunsten der verschiedenen beteiligten sozialen Gruppen. In einem unüberschaubaren Meer politisch-ökonomischer Kompetenzen versickerte der Verwertungsimperativ des Kommandos.

Anhand dieser groben Skizze sollte deutlich geworden sein, daß das zentralistische Organisations- und Regulationsmodell der poststalinistischen Akkumulation zum Hemmnis der sozioökonomischen Modernisierung der Gesellschaft heranreifte, da es die Klassenkonfliktualitäten auf der Fabrikebene, die Industriesteuerungsdefizite der Verwaltung weder produktiv zu regulieren noch ihnen entgegenzusteuern verstand. Und da es "den Akkumulationsprozeß zwar mehr oder weniger stark beeinflußen, jedoch nicht restlos beherrschen" konnte.[23]

"Die in diesem Zusammenhang oft beschworenen organisatorischen und informationstechnischen Probleme sind zwar wirksam, aber nachrangig. Die entscheidenden Ursachen sind sozialer Natur. (...) (Die) sozialen und professionellen Gruppen (bilden) Interessen, Verhaltensorientierungen und Handlungsweisen aus, die den intendierten Resultaten und den funktionalen Erfordernissen 'ökonomischer', effizienter gesamtgesellschaftlicher Produktion und Reproduktion häufig zuwiderlaufen."[24]

Neuere Arbeiten unterstreichen die Bedeutung der "Regulationskrise" für das sozialistische Entwicklungsmodell, so auch R. Land:

> "Gerade das, was im Sozialismus eigentlich eins werden sollte – Gesellschaft und Individuum – fiel in der Konsequenz völlig auseinander. Diese praktische Entkopplung von offizieller Regulation des Systems und lebensweltlichen Verhaltensorientierungen der Individuen könnte für die staatssozialistischen Ökonomien die letztlich entscheidende innere Modernisierungsblockade gewesen sein, die Ursache für den zunächst schleichenden Niedergang und den anschließenden Zusammenbruch des Regulationssystems".[25]

Erscheinen aus der Sicht des auf ökonomischer und institutioneller Rationalität beruhenden sowjetischen Modernisierungssystems und seiner Modernisierungstheoretiker die informellen Praktiken,

die sozialen Eigeninteressen und Eigenlogiken folgen, lediglich als defizitäre systemische Integrationsleistungen (Regulationskrise), so wären sie aus der Gegenperspektive und ohne Systemerhaltungsinteressen als soziale, mit den systemischen Zwängen des sozialistischen Modernisierungsweges unvereinbare Gegenmacht zu lesen und als Klassenmacht zu interpretieren.

Denn da, wo die sozialistische Verwertungslogik im unmittelbaren Produktions- und Reproduktionsprozeß auf die disparaten Wert- und Handlungsorientierungen der sozialen Akteure stieß, entbrannte ein permanenter Klassenkonflikt. Die Krise des sowjetischen Entwicklungsmodells ist als Krise der "sozialistischen Akkumulation" zu verstehen und damit ist sie u.a. an die dem Wertschöpfungsprozess inhärente soziale Konfliktualität gebunden.

Eins der ersten Vorhaben des Modernisierungsregimes unter Gorbatschow bestand denn auch darin, unter dem Etikett der wirtschaftlichen Demokratisierung den bürokratisch-korporatistischen Puffer zwischen Arbeit und Kommando zu zerlegen. So verlangten die "Perestroika-Rationalisierer (...), 50% des Personals aus den Unionsrepubliken zu entlassen und dafür die Kader der regionalen und örtlichen Organe für die Aufgabe der neuen Dezentralisation personell auszustatten."[26]

Wir werden die oben zitierten zaghaften Andeutungen eines Klassenverhaltens im nächsten Abschnitt etwas genauer zu beschreiben versuchen.

1.2. Klassenkämpfe und soziale Renitenz als Produktivitätsschranke des sozialistischen Entwicklungsmodells

Unter dem wirtschaftsbürokratischen Panzer des Sowjetkommunismus gärte ein latenter Arbeitskampf, der sich zuweilen in explosionsartigen ArbeiterInnenunruhen entlud. Allerdings hat die Geschichte der blutig niedergeschlagenen Klassenkämpfe der letzten 40 Jahre in der Sowjetunion kaum Niederschlag in der Literatur gefunden. Während wir in jedem Zeitungs- und Buchartikel auf die Diskrepanz ökonomischer Real- und Plandaten, die Ineffizienz des Wirtschaftsmechanismus stießen, die zumeist aus den system-

immanenten Widersprüchen erklärt wurden, waren Hinweise auf das Klassenverhalten – mit wenigen Ausnahmen – nur indirekt oder in verallgemeinernden Andeutungen aufzufinden. Erste Aufschlüsse ergaben sich bspw. durch Berichte über die diversen Disziplinierungsmaßnahmen und Kampagnen gegen Arbeitsverweigerung und Absentismus oder aus der Analyse der sozialpolitischen Strategien der ReformsoziologInnen wie T. Saslawskaja, die auf das Verhalten der ArbeiterInnen, ihre Fabrik- und Alltagskonflikte schließen ließen. So schreibt sie, daß der durch den sozialen Mechanismus geformte Arbeitertypus "nicht nur nicht den Zielen einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft (entspricht), sondern auch den technologischen Anforderungen der modernen Produktion nicht (genügt)". Und weiter ergeht sie sich: "Die allgemeinen Eigenschaften der Arbeiter, deren Persönlichkeitsstrukturen in den letzten Planjahrfünften geprägt wurden, sind eine niedrige Arbeits- und Produktionsdisziplin, verbreitete Indifferenz, eine geringe Arbeitsqualität, gesellschaftliche Inaktivität, eine ausgesprochene Konsum-Mentalität und eine niedrige Moral. Zu erwähnen wären noch weitverbreitete Diebstähle, alle Arten von Schwarzmarktgeschäften auf Kosten der Gesellschaft und eine Lohnanspruchsmentalität ohne Rücksicht auf erbrachte Leistung."[27] Waren die ReformplanerInnen der Perestroika bei der Durchsetzung ihrer Deregulierungsstrategie (soziale Differenzierung und Mobilisierung) mit Renitenz und Widerständigkeit konfrontiert, so tauchten in diesem Zusammenhang zwei Begrifflichkeiten immer wieder auf: Traditioneller Egalitarismus und Akkumulationsfeindlichkeit der sozialen Klassen. Verwiesen wird damit in der sozialwissenschaftlichen Terminologie auf eine "in der Bevölkerung weit verbreitete Verweigerungshaltung gegenüber einem neuen leistungsorientierten 'Gesellschaftsvertrag', die nicht nur auf 'vested interests' und fortwirkende ideologische Stereotype zurückzuführen ist, sondern mit der Kontinuität einer weit in die russische Geschichte reichenden politisch-ökonomischen Kultur zusammenhängt".[28] Diese formelhaften und zumeist denunziatorischen Kennzeichnungen der traditionellen Bewußtseins- und Verhaltensstrukturen der sowjetischen Unterklassen dienen letztlich der Legitimation für deren gewaltsame zukünftige Zurichtung durch ein effizienteres Arbeitsregime, kaschieren aber nur unvollkommen deren realen Hintergrund, sind sie doch in erster Linie Ausdruck der sozialen Konfliktstruktur des Industrialisierungsprozesses. Denn angesichts der Tatsache, daß Anfang der 70er Jahre in vielen Regionen eine/



Verländlichung der Stadt – Moskauer Wohnung

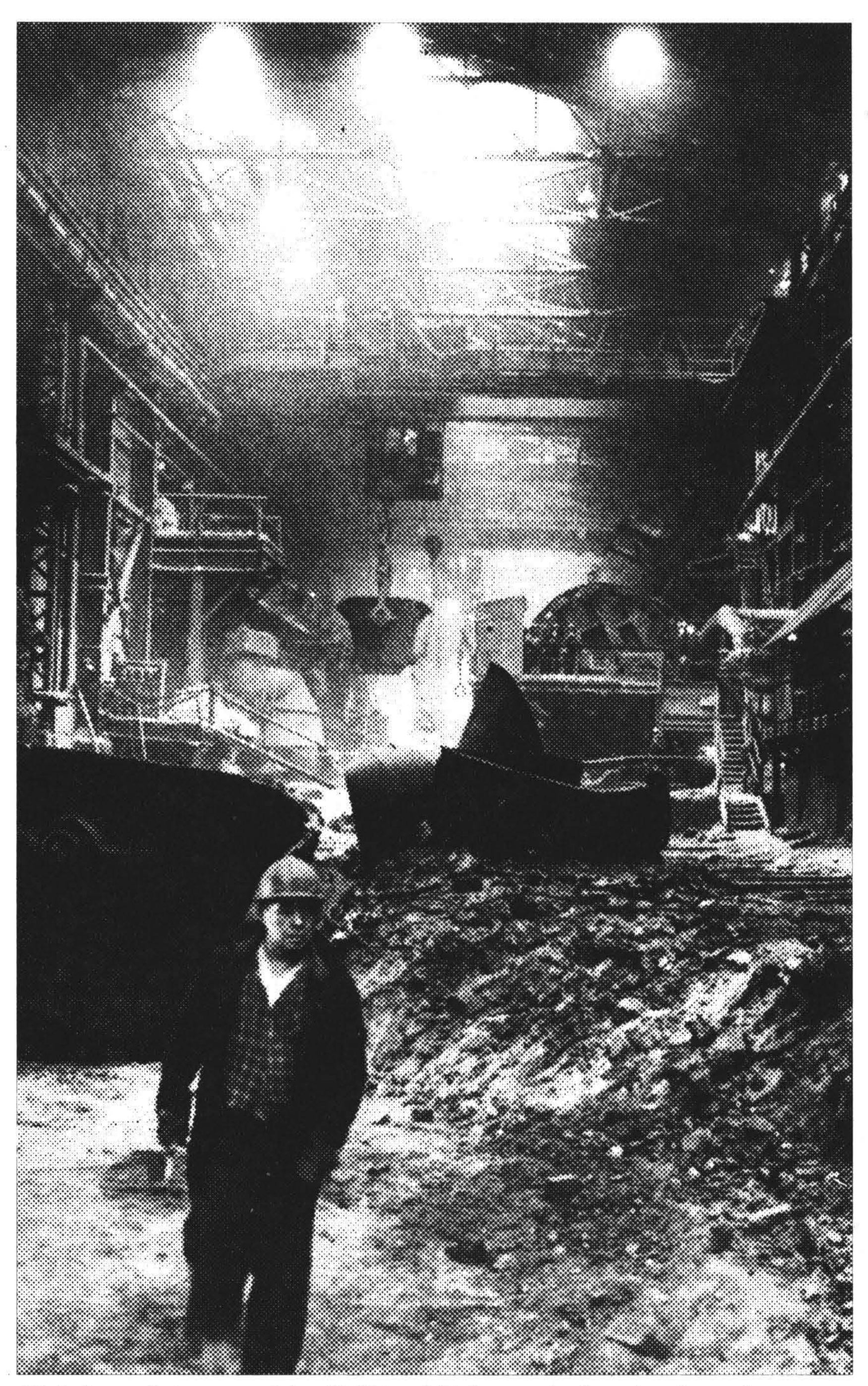
einer von drei ArbeiterInnen noch bäuerlicher Herkunft war (selbst im Gebiet Moskau 1973 noch 15,2%) und der überwiegende Teil der IndustriearbeiterInnen (zw. 50% und 70%) erst aus der ersten ArbeiterInnengeneration stammte[29] und daß 52% der sowjetischen IndustriearbeiterInnen in dieser Phase vor allem an- und ungelernte Fließ- und Massenproduktionsarbeiten verrichteten[30], waren der Prozeß der Disziplinierung der Klasse und die Zurichtung der ArbeiterInnen auf die Anforderungen des industriellen Produktions- und Reproduktionsprozesses von permanenten sozialen Konflikten und Störungen begleitet, da die industriekulturellen Wertsetzungen, Zeitstrukturen und Arbeitsrhythmen noch nicht gefestigt (internalisiert) und konforme Subjektivitäten noch nicht geformt waren. Bis in die 60er Jahre wurde das Modell der Taylorisierung aus der Frühzeit der Sowjetunion (tiefgehende funktionale und operative Arbeitsteilung) reproduziert, was die Integration unqualifizierter und unerfahrenener ArbeiterInnen in den Industrialisierungsprozeß erleichterte und vor allem ihrer Disziplinierung diente.[31] Daher konnte die prekäre soziale Integration der sowjetischen Unterklassen in den industriegesellschaftlichen Entwicklungsprozeß, in dem 1979 der Anteil der Landbevölkerung immerhin noch 38% betrug und 18,2% der sowjetischen Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt waren[32], nur über den staatlichen Kontroll- und Repressions-

apparat hergestellt werden. Insofern verweisen die ideologischen Charakterisierungen auf soziale Wertvorstellungen und Verhaltensorientierungen der sowjetischen Unterklassen, die mit den formalrationalen ökonomischen Imperativen des Industrialisierungsprozesses nicht kompatibel waren und eine latente Konfliktualität erzeugten. So diktierte ein dichtes Netz gesellschaftlicher Kontroll- und Sanktionsmechanismen vor allem individuelle Formen des ArbeiterInnenwiderstands und -protests (Alkoholismus, Hooliganismus, Absentismus, Ausschußproduktion, Sabotage)[33]. Die oft beschriebene "Passivität" der sowjetischen ArbeiterInnenklasse war dem staatlichen Repressionsapparat geschuldet – unzählige proletarische AufrührerInnen verschwanden in den Lagern oder wurden hingerichtet. Im unmittelbaren Arbeitsprozeß allerdings verwandelte sich die öffentliche Zurückhaltung in eine "passive Stärke". So deuten die verschiedenen Disziplinierungs- und Antialkoholkampagnen auf die Renitenz der ArbeiterInnen und ihre prekäre Integration in den Arbeitsprozeß hin. W. Süß[34] weist in seinen Vorbemerkungen zum "Nowosibirsker-Papier" auf verschiedene Disziplinierungsmaßnahmen der ArbeiterInnenschaft hin, die bald wieder zurückgenommen werden mußten, da ihnen kein Erfolg beschert war. "Sie begannen bereits im Januar 1983 mit breitangelegten Razzien zur Aufspürung von 'Bummelanten' in den Straßen Moskaus und anderer großer Städte."[35] Oder die Beschlüsse "Über die Festigung der sozialistischen Arbeitsdisziplin", die das "undisziplinierte" Verhalten der ArbeiterInnen mit materiellen Einbußen und Schadensersatzpflicht sanktionierten ebenso wie die Planerfüllungsmanipulationen des Betriebsmanagements. Allgemein konnte die Arbeitsverweigerung nach dem sogenannten Parasitengesetz bestraft werden.[36] Aber auch die Möglichkeit zur Umverteilung eingesparter Lohnsummen "freigesetzter" Arbeitskräfte diente der Disziplinierung und Stimulierung betrieblicher Arbeitskollektive zu höherer Arbeitsproduktivität. Allerdings, so zeigte sich, versagte die administrative Kontrolle und Regulierung des ArbeiterInnenverhaltens, so daß in den sozialpolitischen Strategien der Perestroika-PlanerInnen die Disziplinierung eines sich seiner effizienten Vernutzung immer wieder entziehenden Industrieproletariats neu und mit aller Gewalt angegangen werden mußte. Es ließe sich desgleichen zeigen, daß die Wiedereinführung der sowjetischen soziologischen Forschung einen Reflex auf die Probleme der Steuerung und Regelung gesellschaftlicher Prozesse darstellt.

Aus der Analyse, daß Akkumulationsstruktur und -tempo vorwiegend Resultat aus den Verhandlungsstrukturen im Planungs- und Produktionsprozeß waren, ist auch eine kritische Interpretation des zugänglichen Daten- und Statistikmaterials der sowjetischen Ökonomie zu gewinnen. Es gilt bspw. in den Wirtschaftsabhandlungen zur sowjetischen Ökonomie als unbestritten, daß weite Teile der sowjetischen Produktionsanlagen völlig überaltert sind – die durchschnittliche Nutzungsdauer industrieller Ausrüstung beträgt bei verschiedenen Angaben ca. 20 Jahre – und daß die Dauer neuer Entwicklungsverfahren und Produktionstechniken um ein Vielfaches höher liegt als in den westlichen Industrieländern. Das bedeutet, daß das Realkapital (Produktionsanlagen, Gebäude z.B.) nicht abgeschrieben und gleichzeitig der Industrieapparat nicht angemessen modernisiert werden konnte. Der "primitiven" Taylorisierung des sowjetischen Entwicklungsmodells entsprach, daß in der Industrie mehr als 9 Mio. Männer und Frauen (36% aller Arbeitskräfte in der Industrie) manuelle Arbeiten verrichten mußten und Ende der 80er Jahre die absolute Zahl nicht-mechanisierter Arbeitsplätze in der sowjetischen Wirtschaft immerhin noch 50 Mio. betrug.[37] Die Wertabpressung dieser unqualifizierten ArbeiterInnen (Ende der 70er Jahre waren z.B. 57,7% aller jugendlichen ArbeiterInnen zwischen 16 und 30 Jahren in un- und angelernten Jobs)[38] ging allerdings mit einer allmählichen Nivellierung des Lohnniveaus gegenüber den technischen Angestellten einher. Die blockierte und "zögerliche Modernisierungspolitik" (R. Amann) reproduzierte nicht nur die Beschäftigungsstruktur aus dem Frühstadium der Industrialisierung mit einem dementsprechend ungeheuren Arbeitskräftebedarf, sondern förderte eine Lohnstruktur, die die soziale Ausdifferenzierung verhinderte[39]. Die offensichtliche Innovationsunfähigkeit der sowjetischen Ökonomie läßt sich allein aus den strukturellen Dysfunktionen der Wirtschaftsverwaltung und der Ineffektivität der Regulierungsinstrumente nicht erklären, zumal im militärisch-industriellen Sektor mit seinen hoch entlohnten und disziplinierten Arbeitskräften ein wesentlich höheres technisches Niveau erreicht worden ist (vgl. Abschnitt 2). Zu fragen wäre also, warum bei anhaltender Tendenz fallender Akkumulations- und Zuwachsraten bei den Anlageinvestitionen und bei gleichzeitig abnehmender Investitionsproduktivität[40] faktisch keine tayloristischen Effizienzsteigerungen und ökonomisch produktivitätssteigernden Rationalisierungen – obwohl normativ immer wieder festgesetzt – durchgesetzt

werden konnten bzw. wurden. So ist seit 1971 "die Einführung der «wissenschaftlichen Arbeitsorganisation» (NOT Naucnaja Organizacija Truda) zum Bestandteil der Wirtschaftsplanung geworden. Der Versuch zentraler administrativer Planung der Arbeitsorganisation ist Teil einer Rationalisierungspolitik, mit deren Hilfe Produktivitätsreserven mobilisiert und Arbeitskräfte eingespart werden sollen".[41] Letztlich ist es die Frage, warum das sowjetische Akkumulationsregime eines sowjetischen Taylorismus in die Krise geriet. Ohne Zweifel ist ein Teil der Rationalisierungsbemühungen der Wirtschaftsbürokratie in den Strukturen der "Verhandlungsökonomie" versickert und absorbiert worden. Solange die Erfüllung produktionsbezogener Planaufgaben über die Höhe betrieblicher Ressourcenzuteilung, Prämien, Löhne und die Aufrechterhaltung sozialer Dienstleistungen entschied, bestanden für das Betriebsmanagement nur geringe Anreize, Modernisierungsvorhaben im Produktionsapparat oder in der Arbeitsorganisation umzusetzen. Denn die damit einhergehenden unkalkulierbaren und nicht eingeplanten Produktionsausfälle und -unterbrechungen hätten sich unmittelbar auch gegen die materiellen und sozialen Interessen der Betriebskollektive gewandt und den Planerfüllungspakt unter Druck gesetzt. Eine offene Konfrontation mit den Belegschaften versuchten die Betriebsleiter zu vermeiden. So entwickelte sich nach M. Tatur eine ineffektive Scheintätigkeit. Andererseits mußten sie versuchen, die verordnete Betriebskostensenkung und Steigerung der Arbeitsproduktivität radikal aus den ArbeiterInnen herauszupressen. Mit schleichenden Lohnsenkungen, veränderten Produktionsnormen, unbezahlten Überstunden und Erhöhung der Bandgeschwindigkeiten suchten sie den Arbeitsdruck zu steigern. Doch diese Formen gesteigerter Wertabpressung eskalierten von Zeit zu Zeit in Streiks, Aufständen und massenhaften Abwanderungen der ArbeiterInnen aus dem jeweiligen Betrieb und mußten zumeist zurückgenommen werden.[42]

So ist auch davon auszugehen, daß es breit verankerte Verweigerungsformen, aber auch Sabotageakte gegen die technologisch gesteigerte Arbeitsabpressung gegeben hat. So berichtet L. Kopelew bspw.: "Es ist in den letzten Monaten sogar schon zu Maschinenstürmerei gekommen. Arbeiter haben in einigen Betrieben die Computer und Automaten zerstört, die die Löhne drücken und die Arbeitsplätze gefährden".[43] Und M. Lebowitz[44] erklärt den Zwang des administrativen Apparats, neue Produktionstechniken und – anlagen vorrangig auf neu errichtete Werke und Werkserweiterungen



Nickelverarbeitung auf der Halbinsel Kola – Industrieruinen als Resultat eines blockierten Akkumulationsprozesses

zu beschränken, mit der Weigerung der Betriebe, rationellere Produktionstechnologien einzuführen und organisatorische Arbeitsabläufe zu verändern (z.B. das Schichtarbeitersystem zur Auslastung der Produktionsanlagen, denn Mitte der 80er Jahre waren schätzungsweise 700.000 Arbeitsplätze unbesetzt, da die ArbeiterInnen das Schichtsystem torpedierten[45]). Die Ruinen gigantischer Investitionsprojekte sind so auch als versteinerte Klassenmacht, als eine erzwungene Verlängerung der extensiven Industrialisierungsstrategie zu lesen.

So spricht vieles dafür, daß die industrielle Modernisierung, die Rationalisierung des überkommenen Produktionsapparats wesentlich an den Betrieben und ihren Belegschaften scheiterte. Neben den bislang nur angedeuteten sozialen Verweigerungsformen im unmittelbaren Produktionsprozeß (vgl. unten) kommt der Transformation der Großbetriebe als Organisationsform der Wertschöpfung zu "Fabrik- oder Betriebsgemeinden" mit sozialen Versorgungsaufgaben in diesem Zusammenhang große Bedeutung zu. Dieser Transformationsprozeß spiegelt die Bemühungen des Regimes wider, durch eine "aktive Sozialplanung" die Begleiterscheinungen des innerbetrieblichen Rationalisierungsdrucks abzufedern. Wir können hier diese Konstellation nur grob skizzieren. Die sozialen Funktionen der sowjetischen Großbetriebe entsprachen teils denen des Dorfes oder der Gemeinde (Bereitstellung von Wohnungen, Sportstätten, Erholungsheimen, Warenhäusern etc.; Zuständigkeit für materielle Versorgungen aller Art und Nahrungsmittelverteilung). Allein 1983 konzentrierten sich 40% aller Beschäftigten auf 3% der sowjetischen Betriebe. Einerseits konnten die "Fabrikgemeinden" die Macht, die aus ihrer politischen Größe (tausende von ArbeiterInnen) und aus ihrem ökonomischen Gewicht (Monopolisierung) erwuchs, gegen lokale Sowjets und übergeordnete Wirtschaftsverwaltungen einsetzen, andererseits waren sie mit der Übernahme "kommunaler Aufgaben" nicht nur mit den produktionsbezogenen Forderungen (Löhne, Arbeitsbedingungen, Akkordnormen etc.), sondern gleichzeitig mit denen nach Befriedigung alltäglicher Bedürfnisse seitens der ArbeiterInnen konfrontiert. Der wichtigste Faktor der instabilen Sozialintegration der ArbeiterInnen in die "Fabrikgemeinde" war ihre befriedigende materielle Versorgung. Dadurch machte aber das Betriebsmanagement "die notwendige betriebliche Loyalität und den Arbeitseinsatz stets von einer prekären Balance mit dem Ausmaß der Bedürfnisbefriedigungsmöglichkeiten des Betriebes abhängig."[46] Das

gesellschaftlich herausgepreßte Wertaufkommen, das zu Akkumulation bestimmt (etwa 24,6% des verwendeten Nationaleinkommens) und damit dem gesellschaftlichen Verbrauch in einer bereits durch Versorgungsmängel gekennzeichneten Wirtschaft entzogen war, diente vorrangig der Erhaltung des Produktionsapparats und der "Alimentierung der laufenden Produktionskosten"[47]. Eine weitere Umverteilung des Nationaleinkommens zu Lasten der materiellen Existenzsicherung und Bedürfnisbefriedigung der sowjetischen Bevölkerung hätte mit Sicherheit keine soziale Akzeptanz gefunden und zu sozialen Aufständen geführt. Doch damit war das sowjetische Entwicklungsmodell zum "Dahinstagnieren" verurteilt, wollte es nicht das Arrangement mit den sozialen Klassen aufkündigen. Die Investitionsstruktur während der Breschnew-Ära (vgl. Tabelle)[48]

Verteilung der Anlageninvestitionen in der sowjetischen Industrie 1976-1982 in %

	normativ	faktisch
1. Neuerrichtung	18,0	41,8
2. Erweiterung und Erhaltung	23,0	33,5
3. Rekonstruktion	24,0	10,7
4. Technische Umrüstung	35,0	14,0
	100,0	100,0

legt vielmehr eine administrative Zurückhaltung bei dem Versuch nahe, Arbeits- und Kapitalproduktivität technologisch zu steigern. Diese Entscheidung, die politisch getroffen wurde und nicht nur ökonomisch determiniert war, kennzeichnete den "Klassendeal" der Breschnew-Ära. Denn angesichts der Explosivität einiger im Westen bekannt gewordener ArbeiterInnenunruhen, ausgelöst durch Versorgungsmängel, Lohndruck etc., ist der politische Verzicht auf einen breiten Rationalisierungsangriff, wie er dann mit dem Perestroika-Regime geplant wurde, der ArbeiterInnenradikalität, dem selbstbewußten Klassenverhalten geschuldet; auch wenn Klassenaktionen in den Statistikskeletten sozialwissenschaftlicher Arbeiten nicht mehr auftauchen – zu entziffern bleiben sie dennoch. Bislang haben wir lediglich die unter sozio-ökonomischem Informationsgeröll verschütteten latenten Konfliktualitäten und sozialen Widerstandslinien, die den prekären Klassenkompromiß des sowjetischen Entwicklungsmodells kennzeichneten, freigelegt.

In der sowjetischen Geschichte der Konfrontation zwischen sozialistischem Verwertungsdiktat und sozialer Verweigerung finden sich gleichzeitig Formen des offenen Aufstands, der spontanen Revolte und des Massenstreiks. So waren es die Streiks und Revolten in den Zwangsarbeitslagern Anfang der 50er Jahre (Ekibastus, Lager Pestschanij, Wochruschewo, Oserlag, Gorlag, Norilsk, Vorkuta, Kengir), die das sozialistische Zwangsarbeitssystem zu einer Strategie der Rationalisierung und Ökonomisierung der auf Zwang beruhenden Arbeit wechseln ließen. Die Revolten trieben die kontrollierte Auflösung der Lager, die Umwandlung der Zwangsarbeitsverhältnisse in allgemeine Arbeitsverhältnisse voran. Die Arbeitslager bestehen jedoch bis in die 70er Jahre fort[49]. Das letzte Lager wird Anfang 1992 aufgelöst. Es ist von mehreren Millionen ZwangsarbeiterInnen auszugehen, die in das Zwangsarbeitssystem gepreßt wurden, das lediglich die logische Schlußfolgerung des allgemeinen Zwangs zur Arbeit unter den Bedingungen der sowjetischen "ursprünglichen Akkumulation" darstellte. Auch in den 70er Jahren ist es noch zu Aufständen in den Arbeitslagern gekommen. Davon zeugt z.B. ein Bericht über den Aufstand in den Arbeitslagern von Togliatti, den M. Zotov gegeben hat.[50] Nachdem eine von den Gefangenen erwartete Amnestie zum 100. Geburtstag Lenins ausblieb, zündeten sie in der Nacht vom 21. auf den 22. Mai 1970 mit Brandflaschen die Baracken an und versuchten, die Arbeitsmaschinen und Arbeitsmaterialien zu zerstören. Da es auch in anderen Lagern zu Brandstiftungen gekommen und eine Ausweitung der Revolte nicht mehr auszuschließen war, gaben die Lagerbehörden laut Zotov nach. Es wurde eine begrenzte Amnestie verkündet.

Streiks und Revolten hat es in den Zwangsarbeitslagern seit den 40er Jahren gegeben. Ihren Höhepunkt erreichten sie in den Jahren 1953/54. Voraussetzungen für diese Aufstandswelle waren u.a. die Bildung von Widerstandskernen in den Lagern, die Orientierungslosigkeit und Paralyse der Lagerverwaltungen nach Stalins Tod und die Zirkulation der Kampferfahrungen und des Widerstandsbewußtseins innerhalb der Lager selbst. In Vorkuta, wo seit den 30er Jahren hochwertige Kohle vor allem durch Zwangsarbeit gefördert wurde, kam es zwischen dem 20. und 22. Juni 1953 zu einem fast vierzehntägigen Streik mehrerer tausend Zwangsarbeiter mit der zentralen Forderung nach Aufhebung der Zwangsarbeit. Der Streik soll u.a. durch die Nachricht über den Aufstand der ArbeiterInnen vom 17. Juni in der DDR ausgelöst worden sein. Erinnerungen und

Bewußtsein aus der Zeit der Zwangsarbeitslager wirkten z.B. in den Novemberstreiks 1989 fort, wie ein Interview mit dem Sprecher des Streikkomitees in Vorkuta belegt, der die politischen Forderungen der BergarbeiterInnen – die einzigen, die während der unionsweiten Streikwelle erhoben wurden – mit der Tradition kritischer und unangepaßter Haltung seit der Zeit der Zwangsarbeiterlager begründete.[51] Gleichfalls bringt eine sowjetische Journalistin den Novemberstreik in Vorkuta und die Anschläge auf die lokalen Partei- und Komsomolgebäude mit der Vorgeschichte als Strafkolonie in Zusammenhang: “Eine andere Vorgeschichte gibt es hier nicht (...). Noch heute ist die Unterteilung in Menschen, die arbeiten, und die, die sie dabei bewachen, in der Psyche der (...) Einwohner lebendig”[52]. Andere Hinweise, inwieweit sich die kollektiven Erfahrungen – kaum eine Familie blieb vom Zwangsarbeitssystem unberührt – aus den Revolten und Streiks in den späteren Unruhen niederschlugen, haben wir nicht gefunden. Aber vielleicht genügt der Hinweis auf die ehemalige Strafkolonie Vorkuta und vielleicht ist es wahrscheinlicher, daß die Kampferfahrungen der Lagerhäftlinge in den neuen Unruhen zirkulierten, als K. Schlögel es vermutet hat[53]. Immerhin gibt er selbst den Hinweis, daß ein ehemaliger Lagerinsasse den Streik in der Moskauer Kognovic-Fabrik im November 1956 initiiert haben soll. Zu vermuten ist auch ein direkter Zusammenhang zwischen dem Lageraufstand in Kingir (Kasachstan) 1954, der anschließenden Auflösung des Lagers 1956 und dem Aufstand der jugendlichen ArbeiterInnen beim Bau eines Metallurgie-Komplexes in Temir Tau im Oktober 1959. Auch wenn die Lagerrevolten und Aufstände blutig niedergeschlagen wurden – allein in Kingir wird die Zahl der niedergeschossenen Aufständischen auf 500 Tote geschätzt – bleibt festzuhalten, daß es die sozialen Explosionen in den Arbeitslagern waren, die die uneingeschränkte Ausbeutung und Verwertung der ZwangsarbeiterInnen schließlich beendeten. N. Dragosch, ehemaliger Herausgeber der Untergrundzeitung “Prawda narodnu”, faßt es so zusammen: “Die Jahre 1953-1955 waren die Jahre der Massenaufstände von Gefangenen, die praktisch das Stalin-System einer Massenanwendung der Zwangsarbeit in der UdSSR zerstört hatten”[54]. Und u.E. ist die Bedeutung des Widerstandswillens, der sich in den Lageraufständen manifestierte, nicht hoch genug zu veranschlagen. Scheint doch in den Lagerrevolten zum ersten Mal in der poststalinistischen Ära der soziale Kern der Krise des sowjetischen Entwicklungsmodells mit aller Macht auf: Das “unterirdische Feuer”, wie M. Zotov es ausdrückte.

Grundlegend für die Entstehung und Verbreitung sozialer Antagonismen, die die Entwicklungs- und Modernisierungsfähigkeit der sowjetischen Ökonomie hemmten und paralysierten, ist der soziale Umbruch der Sowjetgesellschaft in der poststalinistischen Periode, hervorgerufen durch eine hektische Industrialisierung und rapide Urbanisierung, aber auch durch die gewaltsam erzwungene Auflösung der meisten Lager. So sind bspw. von Mitte 1960 bis Mitte der 70er Jahre nochmals ca. 25,7 Mio. Menschen als Arbeiterinnen und Arbeiter in den Industrialisierungsprozeß aufgesogen worden, und die Verstädterung wuchs im gleichen Zeitraum (1956-1976) um 56,6 Mio. Menschen, während die Landbevölkerung nochmals um 10 Mio. Menschen abnahm. Die tiefgreifenden Veränderungen, die sozialen Konflikte und Brüche, die diesen Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozeß begleiteten, können wir hier nicht alle aufzeigen (z.B. die Verländlichung der Städte, Dorfkultur und ländliche Wertmuster im urbanen Prozeß, die BauernarbeiterInnen, die Koexistenz verschiedener Kulturen und Ethnien, Bildungstransformation etc.)[55]; für das Verständnis der sozialen Konfrontation zwischen Verwertungsinteresse und Selbstwertsetzung in der nachstalinistischen Periode sind sie allerdings von entscheidender Bedeutung. Denn das "komplexe urbane Netzwerk" (M. Lewin) war letztlich nicht kontrollierbar und entzog sich immer wieder seiner intendierten Verwertung. Auch für die Mentalitäten der ArbeiterInnen war die Legierung ländlicher Traditionen und neuer urbaner Erfahrungen ausschlaggebend. Zu den Herkunftsgemeinden blieb ein stetiger Kontakt erhalten.

Wenn wir im folgenden Abschnitt auf Formen der sozialen Verweigerung und auf soziale Unruhen der nachstalinistischen Phase eingehen, so sind die gewählten Beispiele im wesentlichen auf den unmittelbaren Produktionsprozeß bezogen, auch wenn eine derartige Zuordnung z.B. bei Nahrungsmittelunruhen gar nicht getroffen werden kann. Die Nähe der Konfliktstruktur zur Fabrik hat verschiedene Gründe: erstens spiegelt sich darin die sowjetische Industrialisierungsphase und die Arbeitskräftestruktur wider, so sind Ende der 70er Jahre 51% aller Jobs in der Industrie angesiedelt, und der Anteil der Industriearbeiterinnen beträgt 34%. Gleichzeitig besaß die Klasse gerade auf der Fabrikebene ein Durchsetzungsvermögen, das auf anderen Ebenen nicht existierte, so daß die Fabrik einen Ort besonders hoher Konfliktualität darstellte. Zweitens ist die von uns oben skizzierte "Fabrikgemeinde", in der Produktionsbereich und Teile des Reproduktionssektors verzahnt sind, für das

Verschmelzen des Konfliktterrains ausschlaggebend. Und drittens läßt sich die soziale, kulturelle, politische und ethnische Vielfalt, die in dem Prozeß der Industrialisierung und Urbanisierung (der nachholenden "Modernisierung") eigenständige, widersprechende Verhaltens- und Denkmuster entwickelt hat, ohne genauere Kenntnis dieses Prozesses schwerlich darstellen und abbilden. Es taucht eine soziokulturelle Mannigfaltigkeit auf, die sich nicht widerstandslos unter das Diktat formaler Rationalität und Homogenisierung pressen und subsumieren ließ, wie der industrielle Entwicklungsprozeß sie forderte. Wir haben in der Literatur für diese sich dem industriellen Einverleibungsprozeß widersetzende Gesellschaftlichkeit viele Etikettierungen gefunden – gemeinsam ist ihnen vor allem ihr denunziatorisch abfälliger Charakter. Denn dieser heterogene, eigensinnige und konfliktträchtige soziale Körper konnte trotz hoher sozialer Investitionen (Wohnungsbau, Gesundheitswesen, Bildung, Anhebung des Lebensstandards etc.) und Strategien der sozialen Differenzierung (Elitenbildung, Lohndifferenzierung, Prämiensystem, effiziente Lenkungs- und Organisationssysteme etc.) nicht für eine stetig steigende gesamtgesellschaftliche Produktivität – und damit für eine "rationale" Verwertung – zugerichtet werden. Die gewaltsame Durchsetzung eines industriegesellschaftlichen Entwicklungsmodells kollidierte mit einer Gesellschaftsstruktur und Gesellschaftsverfassung, deren "mittlere und ältere Generationen noch deutlich von vorindustriellen und -kapitalistischen sozialen Wertorientierungen und Verhaltensdispositionen geprägt" waren[56] und dessen junges Industrieproletariat die Kampfregeln der tayloristischen Produktionsweise schnell erlernte. So mußte die Dynamik steigender konfliktmindernder Zugeständnisse (Getreideimporte, Nahrungsmittelsubventionen, vgl. oben) bei immer geringerer Kapital- und Arbeitsproduktivität Anfang der 80er Jahre in die offene Krise münden. "Tendenziell brechen die Steuerung der gesellschaftlichen Reproduktion und die wirklichen Verhaltensweisen auseinander. Offizielle Verhaltensregulation wird zur Sphäre des Scheins. Das informelle Verhalten frißt das Sozialsystem auf"[57], so R. Land, und er deutet an, daß die sozialen Machtstrukturen relativ hohe Löhne, Abbau von strikten Unterordnungsbeziehungen, Nutzung betrieblicher Mittel für die individuelle Reproduktion, Erhaltung von Kollektivbeziehungen u.ä.m. durchzusetzen vermögen. Wenn wir auch von den notwendigen sozialen Zugeständnissen und Investitionen sprechen, die zur Aufrechterhaltung des bestehenden Systems erforderlich waren – wie karg die gesellschaftliche Aneignung

und überlebensnotwendige Rückeroberung der abgepressten Werte (Diebstahl, Schwarzmarkt) waren, verdeutlicht die Schätzung, daß 1968 zwischen 35% und 40% der sowjetischen Bevölkerung unter die offizielle Armutsgrenze (50 Rubel) fiel[58]. Die statistische Definition und Erfassung einer Armutslinie, zumeist aus dem garantierten Mindesteinkommen ermittelt, besagt nicht viel über die realen Lebensverhältnisse, die von mehr als dem Einkommen bestimmt werden (zurückgestaute Inflation, Versorgungslage, Lebenslagen, regionale Unterschiede, Privilegien etc.). So beleuchtet die oben angegebene Armutsgrenze lediglich das in der Sowjetunion weit verbreitete gesellschaftliche Phänomen Armut im nachstalinistischen Industrialisierungsprozeß, das immer wieder Anlaß zu sozialen Protesten und Revolten gab. Alle Versuche der Erzwingung hoher gesellschaftlicher Rationalität und Produktivität scheiterten, was einem massenhaften von Männern und Frauen getragenen sozialen Verhalten geschuldet war, das sich den systemischen Zwängen auf verschiedene Weise entzog.[59]

So kommt es in der Breschnew-Ära vor allem bei jugendlichen IndustriearbeiterInnen zwischen 19 und 29 Jahren zu einer weitverbreiteten unkontrollierten Fluktuationsbewegung zur Durchsetzung eines höheren Lohnniveaus und Erlangung besserer Arbeitsbedingungen, wozu auch immer das soziale Umfeld wie Wohnungen, kulturelle Angebote etc. zu rechnen ist. Arbeitsplatz- bzw. Wohnortwechsel als Ausdruck individueller Unzufriedenheit mit den vorfindlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Da sich das Arbeitskräftereservoir in den ländlichen Regionen langsam erschöpfte – der Agrarsektor entwickelte sich geradewegs zur sozialen Nische gegen gesteigerten Arbeitszwang und verschärfte Arbeitsdisziplin[60] – und sich die Arbeitskraftreserven in den zentralasiatischen Republiken nicht in dem erforderlichen Maße mobilisieren ließen, herrschte ein permanenter Mangel an industriellen ArbeiterInnen. Diese Tendenz wurde natürlich von der arbeitsintensiven, auf extensives Wachstum ausgerichteten Industrialisierungsstrategie verstärkt. Den ungeheuren Arbeitskräftebedarf des Systems nutzten Millionen von ArbeiterInnen für ihre nicht sanktionierbare Suche nach besseren Lebensbedingungen. Gleichzeitig entfiel dem Regime ein wesentliches Disziplinierungsinstrument, da es die Arbeitsplatzgarantie nicht aufheben konnte. Anfang der 80er Jahre wird die Zahl der "überschüssigen" Arbeitskräfte auf 10 Mio. geschätzt. Dieses junge Industrieproletariat erwarb sich damit ein soziales und ökonomisches Druckmittel, was sich langfristig auf die Wohn- und Arbeitsbe-

dingungen auswirkte (z.B. betriebliche Sozialpläne, bessere Infrastruktur in den Wohnquartieren). In diesen Zusammenhang gehört auch das Limit-System, die zeitlich begrenzte Anwerbung von Arbeitskräften in die ansonsten durch strikte Zuwanderungsbeschränkung abgeschotteten Industriemetropolen. So sind z.B. innerhalb von 15 Jahren seit 1975 700.000 junge ArbeiterInnen aus den Landregionen nach Moskau mobilisiert worden. Der Zuzug eines einzigen Menschen vom Land nach Moskau bedeutet in der Realität, daß mindestens 25 Personen legal oder illegal in die Stadt einwandern, um in den Vorteil des kulturellen und materiellen Metropolenangebots zu kommen. So drängen viele Familien in der Provinz eines ihrer Kinder – vor allem junge Frauen – in das Limit-System mit der Absicht, einen Verwandschaftsstützpunkt in der Hauptstadt aufzubauen. Durch die Praxis einer unkontrollierten Zuwanderung im Gefolge des Limit-Systems hat Moskau die geplante EinwohnerInnenzahl bereits 1990 um 1,2 Mio. überschritten. Die Limitschiks, die "GastarbeiterInnen" im eigenen Land darstellen, verstehen ihre begrenzte Aufenthaltsgenehmigung in einen regulären Aufenthaltsstatus durch Heirat, Wohnungszuweisung etc. oder legal nach fünf bis sechs Jahren umzuwandeln oder sind gezwungen, als Illegale, ständig von Abschiebung bedroht, zu leben und zu arbeiten. Viele Limitschiks halten dem Druck nicht stand und kehren zurück. Ohne diese modernen, rechtlosen IndustriesklavInnen, die die niedrigsten Arbeiten verrichten, ständiger rassistischer Ausgrenzung unterworfen und in von der Miliz kontrollierten, gesonderten ArbeiterInnenwohnheimen untergebracht sind, wäre bspw. die Moskauer Industrie, wie Betriebsdirektoren unterstreichen, längst zusammengebrochen, da sie den Arbeitskräftemangel und die hohe Arbeitsplatzfluktuation kompensierten.[61]

Für 1972 wird für die gesamte Sowjetunion eine durchschnittliche Fluktuationsrate von 19% genannt, was einem Verlust von ca. 176 Mio. Arbeitstagen entspricht. Der bereits erwähnte N. Dragosch gibt aus dem Werk, in dem er arbeitete, für 1973 folgendes Fluktuationsverhältnis an: Von 570 Beschäftigten kündigten in einem Jahr über 500! "Es gab Fälle", berichtete er weiter, "daß die Arbeiter, nachdem sie ihren Lohn erhalten hatten, mit der ganzen Brigade kündigten, weil sie mit ihrem Lohn unzufrieden waren".[62] Generell zeichneten sich die sowjetischen ArbeiterInnen durch "industrielle Undiszipliniertheit" (Fehlzeiten, Alkoholgenuß, Diebstähle, Mißachtung von Betriebsvorschriften usw.) im urbanen Lebens- und Arbeitsprozeß aus, der ihren Bedürfnissen und Gewohnheiten nicht

gerecht wurde. Durch "Nicht-Arbeit" und Absentismus gehen schätzungsweise 15-20% der Schichtarbeitszeit und 10% der normalen Tagesarbeitszeit verloren – eine unspektakuläre Aneignung der Arbeitszeit durch die Klasse[63]. Die Polizeirazzien nach Bummelanten in sowjetischen Großstädten waren eine Antwort des Kommandosystems auf das Verhalten der ArbeiterInnen. Das sich dem Leistungsdruck widersetzende Verhalten der ArbeiterInnen (bewußte Arbeitsverweigerung, kontrollierte Leistungsreduzierung) hat in den sowjetischen Industriebetrieben auch jene Formen angenommen, die als "Kultur des Hintergehens" oder als "italienischer Streik" bezeichnet worden sind. Es sind wie die Arbeitsplatzfluktuationen nicht sanktionierbare renitente Verhaltensweisen am Arbeitsplatz. Dazu sind zu rechnen "Langsamarbeiten, Nachlässigkeit im Umgang mit den Maschinen (Sabotage, d.A.), Aufstellung fiktiver Plandaten, Umgehen der zentralen Normen durch falsche Angaben, um so in den Genuß der Prämien zu kommen."[64] Dabei sind z.B. die Übergänge von der Langsamarbeit zum Bummelstreik fließend. Es spielte sich ein Planerfüllungspakt (Verhandlungsökonomie) ein, in dem es "eine Art stiller Übereinkunft zwischen Vorgesetzten und Arbeitern gibt und beide Seiten aufeinander angewiesen sind gegenüber den zentralen Planinstanzen. Die Betriebsleitungen wissen, daß sie ihre Pläne nur erfüllen können, wenn sie von vornherein Indifferenz oder gar passiven Widerstand der Arbeiter einkalkulieren."[65] Die Verweigerung von Leistungsintensität geht einher mit der sozialen Inbesitznahme der betrieblichen Regulations- und Kontrollmechanismen. Nicht Kontroll- und Disziplinierungsgewalt des Betriebsmanagements kennzeichnen den Planerfüllungspakt der Fabrikgemeinde, sondern gegenseitige Interessenanerkennung. So kehrt sich unter der Repression und institutionalisierter innerbetrieblicher Konfliktregelung der Ausschluß von der öffentlichen politischen Partizipation in die latente Kontrolle der taylorisierten Produktionsprozesse durch die Belegschaften um. Damit konnte das sowjetische Industrieproletariat die Mehrwertproduktion partiell beeinflußen und der eigenen Ausbeutung Grenzen setzen. Es tauschte die Unauffälligkeit des Rückzugs in den familiären Alltag und einen tendenziell langsam steigenden Lebensstandard mit sozialen Mindestgarantien und niedrigem Konsumniveau gegen die Möglichkeit der Zurückhaltung optimalen Arbeitseinsatzes und gegen eine geringe Verdichtung der Arbeitszeit. Das Bewußtsein der ArbeiterInnen ist durch den Widerspruch der sozialistischen Ideologie der (vorgetäuschten) Planerfüllung und den betrieblichen Alltagserfahrungen

geprägt. Sie wissen aus diesem Widerspruch ihren Vorteil zu ziehen und nutzen die Freiräume der Produktion. "Der Gegensatz zwischen Anspruch und Wirklichkeit", schreibt M. Burawoy, "wird zum Klassengegensatz zwischen Planern und Produzenten. Die gelebte Erfahrung regt ein kritisches Bewußtsein an, eine Vision von Arbeitern, die ihre Gesellschaft selbst organisieren, frei von politischer Täuschung."[66] Die Bedeutung für die soziale Konfliktualität dieses ArbeiterInnenbewußtseins unterstreicht das Zitat von P. Abovin-Egides und P. Podrabinek: "Im Lande ist offensichtlich ein chronischer und allgemeiner 'italienischer Streik' im Gange, der nicht nur ökonomische, sondern auch politische Bedeutung hat, denn er bewirkt eine Gärung in den Köpfen. (...) Einerseits erscheint es paradoxerweise als ein Faktor der Stabilisierung (sofern die Leute durchsetzen können, systematisch schlecht zu arbeiten), aber andererseits führt das zu einer wirtschaftlichen Stagnation, die wiederum Prozesse des Andersdenkens hervorruft."[67]

Versuchen wir die verschiedenen Facetten des Klassenverhaltens zusammenzufassen: Der sowjetische Industrialisierungsprozeß speist sich vor allem aus einem jungen Industrieproletariat, das sich zwar zunehmend "aus sich selbst rekrutiert", aber dessen "bäuerlicher Hintergrund unverkennbar" bleibt[68]. In der taylorisierten Produktionsorganisation entwickelt es eine breite Skala von Verhaltensformen, mit denen es sich den politischen und ökonomischen Anforderungen des Systems zu entziehen sucht, mit denen es ihm ausweichen oder es schlicht unterlaufen kann. Kampfweisen, die es den ArbeiterInnen ermöglichen, den Produktionsprozeß partiell zu kontrollieren. Es könnte noch ein ganzes Spektrum sozial sperriger Verhaltensweisen des sowjetischen Industrieproletariats dargestellt werden (Beschwerdekultur, "Diebstahl"), die dann Umrisse selbstbestimmter Wertorientierung aufwiesen, die in egalitären Strukturen und Traditionen wurzeln und die sich gegen die sozialistisch normierte Gesellschaft herausbildeteten. "Wer nicht den Staat bestiehlt, bestiehlt seine Familie."[69] "Wir stehlen nicht, sondern nehmen nur das unsere."[70] Deutlicher kann der Widerspruch nicht von jenen ausgesprochen werden, denen soziale Mindestgarantien gerade mal das Existenzminimum sicherten.

Die sogenannte Stagnation der Breschnew-Ära war in Wirklichkeit Ausdruck relevanter sozialer Gegenmacht gegen das herrschende repressive Arbeitssystem. Die lange Phase der ökonomischen Stagnation steht für ein soziales Kräftegleichgewicht ("historischer Kompromiß"), das die Krise, die mit dem versuchten Übergang von der

extensiven Akkumulation, beruhend auf Absorbtion bäuerlicher Arbeitskräfte und Subsistenzzerstörung, zu einer intensiven auf Steigerung der Produktivität gegründeten Akkumulation begann, bis in die Gegenwart hinein verlängerte. Kurz: der Sprung in die technologisch gesteigerte Kapital- und Arbeitsproduktivität konnte gegen die Klasse nicht durchgesetzt werden. Es ist die Krise des sowjetischen Akkumulationsmodells, das die sozialen Widerstände nicht in einen neuen Akkumulationsmodus transformieren und integrieren konnte und dessen extensive Akkumulationsressourcen an ökonomische, soziale und ökologische Grenzen stießen. Die "Perestroika" inszenierte die offene Krise als Antwort auf einen Jahrzehnte andauernden krisenhaften Prozeß und kündigte den stabilisierenden Klassendeal auf (vgl. Abschnitt 3).

Trotz betriebsnaher Konfliktmechanismen und einer im Betriebskampf noch unerfahrenen ländlich geprägten ArbeiterInnenschaft ist es seit den 50er Jahren zu einer Reihe spontaner Streiks und Unruhen in der Sowjetunion gekommen. Da keiner dieser Proteste in der sowjetischen Presse Niederschlag fand, ist über das quantitative und qualitative Ausmaß der sozialen Eruptionen nur begrenzt etwas zu sagen. Schlögel, der sich auf A. Pravda bezieht, geht von mindestens 58 Streiks und 13 sozialen Unruhen "beträchtlichen Ausmaßes" seit den 50er Jahren aus.[71]

Generell entwickelten sich soziale Unruhen und Streiks häufiger und auch intensiver in der sowjetischen Peripherie, da in diesen Regionen Versorgungsmängel eher auftraten, der allgemeine Repressionsdruck niedriger war und da Gebiete mit strategisch niedriger Relevanz allgemein einen größeren Raum für spontane Proteste besaßen. Andererseits eskalierten in der Peripherie die sozialen Konflikte schneller als in den industriellen Zentren, so daß es immer wieder zu gewaltsamen Konfrontationen kam. So ist es nach Holubenko an den Rändern der Sowjetunion zu Hunderten von Streiks und Protesten gekommen[72], wobei die Diskriminierung nicht-russischer Ethnien als Auslöser für Unruhen in Betracht gezogen werden muß. Während das Regime die Unruhen an der Peripherie gewaltsam eindämmte, reagierte es bei Streiks und Protesten in den Zentren viel flexibler, um in den Gebieten hoher industrieller Dichte soziale Massenexplosionen zu vermeiden. Die Anläße des spontanen Aufbegehrens waren verschieden: Veränderungen der Arbeitsnorm, Lohndruck, Nahrungsmittelpreise und -verknappungen, unbefriedigende Wohn- und Lebensverhältnisse, Konflikte mit der Miliz. Streiks und Unruhen sind seit Mitte der 50er Jahre auch im Westen bekannt

geworden. Mehrfach ist z.B. der bereits oben erwähnte Streik im Oktober 1959 in Temir-Tau erwähnt. Der Aufstand brach in einem Lager aus, in dem 3.000 JungarbeiterInnen für den Bau des Kasachischen Hüttenwerks untergebracht waren. "Am 3. Oktober 1959 protestierten etwa fünfzig Jungarbeiter gegen das schlechte Essen und brannten die Kantine nieder. Die Jugendlichen zogen in den Ostteil der Stadt, wo die 'besseren Leute' wohnten, errichteten Barrikaden und griffen die Miliz an. Erst der Einsatz ortsfremder Spezialtruppen aus Akmolinsk, Alma Ata und Balchas konnte die Ruhe wiederherstellen. Bei der Niederschlagung dieser Unruhe wurden, so wird berichtet, neunzig Tote und mehrere hundert Verletzte gezählt. Ende Oktober schloß sich ein Geheimprozeß gegen die mutmaßlichen Rädelsführer an, wobei zwei zum Tod durch Erschießen, zwei zu zehn Jahren Gefängnis und drei zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt wurden."[73] Holubenko zitiert dazu noch J. Kolasky, nach dessen Angaben die Aufständischen nicht nur Läden niederbrannten und plünderten, sondern, nachdem sie die Miliz vertrieben hatten, den Milizchef hängten und den verhaßten Direktor des Bauplatzes töteten.[74]

In den Jahren 1961-1963 kommt es dann zu einer Explosion sozialer Unruhen, Streiks und Arbeitsniederlegungen. Sie sind Reaktion auf oder stehen im Zusammenhang mit Preiserhöhungen, Nahrungsmittelknappheiten und Reformen im Lohnsystem. In dieser Zeit kommt es infolge von Nahrungsmittelunruhen (z.B. Gorkij, Minsk) häufig zu Konfrontationen mit der Miliz. Im Juni 1962 kam es nach Ankündigung von Preiserhöhungen um 20-30% für Fleisch- und Milchprodukte in der gesamten Sowjetunion zu Massenunruhen (Grosnyj, Krasnodar, Doneck, Jaroslav, Zadanov, Gorkij und Moskau), die oftmals von Plünderungen begleitet waren. Die dichtesten Informationen liegen über den Aufstand in Novotscherkask vor. "Ausgangspunkt war hier die Preiserhöhung für Fleisch und Milch und die fast gleichzeitige Senkung der Leistungslohntarife am 1.6.1962 im E-Lokomotivenwerk 'Budennyj'. Arbeiter besetzten die stark befahrene, am Werk vorbeiführende Eisenbahnlinie. In der Nacht hielten Arbeiter, von Schülern und Studenten verstärkt, das Werk unter Bewachung. Tags darauf marschierten die Arbeiter mehrerer Schichten ins Stadtzentrum". Nach Holubenko zog ein weiterer Protestzug von TextilarbeiterInnen und StudentInnen vor das Gebäude des lokalen Parteikomitees im Zentrum der Stadt. "Statt der örtlichen Miliz und der regulären Soldaten wurden spezielle

KGB-Einheiten eingesetzt. Infolge des militärischen Vorgehens gegen die Demonstration und einer Panik sollen 80 Menschen getötet und fast 250 verletzt worden sein. (...) Auch noch Wochen nach den Unruhen war über der Stadt der Ausnahmezustand verhängt."[75] Es waren Jugendliche, die in Novotscherkask auf die Panzer sprangen, die das Werk besetzen wollten, und die Sehschlitze der Panzer mit Gras verstopften, um die Tanks zum Stehen zu bringen.

Die Nachricht von der blutigen Niederschlagung des ArbeiterInnen- und StudentInnenaufstands verbreitete sich im Land, zeitigte aber nicht nur einschüchternde Wirkung. So zog einer der Beteiligten, J. Jelin, folgende Schlüsse: "Ich glaube, die Ereignisse in Nowotscherkask hatten ihren Nutzen. Sie zeigten, daß Partei und Regierung keine Maßnahmen scheuten, um ihre Macht zu verteidigen. (...) Ich will nicht als Prophet erscheinen, aber die Gegensätze können sich so entwickeln, daß sie einen Protest hervorrufen, in noch viel größerem Maßstab als in Nowotscherkask. Dann darf die Lehre von Nowotscherkask nicht vergessen werden. Die wichtigsten Organisationsaufgaben dabei: schnelle Handlungen, Offensive und Ausbreitung des Kampfs auf andere Städte. Wenn die Unruhen mehrere größere Städte und Gebiete ergreifen, so kann die Partei ihrer nicht mehr Herr werden, und die Macht könnte in die Hände des Volkes übergehen."[76] Neben Streiks und "Hungerrevolten" gab es auch andere offene Formen des Protests, so zogen anläßlich eines Besuchs Chruschtschows die EinwohnerInnen der Stadt Voronez zum Kundgebungsplatz, wobei sie auf leeren Milchkannen lärmten. Oder ArbeiterInnen malten ihre Forderungen nach Verkürzung des Arbeitstages auf Züge und Waggons, um sie so nach außen zu tragen. Im Donbass (Donezker Kohlebecken) gab es während der Juni-Ereignisse 1962 Vorbereitungen für ein organisiertes Vorgehen gegen die Preiserhöhungen durch ein Streikkomitee, die dann wegen der spontanen Nahrungsmittelrevolten abgebrochen wurden. Insgesamt veränderten die Unruhen die Lage der ArbeiterInnen auch materiell. Sie bewirkten erhebliche Lohnzugeständnisse und den merklichen Anstieg des Pro-Kopf-Verbrauchs seit 1951. Das Regime reagierte auf die soziale Unruhe mit der Kosygin-Wirtschaftsreform, die den Spielraum des Betriebsmanagements für Entscheidungen erweiterte und damit versuchte, die Konfliktualität in die Betriebe hineinzuverlagern. Dennoch kam es weiterhin zu Streiks und Unruhen, da die ökonomische Verbesserung nicht lange anhielt. Anfang der 70er Jahre setzte eine erneute Streikwelle ein, bei der z.B.

in Dneprodzerzinsk und Dnepropetrovsk 1972 erneut ArbeiterInnen niedergeschossen wurden. Im Dezember 1970 kam es in verschiedenen Städten (Kaliningrad, Lwow und anderen Städten in Belorußland) zu Solidaritätsstreiks mit den ArbeiterInnenrevolten an der polnischen Ostseeküste.

Folgendes Beispiel zeigt, wie die ArbeiterInnen auch bewußt die Traditionen des Partisanenkampfes gegen das Regime einsetzten. "Zu Auseinandersetzungen kam es in der ukrainischen Kleinstadt Priluki (...) um den 6. bis 8. November 1967. Ein junger Arbeiter, der zu einem Fest gehen wollte, wurde in eine Prügelei mit Milizionären verwickelt und starb an den Verletzungen. Die Arbeiter der Fabrik, der er angehört hatte, mißtrauten der offiziellen Version ('Herzversagen') und beteiligten sich demonstrativ am Begräbnis. Die Miliz, an deren Gebäude der Trauerzug vorbeiführte, wurde mit Rufen empfangen wie 'Nieder mit der sowjetischen SS'. Die Frauen spielten eine wesentliche Rolle bei der folgenden Erstürmung und Demolierung der Gebäude. Lokale Truppen wurden eingesetzt. Mit einem dreitägigen Generalstreik sollte die Freilassung von fünf verhafteten Arbeitern erreicht werden. In einem Brief an das ZK der KPdSU verlangten die Arbeiter die Bestrafung der Schuldigen und die Freilassung der Inhaftierten. Falls die Forderungen nicht erfüllt würden, würde die Gas-Pipeline in der Nähe der Stadt gesprengt; Breschnew solle sich der antifaschistischen Kampftradition der Arbeiter von Priluki bewußt sein, heißt es in dem Schreiben". Die Arbeiter kamen frei und eine Untersuchung des Todesfalls wurde neu angesetzt.[77] Ein letztes Beispiel von den Streiks Anfang der 80er Jahre, mit dem wir die Darstellung der offenen Kampfformen der ArbeiterInnen abschließen. "Nicht ganz gesichert sind die Nachrichten darüber, was Anfang Mai 1980 in Gorkij und Toljatti vor sich ging. Wie schon im Jahr zuvor ging auch diesmal der Streik von den Busfahrern aus. Sie verlangten die Bezahlung zusätzlicher Fahrten und die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Als Folge des Streiks konnten am 6.5.1980 Tausende von Arbeitern des Volga-Autowerks nicht zur Arbeit kommen. Die Produktion wurde teilweise unterbrochen, so daß ein großer Produktionsausfall entstanden sein muß, da normalerweise alle 20 Sekunden ein Auto vom Fließband rollt. Die Arbeiter gingen zu Fuß zum Werk oder wieder nach Hause. Möglicherweise hing diese Aktion mit der schlechten Lebensmittelversorgung zusammen. Darauf deuten die im Werk verteilten 2.000 selbstgedruckten Flugblätter hin. Der Aufforderung zur Arbeits-

niederlegung schlossen sich mehrere tausend Arbeiter an. Zur Wiederaufnahme der Arbeit kam es erst, nachdem Fleisch und andere Lebensmittel in die Stadt gebracht worden waren. Vier Personen wurden festgenommen; ihr Schicksal ist unbekannt."[78]

Die wiedergegebenen Beispiele verdeutlichen, wie militant die sozialen Kämpfe zuweilen in der Sowjetunion sein konnten. Aus den zumeist spontanen Protesten und Revolten haben sich z.T. aus informellen Strukturen organisatorische Kerne herausgebildet. So konnte es auch zu gut vorbereiteten und organisierten Arbeitsniederlegungen kommen. Neben den fabriknahen Konfliktanlässen kristallisieren sich die sozialen Unruhen um die miserablen Lebensbedingungen. Bei den Lebensmittelrevolten und Plünderungen sind vor allem die Frauen die Hauptakteure. So wichtig das Wissen um die vielen sozialen Erhebungen in der Sowjetunion auch ist, in ihrer Spontaneität und in ihrer Verbindung mit Extrem- und Krisensituationen bilden sie nicht den Kern der sozialen Konfliktualität. Das Regime hatte sie zur Kenntnis genommen und versucht, der offenen Konfrontation mit den sozialen Klassen auszuweichen. Allenfalls sind sie den Herrschenden ein bitterer Vorgeschmack auf die zu erwartenden Kämpfe. Sie waren Vorläufer eines sich entwickelnden sozialen Kampfes Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre. Nicht die immer wieder vorgetragene Sicht, daß die Krise des sowjetischen Entwicklungsmodells in der systemimmanenten Widersprüchlichkeit kommandoökonomischer Akkumulationsorganisation bestehe, trifft den Kern des Krisenprozesses, sondern die grundlegenden Triebfedern des Krisenprozesses liegen in der Konfrontationslinie zwischen den verschiedenen Verwertungsimperativen des sowjetischen Modernisierungsweges und dessen sozialer Negation in Gestalt einer sich widersetzenden Gesellschaftlichkeit von unten. Der blockierte Wertschöpfungsprozeß in der Landwirtschaft (vgl. gesonderten Artikel) und den südlichen Republiken der Sowjetunion und die Blockierung einer technologisch gesteigerten Wertabpressung in den "Fabrikgemeinden" mußten das sowjetische Akkumulationsregime in die Krise treiben. Der Klassendeal der herrschenden Eliten mit den ArbeiterInnen war Anfang der 80er Jahre überdehnt.

1. TAZ-Interview mit L. Gudkow, TAZ v. 17.3.1990
2. Vgl. I. Wallerstein, Marx, der Marxismus und soziale Erfahrungen im modernen Weltsystem, in: PROKLA Nr. 78 3/1990
3. Vgl. W. Brus, K. Laski, Von Marx zum Markt, Marburg 1990, hier S. 37ff. Brus und Laski verweisen auf die enge Verbindung der leninistischen Ideologie vom Übergang zum Sozialismus in einem rückständigen Land und der sowjetischen Entwicklungsstrategie. Von daher könne sie auch als "sozialistische oder kommunistische Modernisierungsstrategie" (S. 38) bezeichnet werden. Realsozialismus als Vehikel der Modernisierung.
4. Vgl. S. Amin, Das Reich des Chaos, in: Utopie kreativ H.15 11/1991; 17/18, 3-4/1992
5. B. Kagarlickij, Der schwere Weg von der Vergangenheit in die Zukunft, in: K. Segbers (Hg.), Perestrojka-Zwischenbilanz, Ffm. 1990, S.12-30. Kagarlickij konnte u.a. in "Links" und dem AK veröffentlichen.
6. Vgl. H. Conert, Die Ökonomie des unmöglichen Sozialismus, München 1990, hier S. 33ff. Conert bietet im materialen Teil seiner Studie umfangreiches ausgewertetes Material zur SU-Ökonomie.
7. Vgl. G. Trautmann, Sowjetunion im Wandel, Darmstadt 1989, Anm. 106.
8. Vgl. H. Conert, Umbau der Wirtschaft, in: Sozialismus 3/1987, und H. Conert, Ökonomie, a.a.O., vor allem Kap. 1.
   W. Brus, Der Sowjetblock nach Breschnew – die ökonomische Perspektive, in: F. Meyer, Z.Mlynar (Hg.), Die Krise des Sowjetsystems und der Westen, Köln 1986, S. 22ff.
   Aus autonomer Sicht: Schwarze Katze, Die Neuordnung Europas, Hamburg 1991, S. 16ff.
9. T. Saslawskaja, Über die sozialen Mechanismen in der Wirtschaftssteuerung, in: Osteuropa-Info Nr. 53 3/1983.
10. So auch R. Kurz, wenn er auf die Widersprüche aller warenproduzierenden Ökonomien verweist. Vgl. R. Kurz, Der Kollaps der Modernisierung, Ffm. 1991.
11. S. Plogstedt, Arbeitskämpfe in der sowjetischen Industrie (1917-1933), Ffm. 1980.
12. K. Schlögel, Der renitente Held, Hamburg 1984.
13. Vgl. R. Amann, Zur Reform des ökonomischen Systems der UdSSR: Interdependenz zwischen Politik und Wirtschaft, in: H. Adomeit u.a. (Hg.), Die Sowjetunion unter Gorbatschow, Stuttgart 1990, S. 162ff.
14. V. Zaslavsky, Das russische Imperium unter Gorbatschow, Berlin 1991, S. 8.
15. E. Gajdar, K. Kogalovskij, Tendenzen der Wirtschaftskrise in der UdSSR, in: Segbers (Hg.), Perestrojka-Zwischenbilanz, a.a.O., S. 246.
16. Brus, Sowjetblock, a.a.O., S. 25.
17. Vgl. Conert, Ökonomie, a.a.O., Kap. 4.
18. Vgl. K. Segbers, Der sowjetische Systemwandel, Ffm. 1989, S. 18ff.
19. Conert, Umbau, a.a.O.
20. W. Teckenburg, Die UdSSR 1987: Zweitindustrielle Revolution oder mitbestimmte Transformation? in: H. Mommsen, H.-H. Schröder (Hg.), Gorbatschows Revolution von oben, Ffm. 1987, S. 314.
21. R. Shams, Akkumulationsdynamik im klassischen Sozialismus, in: Peripherie H. 10/11 1982, S. 39.
22. Ebenda, S. 40.
23. Ebenda, S. 47.
24. Conert, Ökonomie, a.a.O., S. 102.
25. In: M. Brie, E. Böhlke, Rußland wieder im Dunkeln, Berlin 1992, S. 90.

26. K.v.Beyme, Reformpolitik und sozialer Wandel in der Sowjetunion (1970-1988), Baden-Baden 1988, S. 82.
27. Saslawskaja, Mechanismen, a.a.O., S. 79.
28. H.-H. Höhmann, Zwischen Krise und Reform: Sowjetische Wirtschaft auf schwierigem Kurs, in: Sowjetunion 1988/89 – Perestrojka in der Krise? Hrsg. v. BIOST, München 1989, S. 124.
29. Vgl. A. Pravda, Gibt es eine sowjetische Arbeiterklasse? in: Osteuropa-Info Nr. 54, 1983, S. 31f.
30. Vgl. Teckenberg, UdSSR, a.a.O., S. 311.
31. Vgl. dazu M. Tatur, Taylorismus in der Sowjetunion, Ffm. 1983.
32. Vgl. Teckenburg, UdSSR, a.a.O., S. 304.
33. Vgl. M. Holubenko, Die sowjetische Arbeiterklasse: Unzufriedenheit und Opposition, in: H. Ticktin u.a. (Hg.), Planlose Wirtschaft, Hamburg 1987, S. 117ff.
34. Vgl. W. Süß, Wirtschaftsreform als sozialpolitische Strategie – Vorwort zum "Nowosibirsker Papier", in: Osteuropa-Info Nr. 53, 3/1983.
35. Ebenda, S. 54.
36. B. Löhr, Alltag im Sozialismus, in: Ferenczi/B. Löhr (Hg.), Aufbruch mit Gorbatschow? Entwicklungsprobleme der Sowjetgesellschaft, Ffm. 1987, S. 187.
37. Vgl. M. Huber, Strukturprobleme des Wirtschaftssystems, in: Ferenczi/Löhr, Aufbruch, a.a.O., S. 86.
38. Teckenberg, UdSSR, a.a.O., S. 310.
39. Huber, Strukturprobleme, a.a.O., S. 86f.
40. Vgl. Conert, Ökonomie, a.a.O., S. 69f.
41. Tatur, Taylorismus, a.a.O., S. 7.
42. A. Schwendtke (Hg.), Arbeiteropposition in der Sowjetunion, Reinbek 1980, S. 131f.
43. L. Kopelew, Man muß an Wunder glauben, in: F. Duve (Hg.),Glasnost, Reinbek 1987, S. 69.
44. M.A. Lebowitz, Sozialistische Wirtschaftskrisen, in: Argument Nr. 160 11/12 1986.
45. Vgl. Conert, Ökonomie, a.a.O., S. 54ff. und Teckenberg, UdSSR, a.a.O.
46. Teckenberg, UdSSR, a.a.O., S. 315.
47. Conert, Ökonomie, a.a.O., S. 69.
48. Ebenda, S. 70.
49. Vgl. zu den ZwangsarbeiterInnenrevolten vor allem Schlögel, Held, a.a.O., S. 47-78, hier S. 77 und Schwendtke, Arbeiteropposition, a.a.O., S. 91ff.
50. Vgl. K. Bittermann (Hg.), Das unterirdische Feuer – Texte der russischen Gewerkschaftsopposition SMOT, Berlin 1985, S. 15ff.
51. Zit.n. TAZ v. 18.11.89.
52. Zit.n. TAZ v. 7.11.89.
53. Vgl. Schlögel, Held, a.a.O., S. 78.
54. Schwendtke, Arbeiteropposition, a.a.O., S. 130.
55. Vgl. M. Lewin, Gorbatschows neue Politik, Ffm. 1988, hier vor allem das Kapitel "Vom Dorf in die Metropole", S. 21-66, und G. Gussejnow, Die Provinzialisierung der Städte, in: TAZ v. 3.11.90.
56. Conert, Ökonomie, a.a.O., S 236.
57. Brie/Böhlke, Rußland, a.a.O., S. 94.
58. Vgl. Schlögel, Held, a.a.O., S. 89; v. Beyme, Reformpolitik, a.a.O., S. 95ff.
59. Vgl. im folgenden Schlögel, Held, a.a.O., S. 97-112.
60. Vgl. T.Saslawskaja, Stadt und Land im Zeichen der Perestroika, in: Sozialismus 4/89. Saslawskaja spricht sich fürs Abschmelzen des "sozialen Ballast" auf dem Land aus.

61. Vgl. J. Ossipow, Stieftöchter der Großstadt, in: D. Kretzschmar/A. Leetz (Hg.), Ogonjok, Reinbek 1991, S. 75ff. Weitere Informationen haben wir dem Film "Die Limitta" entnommen, gesendet am 6.1.91, 23.°° h, in WDR 3. Die Textabschrift besorgte Detlef Krumm.
62. Schwendtke, Arbeiteropposition, a.a.O.; S.132.
63. Vgl. Conert, Ökonomie, a.a.O., S. 58.
64. Schlögel, Held, a.a.O., S. 103.
65. Ebenda, S. 104.
66. M. Burawoy, Überlegungen zum Klassenbewußtsein ungarischer Stahlarbeiter, in: Prokla Nr. 78 3/1990, S. 57.
67. Zit.n. Schlögel, Held, a.a.O., S. 105.
68. Ebenda, S. 85.
69. Ebenda, S. 111.
70. Schwendtke, Arbeiteropposition, a.a.O., S. 132.
71. Vgl. Schlögel, Held, a.a.O., S. 113.
72. Vgl. Holubenko, Arbeiterklasse, a.a.O., S. 121.
73. Schlögel, Held, a.a.O., S. 115.
74. Vgl. Holubenko, Arbeiterklasse, a.a.O., Anm. 5, S. 139.
75. Schlögel, Held, a.a.O., S. 118.
76. Schwendtke, Arbeiteropposition, a.a.O., S. 104.
77. Schlögel, Held, a.a.O., S. 120.
78. Ebenda, S. 124, vgl. auch: Anfangs wurden sie niedergeschossen, in: Moskau News Nr. 6 Juni/1991.

Einen Überblick über die Bedingungen der Automobil-Produktion bietet die Veröffentlichung von TJE, Wachtwechsel, Sowjetarbeiter zwischen Perestroika und freiem Markt, Amsterdam 1991.



Minen-Arbeiterinnen in der Ukraine

2. Die sowjetische Ökonomie des Kalten Kriegs

"Die Sowjetunion wird als Ordnungsfaktor in Europa benötigt. Wenn sie ausfällt, ist es schlecht für uns". (F.C. Christians, Jan. 1991).

Der Alp hat mittlerweile den Bankertraum verlassen, denn mit dem Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells geht das Ende der Kalten-Kriegs-Ordnung einher, die seit Ende der 40er Jahre die internationalen Beziehungen organisierte und formierte. Und die Beherrschung der Krise, die der unkalkulierbare Zerfallsprozeß einer nuklearen Weltmacht auslöste, ist trotz internationaler hektischer Betriebsamkeit nicht in Sicht. Dagegen war die Kalte-Kriegs-Ordnung eine durch die US-amerikanische Hegemonie (pax americana) bestimmte, relativ stabile und berechenbare Weltordnung, die erst Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre sichtbare Friktionen und fordistische Krisentendenzen aufwies.[1] Sie förderte die Einpassung der trikontinentalen revolutionären Bewegungen in die Kalte-Kriegs-Konkurrenz und trug so zu ihrer Eindämmung bei. Die Sowjetunion, so schreiben Held und Ebel folgerichtig, "bewährte sich als antiimperialistischer Gegner der USA – aber als einer, der deren Imperialismus nicht zu gefährden, zu bekämpfen oder auch nur entscheidend zu behindern gedachte, sondern genau soweit schwächen wollte, daß an der Beachtung und Anerkennung seiner eigenen weltpolitischen Bedeutung kein Weg mehr vorbeiführte."[2] Die entwicklungspolitischen Konzeptionen der nationalen Befreiungsbewegungen haben letztlich den Rahmen leninistisch oder westlich geprägter Entwicklungsmodelle nie verlassen und damit die Strukturen der Weltordnung nicht wirklich in Frage gestellt. Erst "die Rüstungskonkurrenz konsolidierte den weltpolitischen Status der Sowjetunion"[3] innerhalb der Kalten-Kriegs-Ordnung zum subhegemonialen Zentrum. Im Zusammenhang mit der Kritik am militärischen Weltmachtstatus der Sowjetunion argumentiert I. Malasenko, Autor der Zeitschrift für strategische Fragen und Rüstungspolitik "Novoe vremja", "daß die Steigerung der militärischen Stärke über eine bestimmte Grenze hinaus kontraproduktiv wird und die Fähigkeit eines Landes beschränkt, Einfluß auf seine internationale Umgebung auszuüben. Sie erschöpft die Ressourcen der Gesellschaft, gibt ihr keine Möglich-

keit, sich normal zu entwickeln (...)"[4]. Die These des "imperial overstretching" auf russisch buchstabiert. Angesichts der "Ökonomisierung der internationalen Beziehungen" führe die "'Nichtkonvertierbarkeit' der nuklearen Macht in politischen Einfluß (...) zu einer Abwertung der militärischen Macht insgesamt."[5] So reagierte das "Perestroika-Regime" sowohl auf die innere sozioökonomische Krise des sowjetischen Entwicklungsmodells als auch auf die Hegemoniekrise der USA, die sich nachhaltig auf die Rüstungsdynamik der globalen Nachkriegsordnung auswirkte. Mit der technologisch gesteigerten Rüstungskonkurrenz seit Ende der 70er Jahre, die dann mit der Reagan-Ära eskalierte, dem militärkeynesianischen Krisenregulationsversuch, den der ehemalige Budgetdirektor, D. Stockmann, im Nachhinein als "frontalen Angriff auf den Wohlfahrtsstaat" bezeichnete, konnte die Sowjetunion angesichts der sozialen Blockierungen im Innern und der Erschöpfung der Rationalisierungsressourcen nicht mehr mithalten.

Im Gegensatz zu den USA waren in der Sowjetunion über den Rüstungskonkurrenzdruck keine Akkumulationsreserven mehr zu mobilisieren; es sei denn, das Regime hätte über eine weitere Abschmelzung und Transferierung sozialer Garantien in den militärindustriellen Sektor den sozialen Aufstand riskiert. Als sich für die Sowjetunion abzeichnete, daß sich aus der mitgetragenen, militärisch zementierten und in die Krise geratenen Weltordnung auf absehbare Zeit weder politisch noch ökonomisch Gewinn mehr ziehen ließ, kündigte sie die stabile Nachkriegsordnung, in der sie u.a. die Funktion des politischen Ordnungsfaktors für Osteuropa einnahm, auf (Abrüstungsinitiativen, Aufgabe des osteuropäischen Einflußbereichs). Ende der 80er Jahre verschränken und verstärken sich der krisenhafte Prozeß des sowjetischen Entwicklungsmodells mit der Krise der US-amerikanisch politisch und lange Zeit ökonomisch dominierten Kalten-Kriegs-Ordnung. Bevor wir die Bedeutung der Kalten-Kriegs-Ordnung der beiden "Weltkriegsökonomien" für das sowjetische Entwicklungsmodell skizzieren, formulieren wir einige Hypothesen zu einer politischen Ökonomie des Kalten Kriegs.

2.1. Erste Hypothesen zu einer politischen Ökonomie des Kalten Kriegs

Mit unseren Hypothesen zu einer politischen Ökonomie des Kalten Kriegs, die allererste Entwürfe darstellen und eigentlich einer genaueren Untersuchung und Analyse bedürften, wollen wir versuchen, das sowjetische Entwicklungsmodell, das sich an der Industrialisierung als globalem Entwicklungsmuster orientierte, und sein Scheitern in den Kontext globaler kapitalistischer Entwicklungen und Krisen zurückzubinden.

Wir vermuten, daß unter der militärischen Konfliktformation der Nachkriegsordnung ein materieller politisch-ökonomischer Zusammenhang besteht, den die aus der Systemkonkurrenz bedingte Rüstungsdynamik und die mit den tayloristisch-fordistischen Produktionsprinzipien angetriebene Akkumulation ausmachen. Auch wenn sich die Weltwirtschaftskrise über verschiedene Mechanismen auf das sozialistische Entwicklungsmodell übertrug (Rohstoffpreisverfall, Rentabilitätsdiktat des Weltmarktes, Verschuldung etc.), der eigentliche Kern der Krise des sowjetischen Entwicklungsmodells liegt in der Überdehnung einer Strategie, die die Rüstungskonkurrenz zum Motor der sozialistischen Akkumulation und Industrialisierung machte und damit den sowjetischen Weltmachtstatus begründete. Die Nachkriegsordnung hatte diese extensive Entwicklungs- und Akkumulationsstrategie gestützt.

Erstens: Die Kalte-Kriegs-Ordnung, die die Aufteilung des zum größten Teil zerstörten Nachkriegseuropas bedingte, entsprach den jeweiligen politischen und ökonomischen Interessen der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs. Sie stellte sozusagen den weitestgehenden Kompromiß teils komplementärer, teils divergierender Vorstellungen über die europäische Nachkriegsordnung dar. In ihr wurden somit nicht nur die politischen Konzeptionen gegenseitigen Containments und globale strategische Realitäten festgelegt[6], sondern gleichfalls unterschiedliche Entwicklungsräume innerhalb Europas: Das European Recovery Programm für den Wiederaufbau Westeuropas, das Modell nachholender Entwicklung sowjetischer Provenienz für Osteuropa. Damit wurde der ost- und südosteuropäische agrarische Armutsgürtel (Böhmen-Mähren und die DDR stellten Ausnahmen dar, waren aber von der Roten Armee besetzt) von der

westeuropäischen Entwicklung abgekoppelt.[7] Bei aller Komplexität der politischen Nachkriegsprozesse bleibt zu vermuten, daß das westliche – vor allem das US-amerikanische – Kapital angesichts der instabilen europäischen Peripherie (Aufstandsdrohung und -erwartungen) die Risiken einer gesamteuropäischen ökonomischen Ordnung höher einschätzte als deren zu erwartenden ökonomischen Nutzen, während der Sowjetunion, vor die Alternative kapitalistischer Penetration und asymmetrischer Wirtschaftskooperation gestellt, der geopolitische osteuropäische Raum als Absicherung des von ihr eingeschlagenen weltmarktdissoziierten industriellen Entwicklungswegs diente. Was als stillgelegte, eingefrorene Nachkriegskonfrontation antagonistischer Gesellschaftssysteme erscheint, kann auch als Übereinkunft (deal) konkurrierender Neuordnungskonzepte peripherer bzw. metropolitaner Entwicklungsmodelle der Weltkriegsökonomien verstanden werden. So begreift M. Kaldor die “militärische Konfrontation, die diese Weltordnung charakterisierte”, als “imaginären Krieg”[8], der die kriegswirtschaftlich bedingte Akkumulation verlängerte, “als ob der zweite Weltkrieg nie zu Ende gegangen wäre. (...) Der zweite Weltkrieg hatte einige hartnäckige ökonomische und soziale Probleme gelöst. Der imaginäre Krieg reproduzierte, mindestens während der ersten zwanzig Jahre, diese Lösungen. Er schuf eine Kriegsatmosphäre, die genutzt werden konnte, um die Ökonomie zu regeln und sozialen Zusammenhalt zu erzeugen.”[9]

Zweitens: Der Zweite Weltkrieg war wesentlich ein fordistisch-tayloristischer Krieg.[10] So hatte der Fordismus/Taylorismus in der unmittelbaren Vorkriegszeit und während des Kriegs nicht nur eine ungeheure Rüstungsproduktion ermöglicht und hervorgebracht, sondern die ökonomische Effizienz und Rationalität der Produktionsorganisation gesteigert und die kriegswirtschaftlich bedingte Akkumulation vorangetrieben. Gleichzeitig hatten die rüstungsindustriellen Wertschöpfungsprozesse zu dynamischen gesamtgesellschaftlichen ökonomischen Effekten (fordistische Vergesellschaftung) geführt. Dagegen konnte unter den Bedingungen sozialistischer Entwicklung die “Sowjetunion noch tayloristischer als Taylor und noch fordistischer als Ford sein”, so R. Murray[11]. Er analysiert in seinem Aufsatz, “daß die tayloristische Arbeitsorganisation, zentralisierte bürokratische Organisation, Planung und Massenproduktion Teile einer wirtschaftlichen Gesamtstrategie darstellen” und daß sich diese strategischen Elemente gegenseitig bedingen[12]. Zentrali-

sierte Planung und Massenproduktion entsprechen konsequent einer tayloristisch-fordistischen Produktionsorganisation. Ob sich die soziale Formation der Sowjetunion von daher als eine spezifische und instabile Form des Fordismus (Murray) kennzeichnen läßt, ist in unserem Zusammenhang weniger von Bedeutung als letztlich die Tatsache, daß "für Ford wie für die Bolschewiki die zentrale ökonomische Frage und der Maßstab für den menschlichen Fortschritt die Produktivität der Arbeit" war.[13]

Erst die tayloristisch/fordistisch gesteigerte Arbeitsproduktivität und Akkumulation der "Weltkriegsökonomien" bilden den Hintergrund und die Voraussetzung für die Dynamik der fordistischen Rüstungskonkurrenz in der Kalten-Kriegs-Ordnung. Der Kalte Krieg, verstanden als strukturierende Weltordnung, und die dadurch induzierte Rüstungsdynamik stabilisieren und verlängern das jeweilige fordistisch/tayloristische Akkumulationsregime. Der "Kalte Krieg", als "imaginärer Krieg" aufgefaßt, wäre als eine Periode zu begreifen, in der sich die fordistische Variante des Kapitalismus und die tayloristisch/fordistische Variante des Sozialismus "durch eine niemals endende Konfrontation gegenseitig stützten"[14].

Neben diesen sozioökonomischen Nutzeffekten bedeutete der Kalte Krieg die gegenseitige politische Anerkennung als Weltmilitärmächte. Die Sowjetunion konnte darüber ihren weltmarktdissoziierten nationalen Entwicklungsweg behaupten und verteidigen. Dieser akzeptierten "Geschäftsgrundlage" konnte sich keine der beiden "Weltkriegsökonomien" entziehen, solange das nuklearstrategische Patt bestand.

Drittens: Seit den späten 60er Jahren gerät das fordistische Entwicklungssystem zunehmend in die Krise. Die globale Überakkumulation, die nur bedingt einen Ausweg in die mit Petrodollars kreditierte "periphere Entwicklung" fand, paarte sich mit global fallender Arbeitsproduktivität und den Effizienzgrenzen tayloristischer Produktionsorganisation. Damit wurden auch die Bedingungen der Kalten-Kriegs-Konkurrenz verändert. "Die Entspannung und der neue kalte Krieg in den siebziger und achtziger Jahren können als verschiedene Formen interpretiert werden, auf das Ende des goldenen Zeitalters (des fordistischen Kapitalismus) zu reagieren: Die nach der fordistischen Formel funktionierende kapitalistische Expansion war ins Stocken geraten, und in Westdeutschland und

Japan war eine Politik kapitalistischer Akkumulation entstanden, die auf postfordistischen Technologien basierte."[15] Bis dahin diente die Kalte-Kriegs-Ordnung der Rekonstruktion des kapitalistischen Weltmarktzusammenhangs und seiner Expansion sowie der rüstungsdominierten industriellen Entwicklung der Sowjetunion. Die mit der Weltwirtschaftskrise einsetzende Ost-West-Kooperation und Entspannungspolitik waren Versuche beider Systeme, einen Ausweg aus der Krise zu finden. Für die Sowjetunion war es der Versuch, über Technologieimporte die Krise der Arbeitsproduktivität und der Erschöpfung der Akkumulationsressourcen zu überwinden. Sie importierte damit allerdings gleichzeitig die Instabilitäten des kapitalistischen Weltmarkts (Preisschwankungen, Rohstoffpreisverfall, technologische Innovationszyklen, weltmarktdeterminierte Rentabilitätsmaßstäbe der Exportproduktion, kreditierte Wertschöpfung etc.). Durch die ungleichen Ausgangsbedingungen wirtschaftlicher Entwicklung verloren die Sowjetunion und die osteuropäischen Ökonomien nicht nur die Verfügungsgewalt über die Austauschbeziehungen des Ost/West-Handels, sondern wurden zunehmend an die westlichen Expansionsinteressen angebunden.[16]

Der Reorganisation des Kalten Kriegs in der US-amerikanischen Rüstungsoffensive hatte die Sowjetunion nichts mehr entgegenzusetzen. Der rüstungstechnologische Weg in die industrielle Entwicklung, der sich als Ideologie national begrenzter Entwicklung globalisierte (Weltrüstungsmärkte), war eine Sackgasse, der imperiale Status, der sich nicht mehr in politischen Einfluß transformieren ließ, überdehnt.

Die gerafften Hypothesen einer politischen Ökonomie des Kalten Kriegs können natürlich nicht die Komplexität der politischen und sozioökonomischen Strukturen der Nachkriegsordnung – zumal in ihren globalen Strukturen – erfassen. Sie versuchen lediglich, einen interpretativen Rahmen zu entwickeln, in dem die Bedeutung der sowjetischen Rüstungsindustrie nicht aus der ideologisierten Sichtweise der Systemkonkurrenz (Kapitalismus vs. Sozialismus), sondern aus den materiellen Bedingungen und politischen Strategien des sozialistischen Entwicklungsmodells erfaßt wird. Für eine begrenzte Zeit übersetzte sich die Dynamik der Kalten-Kriegs-Konkurrenz in die Dynamik des kriegswirtschaftlich ausgerichteten sowjetischen Entwicklungsmodells und verfestigte den militärischen Weltmachtstatus.[17] Aber die aus dieser Dynamik gewonnenen industriellen Entwicklungsschübe trugen nur begrenzt zu einer gesamtgesellschaftlichen ökonomischen Rationalisierung bei.

2.2.
Die sowjetische Ökonomie des Kalten Kriegs

Aus den vorangegangenen Hypothesen wird schon ersichtlich, daß wir das Verständnis der "sowjetischen Kalten-Kriegs-Ökonomie" – diesen Terminus haben wir einem Zitat des ehemaligen stellvertretenden sowjetischen Außenministers, G. Obminski, entnommen[18] – nicht auf das militärische Wettrüsten beschränken. Zweifelsohne ist der Kern der ökonomischen und sozialen Struktur des sowjetischen tayloristisch-fordistischen Akkumulationsregimes der rüstungsindustrielle und militärtechnologische Sektor gewesen, ohne den der sowjetische Weltmachtstatus, der immer ein militärischer, insbesonders nuklear-strategischer war, nicht hätte erreicht werden können. Für eine ökonomische Hegemonisierung der Weltökonomie und der internationalen politischen Beziehungen fehlte der Sowjetunion seit jeher die wirtschaftliche und technologische Basis.[19] Insofern kommt dem militär-industriellen Sektor eine entscheidende Bedeutung zu. Dessen Analyse stößt nach D. Holloway "an den Schnittpunkt zweier Probleme: der Dynamik des Wettrüstens und der Entwicklung des sowjetischen Gesellschaftssystems."[20]

Um genau diesen Zusammenhang zu erfassen, gehen wir in diesem Abschnitt der Frage nach, welche Funktion der militärindustrielle Sektor für das sowjetische Entwicklungsmodell gehabt hat.[21] Die offensichtliche "militärische und militär-ökonomische Durchorganisierung der gesamten Gesellschaft"[22] entsprach nach Jahn – und dem ist bedingt zuzustimmen – einerseits der sowjetischen Militärstrategie, die die rasche Umstellung von "Zivil"- auf Kriegswirtschaft forderte, was angesichts der ideologischen Systemkonkurrenz und der sowjetischen Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg als plausibel erscheinen mag, und andererseits dem Konzept der präventiven Aufstandsbekämpfung, wie es in der militärischen Niederschlagung verschiedener ArbeiterInnenunruhen zur Anwendung kam (vgl. oben). Jedoch kann dieser Aspekt der Produktion innerer Stabilität (Repression) und nationaler Sicherheit (Hegemonie), wie er vor allem in der Militarismus-Diskussion hervorgehoben wird, die strukturelle Bedeutung und Funktion des militär-industriellen Sektors nur unzureichend erklären, da die bedeutsamen Auswirkungen des militär-industriellen Sektors auf die sozioökonomische Entwicklung des Gesamtsystems (ökonomische Dynamisierung, technologische Innovation etc.) nicht thematisiert werden. Im Zu-

sammenhang der repressiven Eindämmung sozialer Erwartungen über die Vergesellschaftung des Rüstungskonkurrenzdrucks gewinnt der Aspekt allerdings eine modifizierte Bedeutung (vgl. unten).

Für den Zusammenhang von Rüstungsdynamik und Entwicklung des sowjetischen Gesellschaftssystems ist entscheidend, daß "von Anfang an (...) das Entwicklungsmodell der Sowjetunion kriegswirtschaftlich ausgerichtet (war): Die ihm eigenen Lenkungsstrukturen, Schwerpunktsetzungen und Ressourcenzuweisungen entsprachen (...) den Bedürfnissen eines starken, auf alle Eventualfälle hin aufgefächerten Militärpotentials."[23] Als Kriegsökonomie wird das sowjetische Entwicklungsmodell gleichfalls von M. Kaldor beschrieben, die sich auf den polnischen Ökonomen O. Lange[24] und D. Holloway bezieht.[25] Das zentralisierte Wirtschaftsmanagement und die Priorität bei der Ressourcenallokation, die dem militär-industriellen Sektor politisch eingeräumt wurde, seien einer kapitalistischen Wirtschaft zu Kriegszeiten ähnlich. Die Frage, inwieweit die Übernahme der westlichen "Rüstungskultur" (Kaldor) der Sowjetgesellschaft aufgezwungen war und sich dadurch "auf die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung der Sowjetunion insgesamt"[26] auswirkte, können wir hier nicht klären. Zuzustimmen ist jedenfalls der Analyse, daß die Dynamik des sowjetischen Entwicklungsmodells wesentlich durch seine kriegswirtschaftliche Ausrichtung bestimmt war. Entscheidender erscheint uns in diesem Zusammenhang zu sein, daß sich die rüstungsindustrielle Entwicklungsdynamik auf der Basis fordistisch-tayloristischer Produktionsprinzipien entfaltete, die in der Sowjetunion rigide und gewaltsam eingeführt und durchgesetzt wurden.[27] Denn erst im Rahmen des sowjetischen fordistisch-tayloristischen Akkumulationsregimes kann die strukturelle Position des rüstungsindustriellen Sektors innerhalb des sowjetischen Gesellschaftssystems richtig erfaßt werden.

Die privilegierte Stellung der Rüstungsindustrie innerhalb der sowjetischen Volkswirtschaft entsprach den militär-strategischen Bedürfnissen nach einer unabhängigen Waffenproduktionsbasis und korrelierte mit dem schwerindustriellen Aufbau gemäß der sowjetischen Strategie nachholender Industrialisierung. Aus der Orientierung an den Rationalitäts- und Effiziensmaßstäben und am Technologieniveau fortgeschrittener kapitalistischer Ökonomien, die sich ideologisch und industriepolitisch aus der Strategie nachholender Industrialisierung ergab, erfolgte konsequenterweise die Übernahme kapitalistischer Produktionsprofile und von Formen der Arbeitsorganisation.

Eine weitere "wesentliche Konsequenz dieser an den fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten orientierten Industrialisierungsstrategie war die Übernahme deutscher und hernach amerikanischer Rüstungsstrategien und ihrer Waffensysteme."[28] So hatte das bolschewistische industriegesellschaftliche Entwicklungsmodell, das illusionäre Projekt nationalstaatlicher weltmarktdissoziierter Entwicklung, auch aufgrund der Einbindung über die Rüstungsdynamik und die Systemkonkurrenz zwischen entwickelten Industriestaaten und "unterentwickelten" Agrarstaaten, den Kontext des antagonistisch strukturierten kapitalistischen Weltsystems nicht wirklich verlassen. Die Sowjetunion konnte lediglich für eine begrenzte Nachkriegszeit die Anerkennung des nationalen, peripheren Entwicklungswegs über seine Militärmacht erzwingen, um in den 70er Jahren verstärkt in den kapitalistischen Weltmarkt reintegriert zu werden.

Innerhalb der sowjetischen Wirtschaft läßt sich der rüstungsindustrielle Sektor nicht präzise eingrenzen, auch wenn sich aus dem administrativ-institutionellen Aufbau der sowjetischen Wirtschaft über die der Rüstungsindustrie zuzuordnenden Branchenministerien eine rüstungsindustrielle Kernstruktur identifizieren läßt.[29] Der rüstungsindustrielle Sektor ist "integraler Bestandteil des sowjetischen Wirtschaftssystems"[30] und eng mit dem zivilen Produktionssektor verflochten. Angesichts dieser Tatsache läßt sich schwerlich ein interessengeleiteter "militärisch-industrieller Komplex" konstruieren, wie er verstärkt in der Berichterstattung im Zusammenhang mit dem Notstandsregime im August 1991 bemüht wurde.[31] Zudem ist die Annahme einer Trennung zwischen "MIK" und dem herrschenden Staats- und Parteiapparat illusorisch. Das schließt die Existenz unterschiedlicher Interessen innerhalb des bürokratischen Apparats nicht aus.[32]

Dem militär-industriellen Sektor sind unzählige wissenschaftliche Institute für militärtechnologische Forschung und Entwicklung zuzurechnen und laut R. Sagdeev, bis 1988 Chef des Instituts für Weltraumforschung, "sind mindestens 70 Prozent des in naturwissenschaftlicher Forschung tätigen Personals im 'geschlossenen' militärischen Sektor der Wissenschaft beschäftigt."[33] Weiter werden dazu gerechnet ca. 50 größere Konstruktionsbüros, ca. 150 größere Endfertigungsstätten für die rüstungsindustriellen Produktionsketten, ca. 3.500 Zulieferbetriebe. So entfallen auf den militär-industriellen Sektor etwa 10-11% der Industriebetriebe des sowjetischen Produk-

tionsapparats.[34] Die vor allem in den westlichen industriell entwikkelten Regionen angesiedelten Rüstungsbetriebe, die schätzungsweise zwischen 4 und 7 Mio. ArbeiterInnen beschäftigen[35], gelten als Inseln der Effizienz im gesamten Sowjetsystem.[36]

In den Rüstungsbetrieben werden gleichfalls zivile Produkte und Massenkonsumgüter produziert. "So sollen z.B. 42% des Outputs des Ministeriums für Verteidigungsindustrie zivilen Zwecken gewidmet sein. Die den neun Ministerien der rüstungsindustriellen Gruppe unterstellten Betriebe produzieren u.a. sämtliche Fernsehgeräte, Radios, Videorecorder, Photoapparate sowie 90% der Tonbandgeräte und rund die Hälfte der Kühlschränke in der UdSSR."[37] Andererseits sind Betriebe anderer Branchenministerien an der Rüstungsproduktion, z.B. im Fahrzeugbau, beteiligt. Diese Aufstellung zeigt, wie sehr Rüstungs- und Zivilproduktion verflochten sind: Eine gegenseitige Abhängigkeit, die tendenziell mit der technologischen Entwicklung und gemeinsamen Technologiebasen zunimmt.

Die Rüstungsindustrien genießen, wie bereits erwähnt und in den Monographien zur sowjetischen Rüstungspolitik breit belegt[38], bei der Ressourcenallokation (Arbeitskräfte, Rohstoffe, Vorprodukte etc.) politische Priorität, was u.a. ihre wirtschaftliche Effizienz und Rationalität ausmachte. Diese prioritäre Stellung innerhalb der sowjetischen Wirtschaft wurde durch die Tendenz verstärkt, daß einige Rüstungsbranchen eigene Zulieferindustrien aufbauten: Eine typisch fordistische Strategie, wie Murray betonte[39], um die Produktionsvorgaben zu erfüllen und um möglichst unabhängig von der wirtschaftlichen Gesamtsituation zu sein.

Als allgemein anerkannt gilt ebenfalls, daß der militär-industrielle Sektor unter den produktivsten Sektoren der sowjetischen Wirtschaft rangiert, wozu u.a. die supraministerielle Managementorganisation, die militärisch-industrielle Kommission (VPK), und das Voenpred-System in der Rüstungsindustrie (spezifische militärtechnologische Qualitätskontrolle) beigetragen haben.[40] Aus der rüstungsindustriellen Forschungsorganisation hat es begrenzte "spin off"-Effekte für zivile Produktionsverfahren gegeben[41], auch wenn sich wegen der gegenseitigen Abschottung der Branchenministerien der Technologietransfer problematisch gestaltete.

Ein weiterer zu erwähnender Aspekt wäre, daß die im militärindustriellen Sektor produzierte Waffentechnologie einen Anteil von über 10% am sowjetischen Gesamtexport hatte und damit neben den Rohstoffexporten zu einer der wichtigsten Devisenquellen wurde.

Laut sowjetischer Selbsteinschätzung hält die Sowjetunion einen Anteil von 30% am Weltwaffenmarkt.[42] So produzierte die Rüstungsindustrie als ökonomischer Schwerpunktsektor eine der wenigen weltmarktfähigen Technologien, was ihre Bedeutung nochmals unterstreicht. Gleichzeitig wurde dadurch die Abhängigkeit der waffenbeziehenden Staaten und nationalen Befreiungsbewegungen von der sowjetischen Weltmacht gefördert (Weltwaffenmarktabhängigkeit).

“Generell kann man die sowjetische Rüstungsindustrie unter den gegebenen ökonomischen und technologischen Rahmenbedingungen als relativ effizient in der Entwicklung von Waffensystemen bezeichnen, die mehr für eine Massenfertigung ausgelegt sind. Die bislang durchaus erfolgreiche traditionelle Rüstungspolitikstrategie betonte als Ausfluß der Militärdoktrin und als Kompensation der vorgegebenen ökonomischen und technologischen Restriktionen in der Regel Einfachheit in der Konstruktion, graduelle Weiterentwicklung, leichte Produzierbarkeit in großen Serien sowie einfache Wartbarkeit von Waffensystemen.”[43] Soweit eine Skizzierung des militär-industriellen Sektors innerhalb der sowjetischen Wirtschaft. Offensichtlich ist die nachholende Industrialisierungsstrategie des sowjetischen Entwicklungsmodells auf der Basis tayloristisch-fordistischer Arbeits- und Produktionsorganisation unauflösbar mit der rüstungsindustriellen Produktion verflochten. Der militär-industrielle Sektor war der dominante Sektor der sowjetischen Ökonomie, der aus der externen rüstungsindustriellen Konkurrenz seine treibenden technologischen und organisatorischen Entwicklungsimpulse erhielt und so zum Motor der sowjetischen Industrieentwicklung wurde. “In der Tat läßt sich behaupten”, so Mary Kaldor, “daß die Dynamik in der sowjetischen Technologie zu einem guten Teil vom Wettrüsten mit den USA herrührt.”[44] Insofern stabilisierte die politische Nachkriegsordnung die sowjetische Kalte-Kriegs-Ökonomie als industrielles Entwicklungskonzept. Entscheidend scheint uns zu sein, daß der entwickelte militär-industrielle Sektor, aus dem sich die kriegswirtschaftliche Vergesellschaftung des Sowjetsystems ergibt, neben der mittelbaren Produktion der sowjetischen Weltmachtstellung zum Motor gegen die Stagnation der industriellen Entwicklung und Modernisierung wurde: Einerseits durch die technologischen Entwicklungsschübe, die er zu initiieren vermochte, andererseits durch Absorbtion industrieller Wertschöpfung (ca. 20% des gesamten industriellen Outputs, 48% der Maschinenbauproduktion flossen 1976/77 in den Rüstungssektor[45]), soziale und materielle

Ressourcen, die unmittelbar in den industriellen Entwicklungszyklus eingespeist werden konnten und der Konsumtion und sozialen Reproduktion entzogen waren. Das ist der materielle Kern des sowjetischen Akkumulationsregimes. Sowjetische Kalte-Kriegs-Ökonomie bedeutet nicht wesentlich die Anhäufung totalen Kapitals in Form von Militärtechnologien, sondern industrielle Entwicklung und industrietechnologische Aufrüstung, herausgepreßt aus der vergesellschafteten "Kriegswirtschaft". Die sowjetische Ökonomie – von M. Kaldor zu Recht als Kriegswirtschaft charakterisiert – organisierte über den dominanten militär-industriellen Sektor die Wertschöpfung, die zur Akkumulation für den Aufbau und die Entwicklung der Industriestruktur notwendig war. Und genau dieser kriegsökonomischen Wertschöpfungsorganisation entsprach das sowjetische Modell taylorisierter-fordistischer Arbeits- und Produktionsorganisation: Von der standardisierten Massenproduktion bis zum zentralisierten wissenschaftlichen Wirtschaftsmanagement, vom Aufbau der jeweiligen Zulieferbetriebe bis zu den Fabrikgemeindekonglomeraten (Industrievereinigungen). Die forcierte industrielle Entwicklung der Sowjetunion war nur unter den Bedingungen eines zentralisierten Kommandos und einer kriegswirtschaftlichen Akkumulationsorganisation möglich. Während sich die produzierten overkill-Kapazitäten in internationales politisches Gewicht transformierten, wurde gleichzeitig die Dynamik eines gigantischen industriellen Wertschöpfungs- und Verwertungsprozesses entfacht, die Mitte der 60er Jahre ins Stocken geriet. Die Wertschöpfungsreserven waren entweder erschöpft oder sozial blockiert, und damit war die Grenze industrieller Expansion erreicht. Der Krisenprozeß, der das Scheitern des rüstungsindustriellen Entwicklungsmodells bedingte, ist vielschichtig. Die "Nichtkonvertierbarkeit nuklearstrategischer Macht" (Malasenko) in politischen und ökonomischen Einfluß erzwang die generelle Neubewertung militärischer Macht als Instrument politischer Hegemoniebildung, denn mittlerweile waren durch die weltweite Kapitalexpansion wirtschaftlich hegemonisierte Weltmarktstrukturen entstanden. Ein weiterer Aspekt war der High-Tech-Rüstungswettlauf, der Ende der 70er Jahre einsetzte. Die sowjetischen Modernisierungs- und Rationalisierungsressourcen waren zu erschöpft, um mit der technologisch gesteigerten Rüstungskonkurrenz mitzuhalten. Die rüstungsindustrielle Technolgieentwicklung in der Sowjetunion erwies sich zunehmend als technologische Sackgasse (Kaldor), da sie an die fordistisch-tayloristische Entwicklungs- und Produktionsstruktur gebunden blieb, und fiel

stetig hinter den entwickelten Technologien der kapitalistischen Ökonomien zurück (Technologielücke), deren innovative Entwicklungsschübe seit Mitte der 70er Jahre verstärkt aus den zivilen Industriesektoren (dual-use-technology) stammten. So konnte der rüstungsindustrielle Sektor immer weniger die Funktion als Innovationsquelle und als Motor industrieller Rationalisierung erfüllen. Die Strategie kriegswirtschaftlich organisierter Wertschöpfung und Akkumulation war überdehnt. Damit aber ist ein wesentlicher Kern der Krise des sowjetischen Entwicklungsmodells ausgemacht. Eine gesteigerte Wertabpressung zugunsten der rüstungsindustriellen Akkumulation und Modernisierung scheiterte am Widerstand der Klasse, wie wir ihn oben aufgezeigt haben.

Die gewaltige und gewaltsame Wertabpressung für das kriegsökonomische sowjetische Entwicklungsmodell beruhte auf verschiedenen Mechanismen der Wertschöpfung, die eine breite Armutsbevölkerung erzeugten und die Eindämmung sozialer Erwartungen garantieren sollten. Die Nachkriegsphase bis Anfang der 50er Jahre ist gekennzeichnet durch die Verlängerung der repressiven stalinistischen Kriegsökonomie zum Wiederaufbau der zerstörten Städte und zur Straffung und Erweiterung der militär-industriellen Basis des Landes. In diesem erzwungenen Entwicklungsprozeß mußten z.B. die erzeugten Kolchosenprodukte unentgeltlich an den Zentralstaat abgeführt werden, die Nebenerwerbswirtschaften, oft die einzige Einnahme- und Überlebensquelle der Kolchosniki, wurden so hoch besteuert, daß den Kolchosbauern nicht einmal das Existenzminimum blieb. "Die den Kolchosen abgepreßten Werte" flossen dagegen "in den Wiederaufbau der Industrie und die Entwicklung der Städte".[46] T. Saslawskaja gibt ein eindrückliches Beispiel von der existentiellen Not der Kolchosniki[47]: Im Jahr 1951 erhielten die kirgisischen Kolchosbauern im Durchschnitt eine Kopeke pro Arbeitstag, was auf ein Jahr etwa zwei alte Rubel ergab, die, umgerechnet, Ende der 80er Jahre den Preis für ein kg Brot ausmachten. Nur dadurch, daß sich die Kolchosfamilien kleine, nicht gemeldete Ziegen- und Schafherden in den Bergen hielten, konnten sie überhaupt überleben. Ein Schicksal, das bis in die 60er Jahre etwa 50% der Bevölkerung teilen mußte.[48] Erst als den Bauern in der Reformphase (Reformperiode zwischen '53 und '67) die Möglichkeit gegeben wurde, das Land und damit die Armut zu verlassen, indem ihnen Pässe zugestanden wurden, setzte die gewaltige Land-Stadt-Migration ein, in der zwischen 1956 und 1966 allein 18 Mio. Menschen in die

Städte und Industriezentren zogen, wo dreimal höhere Löhne gezahlt wurden, was zumindest ein Existenzminimum garantierte. Die Politik und die Ökonomie des Hungers – vor allem auf dem Land – waren die Voraussetzung für den Aufbau der kriegsökonomisch ausgerichteten sowjetischen Industriestruktur. Die "ursprüngliche sozialistische Akkumulation" der Nachkriegsphase beruhte auf einem ungeheuren Wertraub und Werttransfer aus der Landwirtschaft in die industriellen Zentren. Über die inszenierte Landarmut (Aushungerung) wurde eine industrielle Reservearmee in den Industrieregionen geschaffen, die dann als billige bäuerliche MassenarbeiterInnen im Industrialisierungsprozeß vernutzt wurde. Das Beispiel der kirgisischen Bauern verweist noch auf einen anderen Wertschöpfungsmechanismus des sowjetischen Akkumulationsregimes: Die Extraktion absoluter Wertraten aus der sowjetischen Binnenperipherie. Wir werden an anderer Stelle (vgl. Abschnitt 4.1 und 7) auf diesen Zusammenhang nochmals genauer eingehen.



Vom Dorf in die Stadt (1926)

Über die zentral diktierten innersowjetischen Austauschbeziehungen (terms of trade) erfolgte ein absoluter Werttransfer aus der Peripherie in die sowjetischen Industriezentren. Das betraf bspw. die Rohstoffproduktion in den zentralasiatischen und transkaukasischen Republiken (Öl, Gas, Metalle, Baumwolle etc.), aber auch die Landwirtschaftsproduktion aus Moldawien, der Ukraine und dem Baltikum. Das innersowjetische Wertschöpfungsgefälle war über den Rohstoffexport direkt an den Weltmarkt gekoppelt und damit an das transnationale Verwertungsdiktat. Die über die sowjetische koloniale Wertschöpfungsorganisation herausgezwungenen Werte flossen direkt in den rüstungsindustriellen Entwicklungszyklus (Prioritätensystem der Ressourcenallokation, Technologieimporte etc.). Die industrielle Entwicklung vor allem der westlichen Regionen und damit der militärische Weltmachtstatus sind ohne die "abhängige Unterentwicklung" der südlichen Republiken undenkbar. Die gewaltsam abgesicherte Aufrechterhaltung der innersowjetischen Arbeitsteilung und die aus der ungleichen Entwicklung der Republiken und Regionen organisierte Wertabpressung sind die innersowjetischen Voraussetzungen für die Kalte-Kriegs-Ökonomie. Aus diesen Bedingungen resultierte eine hierarchische Zonierung des Reproduktionsniveaus, die z.B. aus einer Statistik über den Anteil der Armutsbevölkerung in den Sowjetrepubliken erkennbar wird, die die Wochenzeitschrift "Moscow News" für 1988 veröffentlichte[49]:

Republiken	Armutsanteil in %
Tadschikistan	58,6
Usbekistan	44,7
Kirgisien	37,1
Turkmenien	36,6
Aserbaidschan	33,3
Armenien	18,1
Georgien	16,3
Kasachstan	15,9
Moldawien	13,0
Ukraine	8,1
Rußland	6,3
Weißrußland	5,0
Estland	3,9
Litauen	3,6
Lettland	3,2

Die Kritik an einer über das verfügbare Einkommen ermittelten Armutslinie ist hier nicht zu wiederholen; entscheidend ist die offensichtliche Tatsache, daß die Wertschöpfung zugunsten der militär-industriellen Entwicklung vor allem in den südlichen Republiken ein Meer von Armut erzeugte, indem der Lebensstandard auf ein Existenzminimum reduziert wurde. Zwei Zeitungsmeldungen können vielleicht verdeutlichen, wie der Werttransfer in den Industrialisierungsprozeß die Existenzbedingungen einschnürte, da notwendiges Wertaufkommen der Konsumtion direkt entzogen war. Die Wochenzeitschrift "Nadelja" berichtete, daß jährlich 200.000 Kinder sterben; 26 von 1.000 sowjetischen Kindern nicht älter als ein Jahr werden – vor allem aus Mangel an "gesunder" industriell erzeugter Kindernahrung. In manchen Regionen seien bspw. Milchprodukte für Kinder nicht erhältlich.[50] Im Frühjahr 1990 hungerten in Turkmenien Frauen und Kinder. Laut einem Bericht der "Komsomolskaja Prawda" ist es bereits zu ersten Hungertoten in kinderreichen Familien gekommen, die keine eigenen Ernährungsmöglichkeiten wie Viehhaltung besitzen. Von 1.000 Kindern in Turkmenien erreichen 55 nicht das erste Lebensjahr.[51] Gegenüber den südlichen Republiken kombinieren sich Verwertungsstrategien und Bevölkerungspolitik; diese Meldungen zeigen, wie die Strategie der nachholenden Industrialisierung, der gewaltsame Versuch, an die industrielle Entwicklung der kapitalistischen Ökonomien aufzuschließen, brutal auf Kosten der Lebensbedingungen durchgesetzt wurde. In diesen Zusammenhang gehören die Strategien der Ausweitung der weiblichen Reproduktions- und Produktionsarbeit zur Steigerung der Ausbeutung des gesamten weiblichen Arbeitsvermögens. Dazu ist in den Thesen zur Situation sowjetischer Frauen (s. Abschnitt 6) mehr geschrieben.

In der vergesellschafteten Kriegs- und Kommandowirtschaft erfolgte die relative Wertabpressung im Produktionssektor über wissenschaftliche Managementstrategien und auf Basis tayloristisch-fordistischer Produktionsorganisation. Die Kämpfe gegen die Steigerung der Arbeitsabpressung und -produktivität haben wir oben beschrieben. Es ist die rigide organisierte Vernutzung und Verwertung billiger Arbeitskräfte; so schätzte G. Lisitschkin den Preis einer Arbeitsstunde auf unter einen Dollar[52]. F. Walter kommt auf Grundlage verschiedener Berechnungen zu der "begründeten Einschätzung", daß die Ausgaben für den militär-industriellen Sektor einschließlich Forschung und Entwicklung wahrscheinlich 20-25% des

sowjetischen Nationaleinkommens betragen.[53] Angesichts der Schwierigkeiten bei der Interpretation des westlichen Zahlenmaterials und bei der Eingrenzung des militär-industriellen Sektors (vgl. oben) eine nur begrenzt aussagefähige Schätzung! In Zusammenhang mit diesem relativ hoch angesetzten Anteil erinnert Walter an die Samizdat-Schrift der Leningrader Ökonomen Golcov und Ozerov aus dem Jahr 1973, in der die beiden für das Jahr 1969 einen Anteil von 40-50% Rüstungsausgaben am Nationaleinkommen errechneten.[54] Entscheidend ist das unbestreitbare Faktum, daß eine stetige Umverteilung – bis zu ¼ der sowjetischen Wertschöpfung – zugunsten des militär-industriellen Sektors stattfand. Dieser Werttransfer in die militär-industrielle Entwicklung und Waffenproduktion konnte nur über die Absenkung des gesellschaftlichen Reproduktionsniveaus – bis aufs Existenzminimum – erreicht werden. So müssen noch Ende der 60er Jahre schätzungsweise 40% der sowjetischen Bevölkerung unter der statistischen Armutsgrenze leben.[55] Es ist der Jahrzehnte betriebene Wert- und Ressourcenraub aus der sowjetischen Binnenperipherie und an den elementaren materiellen Lebensbedürfnissen der sowjetischen Bevölkerung, auf den Weltmachtstellung und die militär-industrielle Entwicklung der Sowjetunion gründen. Die sowjetische Ökonomie des Kalten Kriegs schuf über den vergesellschafteten Rüstungskonkurrenzdruck ein riesiges Industriepotential, setzte eine Technologieentwicklung in Gang und erzeugte eine mit dem Westen vergleichbare Industriestruktur.

1. Vgl. I. Wallerstein, Die posthegemoniale Ära, in: TAZ-Sondernummer v. 24.12.90.
2. K. Held/T. Ebel, Krieg und Frieden – Politische Ökonomie des Weltfriedens, Ffm. 1983, S. 243.
3. D. Senghaas, Konfliktformation im internationalen System, Ffm. 1988, S. 35.
4. I. Malasenko, Rückkehr zum Realismus, in: K. Segbers (Hg.), Perestrojka Zwischenbilanz, Ffm. 1990, S. 318.
5. Ebenda, S. 315; vgl. auch P. Kennedy, Aufstieg und Fall der großen Mächte, Ffm. 1991.
6. Vgl. W. Loth, Alternativen zum Kalten Krieg? in: Leviathan 1/90, S. 65ff.
7. Vgl. H. Hofbauer, Europa: ein Kontinent – zwei Welten, in: iz3w Nr. 175, 8/91 und D. Senghaas, Von Europa lernen – Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen, Ffm. 1982, S. 277ff., hier S. 284f.
8. M. Kaldor, Der imaginäre Krieg, in: Das Argument Nr. 186, 2/91, S. 168. Mittlerweile liegen auch die Ausführungen M. Kaldors in einem Buch vor: M. Kaldor, Der imaginäre Krieg. Die Geschichte des Ost-West-Konflikts, Hamburg 1992. Ihre in diesem Buch ausgeführte Argumentation, den Krieg als ein System zu begreifen, mittels dessen die Massengesellschaft organisiert und diszipliniert werden kann, konnten wir nicht mehr berücksichtigen.
9. Ebenda, S. 168; vgl. auch Kennedy, a.a.O., S. 532.
10. Kaldor, Krieg, a.a.O., S. 170.
11. R. Murray, Fordismus und sozialistische Entwicklung, in: Prokla Nr. 81, 12/91, S. 104 und M. Tatur, Taylorismus in der Sowjetunion, Ffm. 1983; vgl. auch: A. Ebbinghaus, Taylor in Rußland, in: W. Bergmann u.a., Autonomie im Arbeiterkampf, München 1978, S. 143ff.
12. Murray, Fordismus, a.a.O., S. 103.
13. Ebenda, S. 103.
14. Kaldor, Krieg, a.a.O., S. 172.
15. Ebenda, S. 169.
16. Vgl. E. Kandziora, Politische Ökonomie der Ost-West-Beziehungen und Systemwandel in Osteuropa, in: Das Argument Nr. 188, 3/91, S. 555ff.
17. Vgl. M. Kaldor, Rüstungsbarock, Berlin 1981, S. 75ff.
18. Vgl. SZ v. 21.3.90.
19. Vgl. D. Senghaas, Überlegungen zur Ost-Dimension in der gegenwärtigen Friedensproblematik, in: R. Steinweg (Red.), Rüstung und soziale Sicherheit, Ffm. 1985, S. 307ff.
20. D. Holloway, Technologie und politische Entscheidungsgewalt in der sowjetischen Rüstungspolitik, in: D.S. Lutz (Hg.), Die Rüstung der Sowjetunion, Baden-Baden, 1979, S. 226.
21. Vgl. E. Jahn, Die Rolle des Rüstungskomplexes in der Sowjetgesellschaft, in: Lutz, a.a.O., S. 163ff.
22. Ebenda, S. 186.
23. Senghaas, Überlegungen, a.a.O., S. 314.
24. O. Lange, Essays in Capitalism and Socialism, Oxford 1970.
25. Kaldor, Rüstungsbarock, a.a.O., S. 86ff.
26. Ebenda, S. 75.
27. Vgl. Murray, a.a.O.
28. U. Albrecht, R. Nikutta, Die sowjetische Rüstungsindustrie, Opladen 1989, S. 311.
29. Vgl. R. Nikutta, Rüstungsindustrie in Wirtschaft und Gesellschaft der UdSSR, in: Chr. Davis u.a. (Hg.), Rüstung, Modernisierung, Reform, Köln 1990, S. 168ff.

30. Chr. Davis, Interdependenz des Verteidigungssektors und des Zivilsektors, in: Davis u.a., Rüstung, a.a.O., S. 61; vgl. auch ders., Militär- und zivilwirtschaftliche Aktivitäten der sowjetischen Streitkräfte 1975-1985, in: H. Adomeit u.a. (Hg.), Die Sowjetunion als Militärmacht, Stuttgart 1987, S. 157ff.
31. Vgl. V.V. Aspaturian, Gibt es einen militärisch-industriellen Komplex in der Sowjetunion? in: Lutz, a.a.O., S. 231ff; H. Adomeit, "Militärisch-industrieller-Komplex": Neue politische Rahmenbedingungen, in: Davis u.a., Rüstung, a.a.O., S. 11ff; Jahn, a.a.O. und Albrecht/Nikutta, a.a.O., S. 288ff, die auf den begrenzten Erklärungsgehalt der Gruppeninteressentheoreme verweisen.
32. Vgl. Holloway, Technologie, a.a.O., S. 226.
33. Adomeit, in: Davis u.a., Rüstung, a.a.O., S. 18.
34. Vgl. Albrecht/Nikutta, a.a.O., S. 311.
35. Vgl. D. Holloway, The Soviet Union, in: Rüstungswirtschaft in der Sowjetunion, Militärpolitik Dokumentation Heft 47-49 1986, S. 31.
36. Vgl. Albrecht/Nikutta, a.a.O., S. 284 und 311.
37. Ebenda, S. 312.
38. Vgl. D. Holloway, in: Rüstungswirtschaft, a.a.O., S. 31.
39. Vgl. Murray, a.a.O.
40. Vgl. P. Almquist, Leistung und Bedeutung der sowjetischen Verteidigungsindustrie, in: Davis u.a., Rüstung, a.a.O., S. 155.
41. Vgl. H.H. Schröder, Sowjetische Rüstungsforschung, in: Davis u.a., Rüstung, a.a.O., S. 196ff.
42. Vgl. Albrecht/Nikutta, a.a.O., S. 272ff.
43 Ebenda, S. 315.
44. Kaldor, Rüstungsbarock, a.a.O., S. 92.
45. Vgl. D. Holloway, in: Rüstungswirtschaft, a.a.O., S. 31.
46. T. Saslawskaja, Die Gorbatschow-Strategie, Wien 1989, S. 41.
47. Ebenda, S. 41.
48. Die Landbevölkerung betrug 1952 etwa 52%; vgl. C. Ferenci, B. Löhr (Hg.), Aufbruch mit Gorbatschow, Ffm. 1987, S. 263, Tabelle 1.
49. SZ v. 9.3.90.
50. Vgl. SZ v. 23.1.90
51. Vgl. SZ v. 5.4. und 22.5.90.
52. Vgl. Zeit Nr. 29 v. 14.7.90.
53. Vgl. F. Walter, Rüstungslast der UdSSR aus der Sicht der sowjetischen Führung, in: Davis u.a., Rüstung, a.a.O., S. 136ff und P. Wiles, ebenda, S. 136ff.
54. Vgl. ebenda, S. 119f.
55. Vgl. K.v. Beyme, Reformpolitik und sozialer Wandel in der Sowjetunion, Baden-Baden 1988, S. 95ff.

3. Vom Versuch ein industrielles Entwicklungsmodell zu reorganisieren zum sozialen Krieg – Die Perestroika

"Das gegenwärtige Stadium der Übergangsperiode kann als Desintegration der früheren gesellschaftlichen Strukturen oder einfach als soziale Desintegration definiert werden".
(V.A. Jador, Soziale Prozesse der Perestroika).

Wir haben die sogenannte Stagnation der Breschnew-Ära als ein Patt zwischen dem herrschenden repressiven Arbeitssystem einerseits und sozialer Gegenmacht andererseits entschlüsselt. Mit der Perestroika fuhr das System seit 1985 einen Krisenangriff auf die Bastionen der Klassenmacht: über Deregulierung, Dezentrierung und Rationalisierung sollte eine Zerlegung der Puffer und eine Mobilisierung der Klasse erzwungen werden, die das System in ein neues, weltmarktintegriertes Entwicklungsmodell einzubinden hoffte. Daß diese Angriffe bislang oft alles andere als die intendierten Folgen zeitigten, daß sie Konflikte und Kämpfe ganz ungeahnten Ausmaßes entfesselten und die Produktivitätsraten in den Keller absinken ließen, war der Unkalkulierbarkeit des sozialen Gegenparts geschuldet. In diesem Feld sozialer Auseinandersetzungen veränderten sich die Waffen der Perestroika – einige kommen nur sehr zögerlich zum Einsatz (z.B. Preisreformen), "Neues Denken" und "Demokratisierung" werden je nach Lage durch Militäreinsätze und "Chilenisierung" ersetzt; mit der Aufkündigung des sozialen Patts wurde der verdeckte soziale Krieg zeitweise zu einem offenen.

Folgerichtig gab es kein kohärentes Konzept der Perestroika, wie von hiesigen Linken oft beklagt wurde, und schon gar nicht einen konkreten Zeitplan der Umsetzung; der jeweilige Stand war immer der Stand der Auseinandersetzung. So sind die beiden folgenden Abschnitte – Darstellung des Perestroika-Angriffs (3) und Explosion der sozialen Kämpfe (4) – nebeneinander zu lesen; getrennt haben wir sie nur aus darstellungstechnischen Gründen. Bei den folgenden Darstellungen scheren wir uns wenig um die Auseinandersetzungen und Veränderungen in den politischen Institutionen des Systems

und nicht um personelle Veränderungen und Kontinuitäten – zentral ist für uns der soziale Antagonismus, dessen neuere Geschichte noch fast ungeschrieben ist. Selbstverständlich schlagen die sozialen Auseinandersetzungen auch auf das politische System zurück, die Krise des Sozialen treibt auch die Krise des Politischen voran; so ist z.B. der Machtverlust der KPdSU u.a. auf die politisch-militanten Angriffe im Zusammenhang der unionsweiten sozialen Konfrontation zurückzuführen; wir wollen die divergierenden Interessen der herrschenden Elite nicht unterschlagen – so waren die Beharrungskräfte des politisch-militärischen Apparats den fortgeschrittensten Kadern des Transformationsprozesses fraglos hinderlich; nach dem gescheiterten Ausnahmeregime im August '91 werden die Vertreter des Apparats aus ihren politischen Machtpostionen herausgeschleudert. Die Inszenierung politischer Machtkämpfe aber war und ist begleitender Theaterdonner für das reale Kampfgeschehen (Jelzin als Opium fürs Volk).

Hinter aller Verbrämung schält sich als Kern des Perestroika-Angriffs ein gigantisches Projekt der Zerstörung heraus: die Destruktion des Sozialen wurde ins Werk gesetzt. Erst die Zerschlagung alter existenzsichernder Zusammenhänge (Verteilung, Verhandlungsökonomie, Subsistenz) könnte Basis der Transformation in ein neues, jetzt transnationales Akkumulationsregime werden. Insofern ist die Misere der Perestroikaperiode nicht als unbeabsichtigtes Nebenprodukt eines reformerischen Umbauprojektes, sondern als gezielte Destabilisierung zu sehen: die Krise ist der Kern der Perestroika. Sie bleibt es auch für die GUS.

Im folgenden soll die Destruktion des Sozialen an drei exemplarischen Strategien der Perestroika verdeutlicht werden, deren Fäden sich quer durch die nächsten Abschnitte ziehen:

- Aufbrechen der ArbeiterInnenkontrolle durch Installierung neuer Klassenspaltungslinien
- Legalisierung der ehemaligen "sozialen Parasiten" und Rentabilisierung der Armut
- Ablösung des Modells der peripheren Entwicklung durch Abschreiben ganzer Regionen bzw. Zurichtung für das weltweite Verwertungsdiktat.

3.1. Reorganisation der Ausbeutung und Rationalisierung der ökonomischen Struktur

Das Perestroika-Projekt stellte den Versuch dar, die krisenhafte Periode der ökonomischen Stagnation aufzubrechen über die Aufkündigung des sich in ihr manifestierenden Arrangements mit der Klasse und die ganze Gesellschaft über deregulierende Angriffe zu mobilisieren, um die breite Mobilisierung dann produktiv zu wenden für eine effiziente Reorganisation der Ausbeutung:

Auf ökonomischem Terrain stand im Zentrum des "Umbaus" das Aufknacken ansatzweise egalitärer Strukturen durch ein Bündel wirtschafts-, sozial- und arbeitspolitischer Maßnahmen: betriebliche Rentabilitäts- und Effizienzmaßnahmen, Lohndifferenzierung, Kopplung von Leistung und Lohn, Drohung mit Arbeitslosigkeit. Dekretiert wurden diese Maßnahmen im staatlichen Produktionssektor durch die Einführung der sogenannten "wirtschaftlichen Rechnungsführung" und "vollen ökonomischen Selbständigkeit" ("Chosrastschot") und außerhalb dieses Sektors durch die Legalisierung und Förderung bestimmter Formen privatwirtschaftlicher Tätigkeit.

"Wirtschaftliche Rechnungsführung", gültig festgeschrieben im "Gesetz über den staatlichen Betrieb" (Juni 87 verabschiedet, seit 1.1.88 in Kraft) – das bedeutet, die Betriebe müssen fortan – um den Preis des eigenen Konkurses – kostendeckend produzieren. An die Stelle von oben dekretierter Planerfüllung – die, wie gezeigt, von unten immer korrigiert und manipuliert werden konnte – tritt nun der Zwang, gewinnorientiert zu arbeiten. Diese Maxime soll den Betrieb auch nach innen strukturieren: es sind die betrieblichen Arbeitskollektive, die nun – statt hoher Leitungsorgane – selbst dafür zu sorgen haben, daß gewinnorientiert gearbeitet wird; der Lohnfonds wird nicht mehr administrativ festgelegt, sondern von der Produktivität des Gesamtbetriebes abhängig gemacht und dann nach Einzelleistung ausdifferenziert; das Prämiensystem soll so ausgerichtet werden, daß – statt genereller Aufbesserung des Lohns – individuelle Leistung belohnt wird; Arbeitszwang soll durch Drohung mit Betriebsschließung und Arbeitslosigkeit verstärkt werden.

Über die "wirtschaftliche Rechnungsführung" sollten die bisherigen "administrativen" betrieblichen Regulations- und Kontrollmechanismen abgeschafft werden, weil sie, wie weiter oben beschrieben, von den ArbeiterInnen sozial in Besitz genommen worden

waren; an ihre Stelle soll nun die Produktivität selber treten – die anerkannte Kontrolle der ArbeiterInnen über den Produktionsprozeß soll damit für eine Produktivitätssteigerung nutzbar gemacht werden.

Wie die neuen Modelle der Betriebsorganisation – entgegen der ursprünglichen Konzeption – auch umgedreht werden konnten, zeigt ein Beispiel aus der TAZ vom 4.5.90: “Unlängst änderte der Oberste Sowjet das «Gesetz über sozialistische Betriebe», dessen Erstnovellierung noch nicht allzu lange zurückliegt. Es sah die Unabhängigkeit der Unternehmen bei Entscheidungen über Lohnfragen und Handelsbeziehungen vor. Vor allem aber konnten die Belegschaften in Eigenregie ihre Betriebsleiter einsetzen und abberufen. Die Folge war nicht etwa ein Anwachsen der Rentabilität. Stattdessen wuchs der Konsumfonds der Werktätigen, die Materialverschwendung nahm zu und immer weniger Ressourcen gelangten in den Produktionsbereich. Die Erklärung ist einfach, man hatte Leiter gewählt, die besonderes Verständnis für die Belange ihrer Werktätigen aufbrachten. Das Unternehmensrisiko, das – laut Gesetz – von den Betrieben getragen werden sollte, fiel in der Praxis wieder an die Ministerien zurück, die bei wirtschaftlichen Problemen mit ihren Fonds helfend einsprangen. Nun sollen auch die Betriebsleitungen wieder von der Zentrale eingesetzt werden.”

Außerhalb des staatlichen Sektors erfuhr gewinnorientiertes Wirtschaften staatliche Anerkennung und Förderung, seit privatwirtschaftliche Tätigkeiten legalisiert wurden (Unionsgesetz vom 19.11.1986 “Über die individuelle Arbeitstätigkeit”). Dazu zählen Familienverträge (vor allem in der Landwirtschaft) und Heimarbeit (vor allem für RentnerInnen und StudentInnen), über die noch nicht ausgeschöpfte billige Produktionsreserven mobilisiert werden sollen, sowie die Zulassung von Genossenschaften (Kooperativen). Waren diese 1987 noch in ihrer Tätigkeit auf Restaurantsbetriebe, Massenbedarfsgüter und Dienstleistungen beschränkt, wurden diese Beschränkungen 1988 mit dem Gesetz “Über Kooperation in der UdSSR” im wesentlichen aufgehoben. Im Grunde handelte es sich bei der Zulassung von Kooperativen um eine Legalisierung und Nutzbarmachung eines beträchtlichen Teils der auch vorher existenten Schattenwirtschaft, einen Sektor mit hoher Produktivität, mit dem offensichtlich eine Bresche geschlagen werden sollte in das für das Kommando undurchdringliche Geflecht von sozialem Verhalten,

Vorstellungen von angemessenen Verdiensten und staatlich garantierten gerechten Preisen. Hier kurz die grundlegenden Bestimmungen im Kooperationsgesetz von 1988:

- sie sind Staatsbetrieben gleichgestellt
- nicht genehmigungs-, nur anzeigepflichtig
- steuerpflichtig
- auch Nicht-Mitglieder, vor allem RentnerInnen und StudentInnen, können angestellt werden
- die Preise für Produkte können – bei nur wenigen Einschränkungen – selbständig festgesetzt werden
- eigenständige Außenwirtschaftsbeziehungen sind möglich.

Trotz überall zu konstatierender breiter Ablehnung in der Bevölkerung, u.a. wegen zu hoher Preise und zu hoher Verdienste (die mehr als das vier- bis fünffache über dem Normalverdienst liegen), stieg die Anzahl der in den Genossenschaften Beschäftigten bis zum 1.1.89 auf fast 1,4 Millionen.

Seit 1988 ist es erlaubt, in Pachtverhältnissen zu arbeiten. Eine gewisse Bedeutung hat dieser Bereich in der Landwirtschaft (vgl. entsprechenden Artikel); in der Industrie ist es Arbeitskollektiven möglich, ganze Betriebe oder einzelne Abteilungen zu pachten. Die ersten Pachtexperimente wurden in Estland gemacht, wo Technikerbrigaden in gepachteten Werkstätten Radio- und TV-Reparaturen durchführten. Dabei hatten sie nicht nur einen Pachtzins an den Werkstattverleiher "Elektron" zu zahlen, sondern alle Vorprodukte, die zur Reparatur nötig sind, selbst zu beschaffen. Gleichzeitig mußten die Brigaden 30% der Gewinne an den Staat abführen. So sollte über die Verpachtung von Produktionsmitteln eine gesteigerte Wertabpressung (Renten- und Gewinnabschöpfung) initiiert werden.

Die Pachtangebote wurden aber bislang selten wahrgenommen; einer der Gründe, so schreibt der "Komunist": "Eine ausgesprochen negative Reaktion auf die Pacht findet sich bei einem Teil der Arbeiter, der sich unter den Bedingungen der Verantwortungslosigkeit und Gleichmacherei daran gewöhnt hat, ein gutes Einkommen zu haben, ohne sich zu überanstrengen."[1]

Auch wenn die Zahl der legal privatwirtschaftlich Tätigen Ende 1990 aufgrund der starken sozialen Ächtung noch relativ bescheiden war, spielte dieser Sektor für die Perestroika-Planer doch eine strategisch bedeutsame Rolle in mehrerer Hinsicht: gezielte Lancierung von Marktsegmenten, Ausdifferenzierung des engen Lohn- und

Preisgefüges, Abschöpfung eines Teils des "Geldüberhangs", Mobilisierung versteckter Produktivitätsreserven. Der Privatwirtschaftssektor ist nicht als ein neuer, bloß ergänzender Sektor anzusehen; er sollte gezielt implantiert werden mit der Absicht, die alten korporatistischen und wohlfahrtsstaatlichen Strukturen aufzubrechen und auszuhebeln – darin bestand seine Funktion im Rahmen des Perestroika-Angriffs. Die Planer konnten dabei an ökonomischen Austauschbeziehungen ansetzen, die aus der Alltagssphäre heraus parallel zum staatlichen Sektor entstanden waren – sie betrieben die Ökonomisierung von "kulturellen Einstellungen, sozialen Aktivitäten und Motivationen, die sich bislang in Opposition zum vorherrschenden politischen und ökonomischen System herausgebildet haben und im persönlichen Beziehungsnetz von Familien, Verwandten und Freunden praktiziert und tradiert worden sind."[2]

Etwas anderes kommt hinzu: Objektiv scheint dieser ganze neue Sektor der Privatwirtschaft eine nicht zu unterschätzende Funktion für die aggressiv expandierende Schattenwirtschaft zu haben: als ihr vorgeschobener Posten. Nicht zufällig sah der Schatalin-Plan von 1990 ("In 500 Tagen zur Marktwirtschaft") vor, alle Artikel im Strafgesetzbuch zu streichen, die Spekulation ahnden, sowie alle danach Verurteilten zu amnestieren; der ehemalige Chefredakteur der KPdSU-Zeitschrift "Komunist" spricht von einer neuen sozialen Schicht, zu der die Schattenwirtschaft mit dem zur Korruption neigenden Teil der Bürokratie zusammengewachsen sei, die ihre Ansprüche nunmehr öffentlich anmelde: "Das Schattenkapital vollendet jetzt einen ursprünglichen Akkumulationsprozeß und erhebt den Anspruch darauf, kein Schattenkapital mehr zu sein, sondern sich zu einem Kapital im Tageslicht zu entwickeln."[3] Bereits Ende 1990 schätzte man die Zahl der Millionäre auf 200.000, angesichts dessen würde die geplante Einführung des kapitalistischen Marktes "einer ehrlichen Unternehmertätigkeit (im guten, also spießbürgerlichen Sinne dieses Wortes) am allerwenigsten dienen. Der Prototyp, das würde vor allem der Spekulant, der Schieber, die korrupte Person sein."[4] Sieht man von der kriminologischen Charakterisierung durch den "Komunist" ab, so bleibt festzuhalten, daß die Wertschöpfung dem aggressivsten und flexibelsten Sektor des Kapitals, der durch keine sozialen Mechanismen kontrolliert oder gehemmt wird, überlassen wurde. Es ist keine produktive Wertschöpfung, sondern in Form von Spekulation werden die Reserven der Bevölkerung angegriffen und abgebaut, die sozialen Existenzgarantien entwertet.

Vergleichsweise harmlos nehmen sich dagegen die frühen Stadien aus, auf die die Perestroika fußte: T. Saslawskaja propagierte Eigeninitiative, Leistungs- und Motivationsstimulierung der aktivsten Vertreter der technischen Intelligenz und aufstiegsbereiter Arbeiter – das sollte zu einer Blockierung des "trägeren, älteren und wenig qualifizierten Teil der Beschäftigten" führen.[5] Die "Leistungsstimulierung" hat unter dem Motto "Bereichert euch" eine ganze Schicht von Neureichen hervorgebracht – und aus der avisierten "Blockierung" des "sozialen Ballasts" (T. Saslawskaja) ist inzwischen eine sozialpolitische Kriegserklärung geworden. Aktivierung des "menschlichen Faktors" – das sollte auch bedeuten: "die Bezahlung des besten Arbeiters auf Kosten der Einkünfte der schlechtesten Arbeiter zu erhöhen."[6] Diese Klassenspaltungslinie ist in der Zeit der Kämpfe der ausgehenden 80er Jahre scharf vorangetrieben worden. Aber dies entsprach nur der ganzen Schärfe der Klassenkonfrontation.

Das Bestreben, die Gesellschaft zu rentabilisieren, schlägt sich auch auf die makroökonomische Organisationsform der Sowjetunion nieder: Das Prinzip der "wirtschaftlichen Rechnungsführung" wird nach und nach auf die Ebene der Republiken selber übertragen. Eine Vorreiterrolle spielte Estland – die Propagierung eines "wirtschaftsautonomen Estlands" strahlte stark auf die wirtschaftspolitische Programmatik anderer Autonomie- und Nationalbewegungen in der Sowjetunion aus.[7] Die Kanalisierung der Autonomieforderungen in ein Konzept, das Unruheherde einzubinden und Rentabilisierung in nationaler Regie verheißt, paßte sich so in die Strategie der Perestroika ein, die sich damit selbst ein wenig aus der Schußlinie zu nehmen hoffte – ganz "nach Art des 'new federalism', mit dem Reagan in den USA die nationale Ebene von Verantwortung entlasten wollte"[8] – wohlwissend, daß ein Ausbrechen einzelner Republiken aus der Union angesichts der vielfältigen ökonomischen Abhängigkeiten für keine der Republiken – auch die baltischen nicht – eine überlebensfähige Alternative darstellen würde. Seit dem 1.1.1990 galten die Bestimmungen über "wirtschaftliche Selbständigkeit" für die drei baltischen Republiken, und für den 1.1.1991 waren modifizierte Gesetze entsprechend für andere Regionen und Republiken vorgesehen; zum Teil wurden sie aber schon durch deren vorzeitige Unabhängigkeitserklärungen konterkariert. Daraufhin planten einige Republiken, sich zu regionalen Wirtschaftsverbänden zusammenzuschließen – so zum einen die fünf zentralasiatischen Republiken, zum anderen die russische Republik, die Ukraine und Kasach-

stan. Es war der Anfang einer Entwicklung zur Dezentralisation, die mit dem Zerfall der Sowjetunion ihren logischen Höhepunkt erreichte.

Die Deregulierungsstrategie der Perestroika, die wir als Destruktion des ökonomischen und sozialen Alltagslebens begreifen, kann als Zangenbewegung auf die verfestigte Sozialstruktur der Breschnew-Ära beschrieben werden: Auf der einen Seite ging es um die Aushebelung betrieblicher ArbeiterInnenkontrolle über Arbeitsproduktivität, Lohn und Sozialfonds und die eigenen Mobilitätsreserven und -motivationen. Die Einführung neuer Verwertungs- und Betriebsorganisationsmodelle sollte katalytisch dazu dienen, die Produktivitäts-, Mobilitäts- und Verwertungsblockaden aufzusprengen, an denen das Breschnewsche Akkumulationsregime des Klassenarrangements gescheitert war. Die andere Seite der Zangenbewegung beschreibt die Vertreibung aus und Beschneidung von existenzsichernden Garantien. Darum geht es im folgenden Punkt.

In der Reformphase (85-91) sollte mit dem Instrumentarium der Reprivatisierung, der Pacht, der direkten Marktbeziehungen für Produktionsmittel, der betrieblichen Gewinnkalkulation etc. ökonomische Rationalität und die Reorganisation einer effizienteren Arbeitskraft- und Ressourcenverwertung erzwungen werden. Daß die sowjetische Gesellschaft trotz 70 Jahren sozialistischer Kommandoökonomie nicht den Regeln ökonomischer Rationalität folgte (L. Gudkow) und stattdessen das "Sozialsystem auffraß" (R. Land) und sich in den Nischen auf dem Land "sozialer Ballast" ansammelte, war im Westen Anlaß genug, die Modernisierungsbemühungen emphatisch zu feiern.

3.2. Sozialpolitische Krisenstrategien

Die Perestroika-Strategen nahmen die Krise an: "Anerkennung unvermeidlicher Konflikte" und "Nutzung ihres sozialen Potentials"[9] war ihre Devise.

Die Zerstörung sozialer Garantien, die Senkung des Lebensstandards durch Preiserhöhung und Geldentwertung wurde gezielt dazu eingesetzt, nicht-produktive Bevölkerungsteile zu mobilisieren und in den gesellschaftlichen Verwertungszusammenhang einzubinden. Auf diesen Zusammenhang zielt die Äußerung der Perestroika-Propagandistin Saslawskaja, daß "die Sozialpolitik vor neuen Aufgaben steht: Unter den Bedingungen, die bestimmt sind vom Zusammenbruch der heutigen ökonomischen Verhältnisse, können die Ziele dieser Politik nicht darauf beschränkt werden, die Lebensbedingungen gleichmäßiger zu verteilen und wachsenden Wohlstand für alle sozialen Gruppen zu erzielen. Sozialpolitik muß heute die direkte Fortsetzung von Wirtschaftspolitik sein. Sie muß also in erster Linie die Wirtschaftspolitik unterstützen, besser gesagt, die Interessiertheit der Arbeiter an der höchsten Arbeitsproduktivität



Zerstörung des ökonomischen Alltagslebens – Leben von Abfällen auf dem Markt von Riga

steigern (...)."[10] Zunächst gelte es, die Arbeitskollektive "von 'Ballast' zu befreien, d.h. von überschüssigen und wenig produktiven Arbeitern"[11]. Welche sozialen Gruppen damit gemeint sind, wird in brutaler Klarheit benannt: "Wenigstens drei Gruppen, die als erste entlassen werden, können genannt werden. Vor allem handelt es sich um gering oder kaum qualifizierte, um ältere und zur Umschulung unfähige Personen, deren Zahl auf dem Land größer ist als in der Stadt. Zweitens um Arbeitskräfte, die gesellschaftlich nicht konkurrenzfähig sind (Frauen mit Kleinkindern, chronisch Kranke, Schwerbehinderte, Alte), die wiederum auch historisch in der Landwirtschaft konzentriert sind. Drittens handelt es sich um Mitglieder jener Berufsgruppen und Arbeitsbereiche, in denen die Arbeitsproduktivität am niedrigsten ist und relativ kurzfristig um das 2-3fache gesteigert werden kann. Auch hier überwiegt wieder die Landwirtschaft."[12] Daß es sich nicht um leere Drohungen handelte, zeigen verschiedene neue Statistiken: Die Angaben über Arbeitslosenzahlen schwanken je nach Berechnung für Ende der 80er Jahre zwischen 8,5 Mio. (=6,3%) und 10,4%, in den ländlich geprägten südlichen Republiken liegt die Arbeitslosenquote z.T. über 25%, und der Vorsitzende des Staatlichen Planungskomitees Masljukow prognostizierte lt. TAGESSPIEGEL vom 24.5.90 für die "Übergangsperiode" bis zu 40 Mio. Arbeitslose.[13] Bereits im Herbst 1986 benannte Schatalin in der KPdSU-Zeitung "Komunist" das Ziel: Die Prinzipien des Sozialismus seien keine "Prinzipien der Wohltätigkeit", die "jedem automatisch einen Arbeitsplatz garantieren" – "Der Mensch muß jeden Tag wirtschaftlich um die Erhaltung eines adäquaten Arbeitsplatzes für sich kämpfen".[14] Eine Arbeitslosenversicherung o.ä. existiert nicht; unter Mitwirkung "namhafter Wissenschaftler aus Schweden, aus den USA und der BRD" sollen "gemeinsame Programme" für Arbeitslose entwickelt werden.[15] Damit wird kein neuer "Wohlfahrtsstaat" projektiert, sondern unter dem Gesichtspunkt der Aufstandsprävention sollen lediglich die Folgen der sozialen Zerstörung abgefedert werden.

Das Heer der Armen ist weitaus größer als die Zahl der Arbeitslosen; es umfaßt in erster Linie RentnerInnen (Alters-, Invaliden-, Hinterbliebenen- und WaisenrentnerInnen), alleinstehende Frauen mit Kindern und kinderreiche Familien mit niedrigen Einkommen. Laut offizieller Statistik lebten 1988 bereits 41 Mio. (14,5 % von 285,5 Mio.) unter der sog. Armutsgrenze, andere Schätzungen lagen Ende '90 bei ca. 70 Mio. (25%). Die Armutsbevölkerung nimmt weiter

zu. Gegenwärtig (Juni '92) wird sie auf fast 90% der Gesamtbevölkerung geschätzt. Diesen Angaben bleibt aber immer ein Moment politischer Manipulation zu eigen. Zunehmende Pauperisierung war ein unmittelbares Resultat der ökonomischen und finanzpolitischen Angriffe auf Masseneinkünfte und Versorgungseinrichtungen. Die Angriffe laufen auf mehreren Ebenen:

★ Abschmelzen des Sozialfonds ("Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die unentgeltliche Bereitstellung nicht immer die besten Ergebnisse zeitigt und nur hinsichtlich jenes Mindestmaßes an medizinischer Versorgung, Bildung und Kultur gerechtfertigt ist, das auch wirklich für jedes Mitglied der Gesellschaft gewährleistet werden kann. Leistungen, die über dieses Minimum hinausgehen, sollen in der Regel mit erarbeiteten Eigenmitteln bezahlt werden."[16]). Die Privatisierung von Teilen des Gesundheitssystems über Genossenschafts- und Pachtverträge wurden in Gang gesetzt.[17] Nach wie vor aber läuft ein nicht unbeträchtlicher Teil der Versorgung über die Fabrikgemeinden – von medizinischen Diensten bis hin zur Nahrungsmittelversorgung; mit der Brechstange der "wirtschaftlichen Rechnungsführung" (Gewinnorientierung) sollten diese betrieblichen Versorgungssysteme ausgehebelt werden – aber das scheint nicht in gewünschtem Maß gelungen zu sein. Die Kehrseite der Kopplung von Versorgung an die Betriebe liegt auf der Hand: Die sog. "Unproduktiven" (= ohne Arbeitsplatz in den Betrieben) gehen leer aus. Ihnen bleiben die leeren Regale der staatlichen Verkaufsstellen und die Mülltonnen der Restaurantskooperativen.

★ Neue Preispolitik mit Reduzierung von Lebensmittelsubventionen und Zulassung privater Märkte. Daß die viel diskutierte Preisreform mit weitgehender Freigabe der Preise erst Ende '90 abgeschwächt umgesetzt wurde, ist allein der allgemeinen Aufstandsdrohung zuzuschreiben, wie Gorbatschow bereits am 6.11.89 auf der ZK-Beratung über Wirtschaftsfragen durchblicken ließ: "Ich weiß nur, daß ein solcher 'Markt' innerhalb von zwei Wochen das ganze Land auf die Straße bringen und jede Regierung hinwegfegen würde, auch die, die erklärt, zum Wohle des Volkes zu handeln."[18] Ein nicht zu unterschätzender Mechanismus zur Außerkraftsetzung des festen Preisgefüges läuft dennoch und effektiver denn je: Über die großenteils künstliche Erzeugung von Mangel in den staatlichen Distributionsstellen. Während das Angebot an Waren zu festgesetzten Preisen in den staatlichen Läden drastisch reduziert wird, expandieren

der Schwarzmarkt mit seinen "freien Preisen" und die sonstigen Zwischenmärkte wie Kolchos- und Bauernmärkte mit stark verteuerten Preisen ständig. Über die dadurch bewirkte Steigerung der Durchschnittspreise werden keine Statistiken geführt. Erst in diesem Zusammenhang findet die schleichende Zertrümmerung der alten Nahrungsmitteldistributionsnetze ihren wahren Grund, und in diesem Licht gewinnen die deutschen Carepakete im Winter '90/'91 Konturen. Die erste Preisreform konnte nur begleitet von massiver Belagerung der Metropoleninnenstädte durch Polizei- und Militärsondereinheiten durchgesetzt werden.

★ Ankurbeln der Notenpresse, womit das Regime auf die steigenden Lohnforderungen der ArbeiterInnen seit '88/'89 reagierte. "Die Folge dieser Finanzpolitik ist ein aufgeblähter Geldumlauf, der die Kaufkraft des Rubels angreift. Die Geld- und Spareinlagen der Bevölkerungen übersteigen den Wert aller im Lande vorrätigen Waren und sonstigen Werte um das Fünffache. Das Einkommen der Bevölkerung hat sich auf 38,5 Milliarden erhöht, während der Warenumsatz nur um 25 Milliarden Rubel gestiegen ist (...). Das Ungleichgewicht zwischen Geld und Waren führt dazu, daß das reale Einkommen der Bevölkerung nicht mehr die Befriedigung der differenzierten Konsumbedürfnisse garantiert. Der Kaufkraftüberschuß treibt die Preise hoch, verteuert die Lebenshaltungskosten und drückt auf den allgemeinen Lebensstandard. Das bekommen natürlich die armen Bevölkerungsgruppen zuallererst zu spüren"[19]. Damit wird die organisierte Entwertung und Abschöpfung der sozialen Ansprüche und Forderungen, die der Bevölkerung aus Lohn- und Renteneinkommen erwachsen, vorangetrieben.

★ direkte Expropriation der Armen im Januar 1991, als die 50- und 100-Rubel-Scheine für ungültig erklärt wurden: "Von privater Seite in Moskau ist zu hören, die hauptleidtragenden seien Personen in bescheidenen Einkommens- und Vermögensverhältnissen, die ihr Geld lieber 'unter der Matratze' aufbewahrt als der suspekten Bank anvertraut hätten"[20]. Der Effekt des finanzpolitischen Angriffs liegt auf der Hand: den Einkommensforderungen der ArbeiterInnen wurde seit der Breschnew-Ära des sozialen Patts mit "Geldillusionen" begegnet, der kein entsprechender Warenwert gegenüber stand; die unabdingbare Folge war ein breites "Zwangssparen". Die Inflationspolitik entwertet nun ungeniert die gesparten Einkünfte der letzten Jahrzehnte – ein Wertraub von ungeheuren Dimensionen.

Altersarmut ist zu einem Massenphänomen geworden: Bereits 1987 lagen die Bezüge von zwei Dritteln aller AltersrentnerInnen unter dem Existenzminimum[21], nahezu alle ehemaligen Kolchosbauern und ein Drittel aller ehemaligen ArbeiterInnen verfügten nur über eine "Kümmerrente" von weniger als 60 Rubel; "so bevölkern heute bettelnde alte Menschen – für alle sichtbar und von der Miliz gejagt – die Bahnhöfe und Parkanlagen sowjetischer Großstädte"[22]. Die leichte Anhebung der Minimalrenten vom 1.10.89 und die Einführung einer "Sozialrente" für RentnerInnen, die bislang überhaupt keine Rente bekamen (Mai 1990), waren angesichts der finanzpolitischen Enteignungsaktionen nur der reine Hohn.



Zerstörung der sozialen Institution der "Großmütter" – Rentnerinnen als Wohlfahrtsempfängerinnen

Viel bedeutsamer erscheint uns, daß – nach einigen Vorstufen – zum 1.1.1990 alle Beschränkungen für eine Erwerbstätigkeit der RentnerInnen aufgehoben wurden; bereits bei der Zulassung von Heimarbeit und Anstellung in Genossenschaften wurde explizit auf die Gruppe der RentnerInnen verwiesen – Saslawskajas Wort von der Einheit von Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik entpuppte sich hier ganz ungeschminkt als Rentabilisierung der Armut. Schon 1988 hatte Gorbatschow mit einer Rede vor Kolchosbauern klargemacht, um was und um wen es ihm geht: "Menschen in die Produktion und die Dienstleistungssphäre einbeziehen, deren Arbeitskraft in staatlichen Betrieben und Einrichtungen (...) nicht verwendet werden kann. Das sind vor allem Rentner, Invaliden, Hausfrauen und die lernende Jugend"[23].

Diese verschärfte Einbindung in Verwertungszusammenhänge betrifft nicht nur besonders die Alten, sie trägt auch geschlechtsspezifische Züge: für schwere körperliche und oft gesundheitsschädliche Arbeiten werden Frauen während der ersten Monate der Schwangerschaft in praktisch unvermindertem Maße eingesetzt; alleinstehende Mütter haben in der Regel gar nicht die Möglichkeit, den ihnen zustehenden Mutterschaftsurlaub in Anspruch zu nehmen, weil das Mutterschaftsgeld lediglich 35 Rubel beträgt – nur die Hälfte aller Mütter nimmt Mutterschaftsurlaub in Anspruch[24], die andere Hälfte muß weiterarbeiten! Etwa eine halbe Million Alte und Invaliden hat gar keinen Rentenanspruch[25], darunter wahrscheinlich viele Opfer von Arbeitsunfällen, denen die Anerkennung als Schwerbehinderte versagt wurde[26]. Ohne jede Unterstützung ist auch das mehrere Hunderttausend zählende wachsende Heer der Obdachlosen und Landstreicher – ein Teil von ihnen lebt, wie wir es vom Trikont kennen, auf Müllhalden von der Sammlung und Verarbeitung von Abfall und Altmaterial – zum Teil in Form von Perestroika-Kooperativen; andere verdingen sich vor allem in Zentralasien als Saisonarbeiter bei Ernteeinsätzen, in jeder größeren Stadt gibt es "Tagelöhnermärkte"; in Obdachlosenasylen werden Steckdosen zusammengesetzt; "man bezeichnet einzelne Gruppen von Landstreichern als 'Feierabendverdiener' (Sabasniki, von sabas = Sabbat), 'Schobervolk' (skirdjatniki, von Skird = Heuschober) und als 'Schilfrohrvolk' (kamysatniki) (...) Und diese Spitznamen enthalten doch außer Verachtung auch die Art der Beschäftigung: Die einen schneiden Rohr, die anderen verdienen bei der Heuernte, und noch wieder andere, die Feierabendverdiener, bauen und sind überhaupt in allen Sachen Meister."[27]

Aus einem Interview mit dem Präsidenten der Internationalen Assoziation für Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit (MAIBB) Alexej Lebedow: "(...) wir konnten ihnen bis vor kurzem nur zwei Jahre Gefängnis für Landstreicherei und Verletzung der Passordnung anbieten. Jetzt, wo das Ausmaß der Verurteilung nach diesem Paragraphen auf ein Minimum gebracht ist, haben sie auch die relative Aufmerksamkeit der Behörden verloren, die ihnen früher zuteil wurde. Und daß sich diese Menschen in einer katastrophalen Situation befinden, ist schon aus dem äußerst hohen Prozentsatz der Sterblichkeit erkennbar. Jährlich kommen etwa 110.000 obdachlose Arbeitslose um. Die hohe Sterblichkeitsrate ist vor allem durch Infektionserkrankungen – durch die offene Form der Tuberkulose,

die Ruhr, die Syphilis – bedingt. Sie kommen um, indem sie in der Gosse, in Scheunen und Torbögen erfrieren. Sie kommen in Trunkenheitsschlägereien und durch Alkoholsurrogate um."[28]

Der Perestroika-Angriff besteht im Kern darin, die ökonomischen und sozialen Strukturen, die durch soziale Kontrolle von unten in Besitz genommen und blockiert worden waren, durch Deregulation zu zertrümmern; flankiert wird dieser Angriff durch eine Marginalisierung großer Teile der Bevölkerung, die durch Absenkung ihres Lebensstandards auf die Hungergrenze einem gesteigerten Druck zu unentlohnter Reproduktionsarbeit (fast ausschließlich Frauen) oder Billiglohnarbeit unterworfen werden:

Die Bilder von schlangestehenden Frauen gehören mehr denn je zum sowjetischen Alltag, die Verteuerung und Verknappung des Warenangebots erhöht den Zeitaufwand, der zur Organisierung der Alltagsversorgung notwendig ist, ganz erheblich. Ebenso geht der zunehmende Abbau betrieblicher Versorgungssysteme weitgehend auf das Konto unbezahlter Reproduktionsarbeit von Frauen. Billiglohnarbeit in den größeren Städten wird in den entsprechenden Klitschen zunehmend von kurzfristig mobilisierter Landbevölkerung geleistet; oft illegal, ohne Zuzugsgenehmigung, oft mit befristeten Verträgen, sind diese sogenannten "Limitschiks" entwürdigenden Arbeits- und Wohnbedingungen (oft zusammengepfercht in miserablen Wohnheimen) unterworfen. Die diskriminierende Behandlung durch die städtische Bevölkerung – schon die allgemein übliche Bezeichnung "Limitschiks" ist ein Schimpfwort – fungiert dabei quasi als rassistische Absicherung der Ausbeutungshierarchie.

In den zentralasiatischen Republiken soll die Absenkung des Lebensstandards als Mittel der Zwangsmobilisierung genutzt werden, mit der die "Arbeitskräfteüberschüsse" in diesen von großem Bevölkerungswachstum geprägten Regionen in Zonen mit "Arbeitskräftemangel", wie in den Industriegebieten Westsibiriens, produktiv vernutzt werden können. Das sogenannte "Dreiecksproblem" des Wirtschaftsplans: wie können die sibirischen Rohstoffe und die europäischen Investitionen und die zentralasiatische Arbeitskraft effizient verzahnt werden? war eine Schlüsselfrage der Perestroika-Strategen; Lösungen werden auf dem Gebiet der Bevölkerungspolitik ausgemacht[29], Differenzen gibt es in ihren Berechnungen nur in der für notwendig erachteten Anzahl der zu Vertreibenden: gehen die einen von 7 Mio. Menschen im arbeitsfähigen Alter für den XII. Fünfjahresplan aus (d.h. 80% der "Arbeitskraftreserven", jährlich

müßte fast eine halbe Million Menschen aus dieser Region umgesiedeln), gehen andere Szenarien von der Hälfte dieser Zahlen, also 3,5 Mio. MigrantInnen, bis zum Jahr 2000 aus. Dabei komme man nicht umhin, "Konzessionen an die Gefühle der islamischen Bevölkerung des Südens zu machen, um ihnen die Migration schmackhafter zu machen"[30], wie Möglichkeit der Migration auf Zeit, Versprechen besserer Berufsausbildung, Sprachkurse u.a. Aber trotzdem – und obwohl die Einkommensverhältnisse hier am prekärsten sind ("die Hälfte aller Menschen, die ein Einkommen bis zu 75 Rubel monatlich haben, verteilt sich auf kinderreiche Familien, die in Mittelasien oder in Kasachstan oder in Aserbaidschan leben"[31]) – scheint auch dem Perestroika-Regime die Mobilisierung nicht in erwünschtem Maße zu gelingen: "Der größte Teil der umgesiedelten Menschen kehrt, wohl in erster Linie aus klimatischen und traditionellen Gründen, so schnell wie möglich in seine Heimat zurück. So wird aus dem allerdings unwirtlichen Westsibirien gemeldet, daß dort von den aus den mittelasiatischen Regionen übergesiedelten Menschen nur jeder zwanzigste auch verbleibt. Jeder dritte Übersiedler aus Tadshikistan kehrt noch im ersten Monat dem neuen Wohnort den Rücken."[32] Die Überlebensmöglichkeiten in den zentralasiatischen Regionen werden in allererster Linie durch harte Frauenarbeit gesichert: die unbezahlte Reproduktionsarbeit und die Billiglohnarbeit in der Baumwollmonokultur bilden die Basis; in der Baumwollernte wird zudem in großem Ausmaß – auch nach Verbot durch die ZK-Verordnung vom 27.2.1989 – auf Kinderarbeit zurückgegriffen[33].

In den hochentwickelten Gebieten des Baltikums und Rußlands hingegen ist – im Gegensatz zu Kasachstan und Aserbaidschan – eine andere Form der Arbeitskräftemobilisierung gelungen: die Zahl der Pendler vom Land in die Stadt macht über 10% der Bevölkerung aus bei Anfahrtswegen von im Durchschnitt 30-35 km.[34]

Eingeleitet oder flankiert wurden die sozialpolitischen Angriffe oft durch breit angelegte Kampagnen – die namhaftesten waren die Kampagnen gegen nicht erarbeitetes Eigentum 1986 (gerichtet gegen einen Teil der Schattenwirtschaft und ideologisch für die Vorstellung einer Kopplung Einkommen – Leistung), die zum Scheitern verurteilte Anti-Alkohol-Kampagne und die Kampagne für mehr Disziplin am Arbeitsplatz. Alle Kampagnen zielten direkt auf eine Veränderung des sozialen Verhaltens der Menschen, wie die Vordenkerin der Perestroika, T. Saslawskaja, nicht müde wird zu betonen, denn "die langen Jahre passiv-entfremdeter Existenz haben unzweifel-

haft nicht nur das Verhalten der Leute in der Wirtschaft, sondern auch ihre Gewohnheiten und Wertvorstellungen, mit anderen Worten ihre soziale Qualität als Arbeitskräfte geprägt"[35]. Zentral gehe es darum, die Vorstellungen einer egalitären Gerechtigkeit auszuhebeln ("auf dem gegenwärtigen Entwicklungsstand der sowjetischen Gesellschaft ist das Schlagwort der allgemeinen sozialen Gleichheit, ohne Berücksichtigung der Differenziertheit der einzelnen Leistungen reaktionär und schädlich"[36]), "soziale Gerechtigkeit" könne nur "jedem nach seiner Leistung" bedeuten: "Gerechtigkeit besteht nicht darin, daß in gleiche Teile geteilt wird, sondern daß in gerechte, ungleiche Teile geteilt wird", zitiert sie zustimmend A. Gelman[37].

Heute scheint die sozialistische Kampagnenpolitik an ihr Ende gekommen zu sein – die ideologische Absicherung muß durch eine rein repressive ersetzt werden: seit Februar 1991 patrouillieren nunmehr Soldatenmilizen durch alle größeren Städte...

Wir haben in den beiden vorangegangenen Abschnitten zu verdeutlichen versucht, daß der sozialpolitische und ökonomische Zugriff darauf zielt, ganze soziale Alltagswelten zu zerstören, dazu gehören Alltagserfahrungen und -deutungen, garantierte Existenz, Gewohnheitsrechte und mit der Kategorie der Gerechtigkeit besetzte ökonomische Verhaltensweisen. Der Deregulierungsangriff auf diese verfestigten sozialen und ökonomischen Alltagswelten, der Versuch ihrer Zerlegung, ist die Voraussetzung für die intendierte Neuzusammensetzung zu einem rationalen und produktiven Gesellschaftsmodell.

3.3. Weltmarktintegration

Die in diesem Ende 1990/Anfang 1991 verfaßten Abschnitt getroffenen Aussagen sind durch die neuere Entwicklung größtenteils überholt. Als Interpretationsrahmen behält er aber seinen Wert, so bleibt er als Zwischenergebnis im Gesamttext erhalten.

Der Deregulierungsangriff im Innern geht einher mit der beschleunigten Integration der Sowjetunion in den Weltmarkt. Schon immer war die Sowjetökonomie über ihren Außenhandel den Zyklen der Weltwirtschaft unterworfen – die Eigenständigkeit der "2.Welt" oder eines nationalen Entwicklungsmodells war reine Ideologie. Die Besonderheit des sowjetischen Akkumulationsmodells hingegen bestand darin, daß die Abhängigkeit vom Weltmarkt sich nur indirekt auf die sowjetische Binnenwirtschaft niederschlug, da mit dem staatlichen Außenwirtschafts- und Valutamonopol und den zentralen staatlichen Planungsinstanzen ein Puffer geschaffen war, über den die sowjetischen Machteliten die Auswirkungen weltwirtschaftlicher Veränderungen auf die internen Verwertungsbedingungen nach Bedarf kanalisieren und umlenken konnten – ausschalten konnten sie sie natürlich nicht; aber es war möglich, die Effekte weltwirtschaftlicher Krisen z.B. durch Rückgriff auf Erdöl- und Goldressourcen und auf Waffenbestände als Devisenbringer abzufedern oder zu verzögern. Ein weiteres Regulationsinstrument bestand in den willkürlich festgelegten und deshalb den Schwankungen der Weltmarktpreise wenig unterworfenen Rechnungseinheiten für den Handel innerhalb des RGW-Großwirtschaftsraumes. All das verlieh den sowjetischen Planungsinstanzen eine relative Flexibilität nach innen, die erst die Spielräume der "Verhandlungsökonomie" der Breschnew-Ära ermöglichte.

In dem Augenblick, als das System die ständig steigenden materiellen Forderungen der Klasse Mitte der 80er Jahre angesichts des rapiden Verfalls der Erdölpreise nicht mehr mit Devisen befriedigen konnte, setzte es mit der Perestroika nunmehr auf eine Synchronisierung mit dem weltweiten Verwertungsprozeß.

Aus dem Trikont wissen wir, was Weltmarktintegration bedeutet: Unterwerfung unter das transnationale Verwertungsdiktat. Diese Zurichtung auf "Weltniveau" gilt für alle Facetten der bisherigen Innenpolitik, von der Preisgestaltung bis zur Aufstandsbekämpfung. Der Preis, der dafür bezahlt werden muß, ist klar: Anerkennung der

internationalen Ausbeutungsordnung mit all ihren mörderischen Konsequenzen; und der Platz, der der SU reserviert wird, steht fest: der eines "führenden Mitglieds der Dritten Welt" (Brzezinski)[38].

Einige strukturelle Merkmale, die der Trikontinentalisierung entsprechen, zeigen schon Konturen; so wird die Sowjetunion zunehmend zu einem integralen Bestandteil des Weltmarkts für Arbeitskraft, sowohl im brain drain, dem Abzug gut ausgebildeter technisch-wissenschaftlicher Intelligenz in die Metropolen, was gegenwärtig als brain drain der atomwissenschaftlichen Intelligenz von besonderer Bedeutung ist, als auch im Export von Arbeitskraft, seien es die KontingentarbeiterInnen in Mittel- und Westeuropa, seien es die SchwarzarbeiterInnen in Polen oder seien es die BergarbeiterInnen in Ungarn, die als zukünftige BilligstlohnarbeiterInnen die bisher polnischen BergarbeiterInnen ersetzen. So differieren die Verwertungsbedingungen entsprechend den jeweils von West nach Ost gestaffelten Verwertungszonen.

Die Zurichtung auf Weltmarktbedingungen setzt die Zerstörung der früheren existenzsichernden Strukturen voraus, wie wir sie in den beiden letzten Abschnitten beschrieben haben; dem internationalen Kommando aber müssen Einfallschneisen geschlagen werden, die wir im folgenden skizzieren:

★ Die Schaffung von Joint Ventures soll Punkte setzen, von denen her eine effiziente Vernutzung von Arbeitskraft nach Weltmarktkriterien modellhaft ins Werk gesetzt werden soll.

★ Durch die Ausweisung ganzer Landstriche zu Freien Produktionszonen soll über ganze Regionen von Billiglohnarbeit unter internationalem Kommando eine direkte Ankopplung an den Weltmarkt erfolgen.

★ Um den Preis gigantischer Enteignungen soll der Rubel zu einem international anerkanntem Zahlungsmittel, das heißt: frei konvertibel gemacht werden.

★ Und durch die Einbindung in die internationalen Organisationen der Ausbeutungsordnung soll das Kommando über den "Umbau" internationalisiert werden.

„Es wird schmerzhaft“

Interview mit dem Vizepräsidenten der Weltbank, Wilfried P. Thalwitz, über d[...] Hilfe

Thalwitz, 59, Ökonom aus Aschaffenburg, ist in der Weltbank für Europa und die ehemalige Sowjetunion verantwortlich.

SPIEGEL: Was ändert sich für die Staaten der ehemaligen Sowjetunion, wenn sie in Kürze dem Weltwährungsfonds und der Weltbank beitreten?

THALWITZ: Bisher haben wir die neuen Republiken nur durch Beratung unterstützt. Erst der offizielle Beitritt bietet die Grundlage für den Kapitaltransfer.

SPIEGEL: Wieviel Geld erhalten Boris Jelzin und die anderen Republik-Präsidenten?

THALWITZ: Der Währungsfonds wird mit einem Stabilisierungsprogramm für den Rubel starten. Danach beginnt die projektbezogene Arbeit der Weltbank. In den ersten zwölf Monaten werden wir voraussichtlich Kredite in Höhe von 2,5 Milliarden Dollar zusagen. Danach kann dieses Kreditvolumen auf bis zu 5 Milliarden Dollar pro Jahr steigen.

SPIEGEL: Diese geringen Summen reichen doch nicht aus für den Umbau der Planwirtschaft.

THALWITZ: Die Hilfe des Westens kann nur als Katalysator wirken. Es wird in der ehemaligen Sowjetunion in der Übergangszeit zu erheblichen Einschränkungen des privaten und öffentlichen Konsums kommen. Auch das soziale Netz, das erst noch entstehen muß, wird sich aus dem Konsumverzicht finanzieren. Das alles bedeutet Härte. Aber der Westen kann unmöglich 300 Millionen Menschen durch humanitäre Hilfe über Wasser halten.

SPIEGEL: Schon heute lebt ein Großteil der Menschen unterhalb der Armutsgrenze.

THALWITZ: Derzeit sind es nach unserer Einschätzung rund zehn Millionen Menschen, vor allem Rentner, die unterhalb der Armutsgrenze existieren. Weitere Probleme kommen erst später. Wenn die GUS-Länder wirklich zu größerer Effizienz in den Betrieben durchbrechen, wird die Zahl der Arbeitslosen zwangsläufig steigen. In der Übergangszeit werden mindestens fünf Millionen Menschen ohne Job sein, vielleicht auch zehn Millionen.

SPIEGEL: In Rußland hat die Freigabe der bisher staatlich festgesetzen Preise die Armut verschärft. Wäre als erster Schritt nicht die Entflechtung der Staatsmonopole sinnvoller gewesen?



Weltbank-Vize Thalwitz: „Einschränkung des Konsu[...]

THALWITZ: Ohne Preisfreigabe hätte Rußland die bestehenden Strukturen zementiert. Die Industrie würde wie bisher Energie vergeuden. Durch die massive Subventionierung zahlten die Firmen für ihre Energie nur wenige Prozent des Weltmarktpreises.

SPIEGEL: Die meisten Betriebe sind Monopol-Anbieter. Die Preisfreigabe hat zu einem Inflationsschock geführt, nicht zu mehr Effizienz.

THALWITZ: Die Betriebe beginnen allmählich, ihre Produktpalette zu ändern. Ich habe erst kürzlich eine Kolchose besucht, die ihre Produktion grundlegend umgestellt hat. Der dort angebaute Wei-

[H]ilfe für die GUS

[...]en wird nicht mehr zu Futtermittel, [s]ondern zu Brotgetreide verarbeitet. In [d]en Treibhäusern züchtet man zum er[s]tenmal Gurkensamen und exportiert [d]iesen sogar nach Deutschland.

[S]PIEGEL: Ihr Beispiel klingt gut, ist [a]ber die Ausnahme.

[T]HALWITZ: Sie haben recht. Viele Be[t]riebe versuchen, den hohen Preisen durch immer neue Kredite, die sie bei ihren betriebseigenen Banken abrufen, zu entgehen. Deshalb muß die Preisfreigabe flankiert werden von einer rigiden Geldpolitik. In den Verträgen zwischen Währungsfonds und GUS-Republiken wird dies eine wichtige Rolle spielen.

SPIEGEL: Welche Auflagen wird es geben?

THALWITZ: Die Preisfreigabe ist nur sinnvoll, wenn zugleich der Prozeß der Geldschöpfung reguliert wird. Deshalb müssen die Zentralbankkredite begrenzt werden. Das Budgetdefizit, für das ebenfalls ein Limit verabredet werden muß, darf auf keinen Fall zur Bedienung der Notenpresse führen.

SPIEGEL: Mit der Geldpolitik allein wird man die Probleme wohl kaum in den Griff bekommen.

THALWITZ: Parallel muß die Entflechtung der Mono[p]ole beginnen. Wir werden diesen Pro[z]eß durch unsere Berater begleiten. Zu[s]ätzlich zu den bisher 40 Weltbank-Mit[a]rbeitern, die sich mit der GUS beschäf[ti]gen, werden 120 neue Experten einge[st]ellt.

[S]PIEGEL: Kann die deutsche Treu[h]andanstalt ein Vorbild für die Privati[si]erung sein?

[T]HALWITZ: Die in Deutschland wich[ti]gste Form der Privatisierung, der Ver[k]auf von Großbetrieben an Investoren, [e]ntfällt in der GUS. Es gibt keine Käu[fe]r, die Kapital mitbringen.

[S]PIEGEL: Also, was bleibt?

[T]HALWITZ: Die wichtigste Möglich[k]eit ist die Vergabe von Anteilsschei[n]en. Die Kapitalsubstanz der Betriebe ist in jedem Land der Welt entstanden aus dem Konsumverzicht der vorherigen Generationen. Jetzt muß dieser Verzicht anteilig wieder zurückgegeben werden. So bekommen wir ohne Verkauf einen Quasi-Eigentümer.

SPIEGEL: Die Masse passiver Anteilseigner garantiert noch kein effizientes Wirtschaften.

THALWITZ: Wir brauchen deshalb eine Institution, die die Interessen der neuen Aktionäre vertritt. Zwischen die gesichtslose Masse der Aktionäre und den Betrieb müssen wir einen Vermögensmanager setzen. Der soll die Kontrolle über die Unternehmensleitung ausüben und später auch die Gewinne für seine Aktionäre sichern.

SPIEGEL: Diese Manager brauchen Kapital, um die Firmen zu sanieren.

THALWITZ: Ich rechne nicht damit, daß eine große inländische Sparquote das nötige Kapital beschafft. Deshalb steht am Anfang nur die Effizienzreserve der Wirtschaft zur Verfügung. Sie wird durch die Preisreform mobilisiert. Auch im Deutschland der fünfziger Jahre hat man den Wiederaufbau zum größten Teil nicht mit Geldern aus dem Marshall-Plan finanziert, sondern aus einem Effizienzanstieg der Wirtschaft.

SPIEGEL: Wie will die Weltbank den Fortgang der Reformen kontrollieren?

THALWITZ: Jeder Dollar, den wir als Kredit gewähren, ist verbunden mit strengen Auflagen. Werden diese nicht eingehalten, müssen wir aussteigen.

SPIEGEL: Welche Reformen sind für Sie unverzichtbar?

THALWITZ: Unverzichtbar sind die Umstrukturierung und Privatisierung der Staatsbetriebe sowie die weitere Freigabe von Preisen, besonders des Ölpreises in Rußland. Genauso wichtig sind der Aufbau eines Bankensystems, Investitionen in die Infrastruktur und der Wegfall der Exportbeschränkungen.

SPIEGEL: Das heißt im Klartext, die neu gewonnene Selbständigkeit der Republiken ist mit dem Eintritt in die Weltbank dahin.

THALWITZ: Natürlich wird unser Verhandlungsgewicht in der ehemaligen Sowjetunion groß sein. Aber es gibt kein Wirtschaftsprogramm, das sich von außen durchsetzen läßt. Die politischen und ökonomischen Führer der Republiken wissen: Der Weg wird schmerzhaft, und es gibt keine Alternative. Sie sind nach meinem Eindruck entschlossen, die Reformen durchzusetzen.

SPIEGEL: Wann wird ein Erfolg spürbar?

THALWITZ: Rußland, das aufgrund seiner Ölreserven am besten dasteht, wird in zehn Jahren das Gröbste überstanden haben. In Zentralasien, zum Beispiel in Usbekistan, müssen wir in mehreren Dekaden denken.

aus:

Der Spiegel 21/199[2]

Joint Ventures:

Einen Modernisierungsschub versprachen sich die Perestroika-Strategen durch die Zulassung von Gemeinschaftsunternehmen westlicher Firmen und sowjetischer Organisationen auf sowjetischem Territorium: Durch Importe westlicher Technologie und Know How im Management sollten “Inseln der Effizienz” geschaffen werden, und dem westlichen Kapital – vor allem dem europäischen – sollten verlängerte Werkbänke installiert werden. Als diese Rechnung nicht aufging, wurden die Bestimmungen liberalisiert: Die in der ersten Verordnung 1987 festgeschriebene Höchstgrenze für westliche Kapitalbeteiligung von 49% wurde im Dezember 1988 aufgehoben, eine zweijährige Befreiung von der Gewinnsteuer wurde beschlossen, die unbeschränkte Transferierung des Gewinns in Devisen ins Ausland gewährleistet etc.; das anläßlich des Gorbatschow-Besuchs in Bonn im Juni ’89 mit der BRD geschlossene Investitionsabkommen sichert westliches Kapital vor Enteignung, sichert den Firmen in der UdSSR ungehinderten Zugang zu Rohstoffen, Energien und zum Arbeits- und Absatzmarkt und garantiert die Rückführung von Gewinnen in den Westen; und die Unternehmen haben – wenn auch nicht offiziell – die Möglichkeit, den sowjetischen ArbeiterInnen erheblich geringere Löhne auszuzahlen als den westlichen dort beschäftigten.

Somit scheinen, was die Gesetzgebung betrifft, dem internationalen Kapital optimale Bedingungen der Ausbeutung geschaffen zu sein: Das Kommando über die Produktion geht fast vollständig auf die Kapitalseite über, und die Früchte des Wertraubs scheinen garantiert.

Aber das Kapital hält sich zurück: Bis zum Sommer 1990 gab es lediglich ganze 1.800 Joint Ventures in der Sowjetunion (davon 250 mit bundesdeutschen Firmen), meist Klein- und Kleinstbetriebe, und lt. Heinrich Weiß, Vorstandsvorsitzender der Düsseldorfer Schloemann-Siebag-AG, arbeiten nur 15% der Unternehmen rentabel[39]. Die geschaffenen gesetzlichen Grundlagen allein sind kein Garant für ein lohnendes Investitionsklima in einem Land, das von Deregulierungsoffensiven und sozialer Unruhe gezeichnet ist. Als Ausnahmen seien genannt: Salamander ist mit seinen Joint Ventures in Leningrad und Witebsk (Belorußland) und einem Netz von eigenen Verkaufsstellen drauf und dran, 50% der Schuhproduktion der Sowjetunion zu kontrollieren; Mannesmann, das im Ruhrgebiet Stahlwerke schließt, gründet in Tbilissi ein Joint Venture; Chevron

plant Joint Ventures zur Erdölförderung und hat 1990 das Exploitationsrecht für ein neues Ölfeld am Kaspischen Meer (Tengis-Feld) erhalten.

Die Propagierung von Joint Ventures als "Inseln der Effizienz" verweist auch auf einen weiteren Kontext, sie geht einher mit der Abschreibung ganzer Regionen, in die nicht mehr investiert wird. So soll ein Fleckenteppich regionaler Disparitäten entstehen, die eine Homogenisierung von Forderungen und Kämpfen erschweren.

Ein weiteres Element in diesem Szenario sind:

Freie Produktionszonen

Seit 1990 häufen sich Meldungen über die Einrichtung freier Produktionszonen auf dem Territorium der UdSSR:

★ Christians hat als erster westdeutscher Banker die Sperrzone Kaliningrad besucht, auf Einladung der Sowjetregierung, die dort ein gigantisches Industriezentrum mit Freihandelszone errichten will.

★ "Das russische Parlament beschloß (...) die Schaffung erster Marktwirtschaftszonen. So soll in den Gebieten Altai, Kemerowo, Nowgorod und in der autonomen jüdischen Region (in der RSFSR an der Grenze zu China) künftig nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen produziert werden".

★ Leningrad will eine freie Wirtschaftszone werden – Unabhängige Reederei, Energiegesellschaft, Luftfahrtgesellschaft vorgesehen – Ausländische Investoren sollen bald im Wohnungsbau anlegen.[40]

Ähnliche Meldungen über Wyborg, Nachodka und Sachalin kursieren.[41]

Gemeinsam scheint allen bisher ausgewiesenen Zonen, daß sie bislang nur auf dem Papier stehen; aufschlußreich die soziogeographische Verortung der Projekte: z.T. sind es Hafenstädte, z.T. Ballunszentren, und womöglich spielt auch die Nähe zu Arbeitslagern eine Rolle; immer ist eine direkte Anbindung an die Großwirtschaftsräume EG, Skandinavien oder Südostasien projektiert. Die Freien Wirtschaftszonen sind – auch nach Bekunden der Planungsstäbe – aus dem Trikont abgekupfert: Als Vorbilder dienen Shanghai und Südkorea.

Die Trikontinentalisierung ganzer Landstriche durch diese direkte Unterstellung unter das Kommando des internationalen Kapitals bleibt – trotz aller Beschlüsse – bislang noch Wunschtraum der Perestroika-Planer, aus zwei Gründen, die miteinander zu tun

haben: der Widerstand der Bevölkerung der betroffenen Regionen (Überschrift in der Moscow News von 9/90, die generell Freie Wirtschaftszonen befürwortet: "Ich will keine Sklavin werden – In Nowgorod grassieren Ängste vor der Freien Wirtschaftszone"[42]) und die fehlende Bereitschaft des Kapitals zu investieren; offensichtlich ist die Erwartung von Unruhen und Aufstandsbewegungen größer als die einer gesicherten Rentabilität. Eine der wenigen Ausnahmen: Die Privatisierung des Wohnungsmarkts in Leningrad ist bereits in vollem Gange.

Ungleicher Tausch und Rubelkonvertibilität

Das Bild einer vom Weltmarkt abgekoppelten Sowjetunion war auch früher schon nicht stimmig: Für den Import westlicher neuer Technologien und von Nahrungsmitteln bezahlte die SU – ganz klassisch trikontinental – mit dem Export von Rohstoffen, besonders Gold und Erdöl, und mit dem Export von Waffen; der Rohstoffreichtum und die Goldreserven waren seit den 70er Jahren Grundlage der Kreditierung des sowjetischen Regimes durch westliche Großbanken. Auf diesen ungleichen Tausch zu den jeweiligen terms of trade der internationalen Ausbeutungsordnung beruht heute ein großer Teil des Außenhandels der SU; in den ersten fünf Monaten 1990 verkaufte die SU z.B. 300 t Gold nach London und Zürich, um Getreidelieferungen zu bezahlen[43]. Die internationalen Goldmärkte befürchteten Anfang '91 einen Ausverkauf der sowjetischen Goldreserven.

Eine neue Entwicklung unter Perestroika-Bedingungen bestand nun darin, daß die Handelskompetenzen von der zentralen Ebene auf Republik- bis hin zu Kombinatsebene erweitert werden. Einige Beispiele:

★ Die "Waffenschmiede" Swerdlowsk hat das Recht bekommen, eigene Industrieprodukte im Ausland gegen Lebensmittel einzutauschen.[44] Nach dem Swerdlowsker Hungeraufstand, der den örtlichen Parteivorsitzenden aus seinem Sessel fegte, wird die Zuständigkeit für die Lebensmittelversorgung den Belegschaften von URALMASCH zugeschoben.
★ Das Bogosloskij-Werk hat einen Vertrag über die Lieferung von 500 t Aluminium gegen 500 t Fleisch abgeschlossen.[45]
★ Die Siemens-AG hat einen Vertrag abgeschlossen über die Lieferung von PC's und Bauteilen samt Montagetechnologie und Ausbildungsprogramm, der finanziert werden soll durch die Vermarktung sowjetischer Chemikalien.

Mitte 1991 hatten 17.000 sowjetische Betriebe das Recht, ihre Produkte direkt auf dem Weltmarkt zu verkaufen; Voraussetzung dafür war, daß die SU zum 1.1.91 ihre Außenhandelsbeziehungen zu allen Ländern auf Weltmarktpreise und Valuta umstellte (für die ehemaligen RGW-Länder gab es vorher die künstliche Verrechnungseinheit des Transferrubels). So wurde – zusammen mit der Aufhebung des staatlichen Außenhandelsmonopols – ein Einfallstor geschaffen, durch das die Weltmarktbedingungen bis auf die Fabrikebene (ausgewählter Betriebe) einsickern können und diese so zu Modellen einer neuen Marktrationalität machen.

Seit Herbst 1990 unterliegt Devisenbesitz keinen Beschränkungen mehr, Valutabörsen und -auktionen florieren; der Dollar ist bereits zur Zweitwährung geworden. Daß die Durchsetzung der Rubelkonvertibilität nur um den Preis einer gewaltigen Enteignungsaktion zu realisieren ist, haben wir weiter oben beschrieben.

Partizipation am internationalen Weltkommando durch Anerkennung der internationalen Ausbeutungsordnung

Mit der Unterwerfung unter die Bedingungen des Weltmarktes korrespondierte das Bemühen der Umbaustrategen, über Teilhabe an den internationalen Kommandozentralen zum integrierten Bestandteil des transnationalen Krisenmanagements zu werden: So lagen Anfang '91 Beitrittsgesuche zu IWF, GATT, OPEC und G 7 vor und werden wohlwollend-herablassend beschieden; die Planungsstäbe für das Umbauprojekt werden zunehmend internationalisiert, letztes Beispiel: GRAND BARGAIN.

Ähnliches gilt für die neue Weltinnenpolitik: Die Beteiligung am Golfkrisenmanagement ließ sich die SU in Dollar versilbern – Kuwait, Oman und die Vereinigten Arabischen Emirate zahlten Kredite in Höhe von 4 Mrd.$[46]; mit der WEU gibt es Gespräche über die Beteiligung an schnellen Eingreiftruppen, deren Einsatzgebiet bei inneren Unruhen das Territorium der SU mit einschließen soll; gleichzeitig dient der Verweis auf eine mögliche Ausweitung der innersowjetischen Konfliktualität auf Westeuropa in Form von großen Migrationswellen dem Regime als Druckmittel zur Loseisung weiterer westlicher Kredite, mit deren Hilfe ein nach innen wie nach außen repressiv abgesicherter Umbauprozeß beschleunigt werden soll. Schließlich werden schon jetzt internationale Absprachen über die Nutzung von Schlüsselsektoren getroffen, so z.B. im Entwurf einer

"Gesamteuropäischen Energiecharta", in der u.a. über den "Zugang zu allen Energiequellen für Interessenten nach marktwirtschaftlichen Prinzipien" bereits heute eine "gesamteuropäische Vernetzung durch Stromleitungen sowie Erdöl- und Erdgas-Pipelines" geplant wird, "mit denen osteuropäischen Quellen direkte Verbindungen zu den westeuropäischen Absatzmärkten geschaffen würden"[47].

Daß die sowjetischen ArbeiterInnenunruhen im Energiesektor (vgl. unten) in die Formierung des Großeuropäischen Wirtschaftsraums eingreifen, macht ihre Brisanz für das revolutionäre Projekt Europa aus.

In einzelnen Abschnitten haben wir beschrieben, wie der Perestroika-Angriff auf den Ebenen der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik und der Einpassung in den Weltmarkt vorangetrieben wurde. Die Trennung der Ebenen ist eine künstliche: so dienen die Zerstörung von Lebenszusammenhängen durch Verarmung und von Versorgungssystemen durch eine neue Preispolitik ebenso wie bspw. die Implantation neuer privatwirtschaftlicher Projekte der Zurichtung des überkommenen Systems auf die Integration in den Weltmarkt. Erste Voraussetzung für eine Einpassung in die internationale Ausbeutungsordnung ist Demontage und Destruktion nichtrentabilisierbarer "Überlebenszusammenhänge"; in diesem Stadium befindet sich der gewaltsame Transformationsprozeß gegenwärtig (Anfang 1991).

Die Neuzusammensetzung zu einem System rationaler Verwertung ist nicht abzusehen, die Planer sehen sich konfrontiert sowohl mit gezielten Angriffen auf ihre Projekte (z.B. Kooperativen und Preiserhöhungen), mit sozialen Explosionen ungeahnten Ausmaßes und mit einer weitverbreiteten, schwer greifbaren Widerständigkeit, die, wo sie attackiert wird, sich oft in neuer, (auch für uns) schwer kalkulierbarer Weise verstärkt artikuliert.

Die Konfrontation verläuft zunehmend offen und spektakulär, daneben aber offensichtlich auch in großem Maße verdeckt und unspektakulär – mit Formen der Verweigerung und Nichtanpassung; der Ausgang ist offen. Eine Internationalisierung der Verwertungsbedingungen in einem weltmarktintegrierten, neu zusammengesetzten Modell ist derzeit nicht absehbar – der Versuch ihrer Durchsetzung sähe sich mit der Internationalisierung auch der sozialen Unruhen konfrontiert.

1. Komunist 10-1989, S. 78, zit.n. H. Conert,a.a.O., S. 203.
2. K. Mänicke-Gyöngyösi, Geschlechterverhältnis, Modernisierung und neue Öffentlichkeit in der Sowjetunion, in: Feministische Studien 1/89, S. 66.
3. J.H.v. Heiseler, Moskauer Gespräche, in: Z Nr.4, 12/90, S. 164.
4. Ebenda, S. 168.
5. T. Saslawskaja, Studie von Nowosibirsk, abgedruckt in: Osteuropa 1/84.
6. Popov, Ende Januar 1987 in der Prawda, zit.n. K. Segbers, Sozialkampf in der Sowjetunion? in: Osteuropa-Info Nr. 68/1987.
7. Vgl. U. Halbach, Nationalitätenfrage und Föderation, in: Osteuropa 11/90.
8. K.v. Beyme, Reformpolitik und sozialer Wandel in der Sowjetunion 1970-1988, Baden-Baden 1988, S. 22.
9. L. Gordon/E. Klopov, Zur Charakteristik der heutigen Etappe revolutionärer Umgestaltungen in der sowjetischen Gesellschaft, in: K. Segbers (Hg.), Perestroijka Zwischenbilanz, Ffm. 1990, S. 36.
10. In: Sozialismus 4/89.
11. Ebenda.
12. Ebenda.
13. Alles zit.n. R. Ahlberg, Armut in der Sowjetunion, in: Osteuropa 12/90.
14. Zit.n. Segbers, Sozialkampf, a.a.O., S. 33.
15. Osteuropa-Archiv 10/90.
16. T. Saslawskaja, Die Gorbatschow-Strategie. Wirtschafts- und Sozialpolitik in der UdSSR, Wien 1989, S. 221.
17. E. Schönfelder, Zur Lage der Alten, Kranken und Behinderten in der Sowjetunion, in: Osteuropa 3/90.
18. Zit.n. Osteuropa 11/90.
19. Ahlberg, a.a.O., S. 1160.
20. NZZ v. 26.1.91.
21. Schönfelder, a.a.O., S. 230.
22. Ahlberg, a.a.O., S. 1167.
23. Zit. aus Argument 170/1988, S. 500.
24. E.G. Azarowoa, zit.n. Schönfelder, a.a.O., S. 233.
25. B. Knabe, Gesellschaft und Gesellschaftspolitik in der Perestrojka, in: Sowjetunion 1988/89: Perestrojka in Krise, München 1989, S. 25.
26. Wegen Mißachtung aller Arbeitsschutzvorschriften liegt die Zahl der Arbeitsunfälle erschreckend hoch; Statistiken werden ledigl. über Tote bei Arbeitsunfällen veröffentlicht; 1988 waren dies 200.000 Menschen (Prawda v. 19.6.89, zit.n. Schönfelder, a.a.O., S. 237).
27. Alle Angaben und mehr Details in: Osteuropa 10/89.
28. In Moldoj komunist 1/90, zit.n. Osteuropa-Archiv 10/90.
29. Vgl. die Untersuchungen zu diesem Kalkulationsmodell im Nationalsozialismus von G. Aly und S. Heim, a.a.O.
30. K.v. Beyme, a.a.O., S. 58.
31. Ahlberg, a.a.O., S. 1169.
32. W. Gumpel, Zur ökonomischen Lage in den Turkgebieten, in: Osteuropa 12/90, S. 1178.
33. Gumpel, a.a.O.
34. K.v. Beyme, a.a.O., S. 59.
35. Saslawskaja, Gorbatschow-Strategie, a.a.O., S. 87.
36. Ebenda, S. 154.
37. Ebenda, S. 187.
38. In: TAZ-WORLDMEDIA Nr. 1 v. 24.12.1990.
39. SZ v. 28./29.7.90.

40. SZ v. 28./29.7.90; SZ v. 15./16.9.90; SZ v. 23.10.90.
41. Vgl. Moscow News Nr. 9 9/90.
42. Vgl. auch Berichte über Konflikte und gespaltene Öffentlichkeit in Nachodka, in: Business in the USSR Nr. 8, 1/91.
43. SZ v. 2.8.90.
44. SZ v. 25.10.90.
45. Ebenda.
46. SZ v. 28.12.90.
47. FR v. 24.2.91.

4.
Die Explosion gesellschaftlicher Kämpfe in der Sowjetunion als Reaktion auf die Zerstörung des sozialen und ökonomischen Alltagslebens

"Die politischen Revolutionen,
die die alten Regime auseinandertrieben,
sind in den meisten Ländern Osteuropas bereits vorüber.
Die sozialen Revolutionen stehen dagegen erst am Anfang"
(N. Preobrazenskij, Cas Pik, 13.5.91).

Die Zerstörung des sozialen und ökonomischen Alltagslebens wurde in der Sowjetunion brutal vorangetrieben. Die oben exemplarisch dargestellten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Maßnahmen einer "ÖKONOMIE DER DESTRUKTION DES SOZIALEN" zielten strategisch auf die gewaltsame Transformation der sowjetischen Gesellschaft als Ganzer in ein produktives, von den Fesseln sozialer Renitenz und Beharrlichkeit befreites und auf den Weltmarkt ausgerichtetes Entwicklungsmodell.

Es war der Versuch, aus der Krise der sowjetischen Akkumulation, der Krise der Arbeitskraft- und Ressourcenverwertung – dem Scheitern des "sowjetischen Militärkeynesianismus" des Kalten Kriegs – die Akkumulationsbasis für ein neues Akkumulationsregime zu reorganisieren.

Die gewaltsame Destruktion der materiellen und moralischen Bedingungen gesellschaftlicher Reproduktion entfachte einen Sturm sozialer und politischer Kämpfe in einem bisher nicht gekanntem Ausmaß, die die Konzepte der Modernisierungsplaner (vgl. Schatalin-Programm) über Nacht zu Makulatur verwandelten. Dabei sind die Zentren der politischen und sozialen Kämpfe oftmals diejenigen, in denen seit den 50er Jahren Aufstände und Streiks stattgefunden hatten. Sind wir bei den früheren sozialen Unruhen davon ausgegangen, daß informelle Kerne die Aktivitäten strukturierten, so erscheint es uns als sehr wahrscheinlich, daß aus diesen Gruppen heraus die Streiks und Proteste Ende der 80er Jahre vorangetrieben wurden. Anders ist das plötzliche Auftauchen selbständiger Streikkomitees und ArbeiterInnenräte kaum zu erklären. Aber auch ein Generationenwechsel deutet sich in den Klassenkämpfen an. Waren

die bisherigen Kämpfe stets auf materielle Forderungen beschränkt geblieben, so tragen die neuen Kämpfe bewußt anti-staatliche und "antikommunistische" Züge.

Daß der soziale und ökonomische Deregulierungsprozeß, das Aufbrechen einer sozial, moralisch und politisch verfestigten Gesellschaftsstruktur in Kürze seine intendierten Folgen zeitigen würde, war nicht zu erwarten; vielmehr formierte sich eine unüberschaubare antagonistische Gesellschaftlichkeit, die in ihren Kämpfen und Verhaltensweisen neues soziales und politisches Terrain zu besetzen verstand.

Welche Dynamik und welchen Charakter dieser gesellschaftliche Widerstand in Zukunft annehmen wird, ist noch nicht abzusehen. Entscheidend wird auch die europäische und internationale finanzielle und politische Intervention in diesen Prozeß sein (z.B. Grand Bargain, EBRD etc.).

Der Ausgang der gesellschaftlichen Konfrontation mit den Regimes ist noch offen, auch wenn eine militärische Eindämmung der sozialen Konfliktualität tendenziell droht – in deren Verlängerung eine militärisch abgesicherte Entwicklungsdiktatur peripheren Zuschnitts vielleicht sich zu etablieren vermag. Das Ausnahmeregime im August '91 war lediglich die militärisch-konservative Variante. Segmente dieses Kampfzyklus in der Sowjetunion haben wir zu rekonstruieren versucht.

4.1. Eine Lawine nationaler Befreiungsbewegungen und sozialer Aufstände in der sowjetischen Peripherie

Auch wenn sich heute die politische und soziale Situation in der ehemaligen sowjetischen Binnenperipherie anders darstellt als während der Transformationsperiode, so bleiben die in jener Zeit stattfindenden Entkolonialisierungs- und Unabhängigkeitsprozesse, die darin transportierten sozialen und politischen Forderungen und Erwartungen auch in der Gegenwart virulent.

Die Aufstands- und Unabhängigkeitsbewegungen der sowjetischen Peripherie gegen das Unionszentrum waren zu einem entscheidenden Faktor geworden, der die Reorganisation der inner-

sowjetischen Arbeitsteilung und Ausbeutungsordnung blockierte und die Fesseln der poststalinistischen kolonialen Raub- und Wertabpressungsordnung sprengte.

Die alte, auf Konzessionen – vor allem an die kooptierten nationalen Eliten – beruhende Kolonialordnung, die die stalinistische auf Zerstörung bäuerlicher Arbeitskultur und Extraktion absoluter Wertraten basierende ablöste, wurde mit steigenden Kosten für ihre Aufrechterhaltung dysfunktional. Gleichfalls nutzlos wurde die Kooptierung autochthoner gut ausgebildeter Klassen. Die erhoffte Steigerung der Arbeitsproduktivität, -migration und Kapitalrentabilität blieb aus. Die Entwicklungsinvestitionen in die Peripherie wurden durch die soziokulturelle Verweigerungs- und Widerstandshaltung gegen ein eurozentristisches Produktionsmodell absorbiert.[1] So läßt sich für die zentralasiatischen Republiken (Tadschikistan, Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Kirgisien) und für Transkaukasien (Aserbaidschan, Georgien, Armenien), aber auch für autonome Regionen (Abchasien, Süd- und Nordossetien, Nachitschewan u.a.) von einem nachholenden "Entkolonialisierungsprozeß" sprechen. Dagegen speiste sich der Sezessionsprozeß der moldawischen und der ukrainischen Republik und der des Baltikums (Litauen, Estland, Lettland), die in den Strudel des Zerfalls des sowjetischen Satellitengürtels geraten waren, aus den politischen und ökonomischen Erwartungen an den zukünftigen Europäischen Großwirtschaftsraum. An dieser Stelle unseres Aufsatzes wollen wir lediglich darlegen, wie die Dynamik sozialer und politischer Prozesse, die sich an einer latenten sozialen Konfliktualität, an einem interethnischen Spannungsmilieu, das bisweilen Formen des blutigen Pogroms annahm, oder an der politisch-ökonomischen Abhängigkeit der Republiken im unionszentrierten militärkeynesianistischen Raubgefüge zu entzünden vermochte, plötzlich umschlug in soziale Aufstands- oder politisch-parlamentarische Unabhängigkeitsbewegungen. Weitere Ausführungen befinden sich im Thesenpapier zu den sog. Nationalitätenkonflikten (s. Abschnitt 7).

Anfangs sind alle diese Bewegungen durch ihren nationalen, ethnisch-homogenen Charakter gekennzeichnet, ihre nationalen Führungskader sind, von der rasanten Radikalisierung der Bewegungen gedrängt, gezwungen, gegen den deregulierenden Modernisierungsangriff Front zu machen, wollen sie nicht das Schicksal der alten und neuen kooptierten Eliten teilen, die politischer und sozialer Druck hinweggefegt hatte[2]. Die nationalen Bewegungen der Inter- und

Volksfronten wurden zunehmend von Speerspitzen der Perestroika zu deren Sprengmeistern. Die Entgarantierung gesicherter Lebens- und Arbeitsverhältnisse, der sozialpolitische und ökonomische Druck auf das Reproduktionsniveau, der in den südlichen Republiken zur Existenzfrage sich steigerte, lag den diversen nationalen Bewegungen gemeinsam zugrunde. Der soziale Sprengstoff, der sich mit dem gesellschaftlichen Rationalisierungsangriff der Modernisierer weiter auflud, explodierte national. Ob die sozialen Revolten und nationalen Emeuten (Erhebungen) letztlich ins jeweils Nationalistische kanalisiert und gebändigt werden können, ist noch offen und bleibt abzuwarten und ist im Baltikum vielleicht eher der Fall als in den Südrepubliken. Selbst nach der Erlangung "nationaler Unabhängigkeit", die aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit vieler Republiken von den Unionsstrukturen immer begrenzt bleiben wird, bleiben die nationalistischen Tendenzen ambivalent, denn der soziale Druck der Unterklassen mischt die politischen Verhältnisse immer wieder neu auf. Auch im Baltikum werden Menschen von nationaler Unabhängigkeit nicht satt, wie die Brotpreisrevolte im Januar 1991 gezeigt hat. Generell tauchen bei den Befreiungsversuchen von der politischen und ökonomischen Dominanz des Unionszentrums am Horizont die Entwicklung nationalistisch-reaktionärer Regime auf. Tendenzen, die bereits Fanon für antikoloniale Befreiungsbewegungen beschrieben hat.

Daß die nationalen Befreiungsbewegungen bisweilen weit über die gesteckten und tolerierten Grenzen des Krisenregimes hinausdrängten, zeigte allerorten ihre blutige Eindämmung. An einigen Beispielen wollen wir diesen Umschlag in Aufstands- und Unabhängigkeitskämpfe aufzeigen:

★ Tadschikistan gehört zu den durch die Baumwollmonokultur zugerichteten zentralasiatischen Republiken, wo neben einigen arbeitsintensiven Fertigungen der Leichtindustrie keine andere industrielle Struktur vorherrscht. Tadschikistan gehörte, wie alle zentralasiatischen Republiken, zu den ärmsten der Sowjetunion. Im Februar 1990 kam es in der Hauptstadt Duschanbe zu tagelangen Straßenkämpfen, bei denen mehr als 7.000 Armeesoldaten eingesetzt wurden. Die Straßenschlachten wurden von Plünderungen und Übergriffen auf nicht-tadschikische Einwohner – vor allem russische Arbeitsemigranten – begleitet, das ZK-Gebäude wurde angegriffen und angezündet. (1990 haben über 30.000 Russen Tadschikistan

wegen der anhaltenden Unruhen verlassen). In den Städten überstieg der russische Bevölkerungsanteil 30%. Sie dominierten die KP Tadschikistans und besetzten die qualifizierten Jobs in Verwaltung und Fabriken. Anlaß der Unruhen war das Gerücht, daß mehr als 5.000 armenische Flüchtlinge in einem Neubaugebiet der tadschikischen Hauptstadt angesiedelt werden sollten. Als die letztlich nur 39 Flüchtlinge umfassende Gruppe ausgeflogen worden war, entbrannten die Unruhen. Der soziale Hintergrund der Unruhen in der sowjetischen Baumwollkolonie war die vergebliche Demonstration tausender Obdachloser, die eine Woche zuvor in die Republikhauptstadt gezogen waren und Hilfen für den Wiederaufbau ihrer durch ein Erdbeben zerstörten Dörfer gefordert hatten.[3] Die sozialen und innerethnischen Spannungen entluden sich in Duschanbe gegen die russisch dominierte Kolonialordnung (u.a. autochthone Landbevölkerung – russisch dominierte Stadt). Getragen wurden die Unruhen von den vielen asiatischen Jugendlichen, die den großen Teil der 28-35% Arbeitslosen ausmachen. Die Unruhen griffen auf Kirgisien und Kasachstan über; in Kasachstan waren die Revolten vor allem antirussisch und allgemein gegen Weiße gerichtet sowie separatistisch gefärbt.[4] In Duschanbe traten lokale Führer der KP zurück; einem aus Aufständischen gebildeten Volkskomitee wurde der Abzug der Sondertruppen zugesichert und soziale Verbesserungen und die Schließung einer umstrittenen Aluminiumfabrik zugesagt. Tage später noch demonstrierten zehntausende für bessere Lebensverhältnisse; afghanische Mudjaheddin solidarisierten sich mit den tadschikischen Bewegungen.

★ Ein ähnlicher Konflikt ereignete sich im April 1990 in der armenischen Hauptstadt Eriwan. Nur war hier der Auslöser der Mechanismus der ökonomischen, innersowjetischen Arbeitsteilung. Auf Druck der sowjetischen Industrie sollte eine für die Gesamtunion produzierende Kautschukfabrik wieder in Betrieb genommen werden. Bei der Inbetriebnahme ereignete sich eine Explosion, Chlorgas trat aus, viele mußten mit schweren Vergiftungen in Krankenhäuser eingeliefert werden. Gegen die erneute Wiederinbetriebnahme demonstrierten 150.000 Menschen. Im Anschluß an die Demonstration griffen über tausend Jugendliche mit Steinen und Brandsätzen die Zentrale des KGB an. Während der vorangehenden Kundgebung war u.a. die Auflösung des KGB gefordert worden. Der Unmut richtete sich gegen diejenigen, die die Inbetriebnahme durchzusetzen hatten und eh verhaßt waren.

★ Eine ähnliche Konfliktstruktur wie in Tadschikistan wiesen die Unruhen im Sommer 1989 in Kasachstan auf (die Kasachen bilden in Kasachstan mit ca. 36% nur die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe hinter der russischen mit 40,6% [1987]). Die Unruhen, die in Nowi Usen begannen, breiteten sich schnell auf andere Gebiete östlich des Kaspischen Meeres aus. Zu Revolten kam es in den Städten Jeralijew, Kulsary, Schetpe und Fort Schewtschenko. Die vor allem jugendlichen Aufständischen forderten in allen Städten: Aufhebung der Lebensmittelrationierung, Auflösung der privaten Genossenschaftsunternehmen, die überwiegend von kaukasischen Bevölkerungsteilen betrieben wurden, Abzug der Aufstandstruppen, Ausweisung der Händler und der Arbeitsmigranten auf den Öl- und Gasfeldern, die einen weit höheren Lebensstandard als die einheimische Bevölkerung aufweisen konnten. Es kam zu tagelangen Plünderungen und Straßenschlachten. Bewaffnete Jugendliche stürmten mit Brandsätzen, Steinen und Eisenstangen die Polizeistation in Nowi Usen. Jugendliche riefen zu Sabotage auf, um das öffentliche Leben zum Erliegen zu bringen. Nur ein Viertel der Beamten und Arbeiter erschienen darauf zur Arbeit. Jugendliche Militante sabotierten Wasser- und Stromleitungen und griffen eine Raffinerie an. Der russische Parteichef, G. Kolbin, wurde gegen den Kasachen, N. Nasarbajew, ausgewechselt. Die Ernennung Kolbins zum Parteichef hatte bereits im September 1988 zu schweren Unruhen in der kasachischen Hauptstadt Alma Ata geführt, da er den "lokalen Stalin" D. Kunajew, der der Korruption beschuldigt wurde, ablöste.[5] Die privaten Genossenschaften waren im Mai 1989 Auslöser ähnlicher Unruhen in Turkmenistan.

★ Anfang Juni 1990 brachen blutige Kämpfe zwischen Usbeken und Kirgisen in der kirgisischen Stadt Osch aus, die an Baulandzuweisungen sich entzündet hatten. Mitte Juni waren die Unruhen umgeschlagen und richteten sich nun gegen die Armee-Einheiten in Frunse und Osch. Heckenschützen beschossen Soldaten und Truppenfahrzeuge, Versorgungslastwagen der Armee und KP-Büros wurden überfallen, Barrikaden errichtet. Von Plünderungen und Brandstiftungen wurde berichtet. Eine Demonstration der Demokratiebewegung wurde vom kirgisischen Innenminister, der gleichzeitig lokaler Militärkommandant war, verboten. In der Region Osch kam es darauf zu Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen, die den Rücktritt des Innenministers forderten. Die Lage in Kirgisien war im Sommer so unübersichtlich und gespannt, daß der Chef der

Sondertruppen des Innenministeriums, J. Schatalin, in die Unruheregionen flog, um die Einsätze zu koordinieren.[6] In mehreren Städten tobten Straßenschlachten; usbekische und kirgisische Rebellen griffen zusammen Polizeiwachen an.

★ Auf dem Hintergrund des seit 1988 eskalierenden Territorialkonflikts zwischen den Unionsrepubliken Armenien und Aserbaidschan um die armenisch besiedelte Enklave Nagorny Karabach, eine autonome Region auf dem Gebiet Aserbaidschans, entfaltete sich ein Unabhängigkeitskampf beider Republiken gegen das Unionszentrum, der zunehmend Züge eines bewaffneten Guerillakrieges annahm. So griffen jugendliche Militante immer häufiger die Unionstruppen (KGB-, Armee- und Innenminister-Einheiten) an, überfielen Kasernen und plünderten reihenweise Waffendepots, mit deren Beständen die irregulären nationalen Verbände ausgestattet wurden. In Armenien und Georgien waren diese Milizen durch die nationalen Regime inkorporiert und in reguläre Milizeinheiten umgewandelt worden. Die nationalen politischen Kämpfe richteten sich verstärkt gegen die Besatzungstruppen und gegen die nationalen kommunistischen Führungen.
Nachdem es im Januar 1990 zu pogromartigen Übergriffen vor allem arbeitsloser aserbaidschanischer Jugendlicher zunächst gegen armenische, dann auch gegen russische Einwohner der aserbaidschanischen Hauptstadt Baku gekommen war, marschierten am 15. Januar reguläre Armee-Einheiten in Baku ein und belagerten die Stadt. Fünf Tage später eröffneten sie das Feuer und richteten ein Massaker an. Die nationalen Milizverbände und andere bewaffnete Gruppierungen begegneten der Besetzung Bakus mit einem Partisanenkrieg. Hintergrund für die militärische Intervention dürften u.a. die Befürchtungen des Zentrums gewesen sein, daß der radikale islamische Flügel der aserbaidschanischen Volksfront, die sich anfänglich noch Volksfront zur Unterstützung der Perestroika genannt hatte, die Macht in Baku übernehmen würde. Die Führer des islamistischen Flügels wurden Ende Januar verhaftet.[7]
Gegen die Militärintervention wurde ein republikweiter Generalstreik ausgerufen und die Forderung zur Entmachtung der kommunistischen Funktionäre erhoben. Die aserbaidschanischen ÖlarbeiterInnen legten die Ölförderung lahm.
Bereits im September 1989 war es zu einem einwöchigen Generalstreik gekommen, der die Anerkennung der aserbaidschanischen Volksfront durchsetzte.

★ Eine ähnliche Verlaufsform nahm auch der Kampf der Unabhängigkeitsbewegung der georgischen Nationalisten an. Nach dem Blutsonntag von Tiflis (9. April 1989) – als Zehntausend für nationale Autonomie demonstrierten, richteten reguläre Armee-Einheiten und die Aufstandstruppen des Innenministeriums ein Massaker unter den DemonstrantInnen an, wobei zwanzig von ihnen, vor allem Frauen, getötet wurden – zielte der Kampf der georgischen Nationalisten gegen das Unionszentrum.[8]
Im September 1990 wurden nach tagelangen Blockaden wichtiger Eisenbahnknotenpunkte und dem Streik der Lokomotivführer der Stadt Suchumi am Schwarzen Meer, der den gesamten Eisenbahntransport zur Küste zum Erliegen brachte, ein Mehrparteiensystem und Wahlen durchgesetzt. Gleichzeitig kam es zu Auseinandersetzungen mit den Sondereinheiten des Innenministeriums. DemonstrantInnen stürmten Mitte September das Hauptquartier des Staatssicherheitsdienstes, Fenster wurden eingeschlagen und das Mobiliar zertrümmert. Anfang November mußte die zentrumsorientierte KP Georgiens zurücktreten, die georgischen Nationalisten hatten sich bei Wahlen durchgesetzt und die Mehrheit erhalten. Im Mai 1991 wird der nationalistische Gamsachurdija zum ersten Präsidenten Georgiens gewählt.

★ Seit Januar 1990 gab es vor allem in der Westukraine Demonstrationen und Proteste für eine zentrumsunabhängige Ukraine. Bei Lokal- und Regionalwahlen bekamen Listen der Unabhängigkeitsbewegungen Mehrheiten. Trotz parlamentarischer Mehrheit der KP im Obersten Sowjet der Ukraine war diese gezwungen, im Juli die Souveränität der Ukraine zu erklären. Nach Massendemonstrationen und studentischen öffentlichen Hungerstreiks, die den Rücktritt des Regierungschefs und der Marionette Moskaus, W. Masol, forderten, trat dieser im Oktober zurück.[9]
Die studentischen Interventionen radikalisierten den Protest. Sie orientierten sich am europäischen Einigungsprozeß und gingen auf Distanz zur nationalistischen Unabhängigkeitsbewegung "RUCH", deren Führer sich immer mit den Herrschenden arrangiert hätten. Auch Teile der ukrainischen Streikbewegung forderten angesichts der desolaten Versorgungslage eine Loslösung der Ukraine vom sowjetischen Zentrum.

★ Die baltischen Unabhängigkeitsprozesse waren in den Medien immer gut dargestellt worden, wir ersparen uns daher an dieser Stelle eine weitere Darstellung.[10]

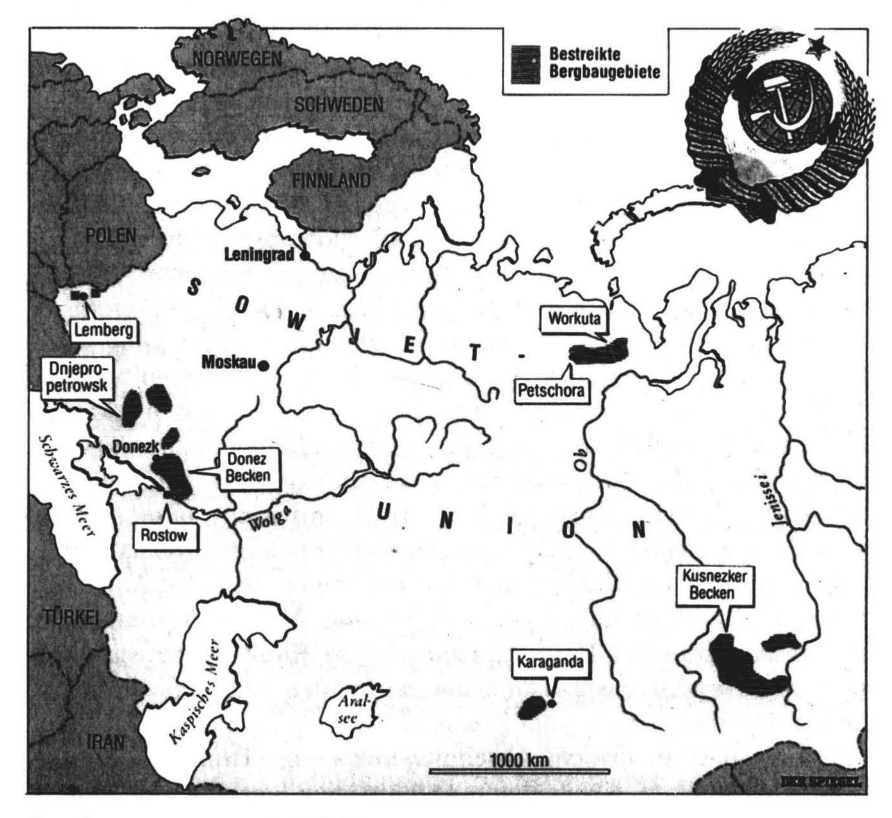
An einigen Beispielen haben wir den Umschlag der politischen, sozialen und ethnischen Dynamik in den Sowjetrepubliken aufgezeigt. Die Peripherie drohte während der Transformationsperiode das Zentrum zu sprengen und somit ein neues sowjetisches Entwicklungsmodell zu sabotieren: Guerillakrieg, Aufstände, Sezessionen, "Libanonisierung" einiger Republiken (bspw. Georgien: Abchasen/Georgier/Osseten, Moldawien: Moldawier/Gagausen/Russen).

Der Zerfall der Sowjetunion hat sich nach dem Ausnahmezustand im August '91 rapide beschleunigt. Dadurch ist die Aufrechterhaltung eines reorganisierten zentral gesteuerten Wirtschaftsverbandes, der die innersowjetische Arbeitsteilung und Ausbeutung organisierte, hinfällig geworden. Der nationale Ausdifferenzierungsprozeß läßt sich absehbar nicht in ein neues Kooperationsmodell integrieren. Schon Ende 1990 nutzten viele Republiken die Desintegration und Dezentralisation, um interrepublikanische Wirtschaftsverträge und -verbände zu gründen. Eine Tendenz, die sich in der GUS fortsetzt.

Daß sich die sozialen, ökonomischen und politischen Ausplünderungs- und Hegemoniestrukturen zwischen den Südrepubliken und dem neuen, russisch dominierten Zentrum bzw. den europäischen Republiken, die sich im Bewußtsein der islamischen Bevölkerung als "planmäßiger Krieg des 'Nordens' gegen den 'Süden' und als Unterdrückung nationaler Traditionen" widerspiegelten, wie es G. Gussejnow beschreibt[11], in einer Neuordnung eurasischer Arbeitsteilung der GUS-Gruppe reorganisieren lassen, ist trotz gegenseitiger Abhängigkeiten weniger zu erwarten (siehe unten). Einerseits ist die Finanzierung notwendiger Sozialpolitiken für einen neuen "organischen Konsens" in dem losen Staatenverband durch den stetigen Produktivitätszerfall unmöglich geworden, andererseits "ist (es) wohl an der Zeit", so die Ethnosoziologin G. Staravojtova, "die Realität nationaler Befreiungsbewegungen zur Kenntnis zu nehmen."[12] So sind die neu entstandenen Nationalstaaten gezwungen, die nationale Selbstbehauptung (Unabhängigkeit) und gleichzeitig den Anschluß an regionale Wirtschaftskooperationen und Wirtschaftszentren zu verfolgen. Unter der Regie transnationaler Kapitalorganisationen wird der Handlungsspielraum der nationalen Eliten noch weiter eingeschränkt.

Wir haben in diesem Abschnitt nur einige Brennpunkte der innersowjetischen Krisendynamik, die sich entlang der innersowjetischen Arbeitsteilung und des innersowjetischen Ausbeutungs-

gefälles entzündet hatten, aufgezeigt. Der alltägliche Widerspruch und Widerstreit, renitente Verhaltensweisen und Widerstandspraxen gegen die kulturelle, soziale und ökonomische Zerstörung durch das Krisenregime waren wesentlich vielfältiger und zugleich unauffälliger. Gegen den drohenden Zerfall des lebensweltlich verankerten gesellschaftlichen Zusammenhalts waren die antagonistischen Gegentendenzen von islamischer Rhetorik und Symbolik begleitet. Gleichzeitig wurde mit diesen Wellen nationaler Proteste und Unruhen in den Südrepubliken eine neue Elite autoritärer Reformer an die Macht gespült.



Streikgeographie im Juli 1989

4.2. Die Streikwellen der sowjetischen IndustriearbeiterInnen 1989-91 gegen den gewaltsamen Transformationsprozeß der Perestroika

Nachdem der kurze Rausch der "neuen posttotalitären Freiheiten" und der Nebel ihrer intellektuellen Inszenierungen verflogen waren, die die Auszehrung und Auflösung garantierter Lebensverhältnisse kompensatorisch begleitet hatten, entwickelten sich in der ganzen Sowjetunion Abwehrkämpfe. In den Streiks und Unruhen artikulierte sich nicht nur der Willen zur Verteidigung angegriffener Lebens- und Arbeitsbedingungen, sondern gleichsam ein spontanes Aufbegehren, neues soziales und politisches Terrain zu erobern. Die Streikenden griffen die zentrale ökonomische Verwaltung und ihre kommunistischen Kader in den Betrieben, die das Kommando über Arbeit und betriebliche soziale Dienstleistungen besetzten, an, auch, indem sie illusionslos Jelzin gegen Gorbatschow unterstützten und ausspielten.

Die in ArbeiterInnenkomitees umgewandelten Streikausschüsse wurden zeitweilig zur relevanten sozialen Gegenmacht, deren Autorität nur durch Androhung von Ausnahmeregimen, militärischen Interventionen und mit Streikverboten eingeschränkt werden konnte.

Das Ummünzen der ArbeiterInnenkämpfe und -proteste zum Avantgardismus des gesellschaftlichen Transformationsprozesses der Perestroika, längst als ideologische Manöver entlarvt, hat bei den technokratischen Modernisierern an Reiz verloren. Die Lust am politischen Spiel mit dem Feuer der Revolte ist ihnen gehörig ausgetrieben worden. Grigorij Jawlinski, einst wirtschaftlicher Berater Gorbatschows, dessen Modernisierungspläne in Washington mit den Vorstellungen von Harvard-, IWF- und Weltbankökonomen verschmolzen ("In zehn Jahren werden wir alle von den Reformen profitieren." J. Sachs), hielt dafür, daß die Logik seiner Transformationskonzeption "weder mit der ganzen Arbeiterschaft noch mit dem Bauerntum oder mit dem Parlament" besprochen werden darf.[13] Das Fiasko, das das von ihm mitentworfene "Schatalin-Programm" erlitt, wollte er nicht wiederholen müssen. (Der Wechsel der Modernisierungsprogramme und -eliten (von Schatalin bis Gaidar) spricht für sich). Schon 1982 diente er vergeblich Breschnew seine Umgestaltungspläne und die "Verengung der Sphäre sozialer Garantien" zur Arbeitsintensivierung an.[14]

Spätestens im Sommer '89 mit den ersten großen Ausständen in den Bergbauzentren geriet das Modernisierungsprojekt "Perestroika" in den Strudel unerbittlicher sozialer Kämpfe und drohte seitdem, in ihnen unterzugehen.[15] Den Untergang, das politische Ende der Perestroika besiegelte dann das Ausnahmeregime im August '91 – allerdings als Reaktion auf die zunehmenden Arbeits- und Entkolonialisierungskämpfe, die in einem neuen Unionsvertrag hätten Anerkennung finden sollen.

Trotz der ArbeiterInnenproteste in all den Jahren zuvor kamen die Massenstreiks zwischen '89 und '91 in diesem explosiven Ausmaß völlig unerwartet. Die bislang "passive Renitenz" konnte in einem liberalisierten öffentlichen Klima in eine offene Massenaktion umschlagen. Allein 1989, so die Regierungszeitung "Iswestija", seien täglich durchschnittlich 30.000 ArbeiterInnen im Ausstand gewesen. Sie schätzte den Produktionsausfall auf 793 Mio. Rubel und den Arbeitszeitverlust auf 7 Mio. Arbeitstage.

In den ersten 8 Monaten 1990 wurden insgesamt 1.700 Industriebetriebe und Wirtschaftsorganisationen bestreikt. Der geschätzte Produktionsausfall betrug 1 Mrd. Rubel und 10 Mio. Arbeitstage. Dadurch ruhte für durchschnittlich 200.000 ArbeiterInnen täglich die Arbeit in den von Zulieferungen abhängigen Industriezweigen.

Der Vorsitzende der Kommission für Konsumgüter der Nationalitätenkammer, G. Kiseljow, konstatierte Anfang 1990 die Gefahr des totalen Zusammenbruchs der sowjetischen Leichtindustrie wegen mangelnder Rohstofflieferungen. Zwischen 40 und 100 Betrieben müßten von daher bereits bis Ende November 1990 ihre Produktion einstellen. In der Dynamik der sozialen Konfrontationen verlor das Transformationsregime zunehmend die Kontrolle über die gesellschaftlichen Prozesse. Auch in den ethnisch-nationalen und antizentristischen Konflikten wurden immer häufiger Streiks, teils sogar Generalstreiks, als politische Waffe eingesetzt. Im Kontext der innersowjetischen Arbeitsteilung und Verwertungshierarchie sind diese Streiks, die in allen Republiken das nationale Aufbegehren unterstützten, auch als Kämpfe um bessere Lebensbedingungen zu lesen. So richteten sich bspw. die Streiks der aserbaidschanischen Ölarbeiter im September '89 und im Januar '90 gegen die innersowjetischen terms of trade, die 70 Kopeken je Tonne geförderten Öls festlegten.

Die nationalen Streikkämpfe richteten sich gegen die Modernisierung des deregulierten poststalinistischen unionsweiten Verwertungszusammenhangs, die nur die Rationalisierung der Ausbeutung oder die Ausgrenzung in die Elendsökonomie bereit hielt. An diesem Dilemma hat sich bis heute nichts geändert.

An dieser Stelle wollen wir jene Streikbewegungen darstellen und zu interpretieren versuchen – soweit sie dokumentiert sind -, die nicht noch zusätzlich durch nationale und ethnische Involvierungen gekennzeichnet waren.

Den großen Sommerstreiks 1989 in den sowjetischen Kohlerevieren gingen in Kemerovo (Kusbass = Kusnezker Kohlebecken, Sibirien) bereits 12 kürzere Ausstände und Warnstreiks voran, in denen die ArbeiterInnen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen kämpften. In Likino streikten die Omnibusbauer, in Norilsk die ArbeiterInnen des örtlichen Bergbau-Metallurgischen Kombinats. 1987 Streiks der Busfahrer in Tschechow und Jejsk für höhere Löhne, von WerksarbeiterInnen in Moskau und Nowokusnezk gleichfalls für höhere Lohnzahlungen. Aber alle diese kürzeren Arbeitskämpfe waren nur Vorboten der sozialen Explosion im Juli 1989.

Der BergarbeiterInnenstreik brach am 10/11. Juli in der Schnojakowmine in Meschduretschensk im Kusbass aus – eine Gruppe von 80 Arbeitern legte spontan die Arbeit nieder – sofort schlossen sich andere Gruben und Betriebe der Stadt dem Ausstand an. Zwischen 12.000 und 20.000 ArbeiterInnen streikten und hielten öffentliche Streikversammlungen ab. Von hier aus sprang der Funke auf alle sowjetischen Kohlereviere über und brachte das soziale Pulverfaß zur Explosion. Im Kusbass schlossen sich nach und nach immer mehr Gruben dem Ausstand an, bis letztlich 153 Minen bestreikt wurden. In der Kemerovo-Region streikten die Beschäftigten von über 160 Betrieben aus den Bereichen Kohleverarbeitung, Maschinenbau, Elektrotechnik und Leichtindustrie. Allein im Kusbass waren fast 180.000 ArbeiterInnen auf der Straße. Städtische Streikkomitees wurden in Kiselosk, Novokusnezk, Kemerovo, Leninsk-Kusneckij, Anzerosudznek und anderen Orten gebildet. In Prokojewsk wurde das regionale Streikzentrum der Bergleute im Kusbass eingerichtet. Am 15. Juli streikten die ersten Bergleute in Makejewsk (Donbass = Donez-Kohlebecken, Ukraine). Der Streik breitete sich bis zum 18. Juli auf 110 Bergwerke aus und umfaßte bis zu 90.000 ArbeiterInnen. Am 20. Juli griff die Streikwelle auf andere ukrainische Bergbauzentren in Dnjepropetrowsk, Rostow am Don



Bergarbeiterinnen in der Kusbass-Region in Westsibirien

und Lwow über. Nach einer Woche Streik traten auch die Bergleute im Petschora-Becken (Petschora, Workuta) am Polarkreis in den Ausstand (19- 24. Juli). Die Arbeitskämpfe erreichten schließlich auch das drittgrößte Kohlerevier im Karaganda-Becken in Kasachstan (19. – 22./23. Juli).

Innerhalb weniger Tage hatte sich der erste große BergarbeiterInnenstreik über das ganze Land ausgebreitet, ohne daß es organisatorische Verbindungen zwischen den Streikzentren gegeben hätte. Zeitweilig waren bis zu 370.000 ArbeiterInnen im Ausstand.

Im Verlauf der Streiks kam es in mehreren Städten im Kusbass und in Dnjepropetrowsk zu Demonstrationen, Kundgebungen und Unruhen, in denen die Bevölkerungen der Städte eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln und "Fleisch für alle" forderten, dabei wurden z.B. in Prokojewsk die Wohnungen lokaler Funktionäre nach Lebensmitteln und Vorzugswaren durchsucht. Solche Aktionen verweisen auf die Verteidigung einer egalitären Grundhaltung gegen das alte und neue bürokratische Privilegiensystem.[16] Die städtischen Streikkomitees organisierten die Aufrechterhaltung der kommunalen Versorgung und die Betriebsfähigkeit der Gruben. Sie entwickelten sich zu lokalen Machtorganen mit demokratischen Strukturen und gaben zum Teil eigene Streikzeitungen heraus.

Vereinzelt schlossen sich andere Industriesektoren den Streiks an. Die Streikwelle ebbte aber wieder ab, ohne daß sie das ganze Land hätte erfassen können. Am 24. Juli nahmen die letzten bestreikten Gruben und Betriebe die Arbeit wieder auf, nachdem die ArbeiterInnen Zusagen erhalten hatten, daß die Forderungen nach besserer Lebensmittelversorgung, größerer betrieblicher Autonomie, höheren Prämien u.v.m. erfüllt würden.

Im Sommer '89 explodierte in den sowjetischen Kohlerevieren der seit Jahren aufgestaute soziale Sprengstoff. Der soziale Unmut, der seit langem in den Quartieren und Elendssiedlungen der Bergbauregionen gärte, und die mit der Perestroika immer schlechter werdende Versorgungslage schlugen in die erste unionsweite spontane Streikwelle um, die die Sowjetunion erschütterte. Die Zentren der Bergbau- und Hüttenindustrie blieben fortan kaum zu kontrollierende Unruheherde.

Es sind vor allem die sozialen Mißstände (Wohnungsnot, elendige Barackenunterkünfte, Mangel an Nahrungsmitteln und notwendigen Alltagsgütern, ökologische Probleme), die unerträglichen Arbeitsbedingungen in den Gruben und Betrieben und das alltägliche Ringen um ein erträgliches Existenzminimum, das die Menschen in den Kohlerevieren auf die Straße trieb. Aber auch der innerbetrieblich gestiegene Arbeitsdruck, der mit dem Ende des sozialen Arrangements, dem Einvernehmen zwischen Betriebsmanagement und Belegschaften und den geforderten Rentabilitätserwartungen einherging, machte sich in den Streiks Luft.

Bislang konnten gegen die passive Stärke eines latenten Unruhepotentials von 2,7 Mio. ArbeiterInnen keine Produktivitätssteigerungen und effizientere Arbeitskräfteverwertung durchgesetzt werden. Einige Gruben galten als völlig unrentabel, ohne daß sie das Kohleministerium hätte schließen können.

Das Regime antwortete mit Desinvestment in die Bergbauregionen (z.B. flossen in die Kusbass-Region von 1,7 Mrd. Rubel Gewinn ganze 1,4 Mio. in das örtliche Budget zurück), ließ die soziale Infrastruktur verkommen und trocknete den Sozialfonds der staatlichen Gewerkschaften aus, verlagerte den Investitions- und Anlagenkapitalfluß auf die exportorientierte Gas- und Ölförderung, plante Zechenstillegungen und entließ zwischen 1986 und 1989 die ersten 34.000 ArbeiterInnen.

Der ökonomische und soziale Angriff des Transformationsregimes auf den "sozialen Deal" der Breschnew-Ära erfolgte mit dem Ziel, die Kapital- und Arbeitskraftverwertungsbedingungen zu reorganisieren,

um endlich die Produktivitäts- und Rentabilitätsschranken im Energie- und Brennstoffsektor zu durchbrechen.[17] Es trat damit gleichzeitig einen sozialen Aufstand los, der nicht nur die alten Regulationsmechanismen zentralistisch-korporatistischer Arbeits- und Produktivitätskontrolle hinwegfegte, was den Modernisierungs- und Entwicklungsplanern in der Auseinandersetzung mit dem bürokratisch verfestigten Apparat gelegen gekommen wäre, sondern der das Regime mit Forderungen und Erwartungen beinahe explosionsartig überrollte, die es zwischen '89 und '91 an die Grenzen des Zusammenbruchs führten. Die Wellen des ArbeiterInnenwiderstands trieben die Kosten der Energieproduktion in die Höhe, womit die energieintensive SU-Ökonomie an ihrer Wurzel getroffen wurde. Die bereits 1990 um ca. 8-9% rückläufige Erdöl- und Kohleförderung verhinderte die Forcierung des Energieexports zur notwendigen Devisenbeschaffung. Das staatliche statistische Amt, Goskomstat, rechnete 1991 mit einem Erdölexport von 61 Mio. t, was der Hälfte der 1990 exportierten Menge entspräche.(!)[18]

Wer insofern die Arbeitskämpfe im strategisch wichtigen Energiesektor als einen Unterstützungskampf der Perestroika interpretiert, erliegt der Rhetorik des Krisenmanagements. Auch wenn die Streikkomitees mit Forderungen nach größerer betrieblicher Selbständigkeit und regionalpolitischer Einflußnahme dem Sprachgebrauch der Rationalisierer folgten, blieben die Ausstände gegen das Rationalisierungs- und Deregulierungsprojekt gerichtet.

Kurzfristig konnte das Zentrum die sozialen Konflikte hinauszögern, indem es sie auf die lokalen Behörden und Bürokraten umlenkte. Die Erfüllung eines Geflechts aus politischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Forderungen vermochte das Zentrum zwar zu versprechen, aber sie einzulösen, mußte es um den Preis des eigenen Untergangs verweigern.

Die aus den Verhandlungen mit den zentralen Behörden resultierenden Vereinbarungen, mit jedem einzelnen Streikkomitee ausgehandelt und getroffen, wurden unterzeichnet und zwangen die ArbeiterInnen widerwillig in die Fabriken und Gruben zurück. Letztlich stand jedes Streikkomitee den Behörden allein gegenüber, so daß der Streik am 23./24. Juli ausgesetzt wurde. Die Streikkomitees verweigerten ihre Selbstauflösung und wandelten sich in Arbeiterkomitees um, die zu Keimzellen autonomer Organisierung und zukünftiger Streikbewegungen wurden.



Die Anfälligkeit "urbaner Netzwerke"
– Blockade des Zugverkehrs nach Moskau

EisenbahnerInnen und FluglotsInnen im strategisch wichtigen Transportsektor hängten sich an den Arbeitskampf an, drohten mit unionsweiten Streiks, falls Lohnforderungen nicht erfüllt würden. Das Transformationsregime nutzte die kurze Atempause. Der Oberste Sowjet verabschiedete im September '89 das erste sowjetische Streikgesetz, das Arbeitsausstände gesetzlich regelte. ArbeiterInnen der Verkehrsbetriebe und der Energieversorgung unterlagen fortan einem generellen Streiverbot. Daneben enthielt das Streikgesetz in Artikel 12a einen Passus, der auch jene Streiks unter Verbot stellte, die mit Forderungen nach gewaltsamer Abschaffung oder Änderung der sowjetischen Staats- und Gesellschaftsordnung einhergingen. Ein nutzloser legislativer Präventionsakt, nicht dazu angetan, die befürchteten kommenden Kämpfe einzudämmen. Gleichzeitig aber auch beredter Ausdruck, wie sehr sich das Regime durch die Ausstände und Massenaktionen in seinen Machtfesten bedroht fühlte. V. Samarin, der zeitweilig die Arbeitsgruppe des Obersten Sowjets zum Streikrecht leitete, antwortete auf die Frage, was er von dem überregionalen Zusammenschluß der Streikkomitees halte: "Wenn sich die Streikkomitees schon auf der Ebene der Städte und Verwaltungsbezirke zusammenschließen, dann können wir ja auch gleich

ein Gesamtunionsstreikkomitee bilden und das Parlament nach Hause schicken! Dann hätten wir zwar nicht die Diktatur des Proletariats, aber doch eine Diktatur der Produzenten." Samarin will daher auf jeden Fall die Arbeit der Streikkomitees auf die Betriebe und auf die mit diesen verbundenen Ministerien und Behörden beschränken, um "eine Doppelherrschaft aus(zu)-schließen".[19] Samarin sah bereits eine Doppelherrschaft heraufziehen: Die Selbstverwaltung und Selbstorganisation der Betriebe und Gruben durch die legitimierten ArbeiterInnenkomitees parallel zu den Staatsstrukturen der "Sowjetherrschaft". Ob es diese Entwicklung zur Doppelherrschaft zwischen 1989 und 1991 tatsächlich gab, können wir nicht bestätigen, daß Ansätze und Tendenzen sichtbar wurden, legt auch das von uns ausgewertete Material nahe. Den ganzen September und Oktober 1989 gärte es in den sowjetischen Industriebetrieben, verschiedentlich kam es zu neuerlichen Arbeitsniederlegungen. In Lwow demonstrierten die ArbeiterInnen gegen den Prügeleinsatz der Polizeieinheiten während einer Kundgebung und streikten.

Ende Oktober fanden in Workuta und im Kusnezker Kohlebecken wieder Warnstreiks statt. Im Kusbass legten über 20.000 ArbeiterInnen aus verschiedenen Branchen und die EisenbahnerInnen die Arbeit nieder, um die Erfüllung ihrer Juli-Forderungen einzuklagen. In Workuta forderten die Streikenden die Anerkennung der Arbeiterkomitees als ihre Interessenvertretung, die Erfüllung der Juli-Forderungen und die Abschaffung des Artikels 6 der Verfassung, der die führende Rolle der verhaßten KP festschrieb. Zeitweise streikten in Workuta 13 Gruben trotz eines Gerichtsentscheids, der die Warnstreiks als ungesetzlich erklärte. Auch die Strafandrohungen gegen die Streikführer konnten den Streik nicht unterbinden. Dagegen werden Partei- und Komsomol-Gebäude Ziele von Anschlägen. Im Kampf um die verbotenen Streikkomitees traten bis zu 15.000 Bergleute in der ehemaligen Strafkolonie in den Ausstand. Als die Konferenz der vereinigten Streikkomitees die Wiederaufnahme der Arbeit beschloß – eine Unterredung mit Regierungschef Ryschkow war erzwungen worden -, setzten allein 4.000 Bergleute in der größten Grube Workutas den Streik fort. Offiziell war der Streik jedoch nach über 3 Wochen beendet.

Ende 1989 spitzte sich die Konfrontation zwischen den selbstgewählten Arbeiter- und Streikkomitees und den regionalen und unionsweiten Kommandozentren zu. Die ArbeiterInnen wurden sich

zunehmend ihrer politischen Stärke bewußt; nachdem im Sommer die verschiedenen städtischen und regionalen Streik- und Arbeiterkomitees gegründet worden waren, bildeten sie neue regionale Verbände: z.B. Verband der Streikkomitees des Donbass, Arbeiterverband von Belorußland, Rat der Arbeiterkomitees des Kusbass, die Freie Gewerkschaft von Arbeitern und Genossenschaftlern in Perm, die Kiewer Arbeitergesellschaft und ähnliche Organisationen in anderen Städten. Sie alle grenzten sich deutlich vom offiziellen Gewerkschaftsverband ab und traten offen konfrontativ gegen ihn auf. Es läßt sich kaum ermessen, welch ungeheure Bedeutung die soziale Revolution, die in Form von Arbeitsräten und Streikkomitees, von Streikwellen und Revolten der politischen Reform von oben folgte, für den Krisenverlauf besaß. So hielten z.B. die mittlerweile entmachteten kollektiven Arbeitsräte und ein großer Teil der freien Gewerkschaften an der Selbstverwaltung der Fabriken durch die Arbeitsräte fest. Im Dezember 1990 forderte z.B. der Rat der kollektiven Arbeitsräte, daß die Betriebe und Gruben den ArbeiterInnen und nicht den neuen Eliten zu gehören hätten.

Die Streikwellen rissen auch 1990 nicht ab. Über das ganze Jahr wurde in über 124 Städten und Ortschaften gestreikt. 1 ½ Mio. ArbeiterInnen aus den verschiedensten Industriezweigen und Dienstleistungssektoren waren daran beteiligt. So z.B. in der westsibirischen



Entwicklung sozialer Gegenmacht in den Bergbaugebieten im Juli '89 Streikverversammlung im sibirischen Prokopjewsk mit der Losung: "Alle Macht den Volkssowjets!"

Region Tjumen. Dort, wo 60% des sowjetischen Erdöls und Erdgas gefördert werden, drohte die regionale Gewerkschaft, 700.000 ArbeiterInnen zum Streik aufzurufen, wenn nicht die Lebens- und Arbeitsbedingungen (z.B. Wohnungsbau, Lebensmittelversorgung) verbessert würden. Mitte Juni drosselten die Ölarbeiter von Nischnewartowsk die Ölproduktion um 10.000 t pro Tag, um ihren bis dahin nicht erfüllten Forderungen Nachdruck zu verleihen. Den ArbeiterInnen wurden die Gewinne aus dem Ölexport eines Produktionstages zugestanden. Anfang 1991 drohten erneut die 50.000 ArbeiterInnen in der Stadt Streschewoi in den Streik zu treten, wenn sie nicht einen höheren Anteil an der devisenbringenden Öl- und Gasförderung erhielten. Sie forderten höhere Löhne gegen den permanenten Kaufkraftverlust und eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln. Sie wissen sehr wohl um die Krise der sowjetischen Erdölindustrie, deren Fördermengen jährlich sinken, und einer ihrer Sprecher hält dagegen: "Jede Arbeit ist es wert, bezahlt zu werden. Dafür kämpfen wir. (...) Die goldenen Zeiten sind vorbei."[20]

Die ArbeiterInnen im energieproduzierenden Sektor setzten ihre ökonomische Macht verstärkt gegen das Unionszentrum ein, dessen einzige Devisenquelle im Energieexport liegt. Das Dilemma des Krisenregimes bestand darin, einerseits die Exploitation der Energieressourcen weit unter Weltmarktpreisniveau sicherstellen zu müssen, um mit der Herauspressung absoluter Werte den Rationalisierungsangriff zu speisen, andererseits hinnehmen zu müssen, daß die Arbeitskämpfe in diesem Sektor die Exploitationskosten so in die Höhe trieben, daß mit dem reduzierten Wertaufkommen der für den gewaltsamen "Umbau" erforderliche Technologie- als auch Nahrungsmittelimport massiv eingeschränkt wurde.

Anfang März 1990 begannen die politischen Streiks im Donbass, da wesentliche Forderungen immer noch nicht erfüllt waren. Am 11. Juli weitete sich der Streik landesweit aus. Die Bergleute, von vielen anderen Industriebetrieben unterstützt, forderten den Rücktritt der Regierung Ryschkow und die Abschaffung der Parteiorganisationen in Armee, Polizei, Staatssicherheit und Industriebetrieben. Den ArbeiterInnen war bewußt, daß die Parteinetze im Gewaltapparat bei Verschärfung der politischen Situation die Keimzellen der diktatorischen Macht darstellten.[21] Zu kürzeren Streiks kam es im Kusbass, Donbass, in Workuta, im Karaganda-Becken, auf der Insel Sachalin, in Magadan, Norilsk und in Novosibirsk, mehr als die Hälfte aller Gruben waren mindestens einen Tag im Ausstand. Die

ArbeiterInnenproteste hielten den ganzen Sommer über an. Angeheizt wurde die Unmutsstimmung in den Industrieregionen durch Tabak- und Nahrungsmittelmangel. Sie steigerte sich bis zu den sogenannten "Tabakunruhen". Fabrikbelegschaften traten für eine bessere Versorgung mit Nahrungsmitteln, Tabak, Fleisch und Wodka in den Streik, andere drohten mit dem Ausstand, in einigen Regionen machte sich der Unmut in Plünderungen Luft.

Gegen den offiziellen Gewerkschaftsverband wurde Anfang Mai 1990 auf dem 1. Allunionskongress der Arbeitsorgane ein freier Arbeiterrat mit der Absicht gebildet, die Rechte der arbeitenden Bevölkerung zu verteidigen und zu sichern. Gleichzeitig wurde eine Landarbeiterorganisation zur Wahrung der LandarbeiterInneninteressen gegründet. Im Juni '91 wurden die ersten Warnstreiks bzw. Streikandrohungen der LandarbeiterInnen bekannt.

Im Oktober 1990 wurde auf dem 2. Allunionskongreß der Bergleute – der erste fand im Juni statt – die unabhängige unionsweite Gewerkschaft der BergarbeiterInnen gegründet. Die Vertreter der Arbeiterräte lehnten einen Regierungsvorschlag zur Auflösung des Zentralrats der Gewerkschaften mit der Begründung ab, daß die Regierung lediglich versuche, darüber ihren Einfluß auf kleine Branchen- und Regionalorganisationen zu wahren. Binnen zweier Jahre erwuchs aus der Konfrontation mit dem Krisenregime eine autonome Organisationsstruktur der ArbeiterInnen, die für die Vorbereitung der Frühjahrsstreiks 1991 ausschlaggebend sein und die Arbeitskämpfe radikalisieren wird. Im Gegensatz zum Jahr davor breitete sich 1990 eine "stille Revolution" aus. Die Streikforderungen wurden zumeist erfüllt, bevor sich der Ausstand ausweiten und auf andere Regionen überspringen konnte, und die Selbstorganisierung der ArbeiterInnen setzte sich rhizomatisch fort.

Im Frühjahr 1991 herrschte in der Sowjetunion "an allen Ecken und Enden Aufruhr und Rebellion", kommentiert die NZZ vom 17.4.91 die Ereignisse. Es war die radikalste Infragestellung des Krisenregimes und seines Gewaltapparats durch die ArbeiterInnen seit 1985. In den Monaten März bis Mai schürten sie einen sozialen Aufstand, eine Revolte von unten gegen die Zentrale des Modernisierungsangriffs. In jenen Tagen wurde die Sowjetunion mit einer Welle unkontrollierter Unruhen und Massenstreiks überflutet, die das Transformationsregime an den Rand des Zusammenbruchs trieb. Die Kontrolle über die sozioökonomischen Prozesse hatte es zeitweilig vollständig verloren, paralysiert von der Heftigkeit der

Klassenaktionen. Gegen den Ausbeutungs- und Verelendungsdruck, gegen die physische Auszehrung der Bevölkerung ("Wir leben gar nicht – wir überleben bloß") setzten die ArbeiterInnen – und dieses Mal organisiert – ihren sozialen und politischen Aufstand. In diesem Aufruhr konnten sich politische und soziale Forderungen von Millionen von Menschen kurzzeitig homogenisieren: Für ein besseres und erträglicheres Leben – gegen das Pawlow-Gorbatschow-Regime. Kurze Zeit später schien es so, als formiere sich in den Massencharakter annehmenden Arbeitskämpfen und Sozialprozessen ein kollektiv handelndes Subjekt, das das Regime stürzen könnte. Der endgültige Sturz, den das Ausnahmeregime einleitete, wäre ohne die Frühjahrsunruhen undenkbar gewesen. Wir können an dieser Stelle nicht die ganze Dramatik und Schärfe der Frühjahrsunruhen in den Quartieren der Bergbau- und Industrieregionen darstellen und beschränken uns darauf, die wesentlichen Momente dieser Kampfphase nachzuzeichnen.

Wie bei allen Auseinandersetzungen mit dem Transformationsregime hatten die Kämpfe der ArbeiterInnen eine Vorlaufphase: Streikdrohungen im Donezkbecken für höhere Steinkohle-Ankaufpreise, Streik im Moskwitschwerk für höhere Löhne und längeren Urlaub. Im Februar drohte die regionale Vereinigung der Streikkomitees mit Förderstop, falls nicht den Forderungen nach besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen nachgekommen werde. Den Belegschaften wurde eine Lohnerhöhung um 500 Rubel zugestanden – Geldillusionen aus der Notenpresse. Anfang März beschlossen Vertreter der mittlerweile ca. 800.000 Mitglieder umfassenden Unabhängigen BergarbeiterInnengewerkschaft Warnstreiks für Lohnerhöhungen und Rentenberechtigung nach 25 Jahren Arbeit. Die Bergleute testeten ihre Macht. Eintägige Warnstreiks folgten im Karagandabecken und im Donezkbecken, Minen im Ural und in Workuta schlossen sich an. Die Warnstreiks gingen in Ausstände über. Am 4. März streikten Gruben im Kusbass und Donbass. Teile der Streikkomitees forderten den Rücktritt Gorbatschows und die Verlagerung der Macht auf den Föderationsrat. Streikende Bergleute in Rostow am Don forderten den Rücktritt der gesamten Regierung Pawlow. Sie weigerten sich, Kohle an die staatlichen Depots abzuliefern. Die Streiks dehnten sich auf die Westukraine (Nowowolinsk) und Tula aus. Noch verfolgten die Streikkomitees die Taktik der Schwerpunktstreiks. Im Falle des Ausnahmezustands und der Einsetzung von Sonderregimes in den Bergbauregionen drohten sie, den Generalstreik auszurufen.

Nach einer Woche riefen die Streikkomitees zu unbefristeten Streiks in den sibirischen und ukrainischen Gruben auf, den beiden größten sowjetischen Kohlerevieren. Mitte März mußten in der Ukraine die ersten Hüttenbetriebe und Stahlwerke ihre Produktion drosseln, Hochöfen und Stahlbetriebe standen vor der Schließung. Die Streiks weiteten sich aus, begleitet von Unterstützungsaktionen anderer Industriezweige (bspw. trat das größte sowjetische Asbestkombinat in einen eintägigen Warnstreik), insgesamt waren von der polnischen Grenze bis nach Sibirien über 165 Gruben bestreikt und über 300.000 ArbeiterInnen im Ausstand. Ihre gemeinsamen Forderungen waren:

Rücktritt Gorbatschows, Auflösung des Kongresses der Volksdeputierten, Rücktritt der Zentralregierung, Tarifabschlüsse, die Löhne und Arbeitsbedingungen vertraglich festlegten. Das Koordinationstreffen aller Streikkomitees und Vertreter der freien Gewerkschaften riefen in einem Appell an alle IndustriearbeiterInnen zur Unterstützung ihres Arbeitskampfes und ihrer politischen Forderungen auf. Das Koordinationstreffen setzte auf eine Verschärfung der Situation nach den Preiserhöhungen am 2. April. Ein Vertreter der Streikkomitees aus dem Donbass kommentierte die Forderungen so: “Es geht nicht mehr nur um ökonomische Forderungen, sondern um die Verbesserung unseres gesamten Lebens”.[22]

Die Regierungen der Ukraine und Kasachstans begannen Verhandlungen über die ökonomischen Forderungen mit den regionalen Streikkomitees. Zentral wurden 11 Verhandlungskommissionen gebildet und in die regionalen Streikzentren entsand. Die Streikkomitees verweigerten die Verhandlungen mit den Ministerialvertretern, die nur gekommen seien, um Streikbrecher zu rekrutieren.

Am 26. März faßte der Oberste Sowjet der UdSSR eine Resolution zur Aussetzung des Streiks. Die ArbeiterInnen im südsibirischen Kusnezk drohten daraufhin, die Gruben zu fluten. Die Regierung ging auf die Forderungen der Streikenden in Kusnezk ein und bot eine Verdoppelung der Löhne bis Ende des Jahres an. Die Zugeständnisse wurden nicht veröffentlicht. Die Arbeitskollektive und Belegschaften wiesen das Angebot zurück. Der Streik dehnte sich auf über 200 Gruben bis Ende März aus. Nach der “Preisreform” am 2. April, die Millionen in Existenznot stieß, erfaßten wilde Warnstreiks, Proteste und Plünderungen das Land. Im weißrussischen Minsk streikten fast alle Betriebe, in Schodino die LKW-Fabrik BELAZ, in Weißrußland wurde zum Generalstreik aufgerufen,

republikweit signalisierten 50 Betriebe ihre Zustimmung, in Minsk alle Fabriken und Dienstleistungsbetriebe. Selbst im Swerdlowsker Rüstungs- und Schwerindustriegigant URALMASCH hielten die ArbeiterInnen Warnstreiks ab. In der ganzen Sowjetunion herrschte Unruhe. Die Regierung Pawlow bot den Streikenden 500.000 Rubel für regionale Entwicklungsprogramme. Die ukrainischen Gruben wurden der Republikverwaltung unterstellt, die gleichzeitig die Schließung von 43 "unrentablen" Minen androhte. Der sowjetische Minister für Hüttenwesen forderte die Zentralregierung auf, den Ausnahmezustand auszurufen, um die Streiks zu beenden. Die Ölarbeiter im westsibirischen Tjumen forderten 20% der Produktion für sich und drohten mit einer "sozialen Explosion". Unterdessen legte das Transformationsregime seinen Krisenplan vor, der unter anderem ein Streikverbot, die Heranziehung von Arbeitern und Soldaten zur Sicherung der Ernte und zur Nahrungsmittelproduktion und den Arbeitseinsatz von Rentnern in landwirtschaftlichen Regionen mit Arbeitskräftemangel vorsah. Mitte April solidarisierten sich die ArbeiterInnen des Hütten- und Bergbauzentrums von Tscheljabinsk im südlichen Ural mit den streikenden BergarbeiterInnen. In Minsk wurden die Streiks während der Verhandlungen mit der Regierung ausgesetzt. Die örtlichen Streikkomitees in Weißrußland bildeten einen republikweiten Streikrat. Die Minsker ArbeiterInnen-Vertreter wiesen darauf hin, daß die Spaltung der Klasse, wie sie es selbst nannten, in ArbeiterInnen und qualifizierte Angestellte "geschlossener Betriebe" – so werden die für die Rüstung produzierenden Sektoren genannt – nicht mehr funktioniere.[23]

Die BergarbeiterInnen aus Workuta riefen die Bevölkerung schließlich zu einem unionsweiten politischen Streik auf. Neben dem bisher aufgestellten Forderungskatalog verlangten sie das Einfrieren aller Ausgaben für den militär-industriellen Sektor. In Kiew (Ukraine) und anderen Regionen wurde dem Aufruf zum Generalstreik gegen das Krisenregime nachgekommen. In der RSFR streikten verschiedene Maschinenbau-, Nahverkehrs- und andere Industriebetriebe. In Georgien und Aserbaidschan legten die ArbeiterInnen der den zentralen Branchenministerien unterstellten Fabriken die Arbeit nieder. Die Streikwelle erreichte das Erzabbaugebiet um die Stadt Kursk, in Gubkin wurden Erzgruben bestreikt. Auch die ArbeiterInnen des Wolfram- und Molybdän-Bergwerks in Choltosson (Burjatische autonome Republik in Sibirien) beschlossen einen 5-tägigen Streik. Die Krise der sowjetischen Industrie und die sozialen Spannungen näherten sich in jenen Apriltagen dem Siedepunkt.

Nach dem Abbruch der Verhandlungen in Weißrußland hatte das Gesamtstreikkomitee zur Wiederaufnahme des Generalstreiks aufgerufen. Gleichzeitig rief der Verband der Unabhängigen Gewerkschaften der Russischen Föderation, eine gemäßigte Organisation und Auffangbassin des regierungstreuen Gewerkschaftsverbandes, für den 26. April zu einem Generalstreik auf. Die Forderungen waren allerdings rein ökonomischer Natur und wurden von den Streikenden beargwöhnt. Die Unabhängige Gewerkschaft und das Koordinierungsgremium der regionalen Streikräte richteten einen Aufruf zu Verhandlungen an die Republikparlamente und -regierungen, da das zentrale Krisenregime "die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen in der Sowjetunion nicht mehr kontrolliert".[24] Mit diesem Schritt versuchten die Streikkomitees, das Krisenregime auszuhebeln.

Nach Gesprächen mit Vertretern der russischen Regierung wurden die ersten Gruben aus dem Zuständigkeitsbereich des sowjetischen Kohleministeriums ausgegliedert und der Republikverwaltung unterstellt. Einige Gruben nahmen darauf die Arbeit wieder auf, wurden aber von den Streikenden als Streikbrecher bezeichnet, die die Abmachung, den Streik gemeinsam zu beenden, nicht einhielten. In der Ukraine wurde eine automatische Lohnanpassung (max. bis 150%) an die allgemeine Teuerung zwischen Republikregierung und Streikkomitees vertraglich festgelegt. Daraufhin berieten die ukrainischen Bergleute über die Beendigung des Streiks. In Weißrußland wurde in verschiedenen Städten (Minsk, Soligorsk, Orscha, Brest, Witebsk, Borissow und Rijetschiza) der Aufruf zum Generalstreik befolgt. Parallel wurde vom Obersten Sowjet der UdSSR Pawlows Krisenplan, der u.a. Verbote von Streiks und Demonstrationen während der Arbeitszeit vorsah, gebilligt. Der sowjetische Ministerpräsident drohte den Streikenden Zwangsmaßnahmen an: "Möglicherweise muß man jetzt in einigen Branchen sogar ein Sonderregime einführen, in der Energiewirtschaft, beim Transport, in einigen Regionen des Landes. (...) Dies bedeutet nicht, daß wir jemanden mit Gewalt, sagen wir mit der Armee, an die Arbeit zwingen. Es bedeutet, daß wir jenen, die arbeiten wollen, die Möglichkeit – unter Einsatz von Ordnungskräften – zu einem normalen Arbeitsverlauf geben."[25]

Trotz angedrohter Zwangs- und Strafmaßnahmen (Arbeit vor den Mündungen von Maschinengewehren) und dem Abbruch einiger Streikbewegungen dehnte sich die politisch und ökonomisch moti-

vierte Streikwelle weiter aus (russische Hafenarbeiter in Klaipeda, Eisenbahner in Georgien), in Minsk und Kiew solidarisierten sich die StudentInnen mit den Losungen und Forderungen der ArbeiterInnen und bestreikten die Hochschulen. Tatjana Do vom Streikkomitee in Orscha (Weißrußland), wo erneut 30.000 ArbeiterInnen den Eisenbahnknotenpunkt besetzten, teilte Pressevertretern mit, daß das Bahnhofsviertel von Sondertruppen des Innenministeriums und Polizeieinheiten umstellt sei und die Streikenden ein Eingreifen der Truppen befürchteten.

Am 26. April folgten bis zu 40 Millionen dem Generalstreikaufruf. Sie streikten und demonstrierten unionsweit gegen den Verfall der Lebensgrundlagen, den angedrohten Ausnahmezustand in verschiedenen Wirtschaftssektoren und die Streikverbote – trotz eines gemeinsamen Aufrufs der Republikpräsidenten Jelzin und Gorbatschow, die Streiks zu beenden. Anfang Mai wurden die Gruben der russischen Föderation der Republikverwaltung unterstellt und die wirtschaftliche Selbständigkeit der Gruben beschlossen. Nach Absprache können die Gruben über 80% ihrer Deviseneinnahmen statt der bisherigen 6% verfügen. Am 10. Mai setzten die meisten Gruben ihren Streik aus; eine Woche später verkündete Gorbatschow in Absprache mit den neun Republikpräsidenten ein generelles Streikverbot für die Öl-, Gas-, Chemie- und Metallindustrie – für die Kohleindustrie und das Eisenbahnwesen sowie für die Elektrizitätswirtschaft galt bereits ein generelles Streikverbot. Streiks und Demonstrationen wurden mit hohen Strafandrohungen belegt. Mitte Mai dauerten die unbegrenzten Streiks in der weißrussischen Stadt Minsk zwar noch an. Der politische Aufruhr, der Millionen gegen das Krisen- und Notstandsregime auf die Straße trieb, war aber vorläufig beendet. Der Druck der Klasse, die sich in ihren Kämpfen konstituierte, trieb die herrschenden Modernisierungseliten aller Republiken zu einem politisch-taktischen Krisenbündnis zusammen (Unionsvertrag), das mit einem politischen Ausnahmeprogramm (Streikverbote etc.) reagierte. Mit der Dezentralisierung der Verwaltung der Kohlereviere auf die Republikebenen wurde den Streikbewegungen eine gemeinsame politische Stoßrichtung weggebrochen, ob aber damit die Arbeitskämpfe in die ökonomische Restrukturierung des sowjetischen Wirtschaftsraums kanalisiert und eingebunden wurden, bleibt abzuwarten.[26]

Auf die Frage, ob ein Generalstreik nicht illusionär sei, antwortete einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Streikkomitees Workutas: "Wie die vorangegangenen Aktionen gezeigt haben, wurden

90% unserer Forderungen erfüllt: Artikel 6, der der Partei die Vorherrschaft in unserer Gesellschaft sicherte, ist abgeschafft. Wir haben das als erste schon 1989 gefordert. Wir verlangten Ryschkows Abtritt. Er ist gegangen. Wir wollten keine Parteizellen mehr in den Unternehmen. Sie sind verschwunden. Pawlow wollte nicht mit den streikenden Kumpels reden. Wieder haben sie verloren. Wir wollten unsere eigene unabhängige Gewerkschaft. Sie waren dagegen. Mittlerweile ist sie gegründet. Alles ist eine Frage der Zeit. Gorbatschow wird gehen – mit Blut oder ohne Blut. Wem die Bergarbeiter ein Ultimatum stellen, der geht. Vielleicht noch nicht in diesem Jahr, möglicherweise aber schon im Sommer. Der Prozeß, den wir eingeleitet haben....! na, sie sehen ja selbst."[27]

Die verschiedenen Phasen des Kampfzyklus der sowjetischen ArbeiterInnenbewegungen 1989 bis 1991 zeigen deutlich, daß sich die Konfrontationen zwischen dem Transformationsregime und der Klasse zunehmend verschärft hatten. Auch wenn die ArbeiterInnen letztlich nachgaben, sich mit Teilergebnissen zufrieden geben mußten, blieben sie ein unkalkulierbarer Faktor für das Modernisierungsprojekt Perestroika.

Die Steigerung und Reorganisation der Ausbeutung, die rationellere und effizientere Verwertung der Arbeitskraft und ein rentablerer Kapitaleinsatz können – auch bei wirtschaftlicher Selbstverwaltung der Gruben und Fabriken – nur durchgesetzt werden, wenn gleichzeitig das Lebens- und Reproduktionsniveau der ArbeiterInnen angehoben wird. Einer rentablen Ausbeutung der sowjetischen Rohstoffreserven im Rahmen weltmarktintegrierter Arbeitsteilung und transnationaler Verwertungsimperative, der das Gefälle zwischen metropolitanem und peripherem Reproduktionsniveau festlegt, sind von daher enge Grenzen gesetzt, so daß neue Wellen erbitterter Arbeitskämpfe in der Sowjetunion zu erwarten sind, die, erfaßten sie das ganze Land oder trieben über die Grenzen der Sowjetunion hinaus, nur noch gewaltsam eingedämmt werden könnten. Diese Option ist sowohl in den Ausnahmedekreten des Regimes als auch in den Entwürfen einer westeuropäischen Eingreiftruppe (Einsatz in osteuropäischen Krisengebieten) enthalten. Die anfängliche Zurückhaltung der politischen Klassen Westeuropas gegenüber dem August-Ausnahmeregime unterstreicht die Akzeptanz einer repressiven Stabilisierung Osteuropas nur zu deutlich. Die westeuropäische Interventionsmöglichkeit in Osteuropa wurde vorläufig durch den KSZE-Prozeß institutionalisiert.

Die sowjetischen ArbeiterInnen kämpfen nicht nur gegen den gestiegenen Ausbeutungsdruck, das Abschmelzen sozialer Garantien und die Verelendung in der Transformationsperiode, sondern gegen eine Wertraubordnung im großeuropäischen Wirtschaftsraum vom Atlantik bis zum Ural, in der ihnen nichts als ihr Überleben am Existenzminimum in einer selbstverwalteten Elendsökonomie bliebe. Insofern greifen die Klassenkämpfe schon in die "neue Weltordnung" ein, bevor sie Konturen anzunehmen beginnen, indem sie politische und soziale Standards gegen eine unausweichliche Verelendung bei weltmarktorientierter Produktion einfordern. Daher sind die Klassenkämpfe in der Sowjetunion mit allen sozialen und politischen Kämpfen in Ost- und Westeuropa verbunden und in Analysen mit einzubeziehen. Sie können einen Vorschein auf einen ganz anderen europäischen Klassenkampfzyklus darstellen.

Nicht umsonst kommt die Konferenz des Amerikanischen Instituts für Sicherheitsforschung im ostslowakischen Bardejov zu dem Schluß, den Transformationsprozeß in der Sowjetunion finanziell und technisch gegen die sozialen Unruhen und deren politische Folgen zu unterstützen.

4.3.
Die Entfesselung sozialer Aufstandsbewegungen gegen die Zerstörung sozialer und ökonomischer Alltagswelten durch das Krisenregime

In den beiden vorherigen Abschnitten haben wir die Aufstände in der sowjetischen Peripherie und die Wellen der ArbeiterInnenkämpfe gegen das Transformationsregime dargestellt. Hier soll nun in drei kurzen Abschnitten die Darstellung des Spektrums der sozialen Kämpfe auf

a) die "Brotrevolten" und Plünderungen gegen die Inszenierung des Hungers
b) die Knast- und Lagerrevolten 1989/90
c) die Rebellion der Jugendlichen

ausgeweitet werden.

a) "Brotrevolten" und Plünderungen gegen die Inszenierung des Hungers

Kein Interview, in dem sowjetische Politiker nicht vor Hungerrevolten warnten. Doch Berichte über solche selbst dringen nur selten durch. Eine Ausnahme bildet die Welle von Nahrungsmittelaufständen im August/September 1990, die als Tabakrevolten bekannt geworden sind. Ein internes Informationspapier der Unterabteilung für Gerichtsstatistik des sowjetischen Justizministeriums, das S. Lammich erhalten und veröffentlich hat[28], belegt, daß die Plünderungen im Jahr 1989 um 66,3% auf 111.600 angestiegen sind. Wir halten das statistische Zahlenmaterial – trotz Skepsis und Interpretationsunsicherheiten – für einen matten Abglanz der Wirklichkeit sozialer Aufstände in der Sowjetunion, die sich an der inszenierten Verknappung von Nahrungsmitteln und anderer Verbrauchsgüter entzündet haben. So gehen die Unruhen in den südlichen Republiken regelmäßig mit Plünderungen einher, und der in der UdSSR als Hungeraufstand bekannt gewordene Aufruhr der Swerdlowsker Bevölkerung im Dezember '88 drohte, sich im Februar '90 zu wiederholen, als Hunderte protestierend durch die Straßen zogen und es auf dem Marktplatz zu Massenprotestaktionen gegen die Versorgungsmängel mit Wodka und anderen Nahrungsmitteln kam.[29]

Bereits am 30.7.1990 berichtete die Süddeutsche Zeitung, daß laut sowjetischen Presseberichten in verschiedenen Regionen ArbeiterInnen in den Streik getreten waren oder damit drohten, wenn die

Regierung die Versorgung mit Tabak nicht sicherstellte. Um Devisen einzusparen, wurde weniger Tabak importiert, und die tabakproduzierenden Republiken wie Moldawien erhöhten die Abgabepreise an das Zentrum. In den letzten Augusttagen 1990 kommt es dann in mehreren Städten zu Aufständen und Revolten (Moskau, Minsk, Tscheljabinsk, Nischni Nowgorod, Leningrad und Tula). In Leningrad werden von mit Ziegelsteinen bewaffneten Jugendlichen Barrikaden auf dem Newski-Prospekt gebaut; in Moskau kommt es in 14 Distrikten zu Straßenschlachten mit der Miliz; in Nischni Nowgorod (ehemals Gorki) bestürmen aufgebrachte Menschenmengen das Rathaus. In den Unruhen wurden neben Tabak auch Forderungen nach Brot und Fleisch gestellt, die bereits im Mai zur Mangelware erklärt und rationiert worden waren. In Tscheljabinsk beginnt der "Tabakaufstand" erstmal mit dem Einschmeißen einer Alkoholbude und der Blockade von Straßen durch umgestürzte Fahrzeuge, darauf ziehen die Aufständischen mit Rufen nach Wodka und Fleisch durch die Stadt. Auf der Hauptstraße haben sich 2.000 Jugendliche, mit Molotowcocktails bewaffnet, versammelt und ziehen los: das KGB-Büro, ein Kaufhaus, die Stadthalle und 13 Milizfahrzeuge werden demoliert. Die Plünderungen und Kämpfe mit der Miliz dauern drei Tage.[30]

Plünderungsrevolten begleiten auch die Nahrungsmittelpreiserhöhungen am 2. April 1991. In der Kaukasusregion Dagestan wird sogar von Massenplünderungen berichtet: Die Einrichtungen der freien Märkte werden zerstört, die Waren geplündert und Genossenschaftsläden zerstört.

In der Region Dagestan wurde Wochen später der Ausnahmezustand ausgerufen, nachdem muslimische Mekka-Pilger sich tagelang Auseinandersetzungen mit den Aufstandseinheiten des Innenministeriums geliefert hatten. Hunderte waren zuvor in Regierungsgebäude eingedrungen und hatten Zuschüsse zu Pilgerfahrten verlangt, da sie für viele unerschwinglich seien. Mit Sicherheit waren dies nicht die einzigen und letzten Nahrungsmittelaufstände, die sich an Preissteigerungen und künstlichen Verknappungen entzündeten, vielmehr Vorboten breiterer Unruhen. Ein Vertreter des staatlichen Planungskomitees GOSPLAN, Jakov Urinson, warnt in einem vertraulichen Bericht an den IWF und die EG vor Hungerzeiten wie in den 30er Jahren.[31]

Die seit Februar 1991 in den großen Städten, den regionalen Verkaufszentren patrouillierenden Aufstandsbekämpfungseinheiten aus Miliz, Militär und KGB waren sowohl Antwort des Krisen-

regimes auf die sozialen Unruhen als auch Ausdruck der Aufstandserwartungen. Schon im November 1990 vertritt der Agrarwissenschaftler W. Tichonow, daß es bereits in einigen Regionen (russische Provinz, Leningrad, Swerdlowsk, Tscheljabinsk) physischen Hunger gebe, und nicht die Nahrungsmittelknappheit sei Schuld am Hunger, sondern das politische System. Er parallelisiert die Situation mit den Hungersnöten 1921 an der Wolga und 1932/33 in der Ukraine.[32] Auffallend ist, daß Tichonow Regionen benannte, die Monate zuvor Brennpunkte von Hungeraufständen waren (Moskau, Leningrad, Tscheljabinsk).

Auf die Inszenierung der Versorgungskrise – Nahrungsmittel als Waffe – wurde zunehmend auch mit Frachtraub und Güterzugplünderungen reagiert. Der Leiter der Transportabteilung des sowjetischen Innenministeriums spricht von einer Steigerung um 78%[33]. Da die Güterzugladungen, die oft lange in Bahnhöfen stehen, schon immer Ziel von Plünderungen waren, unterhält das Innenministerium eine gesonderte Eisenbahnschutztruppe. An den Plünderungen waren oft auch organisierte Banden, die den Schmuggel und den Schwarzhandel betreiben, beteiligt. Am häufigsten kam es zu Frachtraubaktionen in Georgien, Aserbaidschan und Armenien – hier kam es auch in den letzten Jahren zu EisenbahnerInnenstreiks und im Zusammenhang der Nagorny-Karabach-Krise zu Eisenbahnblockaden, was Plünderungen extrem erleichtert haben dürfte. Weitere Regionen mit hohem Frachtraubanteil sind Weißrußland – hier spielt wahrscheinlich die Nähe zur polnischen Grenze eine Rolle für den Schmuggel – und die Kohleregion Kemerowo, die seit September 1990 freie Marktwirtschaftszone ist.

Unerwartet offen erläutert der Abteilungsleiter des estnischen Innenministeriums R. Pollimann den sozialen Krieg, der auch in der wohlhabenden Republik Estland entbrannt ist: "Es bildet sich eine Klasse von Leuten heraus, die nicht genug zum Leben haben, einige dieser Leute müssen stehlen, um leben zu können."[34]

Diese Aussage trifft sich mit den Zahlen zur Massenarmut Anfang '91 in der Sowjetunion, laut offizieller Statistik leben 40 Millionen – $^1/_7$ der Bevölkerung – unterhalb der Armutsgrenze. Dieser Angabe ist von den Zeitschriften "Ogonjok" und "Iswestija" widersprochen worden. So schätzt "Ogonjok" die Massenarmut auf fast 60 Millionen, "Istwestija" auf 70 Millionen – ein Viertel der Bevölkerung.[35]

Alle diese statistischen Daten haben nur einen geringen Aussagewert, wobei jedoch von einer massenhaften realen Verarmung ausgegangen werden muß. Die Entwertung der 50- und 100-Rubelscheine im Januar '91 bezeichnete die NZZ vom 26.1.91 zu Recht als "Expropriation der Besitzlosen".

Die Hungerwaffe, die Zerstörung sozialer Garantien trifft die südlichen Republiken in besonderem Maße, da die Lebenslagen der meisten Großfamilien schon prekär sind und diese Situation sich weiter verschärft.[36]

Für die schätzungsweise über 600.000 Flüchtlinge Ende 1990 innerhalb der Sowjetunion war die Lage gänzlich aussichtslos. Sie konnten sich nirgends registrieren lassen und hatten so keinen Anspruch auf Wohnung (bei 40 Mio. Wohnungssuchenden und dem Druck auf das Wohnungsangebot durch die Repatriierung und Demobilisierung der Roten Armee), Unterstützung und Arbeit.

G. Kusmin von der "Literaturnaja Rossija" schreibt über die in Moskau ankommenden Flüchtlinge: "Ihre Zahl wächst von Tat zu Tag, doch hat die Regierung die Registrierung der buchstäblich mit Sack und Pack ankommenden eingestellt. Sie will sich nicht verpflichten und verhindern, daß immer mehr Flüchtlinge nach Moskau kommen, um hier ihr Recht einzuklagen."[37] Als es im Mai '90 nach angekündigten Preiserhöhungen der Getreideprodukte zu massenhaften Vorratskäufen und wütenden Massenaufläufen in der Bevölkerung kam, wurde der Nahrungsmittelverkauf an die Ortsansässigkeit (Ausweiskontrollen) gebunden. Die Preiserhöhungen mußten ausgesetzt werden, da die Situation außer Kontrolle zu geraten schien; die Ausweiskontrollen blieben. Damit versuchten die örtlichen Behörden vielerorts, die Flüchtlinge als "unwillkommene Mitesser" auszuhungern.[38] Die Möglichkeit zur Versorgung war damit Tausenden genommen. Über die künstliche Verknappung von Lebensmitteln, die Zerstörung sozialer Garantien und die Prekarisierung der Lebensverhältnisse von Millionen von Menschen versuchte das Transformationsregime, den "freien Markt" zur Erzwingung ökonomischer Rationalität durchzusetzen. "In den ersten Jahren der Perestroika waren sich die Sowjetologen relativ einig, daß Gorbatschows Reformen von oben an den Beharrungskräften von Apparat und Bevölkerung scheitern würden. Der unter Breschnew gewachsene Konsens eines niedrigen Lohnstandards mit langsam steigender Tendenz bei hoher sozialer Sicherheit und geringer Verdichtung des Arbeitstages hatte durchaus seine Anhänger in der

Bevölkerung. Das hohe Maß an Gleichheit ensprach dabei nicht nur sozialistischen Vorstellungen, sondern auch alten russischen Traditionen. (...) Die tiefe Wirtschaftskrise und die reale Senkung des Lebensstandards haben die Grundlage des alten Konsens zerstört (...)"[39] Soweit F. Hoffer. Dagegen tobt ein sozialer Kampf, dessen Ausgang noch offen ist. Die Nahrungsmittelrevolten und Plünderungen sind nur eine Facette des sozialen Antagonismus. Noch einmal M. Gorbatschow (Nov. '89): "Ich weiß nur, daß zwei Wochen nach Einführung eines solchen Marktes das ganze Volk auf die Straße gehen und jede Regierung beiseite fegen wird(...)" Auch nach dem August '91 ist es verschiedentlich zu sogenannten Nahrungsmittelunruhen gekommen. So mußten in einigen Regionen die Subventionen für Grundnahrungsmittel wieder aufgenommen werden.

b) Die Knast- und Lagerrevolten 89/90

Zwischen 1989 und 1990 kam es in der Sowjetunion zu einer Explosion von Knast- und Arbeitslagerrevolten. Für das erste Halbjahr 1989 konstatierte der Leiter der Abteilung Strafvollzug im sowjetischen Innenministerium, I. Katurgin, bereits dreimal soviele Häftlingsmeutereien und Revolten wie im Vorjahr, mit 48 Fällen von Geiselnahme.[40] Gegen 114 Aufseher seien die Gefangenen gewaltsam vorgegangen. Im Gebiet Winniza in der Ukraine revoltierten im Juni '89 die Gefangenen eines Arbeitslagers; sie legten die Arbeit nieder, befreiten Gefangene aus den Isolationszellen und hielten diese besetzt. Das Lager wurde sofort von Sondereinheiten des Innenministeriums umstellt und die Revolte niedergeschlagen. Die Gefangenen forderten Reporter und einen Popen. Auf 700 Gefangene kommen in Winniza 700 Aufseher, unter extremen Arbeitsbedingungen (ohne Schutzkleidung, ohne Trinkwasser) in einer Aluminiumgießerei. Die Meuterer forderten normale Arbeitsbedingungen und ein Ende der willkürlich angewandten Isolationshaft. Während der Revolte hatten sie einen 19-jährigen Jungen befreit, der wegen Nicht-Erfüllung der Produktionsnormen in der Isolationszelle einsaß.[41] Im sibirischen Omsk streikten Arbeiter eines Lagers dafür, daß für jeden Tag, an dem sie den Produktionsplan erfüllen, zwei Tage Haft angerechnet werden, ein Modell der Produktivitätssteigerung, wie es in der Lagerkolonie bei Schitomir (Ukraine) angewandt wird. Das sowjetische Knastsystem wird aus drei Typen von Haftbedingungen gebildet: Gefängnis, Verbannung und Arbeitslager. Die Arbeitslager unterteilen sich in Kolonien mit allgemeinem, ver-



Gefangenenmeuterei in Dagestan im November '91



KGB-Knast in Moskau

schärftem, strengem und besonderem Haftregime. Daneben existieren "Arbeitserziehungskolonien für Minderjährige, Arbeitserziehungsprophylaktorien für Landstreicher, Bettler und Arbeitsscheue". Die Zahl derer, die zu Arbeitslager verurteilt werden, ist unbekannt. 1989 waren es rund 7% aller Verurteilten.[42] Mit einigen Hunderttausend ist zu rechnen. Die Gefangenen müssen in Schichtarbeit 48 Stunden die Woche arbeiten, der Tageslohn beträgt Anfang '90 durchschnittlich 5,82 Rubel, der Monatslohn 160 Rubel. 50% des Lohns aus der Zwangsarbeit wird als "Unterhaltsgeld für Verpflegung und Unterbringung" von den Arbeitslagerverwaltungen einbehalten. Die Lagerkolonien werden von außen durch Einheiten des Innenministeriums bewacht, im Lager sind spezielle Lageraufseher, die über Prämien bis zu zweieinhalb Monatsgehältern im Jahr an den Planerfüllungen beteiligt sind. Die Arbeitslager unterliegen der Selbstfinanzierung, so führte das Arbeitslager Zelenograd in einem Moskauer Vorort 1989 1,5 Mio. Rubel an den Staatshaushalt ab und erhielt einen Zuschuß von 600.000 Rubeln. Die Nichterfüllung der Planvorgaben von einzelnen Häftlingen wird, wie aus dem obigen Beispiel zu ersehen ist, mit Disziplinarstrafen belegt. Bis 1989 gab es offiziell ein Disziplinararrest mit "erniedrigter Ernährungsnorm" – Hungerstrafe. Die auf Zwangsarbeit gegründete Lagerökonomie kann die Arbeitsproduktivität nicht steigern, denn Streiks, Revolten und Arbeitsverweigerungen der vorwiegend jugendlichen Straßendelinquenten unterminieren die Effizienz des Arbeitslagersystems. Seit 1987 werden auch wieder Erstbestrafte in die sibirischen Arbeitslager transportiert, um den Mangel an Arbeitskräften dort auszugleichen.[43] Und mit den unionsweiten Straßenunruhen 1989 wird an eine quantitative Ausweitung des Arbeitslagerhafttypus gedacht.

Im Sommer 1989 wurden den Gefangenen aufgrund der Unruhen bedingte Hafterleichterungen zugestanden, unter anderem mehr Besuchsmöglichkeiten. Ein Jahr später sind wieder Knastrevolten in der Sowjetunion bekannt geworden. Im Untersuchungsgefängnis Cholodnaja Gora in der ukrainischen Stadt Charkow waren mehr als 600 Gefangene an einem mehrtägigen Aufstand für bessere Haftbedingungen beteiligt. Spezialeinheiten des Innenministeriums schossen den Aufstand mit Gummigeschossen nieder.

Im Juni '90 revoltierten über 200 Gefangene im Gefängnis der ukrainischen Stadt Dnjepropetrowsk, mehrere Gefangene wurden niedergeschossen.

Einen Monat später revoltierten die Gefangenen in Dnjepropetrowsk erneut. Über 1.000 Gefangene verbarrikadierten sich in den Knastgebäuden.

In der georgischen Stadt Suchumi am Schwarzen Meer nahmen Gefangene Geiseln, befreiten 68 Mitgefangene und versorgten sich mit Waffen und Munition aus der Gefängniswaffenkammer. Die Gefangenenmeuterei dauerte fünf Tage, bevor sie vom KGB und Sondereinheiten des Innenministeriums niedergeschlagen wurde.

Für bessere medizinische Versorgung, Tabak und gegen die Zellenüberbelegung (17 Gefangene auf einer Zelle) traten 200 Gefangene in Armawir in der Nähe der südrussischen Stadt Krasnodar in den Hungerstreik. Im März '91 wurden bei der Niederschlagung einer Gefangenenrevolte in einem Lager in der Ölregion Tjumen vier Häftlinge getötet und mehrere verletzt.

Wenn die Gefängnisse und Arbeitslager mit denen aufgefüllt werden, die die Kämpfe auf den Straßen führen, dann werden sich die Revolten dort unweigerlich fortsetzen.[44]

Spätere Gefangenenmeutereien z.B. in Dagestan ließen sich auch noch hier im Westen registrieren. Generell aber sind der Presse, auf die wir angewiesen sind, kaum noch Informationen über solche Ereignisse zu entnehmen.

Trotz unbefriedigender Kenntnisse über die Lager- und Knastaufstände erscheint es uns wichtig, sie überhaupt bewußt wahrzunehmen und sie als Teil einer Geschichte von unten zu begreifen.

c) Rebellion der Jugendlichen

In den vielfältigen Äußerungsformen der kollektiven Kämpfe gegen den Krisenangriff des sowjetischen Modernisierungsregimes kommt der Subjektivität, Spontaneität und Initiativität der Jugendlichen eine besondere Bedeutung zu; das läßt sich aus allen Informationen und Berichten über die sozialen Konflikte herausfiltern. Darin gleicht die Dynamik der sozialen Kämpfe in der Sowjetunion den Prozessen in den anderen osteuropäischen Staaten, in denen die Umwälzungen auf den Straßen im wesentlichen von Jugendlichen getragen waren. Die Aufkündigung des "historischen Kompromisses" (Kagarlickij) der Breschnew-Ära, der einen großen Teil der sowjetischen Bevölkerung noch einen annehmbaren Lebensstandard sicherte, hat existenzsichernde Garantien und erwartungsvolle Zukunftsaussichten im Verlauf der letzten Jahre vom Tisch gewischt.

Dies betrifft in verstärktem Ausmaß die sowjetischen Jugendlichen. Von der Trostlosigkeit des Alltags, der materiellen Annäherung an das Existenzminimum, Perspektiv- und Arbeitslosigkeit und der allgegenwärtigen Unrast gekennzeichnet, sind sie zur Veränderung ihrer gewohnten Lebenspraxis, zu Entscheidungen gezwungen.[45] Die Arbeitslosigkeit unter ihnen ist in den südlichen Republiken Transkaukasiens und Zentralasiens besonders hoch, aber auch in den anderen Republiken erwartet viele das gleiche Los. Ein Teil der universitär ausgebildeten technischen Intelligenz ist bereit, in die westlichen Industrieländer abzuwandern (brain drain), sobald das Reisegesetz in Kraft tritt. Die realistischsten Schätzungen haben wohl W. Widjopin und W. Kusmin vom Wirtschaftsinstitut Plechanow in Moskau vorgelegt, die in den nächsten Jahren mit 31 bis 38 Mio. Arbeitslosen rechnen[46]; das wäre beinahe ein Viertel der sowjetischen Beschäftigten. Die Gewerkschaftszeitung “Trud” und das sowjetische Arbeitsministerium gehen sogar von 50 Mio. Arbeitslosen bis zum Jahr 2000 aus.[47] Gegenwärtig werden 14 bis 16 Mio. Arbeitslose geschätzt, die keinen oder nur geringen Anspruch auf materielle Unterstützung haben.[48] Neuere Schätzungen der ILO liegen bei 15 Mio. bis zum Jahresende ’92 für die Staaten der ehemaligen Sowjetunion, und für Rußland schätzt der Vorsitzende des Ausschußes für Arbeitslosigkeit, F. Prokopow, etwa 4 Mio. Aber vorhersagen läßt sich eigentlich – angesichts der unübersichtlichen ökonomischen und sozialen Lage – nichts.

Dennoch, der Aufstand der Peripherie, die unzähligen Streiks der ArbeiterInnen, der Aufruhr der Straße und die Riots der Jugendlichen verkörpern die Forderung nach einem besseren Leben, manifestieren die “Revolution der Erwartungen”, die mit monetären Einkommensillusionen, Markt- und Konsumideologie nicht mehr befriedet werden können.

Der Moskauer Polizeichef J. Tomaschew geht davon aus, daß mehr als die Hälfte aller “Delikte” von Jugendlichen zwischen 14 und 29 Jahren begangen werden, 10% von Minderjährigen[49]. Das Statistikpapier des Justizministeriums gibt den Anteil der Jugendlichen mit $^{1}/_{3}$ an.

Die explosionsartige Steigerung der Entwendung staatlichen Eigentums (39%), Plünderungen (66%) und des Diebstahls privaten Eigentums (54,1%) im Jahr 1989 spricht für sich.

Gegen den Raub der Existenzgarantien wird die kollektive bandenförmige Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums gesetzt. So organisieren sich viele Jugendliche in Banden, Streetgangs oder

gehören verschiedenen kulturellen Scenes an. Sie sind bei Plünderungen, Aneignungen, Schiebereien und Angriffen auf die Kooperativen dabei. Oder ihr Unmut explodiert in Straßenrandale (Riot), in deren Verlauf sich immer wieder Auseinandersetzungen mit der Miliz ergeben.

In Andischan in Usbekistan haben, so ein Bericht vom 5. Mai 1990 in der NZZ, Jugendbanden nach einem abgesagten Fußballspiel randaliert. Dabei wurden 200 Geschäfte, Privathäuser, öffentliche Gebäude in Schutt und Asche gelegt, darunter, wie zu erwarten, das Büro des Staatsanwalts und die Zentrale der usbekischen Kommunistischen Partei. Nur durch drei gepanzerte Mannschaftswagen konnte die Erstürmung der Zweigstelle der Zentralbank durch bewaffnete Jugendliche verhindert werden.

In der Statistik der Kriminalisten tauchen solche Riots als Rowdytum unter Alkoholeinfluß auf. Viele der Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Milizen gehen in diese für 1989 registrierten 14.200 “Jugendrevolten” ein.

Mit der Begründung steigender Unruhen, Massendemonstrationen, fortgesetzter Angriffe auf Milizen, Einrichtungen der Armee und der Streitkräfte patrouillieren in den großen Städten seit dem 1. Februar ’90 gemischte Miliz- und Armeestreifen, die mit gepanzerten Transportfahrzeugen, Schußwaffen und anderem modernen Aufstandsbekämpfungsgerät ausgestattet sind. In diese Verbände sind auch die Aufstandsbekämpfungstruppen des Innenministeriums, Einheiten des KGB, die Eisenbahntruppen und die Einheiten für besondere Einsätze (OMON) eingegliedert. Daß es sich hier um Anti-Aufruhr-Einheiten handelt, ist offensichtlich. Bereits im August ’89 besuchte eine ranghohe Sowjetdelegation aus Militär- und Milizoffizieren indische Anti-Aufstandstruppen; sie studierten unter anderem Übungen mit Tränengas, leichten Maschinengewehren, Stöcken, Distanzwaffen und Gummigeschossen. Die Sowjets ließen sich über den Aufbau einer Aufruhr-Bekämpfungseinheit in Indien informieren.[50] Eine ähnliche Delegation befand sich zur gleichen Zeit in den Niederlanden. Zur Erinnerung: Im Juli ’89 sind die ersten großen ArbeiterInnenstreiks zu Ende gegangen. In diesen Rahmen gehört auch die Reorganisation der 5. Abteilung des KGB zur Bekämpfung von Massenunruhen und revolutionären Aufständen.

Wie sehr sich die Lage zwischen den Jugendlichen und dem verhaßten Militär zugespitzt hat, verdeutlicht der massenhafte Boykott der Einberufung in die sogenannten Okkupationsarmeen.

Unzählige Berichte über die brutale Zurichtung der Rekruten sind in den letzten Jahren erschienen, die Selbstmordrate unter jugendlichen Rekruten steigt erschreckend. Der Militärdienst, einst als Initiation des Jugendlichen zur Männlichkeit gefeiert, wird immer mehr verweigert und gefürchtet – nicht nur im Baltikum, wo die Demonstrationen vor den Wehrkommissariaten Massencharakter annehmen, sondern unionsweit, besonders in den zentralasiatischen und transkaukasischen Republiken. Soldaten desertieren, Jugendliche fliehen vor der Einberufung – im Moskauer Wehrbezirk bereits jeder zehnte. Im transkaukasischen Wehrbezirk wurden die Wehrkommissariate blockiert, die Flucht vor der Einberufung in autonomen Komitees organisiert, der armenische Wehrkommissar wurde von einer Menschenmenge verprügelt. Als für den Einsatz in Baku in der südrussischen Stadt Schachty mobilisiert wurde, verhinderten Verwandte und Rekruten die Einberufung, 15 Musterungsbüros wurden dabei zerstört. Eine der Parolen beim Sturm auf die Wehrbüros war: "Kein zweites Afghanistan".[51] Die Armee machte unterdessen Jagd auf Deserteure und Wehrpflichtige in der ganzen Sowjetunion, mehrere Flüchtige wurden dabei erschossen. In Klaipeda (Litauen) allerdings wurde ein Deserteur von einer Menschenmenge befreit und die Feldjäger verprügelt.

Daß die Jugendlichen einen großen Teil der Träger der Revolten ausmachen, halten wir für ausgemacht. Dabei gibt es drei miteinander verwobene Konfrontationslinien, an denen sich die Kämpfe entzünden: die aussichtslose materielle Lebenslage, der Haß auf Miliz und Militär und die nationalen Befreiungskämpfe, vor allem im Süden der Sowjetunion. So besteht bspw. die Zahl der zum Militärdienst Einberufenen in den letzten Jahren beinahe zur Hälfte aus Wehrpflichtigen der islamischen Republiken.[53]

Die meisten der einberufenen, des Russischen nicht mächtigen Asiaten und Kaukasier landen in Baubataillonen, wo sie zum Arbeitsdienst mit Wehrsold herangezogen werden. So wurde die verweigerte Arbeitsmigration aus dem Süden militärisch erzwungen.[53]

Die Jugendlichen jedenfalls sind weit davon entfernt, passiv der Etablierung einer neuen rationalen Gesellschaftsverfassung zuzusehen.

Einige Schlußbemerkungen, die wie der vorangegangene Abschnitt Anfang 1991 verfaßt und nur geringfügig überarbeitet wurden:

Die Vielfältigkeit des Aufruhrs und der Revolte in der Sowjetunion ist mit den oben beschriebenen sozialen Bewegungen längst nicht erschöpft. Dem sozialpolitischen und ökonomischen Druck werden renitente Verhaltensweisen entgegengesetzt, die von Land- und Hausbesetzungen bis zu den alltäglichen Verweigerungsformen und der "Kunst des Überlebens" reichen. Dennoch hinterläßt die gewaltsame Aufsprengung gewohnter, sozial verfestigter Lebens- und Arbeitsweisen, in denen sich die Menschen bislang ihre lebensweltlichen Bedingungen angeeignet hatten, die ihnen Sicherheit im Umgang mit den sozialistischen Systemimperativen und -anforderungen vermittelten und ihnen sogar ermöglichten, Arbeitsprozesse und Versorgungslagen zu kontrollieren und zu steuern, blutige Spuren: Vertreibung, Hungersnöte, Existenzängste und nationalistische Pogrome; die Krise, verstanden als soziale Konfrontation zwischen den neuen Eliten eines "Modernisierungsprojekts", das gekennzeichnet ist durch die Gewaltsamkeit ökonomischer und technologischer Rationalität, und jenen, die der gegenwärtige Transformationsprozess aus ihrem traditionell garantierten Existenzrecht herausschleudert, zermahlt auch die Reste weiblicher Autonomie, erworben im Alltags- und Überlebenskampf gegen eine immer schon patriarchal verfaßte Gesellschaftsstruktur.

Perestroika, das bedeutete die bewußte Zerstörung des ökonomischen und sozialen Alltagslebens, die Vertreibung aus den strukturellen Nischen, erkämpften Freiräumen und sozialen Inbesitznahmen in einer ineffizient gewordenen und zentral gesteuerten Industriemaschine, deren Systemrationalität die sozialen und ökonomischen Verhaltensweisen und -muster einer egalitär und moralisch verfaßten Lebenswelt nie so zu strukturieren vermochte, daß sie sich funktional in sie eingepaßt hätten. Die sozialistische industriegesellschaftliche Entwicklungs- und Modernisierungsvariante ist gescheitert.

Die sozialen Kämpfe, die – wie wir zu zeigen versucht haben – allerorten ausbrechen, so widerspruchsvoll sie beispielsweise in ihren Inhalten und ideologischen Einfärbungen auch sind, blockieren den intendierten Modernisierungs- und Rationalisierungsprozeß der sowjetischen Industriegesellschaft und treiben das Transformationsregime von Krise zu Krise. (Das Augustregime war Ausdruck dieses Krisenprozesses).

Die Dynamik dieser Konfrontation hat noch keinen Stand erreicht, an dem sich der Ausgang vorhersagen, die Situation als vorrevolutionär qualifizieren ließe, nur soviel läßt sich sagen, die Durchsetzung ökonomischer Rationalität und weltmarktförmiger Verwertungsbedingungen erfolgt nicht zwangsläufig, ist nicht determiniert oder mit dem Prozeß der Moderne – gegen die linke Partizipation am Modernisierungsprozeß – gleichzusetzen, sie läßt sich nur als gewaltsamer, als permanenter Zerstörungs- und Enteignungsprozeß verstehen, der wiederum soziale Kräfte freisetzt, die darin wirken und Entwicklungstendenzen mitbestimmen oder ihn revolutionär in eine andere Richtung anstoßen. Wohin die Klassenkämpfe in der Sowjetunion diesen Prozeß treiben, ist noch offen und bleibt letztlich von den Räumen und Strukturen, die die weltweite Klassenkonfrontation öffnet und setzt, abhängig.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion, der totalen Desorganisation der Wirtschaft und des Alltagslebens haben sich die Bedingungen für die Unterklassen weiter verschlechtert, so daß emanzipatorische Gegentendenzen in diesem Destruktionsprozeß, der einer kriegerischen Zerstörung um nichts nachsteht, immer weniger auszumachen sind. Und wie jeder Krieg neue soziale Strukturen und Organisationsformen hervorbringt, so auch der soziale Krieg. Inwieweit nach dem Ende der Perestroika die im Innern der Sowjetunion in 70 Jahren erwachsene Gegengesellschaft zukünftige Entwicklungen mitbestimmt, bleibt abzuwarten, wo doch ihre Konstitutionsbedingungen nicht mehr oder nur noch rudimentär existent sind.[54]

1. Vgl. u.a. dazu:
   - V. Zaslavsky, Wachsende nationale Unruhen und Gorbatschows Nationalitätenpolitik, in: Links 10/90.
   - ders., Das Russische Imperium unter Gorbatschow, Berlin 1991.
   - G. Meyer, Kalinka, Kalinka, in: Konkret 1/89.
   - G. Starovjtova, E pluribus unum, in: K. Segbers (Hg.), Perestrojka Zwischen bilanz, Ffm. 1990, S. 199ff.
   - H.H. Ticktin, Der Krieg in Afghanistan – eine verzweifelte Elite expandiert, in: H.H. Ticktin u.a., Planlose Wirtschaft, Hamburg 1981, S. 93-102.
   - U. Halbach, Erbe des diktatorischen Zentralismus, in: der überblick 1/91.
2. Vgl. dazu:
   - E. Stölting, Zerbricht die Weltmacht, in: Kommune 10/90.
   - Ders., Eine Weltmacht zerbricht – Nationalitäten und Religion in der UdSSR, Ffm. 1990.
3. Vgl.:
   - K. Grobe, Rebellion am Pamir, in: FR v. 1.12.90.
   - R. Kößler, Die Peripherie sprengt das Zentrum, in: iz3w Nr. 166, 7/90.
   - TAZ v. 20.2.90.
   - Folgende Zeitungen wurden regelmäßig ausgewertet: FR, SZ, NZZ, TAZ, SPIEGEL, ZEIT, MOSKAU NEWS.
4. Vgl. K. Segbers, Nationalitätenkonflikte in der Sowjetunion, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/91.
5. Vgl. SZ v. 21.6, 22.6, 23.6. und 25./26.6.1990; FR v. 23.6 und 26.6.1989; TAZ v. 23.6.89.
6. Vgl. FR v. 7.6 und 11.6.1990; SZ v. 19.7. und 21./22.7.1990.
7. Vgl. Spiegel 4/90 und 5/90, Zeit Nr.5 v. 26.1.90 und K. Segbers, Nationalitätenkonflikte, a.a.O., S. 182f.
8. Vgl. B.B. Kuraschwili, Die Lehren des Massakers, in: Links 11/89, und TAZ v. 7.9.89.
9. Vgl. TAZ v. 22.9.1989 und v. 21.8.1990; SZ v. 30.10.1990; Zeit v. 31.8.1990 Nr. 36; FR v. 2.11.1990 und Segbers, Nationalitätenkonflikte, a.a.O., S. 185f.
10. Vgl. dazu A. Undze (Hg.), Das Ende des Sowjetkolonialismus, Reinbek 1991.
11. G. Gussejnow, Der Blinddarm der Sowjetunion, in TAZ v. 30.8.90.
12. G. Staravojtova, a.a.O., S. 217.
13. Zit.n. Zeit Nr. 24 v. 7.6.1991.
14. Zit.n. F. Hoffer, Alltag in Moskau, in: Sozialismus 10/90.
15. Zum Juli-Streik vgl.:
    - G. Gorzka, Arbeiter in der Sowjetunion und wo stehen die Gewerkschaften? in: Gewerkschaftliche Monatshefte 12/89.
    - G. Arijewitsch, Streik, in: Neue Zeit Nr. 31, 8/89.
    - D. Seppo, Der Streik der Bergarbeiter und die Perestroika, in: Inprekorr Nr. 221.
    - Spiegel Nr. 30/89.
    - B. Kagarlitskij, Ein heißer Sommer in der Sowjetunion, in: Links 10/89.
    - U. Krüger, Die Auferstehung der sowjetischen Arbeiterbewegung, in: Osteuropa 9/90.
    - Anfangs wurden sie niedergeschossen, in: Moskau News Nr. 6, 6/91. Zeitungsauswertung siehe Anm. 3.
16. Vgl. E. Stölting, Ein Ausstand im Zeichen der Perestroika, in TAZ v. 21.7.1989.
17. Vgl. dazu: H. Conert, Über die Reformfähigkeit der Sowjetunion, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 2/91, S. 195f.
18. NZZ v. 5.2.1991.

19. Zit.n. TAZ v. 17.10.1989.
20. Zit.n. SZ v. 30.1.1991.
21. Vgl. N. Tschaldymow, "Wer die Armee in seinen Händen hat...", in: FR v. 27.6.1991.
22. Zit.n. Taz v. 22.3.1991.
23. B. Kerneck, Arbeiterklasse gegen Gorbatschow, in: TAZ v. 15.4.1991.
24. Zit.n. SZ v. 18.4.91.
25. Zit.n. FR und SZ v. 23.4.1991.
26. K. Ehlers, Trial and Error, in: WOZ v. 3.5.1991.
27. Zit.n. TAZ v. 10.4.1991, "Unser Streik muß und soll das Zentrum in Moskau treffen".
28. Zur Entwicklung der Kriminalität und Strafzumessungspraxis im Jahre 1989, in: Osteuropa-Archiv 11/89, A680ff.
29. Vgl. FR v. 28.2 und 2.3.1990.
30. Vgl. SZ v. 22.8 und 7.9.1990; Spiegel Nr. 36/90 und TAZ v. 20.9.1990.
31. Vgl. SZ v. 12.3.1991.
32. Vgl. FR v. 24.11.1990.
33. Vgl. SZ v. 1.11.1990.
34. Zit.n. SZ v. 5.2.1991.
35. Vgl. SZ v. 22./23.7.1989; SZ v. 31.10 und 1.11.1989 sowie SZ v. 9.3. und 19.10.1990 und R. Ahlberg, Armut in der Sowjetunion, in: Osteuropa 12/90.
36. Vgl. u.a.:
    - W. Gumpel, Zur ökonomischen Lage in den Turkgebieten, in: Osteuropa 12/90.
    - Ahlberg, a.a.O., S. 1169ff.
    - U. Halbach, Weißes Gold, weißer Tod, in: Berichte des BIOST 2/91.
37. Zit.n. SZ v. 30.8.1990.
38. Zitat SZ v. 30.5.1990.
39. F. Hoffer, a.a.O.
40. Vgl. SZ v. 22./23.7.1989.
41. Moskau News Nr. 8, 8/89.
42. Vgl. dazu und im folgenden W. Lammich, Strafvollzug in der Sowjetunion, in: Osteuropa 11/90.
43. Vgl. Die Arbeitslager in Sibirien und ihre Humanisierung, in: Osteuropa-Archiv 11/12 1989.
44. Vgl. dazu auch D. Lichanow, Himmel mit Stacheldraht – In einer Strafkolonie für Jugendliche, in: Leetz/Kretzschmar (Hg.), Ogonjok, Reinbek 1991, S. 156ff.
45. Vgl. H.F. Jahn, Mein letzter Abend in Leningrad, in: Kursbuch Heft 103.
46. Vgl. SZ v. 7.1.1991.
47. Vgl. TAZ v. 31.3.1990 und SZ v. 3.4.1990.
48. Vgl. Ahlberg, a.a.O., S. 1161.
49. Vgl. SZ v. 13.10.1989.
50. Vgl. SZ v. 28.8.1989.
51. Vgl SZ v. 9.10.1989; Spiegel 5/90; TAZ v. 25.11.1989 und Osteuropa-Archiv 6/90.
52. Vgl. Starovojtova, a.a.O., S. 205.
53. Gussejnow, a.a.O.
54. Vgl. M. Brie/G. Böhlke, Rußland wieder im Dunkeln, Berlin 1992, S. 99.

5. Vom Ausnahme-Regime des August '91 zur Neuordnung der ehemaligen Sowjetunion (GUS)

"Auf diese Weise kann man die Menschen nicht zwingen zu arbeiten".
G. Jawlinskij über das Notstandsregime

Wir wollen an dieser Stelle unsere Interpretation der Augustereignisse in Moskau darlegen und erste Überlegungen zu den Entwicklungen nach dem Zerfall der Sowjetunion anstellen.

Das Ausnahmeregime war der krisenhafte Höhepunkt der ersten Phase des Transformationsprozesses, der 1985 einsetzte und seit Ende 1991 in seine zweite Phase trat. Das oben zitierte Statement G. Jawlinskijs, der im Sommer '91 mit Harvard-, IWF- und Weltbankökonomen das "Krisenprogramm" "Grand Bargain" entworfen hatte, zwischenzeitlich mit der Bildung einer neuen Unionsregierung beauftragt war und heute zum Beraterstab Jelzins gehört, umschreibt den Kern der Krise des Transformationsprozesses, der sowjetischen Weltmarktintegration, die zum Ausnahmezustand und zum Notstandsregime des 19.-21. August 1991 geführt hat.

Führen wir uns die Situation des Frühjahrs '91 noch einmal vor Augen: Im ersten Quartal 1991 sinken Industrie- und Agrarproduktion um 5% bzw. 13%, die Arbeitsproduktivität um 9%. Allein in den ersten drei Monaten des Jahres gehen 1,17 Mio. Arbeitstage durch Streiks verloren. Als im April 40 Millionen auf die Straßen gingen und gegen das Krisenregime und die soziale Verelendung protestierten, spitzte sich die soziale Lage explosiv zu. Streikverbote in den industriellen Schlüsselsektoren, regionale Ausnahmedekrete wurden erlassen, massive Repressionsandrohungen ausgesprochen. Gorbatschow selbst und neun unionswillige Republikpräsidenten – u.a. auch Jelzin – schufen im Frühjahr 1991 als Reaktion auf die sozialen Unruhen und die soziale Unrast in den Städten erst jene Notstandsmaßnahmen, auf die das Ausnahmeregime im August zurückgegriffen hat.

Es bestand aus Vertretern des bürokratisch verfestigten militärisch-industriellen Sektors und des Partei- und Staatsapparats, die weiterhin auf einen modernisierten militärindustriellen Ent-

wicklungsweg der Kalten-Kriegs-Ordnung setzten und damit zunehmend in die Defensive geraten waren. Schon im Juni '91 hatten Kreise aus dem militär-industriellen Apparat versucht, die politischen Entwicklungen zu torpedieren, als sich im Gefolge des Jawlinskij-Harvard-Plans eine Entmachtung der alten kommunistischen Verwaltung abzeichnete.

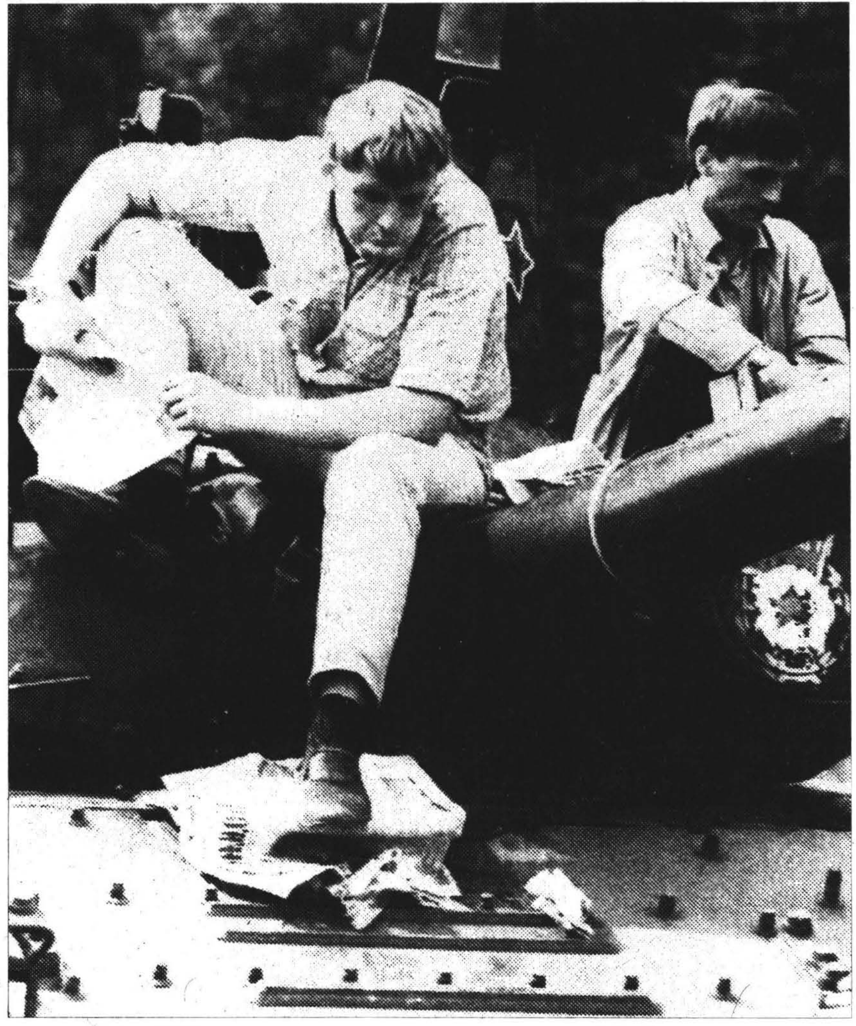
Angesichts des unterschriftsreifen Unionsvertrags, der die Dezentralisierung fortschrieb, um die Unruheherde in den einzelnen Republiken einzuhegen, versuchten sie, politisches Terrain zurückzugewinnen unter Ausnutzung der Krise des Modernisierungsprojekts, das durch die sozialen Unruhen und Kämpfe zunehmend die Kontrolle über die sozio-ökonomischen Prozesse verloren hatte – notfalls mit Waffengewalt, wie es der Pawlowsche Krisenplan bereits Ende April andeutete; ein Ausnahmeregime war bei Zuspitzung der politischen und sozialen Krise schon seit langem – auch international – als pragmatische Option gehandelt worden.

Die abwartenden Beurteilungen des internationalen politischen und ökonomischen Establishments am ersten Tag des Ausnahmezustands offenbarten, daß es durchaus bereit gewesen wäre, eine Modernisierungsdiktatur chilenischen oder südkoreanischen Zuschnitts zu tolerieren, da sie die politische und ökonomische Situation repressiv zu stabilisieren versprach. Die neuen Machtverhältnisse waren bereits als vollendete Tatsache akzeptiert, der Schwenk zu den "Demokraten des weißen Hauses in Moskau" erfolgte erst, als sich abzeichnete, daß das Notstandsregime des kommunistischen Repressions- und militärindustriellen Apparats keine Unterstützung bei den technokratischen Eliten und bei Teilen des desorientierten Militärs fand und als sich jugendlich Militante den anrollenden Panzern mit Molotowcocktails entgegenstellten.

Einer der wenigen kritischen Berichterstatter und Kommentatoren der sowjetischen Entwicklung, Kai Ehlers, hat jugendliche Barrikadenkämpfer (die andere 3/92, "Wir lassen uns nicht in die Seele spucken") interviewt. Einer von ihnen hält der Unterstellung, sie hätten Jelzin unterstützt, entgegen: "Es ist richtig, daß auf den Plätzen St. Petersburgs und Moskaus hauptsächlich junge Menschen die ersten Barrikaden bauten. Aber zu sagen, daß die Jugend Jelzin unterstützt habe, ist nicht richtig. Sie kämpfte gegen den Faschismus! Die jungen Leute hatten nichts zu verlieren und sie wollten nicht in das System zurückkehren, aus dem sie gerade herausgekommen waren. Das hat mit einer Unterstützung Jelzins nichts zu tun.

Diejenigen, die als erste Barrikaden bauten und demonstrierten, waren entweder Studenten, Punks oder Hippies usw. Genau so in Moskau. Dort war nur das Spektrum breiter. Es ist bekannt, daß eine der größten Barrikaden von Anhängern des Heavy Metal aufgebaut wurde, die zu Hunderten teilnahmen. Auch einige Rocksänger waren da."

Die Jugendlichen halten den sogenannten Putsch für eine Inszenierung, gezielt in Szene gesetzt, um mit dem kommunistischen Apparat abzurechnen. Dennoch gelangt einer von ihnen zu



Jugendliche Militante gegen sowjetische Panzer – Moskau, August '91

einem positiven Resümee: "Ich glaube, es war nicht sinnlos, daß ich dort (auf den Barrikaden, d.V.) war. Es war produktiv in dem Sinn, daß die Leute aus ihrer Apathie herauskamen, besonders junge Leute. Sie sahen, daß sie etwas bewirken können, sie haben angefangen, etwas zu tun. Ich glaube, daß es nicht die letzten Barrikaden waren und daß das, was wir dort gelernt haben, noch von Nutzen sein wird."

Während ein großer Teil der sowjetischen Republikführungen abwartete, wie sich die Lage im Zentrum entwickeln würde, nutzten die russischen Modernisierer um Jelzin die sich bietende Chance zur Machtergreifung und generellen Abrechnung mit dem kommunistischen Machtapparat, der schon längst zum Hindernis für die Reorganisation eines in die Krise geratenen industriellen Entwicklungsmodells geworden war. Damit war der seit Anfang der 80er Jahre schwelende Machtkampf mit den Vertretern einer zentralisierten Zwangsmodernisierung vorerst entschieden. Jede weitere Regierung, so drohte die Moskau News (Nr. 3/92), werde zwischen Pinochet und sozialistischer Restauration angesiedelt sein und in erster Linie Polizeifunktion haben.

Die in den bundesdeutschen Medien geäußerte hämische Kritik am politisch-militärischen Dilettantismus der "Putschisten" konnte die Enttäuschung über die mißlungene Etablierung einer blutigen Ordnung gegen das "soziale Chaos" kaum verbergen. So schimpfte Klaus-Helge Donath in der TAZ das Notstandskomitee als "Lumpen und Feiglinge", die "erst große Töne spuckten" und "schließlich die Flucht ergriffen" hätten. Wäre dem alternativ-bürgerlichen Kommentator vielleicht ein blutiges Massaker des kommunistischen Ausnahmeregimes á la Tienamenplatz dienlicher gewesen – zur Beschwörung der Werte einer universellen kapitalistischen Zivilgesellschaft?

Ironie der Geschichte oder tatsächlich politische Inszenierung? Jedenfalls ist das, wofür das Notstandskomitee stand, nämlich für einen zentralisierten Rationalisierungsangriff bei gleichzeitigem Machterhalt des militärindustriellen Sektors und seiner privilegierten Vertreter, durch die Dynamik des Ausnahmezustands ins Gegenteil verkehrt worden. Nunmehr konnten die Eliten der Modernisierung des sowjetischen Entwicklungsmodells, von den Beharrungskräften des kommunistischen und militärindustriellen Apparats befreit, die Neuordnung der Sowjetunion als ein weltmarktintegriertes Akkumulationsmodell erstmal ungebremst vorantreiben.

Dennoch bleiben die Ereignisse vom 19.-21. August in einem rätselhaften Dunkel. Mehr als Spekulationen und das Abfeiern der "demokratisch" gewendeten kommunistischen Machteliten der russischen Republik war Presseberichten bisher nicht zu entnehmen. Daher nur drei kurze Anmerkungen zu den Augustereignissen:

★ Die Diffusität und politische Unentschlossenheit des Notstandskomitees sowie die mangelhafte Vorbereitung und Durchführung des Ausnahmezustands lassen vermuten, daß eben nicht ein "von langer Hand" geplanter Putsch, sondern eine improvisierte Übergangslösung stattfand.

★ Zur hektischen Bildung des Übergangsregimes, das gegen die soziale Unruhe und ökonomische Destabilisierung auf eine repressive Reorganisierung der Verhältnisse setzte, könnte das Ausbleiben der erwarteten Zustimmung des Unionspräsidenten (Gorbatschow) geführt haben, da ansonsten ein "legaler" Notstand hätte ausgerufen werden können, mit dessen Akzeptanz in vielen sowjetischen Republiken, sozialen Klassen und international zu rechnen war.

★ Wer neben den Vertretern des militärindustriellen Sektors und der kommunistischen Staatsklasse noch auf den Ausnahmezustand im August hinarbeitete, wer letztlich davor "zurückschreckte" und inwieweit die in der russischen Republik regierende "Swerdlowsker Mafia" darin involviert war, ist nicht zu klären und muß vorerst offen bleiben. Gegen das russische Machtzentrum jedenfalls, das mußte eigentlich allen Beteiligten bewußt gewesen sein, wäre ein Ausnahmeregime nicht durchführbar gewesen, es sei denn, das Notstandskomitee hätte einen Bürgerkrieg riskiert. So ist nur schwer zu begreifen, warum es dennoch den Notstand ausgerufen hat, so daß es ins "offene Messer" laufen mußte.

Der Widerstand gegen das Notstandsregime blieb auf einige städtische Zentren der russischen Republik beschränkt und wurde – neben den Jugendlichen – im wesentlichen von Anhängern der radikalen Modernisierungselite getragen, die die "demokratische Verteidigung" des russischen Regierungssitzes mediengerecht inszenierten. Jenseits des Moskauer Regierungszentrums verhallte der Aufruf zum Widerstand gegen die "Putschisten" ebenso wie der Jelzins zum Generalstreik. Die Kontrollverwaltung des russischen Präsidenten will ermittelt haben, daß 70% der Gebiete, Kreise und autonomen Republiken in der russischen Föderation direkt oder indirekt für das Notstandsregime eintraten. Die Gleichgültigkeit,

mit der die sozialen Klassen auf das Moskauer Spektakel reagierten, unterstreicht ihre Distanz sowohl zu den alten als auch zu den neuen Machtgruppierungen.

Es folgen nun einige erste Überlegungen zu den Entwicklungen in der Sowjetunion nach den Augustereignissen. Die Tage des Notstandskomitees stellen sicherlich eine Zäsur in den Versuchen der herrschenden Eliten dar, das überkommene sowjetische Entwicklungsmodell zu modernisieren. Mit der Liquidierung des kommunistischen Parteiapparats wird die dominante Modernisierungsstrategie, basierend auf IWF-, Rationalisierungs- und Marktkonzepten (Jawlinskij, Gaidar etc.), zum offiziellen Regierungsprogramm erhoben. Damit haben sich – nach langen politischen Kämpfen – die Vertreter der radikalsten Modernisierungsvariante durchgesetzt. Die eher "zögerlichen Reformer" des kommunistischen Staats- und Parteiapparats wurden aus den letzten Bastionen gefegt und durch neue Eliten und technokratische Karrieristen des alten Regimes ersetzt. Wie sehr dennoch die neuen Machteliten gezwungen sind, Teile der alten zu integrieren, zeigt die Ernennung von G. Chisch, dem St.Petersburger Rüstungsindustriellen, und V. Tschernomyrdiu, dem Chef des Monopolkonzerns "Gasprom", zu Vizepremiers im Juli '92. Damit bekamen sogenannte Praktiker aus der Rüstungsindustrie und dem Energiesektor die Kontrolle über die gesamten Industrie- und Zweigministerien.

Mit dem politischen Elitenwechsel wurde auch der Zerfall der sowjetischen Zentralverwaltung zur Kontrolle und Regulation der unionsweiten ökonomischen Prozesse beschleunigt. Die labile Machtbalance zwischen Republiksorganen und Unionszentrum wurde durch die Augustereignisse zerstört. Der Unionsvertrag wurde nicht mehr unterzeichnet, der autoritäre Zentrismus des alten Regimes reproduzierte sich, nationalistisch gewendet, auf Republiksebene. Auch die bislang durch Zwangsgewalt organisierten minimalen interregionalen ökonomischen Beziehungen zerfielen zunehmend.

Die Reorganisation dieser Beziehungen durch die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) hat keine Aussicht auf Bestand. Eine ökonomische und politische Gesamtrationalität auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion läßt sich aufgrund divergierender Interessen und partikulärer Rationalitäten nicht mehr herstellen. Der Zerfall der Sowjetunion generiert ein neues politisches und ökonomisches Beziehunsgeflecht der unabhängigen Republiken sowohl unterein-

ander (Baltischer Rat, Mittelasiatische Allianz) als auch zu den benachbarten Regionen (Skandinavien, Türkei, Iran, Afghanistan, Westeuropa).

In der russischen Republik ergriff die "Swerdlowsker Mafia" um B. Jelzin die Macht des Zentrums, indem sie sukzessive die Zentrumsinstitutionen (Schuldengarantie, Staatsbank, Außenhandel etc.) übernahm und in zentralen Regionen und auf Republiksebene autoritäre Ausnahmeregims einführte. Die Zeit der Exekutivorgane war damit ganz legal gekommen, und die FR vom 8.4.1992 kommentierte: "Konkret kündigt sich nichts anderes an als der Machtwechsel von einer herrschenden Machtelite zu einer anders, nun großrussisch definierten; der Personenwechsel bleibt begrenzt auf eine Rotation innerhalb der bisher herrschenden Klasse."

In der TAZ vom 19.10.1991 erklärte die Mitarbeiterin am Schatalin-Plan, Tatjana Kliatschko, unumwunden: "Sobtschak und Popov in Petersburg und Moskau straffen gerade den Zugriff auf die Exekutive gegen den Protest der Stadtparlamente. Aber ohne weiterreichende Entscheidungsgewalt läßt sich nichts durchsetzen. (...) Wieder eine Utopie vorgaukeln, als wäre Modernisierung mit normalen Mitteln möglich, halte ich für unverantwortlich. Ich bin sehr skeptisch gegenüber ultrademokratischen Lösungen bei uns. Die Ergebnisse autoritärer Regierungen waren nicht immer schlecht."

Das "demokratische" Ausnahmeregime treibt die soziale Desintegration, die soziale Auszehrung weiter voran. Es zerstört über die Aufhebung der Preiskontrollen, Privatisierung des Wohnungsmarkts, Entlassungen – der Frauenanteil an der Arbeitslosenquote beträgt Ende Dezember '91 etwa 77% – das soziale und ökonomische Alltagsgefüge der Gesellschaft. Der Orkan der Inflation, so die ZEIT vom 12.6.1992, bricht die Sozialstrukturen, Statushierarchien und Lebensvorstellungen des sozialen Lebens auf. Und dennoch, so referierte der Zentralbankpräsident W. Rasskasow auf dem Wirtschaftsforum Baden-Baden zur Lage der Wirtschaftsreform in der russischen Republik im Mai 1992, bleibt ein weitverbreitetes Mißtrauen gegen die Marktwirtschaft, das auf kulturellen Traditionen basiere. So läßt sich die Einführung privaten Eigentums an Grund und Boden bis heute, Mitte Juli '92, nicht durchsetzen. Und A. Wladislawlew vom russischen Industrieverband konstatierte die immer noch "antiunternehmerisch" eingestellte öffentliche Meinung (vgl. SZ v. 25.5.1992).

Jelzins Austerity-Programm, die Dollarisierung der Wirtschaft (soziale Währungshierarchie), die bereitwillige Überlassung der Wirtschaft an Schattenökonomie und Spekulanten, die staatlich abgesicherten Monopolrechte ehemaliger Staatsbetriebe, die Nomenklaturaprivatisierung etc. stürzen ganze Regionen in die soziale Verelendung und in real drohende Hungersnöte. Noch können Teile der Bevölkerung von ihren Reserven (schätzungsweise 1,5 – 6 Milliarden Dollar umgerechnet) und ihren Nahrungsmittelvorräten überleben. Trotz Brotpreiserhöhungen von 600% wurden im Ural die Brotrationen bereits auf 300g reduziert, und in der russischen Republik leben über 55% der Bevölkerung unter der offiziellen Armutsgrenze. "Brot ist Politik", titelte die ZEIT vom 13.3.1992. $^2/_3$ der Bevölkerungen der sowjetischen Nachfolgestaaten sind gezwungen, zwischen 70% und 75% ihres Einkommens für Nahrungsmittel zu verwenden (Moskau News Nr. 4/92). Da errechnete das russische Staatskomitee für Statistik im März 1992 in einer Studie einen Minimalbetrag von 1.500 Rubel für den Lebensunterhalt, einen Monat später wird das Mindesteinkommen auf 900 Rubel erhöht. "Die Demokratie ist eine «gute Sache»", kommentierte V. Antonov, der ukrainische Staatsminister, die Situation, "wenn aber die Hälfte der Bevölkerung hungert, ist sie nicht zu ertragen." (FR v. 7.3.1992).

Die Auszehrung der Gesellschaft, die Ökonomisierung der Armut unter dem IWF-Strukturanpassungsdiktat folgt dem von J. Sachs den sowjetischen Eliten angepriesenen polnischen Modell "von der aussichtslosen Armut zur ganz normalen Armut mit Zukunft."

Und der Vizepräsident der Weltbank, W.P. Thalwitz, verrät dem Spiegel (Nr. 21/92): "Es wird in der ehemaligen Sowjetunion in der Übergangszeit zu erheblichen Einschränkungen des privaten und öffentlichen Konsums kommen. Auch das soziale Netz, das erst noch entstehen muß, wird sich aus dem Konsumverzicht finanzieren. Das alles bedeutet Härte. Aber der Westen kann unmöglich 300 Millionen Menschen durch humanitäre Hilfe über Wasser halten". So sollen die "Effizienzreserven" der sowjetischen Ökonomie durch "Preisreform mobilisiert" werden – mindestens 5 Milllionen, "vielleicht aber auch zehn Millionen" Arbeitslose eingeschlossen. Der Anpassungsprozeß der sowjetischen Ökonomien an die globalen Produktivitäts- und Rentabilitätsmaßstäbe (Reintegration in den Weltmarkt) bedeutet die Zerstörung und Entwertung der alten staatssozialistisch abgesicherten Industrie- und Akkumulationsstruktur.

Über Deregulierung der ökonomischen Mechanismen, Abbau von Staatssubventionen und Privatisierungen – bis Februar '92 hat die russische Treuhand (Komitee zur Verwaltung staatlichen Eigentums Rußlands) zusammen mit westlichen Beratergruppen 5.000 vor allem Dienstleistungs- und Einzelhandelsbetriebe privatisiert – versucht das Regime, das kriegsökonomische Entwicklungsmodell schrittweise in die globale Konkurrenzfähigkeit zu überführen.

Die Schaffung von Bedingungen für einen weltmarktintegrierten Akkumulationsprozeß erscheint angesichts des dazu notwendigen Kapitalttransfers aussichtslos. Schätzungen gehen von 700 Mrd. Dollar über 20 Jahre für die osteuropäischen Ökonomien einschließlich der GUS aus (vgl. TAZ v. 20.6.1992). Daß diese gewaltigen Kapitalinvestitionen, die für den Modernisierungsprozeß nötig wären, nicht mehr aus den Knochen der Menschen (Konsumverzicht) herausgepreßt werden können, ist angesichts der derzeitigen realen Verelendung zu vermuten. "Allein für das laufende Jahr rechnen Finanzexperten mit einer Zahlungsbilanzlücke von 38 Mrd. Dollar. Die Übernahme von Unterstützungszahlungen durch die Bretton-Woods-Institutionen von 25-38 Mrd. Dollar wird als Startschuß für ein Finanzabenteuer bezeichnet, das in der Geschichte einzigartig ist" (J. Bischoff, in: Sozialismus 6/92; vgl. auch ZEIT v. 5.6.1992).

So ist die "Peripherisierung" der ehemaligen Sowjetunion schon heute absehbar:

Verelendung vieler Regionen, Verschuldung, rohstoffexportorientierte Wirtschaftsstruktur (zwischen 1986 und 1991 stieg bspw. der Kupferexport von 30.000 auf 230.000 t, der von Aluminium von 170.000 auf 650.000 t und der von Nickel von 35.000 auf 95.000 t), Kapitalflucht (das Institute of International Finance schätzt den Betrag für 1991 auf etwa 14 Mrd. Dollar), Exploitation der Bodenschätze unter dem Kommando des transnationalen Kapitals (z.B. Chevron in Kasachstan) etc. "Die Armut der GUS-Staaten und Osteuropas ist nicht schlimmer als die von Tschad oder Bangladesh", schreibt E. Stölting in der TAZ v. 5.2.1992 und fügt hinzu: " – aber gefährlicher". Für die westlichen Metropolen selbstverständlich und nicht nur wegen des vagabundierenden Atommaterials und -Know Hows. Der sozialdemokratische Vordenker P. Glotz bemerkt dazu: "Westeuropa kann sich Osteuropa nicht vom Hals halten wie Afrika, auch wenn es das wünschen sollte" (P. Glotz, Die Linke nach dem Sieg des Westens, Stuttgart 1992, S. 93). Gleichzeitig legt er der "europäischen Linken" angesichts des osteuropäischen

Krisenprozesses eine neue "Wehrdebatte" nahe (ebenda, S. 90; vgl. auch S. 183f.). Hier zeichnen sich schon erste militarisierte "linke Krisenstrategien" ab (vgl. auch die Menzel-Debatte).

Aber der sowjetische Krisenverlauf ist nicht so geradlinig, wie es bislang erscheinen mag. Immer wieder brechen Klassenkonfrontationen auf, die das Regime zu Zugeständnissen und Kompensationen zwingen.

Von Januar bis März '92 sind in 35 Regionen Rußlands 580 Betriebe bestreikt worden, was einen Verlust von 260.000 Arbeitstagen bedeutete (lt. staatlichem Statistikamt, SZ/TAZ v. 24.4.1992). So kommt es nach den Januar-Preiserhöhungen zu "Massenstreiks in Rußland für soziale Gerechtigkeit" (FR-Schlagzeile v. 24.1.1992). Die sozialen Unruhen und Proteste breiten sich nicht nur in den großen Städten (Moskau, Jekaterinburg, Komsomolsk, Workuta, Tscheljabinsk etc.) aus, sondern ergreifen auch die ländlichen Gebiete. Von den staatsbediensteten Lehrern und Lehrerinnen über das Pflegepersonal der Krankenhäuser bis zu den Öl- und KohlearbeiterInnen reicht die Streikfront.

In Tadschikistan lösen die Preiserhöhungen schwere Studentenunruhen aus, bei denen zwei Studenten erschossen werden. Die Preiserhöhungen werden daraufhin teilweise wieder zurückgenommen. In Turkmenien und Kasachstan werden die Regime zu ähnlichen Schritten gezwungen.

Anfang Februar '92 lanciert das gemeinsame Fernsehen der GUS die Nachricht, daß bei anhaltenden Massenunruhen die russische Regierung Pläne für den Ausnahmezustand bereithalte (SZ/TAZ v. 11.2.1992). Doch auch im März und April gehen die Ausstände weiter.

Und unter dem Druck der Massen wurde die russische Regierung, die die Löhne und Gehälter nicht mehr auszahlen konnte, gezwungen, die Zwangsanleihen immerhin zu verzinsen. Streikandrohungen in Schlüsselsektoren bewirkten, daß Jelzin mit Waggonladungen von Rubelscheinen durch die Lande zieht. Erste Kritik an den IWF-Konzepten wurde in der russischen Regierung laut. Das eingeleitete "Krisenchaos" hat bislang viele Konfrontationslinien hervorgebracht und befindet sich in einem Durchgangsstadium. Eine Perspektive auf ein Ende dieses Zerstörungsprozesses ist nicht in Sicht. Auch nicht für seine soziale Seite, welche Form und Intensität die sozialen Auseinandersetzungen auch annehmen werden. Daß die destruktive Neuordnung von massiven sozialen

Unruhen und Kämpfen begleitet sein wird, zeichnet sich heute schon ab, welche sozialen Bewegungsformen daraus entstehen werden, ist nicht vorhersehbar, und auch nicht, ob die Unruhen vor den osteuropäischen Wohlstandsinseln halt machen werden.

Für den BIOST-Ökonomen R. Götz-Coenenberg ist lt. TAZ vom 22.1.1992 der Verlauf des ökonomischen Transformationsprozesses völlig normal: “Daß Geschäfte gestürmt werden oder ein Militärputsch stattfindet, es Streiks und Aufstände gibt, damit muß man rechnen”. Aber es gibt auch keine Gewißheit, daß die sozialen Unruhen nicht in ganz andere Dimensionen umschlagen.

Der Angriff des demokratisch gelifteten Staatssozialismus (Perestroika) auf die sowjetischen Gesellschaften zur Überwindung der Modernisierungs- und Verwertungsblockade ist jedenfalls seit dem 21. August ’91 beendet, der autoritär-nationalistische beginnt erst.

Es folgt noch eine kurze Beschreibung des innersowjetischen Zerfallsprozesses.

Die Tage des Ausnahmeregimes beschleunigten die Auflösung des Unionszentrums und der KPdSU als unionsweite integrierende etatistische Institution und damit den Zerfall und die Desintegration der Sowjetunion.

Der Sezessionsprozeß der Nordrepubliken war unumkehrbar geworden. So mußten die baltischen Republiken, die das produktivste Zentrum des alten Sowjetregimes bildeten, in die international sofort anerkannte Unabhängigkeit entlassen werden. Weitere ehemalige Republiken der SU folgten dem Beispiel des Baltikums (Ukraine, Moldawia, Georgien u.a.). Nationalismus und eine weltmarktintegrierte modernisierte Ökonomie sind die zwei Seiten der Medaille Unabhängigkeit. So nutzten die ehemaligen Kader des kommunistischen Apparats (Nabijew, Akajew, Krawtschuk, Nasarbajew u.a.) zwecks Machterhalt der eigenen nationalen und technokratischen Eliten (gegen islamistische, nationalistische und soziale Bewegungen) den Zerfall des Zentrums zur nationalistischen Mobilisierung und staatlichen Unabhängigkeit.

Auch in den südlichen Republiken, dem sowjetischen Armenhaus, wurde der Prozeß der “nachholenden Entkolonialisierung” durch ethnisch-nationalistische Mobilisierungen überlagert, und nationalistisch-autoritäre Regime (Tadschikistan, Usbekistan, Georgien etc.) wurden etabliert, die alsbald die Unabhängigkeit erklärten.

Mit dem Zerfall des Unionszentrums war auch die Aufrechterhaltung eines reorganisierten, zentral gesteuerten Wirtschaftsverbands (Unionsvertrag), der die innersowjetische Arbeitsteilung und Ausbeutung organisierte und regulierte, unmöglich geworden.

Daß sich dem slawischen Dreierbund im Dezember '91 die mittelasiatischen Republiken Armenien und Aserbaidschan anschlossen, verblüfft nicht. "Die Rolle der Rohstofflieferanten allein zwang die mittelasiatischen Republiken schon zurück in die enge Bindung an Rußland, die neue Zentrale", schrieb der kritische Kommentator und Asienexperte K. Grobe in der FR vom 23.12.1991. "Die auf Unabhängigkeit drängenden Volksbewegungen sind noch immer in der Minderheit (...). Die neuen Führer vertreten nicht etwa neue oder im Entstehen begriffene Nationen, sondern die regionalen Machteliten. Der gesamte Entwicklungsprozeß bleibt noch hinter der Entkolonialisierung Asiens und Afrikas vor 30 Jahren zurück, und auch der brachte Weltmarkt-Abhängigkeit statt Freiheit." So weit K. Grobe. Aber die so entstandene Neuordnung – GUS – hat angesichts der Krisendynamik wenig Aussicht auf Bestand, wie es die militärischen Konflikte der letzten Monate in verschiedenen Regionen vorzeichnen.

Mit der Krise der SU geriet auch der bolschewistische "Nationalitätenvertrag" (Kooptierung nationaler Eliten, Wirtschaftsintegration, Ressourcenumverteilung), der erst Ethnizität institutionalisierte und ein homogenes Nationalbewußtsein stiftete, in die Krise. Aus den Trümmern der zerfallenden SU erstarkte in den ehemaligen Sowjetrepubliken auch der Nationalismus, der kurzfristig soziale Spannungen und gesellschaftliche Friktionen überbrücken konnte.

Was auch immer für Wirtschaftsräume und- kooperationen gegründet werden (Baltischer Rat, Zentralasiatische Union, Economic Cooperation Council, Black Sea Cooperation Council und Caspian Sea Cooperative Zone), für die Süd- und auch andere Republiken wird unter Weltmarkt- und IWF-Diktat nichts weiter als die Verwaltung der Armut übrig bleiben. So scheinen interethnische und nationalistische Verteilungskämpfe und Bürgerkriegsszenarien vorprogrammiert.

Noch können die allabendlichen, auswechselbaren Fernsehbilder osteuropäischer Schlachtfelder und die zynische Zurückweisung bosnischer Kriegsflüchtlinge an bayrischen Grenzen den Schein aufrechterhalten, als sei der Krieg fern von den glitzernden Metropolen konsumfreudiger Citoyens und den idyllischen Inseln öko-

logischer und esoterischer Selbstreduzierung. Die Bilder von Brindisi waren ebenso schnell vergessen wie die in der Oder ertrunkenen illegalen EinwandererInnen. Aber selbst dem hartgesottensten Zeitgenossen muß die Headline der SZ v. 20./21.6.1992, daß "Deutschland und die WEU zu Kampfaufträgen ihrer Truppen bereit seien", Risse ins bequeme Trugbild getrieben haben.

Der europäische politische Prozeß, der auf militärische Interventionsoptionen abzielt, orientiert sich dabei u.a. an der Definition "deutscher Sicherheitsinteressen", wie sie in der Vorlage des "Bundesverteidigungsministeriums" an den "Verteidigungsausschuß des deutschen Bundestages" vorformuliert wurde: "Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Konflikten jeglicher Art, die die Unversehrtheit und Stabilität Deutschlands beeinträchtigen könnten; (...) Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen; (...)" (das Papier wurde in Auszügen in der TAZ v. 9.2.1992 veröffentlicht). Die Militärszenarios nach der Ära der Kalten Kriegs-Ordnung sind auch für Europa schon vorgezeichnet. Die durch das Scheitern des sozialistischen Entwicklungsmodells potenzierte globale Instabilität hinterläßt in Osteuropa ein blutiges "Krisenchaos", das – auf kurz oder lang – in die Metropolen zurückschlagen wird. Denn der Prozeß der "schöpferischen Zerstörung" Osteuropas, militärisch beschleunigt, wird voraussichtlich noch Jahre anhalten und immer mehr Menschen aus ihren kargen Existenzgrundlagen herausreißen, die sich notgedrungen, wollen sie nicht zwischen den Fronten katalytischer Bürger- und Nationalitätenkriege vernichtet werden, auf die Suche nach Einkommen, Existenzgarantien und Überleben begeben werden. Den gängigen antiimperialistischen und ökonomistisch verkürzten kapitalismuskritischen Deutungsmustern allerdings werden die Dimensionen der europäischen Konfliktualität, wie wir sie hier angerissen haben, unzugänglich bleiben. Aufgabe der metropolitanen Linken wäre es, bei aller Unübersichtlichkeit und Instabilität, die soziale, antagonistische Seite der osteuropäischen Krisen- und Kriegsdynamik, in der aus der Zerstörung ökonomischer und sozialer Alltagswelten die Transformation in ein neues Wertschöpfungsmodell projektiert wird, zunächst einmal überhaupt zur Kenntnis zu nehmen und nach – wenn zunächst auch bescheidenen – Möglichkeiten zu suchen, an diese anzuknüpfen, will sie nicht in politischer Bedeutungslosigkeit versinken. Eine Debatte darüber ist überfällig.

6. Die Dialektik von Unterwerfung und Widerständigkeit – Thesen zur Situation sowjetischer Frauen

"Wenn wir einen neuen sozialen Aufstand erleben, dann wird er von den Frauen aus den Küchen kommen".
A. Jakowlew im Oktober 1991

Die sowjetische militär-industrielle Entwicklungsstrategie baute wesentlich auf die sowjetische Frau als "soziale Ressource" zur industriellen Vernutzung und Ausbeutung. Deren unkontrollierbares soziales und generatives Verhalten mußte an die Erfordernisse der sowjetischen Industrieentwicklung jeweils angepaßt werden. Von daher ist es berechtigt, die soziale Konfliktualität, die aus den Schnittstellen zwischen sozialistischem Verwertungsimperativ, bevölkerungspolitischem Diktat und den Verhaltensweisen der Frauen entsteht, als eine gesonderte darzustellen. Auch wenn wir die Linien dieser Konfrontation nicht in allen Phasen als eine gesonderte nachzeichnen können, da durch die rapide Industrialisierung in den Fabrikgemeinden ein relativ homogenisiertes Klassensubjekt entstanden war, lassen sich doch unter einer patriarchal verformten Geschichtsschreibung und tagespolitischer Berichterstattung Spuren weiblicher Widerständigkeit entdecken, die in der neutralisierenden Totalität des Begriffs "sozialer Antagonismus" allzu leicht untergehen.

Wenn wir oben allgemein das Scheitern des sozialistischen Entwicklungsmodells auch an seinem sozialen Widerpart skizziert haben, soll hier nun thesenartig versucht werden, diesen Prozeß zu differenzieren: aus der Perspektive des patriarchal verworfenen Ecksteins sozialer Renitenz, der sowjetischen Frau, ob wir ihn in Transkaukasien, Mittelasien oder im europäischen Teil der ehemaligen Sowjetunion finden – allerdings ohne vorschnelle Homogenisierung, die den binnenimperialistischen Strukturen der Sowjetunion nicht gerecht würde.

Zunächst gilt es jedoch, ideologischen Schrott beiseite zu räumen: die hehre Parole von der Emanzipation der Frau im Sozialismus entpuppt sich bei näherem Hinsehen im Kern als ideologische Verklärung eines massiven Zugriffs auf weibliches Arbeitsvermögen:

Zur Bürde der Reproduktionsarbeit, die weiterhin den Frauen auferlegt blieb, wurde ihnen – forciert im Rahmen der stalinistischen Industrialisierungspolitik – der schwerste Teil der Industrie- und Landarbeit aufdiktiert. So wurde ihnen vom patriarchalen Kommando die sozialistische Emanzipationsverpflichtung mal als Arbeitszwang in der Fabrik, mal unter dem Etikett spezifisch weiblicher Qualitäten als Rückkehr in die Familien zugewiesen. Wer lediglich den Frauenanteil im Produktionsprozeß zum Gradmesser ihrer Emanzipation macht, der kann mit den Verhältnissen in der Sowjetunion (92-93% Frauenanteil in der Produktion[1]) zufrieden sein. Unter dem sozialistischen Verwertungszwang ist der größte Teil der weiblichen Arbeitskräfte in den unmittelbaren Produktionsprozeß aufgesogen. Über die reale Situation dieser Frauen ist damit noch nichts gesagt – um diese soll es uns aber hier gehen; dazu gehört mehr als die Stellung der Frauen im Produktionsprozeß, ist dieser doch lediglich ein – wenn auch wichtiges – Segment weiblicher Lebenswelt.

Thesen:

I. Die forcierte Industrialisierung und Urbanisierung in der Sowjetunion beruhte wesentlich auf der Arbeitsabpressung und Ausbeutung sowjetischer Frauen. Weil eine Intensivierung der Arbeit und Steigerung der Arbeitsproduktivität gegen die real existierende ArbeiterInnenmacht kaum durchzusetzen war, setzte das sozialistische Arbeitssystem auf eine Extensivierung der Frauenarbeit, die zu einer "Feminisierung der Industriearbeit" führte. So machen z.B. Frauen den größten Anteil der Limitta-ArbeitssklavInnen aus. Die Möglichkeit der industriellen Verwertung weiblicher Arbeitskraft – ihre Befreiung aus "unproduktivem" Tätigsein in der Familie und damit ihre soziale Inwertsetzung – war eine der entscheidenden Ressourcen des sozialistischen Akkumulationsregimes, was mit Emanzipation rein gar nichts zu tun hatte. So kleben an den sogenannten Errungenschaften der nachholenden Entwicklung des sowjetischen Entwicklungsmodells Blut und Schweiß millionenfach zu Schwerstarbeit "befreiter" sowjetischer Frauen. Die Kämpfe im Produktionssektor sind real immer ArbeiterInnenkämpfe gewesen.

II. Gleichzeitig waren die sowjetischen Frauen vor allem in den europäischen Republiken in die staatlich geförderten Kleinfamilien (Keimzellen des Sozialismus) gezwungen, um als Haus-

arbeiterinnen unentgeltlich die materielle und soziale Reproduktion des patriarchalen Systems zu sichern. Die Bedeutung der weiblichen Reproduktionsarbeit reichte weiter, als daß ihre Liebes- und Beziehungsarbeit in die Mehrwertschöpfung einfloß. Sie wird angesichts der Prekarisierung der Versorgung mit alltäglichen Gütern zur Überlebensökonomie. Die Kollision der weiblichen Reproduktionsaufgaben als Garantin der Existenzsicherung einerseits und der sozialistischen Sozialisation andererseits wird sukzessive zugunsten der ersteren entschieden. In den 70er Jahren ist die Keimzelle des Sozialismus nur noch ein Trümmerhaufen. Aus der Organisation des Überlebens am Existenzminimum erfahren die Frauen ihre Aufwertung als heimliche Vorstände des Haushalts, an dem die "Männchen" nur noch parasitär teilhaben. In den Nahrungsmittelprotesten und -aufständen wehren sich vor allem die Frauen gegen die Verschärfung der Bedingungen ihrer Existenzsicherung, denn jede Verknappung der materiellen Versorgung führt zu noch höheren existenziellen Aufwendungen bei ihnen.

III. Die sowjetischen Frauen waren zu allen Zeiten den bevölkerungspolitischen und sozialhygienischen Vorstellungen und Maßnahmen der sozialistischen Entwicklungsbürokratie (von den "Schlachthöfen" der Abtreibung über Gebärprämien und Zwangssterilisation zur Zwangsmigration) ausgesetzt, die letztlich auf den patriarchal-sexistisch verfestigten Gewaltverhältnissen der sowjetischen Gesellschaft fußten. Es gelang den Frauen aber, Strategien und Praktiken zu entwickeln, mit denen sie die bevölkerungspolitischen Durchsetzungsmechanismen weitgehend unterliefen.
Die sowjetischen Frauen waren schon immer mit sexistischer Gewalt konfrontiert, mit deren Eskalation versuchen die Männer in den letzten Jahren, Einfluß und Dominanz zurückzugewinnen und ihren Machtverlust im Haushalt zu kompensieren.

IV. Das sowjetische Entwicklungsmodell basierte auf einer umfassenden gesellschaftlichen Nutzung und Aneignung weiblichen Arbeitsvermögens, weiblicher Körper und Fähigkeiten. Der Verfügungsgewalt der sozialistischen Entwicklungsplaner über den "strategischen Rohstoff sowjetische Frau" setzten die Frauen ihre Renitenz und ihre eigensinnige Subjektivität entgegen.

Aus der sozialen Konfrontation der letzten Jahre, die sich in den südlichen Republiken zunehmend militarisierte und über die sich das patriarchale Kommando zweifelsohne restabilisierte, ist eine weibliche Perspektive kaum zu gewinnen. Vielleicht jedoch gelingt den Frauen im Bewußtsein ihrer realen sozialen Macht die Abwehr einer über die Zerstörung der ökonomischen Alltagszusammenhänge initiierten Repatriarchalisierung der sozialen Verhältnisse.

Material und Konkretisierung zu den Thesen:

In der Geschichte der Sowjetunion wurde weibliche Arbeitskraft je nach Arbeitskräftebedarf mobilisiert oder freigesetzt: Schon vor der Oktoberrevolution waren ca. 25% der russischen Frauen als Billiglohnarbeiterinnen (75% als Hausangestellte oder als landwirtschaftliche Arbeiterinnen) tätig, im ersten Weltkrieg wurde der Anteil der Industriearbeiterinnen auf 40% gesteigert.[2] Darauf aufbauend proklamierte der Kriegskommunismus die effektive Ausnutzung der weiblichen Arbeitskräfte und führte die allgemeine Arbeitspflicht ein, da "die Durchführung der vorgesehenen (...) wirtschaftlichen Pläne nur bei entsprechender Nutzung weiblicher Arbeitskräfte möglich" sei (Beschluß des 8.Allrussischen Rätekongresses zur Frauenarbeit vom 28.12.1920).[3] Infolge der NEP-Rationalisierung wurden zuerst die Frauen entlassen, und mit dem Beginn der forcierten Industrialisierung 1927/28 erfolgte ein erneuter entscheidender Zugriff auf das weibliche Arbeitspotential. Die Logik der Bolschewiki ist bekannt: "Seit dem Beginn der Industrialisierung war klar, daß Frauen eine Hauptquelle potentieller Arbeitskräfte seien. Die meisten weiblichen 'Arbeitsreserven' lebten in Städten und waren Mitglieder von Arbeiterfamilien. Ihre Rekrutierung war deshalb billiger als die von Männern vom Land, da sie ohne große Ausgaben für neue Wohnungen oder andere soziale Annehmlichkeiten als Kinderversorgungseinrichtungen in die Produktion gebracht werden konnten."[4] Nüchterne Zahlen lassen vielleicht erahnen, in welchem Ausmaß dann die gewaltsame Extensivierung der Industriearbeit durch die Mobilisierung weiblicher Arbeitskräfte erzwungen wurde: Der Frauenanteil an der Gesamtbeschäftigung stieg von 27% 1927 über 34% 1937 auf 41,6% 1939 und während des zweiten Weltkriegs sogar auf 56% 1945[5]. Seitdem liegt er bis heute relativ konstant bei 51%, und die Angaben und Schätzungen über den Beschäftigungsgrad der Frauen schwanken zwischen 92% und 98%.



Innerhalb der gesellschaftlichen Ausbeutungshierarchie nehmen die Frauen das unterste Segment ein. Die statistischen Daten zeigen dies in brutaler Klarheit:

- In den untersten Einkommensgruppen machen Frauen quer durch alle Beschäftigungszweige etwa 90% aus.
- Vor allem auf Kosten der Frauen gehen die zunehmenden Wechselschichtsysteme incl. Contischicht; Nachtschichten werden zu zwei Dritteln von Frauen gefahren, Schichtarbeit wird von den sowjetischen Männern meistens sabotiert.
- Im Durchschnitt verdienen Frauen 30% weniger als Männer, einem Drittel der Frauen wird – im Vergleich dazu 2% der Männer – ein Lohn unter dem Existenzminimum ausgezahlt.
- Auch zu den körperlichen Schwerstarbeiten u.a. im Straßen- und Eisenbahnbau, in der Holzindustrie und in der Landwirtschaft werden vor allem Frauen als billige Arbeitskräfte herangezogen; in den traditionellen Frauenbranchen der Textil- und chemischen Industrie arbeiten mindestens 5-7 Mio. Frauen unter schwer gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen; auf den durch Herbizide, Pestizide und Defolianten vergifteten Baumwoll- und Tabakplantagen in Zentralasien verdingen sich die Landarbeiterinnen, wodurch sich bei ihnen Magen- und Darmerkrankungen und Fehl- und Totgeburten häufen, und doppelt so hoch wie im statistischen Unionsdurchschnitt ist hier die Säuglingssterblichkeit.
- Die Niedriglohnarbeit zwingt viele Frauen, auf soziale Ansprüche wie Kinderurlaub etc. zu verzichten – so werden bspw. selbst Säuglinge mit auf die kontaminierten Felder genommen.[6]

Laut offizieller Statistik arbeiten sowjetische Frauen durchschnittlich 33,5 Jahre in entlohnten Beschäftigungsverhältnissen. Die unentgeltliche Reproduktionsarbeit ist wie überall nicht anerkannt, denn "auch auf russisch heißt es, eine nicht berufstätige Frau «arbeitet nicht»"[7]. Die bolschewistischen Planer hingegen thematisierten bereits im Anfangsstadium des Aufbaus der Sowjetunion die Hausarbeit mit dem Interesse, den weiblichen Arbeitskrafteinsatz insgesamt zu rationalisieren: So beschloß bspw. der 8. Allrussische Rätekongreß 1920, "unverzüglich Maßnahmen auszuarbeiten, die geeignet sind, die unproduktive Arbeit der Frauen in Haus und Familie zu verringern, und somit den Bestand an freier Arbeitsenergie zur Wiederherstellung der Volkswirtschaft und zur Entwicklung der produktiven Kräfte der Arbeitsrepublik zu stärken."[8] Die Zwangs-

rekrutierung der Frauen zur Produktionsarbeit wurde durchgesetzt, während die Vergesellschaftung der Reproduktionsarbeit, wie sie bereits 1919 proklamiert wurde, eine kurze Episode des Bürgerkriegs (Volksküchen etc.) blieb. Die Reproduktionsarbeit blieb Aufgabe der Frauen, vergesellschaftet wurde sie nie. Die "Rationalisierung" des weiblichen Arbeitspotentials bestand lediglich darin, das Arbeitsvolumen auszudehnen, die Ausbeutung der Frauen zu intensivieren. Nach soziologischen Zeitbudgetstudien liegt der Arbeitsaufwand der Frauen 2-3 mal höher als der der Männer, ihre Entlohnung dagegen beträgt nur 70% des männlichen Lohns.[9] Das sozialistische Entwicklungs- und Industrialisierungsparadigma beruhte wesentlich auf der Überausbeutung des weiblichen Arbeitsvermögens, auf der patriarchal-gesellschaftlichen Organisierung des Mehrwertraubs aus der ent- und unentlohnten Arbeit der Frauen.

So bleibt Kindererziehung in der Logik dieser geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung Angelegenheit der Frau – entgegen allen gängigen Klischees gibt es lediglich für 45% der Kinder im Vorschulalter Kindergartenplätze, auf dem Land z.T. nur während der Erntesaison, da auf alle vorhandenen Arbeitskraftreserven zurückgegriffen werden mußte.[10] Das notwendige Arrangement von Lohnarbeit und Kinderaufzucht wird zum alltäglichen Problem der Frauen; eine zentrale Rolle spielen vielerorts die "Babuschkas" (Großmütter), deren Unterstützung und Autorität auf dem Terrain der Kindererziehung schon quasi institutionalisiert ist.

Eine gesonderte Betrachtung verdienen die Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen auf dem Land, denen mit der Sicherung einer meist elendigen Subsistenzbasis eine entscheidende Bedeutung zukommt (vgl. gesonderten Artikel zur Landwirtschaft), sowie von Frauen in den Großfabriken. Diese haben sich, wie oben beschrieben, zu sogenannten "Betriebsgemeinden" transformiert, in denen ein Teil der Reproduktionserfordernisse der Belegschaften über die Fabrikleitungen organisiert wurde (Kantinenessen, Nahrungsmittelversorgung etc.). Frauen hatten maßgeblichen Anteil an der aus dieser fordistischen Fabrikorganisation erwachsenen sozialen Konfliktualität, in der in die Fabrikauseinandersetzungen das soziale Umfeld einbezogen und mit den Arbeitskämpfen verknüpft wurde (vgl. Abschnitt 1.2, S. 114). Hier konnte sich der produktiven Gesamtvernutzung der Frauen strategisch wirksam widersetzt werden.

Die gesellschaftliche Verwertung und Vernutzung des weiblichen Arbeitsvermögens unterliegt zwei Feldern strategischer Planung. Zum einen ist die sowjetische Frau als Billiglohn- und Sozialarbeiterin

(Arbeitskraft) Manövriermasse in der Planung gesamtgesellschaftlicher Mehrwertproduktion, zum anderen wird ihr generatives und soziales Arbeitsvermögen zum Ausgangspunkt bevölkerungspolitischer und sozialer Planung. Die Kehrseite dieser patriarchalistischen Zurichtung ist ein enormer Kompetenz- und Machtzuwachs der Frauen. Ihre Präsenz in Arbeitskämpfen korreliert mit ihrer Stellung im Produktionsbereich, und ihre Zuständigkeit für Familienbudget und Nahrungsmittelversorgung sichert ihr die Position des uneingestandenen Familienoberhaupts; nicht zufällig ist eine beliebte Rufform für den Ehemann "Sohn" oder "Söhnchen", und "normalerweise fordern (...) die Frauen kategorisch das ganze Geld, das ihr Mann verdient."[11] Die von Frauen getragene Verantwortung für die familiäre (Überlebens-)Ökonomie reflektiert sich sozialpsychologisch in Eigenschaften, die traditionellen Frauenbildern widersprechen, wie J. Jewtuschenko anmerkt: "In den Frauen ist das Gefühl, die Männer schützen zu müssen, in der Regel so stark ausgeprägt, daß sie wesentlich mutiger sind als die Männer."[12] Dieser "Mut der Frauen" geht so gut wie in alle sozialen Konfrontationen mit dem sozialistischen Entwicklungsmodell ein und drückt ihnen ihren Stempel auf: so in der Ära des Klassenarrangements, des "sozialen Patts" unter Breschnew eher unsichtbar, wie es der Konfliktstruktur dieser Periode insgesamt entsprach, und in den sozialen Konfrontationen mit dem Transformationsregime zunehmend sichtbarer vor allem in den Nahrungsmittel- und Hungerrevolten, in denen die Frauen als Protagonistinnen der Auseinandersetzungen auftraten. Das entsprach einer sozialen Logik – mußten die Frauen doch die sozialpolitischen Angriffe auf das gesellschaftliche Reproduktionsniveau als direkt gegen sie selber (in ihrer sozialen Verantwortlichkeit) gerichtet verstehen.

Die soziale Macht der Frauen erwächst paradoxerweise aus der Überfrachtung ihres Alltags mit den Aufgaben der ökonomischen Produktion und der sozialen Reproduktion des Systems. Wie extensiv dabei auf die Ausbeutung und Auszehrung weiblicher Energien bis an die Grenzen der Belastbarkeit gesetzt wird, zeigen diverse Untersuchungen sowjetischer SoziologInnen über das "Zeitbudget" von Frauen, die regelmäßig zu Tage fördern, daß Frauen z.B. wesentlich weniger Zeit zum Schlafen bleibt als Männern – von "Freizeit" ganz zu schweigen. Das völlige Ausgelaugtsein der Frauen äußert sich in Frustration, Streß und Nervenzusammenbrüchen[13], und verschiedene Interviews der letzten Jahre verweisen dramatisch auf die Situation

der sowjetischen Frauen kurz vor dem existentiellen Kollaps: "Die Frau ist nicht mehr in der Lage, diese kolossale Belastung auszuhalten. Sie ist völlig abgewirtschaftet. ... Wir stehen am Abgrund, es geht ums Überleben."[14] Die aus dem ökonomischen und sozialen Verschleiß resultierende existentielle Bedrohung der Frauen wird von Soziologen und Planern vornehmlich als alarmierende Krise der Familie wahrgenommen – eine Krise mit weitreichenden Folgen, wird doch die Familie seit Stalin als "Keimzelle des Sozialismus" verstanden[15].

Die Erosion der sowjetischen Kleinfamilie ist auf die 70er Jahre zu datieren – und sie ist offensichtlich zwei Faktoren geschuldet: Der Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft, die die Familienstrukturen bis aufs Äußerste aggressiv aufgeladen und zertrümmert hat. Und der zunehmenden Aufkündigung des Familienpakts durch die Frauen mit all den daraus folgenden gesellschaftlichen Zumutungen. Familiensoziologen konstatieren in den 70er Jahren mit patriarchalem Erschrecken, "daß die Frauen ihren Familien- und Reproduktionspflichten nicht mehr in gewohnter Weise nachkamen, was an wachsenden Scheidungsraten, Jugendkriminalität und fallenden Geburtenraten festgemacht wurde"[16]:

★ die Zahl der Scheidungen in den Großstädten schnellte hoch auf mehr als 50%, an manchen Orten liegt sie heute bei 80-90%; in 70% erfolgt die Scheidung auf Initiative der Frau, in 40% aller Trennungen wird Alkoholismus als Grund angegeben, und die wenigsten Frauen gehen, im Gegensatz zu den Jahrzehnten davor, eine zweite Ehe ein. Die Scheidung wird in verschiedenen Äußerungen als Befreiung vom männlichen Parasiten verstanden.

★ Die Übernahme der Kinderaufzucht wird von den Frauen z.T. verweigert, so häufen sich seit den 70er Jahren Berichte über sogenannte "kindliche Obhutlosigkeit" und "Verwilderung unter Jugendlichen"; die Zahl der ausgesetzten Kinder lag Ende der 80er Jahre bei über 1 Million. Auf dem Hintergrund der Aushöhlung der sozialistischen Sozialisationsagentur Familie wären die Prozesse der Jugendbandenbildung und die Jugendrevolten zu diskutieren.[17]

★ Bereits seit Ende der 60er Jahre läßt sich in den europäischen Teilen der Sowjetunion ein einschneidender Geburtenrückgang konstatieren (dazu weiter unten).

Die Männer reagieren auf den Zerfall der Familienstrukturen, die den sozialen Nährboden ihres Parasitentums ausmachten, mit eskalierender sexistischer Gewalt. In allen Lebensbereichen stieg die Gewalt gegen Frauen sprunghaft an (Vergewaltigungen, Pornographie), unterstützt von der Sexualisierung des weiblichen Körpers durch die staatlichen Massenmedien: Sexismus als soziale Strategie der gewaltsamen Reorganisation patriarchalen Kommandos und Schmarotzertums.

Die Aufkündigung traditioneller Rollenzuschreibungen und Reproduktionsaufgaben durch einen nicht unbeträchtlichen Teil der Frauen in den europäischen Republiken aufgrund ihrer prekären sozialen Situation gilt es sowohl als Ausdruck weiblicher Selbstbestimmung und Subjektivität, aber auch als eine existentielle Antwort zu verstehen, die als Leidenssituation erfahren, die mit Kategorien des persönlichen Versagens gekennzeichnet und mit Schuldkomplexen beladen erlebt wird. So ist es nicht verwunderlich, daß die wenigen minoritären Versuche von Frauen Ende der 70er Jahre, ihre Erfahrungen als kollektive zu begreifen und selbstbewußt zu formulieren, sofort kriminalisiert wurden.[18]

Frauen in Zentralasien:

Die kärglichen Überlebensbedingungen der Frauen in Zentralasien (Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisien und Kasachstan) lassen sich nur im Spannungsfeld zwischen kolonialistischen Ausbeutungsstrukturen im sowjetischen Akkumulationsregime und der Widerständigkeit der orientalischen patriarchal geprägten, in Großfamilien und Clans organisierten verflochtenen Gesellschaftlichkeit interpretieren. Um diese traditionell solidarische Gesellschaftlichkeit zu unterminieren, setzten die Bolschewiki in den 20er Jahren auf eine Mobilisierung der zentralasiatischen Frauen als "surrogate proletariat" (G.J. Massell[19]), indem sie eine groß angelegte Agitation gegen die "Unterdrückung der Frau in Zentralasien", gegen Schleier und Roßhaarnetze initiierten. Getragen wurde diese Kampagne von in KP-Frauenräten organisierten vornehmlich sowjeteuropäischen Frauen, die – in kulturrevolutionärem Selbstverständnis – ihren angeblich rückständigen asiatischen Schwestern missionarisch in "Aufklärungs- und Alphabetisierungskampagnen" das ABC der sozialistischen Frauenemanzipation eintrichtern wollten. Als Symbolfigur der aufgeklärten und emanzipierten Frau wurde später die unverschleierte Frau auf dem Traktor propagiert. Die

eurozentristisch-rassistische Dimension dieses Zugriffs wurde zu einer Konstante der kolonialistischen Ausbeutung der zentralasiatischen Peripherie durch das Zentrum des sowjetischen Regimes. Die Einzelheiten des Modernisierungsangriffs sind es wert, nachgelesen und aufgearbeitet zu werden[20] – komprimiert stellt sich der Prozeß so dar: Er changierte zwischen Propaganda im Gewand der Frauenemanzipation und sexistischer Gewalt der KP-Kader, gipfelte in einer kollektiven Schleierverbrennung von zehntausenden von Frauen in Usbekistan am 8. März 1927 (internationaler Frauentag) und ging – nach Verbot der Frauenräte 1930 – in eine brutale Zwangsseßhaftmachung der nomadischen Stämme über, bei der $1/_3$ der kasachischen Bevölkerung umgebracht wurde. Ein großer Teil der Frauen wurde bis in die 70er Jahre in die Feld- und Plantagenarbeit gepreßt, wo über die Zerstörung der traditionellen Subsistenzwirtschaft eine Extensivierung des monokulturellen Anbaus durchgesetzt und die Initiierung der Land-Stadt-Migration in Gang gesetzt werden konnte. In weiten Teilen Zentralasiens aber, vor allem in den Dörfern, erwies sich die großfamiliäre Subsistenzstruktur, deren Rückgrat von Frauen und ihrer Haus-, Feld- und Subsistenzarbeit gebildet wurde, als resistent gegenüber den gesellschaftlichen Rationalisierungs- und



Frauen legen den Schleier ab. 1926

Mobilisierungsstrategien des Zentrums. Diese kollektive Verweigerung kann als orientalische Antwort auf die sozialistische Modernisierung verstanden werden.

Die Lesart der Dialektik von "Diskriminierung und Dominanz", wie wir sie oben für die europäischen Frauen gezeigt haben, stellt sich für Zentralasien wie folgt dar: Die Folgen ökonomischer und sozialer Ausbeutung, die aus dem Zwang zur Produktions- und Reproduktionsarbeit unter patriarchalem Kommando resultierten, sind physisch und psychisch zerstörerisch – die Zunahme von Selbstverbrennungen z.B. usbekischer Frauen in den letzten Jahren zeugt davon.[21] Das Pendant zur destruktiven Verwertung der asiatischen Frauen ist eine entwickelte Frauenmacht, die aus den informellen Frauenstrukturen in den großfamiliären Hauswirtschaften und ihrer Zuständigkeit für sämtliche Belange der häuslichen Versorgung erwächst. Im Gegensatz zu den europäischen Regionen sind die sozialen Macht- und Kompetenzräume der Frauen kollektiv strukturiert. Die asiatisch-islamischen Frauen wissen die räumliche Trennung von "privater" Lebenswelt der Frauen und "öffentlicher" Männerwelt gegen die patriarchal verfestigte Ordnung zu nutzen. Dadurch, daß die Reproduktionssphäre und die Subsistenzökonomie beide von den Frauen ökonomisch und sozial organisiert werden, können sie erst tendenziell zu einem Rückzugs- und Widerstandsort gegen die Verwertungsimperative der sozialistischen Akkumulationserfordernisse werden.

So scheint die Tendenz gegenläufig zu sein: Während im europäischen Teil der Sowjetunion die Familienstrukturen unter zunehmenden ökonomischen und sozialen Druck aufzubrechen beginnen, werden die großfamiliären in Zentralasien unter den Angriffen auf die kulturellen und ökonomischen Lebensbedingungen gestärkt und zu einem Residuum orientalischer Widerständigkeit.

Die staatliche Bevölkerungspolitik versuchte, auf die unterschiedlichen Entwicklungsanforderungen mit entsprechend divergierenden sozialen Maßnahmen Einfluß zu nehmen: Im europäischen Teil der Sowjetunion war es seit den 70er Jahren Ziel, das Bevölkerungswachstum zu fördern, da ein immenser Arbeitskräftebedarf bestand; Ausweitung des Mutterschaftsurlaubs, bescheidene finanzielle Gebäranreize und Aufrechterhaltung brutaler Abtreibungsprozeduren vermochten jedoch die anhaltende Gebärverweigerung der Frauen nicht aufzubrechen. In den zentralasiatischen Republiken hingegen, in denen die "Arbeitskraftreserven" ständig

anwuchsen, aber nicht in großem Maßstab zur Migration in die industriellen Zentren zu mobilisieren waren, stießen alle Kampagnen zur Familienplanung und Geburtenreduzierung auf kulturelle und moralische Ablehnung, sie wurden als Völkermordstrategien von den nationalen Eliten gekennzeichnet. Die Absenkung des Lebensniveaus dagegen hatte geradezu kontraproduktive Resultate in einer Gesellschaft, in der Kinderreichtum als traditioneller Wert und Alterssicherung gilt. Die Rückbindung an die dörfliche Subsistenz wuchs in dem Maße, wie die Großfamilien attackiert wurden. Zwischen 1959 und 1979 stieg die ländliche Bevölkerung in Zentralasien um ca. 70%, während sie im europäischen Rußland um 22% zurückging.[22]



Usbekischer Großfamilienverband

Die selbstbestimmte Entscheidung der Frauen über die Zahl ihrer Kinder hat in der Sowjetunion einen blutigen Preis. Da zuverlässige Verhütungsmittel kaum zur Verfügung der Frauen standen und frauengerechte Verhütungsmethoden unverbreitet waren, ist die – im Stalinismus verbotene – Abtreibung zur fast ausschließlichen Praxis der Geburtenregelung geworden. Die Abtreibungsquote in der Sowjetunion ist die höchste der Welt: ca. 90% aller Erstschwangerschaften werden abgebrochen.[23] Die Abtreibungskliniken werden von den sowjetischen Frauen Schlachthöfe genannt; die Eingriffe erfolgen in der Regel ohne schmerzstillende Medikamente und finden unter unhygienischen, erniedrigenden und demütigenden

„Ein Verbrechen an den Frauen"

Trotz katastrophaler Abtreibungspraxis haben die Frauen in der UdSSR keine Alternativen / Verhütungsmittel sind teuer und rar, von offizieller Seite gibt es nur bedauernde Worte / Immerhin greift die Presse verstärkt die Zustände an

Von Ute Keppler

Feierabend in einer Moskauer Abtreibungsklinik, eine Ärztin kommt in den Warteraum. „22 Abtreibungen pro Stunde. Heute ist wieder mal wahnsinnig viel los", seufzt sie, sich die Hände reibend. Dann betritt eine junge Frau das Zimmer. Sie hat gerade eine Abtreibung nach der in der Sowjetunion sehr seltenen Absaugmethode hinter sich. Sie ist völlig erschöpft, aber mit einem erleichterten Lächeln auf den Lippen erklärt sie, daß sie diesmal keine Schmerzen gehabt habe. Vor einem halben Jahr habe sie eine „richtige" Abtreibung machen müssen und noch Tage später gelitten.

Tatsächlich werden über 80 Prozent der Abtreibungen in der Sowjetunion entweder ohne Betäubungsmittel vorgenommen oder in einer Dosierung, die gerade dafür ausreicht, daß die Frauen nicht ganz so laut schreien. Schmerzlinderung erscheint überflüssig *[Medikamente sind in der UdSSR auch rar! — d. Korr.in]*. „Pro blatu" — Vitamin B — lautet die Bestechungsformel für Ärzte, damit sie eine Vollnarkose geben.

„Ich möchte nicht bedauern, eine Frau zu sein", war vor einigen Wochen ein Erfahrungsbericht einer jungen Frau überschrieben, den die Zeitung 'Moskovskie Novosti' veröffenlichte. Die zuständige Redakteurin kommentierte, erschüttert: „Wie Abtreibungen in unserem Land durchgeführt werden, ist barbarisch. Es ist ein physisches, psychisches und moralisches Verbrechen gegen die Frauen." Die in dem Bericht geschilderten Erniedrigungen sind kein Einzelfall. In Gesprächen mit sowjetischen Frauen tauchen immer wieder die gleichen Erlebnisse auf. Es beginnt schon in der Beratungsstelle, wo die Schwangerschaft festgestellt werden kann. Der Umgangston ist grob. Frauen werden generell mit „Du" angesprochen, arrogante Ärztinnen und Ärzte geben mit jeder Geste zu verstehen, daß die Frauen ihren Spaß gehabt hätten und nun dafür bezahlen müßten. Fällt der Schwangerschaftstest positiv aus, müssen zahlreiche Untersuchungen, unter anderem ein Aids-Test durchgeführt werden. Jedesmal ist dafür stundenlanges Schlangestehen erforderlich, die Frauen müssen Arbeits- und Verdienstausfall in Kauf nehmen. Dafür ist die Behandlung immerhin kostenlos. Zur Abtreibung selbst werden sie dann in die Bezirkskliniken bestellt. „Vor hauchdünnen Wänden, hinter denen du die Patientinnen schreien hörst, mußt du warten, bist du an der Reihe bist", berichtet eine Betroffene. „Beim Eintritt ins Operationszimmer fällt als erstes ein Eimer ins Auge, in dem das Blut und die Reste der vorangegangenen Abtreibungen gesammelt werden."

Die Zustände sind katastrophal, doch sowjetische Frauen haben keine Alternative. 6,5 Millionen Schwangerschaftsunterbrechungen wurden vergangenes Jahr registriert, damit treibt jede Frau in der Sowjetunion durchschnittlich viermal in ihrem Leben ab. „Die Sowjetunion hält den Weltrekord in Abtreibungen", lautete der Titel einer Reportage in der Wochenzeitung 'Ogonek' Anfang des Jahres.

Für viele Frauen sind die beengten Wohnverhältnisse bzw. die Unmöglichkeit, eine neue größere Wohnung zu bekommen, ein Grund für die Abtreibung. Andere haben finanzielle Schwierigkeiten, können sich ein weiteres Kind oder einen längeren Verdienstausfall nicht leisten. Oder sie haben wenig Zeit, denn ein Kind verlangt Fürsorge, die ein berufstätiges Ehepaar nicht geben kann.

Die Alltagssorgen stehen für sowjetische Frauen im Mittelpunkt der Überlegungen für und wider Abtreibung. Über psychische und moralische Probleme oder über gesundheitliche Folgen wird entweder gar nicht gesprochen oder auf Fragen dazu nur müde abgewinkt. Für diese Art der Auseinandersetzung bleibt keine Zeit.

Mit der fehlenden Sexualaufklärung nennt Natalija Kraminowa einen weiteren wichtigen Punkt für die hohe Abtreibungsrate. Zwar gibt es für Mädchen in der Schule das Fach „Ethik und Moral des Familienlebens", wo am Beispiel literarischer Figuren wie Anna Karenina versucht wird, den jungen Frauen die „geistigen und moralischen Grundlagen" für den Eintritt in die zwischengeschlechtliche Beziehung zu geben. Über Sexualität und Verhütung wird allerdings kein Wort verloren.

Doch selbst wenn man dies täte, taucht sofort der nächste Problemberg auf: die Versorgung mit Verhütungsmitteln. Besuche mehrerer Moskauer Apotheken, in denen die rezeptfrei erhältlichen Verhütungsmittel samt Preisschild unter einer Glasvitrine aufgebahrt sind, zeigen, was geboten wird: Da gibt es samentötende Zäpfchen zu 40 Kopeken, eine Creme für 32 Kopeken, ein Diaphragma für 24 Kopeken (allerdings nur in einer Größe und ohne Creme!) und sowjetische Kondome, die Freundin mit alten Ledersc[illegible] verglich: dick und durchläss[illegible]

(...) Spiralen [illegible] gens nur Frauen eingesetzt werden, die bereits Kinder haben. Damit erklärt sich unter anderem die hohe Schwangerschaftsrate bei unverheirateten jungen Frauen.

Meine Frage an die Verkäuferin, ob das denn alle Verhütungsmittel seien, erzielt einen merkwürdigen Effekt: Die junge Frau errötet bis zu den Haarwurzeln, tritt hinter ihrem Tresen hervor und flüstert mir zu, daß über solche Produkte nicht laut gesprochen würde. Ich bräuchte nur zur Kasse zu gehen, den gewünschten Betrag bezahlen und ihr den Bon auszuhändigen. Sie verstehe dann schon, was gemeint sei. Freundlicherweise beantwortet sie noch meine Frage. Es gäbe auch Verhütungsmittel auf Rezept, sagt sie, verschwindet und bringt mir eine Pakkung „Pille danach" — zehn Tabletten zu 47 Kopeken. „Höchstens viermal im Monat verwenden", besagt die Packungsbeilage und mich packt das Grauen, wenn ich daran denke, welche Hormonstöße sich die Frauen damit einverleiben.

Für das Gesundheitsministerium sind diese himmelschreienden Zustände kein Geheimnis. Auf den Artikel in der 'Moskovskie Novasti' reagierte es mit einem bedauernden Schreiben und verkündete den Ankauf mehrerer Millionen finnischer Spiralen. In welchen Kanälen diese gelandet sind, wird nicht bekanntgegeben. Ferner wird eine erst seit 1987 eingeführte „Verhütungsmethode" angepriesen, die zu einem drastischen Sinken der Abtreibungszahlen führen soll: der Mini-Abort. Diese bei uns als Absaugmethode bekannte Form der Schwangerschaftsunterbrechung gilt in der Sowjetunion als „Korrektur des Menstruationszyklus" und nicht als Abtreibung. In Großstädten wie Moskau, Leningrad, Kiew und Eriwan gibt es bereits Kliniken, die über die entsprechenden Apparaturen verfügen. Innerhalb der ersten sechs Wochen nach Ausbleiben der Regel darf die ambulante Abtreibung vorgenommen werden. Für einen späteren Eingriff seien die Apparaturen nicht tauglich, erklärt eine Ärztin der 23. Moskauer Poliklinik, der bislang einzigen staatlichen in Moskau, in der die Absaugmethode angewendet wird. Damit kommt das nächste Problem auf die Frauen zu. Sofort nach Ausbleiben der Regel muß ein Termin beantragt werden, um überhaupt innerhalb der Fristen zu bleiben. Und bei der bereits beschriebenen Behandlung in den Kliniken bedeutet das eine ziemliche Überwindung.

Seit letztem Sommer ist es auch möglich, den Mini-Abort in „selbstwirtschaftenden" (chozrascet) Kliniken oder medizinischen Kooperativen durchzuführen. Vier Stunden dauert der Eingriff inklusive Schwangerschaftsfeststellung und Voruntersuchungen, bedeutet also nicht einmal Arbeitsausfall, weil die meisten der privatwirtschaftlichen Kliniken abends arbeiten. Dafür müssen aber 60 Rubel bezahlt werden. Ein Besuch einer solchen Klinik, die tagsüber eine ganz normale Werksklinik ist, abends in ein selbstwirtschaftendes Unternehmen umgebaut wird, läßt bei mir den Eindruck entstehen, daß die Gynäkologinnen zwar nicht freundlicher sind, den tagsüber angeschlagenen Ton abends nicht mildern können, aber schnell und gründlich arbeiten und absolute Anonymität wahren. Eine Ärztin erklärt, daß die Frauen keinen Paß vorzuzeigen bräuchten, keine Statistiken geführt würden. Daher kämen auch viele Frauen aus anderen Städten oder anderen Wohnbezirken, die hoffen, unerkannt zu bleiben.

„Ich möchte nicht bedauern, eine Frau zu sein" — bei Betrachtung des Alltags einer sowjetischen Frau gibt es wenig Gründe, sich darüber zu freuen.

aus: taz, 4.8.1989

Bedingungen statt; über die gesundheitlichen Folgeschäden und die Sterblichkeitsrate werden keine Statistiken veröffentlicht. Unter privatwirtschaftlichem Kommando wird die Abtreibung gegenwärtig ökonomisiert.

Gegen die patriarchale Verharmlosung der sogenannten Doppelbelastung in Fabrik und Haus führen Vertreterinnen des neueren feministischen Diskurses ihre dreifache Unterdrückung und Ausbeutung als Arbeiterin, Hausarbeiterin und als Geschlecht ins Feld. Die rassistische Dimension der Oppression gegen die asiatischen Frauen wäre hinzuzufügen.

Die Drohung Gorbatschows, daß die Perestroika und wahrscheinlich alle folgenden Regime den Frauen genügend Zeit bescheren würden, "um ihren täglichen Pflichten zu Hause nachzukommen – dem Haushalt, der Erziehung der Kinder und der Schaffung einer familiären Atmosphäre" und es ihnen so ermöglicht werde, "zu ihren eigentlichen Lebensaufgaben zurückzukehren"[24], wird gegenwärtig in die Tat umgesetzt: als Reorganisation des Patriarchalismus, über die Auflösung der Arbeitsplatzgarantie, die Ausweitung der Reproduktionsarbeit durch die Ökonomisierung der staatlichen Versorgungs- und Sozialsysteme. Mit dem Rückgriff auf die stalinistische "idealized feminity"[25] werden die Lasten der "Ökonomie der sozialen Destruktion" zur intendierten Modernisierung der Gesellschaft erneut auf die Frauen abgewälzt (erweiterte Reproduktionsanforderungen)[26].

Mit der Zuspitzung der Krise des sowjetischen Entwicklungsmodells, die wir als eine Ökonomie der sozialen Destruktion bezeichnet haben, werden die sozialen Verhältnisse zerlegt und patriarchal neu strukturiert. Ob die prekäre Machtkonstitution der sowjetischen Frauen den patriarchal-sexistischen Krisenangriff überleben wird, wird die Zukunft erweisen. Gegenwärtig ist sie Teil der sozialen Konfrontation, wie sie in den Nahrungsmittelunruhen und Existenzaufständen zum explosivsten Ausdruck sich verdichtet.

1. H. Trepper, Keine Perestroika für Frauen?, in: K.v. Soden (Hg.), Lust und Last. Sowjetische Frauen von Alexandra Kollontai bis heute, Berlin 1990, S. 118.
2. H.G. Schaffer, Frauen in der Sowjetunion, in: Osteuropa 2/90, S. 133.
3. Abgedruckt in: M. Wolters/ A. Wolters, Elemente des russischen Rätesystems, Bd. 11 T1, S. 160; vgl. auch Lenins produktivistische Verachtung der "geradezu barbarisch unproduktive(n)" Hausarbeit und seinen Traum von der Umgestaltung der "Kleinarbeit der Hauswirtschaft (...) zur sozialistischen Großwirtschaft", Lenin, Werke 29, S. 419.
4. D. Filtzer, Sovjet Workers and Stalinist Industrialization: The Formation of the Modern Soviet Production Relations 1928-1941, London u.a. 1986, S. 63; zit.n. M. Rosenbaum, Frauenarbeit und Frauenalltag in der Sowjetunion, Münster 1991, S. 24.
5. G.W. Lapidus, Women in Soviet Society, Berkeley u.a. 1979, S. 166.
6. Alle Angaben nach: H. Trepper, Keine..., a.a.O.; dies., Madonna mit dem Brecheisen, in: Osteuropa 2/90; O. Voronina, Die Frau in der sowjetischen Gesellschaft, in: K. Segbers (Hg.), Perestrojka Zwischenbilanz, Ffm. 1990.
7. H. Trepper, Keine..., a.a.O., S. 118.
8. Siehe Anm. 3.
9. K. Mänicke-Gyönggyösi, Geschlechterverhältnisse, Modernisierung und neue Öffentlichkeit in der Sowjetunion, in: Feministische Studien 1/89, S. 66.
10. J. Peers, Workers by Hand and Womb – Soviet Women and the Demographic Crisis, in: B. Holland (Hg.), Soviet Sisterhood. British feminists on Women in the USSR, London 1985, S. 123.
11. M. Huber, Sei ruhig, Kind! "Gleichberechtigung" ist für die Frauen in der Sowjetunion eine schwere Last, in: Die Zeit v. 29.6.1990.
12. Ebenda.
13. C. Cockburn, Perestroika und Feminismus, in: Das Argument 178/89, S. 908.
14. O. Voronina, in: TAZ v. 24.11.1989.
15. Zur stalinistischen Familienpolitik vgl. K.T. Dieckmann, Die Frau in der Sowjetunion, Ffm. 1987, S. 113ff.
16. H. Trepper, Erste Schwalben, in: Kommune 10/89.
17. Alle Angaben und Zitate aus M. Buteschön, Frauenemanzipation in der UdSSR, in: Osteuropa 2/77 und 3/77; Moscow News 10/88; TAZ v. 31.10.1989.
18. Siehe Frauenalmanach, Die Frau und Rußland, Vlg. Frauenoffensive, München 1980.
19. G.J. Massell, The Surrogate Proletariat, New Jersey 1974.
20. Näheres dazu bei G.J. Massell, a.a.O.; G. Gorzka, "Unverschleiert auf dem Traktor und angespuckt wie eine Hure", in: FR v. 19.3.1990; S. Engert, Zwischen Jurte und Maschine: Frauen in Mittelasien, in: Osteuropa-Info Nr. 67, Hamburg 1986, S. 90ff.; B. Heuer, Kultureller Wandel und kulturelle Beständigkeit, ebenda, S. 102-112; R.A. Ubaidullaeva, The Twenty-fifth Congress of the CPSU and Current Problems of Employment of Female Labor in the Republics of Central Asia, in: G.W. Lapidus, Women, Work and Familiy, New York 1982, S. 147-155.
21. Vgl. B. Godel, Selbstverbrennung von Frauen in Sowjetzentralasien, in: Osteuropa 10/89.
22. G. Gorzka, a.a.O.
23. Vgl. FR v. 16.8.1988.
24. M. Gorbatschow, Perestroika, München 1987.
25. M.P. Sacks, Women's Work in Soviet Russia. Continuity in the Midst of Change, New York 1976, unter Bezug auf Scott und Tilly.

7. Die koloniale Wertschöpfungsordnung – Thesen zu den sogenannten Nationalitätenkonflikten in der ehemaligen Sowjetunion

"Das Baltikum ist eine Sache, Transkaukasien eine andere, das Fergana-Tal eine dritte, obwohl es auch Gemeinsamkeiten gibt, z.B. die soziale Unzufriedenheit...."
A. Jakowlew,
ehemaliges Mitglied im Politbüro der KPdSU
und Gorbatschow-Berater

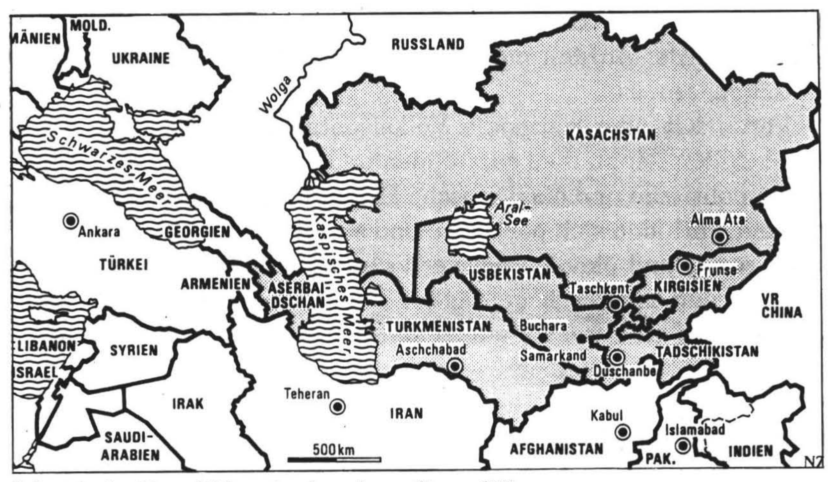
Wir haben dieses Thesenpapier bereits im Mai 1990 verfaßt. Damals war nach unserem Verständnis die Existenzfrage der Sowjetunion eng mit der Explosion der Nationalitätenkonflikte verknüpft. In geringer Überarbeitung fügen wir dieses Thesenpapier dem übrigen Material bei, so daß es den Abschnitt 4.1, aber auch andere Teile unseres Artikels ergänzt.

Es handelt sich um Thesen, die die Konfliktualität des Versuchs der Reorganisaton der innersowjetischen Verwertungsbedingungen widerspiegeln, sie behandeln also die sogenannte "Perestroika-Phase".

Das mittlerweile gescheiterte "Perestroika-Projekt" ist auch als Neuordnung und Reorganisation des innersowjetischen Ausbeutungs- und Verwertungsgefälles zu analysieren. Nur im Zusammenhang einer Neuformulierung der Verwertungsstrategien gegenüber den zentralasiatischen und transkaukasischen Republiken und der Neuordnung der sowjetischen Arbeitsteilung mit den baltischen Republiken können wir uns einem Verständnis der sogenannten Nationalitätenkonflikte nähern. Mit dem Transformationsprozeß des sowjetischen Entwicklungsmodells war immer auch eine Reorganisation der Nationalitätenpolitik gegen die "schleichende Entkolonialisierung" (U. Halbach) beabsichtigt.

Mit der Begrifflichkeit "Nationalitätenkonflikte" wollen wir nicht unterschiedliche soziale Prozesse auf einen trügerischen Nenner bringen. Auch wenn Aufstand und Sezessionsbewegungen der innersowjetischen Peripherie gegen das russische Zentrum als ein gemeinsames Merkmal zu bezeichnen sind, geht die Vielschichtigkeit der durch die Perestroika entfesselten Nationalitätenkonflikte nicht darin auf:

- Von Bedeutung sind in diesen Konflikten die unterschiedlichen soziogeographischen Regionen (Zentralasien, Kaukasien, Baltikum), die eine je eigene Unterdrückungsgeschichte mit dem russischen Zentrum verbindet.
- In den sozialen und politischen Ausdrucksformen umfassen die "Nationalitätenkonflikte" sowohl spontane Nahrungsmittelrevolten als auch national-elitäre institutionalisierte Bewegungen in den Apparaten der Unionsrepubliken. Entsprechend unterschiedlich sind auch die zeitlichen Verläufe und Handlungsmuster.
- In ihnen artikulieren und vermischen sich antikoloniale, soziale, ökologische und religiöse Aspekte, kommen sprachliche, kulturelle und historische Eigenheiten zur Geltung.
- Zur vertikalen Konfliktstruktur kommen horizontale Konfliktstrukturen in innerethnischen Auseinandersetzungen wie bspw. im Fergana-Tal hinzu.
- So ist es vielleicht sinnvoll, sie vor allem vor dem Hintergrund der Konfliktualität einer kolonialen Wertschöpfungsordnung anzusiedeln: "Die mittelasiatischen Republiken sind Rohstofflieferanten, vor allem von Baumwolle (Usbekistan, Turkmenien), Getreide (Kasachstan), Kohle (Kasachstan), Erdöl (Aserbaidschan, Usbekistan, Kasachstan, Turkmenien) und Erdgas. Die extraktiven Wirtschaftssektoren sind vor allem nach dem Beginn der Stalinschen Industrialisierung aufgebaut worden – mit durchweg verheerenden ökologischen und sozialen Folgen. Keines dieser Gebiete ist ökonomisch allein existenzfähig (...). Aber jedes von ihnen war in der Zeit vor der Kolonialisierung autark gewesen." Das durch die abhängige Entwicklung "angehobene" soziokulturelle Niveau und der gegenüber den benachbarten Staaten (Iran, Afghanistan, Pakistan, Indien) höhere Lebensstandard sprechen "nicht für die 'Überlegenheit des Sozialismus' (...), sondern allenfalls für eine hohe Effektivität der politisch-ökonomischen Herrschaft." (K. Grobe, in: FR v. 15.10.1991). Gegenüber den baltischen und anderen slawischen Republiken bestand eine zentrumsorientierte Arbeitsteilung und ungleiche Austauschbeziehung.



Islamische Republiken in der ehemaligen SU

These I

Mitte der 80er Jahre beginnen die russischen Entwicklungseliten in einer "konzertierten Aktion" (B. Maier), die nationalen Partei- und Staatsapparatskader und eine korrupte Bürokratie in den zentralasiatischen und transkaukasischen Republiken zu zerlegen. Sie reagieren damit auf die unter Stalin geschaffenen nationalen Eliten, ethnische "Kompradoren-Mittelschichten", die in die zentralistische Entwicklungshierarchie mit der Intention kooptiert worden waren, lokalen und regionalen Revolten präventiv zu begegnen und den Ressourcentransfer zu garantieren.

Das auf Integration und nationale Hierarchisierung beruhende Modell des innersowjetischen Kolonialismus – ein Wohlfahrtskolonialismus, wie Zaslavsky schreibt – wurde mit dem Ende der Breschnew-Ära aufgekündigt, da die wachsenden Kosten für seine Aufrechterhaltung angesichts der Entwicklungsblockaden der militärindustriellen Modernisierung zur Krise der Sowjetgesellschaft beitrugen. Deshalb sei die Abschaffung dieser Politik zur dringlichen Aufgabe der "Perestroika" geworden, auch wenn dies nicht eingestanden wurde, schreibt V. Zaslavsky.

Ganze Regionen, in denen der Ressourcen- und Werttransfer stagnierte, in denen überflüssige Arbeitskraftreserven nicht mobilisiert werden konnten – nur 2% der Bevölkerung in Zentralasien suchte in anderen Republiken Arbeit und Einkommen – und in denen eine demographische Entwicklung (fast jedes 2. Kind in der SU wird in einer muslimischen Familie geboren) zum unkalkulier-

baren Hemmnis für die Durchsetzung eines neuen Akkumulationsmodells wurde, wurden politisch dereguliert – und soziale Krisen wurden inszeniert.

Vermittelt über nationale Volksfronten (Bewegungen), die in beinahe allen Republiken entstanden und die Umgestaltung, gebunden an politische und ökonomische Eigeninteressen, anfangs unterstützten, entluden sich politische und soziale Spannungen. Eine bis dahin sozial und ökonomisch verflochtene Gesellschaftlichkeit vor allem in den islamisch geprägten Republiken (die "orientalische Antwort" auf eine fremde eurozentrische Umwelt) sollte nationalistisch und sozial mobilisiert werden.

kurze, ergänzende Erläuterungen zu These 1:

Erst die sowjetische Nationalitätenpolitik schuf die Institutionalisierung von Ethnizität durch ethnoterritoriale und individuelle ethnische Zuordnung (Paßgesetze) – Voraussetzung einer Politik, "in der sich polarisierende Maßnahmen und integrative Techniken zu dem Zweck verbinden, das Schließen von Bündnissen zwischen benachbarten ethnischen Gruppen zu verhindern, das Agieren einer existierenden ethnischen Gruppe als einheitliche Größe zu untergraben und die maßgeblichen Teile aller Volksgruppen in das Sowjetregime zu integrieren" (V. Zaslavsky, Das russische Imperium, Berlin 1991, S. 14). Mit dem Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells zerfällt auch die koloniale Wertschöpfungsordnung aus ethnischer Hierarchisierung und Institutionalisierung.

Die Herausbildung und Einbindung nationaler Eliten in Zentralasien und im Kaukasus wird allgemein als ein gelungenes Modell kolonialer Herrschaftstechnik interpretiert (vgl. M. Ferro, L'union soviétique n'a pas éclaté, in: Le Monde Diplomatique 1/89). Sie wurden als Waffe gegen die drohenden Unruhen und gegen die mittelasiatische Guerillabewegung der "Bosmaci", die, breit in den Bevölkerungen verankert, bis 1937 Widerstand leisten konnte, eingesetzt (vgl. B. Heurer, Kultureller Wandel und kulturelle Beständigkeit, in: Osteuropa-Info, Nr. 67/1986, S. 103).

Einen weiteren Integrationsfaktor stellte eine abhängige Entwicklung dieser Regionen dar (Urbanisierung, kolonial konstruierte Industrialisierung, monokulturelle Zurichtung). Auch die kulturelle Entwicklung der verschiedenen Nationalitäten – bspw. Anhebung des Bildungsniveaus, Alphabetisierung etc. – zielte auf Erzeugung einer standardisierten, gut ausgebildeten und mobilen Bevölkerung,

Die »Baßmatschen«

Am 19.11.1917 hatten in Taschkent 36 russische Kommissare eine Sowjetregierung ausgerufen; zu diesem Zeitpunkt soll es im ganzen turkestanische Generalgouvernement nur 64 Bolschewiki gegeben haben, wobei möglicherweise sogar Menschewiki, Sozialrevolutionäre und Anarchisten mitgerechnet wurden. Die turkestanische Bevölkerung hatte an dieser Aktion keinen Anteil; andererseits ist die Verankerung der radikalen Linken unter den Eisenbahnern bekannt, die praktisch ausschließlich Russen und Ukrainer waren.

Am 10.12.1917 folgte eine turkestanische Proklamation in Kokand, wo die nationale Autonomie Turkestans verkündet wurde. Drei Tage darauf feierte eine turkestanische Massenkundgebung in Taschkent diese Proklamation. Sie wurde mit Schußwaffen aufgelöst. Die Taschkenter Sowjetregierung unterstellte sich am 18.1.1918 die in Turkestan stehenden russischen Truppen und gliederte sie als »Rote Armee« um,lehnte im Verlauf einer Tagung vom 20. bis 26. Januar 1918 die turkestanische Autonomie ab und ließ die Rote Armee nach Kokand marschieren, das am 12. Februar 1918 eingenommen wurde. Im Zuge der Kampfhandlungen kamen nach turkestanischen Angaben 10.000 Kokander ums Leben. Der aus der Stadt geflohene Polizeichef *(kurbaschi)* Ergasch setzte den Kampf im Fergana-Tal fort. Schon im Juni 1918 stand praktisch das ganze Tal, d. h. das Kernland des ehemaligen Kokander Khanats, im Aufstand gegen die Bolschewiki. Die Kämpfer, die sich selbst *Dschigiten* (eigentlich: »junge Männer«) nannten, richteten im Sommer 1918 eine einheitliche Leitung ein. Auf dem Höhepunkt des Widerstands kommandierte Ergasch 1.200, Muhammed Emin Beg 5.000, Hal Hodscha 3.000, Parpi Kurbaschi 3.600, Muhietdin Beg 4.500, Aman Pahliwan 1.800, Nur Mohammed Beg 3.900 und Dschani Beg 5.700 Dschigiten, zusammen 28.700 Mann. Die Widerstandsbewegungen wurden im sowjetischen Sprachgebrauch seit 1918 abwertend *Baßmatschen* genannt; das Wort *basmak* bedeutet u. a. »rauben, überfallen«. Von der Bevölkerung wurde es jedoch wenigstens bis in die dreißiger Jahre beinahe als Ehrentitel verwendet. Die Taschkenter Sowjetregierung konnte der Widerstandsbewegung zunächst nicht Herr werden und begann erst im Februar 1920 einen konzentrierten Feldzug unter dem am 11. August 1919 zum Oberkommandierenden der Turkestan-Front ernannten Michail Frunse, der die militärische Besetzung ganz Turkestans sofort als erstes strategisches Ziel bezeichnet hatte. Eine Entscheidung des Islamischen Büros der Bolschewiki, eine »türkische« KP zu schaffen und eine mit Rußland verbündete islamische Republik anzustreben (vgl. Art. *Sultan-Galijew*), wurde von Frunse nach wenigen Tagen kassiert.

Unterdessen hatte die Widerstandsbewegung zu organisatorischen Formen gefunden. Eine Provisorische turkestanische Nationalregierung konstituierte sich unter *Schir Mohammed Beg* am 7. März 1920 in Kokand und verabschiedete auf einem Kongreß in Samarkand am 20.4.1922 ein vorläufiges Grundgesetz. Bezeichnend für ihren Charakter ist die Tatsache, daß *Enver Pascha* (s. d.), einer der jungtürkischen Reformer, sich ihr seit Oktober 1921 als Oberkommandierender anschloß. Auf sein Ultimatum an die RSFSR, binnen 14 Tagen ganz Turkestan zu räumen, folgte die (tags zuvor beschlossene) Verstärkung der Roten Armee in Turkestan um weitere 100.000 Mann. Erst im Spätsommer 1924 wurde der Aufstand in Fergana niedergeschlagen.

Auch in Turkmenien gab es in den meisten Oasen Widerstandskämpfe, jedoch gelang es dort den einzelnen Kommandeuren nicht, sich über Stammesgrenzen hinaus zusammenzuschließen.

Der Widerstand der »Baßmatschen« hielt örtlich noch bis etwa 1937 an; die letzten größeren Kämpfe lieferten sich Einheiten der Sowjetarmee und Ibrahim Begs 1931 in Tadschikistan. Insgesamt verloren bei diesen Kämpfen an die drei Millionen Angehörige der mittelasiatischen Völker das Leben.

aus: Grobe-Hagel, Karl: Rußlands Dritte Welt, Ffm 1992, S. 192f.

wie sie die rapide Industrialisierung und wirtschaftliche Modernisierung in der Sowjetunion erforderlich machte. Die zentrumsloyalen Führungskader waren nicht nur Agenten einer kolonial gesteuerten Befriedungs- und Eindämmungspolitik, sie trugen gleichzeitig zur Herausbildung bzw. Stärkung einer nationalen Kultur und Eigenständigkeit bei, deren TrägerInnen (Bildungsschichten) ihre Schaffung selber dem Zentrum zu verdanken hatten und auf die dann im Prozeß des Zerfalls der Sowjetunion verstärkt zurückgegriffen werden konnte.

"Vor dem Hintergrund spezifischer kultureller Erfahrungen – z.B. der Rolle des Klans – konnte Zentralasien ein eigenes Netz aufbauen und die inoffiziellen wirtschaftlichen Systeme nutzen und entwickeln." (H.L. Krag, Vielvölkerstaat Sowjetunion, in: Wiener Tagebuch 11/89). Dieser Prozeß sicherte beispielsweise die Verweigerung von Migration, Immobilität, Überleben in traditionellen Strukturen, Leistungsverweigerung, Normenmanipulation etc. Ende der 70er Jahre war in diesen Regionen keine Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Werttransferrate mehr zu erwarten.

Erstes Angriffsziel des Perestroikaprojekts zur Zerschlagung der etablierten peripheren Macht- und Gesellschaftsstrukturen waren die nationalen Partei- und Verwaltungseliten (Anti-Korruptionskampagne, Kaderrotation etc. – in Alma Ata war es die Ersetzung eines "lokalen Stalins" durch einen russischen Unionisten, die im Dezember '86 schwere Unruhen auslöste). Anfangs fungierten die entstehenden Volksfronten, deren Basis eine nationale wissenschaftlich-technische Intelligenz ausmachte (vgl. z.B. TAZ v. 24.1.1990), als Vehikel des politisch-ideologischen Krisenangriffs (Kaderwechsel, ökologische Kritik...). Sie haben es auch vermocht, soziale Unzufriedenheiten zu artikulieren und gegen die lokalen Machtstrukturen umzulenken.

These II

Das Millionenheer der Armen in Zentralasien und im Transkaukasus (vgl. Statistik in SZ v. 9.3.1990) konnte bis Ende '89/Anfang '90 nicht für die Reorganisation der peripheren Ausbeutungsordnung und nur teilweise gegen die alten Führungskader mobilisiert werden. Vielmehr wird der Krisenangriff als das verstanden, was er ist: die Zerstörung einer wohl elendigen Überlebensbasis, die aber in den sozialen und ökologischen Katastrophen immerhin Sicherheit gewährte.

Mit der zunehmenden Desintegration der Sowjetunion wuchs auch der Druck auf die herrschenden nationalen kommunistischen Führungskader. So zogen seit 1990 reihenweise nicht-kommunistische nationale Eliten in die Republikparlamente ein.

Wie ambivalent der wachsende Rückgriff ("Reislamisierung") auf Handlungs- und Wertemuster einer traditionellen, islamischen Gesellschaft auch erscheinen mag, er ist Antwort auf eine lebensbedrohliche Krise, bietet Zuflucht und verspricht Solidarität (vgl. die Bedeutung der Landflucht für die Zunahme des Islamismus in den Städten bei A. Gresh). Unter dem Dach der Volksfronten und später z.T. im Bruch mit diesen entwickeln sich nicht nur verschiedene politisch-ideologische Flügel, sondern ebenso breite Volksbewegungen, die zum Sammelbecken der traditionell islamisch geprägten Armutsbevölkerungen werden, geführt von aufstrebenden, neuen, auf nationale Eigenständigkeit drängenden islamischen Eliten. "Positive Identifikation mit tatsächlich existierenden mittelasiatischen Nationen aber erwies sich als schwierig, da diese ihrerseits Produkte des russischen Kolonialismus und der Sowjetisierung waren. Daher erfolgte ein Rekurs auf den noch unumstrittenen vorhandenen konstituierenden Bestandteil der alten Kultur – den Islam." (K. Grobe, in: Dritte Welt 5/92). Die hohe Mobilisierungsfähigkeit der Volksfronten gründet sich wahrscheinlich darauf, daß sie auf die vorhandenen sozialen Netze der Bevölkerungen zurückgreifen können. Gerade die Intellektuellen wissen von der Rolle, die den asiatischen Republiken in einer Wirtschaftsordnung "vom Atlantik bis zum Ural" (der ehemalige Vize-Außenminister Obminskij) zugedacht worden ist – wie ideologisierend und islamisch rhetorisierend sie sich auch immer artikulieren mögen (vgl. TAZ v. 20.1.1990 im Materialanhang).

Das stalinistische koloniale Entwicklungsmodell für die sowjetische Binnenperipherie (begrenzte Investitionen in die islamischen Gesellschaften) sollte durch ein regionalisiertes, dezentralisiertes Ausbeutungsmodell abgelöst werden. D.h., daß das Wertaufkommen weiterhin in die die Wertschöpfung kontrollierenden und diktierenden europäischen Sowjetmetropolen transferiert, die Verwaltung der Unterentwicklung jedoch den jeweiligen Republiken überlassen werden sollte. Die südlichen Sowjet-Republiken sollten noch weiter an das Ende der Verwertungshierarchie gedrängt, der kalkulierten katastrophalen Verschlechterung ihrer Lebens- und Überlebensbedingungen, der Armut überlassen, bevölkerungspolitischen Kampagnen

unterzogen, gewaltsam mobilisiert und letztlich den Hungerkatastrophen ausgesetzt werden, wie sie der Agrarwissenschaftler W. Tichonow bereits für diese Regionen androhte: "(...) wir könnten im nächsten oder im übernächsten Jahr mit einer Hungersnot konfrontiert werden" (vgl. FR v. 26.6.1989). So ist die komplexe Konfliktualität in den südlichen Republiken vor allem als Aufstand der Peripherie gegen den imperialistischen Eurozentrismus des Umbauprojekts zu lesen. Zum beispielhaften Zusammenhang von Verwertung, Entwicklung und Vernichtung in Usbekistan vgl. TAZ v. 5.10.1989 (im Materialanhang).



Feier nach Abzug russischer Truppen im Nordkaukasus

Anmerkungen zum Zusammenhang des Krisenangriffs auf eine traditionelle Gesellschaftlichkeit und Überlebensökonomie und der Rolle der mittelasiatischen Frauen: Wir beschränken uns auf einige Hypothesen und Eingrenzungen (vgl. auch Abschnitt 6 zu den sowjetischen Frauen):

★ Die mittelasiatischen Frauen unterliegen einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und rangieren auf der untersten Stufe der Verwertungshierarchie (die ganze Feldhandarbeit sowohl auf den Baumwoll-cash-crop-Feldern als auch auf den Resten bäuerlicher Subsistenz obliegt ihnen, gleichzeitig die gesamte generative und materielle Reproduktion der Familie).

★ Verstärkt wird die Ausbeutung des gesamten weiblichen Arbeitsvermögens durch den Kontext einer traditionellen und islamischen Kultur (zu differenzieren wäre hier bspw. zwischen seßhaft gemachten Nomadenvölkern und traditionell räumlich gebundenen Völkern).

★ S. Engert konstatiert eine Tendenz zum Rückzug aus der sozialen Produktion zurück in die Stabilität der Familienclans bei mittelasiatischen Frauen. Wir vermuten, daß es den Frauen in der Konfrontation des Krisenangriffs zukommt, die Überlebensökonomie der Familiensippen zu organisieren und zu festigen. (Vielleicht liegen hier die Parallelen zu den Frauen in der Intifada). Generell verstärkt sich aufgrund der schlechten städtischen Lebenslagen die Rückmigration auf das Land.

★ Über den Anteil der Frauen an den militanten Auseinandersetzungen wird kaum berichtet, aber es gibt Anzeichen bspw. in Georgien, daß auch sie auf der Straße präsent sind.

★ Im Gegensatz zu den europäischen Sowjetrepubliken trägt das generative Verhalten der Frauen in den südlichen Republiken entscheidend zu der von den Perestroika-Strategen beklagten Immobilität und Verweigerung der Migration und einer Konsolidierung der inoffiziellen sozialen Netze bei.

★ Zu erwähnen sind die zunehmenden rituellen Selbstverbrennungen von Frauen in Zentralasien, was auf den unauflösbaren Widerspruch von Leidensdruck und Protest verweist (vgl. dazu auch die Ausführungen im letzten Abschnitt des Hefts!).

Literaturangaben zu den Anmerkungen:

Engert, S., Zwischen Jurte und Maschinen – Frauen in Mittelasien, in: Osteuropa-Info Nr. 67/1986

Godel, B., Selbstverbrennungen von Frauen in Sowjet-Zentralasien, in: Osteuropa 10/89

Gorzka, G., "Unverschleiert auf dem Traktor und angespuckt wie eine Hure", in: FR v. 19.3.1990

Heuer, B., Kultureller Wandel und kulturelle Beständigkeit, in: Osteuropa-Info Nr. 67/1986

These III

Die verschiedenen interethnischen Konflikte und bewaffneten Konfrontationen verstehen wir als eine ethnisch-soziale Verlagerung des Zentrum-Peripherie-Konflikts. Ihre historischen Wurzeln liegen u.a. in den stalinistischen Zwangsumsiedlungen, willkürlichen Grenzziehungen, Russifizierungsprogrammen und ethnischer Hierarchisierung. Auch in den jeweiligen Republiken mußte eine neue Verteilungs- und Ausbeutungshierarchie durchgesetzt werden.

Ein Beispiel war der Konflikt zwischen KirgisInnen und UsbekInnen um Baulandzuweisungen und Wasserrechte in der kirgisischen Stadt Osch im Juni '90. Um die knappen Güter "Land und Wasser" entwickelte sich ein ethnisch überformter Verteilungskampf. Die Vorzugsbehandlung der Titularnationen, aus der sich die jeweiligen nationalen Eliten rekrutieren, und die Benachteiligung der ethnischen Minderheiten geben vorwiegend die Struktur der ethnischen Konfliktualität ab.

In einigen Fällen aber ist auch ein höherer Lebensstandard der ethnischen Minderheiten der Hintergrund von Pogromen, so wie z.B. im Juni '89 an den unter Stalin aus dem Kaukasus im Fergana-Tal zwangsangesiedelten MeßchetInnen: "In Fergana sind die meisten Meßcheten in den modernen Wirtschaftssektoren beschäftigt und betreiben Obst- und Gemüseanbau, was ihnen einen durchschnittlich besseren Lebensstandard als der einheimischen kirgisischen und usbekischen Bevölkerung ermöglichte, die hauptsächlich an die Baumwoll-Monokultur gebunden war und unter der die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch ist" (K. Grobe-Hagel, Rußlands Dritte Welt, Ffm. 1992, S. 161).

Die ethnische Institutionalisierung und Schichtung war entscheidender Bestandteil der politischen Kontrolle und Integration der nicht-russischen Völker. Soziale und ökonomische Konflikte vermischen sich mit nationalen und religiösen Faktoren und fördern jene interethnischen Explosionen, wie wir sie in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit wahrnehmen konnten. Teils waren diese ethnischen Konflikte Produkte einer gezielten zentrumsgesteuerten Umleitung und Kanalisierung sozialer Unzufriedenheiten und politischer Explosivität (z.B. in Baku; vgl. TAZ v. 19.10.1991). So spiegeln territoriale Kriege, rassistische Pogrome, Vertreibungen, Umsiedlungsaktionen und Deportationen einen nationalistisch aufgehetzten Überlebenskampf in den südlichen Republiken wider, der bereits begonnen hat und der den ethnischen Minderheiten nur geringe

Überlebenschancen lassen wird (tausende aus diesen minoritären Bevölkerungsgruppen sind auf der Flucht und werden offensichtlich – als Entwurzelte – zu neuerlichen Pogromen mobilisiert im Interesse einer zunehmenden nationalen Homogenisierung wie z.B. in Sumgait und Baku).

Unter der Kontrolle der Zentralmacht gewinnt das Deregulierungs- und Spaltungskonzept eine eigene antagonistische Dynamik (vgl. die Blockade des Werttransfers durch Massenstreiks 1989 in Jerewan, Baku, Tbilissi, Berg Karabach etc.). Diese Eigendynamik, die vorwiegend durch die Reorganisation der peripheren Verwertungsbedingungen (Abbau der Entwicklungsinvestitionen, Rentabilisierung der regionalen Wirtschaft etc.) ausgelöst wurde, sprengte letztlich die sowjetische Föderation, in der die nationalen Souveränitäts- und Unabhängigkeitserklärungen nur ein Durchgangsstadium darstellten.

Inwieweit der sozioökonomische Krisenangriff und der Versuch der rassistischen Regionalisierung der Konflikte (Libanonisierung) aufgeht, alles in allem der Versuch, eine traditionelle und widerständige Gesellschaftlichkeit zu zersetzen und zu rationalisieren, bleibt – bei allem Pessimismus – der Zukunft vorbehalten. Aber vielleicht deutet ja die Rate von 59 durch Attentate liquidierten sowjetischen Offizieren im Jahr 1989 auf eine Rückbesinnung auf Traditionen einer mittelasiatischen Guerillabewegung hin (vgl. SZ v. 20.3.1990).

Die Befreiungshoffnungen schwanden schnell dahin; der Nationalismus, angefacht durch ethnische Rivalitäten und Konflikte, entwickelte sich zur Durchsetzungsweise der formalen Unabhängigkeit – ökonomisch können die neuen Nationalstaaten nicht überleben – einerseits und nationalistisch gewendeter autoritärer Machteliten im Innern andererseits. Vielfach aber geraten die neuen Machtkonstellationen unter sozialen Druck, so daß die Konsolidierung der autoritären Regime nicht überall gesichert ist.

These IV

Die europäischen Republiken, zumal die ökonomisch prosperierenden baltischen, gliederten sich anfangs nahtlos – trotz aller Differenzen – in den politisch-ökonomischen Modernisierungsprozeß ein (vgl. TAZ v. 29.3.1990). Sie sind der politisch-ideologische Stoßtrupp (Lettland wird als Lokomotive der Perestroika bezeichnet, vgl. FR v. 26.7.1989) einer effizienten und rationalen Verwertung der Arbeitskraft- und Rohstoffreserven.

J.M. Chauvier hat unter dem Titel "Das baltische Laboratorium" die Pilotfunktion der baltischen Republiken für eine sozio-ökonomische Modernisierung der sowjetischen Gesellschaft seit den 70er Jahren beschrieben (vgl. Le Monde Diplomatique 12/88). Das Baltikum nimmt diese experimentelle Vorreiterrolle bereits seit den 70er Jahren ein: Unternehmensmanagement, Revitalisierung familiärer Landwirtschaftsbetriebe, agroindustrielle Regionalisierung etc.

Konkurrenzen und Konflikte mit der Zentralmacht ergaben sich in den Transfer-, Verteilungs- und Kompetenzfragen und schließlich im Tempo der Rückkehr in die europäische Arbeitsteilung und europäische Wirtschaftsordnung. (Während im September '89 die Bevölkerung in Litauen nach überteuerten schwindsüchtigen Hähnchen Schlange stand, rollten Tag für Tag die Fleischzüge nach Osten, vgl. SZ v. 7.9.1989).

Daß die litauische Regierung den Vorteil einer möglichst frühen Integration in das europäische Verwertungsgefälle suchte, entspricht lediglich dem Konkurrenzgebaren einer ökonomisch aufstrebenden Föderationsrepublik (seit Januar '90 eigenständige Rechnungsführung auf Republikebene). In Litauen wurde anfangs jeglicher Eskalation von beiden Seiten präventiv entgegengearbeitet und der Verhandlungsweg gesucht.

Mit der unabsehbaren Verlängerung der sowjetischen Transformationskrise und dem nationalistischen Schwenk der Volksfrontspitzen wurde ein militanter Kollisionskurs gegenüber dem sowjetischen Zentrum eingeschlagen. Dagegen versuchte das Zentrum, die russischen Bevölkerungsanteile im Baltikum zu mobilisieren. Die Moskauer Zentrale hatte bspw. in Litauen unmittelbare ökonomische und militärische Interessen zu verteidigen (Ostseehafen Klaipeda, 90% der Industriekombinate unterstanden dem zentralen Management, Kaliningrad etc.).

Bei aller Konfliktualität trafen sich die Interessen der baltischen Eliten mit denen der Moskauer ModernisiererInnen an der Reorganisation der Entwicklungsprozesse. Für kurze Zeit hegten sie gemeinsame Entwicklungs- und Modernisierungshoffnungen.

These V

Die ökonomische Entwicklungshoffnung der europäischen Republiken stellte nur die Kehrseite der Medaille der Verelendungsdrohung für die südlichen Republiken in der propagierten Neuordnung des europäischen Großwirtschaftsraums dar. (Mittlerweile

erscheint eine Unabhängigkeit für das Baltikum "eher wie ein Weg in die Hölle" [FR v. 20.2.1992]). Dem entsprach der Krieg im Süden und der Parlamentarismus im Norden. Während in den südlichen Republiken die schnellen Eingreiftruppen des Innenministeriums die Bevölkerungen massakrierten und die Deregulierungsstrategie gewaltsam durchsetzten, setzte das europäische Kapital mit Billigung Moskaus auf den Sprung ins Baltikum und in die Ukraine.

Im Rahmen der Restrukturierung eines riesigen Rohstoff- und Werttransfers aus den innersowjetischen Peripherien stand am einen Ende der Verwertungshierarchie die Deregulierung der traditionellen Gesellschaften und ihrer Überlebensökonomie zwecks intensivierter Ausbeutung und am anderen Ende die Entwicklung von High-Tech-Zentren (Kaliningrad) und diversen Billiglohn-Zulieferindustrien.

Wahrscheinlich werden dies die beiden extremen Pole, zwischen denen es noch diverse Schattierungen und Abstufungen der Ausbeutung und Verwertung (z.B. "Moskaus Vorgarten" Moldawien) geben wird. Im imperialistischen Plauderton klingt das gewaltsame Modernisierungsdiktat folgendermaßen: Auf den Hinweis auf die Unabhängigkeitsforderungen der baltischen Republiken entgegnete der ehemalige Vorstandssprecher der Deutschen Bank F.W. Christians in einem SZ-Interview vom 27.9.1989: "Was im Moment unrealistisch ist, mit mehr Autonomie ließe sich auch schon eine ganze Menge anfangen. Aber hinsichtlich Kaliningrad hat man in Moskau ein wenig Angst vor der eigenen Courage bekommen und mir bedeutet, man könne doch nicht eine Region mit westlicher Hilfe wirtschaftlich auf einen hohen Stand bringen und andere demgegenüber vernachlässigen. Darauf habe ich entgegnet: Solch ein Riesenland wie die Sowjetunion läßt sich nicht gleichmäßig entwickeln; ihr müßt Zentren von Know How schaffen und von denen aus ein Gebiet nach dem anderen ihrer Wirtschaftsstruktur anpassen".

Nach dem Zerfall der Sowjetunion geht das Kommando und die Kontrolle über den weltmarktintegrierten Rationalisierungsprozeß der sowjetischen Verwertungsbedingungen auf transnationale Kapital- und Entwicklungsorganisationen über (IWF, Weltbank, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) etc.). Der koloniale nation-building Prozeß in der Sowjetunion (vor allem in Zentralasien) bildete die Grundlage für den antikolonialen und nationalen Unabhängigkeitskampf, der das Zentrum letztlich sprengte. Die ökonomische Krise und die soziale Konfliktualität in den nun

unabhängigen Republiken, aber auch im Baltikum, sind damit allerdings noch lange nicht beendet. Ob die Renaissance des Nationalismus und Kriegspatriotismus die Gewähr "der Unterordnung unter den Imperativ der Modernisierungslogik" (B. Maier) bietet, ist zu bezweifeln, tendenziell beschleunigen die "repressiven Ethno-Nationen" den osteuropäischen Krisenprozeß.

Die Krise als Entfesselung des sozialen Krieges galt als die Voraussetzung, eine rationalisierte Akkumulationsstruktur durchzusetzen – die eiserne Faust der Weltmarktrationalität.

Die erste Phase scheiterte und "die Fragmente der früheren sowjetischen Gesellschaft", so Ludmilla Telen, "befinden sich ganz einfach noch immer in einer Brownschen Molekularbewegung, und keine politische Kraft kann auf eine sichere soziale Basis zählen" (die andere, 26/92).

Literaturangaben:

Neben den im Text und in den vorherigen Abschnitten bereits zitierten Literaturangaben hier noch einige neuere, die wir bei der Überarbeitung benutzt haben und als lesenswert empfehlen:

- Gresh, A., Die Zukunft bleibt ungewiß – Ex-Sowjetrepubliken zwischen Islam und Nationalismus, in: Dritte Welt 3/92.
- Grobe-Hagel, K., Der Islam – Sprengsatz in Mittelasien, in: Dritte Welt 5/92.
- Grobe-Hagel, K., Moskaus Dritte Welt oder: Das Ende des letzten Kolonialreichs, in: FR v. 15.10.1991.
- Grobe-Hagel, K., Rußlands Dritte Welt, Ffm. 1992.
- Halbach, U., Die Nationalitätenfrage: Kontinuität und Explosivität, in: D. Geyer, Die Umwertung der sowjetischen Geschichte, Göttingen 1991.
- Maier, B., Die Renaissance der Nation auf den Trümmern der Ideologie, in: Links 11/91.
- Stölting, E., Eine Weltmacht zerbricht, Ffm. 1990.
- Zaslavsky, V., Das russische Imperium unter Gorbatschow, Berlin 1991.
- Zaslavsky, V./Vujavic, V., Die Ursachen des Zerfalls in der UdSSR und Jugoslawien, in: Freibeuter Nr. 50, Berlin 1991.

Offizielle Statistik der UdSSR

Rund 41 Millionen Bürger absolut arm

Rund 41 Millionen der annähernd 280 Millionen Sowjetbürger liegen einem Bericht der Wochenzeitung *Moscow News* zufolge unter der offiziellen Armutsgrenze. Während die meisten Armen in den von Unruhen erschütterten südlichen Republiken des Landes leben, ist der Anteil der Armen in den drei baltischen Republiken relativ gering, berichtete die Zeitung. Die in einem Bericht mit dem Titel „Unterhalb der Linie" zusammengestellten Zahlen stammen aus einer amtlichen Statistik und beziehen sich auf 1988. In der UdSSR gilt derjenige als arm, der im Monat unter 78 Rubel verdient (rund 234 Mark). Der durchschnittliche Monatslohn eines Städters liegt bei 250 Rubel (etwa 750 Mark). Die Hälfte des Geldes müsse für Lebensmittel aufgebracht werden, berichtete die Zeitung.

Folgende, in dem Bericht veröffentlichte Tabelle gibt Auskunft über den Anteil der Armen in den einzelnen Sowjetrepubliken:

Tadschikistan 58,6 Prozent
Usbekistan 44,7 Prozent
Kirgisien 37,1 Prozent
Turkmenien 36,6 Prozent
Aserbeidschan 33,3 Prozent
Armenien 18,1 Prozent
Georgien 16,3 Prozent
Kasachstan 15,9 Prozent
Moldawien 13,0 Prozent
Ukraine 8,1 Prozent
Rußland 6,3 Prozent
Weißrußland 5,0 Prozent
Estland 3,9 Prozent
Litauen 3,6 Prozent
Lettland 3,2 Prozent. (Reuter)

aus: SZ v. 9.3.1990

Nation	insgesamt	davon in eigenen Republiken
Russen	137,4 Mio.	113,5 Mio.
Ukrainer	42,2 Mio.	36,5 Mio.
Usbeker	12,9 Mio.	10,6 Mio.
Weißrussen	9,5 Mio.	7,6 Mio.
Kasachen	6,6 Mio.	5,3 Mio.
Tartaren	6,3 Mio.	1,6 Mio.
Aserbaidschaner	5,5 Mio.	4,7 Mio.
Armenier	4 Mio.	2,7 Mio.
Grusinier	3,6 Mio.	3,4 Mio.
Moldauer	3 Mio.	2,5 Mio.
Tadschiken	2,9 Mio.	2,2 Mio.
Litauer	2,9 Mio.	2,7 Mio.
Turkmenen	2 Mio.	1,9 Mio.
Deutsche	1,9 Mio.	—
Kirgisen	1,9 Mio.	1,7 Mio.
Juden	1,8 Mio.	—
Tschuwaschen	1,8 Mio.	0,8 Mio.
Letten	1,7 Mio.	1,3 Mio.
Baschkiren	1,4 Mio.	0,9 Mio.
Mordviner	1,2 Mio.	0,3 Mio.
Polen	1,2 Mio.	—
Esten	1 Mio.	0,9 Mio.
100 verschiedene ethnische Gruppen insgesamt	10 Mio.	ca. 5 Mio.

aus: H. L. Krag, Vielvölkerstaat Sowjetunion, in: Wiener Tagebuch 11/89

Demographische Entwicklung 1989
auf 1.000 Einwohner kamen:

	Geburten	Todesfälle	Bevölk.-zuwachs	Heirat	Scheidungen
UdSSR	17,6	10,0	7,6	9,4	3,4
Rußland	14,6	10,7	3,9	9,4	3,9
Ukraine	13,3	11,6	1,7	9,5	3,7
Belorußl.	15,0	10,1	4,9	9,6	3,4
Usbekistan	33,3	6,3	27,0	10,0	1,5
Kasachstan	23,0	7,6	15,4	10,0	2,8
Georgien	16,7	8,6	8,1	7,0	1,4
Aserbaidschan	26,4	6,4	20,0	10,4	1,7
Litauen	15,1	10,3	4,8	9,3	3,3
Moldowa	18,9	9,2	9,7	9,2	2,9
Lettland	14,5	12,1	2,4	9,1	4,2
Kirgiesien	30,4	7,2	23,2	9,7	1,9
Tadschikistan	38,7	6,5	32,2	9,2	1,5
Armenien	21,6	6,0	15,6	7,8	1,2
Turkmenistan	35,0	7,7	27,3	9,8	1,4
Estland	15,4	11,7	3,7	8,0	3,8

Quelle: Sammelband statistischer Materialien 1990, Moskau 1991, S. 52-53

Die alte Sowjetunion existiert nicht mehr. Aber was tritt die Nachfolge an? In einigen südlichen Republiken der ehemaligen Union haben sich Nationalbewegungen durchgesetzt, die radikal mit dem bisherigen System zu brechen beabsichtigen (Georgien, Armenien), aber den versprochenen demokratischen Prozeß nicht eingeleitet haben. In den islamischen Republiken sind meist nur die Machteliten ausgewechselt worden — regionale Gruppen haben die zentrale Bürokratie verdrängt und deren Positionen übernommen, ohne an den Strukturen Entscheidendes zu verändern. Die Geschichte, Politik, Wirtschaft und den kulturellen Hintergrund des (ehemals) sowjetischen Südens hat FR-Redakteur Karl Grobe in einem demnächst im Frankfurter isp-Verlag erscheinenden Buch („Moskaus Dritte Welt") dargestellt, dessen Vorwort wir dokumentieren.

Der Moskauer Umsturzversuch vom 19. August 1991 hat das bisherige Gefüge der Sowjetunion durcheinandergewirbelt. In den meisten (bisherigen) Unionsrepubliken verstärkten sich die Tendenzen auf staatliche Unabhängigkeit, wenngleich hinter diesen Bemühungen oft nichts anderes als die Versuche lokaler und regionaler Machteliten standen, ihre gesellschaftlich und politisch beherrschende Stellung zu sichern, indem sie sich an die Spitze von Protestbewegungen stellten. Für manche dieser Eliten waren der Putsch und sein Scheitern, d.h. die Niederlage des zentralistisch-orthodoxen Parteiflügels, die goldene Gelegenheit, Symbole und Slogans der Unabhängigkeitsbewegungen zu übernehmen.

Die künftigen Beziehungen zwischen den einzelnen Regionen, die bis Mitte 1991 die Sowjetunion bildeten, sind offen geworden. Die Personen haben in vielen Sowjetrepubliken (alten Stils) nicht gewechselt, die Kommunistische Partei ist in einigen Fällen lediglich umbenannt, aber weder demokratisiert noch gar entmachtet worden. In jedem Fall aber haben nationalistische Ideologien das bisher verbindende Element der kommunistischen Partei-Orthodoxie weit verdrängt. Die zeitweilige Auflösung der KPdSU hat diesen Prozeß gefördert.

Die „nationale Frage" in der Sowjetunion ist keineswegs gelöst, wie die Kommunistische Partei von Kongreß zu Kongreß mit optimistischem Klang verkündet hat. Die „Verschmelzung" *(slijanije)* der vielen Völker zu einem „Sowjetvolk", noch 1986 ins Programm der KPdSU aufgenommen, wenngleich gegen den Widerstand des damals noch sehr neuen Generalsekretärs Michail S. Gorbatschow (den er erst Anfang 1989 öffentlich zu erkennen gab), hat nicht stattgefunden. Im Gegenteil. Die nationale Frage ist zu einer Existenzfrage der Sowjetunion geworden und hat in den Gebieten des sowjetischen Südens die Gesellschaftsreform *(perestrojka)* oftmals verdrängt.

Verschiedene Prozesse haben sich parallel entwickelt. Sie sind nicht leicht voneinander zu unterscheiden, durchdringen einander auch, greifen teils in die Geschichte zurück, teils nehmen sie ökologische Entwicklungen auf, teils entladen sich soziale Konflikte in Form ethnischer Unruhen, so daß sich Vergleiche mit den „kommunalen" Konflikten des indischen Subkontinents anbieten.

1. *Antikolonialer Aspekt.* Der Süden der Sowjetunion, von dem hier die Rede ist, ist erst seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts unter russische Herrschaft gekommen; das Zarenreich unterwarf kurz nach 1800 Transkaukasien, im Lauf der folgenden sechs Jahrzehnte die nordkaukasischen Bergvölker, hatte sich kurz zuvor das Krim-Khanat angegliedert und eroberte bis 1881 Mittelasien. Die letzten halb unabhängigen Staaten dort, das Khanat Chiwa und das Emirat Buchara, wurden nach einem vierjährigen Zwischenspiel als Volksrepubliken erst 1924 in die gerade gegründete Sowjetunion eingefügt, waren jedoch schon ein halbes Jahrhundert lang russische Vasallenstaaten gewesen.

Rußland — und die Sowjetunion — ist ihnen in doppelter Gestalt gegenübergetreten. Es kam als expansives Imperium mit Waffengewalt über sie und vernichtete alte, teils jahrtausendealte, politische Strukturen. Rußland unterwarf bis dahin unabhängige Staaten, wie dies auch die anderen Kolonialmächte bis zum 19. Jahrhundert taten, und richtete dort seine politische Macht auf.

Es kam andererseits als Modernisierer, der ökonomischen und sozialen, vor allem aber technischen Fortschritt brachte, Eisenbahnen anlegte, Industrien und Bergwerke errichtete, das Analphabetentum bekämpfte und besiegte, die europäische Medizin und Verwaltung ausbreitete und die eroberten Gebiete in Weltwirtschaft, Weltkultur und Weltpolitik einbezog.

Die Sowjetunion kombinierte dieses mit der Programmatik des Sozialismus, der nach Überzeugung ihrer eigenen Führer fortschrittlichsten, gerechtesten, demokratischsten und jedenfalls dem Kapitalismus historisch überlegenen Gesellschaftsformation. Sie konnte deswegen einen Teil der Nationalbewegungen in den kürzlich erst unterworfenen Gebieten an sich ziehen; andere, mit denen sie sich zunächst ebenfalls hatte verbünden können, stellten indes den nationalen Befreiungskampf vor die sozialistische Revolution.

Dieser Widerspruch brach bereits im September 1920 auf dem ersten „Kongreß der Völker des Orients" in Baku auf, wofür der Übergang des jungtürkischen Militärführers Enver Pascha von der Seite der Bolschewiki auf die der mittelasiatischen Widerstandsbewegung („Baßmatschen") ein Beispiel ist.

Wenige Jahre später zeigte der Konflikt sich erneut in der Kontroverse über die islamisch-kommunistische Partei, die der baschkirische Revolutionär und Kommunist Mir Sayit Sultan Galijew anstrebte, was zu seinem Parteiausschluß und zu seiner Verbannung führte.

Mit der „Tschistka", der Stalinschen Säuberung, der spätestens 1938 die prominentesten Führer Usbekistans, Georgiens und anderer Republiken zum Opfer fielen, war der Widerspruch zunächst zugunsten der Vereinheitlichung des Sowjetsystems unter Stalinscher Diktatur entschieden. Ein antikolonialistischer Kampf konnte sich unter deren Bedingungen nicht mehr entwickeln. Die gegenwärtige Reaktion auf die Sowjetmacht greift ihn nun seit etwa 1986 wieder auf. Die Unruhen in Kasachstan nach der Einsetzung des Parteisekretärs Gennadi Kolbin, eines Russen, anstelle des Kasachen Dinmuchamed Kunajew waren das erste Anzeichen dafür.

Rasch entstehende Volksbewegungen, die sich zu politischen Parteien entwickelten, ehe es noch die rechtlichen Voraussetzungen dafür gab, und die eben deswegen zu illegalen, „revolutionären Methoden" gezwungen waren, nahmen oft ausdrücklich Bezug auf die Kolonisierung durch Rußland.

In Transkaukasien komplizierte sich dies durch die Tatsache, daß die dort von bürgerlich-nationalen Parteien (*Daschnakzutjun* in Armenien, *Mussawat* in Aserbaidschan) und von Sozialdemokraten (*Menschewiki* in Georgien) nach 1917 geschaffenen unabhängigen Staaten 1920/21 von der Roten Armee für Sowjet-Rußland zurückerobert wurden — nicht in jedem Fall gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung.

Der Hinweis der Nationalbewegungen auf den Kolonialismus Rußlands und der Sowjetunion hat Gründe. Die mittelasiatischen Republiken sind Rohstofflieferanten, vor allem von Baumwolle (Usbekistan, Turkmenien), Getreide (Kasachstan), Kohle (Kasachstan), Erdöl (Aserbaidschan, Usbekistan, Kasachstan, Turkmenien) und Erdgas. Die extraktiven Wirtschaftssektoren sind vor allem nach dem Beginn der Stalinschen Industrialisierung ausgebaut worden — mit durchweg verheerenden ökologischen und sozialen Folgen. Keines dieser Gebiete ist ökonomisch allein existenzfähig; das gilt unabhängig von der Wirtschaftsverfassung, ob Plan oder Markt. Aber jedes von ihnen war in der Zeit vor der Kolonisierung autark gewesen.

Andererseits läßt sich konstatieren, daß alle diese Gebiete bis in die siebziger Jahre quantitativ größere Sprünge gemacht haben als die vergleichbaren, benachbarten Staaten Iran, Afghanistan, Pakistan, selbst Indien. Das spricht nicht für die „Überlegenheit des Sozialismus" oder „der Planwirtschaft", sondern allenfalls für eine hohe Effektivität der politisch-ökonomischen Herrschaft. Dasselbe gilt für die medizinische Versorgung, die Volksbildung (Analphabetentum!), das kulturelle Leben.

Schriften, zunächst lateinische, wurden für die meisten Sprachen des russischen bzw. seit 1922 sowjetischen Südens erst geschaffen. Das ging zu Lasten der arabischen Schrift, durch die eine dünne Bildungselite mit der islamischen türkisch-persisch-indischen Gemeinschaft verbunden war.

Die zweite Alphabet-Revolution Ende der dreißiger Jahre, die das kyrillische statt des lateinischen zur Grundlage der Schriftsprachen machte, bedeutete wiederum eine Abschnürung vom „Westen" einschließlich der Türkei und eine Anbindung an Rußland, also eine neuerliche Verstärkung der kolonialen Bindung.

Schwerer noch wiegt das Argument, daß die neuen Schriftsprachen künstlich aus Volksdialekten destilliert wurden und somit die — von Enver Pascha bis Sultan Galijew betonte — Einheit der Turksprachigen zerbrochen wurde. Der von der jadidistischen Bewegung unter dem bedeutenden Einfluß des Krimtataren Gasprinskij (Gaspir Ali) zwei Jahrzehnte vor der Jahrhundertwende eingeschlagene Weg zu einer türkischen Hochsprache, die „von Konstantinopel bis Kaschgar" gesprochen würde, war damit versperrt und wird noch auf lange Zeit nicht wieder offenstehen. Eine *Nations*bildung wurde zugunsten der *Nationen*bildung verhindert. Das entspricht dem *divide et impera*-Muster klassischer Herrschaftsausübung.

Die neuen Nationalbewegungen haben diesen Aspekt im Rahmen der neugeschaffenen Nationen aufgenommen. Sie streben Souveränität und zum Teil auch Unabhängigkeit in diesem Kontext an und erinnern so an die Unabhängigkeitsbewegungen der afrikanischen Kolonialgebiete, die die Grenzen der Imperien nach der Gewinnung der staatlichen Unabhängigkeit in den sechziger Jahren übernommen haben. Die Betrachtung der Entwicklung unter dem Blickwinkel des Kolonialismus und Antikolonialismus läßt sich also gewiß begründen.

Für Transkaukasien und Ciskaukasien gilt der Hinweis auf die Künstlichkeit der (Sowjet-)Nationen natürlich nicht. Hier handelt es sich um distinkte Nationen und Nationalitäten mit eigener, sehr unterschiedlicher Geschichte. Der Tatbestand der kolonialen Unterwerfung ist jedoch auch hier gegeben. Zudem haben Staatsbildungen nach dem Zerfall des kaiserlichen Rußland stattgefunden; die Annexion Georgiens entgegen den Abmachungen eines Vertrags mit dem revolutionären Rußland wurde unter diesem Aspekt von der Nationalbewegung seit 1990 wieder thematisiert.

2. *Religiöser Aspekt.* Die mittelasiatischen Völker, Aserbaidschaner, Tataren und einige andere sind islamisch, im Unterschied zu den alt-christlichen Georgiern und Armeniern. Die Religionsausübung wurde sechzig Jahre lang unterdrückt, die meisten Moscheen geschlossen, die Verwaltungen (Muftiate) unter staatliche Aufsicht gestellt und für die Verbreitung der sowjetischen Politik dienstbar gemacht.

Die Bindung der Einheimischen an den Islam riß jedoch nicht; sie wurde eher noch stärker. Deswegen breitete sich — wo der „offizielle" Islam suspekt war — eine „inoffizielle" Religiosität aus. Deren Träger sind oftmals Bruderschaften (Derwischorden) mit sufi-mystischer Tradition — um so mehr, als wichtige Orden gerade in Buchara und Chwaresm entstanden sind.

Viele der neuen Bewegungen kommen aus dieser Quelle. Sie verstehen den Islam, mehr noch als die Nationalität, als Identifikationsfaktor. Die eindringende westliche Wirtschaftsweise, ihre Zivilisation, ihr kultureller Überbau werden als existenzielle Bedrohung für die eigene Kultur angesehen. Zwischen dem Rußland der Kaiser und der Sowjetunion — ob unter Lenin oder Stalin, unter Chruschtschow oder Gorbatschow — unterscheiden sie nicht: Eben weil sie Träger der westlichen Modernisierung sind, sind sie gefährlich.

Islam ist in diesem Zusammenhang nicht nur Religion, sondern Lebensweise, politische Kultur. Er kann durchaus offen sein für eine nationale Modernisierung. Die religiöse Bewegung kann damit anknüpfen an die Traditionen der vorkolonialen Gesellschaft, aber auch an den modernisierenden Jadidismus der Jahrhundertwende. Die Islam-Bewegung schließt ein Zusammengehen mit der übrigen Sowjetunion nicht unbedingt radikal aus — aber sie *kann* es auf radikalere Weise tun als die antikoloniale Bewegung.

3. *Ökologischer Aspekt.* Zahllose lokale Bürgerbewegungen sind aus Protest gegen umweltschädigende, lebensfeindliche Produktionsstätten entstanden. Sie haben aus der Erfahrung, daß die kon-

kreten Betriebe nicht von der konkreten Gesellschaft zu trennen sind, Zusammenschlüsse und neue Parteien aufgebaut. Die einzelnen Bewegungen und Initiativen, Parteien und Organisationen unterscheiden sich erheblich voneinander. Einige sind ganz allgemein industriefeindlich und traditionalistisch, andere fordern Reformen und Umweltverträglichkeit einer modernisierten Produktion, wieder andere lediglich die Auslagerung und Schließung bestimmter Betriebe. Das Spektrum reicht von dort bis zu solchen Gruppen wie „Nevada-Semipalatinsk", einer umfassenden Organisation gegen atomare Rüstung und Atomwaffenversuche.

Was sie verbindet, ist die Gegnerschaft zum konkreten System. Das läßt sie Verbindung zu politischen und religiösen Organisationen suchen.

4. *Sozialer Aspekt.* Ein besonderer Protest richtet sich gegen die Benachteiligung sozialer Gruppen und die Bevorzugung anderer. Die einheimische Bevölkerung der südsowjetischen Territorien ist im allgemeinen an die vorherrschende koloniale Wirtschaft und noch an die Überreste der alten Wirtschaftsweise gebunden, während Zuwanderer in modernen Wirtschaftssektoren, im Handel und im Dienstleistungsbereich reüssieren konnten und vor allem auch nach den ersten Wirtschaftsreformen prosperierten. Der Protest ist oft gewaltsam und nimmt sehr oft die Form ethnischer Auseinandersetzungen an, zum Beispiel gegen die Meßcheten in Fergana, gegen die Armenier in Sumgait und Baku.

Die Widersprüche, die sich in diesem Aspekt zeigen, sind besonders explosiv. In vielen Fällen sind Flüchtlinge noch unter das soziale Niveau der Arbeitslosen — die wiederum überwiegend einheimisch, jung und relativ qualifiziert sind — abgesunken und bilden ein Lumpenproletariat, das sich zusammen mit den erwähnten Arbeitslosen in nationalistischem Sinne radikalisieren läßt.

5. *Demokratischer Aspekt.* Die politisch-ökonomische Gängelung durch die ungewählte Nomenklatura hat eine demokratische Reaktion erzeugt. Die demokratischen Bewegungen zeigen sich überall als relativ gewaltfrei, sie setzen auf Veränderung der realen Lage durch Wahlprozesse und Abstimmung, vom Volk kontrollierte Organe und konkurrierende Parteien.

Demokratische Parteien sind im Fortgang der Entwicklung überall entstanden oder als informelle Gruppen im Entstehen begriffen. Die Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten im Frühjahr 1989 haben — sofern alternative Kandidaten auftreten konnten und in der Wahlagitation nicht behindert waren — mit Siegen der Opposition geendet, die sich auch noch innerhalb der Kommunistische Partei formiert hat. In den kaukasischen Republiken haben die Volksfronten, die die verschiedensten Bewegungen zusammenfassen, ihre Kandidaten meist durchgebracht und dies seit 1990 bei den Wahlen zu den Republik-Parlamenten noch erfolgreicher getan (Ausnahme das unter Besatzungsrecht stehende Aserbaidschan). In Usbekistan, Kirgisien, Turkmenien und Tadschikistan gab es massive Proteste gegen Wahlmanipulationen, aus denen neue radikal-demokratische Kräfte hervorgingen.

Viele 1989 und 1990 gewählte Vertreter dieser Richtung haben sich dem russischen Block der Demokraten, der Interregionalen Gruppe (Sacharow — Jelzin) oder anderen vergleichbaren Formationen angeschlossen. Programmparteien (Liberale, Sozialdemokraten, Sozialisten, Religionsparteien) haben sich noch nicht überall gebildet; wenn ein demokratischer Prozeß andauert, ist dies nicht ausgeschlossen, zumal Ansätze in allen Republiken durchaus vorhanden sind.

Nationalistische Parteien bestehen, teils noch ohne legalen Status, in allen südsowjetischen Territorien und Republiken.

Jedoch ist die demokratische Bewegung in sich noch brüchig und gegen jähes Umschlagen in autoritäre Herrschaftsübung, sobald einmal die Macht errungen ist, ganz und gar nicht gefeit. Das hat sich in Georgien in sehr kurzer Zeit so abgespielt; in anderen Regionen haben Nachfahren der alten Kommunistischen Partei die Slogans der Demokratiebewegung teilweise übernommen und sich selbst nutzbar gemacht, wodurch die noch embryonalen demokratischen Organisationen faktisch verdrängt wurden.

6. *Antisozialistischer Aspekt.* Allen Oppositionsbewegungen und fast allen neuen Kräften ist die Ablehnung des bisherigen politisch-ökonomischen Systems gemeinsam; da es seit zwei Generationen nicht als russischer oder allgemein europäischer Kolonialismus, sondern als Sozialismus aufzutreten vorgibt, ist die Theorie des Sozialismus durch die Praxis des Stalinismus weitgehend diskreditiert. Die Kommunistischen Parteien einiger Republiken haben sich (z. B. in Georgien und Armenien) früh von der KPdSU gelöst und tendieren zu einem national geprägten sozialdemokratischen Programm; als Vertreter der Nationalbewegung werden sie auch akzeptiert und bleiben wählbar.

Kommunistische Parteien, die sich (wie in Usbekistan, Turkmenien oder Tadschikistan) noch eng an die KPdSU halten, konnten sich entweder nur durch Wahlmanipulation behaupten oder rückten wenigstens verbal, so bei den Beratungen über den Unionsvertrag, von „der Zentrale" ab. Um die Macht bewahren zu können, sind auch sie gezwungen, auf die Propagierung sozialistischer Zielsetzungen zu verzichten. Für die russischen und ukrainischen Kader gilt dies weniger, im Gegenteil besteht die Tendenz, daß die ideologisch weniger „aufgeweichten" Partei-Fraktionen zu Reservaten der nicht autochthonen Bevölkerungen werden.

Nach den Moskauer August-Ereignissen — dem Putschversuch und der darauf folgenden politischen Revolution Rußlands — haben die Führungen der traditionell orthodoxen Kommunistischen Parteien in mehreren Republiken Slogans und Symbole der antisozialistischen Nationalbewegungen übernommen, das Vermögen der KPdSU „nationalisiert" (d.h. ihrer eigenen Kontrolle, nunmehr unter staatlichen Formen unterstellt) und ihre Machtpositionen gelegentlich auch plebiszitär festigen lassen.

Ihr bisher sozialistisches Bekenntnis erweist sich so als inhaltlos; die bisher vertretene Ideologie kann in ihrer Aufgabe als Rechtfertigungstheorie der Macht jederzeit durch ebenso instrumentalen Nationalismus ersetzt werden. Antisozialistische Auffassungen sind den Führern der Machteliten in den einzelnen Regionen nicht so fremd, daß sie nicht zur Machtverteidigung eingesetzt werden könnten.

7. *Entwicklungstendenzen.* All diese Aspekte verschmelzen in verschiedenen Übergangsformen miteinander, in jeder einzelnen Region auf spezifische Weise. Es ist daher nicht möglich, sehr konkrete Vorhersagen über den Entwicklungsprozeß zu machen.

Nicht einmal die Vorhersage, daß der Einsatz militärischer Zwangsmittel durch die Zentrale — die Regierung der Sowjetunion — Ausnahme bleiben wird, kann als gesichert angesehen werden. Der August-Putsch muß nicht der einzige bleiben. Die Auswirkungen militärischer Intervention sind indessen kalkulierbar, wie das georgische Beispiel zeigt; erst nach dem gewaltsamen Zerschlagen einer nationalistischen Demonstration durch das Militär am 9. 4. 1989 wurde die Ablehnung des Sowjetsystems Allgemeingut und wuchs die Gegnerschaft gegen die Sowjetunion landesweit.

In den Fällen, in denen die Armee in den mittelasiatischen Republiken in ethnische Konflikte eingriff, konnte sie die Kontrolle nur kraft ihrer „Neutralität" in den betreffenden Auseinandersetzungen ausüben. Ob überdies die Sowjetarmee in ihrem gegenwärtigen Zustand zur Aufrichtung einer eigenen Herrschaft befähigt wäre, ist mindestens fraglich. Sie könnte nur „großrussisch" auftreten, was den regionalen Widerstand nur erleichtern würde.

Die grundsätzlichen Widersprüche würde die Zentrale damit ohnehin nicht aus der Welt schaffen; auf dem „chinesischen Weg", durch die Niederschlagung der oppositionellen und nationalen Bewegung, zu „schwedischen Verhältnissen", einer Art sozialistischer Demokratie (die es in Schweden so ja auch nicht gibt), zu kommen dürfte unmöglich sein.

Die Tendenz ist jedoch klar zu erkennen, daß die Nationalbewegungen auf dem Weg der Selbstbestimmung ihrer Machteliten die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht prinzipiell antasten. Ansätze, die dem Schatalin-Programm einer raschen, in 500 Tagen zu bewerkstelligenden Einführung des Marktes entsprechen, sind in den einzelnen Unionsrepubliken kaum vorhanden; von den europäischen, besonders den baltischen, Republiken abgesehen, die hier nicht zur Debatte stehen.

Eher scheint sich ein bloßer Elitenwechsel anzubahnen. Die hohe Zustimmung bei der Abstimmung über den Zusammenhalt der Sowjetunion, die am 17. März 1991 in den meisten Republiken (außer den baltischen und Moldawien beteiligten sich Georgien und Armenien nicht) herauskam, kann als Indiz in diesem Sinne gelten. Die Fragestellung war unklar und mehrdeutig; sie galt einer Sowjetunion mit den Prädikaten „erneuert", „sozialistisch" und „einheitlich", die einander wenigstens teilweise logisch ausschließen, und konnte sowohl von den Befürwortern des alten Systems als auch von den Reformern bejaht werden, wogegen ein ‚Nein' eher als Zustimmung zum alten System zu interpretieren war. In einigen Fällen (Kasachstan) wurden die Fragestellungen verändert, in anderen Zusatzfragen (Rußland, Ukraine) zugefügt.

Die Wahlbeteiligung war in den hier behandelten Republiken allgemein sehr hoch (Usbekistan 95%, Kasachstan 89%, Kirgisien 92,9%, Tadschikistan 94%, Turkmenien 97,7%, Aserbaidschan unter erschwerten Bedingungen 75%) und ergab außerordentlich hohe Ja-Anteile (Usbekistan 93,7%, Kasachstan 94%, Kirgisien 94,5%, Tadschikistan 96%, Turkmenien gar 98% und Aserbaidschan 93%). Die zwei Wochen später in Georgien separat abgehaltene Abstimmung über die Wiederherstellung der Unabhängigkeit nach der Akte vom 26. Mai 1918 brachte eine, auf die Wählerzahl umgerechnet, fast 95% erreichende Zustimmung und selbst bei den nichtgeorgischen Minderheiten, sofern sie sich beteiligten, noch recht klare Mehrheiten.

Allgemein kann daraus geschlossen werden, daß die Wünsche nach Veränderung von den regionalen Machteliten aufgefangen und zu Voten für eine Neuverteilung der Macht zwischen der zentralen und den regionalen Machteliten umfunktioniert worden sind. Letztere sind an einer ökonomischen Zusammenarbeit mit den anderen Republiken auch wegen der Bewahrung der eigenen Macht interessiert, wollen aber weitgehende eigene Verfügungsgewalt über Ressourcen und politische Entscheidungsbefugnisse für sich erringen.

Die Kontroverse über den Weg und den Inhalt eines eventuellen neuen Unionsvertrags — auf Vorlage der Zentrale, die einen über Außen- und Verteidigungspolitik hinausreichenden Anteil an der Macht der Union und vor allem wesentliche Kontrolle über Produktionsmittel mittels der Allunions-Konzerne behalten würde, oder über einen Vertrag „von unten", den einzelne souveräne Republiken als Rechtssubjekte miteinander schließen und bei dem die Souveränität nicht mit der Beitritt zur Union erschöpft wäre, die Union überdies im wesentlichen nur Außenpolitik, Verteidigung und eventuell die Währung kontrollieren würde — illustriert den innerelitären Charakter des Konflikts recht gut.

Die neuen Vereinbarungen seit dem August 1991 sind ein weiterer Beleg. Trifft diese Annahme zu, so läßt sich eine weitere Parallele zu den Unabhängigkeitsbewegungen in den Kolonien der westlichen Industriemächte ziehen; die haben auch die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht prinzipiell umgewandelt, sondern durch die neuen nationalen Machteliten die Integration in den bereits vorher bestehenden Weltmarkt nur beschleunigt.

Die starke wirtschaftliche Verflechtung des sowjetischen Südens mit dem (russischen) Norden läßt erwarten, daß hier ein ähnlicher Prozeß einsetzen wird. Eine Rückkehr zu den traditionellen Formen der Basarökonomie ist noch weniger wahrscheinlich als die ebenfalls nur entfernt möglich erscheinende Herausbildung eines demokratischen „asiatischen Sozialismus" in der Region. Unter dieser Annahme würde ein Unionsvertrag, der die Souveränität der neuen Machteliten ganz akzeptiert, als die wahrscheinlichste Variante erscheinen.

Moskaus Dritte Welt oder: Das Ende des letzten Kolonialreichs

aus: FR v. 15.10.1991

Jedes sowjetische Maß unterschritten

In Usbekistan hat die Baumwoll-Monokultur auch tiefe Kerben in der Gesellschaft hinterlassen / Die Kindersterblichkeit hat sich auf afrikanische Maßstäbe hochgeschraubt / Die Umweltverschmutzung wird zur Katastrophe / Die Usbeken sind die verachtete Mehrheit im eigenen Land

Von Erhard Stölting

Noch immer gebietet die usbekische Nationalhymne „Grüße dem russischen Volk, unserem älteren Bruder". Diese Grüße fassen lange Demütigungen zusammen. Die seit Stalin gültige Lehre, erst die Russen hätten dem Osten das Licht der wahren Zivilisation gebracht, rufen nun entsprechende Gegenreaktionen hervor.

Seit November 1988 hat auch Usbekistan seine Volksfront „Birlik" (Einheit). Ihr Vorsitzender ist Abdurrahim Pulatov, Mitglied der usbekischen Akademie der Wissenschaften. Birlik organisierte am 13. März und am 21. März dieses Jahres, große Demonstrationen in Taschkent, der Hauptstadt Usbekistans. Gefordert wurde dabei die Anerkennung des Usbekischen, einer Turk-Sprache, als Staatssprache, Demokratisierung, staatliche Autonomie und eine Rettung der schwer geschädigten Umwelt. Am 28. Mai konstituierte sich Birlik offiziell. Seit August gibt die Volksfront ihre Zeitschrift, 'Birlik', heraus. In ihr kommen auch nationale Minderheiten zu Wort, wie die „Nationalbewegung der Krimtataren" und [illegible]eschetische „Nationale türk[illegible] Vereinigung für eine Rückkehr in die Heimat", die zurück in den Kaukasus wollen.

Auf den ersten Blick gleicht das Bild also dem vieler anderer Sowjetrepubliken: eine zugleich nationale, demokratische und ökologische Bewegung, die von Schriftstellern, Geisteswissenschaftlern und Künstlern initiiert wird, eine sich ständig verbreiternde Anhängerschaft unter den gebildeten Bevölkerungsschichten gewinnt und schließlich zu einem politisch bestimmenden Faktor wird.

Die Realität sieht anders aus. In die Presse gelangte Usbekistan in den letzten Jahren jedoch mit eher unerfreulichen Nachrichten. Folgenlos wurde seit Jahren die ökologische Katastrophe, vor allem des Aral-Sees, öffentlich diskutiert. Seit dem Beginn der Kampagne gegen die Korruption im Jahre 1984 wurde Usbekistan zum Sinnbild der Korruption überhaupt. Das Pogrom an den Mescheten im Juni dieses Jahres rief nur Entsetzen hervor. Es verwies auch auf die Fähigkeit der alten Kader, nationalistische Stimmungen gegen die Perestroika zu mobilisieren. Birlik jedenfalls wandte sich mit einem beschwörenden Appell gegen diesen Pogrom an die Bevölker[illegible]

Mafia wie in Sizilien

Einer der Urheber des gegenwärtigen Schlamassels war Parteichef Raschidow, der in den 25 Jahren seiner Herrschaft das Land ruiniert hatte. Breschnew deckte seine Machenschaften und macht ihn zum Kandidaten des Politbüros der KPdSU. Dafür sorgte Raschidow für einen nach außen hin russenfreundlichen Kurs und sorgte mit eiserner Hand für Ruhe und Ordnung. Die gigantische usbekische Korruption erreichte aber schließlich nicht nur die Familie Breschnews unmittelbar, sie führte dazu, daß es kaum noch geeignete usbekische Kader gab, die sauber geblieben waren. Als Raschidow 1983 zum damaligen sowjetischen Parteichef Andropow zitiert wurde und daraufhin in Moskau Selbstmord verübte, hinterließ er eine Republik, die zur inneren Reform kaum noch fähig schien. Raschidows Nachfolger Usmanchodschajew mußte bald wieder gehen. Rafik Nichanow, der jetzige Parteichef war während der ganzen Zeit als Botschafter im Ausland. So steht er jetzt als Unschuldiger einer Herde von schwarzen Schafen vor.

Vor allem auf dem 27. Parteitag wurde Usbekistan zur Zielscheibe der Kritik. Ligatschow drohte mit der Entsendung von Funktionären aus der Zentrale. Es gebe in diesem multiethnischen Land sowieso zu wenig nicht-usbekische Kader. Tatsächlich nutzten in Usbekistan auch die slawischen Aufpasser nichts. Der Machtapparat liegt fest in einheimischer Hand. Nun kann jeder Moskauer Versuch, die Verhältnisse in Usbekistan zu ordnen, als imperialistische Einmischung abgewehrt werden. Seitdem Ligatschow nicht mehr für Kader zuständig ist, hält sich Moskau nun auch zurück.

Wie im Falle Siziliens wird jeder Versuch, die Mafia-Strukturen zu zerbrechen, als verleumderische Diskriminierung der Republik abgewehrt. Auf der Basis der vorhandenen Machtstrukturen kann sich jedoch nichts ändern. Unbestechliche Richter und Staatsanwälte haben in Taschkent ebenso viel zu fürchten wie in Palermo.

Ein berühmter Fall, der entsprechende sizilianische Beispiele noch übertraf, war der von Achmadschan Adylow, einem persönlichen Freund Raschidows und „Held der Arbeit". Als Direktor eines agro-industriellen Komplexes baute er im Fergana-Tal ein kleines privates Imperium auf. Dort hatte er sich unterhalb eines riesigen Lenin-Denkmals sogar ein eigenes unterirdisches Gefängnis bauen lassen, in dem er aufmüpfige LandarbeiterInnen, Gegner und Kritiker einsperren und foltern ließ.

Ohne die Baumwolle sind weder die Korruption, noch das materielle Elend oder die Umweltkatastrophe zu erklären. Zwei Drittel der sowjetischen Baumwolle kommen aus den Oasen Usbekistans. Ziel der sowjetischen Wirtschaftspolitik war es, von Baumwollimporten unabhängig zu werden. Das weiße Gold wurde in die sozialistischen Länder Osteuropas und — gegen Devisen — in den Westen exportiert. Entsprechend groß waren die Planvorgaben. 6,25 Millionen Tonnen jährlich sah der 12. sowjetische Fünfjahresplan (1985 - 1990) vor. Diese Zahl wurde aufgrund heftiger Proteste bis 1987 auf 5,25 Millionen Tonnen gesenkt. Aber auch jetzt ist Moskau noch nicht bereit, die Planziffern so weit zu senken, damit das Land gesunden könnte. Nach Birlik müßte der Plan dafür um eine weitere Million reduziert werden.

Massive Unterschlagung

Ohne massive Fälschungen waren die Planvorgaben nie zu realisieren. Aber gefälscht wurde nicht nur dafür. 4,5 Millionen Tonnen Baumwolle sind 1978—1983 unterschlagen worden, was jährlich Hunderte Millionen Rubel Verluste für den sowjetischen Staat bedeutete. Derartige Machenschaften setzen Verbindungen voraus, die in der Lage waren, den gesamten Staats- und Parteiapparat zu korrumpieren.

Die Monokultur ruinierte letztlich auch die Bevölkerung. Ohne Anbaufläche für Getreide, Obst und Gemüse und ohne Platz für Vieh, gestaltete sich die Ernährungslage verheerend. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch, Milch, Gemüse und Obst liegt um die Hälfte unter dem ohnehin nicht sehr hohen sowjetischen Durchschnitt. Aber die ländliche Bevölkerung, zu 59 Prozent Usbeken, lebt noch schlechter. Auf dem Land werden jährlich pro Kopf acht Kilogramm Fleisch gegessen — im Durchschnitt der Union hingegen 62 Kilo.

Mindestens ebenso schlimm für die Gesundheit wirkte sich der massive, ungehemmte Einsatz von Chemikalien aus. Die Agrochemie hat

Kinderarbeit ist zwar verboten, aber die Ernte verlangt den Einsatz aller Kräfte. Der richtet sich nach der Baumwolle. Nicht nur die Gesundheit, auch das Bildungsniveau unterschreitet in Usbekistan daher jedes sowjetische Maß.

Letztlich führte die Monokultur auch zur Katastrophe des Aral-Sees, deren klimatische und wirtschaftliche Folgen weit über die Region

das Land vergiftet und das Wasser vielfach ungenießbar gemacht. Da auf den Feldern vor allem Frauen und Kinder arbeiten, traf es sie am schlimmsten. Die Kindersterblichkeit lag 1970 bei 31 Promille, 1986 bei 42,2 Promille. (Zimbabwe liegt bei 43 Promille, Anm. d. Red.) Die Zahl der behinderten Kinder stieg dramatisch an.
hinausreichen. Denn von den Zuflüssen des Aral-Sees, dem Syr Darja und dem Amu Darja, ist durch schlecht funktionierende, schlampig installierte und unrationelle Bewässerungsanlagen so viel Wasser abgezweigt worden, daß dieses viertgrößte Binnengewässer der Erde allmählich austrocknet und sich in eine Salzwüste verwandelt. Das verwehte Salz frißt wiederum fruchtbares Land.

Eine gewisse Abhilfe hätte die Umleitung sibirischer Ströme nach Süden bringen können. Aber dieser Plan, dessen Realisierung unabsehbare Folgen in Sibirien gehabt hätte, ist auf Eis gelegt worden. Die Hoffnung darauf, daß er doch wieder aus den Schubladen geholt werden könnte, hat das politische Establishment in Usbekistan dazu veranlaßt, die Hände in den Schoß zu legen.

Die Probleme werden durch ein sprunghaftes Anwachsen der Bevölkerung verstärkt. Drei Prozent jährlich waren es in den letzten Jahren, was selbst nach Maßstäben der Dritten Welt sehr viel ist. Diese Zunahme wird nicht einmal durch die steigende Abwanderung der slawischen Bevölkerung aufgefangen, die nach dem Pogrom im Fergana-Tal den Charakter eines Exodus angenommen hat.

Wohnungen und Schulen fehlen

Auch die Infrastruktur ist diesem Zuwachs nicht gewachsen. Das Sinken der Weltmarktpreise für Baumwolle reißt auch im Staatshaushalt immer größere Lücken. Es fehlen Wohnungen und Schulen. Die medizinische Versorgung unterschreitet jedes sowjetische Maß.

Eine 1985/86 — in aller Stille — eingeleitete Kampagne zur Familienplanung wurde so ungeschickt begonnen, daß sie neue Konflikte heraufbeschwören mußte. Statt auf die wirklichen Probleme hinzuweisen, wurde behauptet, zu häufige Geburten seien für Mütter und Kinder gefährlich. Das aber widersprach dem traditionellen Wissen der moslemischen Bevölkerung. Zu Recht oder Unrecht wurden daher rassistische Motive vermutet. Denn schließlich kamen gleichzeitig aus den baltischen Ländern Alarmrufe wegen sinkender Geburtenraten.

Den wahren Grund für Müttersterblichkeit, Kindersterblichkeit und Behinderungen sahen die unabhängigen Geister in vergiftetem Wasser, unzureichender Ernährung, miserabler Abwasserentsorgung und fehlender medizinischer Betreuung. Einige Vertreter von Birlik argumentierten sogar noch schärfer. Der Schriftsteller Timur Pulatov sah in der steigenden Geburtenrate die Manifestation eines Volkes, das sich gegen Ausrottung wehrt. Der Dichter Muhammad Salih verwies darauf, daß Usbekistan bei verbesserten Strukturen noch sehr viel mehr Menschen aufnehmen könne, als die bisherigen 20 Millionen. Japan, das nur halb so groß sei und dem die natürlichen Ressourcen Usbekistans fehlten, ernähre schließlich auch 120 Millionen Menschen.

Das Sinken der Weltmarktpreise schlug sich bei den Usbeken als Einkommensverluste nieder. 175 Rubel bringt der durchschnittliche Usbeke monatlich nach Hause, 217 Rubel sind es in der Union, in der Russischen Föderativen Sowjetrepbulik (RFSR) 233 Rubel, in den baltischen Staaten noch mehr. Der durchschnittliche usbekische Kolchosnik verdient sogar nur 139 Rubel, der russische 198. Von diesem Einkommen leben überdies mehr Personen als im sowjetischen Durchschnitt, da die Familien größer sind.

Erfahrungen mit Diskriminierung verwandelt die materielle Lage in nationalen Sprengstoff. Während die einheimische Bevölkerung im Baltikum auf die eingewanderten Slawen herabsieht, sind die Usbeken selbst Objekt sozialer Verachtung. Die Verbitterung richtet sich aber auch gegen die von Stalin strafweise umgesiedelten Minoritäten — vor allem Krimtataren, Deutsche, Koreaner und Mescheten. Sie sind in der Regel unternehmungslustiger und erfolgreicher als die Einheimischen. Bei entwurzelten Sozialgruppen, die aus ihrer Misere herauskommen wollen, ist das kein Wunder, aber es ruft Ressentiments hervor, die verstärkt werden durch selektive Arbeitslosigkeit.

Hinwendung zum Islam

Die von den Bildungsschichten getragenen Bewegungen sind mit diesem Fremdenhaß nicht gleichzusetzen. Sie könnten sich jedoch mit ihnen irgendwann kurzschließen. Immer schon hat es eine islamische Selbstidentifikation gegen den „christlichen" Rest der Sowjetunion gegeben. Die Unterdrückung unter sowjetischen Vorzeichen führte zur Herausbildung eines „parallelen Islam", der unter der Landbevölkerung großen Rückhalt hat. Aber selbst Parteimitglieder definierten ihre Besonderheit über das islamische Erbe.

Nun wenden sich mehr und mehr auch Ärzte, Ingenieure und sonstige Spezialisten der Religion zu. Ein Ausdruck davon ist die Renaissance der arabischen Schrift. Der usbekische Linguist Habibullah Salih wird für seine Kurse in arabischer Schrift und Kalligraphie und alter usbekischer Grammatik sogar von der usbekischen Sektion des Kulturfonds der UdSSR gefördert.

Einen ersten politischen Erfolg erzielten die informell organisierten Moslems, als sie den Rücktritt des Muftis für Zentralasien, Babachan, erzwangen. Sie warfen ihm vor, die Perestroika nicht für die Rechte der Gläubigen genutzt und sich zu wenig um die Öffnung neuer Moscheen gekümmert zu haben. Seit 1943 war es seine Familie, die die Muftis gestellt hatte und somit die sowjetische Haltung gegenüber dem Islam zum Ausdruck brachte. Babachans Sturz wurde zum Symbol.

Träger der intellektuellen Wiederbelebung des Islam ist vor allem die Gruppe „Islam und Demokratie", die ganz Mittelasien erfaßt. Ihr Zentrum ist Alma Ata, die Hauptstadt Kasachstans. Dieser Gruppe zufolge zielt der Islam auf eine Vereinigung von Religion und Staat in einer demokratischen Form der Volksmacht. Das klassische Werk der demokratischen Erneuerung ist damit der Koran.

Dieser fundamentalistischen Tendenz stehen Bemühungen gegenüber, die europäischen Formen des Nationalismus aufnehmen: Sprache, goldene Vergangenheit und nationale Wiedergeburt.

Die Plünderung der Geschichte geht allerdings wie üblich nicht ohne kulturelle Grenzstreitigkeiten ab. So beklagen bereits persisch-sprachige tadschikische Intellektuelle die nationalistische Arroganz ihrer usbekischen Kollegen. Die nämlich reklamieren den großen Avicenna (Ibn Sina) für sich, weil er im heute usbekischen Buchara geboren ist. Avicenna lebte zwar in einer Zeit, als türkische Elemente gegenüber den persischen zu dominieren begannen, aber er schrieb in seiner Muttersprache — persisch und arabisch. Nationalheld ist ferner Babur, der in Indien das Mogul-Reich gründete. Dem rumänischen Daker-Mythos endlich nähert sich der Ruhm der Tomaris, nach Herodot Königin der Massageten in Zentralasien, die gegen die persischen Invasoren kämpfte. Der „Vater der usbekischen Literatur" schließlich, der Dichter Alischer Nawoi, kommt zwar aus dem heutigen Afghanistan, aber er schrieb tatsächlich usbekisch. Die Zentrale ist bei all diesen Entwicklungen ratlos. Der Moskauer Forderung, mehr Obst und Gemüse anzubauen und mehr Fleisch zu produzieren, steht keine Bereitschaft gegenüber, die Planziffern für Baumwolle drastisch zu senken. Damit bleibt auch eine wesentliche Quelle der Korruption unangetastet. Die ökologische Katastrophe wird ausgesessen, bis alles noch schlimmer wird. Der Nationalismus nach europäischem Muster ist zwar inzwischen vertraut. Gegenüber dem Islam aber gibt es nur Verlegenheit. Gorbatschow selbst, der in religiösen Angelegenheiten sonst eine tolerantere Linie vertritt, schlägt beim Islam die alten harten Töne an und fordert eine Zurückdrängung. Denn anders als für Christen ist für wirkliche Moslems jede Trennung von Staat und Religion häretisch.

aus: taz v. 5.10.1989

Armenier wurden in Moscheen versteckt

Die aserbaidschanische Volksfront umfaßt unterschiedliche Gruppen — demokratische wie nationalistische

Gassan Gussejnov, der Autor des folgenden Artikels über die aserbaidschanische Volksfront, hat letztes Jahr die Gesellschaft „Kosmopolis" in Moskau gegründet, die Auswege aus ethnischen Konflikten erarbeiten will. Er selbst ist aserbaidschanisch-jüdischer Abstammung.

Die aserbaidschanische Volksfront zur Unterstützung der Perestroika (NFA = Narodnyj Front Aserbejdschana) wurde im Winter 1988/89 gegründet — also wesentlich später als im Baltikum. Zu ihren selbstgestellten Anfangsaufgaben gehörte angesichts der völligen Inkompetenz des örtlichen Partei- und Staatsapparates die Konsolidierung der demokratischen Kräfte. Andererseits war die Gründung der NFA eine Antwort auf die Karabach-Bewegung in Armenien. Die eindeutig negative Reaktion der Aserbaidschaner auf die — wie sie es sahen — territorialen Ansprüche Armeniens begünstigte die sehr schnelle Entwicklung einer rein nationalistischen Bewegung im Rahmen der NFA.

Eine breite Unterstützung erfuhr diese Strömung vor dem Hintergrund des Zustroms von 200.000 armenischen Flüchtlingen in Baku, Gansche und anderen Städten. Daß diese Menschen in Aserbaidschan blieben, während sich die armenischen Flüchtlinge aus Aserbaidschan und nach dem Erdbeben über die ganze russische Republik verteilten, trug dazu bei, im Zentrum antiaserbaidschanische Stimmungen zu nähren.

Als Aktivisten der Volksfront in Aserbaidschan traten anfangs Vertreter der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, Lehrer und Ingenieure auf, also etwa dieselben gesellschaftlichen Schichten, die die entsprechenden Organisationen im Baltikum tragen. Doch der nationalistische Flügel stützt sich heute auf die weit breitere Basis der Zehntausenden von Arbeitslosen (laut 'Prawda' bis zu 42 Prozent der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung). Der große Teil der Bevölkerung, der unterhalb der Armutsgrenze lebt, ist stets auf der Suche nach einem „Feind", der für die eigene Misere verantwortlich gemacht werden kann.

Die Regierungen Wesirows und seines Vorgängers Barigows waren unfähig, die Flüchtlingswelle zu bewältigen, und unwillig, die Volksfront anzuerkennen. Sie waren bis über beide Ohren in Korruption verwickelt und ignorierten die Aufgabe, in der Karabach-Frage einen von Moskau unabhängigen Standpunkt zu entwickeln. Dies machte es für die demokratischen Kräfte innerhalb der Bewegung unmöglich, die antiarmenische Hysterie in Aserbaidschan zu bremsen. Zudem wurde dieser nationale Haß von den Masseninformationsmitteln sowohl aus Moskau als auch in Baku künstlich genährt.

Das erste offizielle Treffen eines Vertreters der NFA, E. Mahmedow, mit Vertretern der armenischen Gesellschaft fand im März 1989 in Moskau in der Redaktion der Zeitschrift 'Das 20. Jahrhundert und die Welt' statt. Das Kommuniqué dieses Treffens wurde allerdings von der zentralen Presse damals nicht abgedruckt, die nach dem Blutbad an den Armeniern von Sumgaït eindeutig antiaserbaidschanisch gestimmt war.

Die Furcht vor unkontrollierten Gewalttaten der Massen veranlaßte viele Aserbaidschaner, darunter auch einen großen Teil des Staats- und Parteiapparates, sich an die nationalistischen Kräfte anzulehnen.

Gerade deshalb eskalierte aber die Gewalt in Aserbaidschan immer schneller, angefangen von der Blockade Armeniens — die zunächst eine Antwort auf die Blockade Nachitschewans durch Armenier gewesen war — bis hin zu den Pogromen in Baku in diesem Januar.

Die grobe nationalistische Hysterie wurde von Vertretern der örtlichen Elite angefacht. Als die aserbaidschanische Regierung schließlich gezwungen war, die Volksfront anzuerkennen, war diese bereits in Fraktionen gespalten. Sie reicht vom liberaldemokratischen Flügel (Lejla Junussova, N. Nadscharow und F. Ali-Zahde) bis zur äußerst chauvinistischen Organisation „Zangezur", die nicht nur die Armenier aus Aserbaidschan vertreiben will, sondern auch Russen und Juden, ja sogar alle nichtnationalistischen Aserbaidschaner.

Antirussische Ressentiments

In den letzten Tagen vor dem Einmarsch der sowjetischen Armee in Baku wurden im Namen der aserbaidschanischen Volksfront äußerst widersprüchliche Erklärungen verteilt, der gemeinsame Nenner allerdings in der Forderung an Armenien bestand darin, von den territorialen Ansprüchen Abstand zu nehmen. Das Wichtigste waren allerdings die Forderungen nach Souveränität Aserbaidschans, nach demokratischen Wahlen mit dem Ziel, die gegenwärtige Regierung abzulösen und eine neue Seite in der Geschichte des Volkes aufzuschlagen, indem man sich auf die eine oder andere Weise mit den Aserbaidschanern im Iran wiedervereinigt.

Deshalb sind führende NFA-Mitglieder der Meinung, daß die Pogrome in Baku provoziert waren, um eine Begründung für den Einmarsch der Sowjetarmee zu liefern. Die Art, wie diese Ereignisse im zentralen Fernsehen und in der Presse beleuchtet werden, bestätigt diese These eher. Bemerkenswert ist auch, daß die Polizei während der Pogrome unbewaffnet war und nicht eingriff und auch das örtliche Militär nur strategische Schlüsselpositionen, nicht aber die Menschen verteidigte.

Die demokratischen Teile der NFA hatten gerade unter Aufbietung all ihrer Kraft versucht, dem Massenabschlachten an den Armeniern in Baku selbst ein Ende zu machen. Ausreichend dokumentiert ist zum Beispiel, wie die friedliebendste Fraktion, der tiefreligiöse „Bund freier Moslems", unter der Führung A. Karabalajs in den letzten Tagen organisiert Armenier in Moscheen versteckte und aus Baku herausgeschleuste. Gerade deshalb ist die sowjetische Armee-Invasion vor allem ein Schlag gegen die demokratischen und nicht nur gegen die nationalistischen Strömungen in Aserbaidschan. Zu den grundlegenden antiarmenischen und antikommunistischen Ressentiments in der Gesellschaft kommen nun auch noch antirussische hinzu.

Übersetzung: Barbara Kerneck

aus: taz v. 24.1.1990

Kaukasus in Flammen oder: „Spengler hat recht"

Die aserbaidschanischen Kampfgruppen haben weder das Rote noch das Grüne Buch dabei. Sie sind ausgerüstet mit einer Sonderform panislamischer Ideologie. Dokumentiert in folgendem Artikel. Unter der Überschrift „Kaukasus in Flammen" veröffentlichte die litauische Zeitung 'Atgimimas' (Übereinstimmung) Reportagen aus Armenien und Aserbaidschan. Zu Wort kam auch Hamid Cherischtschi, einer der Ideologen der aserbaidschanischen Volksfront, Mitarbeiter des Literaturinstitutes der aserbaidschanischen Akademie der Wissenschaften. Wir halten es für richtig, dieses atemberaubende Dokument von Völkerhaß abzudrucken.

„Die aserbaidschanische Volksfront betrachtet die UdSSR als dualistischen Staat: islamisch-christlich; oder genauer türkisch-slawisch. Darum haben wir eine völlig andere Taktik als die baltischen Völker. Wir ziehen nicht einmal den Austritt aus der UdSSR in Betracht, weil das für uns der Austritt aus der türkischen Einheit wäre. Aber zugleich wäre ein Austritt der baltischen Republiken für uns vorteilhaft: es wären drei europäische, christliche Völker weniger. Das verstärkt den islamischen Einfluß in der UdSSR. Davon ausgehend, müssen wir mit Aufmerksamkeit ihre (der Balten) Anstrengungen betrachten. Für die Moslems ist ein Zerfall der UdSSR und zugleich der Zerfall der türkischen Einheit nicht von Vorteil. Aserbaidschan, Kirgisien, Kasachstan, Baschkirien, das Wolgagebiet, Tatarien, Jakutien, Turkmenistan, die Krim, der nördliche Kaukasus — **das ist alles türkische Erde**. Und wir haben nicht die Absicht, sie irgend jemanden abzutreten. Als die existierenden pseudodemokratischen Bewegungen ihre Taktik im Kampf gegen den Totalitarismus der UdSSR abstimmten, war unsere Meinung nicht interessant — und jetzt arbeiten wir mit ihnen nicht zusammen. So wie auch nicht mit verschiedenen Sicherheitsorganisationen im Ausland. Wir haben andere Ziele, eine andere Taktik. Obwohl wir keineswegs gegen Demokratie sind.

Die türkischen Völker leben bedeutend schlechter als Sie im Baltikum. Bei Ihnen ist das Paradies, verglichen mit uns. Gehen Sie einen Kilometer weit über usbekische Erde, und Sie fühlen die Tragödie, spüren, welche Wut im Volk reift. Ein 25-Millionen-Volk ist an den Grenzen angekommen. Und die Kasachen? Da sagen wir nur „Karabach, Karabach"! Denn schließlich hat man ein dreifach größeres Territorium Kasachstan genommen, als Atomtestgelände. Das ist auch auf seine Art ein autonomer Kreis, nur eben eine militärische. Wenn ich mit Kasachen und Kirgisen rede, weine ich manchmal. Obwohl ich ein unsentimentaler, harter Mensch bin. Ich liebe es, der Wahrheit ins Auge zu sehen. Das lehrt uns unsere Religion, unser türkischer Charakter ist dergestalt — **man muß in jedem Fall mannhaft sein**. Ich war im Ferganatal, in Aschabad, Kasan, Taschkent, aber ich habe nicht die Kraft, das dort Gesehene zu beschreiben. Man hat unsere Erde in eine Hölle verwandelt. Die Fabriken sind schlecht, die Lebensbedingungen schädlich. Aber sehen Sie sich die Fabriken in Iwanowo an: Sauberkeit, Ordnung, Überweisungsscheine zur Gewerkschaftskur, Frauen in Kittelchen. Uns sitzen sie auf dem Hals, mit usbekischer Baumwolle arbeiten sie. Aber irgendwann packen wir sie an der Gurgel: „Was, ein gutes Leben habt ihr euch aufgebaut? Seht euch an, wie unsere Frauen in 40 Grad Hitze arbeiten, wo sogar die Hunde in den Schatten kriechen. Aber die Menschen sind unter der sengenden Sonne. Bei ihnen vollzieht sich alles mit Hilfe gesetzgeberischer Akte. Bei Ihnen sind die Fabriken in den Händen der Russen, und drum streiken auch nur die Russen. Bei uns, in den türkischen Republiken, sind alle Fabriken in den Händen des Volkes. Unsere grundlegendsten Waffen sind Streiks und bürgerlicher Ungehorsam. Der ökonomische Niedergang, mit dem sie einschüchtern, macht keine Angst. In Aserbaidschan unterstehen 93 Prozent der Industrie Moskau und nur 7 Prozent der Republik. Die Russen dachten, daß wir leiden würden — und saßen selbst in der Falle. Ich war Mitglied der Streikleitung und habe mit eigenen Augen die Telegramme Ryschkovs und Jasows gesehen. Dort in Moskau herrschte Panik. Fast alles Öl, 95 Prozent aller Schmiermittel, die Hauptkomponenten für Flugbenzin (dabei für Militärflugzeuge), das alles wird bei uns produziert. Am 16. August haben sich die Intellektuellen mit einem Aufruf ans Volk gewandt, alle Kräfte — die politischen und die geistigen — in einer Faust zusammenzufassen. Und die Volksfront ist dies geworden. Ja, in unserem Kampf sind Elemente des Dschihad: **der ganzen Welt zeigen, daß wir bis zum Ende gehen werden**. Daß wir besser auf dieser Welt nicht leben, wenn wir verlieren. Es kommt den Russen so vor, als ob die Aserbaidschaner den Heiligen Krieg erklärt hätten. Bisher aber ist diese mächtige Waffe nicht nötig — wo alle in den Kampf ziehen, große wie kleine und die Frauen dazu. Und wer stirbt, kommt nach unserem Glauben ins Paradies. Es ist möglich, friedlichere, demokratischere Mittel der Einwirkung zu nutzen. Da gibt's zum Beispiel die Verkehrsblockade, vor allem die Eisenbahnblockade, das Wirtschaftsembargo. Achten Sie darauf, daß unser Kampf dem des arabischen Volkes gegen Israel ähnelt: sagen wir, das Ölembargo haben die und wir. Wir haben es gegenüber Armenien, Georgien und Rußland erklärt. Am 15. Juli haben die Armenier mit der Blockade Nachitschevans und der aserbaidschanischen Siedlungen in Nagorny Karabach begonnen. Aber sie haben diesen Krieg verloren, als wir unsererseits mit Blockaden begannen. Sie globalisieren das Karabach-Problem. Sie sagen den Russen und den Balten, daß ein mit Armenien vereinter Bezirk der Präzedenzfall eines Ausweges aus ungerecht geregelten Grenzfragen ist. Aber wenn wir nun das Problem definieren und es globalisieren als Konflikt des Christentums mit dem Islam — was dann? Da suchen die Armenier Hilfe außerhalb: schrieben einen Brief an die UNO, an den Papst in Rom, an den amerikanischen Kongreß. Aber wir, entsprechend unserer Religion, hoffen nur auf uns selbst. Obwohl wir wissen, daß hinter uns die ganze islamische Welt steht, der Iran, die Türkei. Für die Armenier ist das Wichtigste, nicht Auge in Auge am Verhandlungstisch zu sitzen. Sie brauchten unbedingt Publikum: daß die Balten teilnehmen oder die Moskauer. Tatsächlich müssen die zwei Völker entscheiden. Die Armenier haben ihren Kampf verloren, aber nie werden sie es dem Volk offen sagen. Im Grunde sind alle ihre Handlungen schieres Abenteurertum.

Überhaupt, der Westen neigt sich seinem Untergang entgegen. **Spengler hatte im wesentlichen recht**. Die Wiedergeburt kommt aus dem Osten. **In einigen arabischen Ländern ist das Paradies auf Erden errichtet. Im Iran ist beispielsweise der Lebensstandard bedeutend höher als der europäische.** Ich war in diesem Land und habe gesehen, wie hoch dort die Kultur ist, welche Verantwortung das Volk für die Heimat hat, welche echte Religiosität. Wenn die Entwicklung der Weltgeschichte so weitergeht, dann wird sich, denke ich, die Landkarte binnen 20 Jahren sehr verändern. Jetzt hat man Panik um Armenien veranstaltet. Aber achten Sie darauf: Ihre Niederlage hängt viel mit der Niederlage aller christlichen Kräfte überhaupt zusammen. Die Leute, die von der Idee des europäischen Hauses sprechen, wollen einfach den Ost-West- durch den Nord-Süd-Gegensatz ersetzen. Und die UdSSR an sich binden. Wer schlägt das vor? François Mitterand, von 1954-58 Außenminister Frankreichs war und eine direkte Beziehung zum Massenmord an den islamischen Mudschaheddin in Algier hat. Dieser Mensch, der die Hände bis zum Ellenbogen in Moslemblut hat, redet von den Menschenrechten! Die Idee des gemeinsamen europäischen Hauses wird ein Fiasko erleiden, denn dieses Haus bringt einen Riß in die UdSSR. **Ohne Tragödie geht das nicht ab.** Und was Bürgerkrieg und moslemische Welt betrifft, so befördern sie die Einheit der türkischen Völker, die Befestigung des Islam.

Übersetzung Gisbert Mrozek, Moskau, 17.1.1990

Landbevölkerung gegen sozialistische Rationalität

– kurzer historischer Abriß sozialer Verhältnisse und Konfliktualitäten auf dem Land –

Auch diesem Aufsatz liegt die These zugrunde, daß hinter den Begriffen Glasnost und Perestroika ein Rationalisierungs-/Modernisierungsprojekt für alle Bereiche der sowjetischen Gesellschaft steht, für dessen Durchsetzung die Versorgungslage mit Nahrungsmitteln und deren Preis von strategischer Bedeutung sind: Im Sinne der Modernisierer wird die Nahrungsmittelfrage direkt mit dem Zwang zur Arbeit gekoppelt. Zudem sollen mit höheren Lebensmittelpreisen stärkere soziale Differenzierungen durchgesetzt werden. Ein Gefälle des Lebensstandards zwischen Lohnarbeitenden und Nichtlohnarbeitenden soll gegen die für viele Bereiche der Gesellschaft festgestellte Gleichmacherei etabliert werden. Konkurrenz als Leistungsanreiz zwischen einzelnen Subjekten soll dem von Perestroika-WissenschaftlerInnen diagnostizierten "Schlendrian" und der "Gleichmacherei" gerade bei der Dorfbevölkerung entgegengesetzt werden.

Doch inwieweit Hunger zu einer politischen Waffe des Regimes/ Kapitals gemacht werden kann, hängt davon ab, wer die Kontrolle über Produktion und Verteilung der Nahrungsmittel hat.

Konkret und praktisch stellt sich diese Frage für große Teile der Bevölkerung in der SU: bei Verknappung und Verteuerung von Lebensmitteln durch Streichung und Kürzung von Preissubvention und Inflation nimmt die Bedeutung von Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln (Subsistenz) zu. Ähnlich benennen es WissenschaftlerInnen und Politiker des Regimes, wenn sie sagen, daß die Versorgungslage der Bevölkerung mit Lebensmitteln entscheidend für die Durchsetzung oder das Scheitern von Perestroika ist (die Landwirtschaft wäre somit der entscheidende Sektor für das Gelingen des Projekts [siehe z. B. Saslawskaja in Sozialismus 4/89]).

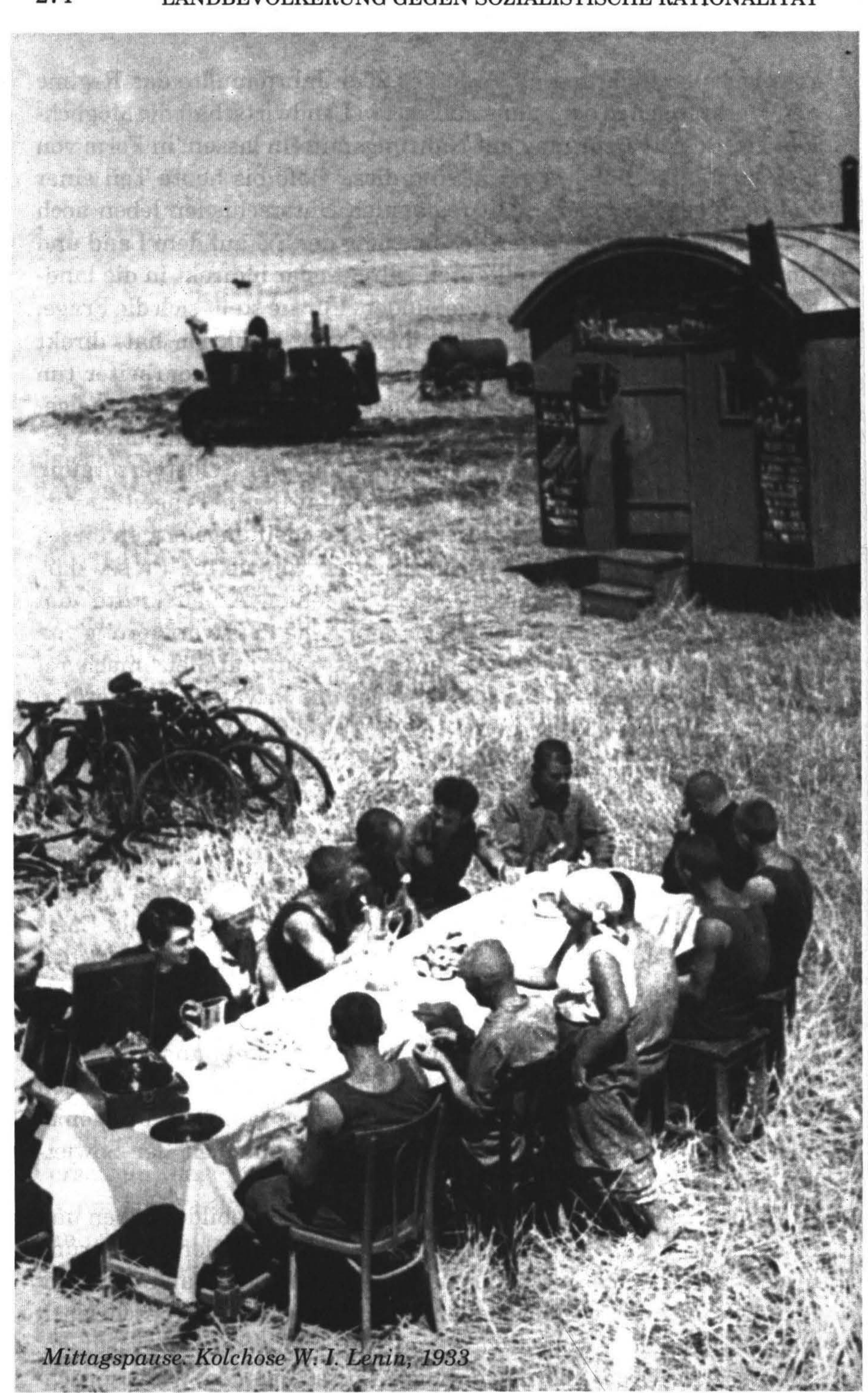
Die Möglichkeit zu Ackerbau und Viehzucht für einzelne oder als Familienzusammenhang ist bis heute ein wesentlicher Bestandteil der Ernährung der Bevölkerung in der SU/GUS. Auch nach der

Zwangskollektivierung ab Ende der 20er Jahre mußte das Regime den Werktätigen in der industrialisierten Landwirtschaft die Möglichkeit zur Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln lassen: in Form von kleinen Kolchoshöfen. Formal sind diese Höfe bis heute Teil einer Kolchose oder Sowchose. Mit regionalen Unterschieden leben noch heute 35% bis über 80% der Bevölkerung der SU auf dem Land und sind dementsprechend größtenteils direkt oder indirekt in die landwirtschaftliche Produktion eingebunden. Für sie stellt sich die Frage, wer die Kontrolle über die Nahrungsmittelproduktion hat, direkt und praktisch: Sind die Landarbeiterinnen und Landarbeiter (im folgenden Text Kolchosniki genannt) der SU zu einer Leistungssteigerung bei der Lohnarbeit bereit und nimmt bei Verknappung, Verteuerung der Nahrungsmittel die Bedeutung der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln zu? Um die Aktualität dieser Fragen zu verdeutlichen, beispielhaft an dieser Stelle Erscheinungsformen dieses sozialen Konfliktes als politischen Kampf, wie sie die Presse darstellt: "Rekordernte in der SU, aber es fehlen Arbeitskräfte und Maschinen, um diese einzubringen", oder: "Die Reprivatisierung von Kolchosen und Sowchosen ist gegen Schlendrian und Gleichmacherei gerichtet", aber: "Genossenschaftsbetriebe und Privatbauern (werden) als neue Kulaken angegriffen".

Auf dem kollektivierten Land der Kolchosen und Sowchosen, also in der rationalisierten, industrialisierten Landwirtschaft, muß von den BetreiberInnen der einzelnen Subsistenzhöfe unbezahlt oder zu niedrigsten Löhnen gearbeitet werden. Gleichzeitig jedoch waren und sind die einzelnen Kolchoshöfe bzw. die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln überhaupt immer auch die materielle Basis für Strukturen, die einen Antagonismus zu den sozialistischen Leistungsnormen bilden bzw. sind sie Rückzugsorte vor dem sozialistischen Verwertungsmodell. Die Organisationsform dieser sozialen Struktur ist die Familie mit patriarchaler Arbeitsteilung.

In den wissenschaftlichen Arbeiten der PerestroikastrategInnen werden die verschiedenen sozialen Strukturen in ihrem Antagonismus mit dem Begriff der Akkumulationsfeindlichkeit der SowjetbürgerInnen zusammengefaßt.

Was für Formen sozialer Organisierung sich gebildet haben und wie sie sich bezüglich ihrer inneren Strukturierung/Hierarchisierung unter dem Angriff durch das Regime verändern, kann auf dem Hintergrund der hiesigen Quellenlage nur sehr verkürzt beschrieben werden. Trotzdem wollen wir versuchen, wenigstens in Ansätzen, diese soziale Organisierung inklusive ihrer eigenen Widersprüch-



Mittagspause. Kolchose W. I. Lenin, 1933

lichkeit und Gebrochenheit zu beschreiben. Das heißt, wir wollen auch in diesem Aufsatz keineswegs unterschiedliche Bedingungen zwischen den Geschlechtern und zwischen verschiedenen Regionen negieren. Wir hoffen, trotz Kürzen und Schwächen verdeutlichen zu können, daß die verschiedenen sozialen Strukturen in ihrer Vielschichtigkeit und Lebensfreude mit dem Begriff der Akkumulationsfeindlichkeit nur sehr schlecht beschrieben sind. Wir wollen mit der Verwendung des Begriffs an dieser Stelle jedoch zeigen, daß sich die Machthaber über die Ursachen der ökonomischen und politischen Krise sehr wohl im Klaren sind.

Das gesamtgesellschaftliche Rationalisierungsprogramm sehen wir als Antwort des Regimes auf die Krise seit den 70er Jahren, die aus sozialem Antagonismus und sich verschärfenden Bedingungen auf dem Weltmarkt resultierte. Glasnost und Perestroika beinhalten Versuche zur Steigerung der Arbeitsleistung und der Produktivität in allen Bereichen der Gesellschaft und allen Sektoren der Wirtschaft. Gleichzeitig soll versucht werden, die Reproduktionskosten der einzelnen Arbeitskräfte und damit die der ganzen Gesellschaft zu senken. Ein Kostenfaktor des Staatshaushaltes (allgemeiner der gesellschaftlichen Reproduktionskosten) ist die Subventionierung von Nahrungsmitteln. Die angebliche Notwendigkeit der Kürzung von Lebensmittelsubventionen wird in sowjetischen wie westlichen Medien vordergründig mit der besonderen Höhe dieser Subventionen begründet. Wir wollen dazu anmerken, daß, gemessen an den Durchschnittsverdiensten, Menschen in der SU ca. zehn mal länger für Fleisch und, je nach Sorte, zwei bis acht mal länger für Brot arbeiten müssen als im Durchschnitt in der EG. Die Blockade der realsozialistischen Wertschöpfung durch die Akkumulationsfeindlichkeit führte seit der ersten Hälfte der 80er Jahre zu ihrem endgültigen Scheitern.

Um die Situation der 70er Jahre in der Landwirtschaft der SU durchsichtiger zu machen, vorab eine kurze Zusammenfassung der historischen Entwicklung seit 1917:

Landwirtschaft seit 1917

Seit der Machtübernahme im Oktober 1917 war die Auflösung bäuerlichen Kleinbesitzes und die Organisation einer sozialistischen Großlandwirtschaft das Ziel der bolschewistischen Agrarpolitik. Hier wird ein Grundproblem der sowjetischen Agrarpolitik, das bis heute besteht, deutlich. In der Regel schauten die Bolschewisten mit

Verachtung auf die Lebensweisen, Bräuche und religiösen Riten der Bauern und Bäuerinnen herab. Die vorwiegend städtischen Parteiangehörigen versuchten nur selten, ihre Vorstellungen von Politik bezüglich Dorfleben, Ackerbau und Viehzucht an den im ständigen Kampf um die Existenz von Familien und Dorfgemeinschaften gemachten Erfahrungen der Bäuerinnen und Bauern zu orientieren. Entsprechend fremd und skeptisch stand der Großteil der Landbevölkerung der Politik der Bolschewisten gegenüber.

Das Bestreben in den sozialen Prozessen der Landbevölkerung seit der zweiten Hälfte des Jahres 1916 war, das Land der Gutshöfe, deren Besitzer und Verwalter sie vertrieben hatten, ihren eigenen Wertvorstellungen folgend gerecht unter sich aufzuteilen.

Sie waren an der Subsistenzsicherung ohne Risiko interessiert und benötigten dafür eine ausreichende Bewirtschaftungsfläche. Unbezahlte Frondienste für eine Vermarktung außerhalb ihrer Kontrolle oder für den Export, wofür sie auf den Gütern arbeiten mußten, lehnten sie ab. “Bessere Befriedigung der Bedürfnisse, nicht Maximierung des Outputs war ihr Anliegen; trotz scheinbarer Berührungspunkte dachten sie über Arbeit und Leistung, Besitz und Eigentum anders als die staatliche Macht: und der Fortbestand von Individualbesitz und Landgemeinde stand für die Bauern nicht zur Disposition.” (Altrichter S.5)

Die überwiegende Mehrheit der sozialen Bewegungen auf dem Land (die Landbevölkerung machte 1917 über 80% der Gesamtbevölkerung aus) war primär an der Subsistenzsicherung für ihre Großfamilienzusammenhänge inklusive der Verwandschaft, die ganz oder zeitweise als Wander- oder SaisonarbeiterInnen in den Städten lebte, interessiert. Das Bedürfnis nach mehr Land für die Sicherung der Subsistenz war in der Vertreibung der Gutbesitzer durch die Dorfbevölkerung explodiert. 1917 wurden über 100.000 Gutsbesitzer, Kirchen und Klöster und mehr als 2 Mio. Großbauern enteignet. Auch Staatsbesitz wurde von den jeweiligen Dorfgemeinschaften enteignet und der Besitz und Boden an die Gemeindemitglieder verteilt. Die Bauern hatten ihm vor dem Machtwechsel im Oktober 1917 keinen Sonderstatus eingeräumt und taten es nun ebensowenig. “In jedem Falle aber trafen die Enteignungen - in der Einschätzung der Bauern - nur denjenigen, der den Boden nicht mit seiner Hände Arbeit bebaute; der im Überfluß hatte, während die anderen hungerten und froren; und der die Überschüsse nach auswärts verkaufte, obwohl die Vorräte im Dorf selbst nicht reichten,

und der Lokalbedarf hatte ja vorrangig befriedigt zu werden. Für die Bauern machte es keinen Unterschied, ob das konfiszierte Land einem Großgrundbesitzer oder der Kirche gehörte, sie nahmen es; ob ein Privatmann oder der Staat 'ihren' Wald roden und wegschaffen ließ, sie versuchten es zu verhindern (...)" (Altrichter S.28). Die Zahl der landlosen Bauern fiel um die Hälfte, und die Anzahl der Höfe in einer Größe von mehr als 27 Morgen ging um mehr als zwei Drittel zurück. Dem sich in Familien- und Dorfzusammenhängen bildenden Normengefüge und Gerechtigkeitssinn folgend, teilten sie nun das enteignete Land in Parzellen auf. Diese Parzellen sowie das Vieh und die Geräte wurden von den Dorfgemeinschaften gemeinsam genutzt oder an die Höfe der einzelnen Familien verteilt. "Die Zuteilung der Bodenanteile an die einzelnen Höfe richtete sich nach der Zahl der Esser oder der Arbeitskräfte, wie es den örtlichen Gepflogenheiten gerade entsprach, und häufig folgte der Aufteilung des Gutslandes eine Neuverteilung des obscina-Landes auf dem Fuß. Allgemein und unübersehbar war jedoch die Nivellierung der Besitzverhältnisse innerhalb der obscina: Die großen Höfe verschwanden, und viele landlose Wirtschaften bekamen Boden" (Altrichter S. 35). Die Mittelbauernfamilien waren nach den Enteignungs- und Nivellierungsprozessen auf den Dörfern die Majorität in den Dorfgemeinschaften. Außer zur Deckung des Bedarfs der Großfamilien produzierten sie auch für den Markt, um selbst Produkte von Handwerks- und Industriebetrieben aus der Stadt erwerben zu können. Die von allen DorfbewohnerInnen gemeinsam auf ihren Dorfversammlungen getroffenen Entscheidungen erschienen ihnen klüger und gerechter als die Anweisungen der von den Bolschewiki eingesetzten Dorfsowjets, Parteifunktionäre und Gutsverwalter, die als die roten Barone begriffen wurden. Die Dorfgemeinschaften waren die soziale Macht in den Dörfern, undurchdringbar für den Staat, und sozialer Rückhalt, wenn es z.B. um die Höhe der Aufkaufpreise von landwirtschaftlichen Produkten ging.

Während des militärischen Angriffs von außen auf die SU und dem Bürgerkrieg im Inneren setzte sich bei den Bolschewisten die Meinung durch, daß nur Disziplin, Ordnung und straffe Führung ihr politisches und militärisches Überleben sichern könne (Kriegskommunismus). Entsprechend sah die Politik gegen die Dorfgemeinschaften aus. Der Getreidehandel fiel von nun an unter ein Staatsmonopol und die neugegründeten Versorgungskomitees setzten den 'gerechten Getreidepreisen' der Dorfversammlungen staatliche Fest-

preise entgegen. Um die Einheit der Dorfgemeinschaft beim Aushandeln eines ihren Vorstellungen nach gerechten Preises gegenüber den staatlichen Aufkäufern zu spalten, waren im Juni 1918 die Komitees der Dorfarmen gegründet worden. Es war der Versuch, im Dorf einen Verbündeten zu finden. Sie sollten Getreide für den Staat bei 'reicheren Bauern' beschlagnahmen und dafür selbst einen Teil davon zu günstigen Bedingungen behalten. Nach Aussagen von Parteikomitees scheiterte dieser Versuch: Die Armen und die 'Kulaken' hielten meist zusammen oder die Dorfarmen verteilten das bei den größeren Bauernfamilien beschlagnahmte Getreide unter sich. Daraufhin verschärfte die Regierung Anfang 1919 die Getreidebeschaffung durch ein staatliches Preismonopol und Zwangsablieferungen, ohne Rücksicht auf Eigenbedarf der bäuerlichen Familie. 1918 wurden ihnen noch Industriewaren im Tausch als Preis versprochen, selten geliefert: Ab 1920 wurden die Zwangsabgaben auf alle landwirtschaftlichen Produkte ausgedehnt im Austausch gegen wertlose Kreditbillets. Die Versorgungskomitees wurden gehaßt, Kommunisten verprügelt und der geschlossene Widerstand der Dorfbevölkerung gegen die bewaffneten Brigaden zur Getreiderequirierung konnte von diesen oft genug nur mit Maschinengewehren gebrochen werden.

Auch nach dem Ende des Bürgerkrieges hielt die KPdSU die Zwangsmaßnahmen des Kriegskommunismus gegen die bäuerliche Bevölkerung aufrecht. Dadurch daß die bewaffneten Brigaden der Versorgungskomitees nicht nur die Notvorräte an Lebensmitteln, sondern oft genug auch das Saatgut beschlagnahmt hatten, verhungerten im Winter 1920/21 ca. 5 Mio. Menschen der ländlichen Bevölkerung. Erst der völlige Zusammenbruch der Wirtschaft in Verbindung mit bewaffneten Bauernaufständen und Streiks der städtischen Arbeiterinnen und Arbeiter führte 1921 zu einem politischen Kurswechsel der KPdSU. Bei hohen Verlusten war der erste, vorrangig repressiv militärische Angriff der Bolschewiki auf die soziale Organisierung der Bäuerinnen und Bauern von diesen zurückgeschlagen worden. Der Staat war weiterhin mit der sozialen Macht der obscina konfrontiert.

Auch der von den Bolschewiki bis 1921 propagierten und protegierten Bildung von Kollektivwirtschaften kam nur ein verschwindend geringer Teil der ländlichen Bevölkerung nach. 1921 wurden ca. 1,5% des nutzbaren Bodens kollektiv bewirtschaftet; in der NEP ab 1921 wurden diese Kollektive auch von der bolschewistischen Partei

wieder fallengelassen. Auch sie waren von den sie betreibenden Familien für die eigene Subsistenz und nicht primär für die Erwirtschaftung von Überschüssen genutzt worden. Bis zur ihrer gewaltsamen Auflösung ab 1929/1930 in der Zwangs"kollektivierung" drückte sich das den Dorfversammlungen zugrundeliegende Verständnis von Gerechtigkeit in der Bemessungsgrundlage der Größe des Bauernhofes, der Zahl der Esser, der Größe der Familie und der Anzahl der Arbeitskräfte in der Zuteilung von Parzellen an die einzelnen Familien aus.

"Wir sind in einem strategischen Rückzug begriffen, der es uns erlauben wird, demnächst wieder in breiter Front vorzugehen" (Lenin).

Die Neue Ökonomische Politik 1921-1927

Während des Kronstädter Aufstandes, also zu einer Zeit, als landesweit Bäuerinnen- und Bauernaufstände sowie Streiks in den Fabriken die Macht der KPdSU erschütterten, beschlossen die Bolschewiki im März 1921, die blutigen Zwangsrequirierungen durch die Eintreibung einer Naturalsteuer von den Bauernfamilien zu ersetzen. Zwar blieb der Großhandel weiter in der Kontrolle der staatlichen Aufkaufstellen, doch wurde den Bauernfamilien ein kleiner Warenverkehr, ein Austausch ihrer "Überschüsse" erlaubt. Die Bauernfamilien machten von den Möglichkeiten Gebrauch, beschränkten sich allerdings nicht auf den lokalen Markt, sondern setzten sich vollständig über den staatlichen Apparat hinweg, der ihnen nach wie vor keine befriedigenden Gegenleistungen zu bieten hatte. Der Regierung blieb nichts weiter übrig, als weitere Rückzüge anzutreten und die Wirtschaft - bis auf einige Kommandohöhen, wie man es nannte - wieder zu privatisieren (Journal Geschichte 4/89). Während nun in den 20er Jahren die Mittelbauern sich als primär für die Subsistenz der eigenen Großfamilie wirtschaftende Schicht im Dorf reetablierten, bevorzugten die Bolschewiki mit ihrer Naturalbesteuerung die Herausbildung von größeren Höfen. In der Resolution des Parteitages vom März 1921 heißt es u.a.: "Fleißige Bauern, die die Anbaufläche in ihren Wirtschaften erweitern, wie auch welche, die die Produktivität der Wirtschaften insgesamt erhöhen, erhalten Vergünstigungen in Bezug auf die Entrichtung der Naturalsteuer, entweder in Form einer Senkung des Steuersatzes oder in Form

einer teilweisen Befreiung von den Steuern"(Lorenz, Sozialgeschichte SU, S. 330). Über eigene Versorgung und die Versorgung von anderen DorfbewohnerInnen hinaus waren die "fleißigen" Bauern neben einigen Staatsgütern diejenigen, die dem Staat Agrarprodukte für den Export lieferten. Doch die für die bäuerliche Bevölkerung ungünstige Preisschere zwischen dem, was sie für ihre Produkte von staatlichen Handelsgenossenschaften erhielten und dem, was sie für Industrieprodukte bezahlen sollten, hielt ihr Interesse am Verkauf begrenzt. Da im Laufe der 20er Jahre auch in den Städten der Konsumbedarf beispielsweise von Brot gestiegen war, ließen sich die Quoten für den Getreideexport nicht erhöhen, um so den Aufbau von Industrie und Bürokratie zu finanzieren. Die Exporte von Agrarerzeugnissen waren seit der Bauernrevolution stark zurückgegangen, doch war die SU auch in den 20er Jahren ein Lieferant von Getreide auf dem Weltmarkt. Trotz der Spaltungsversuche durch die fiskalischen/ökonomischen Vergünstigungen der für die Vermarktung produzierenden Wirtschaften konnten die Dorfgemeinschaften in den Jahren der NEP ihre Funktion als sozialer Zusammenhang gegen die Bolschewiki stärken. (1927 waren weit über 90% der landwirtschaftlichen Nutzfläche unter der Kontrolle von Dorfgemeinschaften.) Das Produktionsniveau in der Parzellenwirtschaft war allgemein sehr niedrig, im Ackerbau wurde nur ca. das fünffache der Aussaat erwirtschaftet. "Moderne" Anbaumethoden hätten teure technische Geräte und Kunstdünger vorausgesetzt und das wiederum die Aufgabe der als gerecht empfundenen Parzellenwirtschaft; das hätte Geldwirtschaft in den Dörfern vorausgesetzt, wo das Erwirtschaften von größeren Überschüssen sozial nicht angesehen war und entsprechend Tauschwirtschaft mit Naturalien betrieben wurde. Bei der Vermarktung orientierten sich die mittelgroßen Höfe an den größeren, die ihre Produkte zurückhielten, bis die Preise stiegen. Trotzdem lagen diese Preise meist unter den kompletten Produktionskosten. (Um die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen möglichst gerecht innerhalb der Gemeinde verteilen zu können, wurden sie weiterhin in Parzellen bewirtschaftet). Neugründung von Familien führte zur Neugründung von Wirtschaften mit eigenen Parzellen. So nahm auch die weitere Aufteilung in Parzellen zu. "Diese Wirtschaften, deren Gesamtzahl sich von ca. 21 Mio. 1916 auf 25 Mio. 1925 erhöht hatte, bestimmte das Bild der sowjetischen Landwirtschaft. Diese Zerstückelung ist ihrer sozialen Bedeutung nach das wichtigste Faktum im Leben jeder einzelnen bäuerlichen

Wirtschaft" (Zeitgenössische agrarsoziologische Untersuchung von 1928). "Manchmal wurde die Neuverteilung - ebenso wie im Kriegskommunismus - auch als Kampfmaßnahme gegen die wiedererstarkende bäuerliche Oberschicht genutzt" (Lorenz, S. 132). "Versuche der Bolschewiki, moderne Produktionsmethoden, Düngung, Schädlingsbekämpfung, Fortschritte der Hygiene und Medizin im Dorf bekannt zu machen, wurden meistens mit großem Mißtrauen beobachtet. Hier wird ein Grundproblem bolschewistischer Agrarpolitik deutlich, das sich durch die gesamte Geschichte der SU durchzieht. Trotz einiger Ansätze versuchte man nicht, aus der Lebensweise und Vorstellungwelt der Bauern heraus eine Politik zu entwickeln, sondern verfiel immer wieder auf die Methode, den Bauern etwas, das ihnen fremd war, aufzwingen zu wollen. Schnell war man bei der Hand, nichterfüllte Erwartungen der Böswilligkeit von Klassengegnern im Dorf zuzuschreiben. Anlässe dazu bildeten vor allem die in den 20er Jahren auftretenden Engpässe bei der Getreideversorgung. Die entscheidende Ursache dafür lag hingegen bei den nach wie vor unzureichenden Austauschbedingungen für Stadt und Land: Die Bauern erhielten für ihr Angebot nicht das, was sie sich wünschten. Hinzu traten eine unangemessene Preispolitik, organisatorische Mängel und natürlich auch die klimatisch-geographischen Verhältnisse, die starke Ernteschwankungen hervorriefen" (Journal Geschichte 4/89).

Die Zwangskollektivierung

Im Spätherbst '27 gerieten der staatliche Aufkauf von Getreide und damit die Exportpläne ins Stocken, da die Planungsorgane in Überschätzung der Ernteergebnisse die Aufkaufpreise zu niedrig angesetzt hatten. Wer Getreidevorräte nicht ablieferte, wurde ab jetzt zu Freiheitsstrafen bei Konfiszierung seines Besitzes verurteilt. Parteifunktionäre, parteiloyale städtische Arbeiter, GPU und Staatsanwaltschaft wurden zur Durchsuchung von Scheunen aufs Land geschickt. 1928 vernichteten Frosteinbrüche einen erheblichen Teil der Herbstaussaat, und um Winterschäden zu beheben, fehlten infolge der staatlichen Zwangsmaßnahmen die Vorräte an Saatgut. Entsprechend der unsicheren Versorgungslage durch die staatlichen Organe versorgten sich die landlosen städtischen VerbraucherInnen wieder selbst im Tauschhandel und damit außerhalb

staatlicher Kontrolle bei den bäuerlichen Erzeugern in den Dörfern. Die Reaktion des Staates war die Verschärfung der Zwangsmaßnahmen und weitere Getreidekonfiszierungen. Hierauf antworteten die Bauernfamilien mit militanten Abwehrkämpfen: Dorfaktivisten und Parteifunktionäre wurden vertrieben oder erschlagen, es kam zu lokalen und regionalen Unruhen und Aufständen. Im Frühjahr 1929 forderte die bolschewistische Partei erneut die Herausgabe der letzten Sicherheitsreserven und heizte damit den Konflikt weiter an. Mit der Einführung von festen Ablieferverpflichtungen 1929 für jedes Dorf wurde auch per Gesetz das Getreiderequisitionssystem des Kriegskommunismus von 1918 bis 1921 wieder eingeführt.

Ab 1929 nahm die Regierung den Dorfversammlungen und den Kollektiven ihre Selbständigkeit, indem sie unter dem Schlagwort "Kollektivierung der Landwirtschaft" das bisher von den Dorfversammlungen verwaltete Land unter staatliche Verwaltung stellte. Kleine und mittelgroße Bauernfamilien wurden unter Anwendung von Versprechungen, Drohungen und Gewalt in die Zwangskollektive gedrängt, ihr Besitz ging nun in den unteilbaren Kolchosfond ein, was ihren Wiederaustritt verunmöglichte. Die notwendige Ausstattung der Kolchosen mit Zugvieh, Geräten und Land wurde über die Enteignung von Kulaken besorgt. Kulak war Ende der 20er Jahre nach Definition der Bolschewisten jede Familie, die sich der Ablieferung aller Getreidevorräte inklusive des Saatgutes an den Staat widersetzte. Das Tempo der Kollektivierung läßt erahnen, welch gewaltsame Zustände geherrscht haben müssen. Als Beispiel der Verwaltungsbezirk Twer: Am 1.10.1929 waren knapp 2% des Bodens "kollektiviert". Mitte Februar 1930 waren fast 70 % erreicht. Kollektivierungskolonnen, sogenannte Stoßbrigaden, bestehend aus Geheimpolizei, Milizen und bolschewistischen Arbeitern aus den Städten, zogen über die Dörfer und trieben die Zwangskollektivierung gnadenlos voran.

Die Grundzüge für die innere Organisation der nun formell industrialisierten Landwirtschaft wurden 1930 in einem ersten Musterstatut für Kolchosen festgelegt. In ihm wird die Arbeitsorganisation an in der Industrie übliche Muster angeglichen. Den Produktionsbrigaden mit ihrem vom Kolchosvorsitzenden ernannten Brigadeleiter wurden Arbeiten nach Plan zugewiesen, sie abzulehnen war bei Strafe verboten. Nach Normenkatalogen wurden erbrachte Leistungen in Arbeitsbücher eingetragen. Mit der "Sozialisierung des Bodens" und des landwirtschaftlichen Outputs war den Land-



Zwangsabstimmung für die Kolchose

gemeinden und den Dorfversammlungen ihre Funktion geraubt worden. Die Wälder, Teiche, Seen, Grundstücke und Gebäude, die Dorfmühlen und Molkereien, Bade- und Lesehäuser, der Dorfstier sowie Maschinen und Geräte gingen aus Gemeindebesitz unter Verwaltung der Dorfversammlung über in den Besitz der Kolchosen mit ihren von der bolschewistischen Partei eingesetzten Vorsitzenden.

Die hier verkürzt beschriebene Entwicklung erlaubt schon, von bolschewistischer Konterrevolution gegen die sozialen Strukturen der Bauernfamilien zu reden. Der Bruch zwischen Dorfbevölkerung mit ihren sozialen Organisationsformen und den Bolschewisten mit dem größeren Gewaltpotential zur Durchsetzung von Sozialismus als zentraler Planwirtschaft war erneut zementiert.

Die Zwangskollektivierung hat ihr von der KPdSU propagiertes Ziel der Erhöhung des landwirtschaftlichen Outputs jedoch nicht erreicht. Die Einführung von sozialistischer Verwaltung, Arbeitsnormen und Arbeitsorganisation, die Angleichung zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Produktionsweise stürzten das Land in eine Krise, die tiefer war als die, welche überwunden werden sollte. Im Winter 1932/33 verhungerten mindestens 5 Mio. Menschen. Andere Quellen reden von 20 Mio. Toten in diesem Zeitabschnitt; Zahlen, die die Toten durch Erschießungen bei Getreiderequisitionen und aus den Kämpfen der Bauernguerillas gegen die bolschewistischen Milizen und die GPU mit beinhalten. Der Rückgang des Output aus der Landwirtschaft kann mit der sinkenden Arbeitsleistung auf den verstaatlichten Feldern erklärt werden. Nichtsdestotrotz exportierte das Regime im Hungerwinter 1932/33 Getreide (hauptsächlich nach Deutschland), indem die Lebensmittelversorgung der Roten Armee und der städtischen Bevölkerung weiter gekürzt wurde. Die Leistungszurückhaltung bildete zusammen mit Aktivitäten von Bauernguerillas den Hintergrund dafür, daß die propagierten Ziele der Zwangskollektivierung nicht erreicht wurden. Eine vollständige Proletarisierung der Bauernfamilien konnte nicht durchgesetzt werden. Schon in der zweiten überarbeiteten Fassung des Musterstatuts für Kolchosen 1930 tauchte der Hof, der noch im ersten Statut vollständig in der Kolchose aufgelöst war, als Wohneinheit mit einem kleinen Stück Land für die jeweilige Familie wieder auf. Auch geringes Inventar und begrenzte Viehhaltung mußten wieder zugestanden werden. Angelehnt an das Normengefüge und das Gerechtigkeitsempfinden mußten die roten Barone die

Größe des Hoflandes und die Menge des Viehhaltung nach der Anzahl der auf dem jeweiligen Hof lebenden Anzahl an Arbeitskräften bemessen.

In der Zwangskollektivierung wurden die kollektiven Strukturen der bäuerlichen Bevölkerung, die Dorfgemeinschaften und Dorfversammlungen angegriffen. Indem ihren Institutionen im Laufe der Kollektivierung die materielle Grundlage geraubt wurde, wurde ihre Verhandlungsposition gegen die Preisfestsetzung der staatlichen Aufkaufstellen geschwächt. Die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte konnten so, letztendlich bis heute, extrem niedrig gehalten werden. Die Bolschewiki konnten die Bauernguerillas militärisch besiegen; aber sie konnten die Clanstrukturen als soziale/politische Realität nicht vernichten. Nach dem militärischen Sieg über die Bauernguerillas mußten die Bolschewiki männliche Führer der Clans teilhaben lassen an den bolschewistischen Machtstrukturen: vom Vorarbeiter/Mechanisator bis hin zu Posten in Partei und Verwaltung auf regionaler und Republikebene. Damit wurde die Hierarchisierung, die patriarchale Arbeitsteilung verändert, verschärft und neu festgeschrieben. Das patriarchale Gewaltverhältnis wurde von Männern der Familienstrukturen und den Bolschewiki gemeinsam transformiert in die sexistische Arbeitsteilung des Realen Sozialismus. Die Frauen wurden durch die zwangsweise Einbeziehung in die Lohnarbeit, zusätzlich zu der gänzlich unbezahlten Arbeit auf dem Kolchoshof der Familie, zum Bodensatz der realsozialistischen Akkumulation degradiert. Zum Beispiel konnte erst jetzt die Feldarbeit für Frauen in Mittelasien durchgesetzt werden. Im Rahmen der bis dahin "traditionellen" patriarchalen Arbeitsteilung hatten Frauen "ausschließlich" in Haushalt und Familie gearbeitet (siehe hierzu Osteuropa Info, Frauen). Jedoch blieb den Mitgliedern der Kolchosen und Sowchosen die Möglichkeit zur Leistungszurückhaltung erhalten, indem ihnen das eigene Hofland als Ernährungsbasis und Rückzugsort weiter zur Verfügung stand. "Was er für seine Arbeit im Kollektiv erhielt, reichte bei weitem nicht fürs Überleben. Auch in den 40er und 50er Jahren änderte sich daran nichts. Noch 1958/59 bezog die Familie des Kolchosbauern, was sie an Lebensmitteln brauchte, vornehmlich aus dem Hofland, bei Gemüse 95%, bei Kartoffeln 93%, bei Milch 98%, bei Eiern und Fleisch 100% des Bedarfs" (Altrichter, siehe auch Wädekin u.a.).

Funktionen der Dorfversammlungen wurden teilweise von Kolchosvollversammlungen übernommen. Die bis heute bestehenden Möglichkeiten der Einflußnahme von Vollversammlungen auf die Entscheidungen der Kolchosleitung sind regional sehr unterschiedlich. Trotz Millionen Toten in einigen Regionen der SU blieb die Subsistenzproduktion bis heute in ihrer Doppelfunktion, eben auch als Faustpfand im sozialen Antagonismus, erhalten und blieb schwer zu durchdringen für staatliche Interventionen. Die Kolchosen wurden neben ihrer Funktion als betriebswirtschaftliche Organisationsformen zur Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion und Steigerung der Arbeitsproduktivität der Kolchosniki als politischer Verband der Landbevölkerung einer Region für kollektive Verhandlungen gegen das Regime genutzt.

Exkurs:

Widerstandsformen gegen die Zwangskollektivierung

(Interpretierende Zusammenfassung aus dem Buch von Stefan Merle, Bauern unter Stalin, Berlin 1990)

Die revolutionären Prozesse hatten 1917 zur spontanen Aufteilung des Gutslandes geführt, so daß die "Obscina" in den 20er Jahren über ca. 95% der agrarischen Nutzfläche verfügte. Alle Ansätze der Stolypinschen Reformen von 1906 waren rückgängig gemacht worden. Die Landzuteilung richtete sich in der Hauptsache nach der Kopfzahl der Familien, so daß bis dahin Landlose Boden erhielten und die größeren Bauern Land abgeben mußten, was zur tendenziellen Angleichung der dörflichen Sozialstruktur führte. (Nur wenige Betriebe verfügten über mehr als 16 ha Aussaatfläche, bei extensiver Wirtschaftsweise.) Die Differenzierung innerhalb des Dorfes erfolgte nur noch an Hand der unterschiedlichen Verfügung über die technische Ausstattung an Produktionsmitteln, z.B. Zugpferd, Pflug und dergleichen.

Die Landzuteilung hatte zu einer erhöhten Anzahl bäuerlicher Wirtschaften/ Familienzusammenhänge geführt und wirkte sich direkt positiv auf das schnelle Wachstum der Dorfbevölkerung aus. Moderne Sozialökonomen errechnen, daß 15% der Dorfbevölkerung, also 9 Mio. Menschen "überschüssig" waren. Die "geringe Nutzung" der Arbeitskräfte, die "verdeckte Arbeitslosigkeit", wie sie sich ausdrücken, stand einer Produktivitätssteigerung ebenfalls im Weg.

Diese tendenziell egalitären Strukturen im Dorf erhalten sich auch weitgehend in der Zeit der NEP. Zwar entsprach die Leistungsfähigkeit der kleinen bäuerlichen Wirtschaften derjenigen der Vorkriegszeit, jedoch verblieben kaum Getreideüberschüsse für den Markt respektive Export. Steigender Eigenkonsum (Bevölkerungswachstum im Dorf), Erhöhung des Viehbestandes (Verzehr von Futtergetreide) und die Nichtwiederherstellung brachliegender Flächen im Wolgagebiet begrenzten die marktfähige Überschußproduktion.

Über das staatliche Beschaffungsmonopol, die Landwirtschaftssteuer (Selbstbesteuerung), die Preisfestsetzung für Agrar- und Industriewaren, die Zuteilung von Landmaschinen, Kontrolle über Saatgutlieferung, -qualität und -zuteilung sowie über die Kreditvergabe versucht nun das bolschewistische Regime zum einen den Werttransfer aus dem Dorf zu sichern und zu vergrößern, zum andern die tendenziell egalitären Strukturen aufzulösen und eine agrartechnische Modernisierung durchzusetzen. Durch erheblichen Preisdruck (die Erzeugerpreise lagen unter den Selbstkosten der Bauern, während sie für Industriewaren deutlich überhöhte Preise zahlen mußten) und die Verschlechterung der terms of trade sollte der Werttransfer aus der bäuerlichen Wirtschaft in die Industrialisierung/ Modernisierung gewährleistet werden. Die Bauern reagierten darauf mit dem Anbau von Erzeugnissen, auf die noch kein staatliches Preismonopol bestand, erweiterten die Viehhaltung (flexiblere Nutzungsmöglichkeit) und entzogen sich, wo es ging, der staatlichen Kontrolle.

Das führte ab 1927 zu immensen Schwierigkeiten der Bolschewiki bei der Getreidebeschaffung, die dann mit Zwangsmaßnahmen gegen die Bauern durchgesetzt werden sollte.

Als eine Vorstufe zur Zwangskollektivierung ist der Vertragsanbau ab 1928 zu betrachten, bei dem die Kontrolle über die Größe der Anbaufläche, Saatgut, Anbaumethoden usw. direkt beim staatlichen Beschaffungsmonopol liegen sollte. Es war der Versuch, den Ablieferungsdruck auf die Bauern zu verstärken und moderne agrikulturelle Anbaumethoden durchzusetzten (allerdings fehlten dazu meist schon die materiellen Voraussetzungen). Auch wenn die Kredite an die Bauern des öfteren als "Kredite der Bauern an den Staat" einbehalten wurden, so gelang es den Bauern doch weithin, die staatlichen Kontrollmaßnahmen zu unterlaufen, indem sie z.B. Flächen mehr-

fach unter Vertrag nahmen, nicht zum festgesetzten Zeitpunkt oder nicht die festgesetzte Menge ablieferten. Insgesamt waren es 12% der Anbaufläche, die unter Vertrag genommen wurden.

Die Zwangsmaßnahmen gegen die Bauern wurden allmählich verschärft. Da die Getreidebeschaffung durch das staatliche Beschaffungsmonopol schlecht verlaufen war, wurde '27/'28 die Mahlsteuer (in Getreide eingezogen) eingeführt. Das sollte zum einen den Werttransfer aus der bäuerlichen Wirtschaft steigern, zum andern die Kontrolle über die geerntete Getreidemenge gewährleisten. Es kam zu häufigen Verstößen gegen die Mahlsteuer, da die Bauern in kleinen Mühlen ihr Korn illegal mahlen ließen. 1929 reagierte der Staat durch massenhafte Verhaftungen von Müllern.

Im Zuge der verschärften Zwangsmaßnahmen bildete sich ab 1928 ein zweiter Getreidemarkt aus, auf dem die Sackträger aus den Zeiten des Kriegskommunismus wieder auftauchten. Das waren Leute aus der Stadt, Selbstversorger oder Kleinsthändler, es sollen teilweise "Spekulanten" gewesen sein, die sackweise bei den Bauern Korn aufkauften und es in die Stadt schafften.

Ab 1928 organisierten die Bolschewiki sog. Rote Fuhren (was nichts anderes war als die Konfiszierung des Getreides) zur gemeinsamen Getreideablieferung. Bauern, die nicht daran teilnahmen, sollte ihr Besitz konfisziert werden. Die Beschaffungserfolge blieben jedoch gering, viele Bauern liessen ihr Getreide lieber ungedroschen liegen, örtliche Organe weigerten sich die Maßnahmen durchzuführen. Das führte zu verschärften Angriffen gegen die "Kulaken". Ab Mai '29 wurde auch das Anlegen von Sicherheitsvorräten durch die Bauern verboten, was als direkter Angriff auf die Existenzfähigkeit der Mehrzahl der bäuerlichen Wirtschaften verstanden werden muß. Dorfaktivisten und Sonderbeauftragte wurden eingesetzt, um die möglicherweise von den Bauern zurückgehaltenen Getreidevorräte aufzustöbern, die betreffenden Bauern wurden "gesellschaftlich boykottiert", z.T. wurde ihnen das Recht auf Bodennutzung entzogen, so wurden im Mittelwolgagebiet bei 17.000 bäuerlichen Wirtschaften Getreide und Besitzgegenstände konfisziert.

Die Bauern leisteten nicht selten erbitterten Widerstand gegen diese Maßnahmen. So waren Morde an Dorfaktivisten und Beauftragten zur Getreidekonfiszierung keine Seltenheit. Im Mittelwolgagebiet kam es im Mai und Juni 1929 zu 60 bis 100 Massenaufständen, die z.T. mehrere Orte gleichzeitig erfaßten und einige Tage andauerten. Daraufhin beschloß am 20.5.29 das Parteikomitee,

"konterrevolutionäre kulakische Elemente" zu enteignen. Wegen terroristischer Akte und der Organisierung von Aufständen wurden 1.500 Personen verhaftet. (1929: 384 Morde, die Täter stammten zu 57% aus der Schicht der Mittelbauern, 31% waren "Kulaken", 9% Bednjaken). Mit zunehmendem Zwang zur Kolochosbildung richteten sich die Angriffe immer stärker auf die Kolchose selbst (Brandstiftungen, Zerstörung von Kolchosebesitz).

Im Zuge der Zwangsmaßnahmen zur Erhöhung der Getreidebeschaffung wurde (zusätzlich zur Landwirtschaftssteuer und der Steuer auf Maschinenbenutzung) die Selbstbesteuerung als zentrale staatliche Kampagne durchgeführt. Lange Zeit ließ sich in vielen Dörfern diese Steuer, die auf zentrale Anweisung in den Dorfversammlungen beschlossen wurde, nicht eintreiben. Die "Kulaken" widersetzten sich, sprengten die Versammlungen, verprügelten oder ermordeten gar die Eintreiber und Dorfaktivisten.

Doch der Druck auf die dörflichen Zusammenhänge verstärkte sich massiv. Die örtlichen Sowjetorgane hatten die Durchsetzung der Beschlüsse oft nicht geschafft, so wurden sie zusehens durch Parteikader und Arbeiterbrigaden aus den Städten ersetzt, die die "gesellschaftliche Kontrolle" durchsetzten sollten. Diese sollte mit Hilfe der Arbeiterbrigaden schon direkt auf dem Acker beginnen. Die Brigaden sollten laut Auftrag auch Maschinen reparieren und bei der Ernte helfen, in der Hauptsache aber hatten sie Überwachungs- und Kontrollaufgaben. Sie waren unter der Devise in die Dörfer geschickt worden, die "zurückbehaltenen" Getreideüberschüsse der Kulaken zu beschaffen, und tatsächlich gelang es ihnen zum Teil sogar, die Beschaffungspläne zu übererfüllen. (Die Folge war unter anderem die Liquidierung der bäuerlichen Sicherheitsvorräte, was sich während der Hungersnot Anfang der 30er Jahre an den Bauern bitter rächte, sowie ein Mangel an Futtergetreide mit nachfolgender Verringerung der Viehbestände). Auf die Einführung der Maschinensteuer für die Benutzung staatlicher Maschinen (meist Dreschmaschinen), die den Werttransfer aus dem Dorf nochmals steigern sollte, reagierten die Bauern mit Rückzug auf primitivere Verarbeitungsmethoden, ließen das Korn ungedroschen liegen und weigerten sich weithin, die Dreschmaschinen zu benutzen. "Die Macht fährt das Getreide ab und gibt dem Volk eine Hungernorm" (Isvestija v. 30.10.29 in S. Merl). Ein Satz, in dem sich das Verhältnis "des Dorfes" zu den Bolschewiki anschaulich ausdrückt. Konnten die Bauern die Ablieferungspflichten nicht erfüllen, so wurde ihr Besitz

konfisziert, wurden sie aus der Dorfgemeinschaft "verbannt" oder ins Gefängnis geworfen. Als dann die Repressionsmaßnahmen auch gegen Mittelbauern und Bednjaken angewandt wurden, waren die Gefängnisse in kurzer Zeit überfüllt und die Anordnung mußte wieder zurückgenommen werden. Der zunehmende Druck auf die bäuerlichen Zusammenhänge im Laufe der Jahre 1927/28/29 führte schließlich zur Reduzierung der "Kulaken"wirtschaften (v.a. in den Getreideüberschußgebieten), wobei die statistisch festgesetzte Gesamtzahl der Kulakenwirtschaften bei 3% der bäuerlichen Wirtschaften lag, die bis Anfang 1930 vollständig enteignet waren. Viele hatten einen Teil ihres Besitzes schon verkauft, um als Mittelbauern zu gelten und in die Kolchose aufgenommen zu werden (sog. Flucht in die Kolchose).

Die Bauern, vor allem die Bäuerinnen, widersetzten sich.

Bab i Bunty: das ist die Bezeichnung, mit dem viele Aufstände im Winter 1929/30 belegt wurden, Weiberaufruhr. Schon im Frühjahr 1928 war es zu spontanen Zusammenrottungen von Frauen gekommen, die den verstärkten Abzug von Getreide aus dem Dorf als erste zu spüren bekommen hatten. Sie beließen es nicht beim Protest, sondern plünderten öffentliche Getreidelager und griffen mit Sensen, Sicheln und Mistgabeln die Vertreter der Staatsmacht - Landeinrichter, Dorfsowjets und andere Beauftragte - massiv an. Die Partei versuchte, die Frauen einzubinden, indem sie Anweisung erließ, es solle bei den Wahlen zum Dorfsowjet besonders auf die Beteiligung von Frauen geachtet werden und es sollten Frauen in den Dorfsowjet gewählt werden. Sehr erfolgreich scheint diese Kampagne nicht gewesen zu sein: "Am 2.9 (1929) fand im Dorf Ljalici, Klincover Okrug, ein offener Überfall von einem Haufen von 200 Personen auf Kolchosmitglieder, die zu den Feldarbeiten gingen, statt. Der Überfall bestand im Verjagen der Kolchosmitglieder vom Feld, in der Vernichtung und dem Verderben ihres Inventars, ihrer Kleidung etc. Die Leiter des Kolchos wurden verfolgt, konnten sich aber durch Flucht entziehen. Die bei weitem überwiegende Mehrheit waren Frauen, die mit Pfählen, Mistgabeln, Spaten, Äxten etc. bewaffnet waren. "Sie zerstörten u.a. 12 Pflüge und richteten einen Gesamtschaden von 464 Rubel an. Zwei Kolchosfrauen wurden verprügelt, einem Pferd ein Auge ausgestochen. Der Aufruhr wurde von einer Frau aus dem Dorfsowjet angeführt" (Smolensker Parteiarchiv in S. Merl).

Frauen verteidigten die traditionellen Werte der dörflichen Zusammenhänge am nachhaltigsten. Dem Parteikomitee des Westoblast wurde von einem Frauenaufruhr berichtet, der sich am Abhängen von Kirchenglocken und der Schließung der Kirche entzündet hatte. 200 Frauen stürmten zusammen und verteidigten mit Stöcken und Steinen die Kirche, nachdem sie Sturm geläutet hatten. Die Kommission mußte fliehen. Am 28.7.1929 wurde ein Landeinrichter von 30 Frauen bei der Arbeit überfallen und verprügelt. Die Partei denunzierte den Widerstand der Frauen, indem sie verbreiten ließ, die Frauen seien von einem wohlhabenden Bauern angestachelt worden. Die Staatsorgane wurden von den Frauen des öfteren in die Flucht geschlagen, so daß jene sich gezwungen sahen, besondere Pläne zur Agitationsarbeit unter den Frauen zu erstellen, an der alle gesellschaftlichen Gruppen beteiligt werden sollten. Viele Frauen hatten sich geweigert, in die Kolchosen einzutreten, ja drohten ihren Männern im Falle ihres Eintritts mit Scheidung oder gar Selbstmord. (In Sibirien emigrierten in einzelnen Rajonen 1929 bis zu 50% der Bevölkerung, es kam in einzelnen Fällen zum Selbstmord von ganzen Familien). "Nach Plänen der Kolchossektion sollten bei der Landeinrichtung im Dorf Ozerk, Ukraine zwei Kolchosen gegründet werden. Doch die Bauern hatten noch nie etwas von Kolchosen gehört und weigerten sich einzutreten. Schließlich gelang es, 15 Bednjaken zu überzeugen, aber ausschließlich Männer. Ihre Frauen weigerten sich und drohten beim Eintritt ihrer Männer mit Selbstmord. Es wurde ein Besuch in anderen Kolchosen vorgeschlagen, wo sie von Maschinen und Traktoren sehr beeindruckt waren und schließlich in den Eintritt einwilligten. Die Bednota forderte Massenexkursionen von Frauen in Kolchosen zu organisieren. Nur der eigene Eindruck vom Leben der Frauen im Kolchos könne die Kulakenagitation widerlegen. Einen nachhaltig positiven Eindruck scheinen die Frauen allerdings nicht gehabt zu haben, denn schon Ende Februar 1930 begann eine Massenbewegung der Frauen in allen Rajonen des Suchinicer Okrgugs für den Austritt aus den Kolchosen. Hunderte von Austrittsgesuchen gingen ein, wurden aber aufgrund einer Direktive der Kolchose nicht bearbeitet. Die Frauen reagierten darauf mit fortgesetzten Demonstrationen vor dem Bezirksexekutivkomitee. Darüberhinaus gab es tätliche Angriffe. Ein Dorfsowjet wurde aus dem Fenster geworfen, andere von den Frauen in Scheunen eingesperrt. In einem Fall verhinderten 400 Frauen die Abnahme von Kirchenglocken und verprügelten

Komsomolzen und Mitglieder des Dorfsowjets. Der Widerstand richtete sich häufig gegen die örtlichen Versammlungen, in denen die vorgelegten Resolutionen der Beauftragten üblicherweise angenommen wurden; indem die Luft verpestet wurde (Jauche), Kinder mit irgendeiner Schreckensnachricht in den Saal geschickt wurden, durch plötzliches Anstimmen des Gesangs "Christus ist auferstanden", Aufschreien und dergleichen. "Wegen Sabotage und Rowdytums auf Versammlungen zog man Anfang 1930 im Westoblast vor allem Mittelbauern und Bednjaken zur Rechenschaft. Unter den Störern überwogen Frauen. Die Männer, die nicht in die Kolchose eintreten wollten, verhielten sich dagegen meistens passiv oder blieben den Versammlungen fern." Z.B. waren unter den Verurteilten zwischen dem 1. und 10.3.1930 nur 10,8% Wohlhabende oder Kulaken, aber 73,5% Mittelbauern. Zwischen dem 10. und 20.3. 1930 waren es 23 Bednjaken, 80 Mittelbauern und nur 6 Kulaken.

Nur für einige Gebiete liegen Angaben über den Umfang der Massenaufstände vor. Sie waren in den Getreideüberschußgebieten am weitesten verbreitet. Im mittleren Wolgagebiet wurden 1929 196 Aufstände registriert, zwischen Januar und April 1930 waren es 319 und im Mai und Juni 1930 266. Von einzelnen Aufständen wurden ganze Regionen ergriffen, wobei es auch zu Erschießungen von Komsomolzen kam, zur Besetzung von Milizstationen und zur Befreiung von Gefangenen. "Am 10.2.1930 kam es in Ekaterinov/ Nordkaukasus zu einem bewaffneten Aufstand im Zusammenhang mit der Expropriation von nicht kulakischen Wirtschaften. In den folgenden Tagen griff er auf die Nachbargemeinden über. 2.000 Personen, darunter rote Partisanen, Mitglieder der Partei und des Komsomol, forderten die Freilassung der Verhafteten und die Rückgabe des Besitzes. Als nichts geschah, wurde der Dorfsowjet, die Parteizelle sowie die Lager mit dem konfiszierten Besitz gestürmt. Nach 5 bis 6 Tagen konnte, nach Bewaffnung von Parteimitgliedern und mit Hilfe der Roten Armee, der Aufstand niedergeschlagen werden" (S. Merl). Die bäuerlichen Zusammenhänge widersetzten sich auf allen nur denkbaren Ebenen den Zwangsbeschaffungsmaßnahmen und dem Druck, in den Kolchos einzutreten. Selbst als sie keine Chance mehr sahen, dem zwangsweisen Eintritt in die Kolchose zu entgehen, schöpften sie im Rückzug die noch verbliebenen Möglichkeiten der Gegenwehr aus, indem sie z.B. ihr Vieh vor dem Eintritt in den Kolchos (oder der Ausweitung der Ablieferungspflichten) heimlich schlachteten. So begann im zentralen Schwarzerdegebiet im Juni 1929 eine Massenabschlachtung, bei der über

100.000 Stück Jungvieh getötet wurden. Vor allem in Rajonen durchgängiger Kollektivierung wurde bis Ende 1929 etwa die Hälfte des Viehbestandes "vernichtet". Es kam zu einer dramatischen Verringerung des gesamten Viehbestandes, der in einzelnen Regionen zwischen 12% und 64% lag. Auch in den Kolchosen selbst war der Viehbestand gefährdet. Die meisten Bauern hatten ihre Futtervorräte vor dem Eintritt in den Kolchos verkauft, so daß die Tiere im Kolchos nur unzureichend oder gar nicht gefüttert werden konnten. Darüberhinaus kümmerten sich die Bauern, die nun zu "Kolchosarbeitern" geworden waren, nicht mehr sehr um das "vergesellschaftete" Vieh, das zum Teil im Freien erfror, da keine Ställe vorhanden waren. Ein Großteil der zwischen Juni 1929 und Juli 1930 eingegangenen 4,4 Mio. Pferde dürfte zu Lasten der Kolchose gegangen sein. (Lange Zeit hatten die Bolschewiki die Bauern darüberhinaus im Glauben gelassen, daß Pferde zukünftig sowieso durch Traktoren ersetzt würden, um ihnen die Vorteile der Kolchose schmackhaft zu machen).

Die Bolschewiki hatten die dörflichen Zusammenhänge durch die Kollektivierung des Boden und aller Produktionsmittel zerschlagen wollen. Diese "Vergesellschaftung" bezog sich selbst auf die Haltung von Kleinvieh, von Hühnern usw. Im "Kollektivierungsrausch" hatten die örtlichen Organe den beitretenden Bauern bis hin zu den Wohngebäuden alles abgenommen bzw. abnehmen wollen. Als aber dann die "Weiberaufstände" und Bauernrevolten immer weiter um sich griffen, gelangten sie zur Einsicht, daß die vollständige Beseitigung der "Privatwirtschaft" in den Kolchosen die Herrschaft der Bolschewiki ernsthaft gefährden könnte. So kam es im März 1930 zum Beschluß, die private Nebenwirtschaft innerhalb des Kolchossystems zuzulassen. Somit haben die russischen Bäuerinnen durch ihre Gegenwehr bei der Enteignung der Kuh, als einer Lebensgrundlage der bäuerlichen Zusammenhänge, und durch ihren Aufruhr gegen die Auflösung ihrer traditionellen Beziehungen, deren Werte sie gegen die Modernisierungsoffensiven verteidigten, nachhaltig das Kolchossystem in seiner Mischung aus Privat- und staatlicher Kollektivwirtschaft geprägt. Im Prozeß der Revolution hatte die revolutionäre Vergesellschaftung von unten zur weitgehenden Umverteilung des Bodens nach egalitaristischen Maßstäben (Kopfzahl der Familien) geführt; durch die spezifischen Bedingungen der bäuerlichen Produktion (z.B. suprijaga - gemeinsame Feldbestellung) bestand darüberhinaus ein enger innerer Zusammenhang des Dorfes,

der sich den Rationalisierungs- und Modernisierungsangriffen, dem verschärften Abpressen der Arbeitswerte entgegenstellte und dessen egalitaristische Wertvorstellungen gegen ein zentrales Arbeits- und Verwertungsdiktat sich bis in die Zeit der Perestroika zu halten vermochten.

Warum die Frauen bei diesen Kämpfen an vorderster Front standen und am ehesten dazu bereit waren, ihre Individualwirtschaft, die eigene Kuh, den Vorrat an Lebensmitteln, ihre Religion und ihre Dorfgemeinschaft, ihren gesamten subsistenziellen Zusammenhang, der im Prozeß der Revolution nach weitgehend egalitaristischen Vorstellungen sich vergesellschaftet hatte, zu verteidigen, erklärt sich nicht, wie Merl sagt, daraus, daß sie nicht so sehr von Repressionsmaßnahmen betroffen gewesen wären, sondern hat eher zum Hintergrund, daß der Verlust der Haus- und Familienwirtschaft die Stellung der Frauen völlig entwertet hätte, sie von ihren Lebensmitteln getrennt und sie dem direkten Zugriff des Staates ausgesetzt hätte. Stalin hat versucht, beim Allunionskongreß der Kolchosstoßarbeiter das bedrohliche Verhältnis zu verharmlosen: "gewiß, es hat zwischen der Sowjetmacht und den Kollektivbäuerinnen vor nicht langer Zeit ein kleines Mißverständnis gegeben. Es handelt sich um die Kuh. Jetzt aber ist die Sache mit der Kuh geregelt und das Mißverständnis beseitigt."

Die Situation für die Kolchosniki Ende der 30er Jahre

1. 1939 wurden 2,5 Mio. ha des durch die Zwangskollektivierung enteigneten Landes mehr von den Kolchosnikifamilien im Rahmen ihrer Subsistenzhöfe genutzt, als es nach dem Kolchosmusterstatut legal gewesen wäre.

2. Die arbeitsintensivere Bewirtschaftung und der eßbare Erfolg dieser Arbeit zur Sicherung der Subsistenz waren der Hintergrund dafür, daß eine große Anzahl der Kolchosniki überhaupt nicht mehr zur "gesellschaftlichen", das hieß für sie real unbezahlte Zwangsarbeit auf dem kollektivierten Land der Kolchosen, zur Arbeit erschienen. 1938 waren es 6,6% der Kolchosniki (von 2/3 der sowjetischen Gesamtbevölkerung, die auf dem Land lebten und entsprechend zum allergrößten Teil Mitglieder der Kolchose waren), die nicht eine einzige Arbeitseinheit (trudon) im Laufe des Jahres geleistet hatten. Eine Arbeitseinheit entsprach einem Tagwerk. 15% der Kolchosniki leisteten weniger als 50 Arbeitseinheiten im

selben Jahr, nur 25% kamen (formal) auf über 270 Arbeitseinheiten. 1939 legten die Bolschewisten 60 bis 100 Arbeitseinheiten je nach Region als Arbeitssoll für die Kolchosniki im sozialistischen Teil der Landwirtschaft fest.

3. Schon im 3. Kolchosmusterstatut von 1935, als Reflex auf die Agrarkrise von 1932 bis 1934, mußte den Kolchosniki außer Haus, Hof, Land und Vieh zur Subsistenzsicherung ein Mitspracherecht an den Entscheidungen der Kolchosleitungen auch formal zugestanden werden.

4. Die Auflösung der Parzellenwirtschaft, die Zusammenfassung der Parzellen zu großen Flächen war als Voraussetzung zur Mechanisierung propagiert worden. Die Vorzüge versprochener Traktoren und die Arbeitserleichterung durch diese waren ein Argument, um den Bauern die "Zwangskollektivierung" schmackhaft zu machen. 1938/39 gab es für 240.000 Kolchosen und 4000 Sowchosen zusammen ca. 400.000 Traktoren. Die bloße Anzahl der Trecker sagt noch nicht alles über den Mechanisierungsgrad der Landwirtschaft. Die Anzahl der notwendigen Zubehöreinrichtungen für diese Trecker, die Lieferung und die Lieferzeit von Ersatzteilen und die Versorgung mit Treibstoff sagt mehr aus über den tatsächlichen Mechanisierungsgrad, und um diese Dinge war es wesentlich bescheidener bestellt.

5. Die Entlohnung in Naturalien (Geldlöhne waren in der Landwirtschaft bis auf seltene Ausnahmen nicht üblich) belief sich im Unions- und Jahresdurchschnitt auf ca. 4 Doppelzentner Getreide oder die entsprechende Menge eines anderen Produkts der Kolchose.

6. Das Regime der SU konnte im Zeitraum von 1.1.1940 bis zum 22.6.1941 1,4 Mio. Tonnen Getreide allein nach Deutschland exportieren. 1940 gingen 81,4% der sowjetischen Getreideexporte nach Deutschland, womit die SU ausschließlicher Lieferant von Roggen und Hafer und wichtigster Lieferant von Weizen und Gerste an Deutschland war. Die Schulden, die Deutschland bei diesem Handel an die SU machte, sind auch nach dem Krieg nie vom Sowjetregime eingefordert worden. Die Versorgungslage der SU-Bevölkerung mit Nahrungsmitteln am Vorabend des Krieges war in einem Grade mangelhaft, der bislang noch nicht definiert worden ist.

Als Resumee der ersten Dekade seit der Zwangskollektivierung muß dies bevölkerungspolitisch oder arbeitsmarktpolitisch als Erfolg des Regimes gewertet werden. Bei notdürftiger Ernährungslage der

SU-Gesamtbevölkerung war es gelungen, Millionen Tonnen Getreide für den Export abzupressen, trotz und wegen der Millionen Bauern und Bäuerinnen, die in den ersten Jahren der Zwangskollektivierung verhungert oder erschossen worden waren. Viele Millionen Menschen waren zur Arbeit am Rande bzw. unter dem Existenzminimum in die Arbeitslager verbannt worden. Mehr Familienmitglieder als zuvor waren gezwungen, zur Aufbesserung des Familienbudgets zur Industriearbeit in die Städte zu migrieren. Die Erträge wurden fast ausschließlich mit eigener Muskelkraft bei verschwindend geringem Stand der Mechanisierung, fast gänzlich unbezahlt, von den überlebenden Kolchosniki erarbeitet.

Doch die Widerständigkeit der überlebenden Kolchosniki gegen das bolschewistische Regime war ungebrochen. Das Ausmaß der Arbeitsverweigerung in der sozialistischen Landwirtschaft und die Dimension von illegalen Landbesetzungen von Kolchosniki deuten auf eine nur begrenzte reale Macht des Regimes hin. Angesichts der spartanischen Lebensverhältnisse ließen sich die Kolchosniki offensichtlich weder von Zwangsausschluß vom Kolchos noch von Verbannung und Arbeitslager schrecken.

Der Rationalisierungsangriff auf die Kolchosniki ab 1941

Eine wesentliche Veränderung in der sowjetischen Landwirtschaft während des Krieges gegen Deutschland ergab sich aus dem Mangel an Arbeitskräften. Die meisten Partisanen und Soldaten der Roten Armee kamen aus den Dörfern der SU, entsprechend verringerte sich die Zahl der arbeitsfähigen Männer in der Landwirtschaft. Rentner, Jugendliche und vor allen Dingen Frauen übernahmen die Aufgaben der Eingezogenen. Also genau auch jene Frauen, die bislang mit dafür gesorgt hatten, daß die Arbeitsnormen der Kolchosen nicht eingehalten wurden. Unter den Bedingungen der veränderten sozialen Struktur durch die erzwungene Migration der Männer im Krieg erschien es dem Regime realistisch, den Zwang zur Arbeit primär auf dem Rücken der Frauen zu verschärfen. Im Februar 1942 wurde das Minimum an zu leistenden Tagwerken auf 120 im Jahr hochgesetzt. Gleichzeitig wurde die Bezahlung für geleistete Arbeit weiter gesenkt. Die Menge der Naturalien pro Arbeitseinheit wurde schon 1942 auf ¼ der Vorkriegszeit reduziert. Die offiziellen 800 Gramm Getreide und ca. 300 Gramm Kartoffeln für ein geleistetes Tagwerk wurden jedoch tatsächlich nur selten ausgegeben. “Die durchschnittliche Menge, die pro Kopf und Tag verteilt wurde,

betrug weniger als 200 Gramm Getreide und 100 Gramm Kartoffeln" (Herlemann). Die Herden der Kolchosen wurden ab 1942 durch Zwangsaufkäufe aus den Subsistenzwirtschaften der Kolchosniki aufgestockt. Zudem wurden 1943 die Steuern für diese Subsistenzhöfe erhöht. Zum Verhältnis zwischen Kolchosniki und Partei nach Kriegsende sei noch einmal Herlemann zitiert: "Nach den Worten eines kontrollierenden Funktionärs aus dem Kubangebiet waren die Verhältnisse nicht wesentlich von denen der frühen 30er Jahre verschieden: Teilweise offene Feindschaft gegenüber den kollektiven Reorganisationsversuchen und chaotischen Zuständen in den wiedergegründeten Kolchosen. Die Bauern hintertrieben aktiv das Sammeln von Geräten, Saatgut und Vieh für die Kolchose und blieben der Arbeit fern, wann immer möglich."

Die Bezahlung der Arbeit war nach Kriegsende nach wie vor miserabel. Im Mittel der Jahre von 1947 bis 1950 wurden pro Kopf der ländlichen Bevölkerung ca. ein Doppelzentner Getreide ausgegeben. Obwohl die Bestimmungen über das zu leistende Minimum an Arbeitseinheiten in Kraft blieben, erfüllten 1945 15,4% der Bauern dieses Soll nicht, 1950 waren es 16,8%. Da es sich bei der Mehrzahl der säumigen Kolchosmitglieder um Frauen handelte, die sich um ihre Familie, Haus und Hof kümmerten, waren Ausschlußbestimmungen aus dem Kolchos schwerlich anzuwenden.

Die Landreform unter Chruschtschow

Die wesentlichen Maßnahmen und Veränderungen zwischen 1956 und 1964.

1. Zusammenlegung von zwei oder mehreren Kolchosen zu Mammutkolchosen bzw. deren gleichzeitige Umwandlung in Sowchosen. Vorgeschichte: Da die Sowchosen mit sinkender Rentabilität, das heißt mit steigenden Produktionskosten arbeiteten, die weniger als in Kolchosen zu Lasten der Mitglieder einer Sowchose umgelegt werden konnten, wollten die Bolschewisten unter Stalin die Sowchosen auflösen und in Kolchosen umwandeln. Die Kolchosen mußten mangelnde Rentabilität zuerst selbst ausgleichen, indem sie die Löhne ihrer Mitglieder kürzten oder ganz einstellten.

Das Regime unter Chruschtschow ordnete dagegen die Sowchosen als höher, weiterentwickelt auf dem Weg zum Kommunismus ein, da auf der Sowchose weniger Privatbesitz als "Restbestände bürgerlichen Besitzdenkens" formal erlaubt waren. Jedoch mußte bei der Um-

wandlung von Kolchosen in Sowchosen formalrechtlich die Größe der Subsistenzhöfe erhalten bleiben. Erst die neugegründeten Subsistenzhöfe sollten nur noch mit geringerer Größe und weniger Großvieh erlaubt werden. Ein neuer Subsistenzhof bildete sich in der Regel durch die Heirat der Kolchosniki.

Das Problem der geringeren Rentabilität sollte mit Subventionsstreichungen für unrentable Sowchosen gelöst werden. Die Kolchosen gleichen mangelnde Rentabilität, die sich aus den niedrigen Aufkaufpreisen für ihre Produkte ergibt, selbst aus, indem sie die Löhne ihrer Mitglieder einfach kürzen können. Die Lohnhöhe für die Kolchosniki wird erst am Ende eines Wirtschaftsjahres nach Abzug aller anderen Zahlungsverpflichtungen auf der Grundlage der dann eventuell noch verbliebenen Überschüsse berechnet.

Da also die Zahlen eher gegen die Umwandlung der Kolchosen in Sowchosen sprechen, muß die massive Umwandlung von Kolchosen in Sowchosen unter Chruschtschow als Angriff auf die inneren Strukturen der Kolchosniki interpretiert werden, die sich in den Kolchosen neu herausgebildet sowie aus der Zeit vor der Zwangskollektivierung erhalten hatten. Auf dem Hintergrund des Mehr an Ackerland, Weiden und Vieh, über das die Familien in Kolchosen verfügen konnten, war ihre Rückzugsmöglichkeit vor Leistungshetze größer. Ein Grund, der bei den Kolchosniki selbst für eine Zustimmung zur Umwandlung einer Kolchose in eine Sowchose sprach, war der garantierte Mindestlohn, der in Sowchosen gezahlt wurde. (Hierzu mehr im Abschnitt Löhne).

2. Ebenfalls unter Chruschtschow wurde mit der Aktion zur Neulandgewinnung begonnen. Hauptsächlich jugendliche Arbeitskräfte aus der ganzen SU mußten freiwillig, d.h. unbezahlt, riesige Steppengebiete in Westsibirien und im nördlichen Teil Kasachstans urbar machen, um hauptsächlich Getreide anzubauen. Durch die guten Ernten der ersten Jahre konnten das Gesamtvolumen der Getreideernte kurzfristig gesteigert werden und so die gestiegenen Erwartungen der ländlichen und städtischen Bevölkerung befriedigt werden, jedoch konnten sich die hohen Investitionskosten für den Einsatz von Maschinen, Düngemitteln, Pestiziden, Saatgut und Treibstoff schon nach vier bis fünf Jahren nicht mehr rentieren, weil die sehr dünne Schicht von fruchtbarem Boden in der Steppe schon bald durch chemischen Dünger und Bodenerosion zerstört war. Die in der Neulandgewinnung erschlossenen Gebiete wurden von vornherein im Rahmen von Sowchosen organisiert.

3. Die Summe dessen, was der Staat durch höhere Aufkaufpreise für die Produkte der Sowchosen mehr gezahlt hat als an die Kolchosen, floß nach Plan in Investitionen zur Erhöhung des fixen Kapitals. Soll heißen, daß diese höheren Investitionen auf den Sowchosen in mechanische (Landmaschinen), chemische (Dünger und Pestizide) oder biologische (Neulandgewinnung) Technologien flossen. Die Investitionen waren der Versuch, zu einer höheren Produktivität und zu höheren Nettoerträgen der Sowchosen zu kommen. Entsprechend ist die Arbeit der Kolchosniki auf Sowchosen meist rationalisierter und spezialisierter als auf Kolchosen. Sowjetökonomen weisen darauf hin, daß zwar die Arbeitsproduktivität, nach Bruttoerträgen errechnet, bei Sowchosen höher ist als bei Kolchosen, beim Vergleich der Nettoerträge jedoch gleicht sich dieses Verhältnis auf Grund des für den größeren Maschinenpark höheren Kapitaleinsatzes aus oder dreht sich sogar zu Ungunsten der höher technisierten Betriebe um.

4. Die Zerstörung der Dörfer und die Zusammenlegung ihrer Bewohner in Agrostädte. Mit zunehmender Größe der Kolchosen und Sowchosen entfernten sich auch die Zugriffs- und Kontrollmöglichkeiten der Betriebsleitungen auf die Kolchosniki in den einzelnen Dörfern und Außenstellen des jeweiligen Betriebs. Hierzu ein Beispiel und Vergleichsdaten aus "Osteuropa-Wirtschaft": Durchschnittliche Entfernung zwischen den Dörfern ohne Rücksicht auf ihre Größe: Baltikum und Nordwestrußland 1,5 km bis 4 km, Mittelasien, Oasengebiete 3 km bis 5 km, während der Kampagne zur Neulandgewinnung erschlossene Gebiete 10 km bis 20 km, Mittelasien mit halbnomadischer Viehhaltung 30 km bis 100 km. "Gerade weil man in der SU an den Riesengrößen der Betriebe festhält, muß sich unter solchen Verhältnissen der schlechtausgebauten Straßen die Produktion verteuern und eine straffe Organisation erschwert werden. Der Kolchos befindet sich in einer ausgeprägten Streulage und bis zu einigen Betriebsabteilungen, beispielsweise der Kolchose 1. Mai, ist noch nie im Leben irgendein leitender Funktionär gekommen." Schon das statistische Material verdeutlicht, wie sehr sich die Kolchosniki nicht nur mit ihrer Reproduktion auf ihren Subsistenzhöfen, sondern oft auch in der Produktion der Kontrolle durch die Betriebsleitung entziehen konnten. Die geplante Zerstörung von Dörfern und der Neubau von Agrostädten unter Chruschtschow scheiterte jedoch am Kapitalmangel der Kolchosen und Sowchosen, die diese Projekte finanzieren sollten. Daß die Kolchosniki die

Kapitalliquidität der Güter durch das Ausmaß ihrer Arbeitsproduktivität beeinflussen, ist bekannt. (Inwieweit sie noch andere Möglichkeiten der Einflußnahme gegen den Bau von Agrostädten entwickelten, war der deutschsprachigen Literatur nicht zu entnehmen).

5. Einschränkungen gegen die Subsistenzhöfe, Angriffe auf die unkontrollierte soziale Reproduktion. Dieser Angriff erfolgte in zwei Phasen: Seit 1956 durften, ja sollten die Kolchosen und Sowchosen die Hoflandgröße der Kolchosniki selbst bestimmen, und zwar in Abhängigkeit von der aktiven Teilnahme an der kollektiven Arbeit und nicht mehr an der Zahl der Arbeitskräfte eines Haushalts an sich. Aber noch 1959 entzogen sich mehrere Millionen Menschen (laut Volkszählung 1959 ca. 6 Mio.) der Arbeitspflicht zur gesellschaftlichen Arbeit durch ausschließliche Arbeit auf ihren Subsistenzhöfen. Nach derselben Volkszählungsstatistik dürfte es sich zu 90% um Frauen gehandelt haben.

Bis in die 60er Jahre hinein war das Hofland die einzige Lebensgrundlage der Landbevölkerung, da der Verdienst für Arbeiten in Kolchosen und Sowchosen nicht im entferntesten zum Überleben ausreichte. Laut dem neuen Kolchosmusterstatut von 1956 wurde empfohlen, die zahlenmäßige Obergrenze des erlaubten Viehbestandes der einzelnen Subsistenzhöfe in Abhängigkeit von Umfang und Qualität des Arbeitseinsatzes der einzelnen Kolchosniki zu beschränken. Nach Aussagen wissenschaftlicher Arbeiten des deutschen Kapitals scheinen im "Musterstatut die entsprechenden Bestimmungen" allerdings bisher mehr in theoretischen Erörterungen und Grundsatzentscheidungen eine Rolle gespielt zu haben als in der konkreten Praxis. Auf der Basis der Kolchosvollversammlungen wurde über Hoflandgröße und Viehbestand auch weiterhin kollektiv mitentschieden, was eine individuelle Ankoppelung an die Produktivität verhinderte. Entgegen den Bestimmungen kam es auch nicht selten vor, daß die Betriebe sich aus Privatbeständen aufgekauftes Vieh auf die eigene Produktion und Planerfüllung gutschrieben.

Die zweite Phase ab 1960 betraf vorrangig die Hoflandgröße und die Höhe des Viehbestandes der Kolchosniki auf den neugegründeten Sowchosen. Um überhaupt Arbeitskräfte für die im Rahmen der Neulandgewinnung neugegründeten Sowchosen zu gewinnen, war des Streben der Sowchosarbeitskräfte nach Aufbau ihrer Nebenerwerbswirtschaften zunächst stillschweigend geduldet worden. "Das Vorhandensein großer Parzellen und Vieh im persönlichen Eigentum ist zu einem ernsten Hindernis auf dem Weg der weiteren

Entwicklung der Sowchosenproduktion geworden" (Chruschtschow, Dez '58). Ein Jahr später wurde aus der noch mehrmals von Funktionären wiederholten Kritik eine Kampagne gegen die Verhältnisse auf den Sowchosen, wo blühende Nebenerwerbswirtschaften für den Mangel an aktiven MitarbeiterInnen in der Sowchosenproduktion verantwortlich gemacht wurden. In dieser Kampagne wurden die Sowchosen aufgefordert, das Vieh aus Privatbeständen aufzukaufen, was real auch geschah, jedoch in einem wesentlich geringerem Maße zum Rückgang der Viehbestände der Kolchosniki auf ihren Subsistenzhöfen führte als beabsichtigt. Chruschtschow kam im Juli 1963 noch einmal auf das Thema der ihm zu groß erscheinenden Subsistenzhöfe im Rahmen von Sowchosen zurück: "Es ist charakteristisch, daß in einer Anzahl Sowchosen, die auf der Basis von Kolchosen geschaffen wurden, die Menge des Viehs der Arbeiter und Angestellten bedeutend größer wurde, als sie bei den Kolchosniki gewesen waren". Die Zwangsaufkäufe für Vieh wurden 1963/64 verschärft und führten tatsächlich zu einem gewaltigen Anwachsen der Kolchosen und Sowchosenherden, die jedoch wirtschaftlich keinen Nutzen daraus zu ziehen vermochten.

Das Scheitern der Reformen unter Chruschtschow

In den Jahren zwischen 1956 und 1964 ist der Versuch gemacht worden, das Verhältnis von Gesellschaftlichem zum Nichtgesellschaftlichem (in der Landwirtschaft) dergestalt zu verändern, daß der Privatsektor schrumpfen und schließlich absterben sollte, und zwar mit Hilfe eines recht unsanften Drucks von oben. Das praktische Ergebnis, wie es in der Agrarkrise von 1963/64 zum Ausdruck kam, hat solche Methoden als unbrauchbar erwiesen, ja als verderblich für die sowjetische Landwirtschaft. Es ist nur logisch, daß man jetzt einen anderen Weg zu gehen versuchte, der sich bedingt als friedliche Koexistenz und Kooperation beider Sektoren charakterisieren läßt. Die Agrarkrise von 1963/64 und die damit einhergehende Unruhe unter den Kolchosniki trug wesentlich zum Sturz von Chruschtschow bei. Wesentlicher erscheint uns, daß sie das Regime zu Zugeständnissen an die Kolchosniki zwang, die in dem neuen Musterstatut von 1965, jetzt unter Breschnev, formal festgeschrieben wurden. Die Minimallöhne wurden nun auch für Kolchosen garantiert, die zulässige Größe der Subsistenzhöfe und der Viehbestände von Kolchosnikifamilien auf Sowchosen wurde den auf Kolchosen gleichgestellt und die staatlichen Aufkaufpreise für Produkte von Kolchosen und Sowchosen wurden erhöht.

Die Löhne in der sowjetischen Landwirtschaft

Vor der Zwangskollektivierung hat es in den wenigen bis dahin bestehenden Kollektivbetrieben unterschiedliche Systeme der Entlohnung nebeneinander gegeben, von der Bezahlung nach den Bedürfnissen bis zur Bezahlung nach Menge der eingebrachten Produktionsmittel, überwiegend jedoch nach der Anzahl der Esser oder der Anzahl der Arbeitskräfte pro Haushalt. In den meisten Fällen war damals die Bezahlung in ihrer Höhe garantiert und in ihrer Auszahlung regelmäßig. Seit der Zwangskollektivierung begann man die zu bezahlenden Leistungen der Kolchosniki in Arbeitseinheiten zu messen. Im März 1931 wurde vom ersten Kolchoskongress der sogenannte Werktag als das allgemein anzuwendende Maß für Arbeitsleistungen anerkannt. Bei den Löhnen hatte es sich zu dieser Zeit hauptsächlich um eine Naturalbezahlung gehandelt. Bis weit in die 50er Jahre galt der Werktag als Arbeitseinheit wie auch die Bezahlung in Naturalien als unerschütterliche Grundlage des Bezahlungssystems der Kolchose. Der Werktag als Arbeitseinheit enthielt keine feste Menge an zu leistender Stundenzahl. Es handelte sich im Prinzip um Stücklohn, der jedoch nicht nach Arbeitszeit gemessen und in Geldsätzen bewertet wurde. Ein Werktag entsprach dem, was ein Kolchosniki an einem Tag leistete. Diese Arbeitseinheit wurde als theoretischer Anteil am Betriebsgewinn eines Jahres gutgeschrieben. Sein konkreter Wert wurde am Jahresende ermittelt und entsprechend der Gesamtzahl der von den einzelnen Kolchosniki geleisteten Zahl an Arbeitseinheiten in Naturalien ausgezahlt. Die den Planzielen entsprechenden Abgabeverpflichtungen der Kolchose an den Staat und die Zahlungsverpflichtungen für Maschinen, Dünger, Saatgut etc. hatten jedoch Vorrang für die Berechnung der Lohnhöhe. Diese Rangfolge, der Restcharakter des Lohns, wurde im Kolchosmusterstatut von 1938 noch einmal betont. In der Praxis lief das darauf hinaus, daß schon die Tatsache, daß der Ertrag der Kolchose niedriger ausfiel als geplant, zur Streichung von Arbeitseinheiten führte, auch wenn kein Verschulden der betroffenen Kolchosniki vorlag. Von den Kolchosniki wurde das als ungerechtfertigte Härte empfunden und in dieser extremen Form von vielen Kolchosen praktisch nicht angewandt. Doch im Endeffekt änderte das nicht viel, denn in Folge des Restcharakters der Löhne fiel dann eben der Wert aller Arbeitseinheiten entsprechend niedriger aus, nur daß das gleichmäßiger alle Mitglieder der Kolchose traf. Hatte die Kolchose, nachdem sie

allen finanziellen Verpflichtungen "nach außen" nachgekommen war (oder hatte sie, den staatlichen Investitionsvorgaben folgend "zuviel" investiert), keine weiteren Finanzmittel bzw. Naturalien mehr zur Verfügung, so blieben die Arbeitseinheiten unentgolten, denn der Lohnfond war am wenigsten geschützt. Außerdem sorgte das System der staatlichen Zwangsaufkäufe durch beständige Erhöhung der Produktionspläne und Aufkaufquoten dafür, daß auch gute Produktionsergebnisse den Kolchosniki oft nur zum kleinen Teil zugute kamen, weil in vielen Fällen die Aufkaufpreise niedriger waren als die Erzeugerkosten. In diesen Zusammenhang gehört auch, daß die Kolchosniki in Folge der Auszahlungen des Lohnes in Teilvorschüssen während des Jahres oder überhaupt erst zum Jahresende unfreiwillige Kreditgeber ihres Betriebes waren. Bis heute bleiben die Kolchosen ihren Mitgliedern oft auch über das Jahresende hinaus einen Teil des Lohnes schuldig. Durch Verminderung der Lohnauszahlung wird bis heute "Unwirtschaftlichkeit" ausgeglichen und trotz niedriger Aufkaufpreise in Betriebsmittel investiert.

Die niedrige Entlohnung wurde in der Regel damit gerechtfertigt, daß die Arbeitsproduktivität der Kolchosniki so niedrig sei. Sie konnte aber ab Ende der 50er Jahre nicht mehr ungebrochen durchgesetzt werden, da aus einigen zentralen Anbaugebieten zu viele Kolchosniki (darunter dringend benötigte Fachkräfte) begannen, legal und illegal in die großen Städte zu migrieren.

In der Breschnev-Ära

Entsprechend wurde seit Beginn der 60er Jahre versucht, Lohnsteigerungen zur Leistungsstimulierung zu benutzen. Die Politik der letzten Jahre der Chruschtschow-Ära hatte noch mit einer Erhöhung des Zwangs zur Arbeit für den Markt operiert. Wie weiter oben beschrieben, war der Angriff auf die Subsistenzbasen der Kolchosniki mit Reallohnkürzungen gekoppelt. Nach kurzfristiger Produktivitätssteigerung und der daran anschließenden Agrarkrise 1963/64 setzte das Regime unter Breschnev auf die Kopplung von Lohn und Produktivitätssteigerung. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität erreichte aber nur etwa die Hälfte des geplanten Ausmaßes. Dessen ungeachtet betrug die Erhöhung des durchschnittlichen Arbeitsentgeltes der Kolchosniki in der ersten Planungsperiode (1970-1975) bereits mehr als 22% und übertraf die Steigerung der Arbeitsproduktivität merklich (siehe hierzu Wedekind: "Die Bezahlung in der SU-Landwirtschaft"). Zum Beispiel wurden 1968 im

Unionsdurchschnitt mehr als 2/3 der Bruttoeinkommen von Kolchosen und Sowchosen für Lohnkosten aufgewandt, wobei überbrückende Bankkredite unerläßlich wurden.
Somit bleibt vordergründig für die Landwirtschaft in der Ära Breschnevs festzustellen:

1. Daß die Verschuldung von Kolchosen und Sowchosen und damit ihre Abhängigkeit von staatlicher Subventionierung rapide zunahm.

2. Daß die Kolchosniki die leistungsstimulierende Wirkung der Lohnhöhe in ihrem eigenen Sinne zu nutzen wußten. Mit dosierter Leistungszurückhaltung setzten sie die Entkopplung von Leistung und Lohn durch.

3. In den 60er und 70er Jahren hat sich das proportionale Verhältnis von Geld- und Naturallöhnen zu Gunsten von Geldlöhnen verändert. Somit konnte zumindest ein Teil der Reallohnsteigerungen über den Mechanismus des Zwangssparens wieder aufgefangen werden, da es ja in den Dörfern fast nichts zu kaufen gab.

4. Die Konsumerwartungen wurden durch die erst seit dieser Zeit vorhandenen Rubel in den Händen der Kolchosniki geweckt. Meist erhöhte sich im ersten Schritt durch diese Rubel die Mobilität der Kolchosniki, denn viele konnten sich erst jetzt eine Zug- oder Busfahrkarte kaufen.

5. Ergänzend sind hier die in Rubel ausgezahlten Minimalrenten und Sozialleistungen ab 1964 zu erwähnen. Was städtischen RentnerInnen kaum zum Überleben reichte, reizte BesitzerInnen von Subsistenzhöfen auf dem Land zur Bahn- oder Busfahrt in die nächste Kreisstadt, auch oder gerade, wenn ihre Arbeitskraft zur Aushilfe bei Erntearbeiten auf der Kolchose gebraucht wurde.

6. Es etablierte sich in der Verbindung von Reallohnsteigerungen, höherem Anteil von Geldlöhnen und dem Aufkommen von Soziallöhnen und Renten auch eine soziale und vor allem geschlechtsspezifische Differenzierung. Beispielsweise nahm der Unterschied zwischen Handarbeiten und Mechanisatorenarbeiten (Personal für Traktoren, Raupen, Mähdrescher) zu. Diese besser bezahlten Mechanisatorenjobs wurden fast ausschließlich von und mit Männern besetzt.

Mit zunehmendem Mechanisierungsgrad wurden alte Formen patriarchaler Arbeitsteilung im Einvernehmen zwischen Kolchosleitung und den Männern der Kolchosnikifamilien in eine neue Form transformiert.

Frauen reagierten hierauf in unterschiedlicher Weise, wie z. B. mit dem Rückzug in die Familienverbände der Nebenerwerbshöfe. In dem Osteuropa-Info "Frauen" ist dies als eine Verweigerungsform von Frauen für Mittelasien beschrieben. Hier herrschte die "traditionelle" Form der patriarchalen Arbeitsteilung, in der Frauen für die Haus- und Männer für die Feldarbeit zuständig waren. Oder Frauen übernahmen verstärkt Lohnarbeiten, die sich mit der Hausarbeit in den Nebenerwerbshöfen örtlich und zeitlich relativ gut verbinden ließen. Als Beispiel sei hier die Milchwirtschaft beschrieben. Gemäß dem allgemein gültigen Prämienlohnsystem wurden die Melkerinnen im Stundenlohn (= Grundlohn) und Lohnprämien ab einer bestimmten Literzahl gemolkener Milch bezahlt. Die Frauen verhielten sich stur gegenüber Versuchen des Regimes, vermittelt über die Männer der Kolchos- und Sowchosleitung, vom traditionellen dreimaligen Melken pro Tag auf das rationellere zweimalige tägliche Melken der Kühe, Schafe, Ziegen und Kamele umzustellen. Es hätte für sie die Kürzung des Grundlohns bedeutet, da weniger Arbeitsstunden berechnet worden wären.

Bei der von den Kolchosen und Sowchosen an die staatlichen Handelsgesellschaften verkauften Milch wie auch bei der von den Kolchosniki an die Kolchose verkauften Milch beklagten sich Agrarexperten über den hohen Wasseranteil und die schlechte Qualität. Eine durch Wasserzusatz erhöhte Milchmenge kommt zuerst den Melkerinnen direkt durch höhere Lohnprämien zugute, und die Sabotage wird von den Männern der Kolchosleitung gedeckt, denn eine größere Menge verkaufter Milch an die Handelsgesellschaften kommt auch der Kasse des Kolchos bzw. der Sowchose zugute und so letztendlich über die Sicherung des Lohnfonds den Löhnen der männlichen Kolchosniki.

Der verstärkte Run von Männern in die etwas besser bezahlten Mechanisatorenjobs endete in erhöhter Fluktuation bei diesen Arbeitsplätzen und damit in höheren Qualifizierungskosten und erhöhtem Verschleiß an den Maschinen sowie in höherem Verwaltungsaufwand (siehe Osteuropa 1/86, 6/89, 5/90).

Seit dem 1.1.1989 soll eine Veränderung des Prämien- und Lohnsystems, ein neues Verhältnis von Grundlohn und Prämie, die Kopplung von Leistung und Produktivität erneut durchsetzgesetzt werden.

Allgemein ist eine Erhöhung der Durchschnittslöhne und -gehälter vorgesehen, wobei die Einkommen von Facharbeitern sowie die des ingenieurtechnischen Personals überdurchschnittlich angehoben

werden sollen. Bedingung ist allerdings eine 'ökonomische Lohnbestimmung", nach der die Betriebe die Mittel zur Erhöhung der Gesamteinkommen der Beschäftigten selbst erwirtschaften müssen (Conert, S. 214). Erklärtes Ziel dieser neuen Formen der Lohnbestimmung ist die Kopplung der Einkommen an Leistung und Produktivität sowie die Beseitigung der 'Gleichmacherei'. Im Rahmen der 'Konsolidierung der sozialistischen Gerechtigkeit' geht es darum, leistungsorientierte Entlohnung und Verteilung als 'gerecht', gleiche Entlohnung aber als ungerecht zu etablieren (Saslawskaja, S. 189). Als Ergebnis resultiert daraus für einige Teile der Klasse die Möglichkeit von Einkommenssteigerungen auf Kosten allgemein erhöhter Leistungsanforderungen, ansonsten aber Einkommensunsicherheiten und teilweise auch relative und absolute Einkommenseinbußen (Schwarze Katze Hamburg, Modernisierungspolitik in der SU). An dem sexistischen Charakter der Entlohnung hat auch die Veränderung des Lohnsystems grundsätzlich nichts verändert. Durch eine verstärkte Differenzierung der Lohnhöhe nach Qualifizierung und Leistung kann sich das patriarchale Gewaltverhältnis über den Arbeitsplatz hinaus bis in die Familien hinein verstärken. Für unverheiratete Frauen wird der Zwang zu noch mehr Arbeit stärker und die Abhängigkeit der Frauen vom Mehrverdienst des Mannes wird in die Familien hineinverlagert. Am Lohnarbeitsplatz direkt wird sich die Arbeitsmotivation bzw. die Bereitschaft zu Arbeits-/Leistungsverweigerung zwischen qualifizierten und unqualifizierten ArbeiterInnen differenzieren. Während sich Überplanerfüllung für die einen als Zusatzverdienst noch "lohnt", wird Planerfüllung für die anderen mehr denn je zum Muß, um das Soll für den Grundlohn zu erreichen. Die Veränderungen des Lohnsystems haben den Leistungsdruck insgesamt verschärft, insbesondere für die schlechter bezahlten Jobs.

Die wirtschaftliche Rechnungsführung

Ein Zauberwort des Perestroika-Regimes heißt "Wirtschaftliche Rechnungsführung".

Für Kolchosen und Sowchosen bedeutet das, daß sie zwar an staatliche Produktionspläne und Preise gebunden sind, aber auf eigene Rechnung wirtschaften sollen. Verbunden mit der Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung ist seit 1989 die Drohung, Betriebe, die in den roten Zahlen arbeiten, nicht mehr durch staatliche Subventionen zu unterstützen. Die fehlenden Investitionen münden

in einer mangelhaften Versorgung der Dörfer, beispielsweise im Gesundheitswesen. Ein Großteil der insgesamt schon seltenen Gesundheitsstationen oder "Krankenhäuser" in mittelasiatischen Republiken oder im südlichen Kasachstan verfügt weder über fließend Wasser oder Strom noch über Kanalisation. Diese Politik des Desinvestments in die Dörfer war und ist neben dem allgemeinen Interesse des Regimes an hoher Wertabpressung gezielt gegen die Migrationsfeindlichkeit der Dorfbevölkerung gerichtet. In europäischen und nordöstlichen Regionen der Sowjetunion führte das seit den 60er/70er Jahren zu einer massenhaften Migration der jüngeren Generation in die Städte. Heute ist das Regime mit (nach unterschiedlichen Schätzungen) allein mehreren Millionen "Illegalen" und den daraus entstehenden sozialen Konflikten in den Städten konfrontiert sowie mit einer starken "Überalterung" der Arbeitskräfte auf dem Land. In den Kolchosen und Sowchosen einzelner Regionen der europäischen und nördlichen Regionen der Sowjetunion wird heute in der Landwirtschaft ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften beklagt, bei immer noch vorhandenem Freisetzungspotential von unqualifizierten Arbeitskräften.

In den mittelasiatischen Republiken konnte die Migrationsfeindlichkeit der Landbevölkerung nicht gebrochen werden. Mit der wirtschaftlichen Rechungsführung direkt verbunden ist der Versuch des Regimes, die Produktivität der Güter durch das Angebot zu steigern, über das Plansoll hinaus produzierte Produkte mit Dollars zu bezahlen, was auf das Desinteresse der Kolchosniki stieß.

Es führte wohl unter ihnen lediglich zu Spekulationen, ob die Dollars auf staatlichen Konten "verwaltet" werden oder ob sie an die Leitung der Kolchosen und Sowchosen ausgezahlt werden und sich der Direktor des Gutes einen Mercedes dafür kauft (siehe Topagrar). Diese Versuche des Regimes, gesamtgesellschaftliche Reproduktionskosten zu sparen, scheiterten zuletzt im Herbst 1990: Zum Abernten der unter günstigen Wetterbedingungen entstandenen Rekordernte fehlten die Arbeitskräfte. T.Saslawskaja u.a. stellen dagegen einen massiven "Überschuß" von unproduktiven Arbeitskräften fest. Der Hintergrund sei eine stark verbreitete Anspruchsmentalität der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft; sie erwarten Löhne und Renten von Kolchosen und Sowchosen, um sich dann auf ihren Nebenerwerbshöfen zu bewegen. (Zur bevölkerungspolitischen Dimension siehe unter Mittelasien heute).

Im Herbst 1990 hieß das konkret: “die Bauern rufen zum Streik”; “Wenn die Städter zu fein sind uns zu helfen, dann werden wir ihnen auch nichts liefern” (Spiegel 33/90).

Durch die Streichung von Schulden von 40,3 Mio. Rubel von ca. 25.000 Kolchosen und Sowchosen entschärfte das Regime ein sozialpolitisches Pulverfaß, indem damit den nicht mehr liquiden Gütern wieder Lohnauszahlungen an die LandarbeiterInnen ermöglicht wurden. Die kollektiven Verhandlungsformen der Kolchosniki werden an ihren konkreten Verhaltensweisen gegenüber ihrem jeweiligen Gut deutlich. Diese drücken sich in erster Linie in Selbstaneignungsaktionen aus. Wir zitieren einen BRD-Agronomen, der 1989 für 6 Monate auf einer Sowchose gearbeitet hat, um herauszufinden, warum die Versorgungslage mit Lebensmitteln in der Sowjetunion - trotz Perestroika - immer schlechter wird: “Auch im privaten Leben läuft ohne Beziehungen nichts. Dabei ist das Organisationstalent der Russen enorm. Sind die Regale auch noch so leer, so sind die Kühlschränke umso voller. In der Sowchose sieht jeder einen Selbstbedienungsladen, aus dem er sich durch den Zaun, wie es in Rußland heißt, versorgt. So ist nicht alles was offiziell in den Statistiken als Schwund auftaucht, für immer und ewig verschwunden, sondern taucht zu einem großen Teil in den privaten Ställen oder Haushalten der Arbeiter wieder auf” (Topagrar).



Militarisierung der Kartoffelernte

Die Blockade von während der Ernte besonders wichtigen Höchstleistungen durch Streik führte zum Einsatz von 90 Bataillonen mit (45.000 LKW der Roten Armee) zum Ernteeinsatz. (Spiegel 33/90).

Direkter Einsatz der Roten Armee oder “nur” als Streikbrecher, um die Senkung der gesellschaftlichen Reproduktionskosten mit Gewalt durchzusetzen? Der Einsatz von Armeepatrouillen in allen Städten der Sowjetunion ab 1.1.1991 während ständig steigender Lebensmittelpreise und kurz vor der schlagartigen Enteignung von zig Milliarden Rubel an kleinen Sparern ist wohl die parallele Entwicklung in den Städten zur Militarisierung auf dem Land (FR. 24.1.91)

Rechtliche Form der Nebenerwerbshöfe

Laut dem Musterstatut für Kolchosen wird jedem Mitglied einer Kolchose außer einem Grundeinkommen (zum Teil in Form von Naturalien) ein kleines Stück Land, ein Wohnhaus, Nutzvieh, Geflügel und landwirtschaftliches Kleininventar zur persönlichen Nutzung überlassen. Das Nutzungsrecht an diesen Nebenerwerbshöfen nebst Inventar wird erbrechtlich geschützt. Jedes Mitglied der Kolchose besitzt laut Musterstatut Anrecht auf Hofland bis zu einer Größe von 0,5 ha. Von dieser Normgröße gibt es regionale Abweichungen.

Das Nutzungsrecht an den Nebenerwerbshöfen bleibt auch dann erhalten, wenn alle Mitglieder der Familie aus Altersgründen oder in Folge von Invalidität arbeitsunfähig sind oder wenn nur noch ein Mitglied auf der Kolchose arbeitet und die anderen Familienmitglieder außerhalb.

Auch Sowchosen verpachten ihren beschäftigten Mitgliedern Nebenerwerbshöfe. Sie sind rechtlich wie erbrechtlich den Nebenerwerbshöfen auf Kolchosen gleichgestellt. Die Größe von Nebenerwerbshöfen bleibt erhalten, wenn die Kolchose in eine Sowchose umgewandelt wird.

Den Werktätigen in anderen Sektoren der Wirtschaft werden Dienstbodenparzellen bis zu einer Größe von 0,5 ha Gartenland zugewiesen. Dienstbodenparzellen werden den Familien der während der Dienstzeit gestorbenen ArbeiterInnen zur weiteren Nutzung überlassen.

Zur Zeit gibt es in der UdSSR (Stand Ende ’89) 36,5 Mio. Nebenerwerbshöfe und außerdem über 15 Mio. Familien mit Gartenland in Städten oder der näheren Umgebung von Städten. Mehr als

50 Mio. Familien, die Mehrheit der Gesamtbevölkerung von 280 Mio. Einwohnern, erzeugen Lebensmittel in erster Linie für den Eigenverbrauch. "Der Versorgungsmangel an Nahrungsmitteln ist ein Problem der einkommensschwachen Bevölkerungsschichten in den großen Städten" (Wirtschaftswoche vom 11.8.1989). Der Doppelcharakter der Nebenerwerbshöfe, das Zugeständnis des Regimes an die traditionellen bäuerlichen Zusammenhänge und gleichzeitige kostenlose Reproduktion der Arbeitskräfte für die Kolchosen und Sowchosen, scheint heute zur endgültigen Blockierung der Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft geworden zu sein.

Der Beitrag von Nebenerwerbshöfen und Nutzgärten zusammen an der gesamten Lebensmittelproduktion beträgt z.B. bei Kartoffeln ca. 60%, 30% bei Gemüse und 40% bei Obst und Trauben (Osteuropa 6/89).

Einen ähnlichen Anteil an der Lebensmittelversorgung haben die Nebenerwerbshöfe bei den Erzeugnissen aus der Tierhaltung. 1988 befanden sich in individuellem Besitz (die Zahlen in Klammern bezeichnen den Anteil am Gesamtbestand in %): 12,7 Mio. Kühe (31%), 10,8 Mio. sonstiges Rindvieh (14%), 14,3 Mio. Schweine (18%), 33 Mio. Schafe und Ziegen (23 %). Einschließlich der an Kolchosen, Sowchosen und Konsumgenossenschaften verkauften Menge wurden 1985 mindesten 28 Mio. Tonnen Milch (ca. 30%) auf den Nebenerwerbshöfen gemolken.

In den Republiken Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Kirgisien werden die Prozentanteile an der gesamtem Nahrungsmittelproduktion noch erheblich überschritten.

Die Anbindung der Nebenerwerbshöfe an den Markt

Entsprechend weisen Agrarwissenschaftler und SoziologInnen auf den gewichtigen Beitrag der Nebenerwerbshöfe an der Lebensmittelproduktion hin und spekulieren auf die noch beträchtlichen Wachstumsreserven für die Zukunft. Die unbezahlte Arbeit, die auf den Nebenerwerbshöfen hauptsächlich von Frauen, RentnerInnen, Behinderten, chronisch Kranken und Jugendlichen geleistet wird, soll mehr als bisher an das Wertraubsystem gebunden werden (siehe Schmeljow,Osteuropa 2/90).

In seiner Bedeutung zurückgedrängt wurde der Austausch zwischen Kolchosniki und ihrer jeweiligen Kolchose/Sowchose. Er war zu einem unüberschaubaren Netz von Dealereien zwischen den

hauptsächlich von Frauen bewirtschafteten Nebenerwerbshöfen und der von Männern besetzten Kolchosleitung geworden. Nach dem Motto “eine Hand wäscht die andere” bildete sich zwischen den Eckpunkten der Pacht in Form von Naturalsteuer für die Nebenerwerbshöfe, Lohnprämien, die oft als Naturallohn gutgeschrieben wurden, und Überschüssen der Nebenerwerbshöfe, die der Erfüllung des Plansolls der Kolchosen oder Sowchosen gutgeschrieben wurden, eine unüberschaubare Grauzone, in der die Kolchosleitung und die Nebenerwerbshöfe das sozialistische Wertraubsystem sabotieren. In dem Maße, in dem dieser Austausch zurückgedrängt werden kann, erhöht sich der Leistungsdruck sowohl für die Nebenerwerbshöfe als auch für die Kolchosen/Sowchosen.

“Ein Volksdeputierter des Parlaments in Moskau resümiert entsprechend, die Landleute seien noch immer nicht unzufrieden genug mit ihrem Leben, das ihnen immer noch ein kleines Auskommen garantiert” (Spiegel, 33/90).

... durch die Konsumgenossenschaften

Seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre sind die Konsumgenossenschaften zum wichtigsten Abnehmer von Produkten der Nebenerwerbshöfe geworden. Sie versuchen, größere und im voraus überschaubare Mengen von den Kolchosnikifamilien zu kaufen. Dazu benutzen sie möglichst langfristige Liefer- und Abnahmeverträge. Die Kolchosnikifamilien erhalten bei Abschluß solcher Verträge vielfach statt oder neben Geld Bezugsrechte für knappe Waren, z.B. Futtermittel. Des weiteren versuchen die Konsumgenossenschaften über die Vergabe von Krediten an die Kolchosnikifamilien/Nebenerwerbshöfe, die Kontrolle über die Nahrungsmittelproduktion zurückzuerlangen.

Die einzige Möglichkeit für die Dorfbevölkerung, städtische/industrielle Waren zu kaufen, bieten die gleichen Konsumgenossenschaften, die die Produkte der Kolchosniki aufkaufen. Die von den Kolchosniki zu staatlich festgelegten niedrigen Preisen aufgekauften Produkte werden von den Konsumgenossenschaften auf den freien Kolchosmärkten oder ihren eigenen Läden in den Städten zu erhöhten “freien” Preisen verkauft. Diese hohen Preise waren schon oft Anlaß für Krawalle der städtischen Bevölkerung.

Außerdem waren Konflikte um Preise auf Kolchosmärkten Ausgangspunkte für sogenannte Nationalitätenkonflikte. Diese haben einen sozialen Konflikt zum Kern. Allgemein in der SU und speziell

in den mittelasiatischen Republiken ist bei der soziologischen Zusammensetzung von Berufsgruppen eine starke ethnische Separierung festzustellen. Zum Beispiel ist der Anteil der nach ihrem Paß als Usbeken ausgewiesenen Bevölkerung in der Republik Usbekistan bei der armen ländlichen Bevölkerungsschicht weit über dem durchschnittlichen Anteil dieser Ethnie an der Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung in dieser Republik (siehe weiter unten). Gleichzeitig stellen Usbeken in Kirgisien einen überdurchschnittlich hohen Prozentsatz der privaten Händler. Entsprechend wird eine Interpretation in nationalistischen/rassistischen Kategorien leicht möglich. Wenn Usbeken in Usbekistan beispielsweise auf einer Baumwollkolchose statistisch nachweisbar oder vielleicht auch nur scheinbar für ihre Nebenerwerbshöfe schlechtere Böden besitzen, ist die Überdeckung dieses sozialen Problems mit rassistischen Kategorien naheliegend.

Kollektivbetriebe

Ein anderer Reformansatz ist die neugeschaffene Möglichkeit der Privatisierung von Grund und Boden für Arbeitskollektive. Nach dem Motto "Konkurrenz belebt das Geschäft" sollen effektiver arbeitende Private den Zusammenhang von höherem Einkommen durch mehr Leistung demonstrieren. Das im Material gekürzte Interview mit einem Volksdeputierten macht deutlich, in welche Richtung die Überlegungen der Agrarexperten der UdSSR gehen. Die privaten Höfe sollen durch Kredite und Lieferverträge an den Markt angekoppelt und ihre Anzahl wie auch ihre Produktivität gesteigert werden.

Doch die große Mehrheit der Kolchosniki ist gegen die "Privaten" eingestellt. Sie ziehen die garantierte Bezahlung in Sowchosen und Kolchosen vor und überlassen den Chefs die Sorge um die Endergebnisse (Topagrar).

"Und obwohl in der Realität der durchschnittliche Monatslohn in den (privaten) Kooperativen 250 Rubel beträgt, was nur 50 Rubel über dem durchschnittlichen Lohn in der Volkswirtschaft insgesamt liegt, und die Genossenschaftler selbst in der Regel sehr viel länger arbeiten als in den staatlichen Betrieben, wo der Arbeitstag streng nach dem Gesetz festgelegt ist, sowie darüberhinaus die Genossenschaftler einige Produktionsfunktionen in einer Person ausüben, bringt ihnen die öffentliche Meinung keine Sympathie entgegen. In einigen Fällen ist sie sogar kämpferisch eingestellt. In der Nähe von

Moskau ist es vorgekommen - darüber berichten die Moskowskije nowsti -, daß örtliche Bewohner einen großen, 1400 Schweine zählenden, genossenschaftlichen Schweinestall anzündeten" (Osteuropa 6/89).

Laut Moskau News vom April 1990 ist zwischen der "eingebürgerten Ordnung der Kolchosbauernschaft und den Privaten" ein Kampf auf Leben und Tod in der Schlacht um die Privatisierung ausgebrochen: – Auf die Mistgabel gespießt ein Pächter aus Rjasan – Bis zum Selbstmord getrieben private Genossenschaftler im Gebiet Moskau und im Gebiet Tomsk - In eine psychiatrische Klinik kam ein Farmer aus dem Gebiet Kirow. - "

Nach Angaben der Zeit Nr. 51 vom Dez. '90 ist nur ca. jeder hundertste Beschäftigte einer Kolchose oder Sowchose wirklich bereit, das unternehmerische Risiko eines Privaten auf sich zu nehmen.

Die Rolle der Frauen in der sowjetischen Landwirtschaft

Schon aus dem statistischen Material wird deutlich, daß Frauen die zentrale Rolle im sozialen Antagonismus in der sowjetischen Landwirtschaft spielen.

An der im Durchschnitt sehr niedrigen Produktivität im sozialistischen Bereich der SU-Landwirtschaft sind Frauen wesentliche Trägerinnen der schon angedeuteten verschiedenen Formen von Aneignung und Verweigerung. Wir lesen das ab an Aussagen von Agrarexperten zum Zusammenhang von Produktivität und Grad der Mechanisierung eines Agrarbetriebs. Wie sich bei zunehmender Rationalisierung/Mechanisierung die patriarchale Arbeitsteilung zu Ungunsten von Frauen verändert, ist weiter oben im Text schon kurz beschrieben worden. In Bezug auf die Arbeitsproduktivität weisen Sowjetökonomen darauf hin, daß sie, nach Bruttoerträgen errechnet, bei den höher mechanisierten Gütern größer ist. Beim Vergleich der Nettoerträge jedoch gleicht sich dieses Verhältnis aufgrund des für den größeren Maschinenpark notwendigen höheren Kapitaleinsatzes aus bzw. dreht sich zu Ungunsten der höhermechanisierten Betriebe um. In Ausprägung wie in Auswirkung am relevantesten sind die verschiedenen Formen von Arbeitsverweigerung bei den unqualifizierten Handarbeiten. Diese am schlechtesten bezahlten Jobs werden in der sozialistischen Landwirtschaft, wie z.B. auch speziell in der Baumwollproduktion Mittelasiens, von Frauen gemacht. Daraus interpretieren wir, daß mit zunehmendem

Mechanisierungsgrad mehr denn je die Verweigerung der Arbeitsleistung an den Frauen festzumachen ist, was die Blockade des Werttransfers aus der sozialistischen Landwirtschaft bedeutet.

Auch wenn die Beschäftigungsquote von Frauen in der landwirtschaftlichen Lohnarbeit immer noch sehr hoch ist, so setzen Frauen sowohl im europäischen wie im mittelasiatischen Teil der SU ihre Prioritäten anders: explizit junge Frauen hatten einen maßgeblichen Anteil an der Landflucht und den daraus resultierenden Problemen des Regimes bezüglich Verwertung, Kontrolle und sozialen Forderungen in den europäischen Bereichen der SU. Von den hier noch verbliebenen Subsistenzhöfen wird der größte Teil von meist älteren Frauen betrieben, deren Verwandtschaft in die Städte abgewandert ist. Sie sind weniger als Saisonarbeitskräfte für die Kolchose/Sowchose verfügbar, sie helfen eher, die Versorgung mit Nahrungsmittel für die eigene Verwandtschaft mitzusichern. Sofern die Nahrungsmittelknappheit in der SU primär ein Problem in den Großstädten darstellt, wird sich die soziale Position von Frauen verändern, die in solcher oder vergleichbarer Form Höfe bewirtschaften. "Der Versorgungsmangel an Nahrungsmitteln ist ein Problem der einkommensschwachen Bevölkerungsschichten in den großen Städten" (Wirtschaftswoche, 11.8.1989). In der gesamten Sowjetunion versuchen gerade Frauen, die Arbeit auf ihren Höfen mit Lohnarbeit für die Kolchosen und Sowchosen zu verbinden.

Formalrechtlich außerhalb und real in Konkurrenz zu Kolchosen oder Sowchosen stehen die Familienpachtbetriebe. Ein regulärer Nebenerwerbshof wird durch von der Kolchose oder Sowchose gepachtetes Land erweitert. Diese Landpacht ist über Lieferverträge und Kredite (ähnlich wie bäuerliche Privatbetriebe) an die Produktion für den Markt gebunden. Um das Recht auf die zu günstigen Konditionen von der Kolchose/Sowchose zugestandenen Bodenanteile des vormaligen Nebenerwerbshofes nicht zu verlieren, arbeitet meist der Mann der Familie gleichzeitig auf der Kolchose weiter. Entsprechend oft werden die Familienpachtbetriebe selbst von Frauen geleitet. Der Familienpachtbetrieb ist ein verbreiteter Versuch, die bisher unproduktiven, "überschüssigen", nichtqualifizierten Arbeitskräfte zur Produktion für den Markt zu zwingen.

Der zunehmende ökonomische Druck auf die Landbevölkerung muß zu einer Zunahme der illegalen Einkommen geführt haben. Deutlich wird das Untersuchungen zur Migrationsfeindlichkeit der dörflichen Bevölkerung in Mittelasien und im südlichen Kasachstan.

Hier wird darauf hingewiesen, daß die Einkommensentwicklung auf dem Land ihre Abwanderung in die Städte auch in den 80er Jahren ökonomisch nicht zwingend macht, obwohl an anderer Stelle mehrfach auf das starke Gefälle der Löhne in der Landwirtschaft zu Ungunsten der mittelasiatischen und transkaukasischen Kolchosniki hingewiesen wird.

Uwe Halbach beschreibt in der Broschüre "Weißes Gold - Weißer Tod" die stärkere Verbreitung von Nebenerwerbswirtschaften und Nutzgärten in den mittelasiatischen Republiken. Als Resümee kann die Differenz zwischen Löhnen und Familieneinkommen nur aus dem legalen und illegalen Einkünften der Familien auf der Basis ihrer Nebenerwerbshöfe und Nutzgärten bestehen. Wie weiter oben schon erwähnt, drängt ein zunehmender Teil von Frauen in Mittelasien aus der Lohnarbeit der Kolchosen und Sowchosen zur ausschließlichen unbezahlten Arbeit in den Familienwirtschaften. Auch hier wird sich die soziale Position von Frauen in den Familienclans verändern, da sie weiter als Arbeitskräfte wie als Organisatorinnen der sozialen Rückzugsorte in den sozio-ökonomischen Mittelpunkt der Familie treten. Anknüpfend an diese Verhaltensweisen stellt der Familienpachtbetrieb einen Versuch dar, Frauen produktiver in die Verwertung einzubeziehen.

Selbstverbrennungen von Frauen in Mittelasien

Die hier angerissenen sozialen Prozesse sind sicherlich in sich gebrochen und keineswegs für alle Frauen in der SU zu verallgemeinern. An den zunehmenden Selbstverbrennugen von vorwiegend jungen Frauen in Mittelasien wird deutlich, daß auch hier Landleben in Familienclans keineswegs als Idylle beschrieben werden kann. An die im Kapitel zur Zwangskollektivierung/-seßhaftmachung angerissene historische Entwicklung der geschlechtlichen Arbeitsteilung anknüpfend, hier ein Zitat zur heutigen Situation: "Die Härten technischer und organisatorischer Arbeitsteilung im Großbetrieb schlagen ungemildert auf die Frauen durch. Im Einsatz von Arbeitskräften in der Landwirtschaft, der bis in allerjüngste Zeit immer noch zugenommen hat, verrichten Männer fast keine Handarbeiten mehr, sie machen die Fach-, Büro- und Führungstätigkeiten zu ihrer Domäne und überließen den aufgrund ihrer großen Kinderzahl nicht flexiblen Frauen manuelle Arbeit auf den Feldern" (aus Rabotnica, 8/1988).

"Ja, viele Mädchen und Frauen, vor allem in den ländlichen Siedlungen, haben nicht einmal lesen gelernt, da sie schon von klein an mehr Zeit auf den Baumwollfeldern als billige Arbeitskräfte, denn auf der Schulbank verbringen mußten" (aus Sovetskaja Kultura, 23.8.1988).

Die diskriminierenden, gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen und die durch nur schwer erfüllbare Arbeitsnormen mit zu niedrigen Löhnen haben, wie schon erwähnt, zu starkem Rückzug von Frauen aus der sozialistischenen Landwirtschaft geführt. Oft wird dazu von den Frauen Heirat benutzt, unter anderem wegen des sich dadurch eröffnenden Rechtsanspruches auf einen "eigenen" Nebenerwerbshof. Hiermit ergibt sich dann die materielle Basis für einen eventuellen gänzlichen Rückzug aus der sozialistischen Landwirtschaft.

Im zuletzt zitierten Artikel werden im Rückgriff auf turkmenische Forscherinnen als altersmäßige Zusammensetzung der sich selbstverbrennenden Frauen schwerpunktmäßig zwei Altersgruppen benannt: 15-18 Jahre und 22-24 Jahre. Das durchschnittliche Heiratsalter von Frauen in Mittelasien liegt vor dem 20. Lebensjahr.

"Mehrheitlich machen die Autoren von Zeitungsartikeln religiöse Vorurteile und Überreste schädlicher Sitten und Gebräuche dafür verantwortlich. Auf den ersten Blick scheint diese Erklärung zu stimmen (...), aber es wäre falsch, den Einfluß überlebter Traditionen, die Vorurteile und Religiösität als einzige Ursache für die Selbstmorde anzusehen. Ich bin keine Anhängerin des Islam, aber eine solche Interpretation kommt dem Versuch gleich, von der Wahrheit abzulenken, die wahren Ursachen zu verdecken (...) In Garm, Dzirgatal oder Kalaichum, wo die Frauen in der Regel an religiösen Gebräuchen festhalten, wo die Bildungspartizipation niedrig ist, sind Selbstmordfälle äußerst selten (...) Nicht unwichtig ist die soziale Lage der Frauen. (...) Von 70 Betroffenen 1987 waren 31% Hausfrauen, die (Pacht-, d.V.)Arbeiterinnen von Kolchosbäuerinnen" (Pamir, 8/1988, S. 137ff).

Die Formulierung "Arbeiterinnen von Kolchosbäuerinnen" drückt aus, daß zwei Drittel der Selbstverbrennungen vor dem Hintergrund der spezifischen Situation in Pachtbetrieben von Frauen als letzter Ausweg gesehen werden. Die besonders harten Bedingungen in Pachtbetrieben lassen einen Rückschluß auf die nochmals verschärfte patriarchale Arbeitsteilung in den Pachtbetrieben zu. Die genannten Altergruppen deuten auf eine Selbstverbrennung kurz

vor oder kurz nach einer (Zwangs-)Heirat in eine Familie hinein hin, die einen solchen mit Knebelverträgen an den Markt angebundenen Pachtbetrieb bewirtschaftet.

Mittelasien heute – Ökozid gegen die soziale Blockade der Akkumulation

In Mittelasien ist der Zusammenhang von realen wie projektierten Veränderungen in der Landwirtschaft seit der Perestroika, von zunehmender sozialer Differenzierung und den unterschiedlichen Reaktionsweisen der sozialen Zusammensetzungen darauf besonders brisant. Mittelasien ist im ersten Jahrzehnt bolschewistischer Herrschaft (erneut) militärisch unterworfen worden, als ein ethno-historisch wie geographisch zusammenhängendes Gebiet. Es ist seitdem politisch wie verwaltungstechnisch aufgeteilt worden in fünf Republiken und einzelnen Republiken untergeordnete autonome Gebiete. Es handelt sich bei den Republiken um Usbekistan (1987 19. Mio. Einwohner, davon 69% Usbeken), Tadshikistan (5. Mio. Einwohner, 59% Tadshiken), Kirgisien (4 Mio. Einwohner, 48% Kirgisen), Turkmenien (3,4 Mio. Einwohner, 68% Turkmenen) sowie Kasachstan (16 Mio. Einwohner, ca. 40% Kasachen).

Rein geographisch sind in den unterschiedlichen Regionen Mittelasiens, z.b. im Hochgebirge oder in Wüsten, große Flächen landwirtschaftlich nicht nutzbar (in Tadshikistan 93%). Traditionell kann nur dort, wo bewässert werden kann, auch Ackerbau betrieben werden (Oasenwirtschaft).

Schon vorher in Ansätzen vorhanden, wurde Mittelasien seit den 30er/40er Jahren monokulturell für den SU- und RGW-Markt zugerichtet. Neben Tabak- und Reiskulturen haben vorrangig Baumwollkulturen zu einer ökologischen Katastrophe geführt. Auch wenn direkte Auswirkungen von monokulturell betriebenem Anbau Menschen in den verschiedenen Regionen Mittelasiens unterschiedlich trifft, so sind doch die dadurch bedingten ökologischen, ökonomischen und folglich sozialen Veränderungen für ganz Mittelasien prägend.

"Weißer Tod" gilt als gängiger Begriff für Baumwolle in Mittelasien. Einige Zahlen: Ende der 30er Jahre erreichte die SU Importunabhängigkeit und wurde seitdem führend in der Weltproduktion für Baumwolle. Davon werden über 90% in Mittelasien produziert. Entsprechend radikal wurde die Landwirtschaft umstrukturiert. Welches Ausmaß die ökologische Katastrophe hat, ist am Beispiel

des Aralsees besonders drastisch zu sehen. Aufgrund des hohen Bewässerungsbedarfs der monokulturellen Baumwollproduktion verbleibt in den Zuflüssen des Aralsees nur noch ein Bruchteil des ursprünglichen Wassers. Durch den hohen Einsatz von chemischen Giften bei der Baumwollproduktion ist der Rest Wasser, der noch im See ankommt, hochgradig verseucht. (im SU-Durchschnitt werden 1 kg Chemieprodukte pro ha landwirtschaftliche Nutzfläche im Jahr eingesetzt, in Usbekistan sind es ca. 55 kg pro ha). So trocknet der Aralsee langsam aus. Seine Ufer sind bereits 60 bis 80 km zurückgetreten, und er versalzt immer mehr. Ca. 75 Mio. Tonnen Salze werden pro Jahr vom Wind zum Teil noch über Mittelasien hinaus verweht.

Die Verknappung und Verschmutzung des Wassers durch die Monokulturen sind heute zu einem zentralen Existenzproblem für Millionen Menschen in Mittelasien geworden. Am direktesten sind Frauen und Kinder, die den Großteil der Handarbeiten auf den monokulturell bestellten Anbauflächen leisten müssen, von den eingesetzten chemischen Giften betroffen. Jede zweite Geburt ist eine Fehlgeburt, die Kindersterblichkeit ist in Turkmenistan so hoch wie in Schwarzafrika.

Handarbeiten auf Baumwollfeldern gehören zu den am schlechtesten bezahlten Arbeiten in der SU. "Würde das Einkommen der Baumwollarbeit auf den Unionsdurchschnitt landwirtschaftlicher Einkommen angehoben, senke die Rentabilitätsquote der Baumwolle von 26% (1987-1990) auf 7%. Das Verhältnis des Arbeitsaufwandes zwischen der Produktion eines Zentners Getreide und eines Zentners Baumwolle betrug 1987 1 zu 32. Das Verhältnis der Ankaufpreise betrug dagegen 1 zu 5" (Halbach, S.45, 2/91).

Hier wird das patriarchalistische/kolonialistische Verhältnis des Zentralregimes gegenüber den Gesellschaften in Mittelasien deutlich. Doch der Angriff auf das direkte physische Überleben geht weiter. Mit den Chemikalien und der Wasserverknappung wird in den Monokulturregionen die Möglichkeit zum Eigenbedarfsanbau von Lebensmitteln zerstört. Infolgedessen ist in diesen Regionen Mittelasiens Hunger verbreitet, die Geldlöhne alleine reichen in der SU-Landwirtschaft nicht zum Überleben. Mit der Zerstörung der Subsistenzhöfe ist für die Frauen auch der soziale Ort des Rückzugs zerstört. (Hier leisten 60% der Frauen Lohnarbeit, im sowjetischen Durchschnitt sind es 90%).

Die seit der Perestroika auf Unions- wie Republikebene "demokratisch gewählten" Modernisierungsregime knüpfen an die gegebenen Bedingungen an. Auch die Regime auf Republikebene reden von der Notwendigkeit der weiteren Baumwollproduktion, von deren Intensivierung statt weiterer Extensivierung wie in den letzten Jahrzehnten.

Der Familienpachtbetrieb

Die zerstörte Möglichkeit zur Produktion von Lebensmitteln in der Familienwirtschaft eines Nebenerwerbshofes, in Kombination mit dem Verbot von Kinderarbeit auf Kolchosen und Sowchosen seit 1988, führte dazu, daß der Familienpachtvertrag in der Baumwollwirtschaft immer häufiger abgeschlossen wird. "Natürlich fällt (...) wiederum die Ausbeutung von Kinderarbeit vom Frühjahr bis zum Spätherbst an" (Halbach, S. 2/91). Im Gegensatz zur bezahlten und somit registrierten Kinderarbeit tritt sie in der Familie offiziell nicht in Erscheinung. "Junge Frauen können sich der Baumwollsklaverei vorübergehend durch Heirat entziehen. So tragen insbesondere Mädchen bis 15 Jahren die Hauptlast der Feldarbeit, auch und gerade unter den veränderten Bedingungen in der Feldarbeit" (Halbach, 2/91), Die Knebelverträge eines Pachtvertrages bieten vordergründig die Möglichkeit zur Steigerung des Familieneinkommens. Aus der Position der Aufkäufer, hier die Kolchose bzw. Sowchose oder die Konsumgenossenschaften, wird daran angeknüpft, daß die Produktivität in familienwirtschaftlich betriebenen Höfen meistens höher ist als im Rahmen der sozialistischen Landwirtschaft. So bekommt die geplante ökologische Zerstörung von Subsistenzhöfen deutlich einen Aspekt von Landraub und Bevölkerungspolitik.

Die wirtschaftlichen Programme der Regime, Frauen, Hauptträgerinnen des sozialen Antagonismus gegen Herrschaft und Verwertung, zu Organisatorinnen der Verwertung (in Familienpachtbetrieben) oder des Hungers (in ökologisch zerstörten Nebenerwerbshöfen) zu machen, wird von den Regimen kombiniert mit der Vernichtung von "überschüssigen Essern" durch Hunger und Ökozid. Begleitet wird diese Politik von wissenschaftlichen Arbeiten zur Bevölkerungsexplosion.

Wichtige Literatur zum Thema Landwirtschaft:

Altrichter, H., Die Bauern von Tver. Vom Leben auf dem russischen Dorfe zwischen Revolution und Kollektivierung, Minden 1984.

Conert, H., Die Ökonomie des unmöglichen Sozialismus, Münster 1190.

Halbach, U., Weißes Gold, weißer Tod... Materielle Krise und ethnische Unruhe in Sowjetisch-Zentralasien. = Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 2, Köln 1991.

Lorenz, R., Sozialgeschichte der Sowjetunion 1917-1945, Ffm 1976.

Merl, S., Bauern unter Stalin, Bln 19990
u. a. Titel von S. Merl.

Wädekin, K.E., diverse Aufsätze in: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, hg. v. Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde.

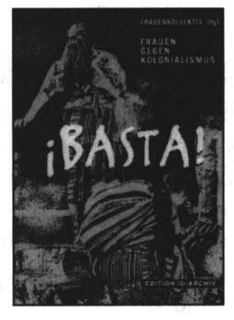


Bis heute ist im Bewußtsein der sowjetischen Bevölkerungen der Gedanke lebendig, daß Land weder verkauft noch privatisiert werden darf.

Edition ID-Archiv
im Internationalen Institut für Sozialgeschichte/Amsterdam

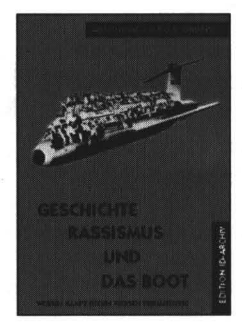
Publikation zum Thema
Rassismus und Nationalismus in Deutschland

Frauenkollektiv (Hg.)
BASTA
Frauen gegen Kolonialismus
Texte und Materialien



Texte und Materialien von lateinamerikanischen, afro-amerikanischen und deutschen Frauen zum Thema. Die Herausgeberinnen sehen diesen Band als einen Beitrag zu den Diskussionen für eine neue feministische internationalistische Solidarität.

320 Seiten, 28,-DM



autonome l.u.p.u.s. gruppe

Geschichte, Rassismus und das Boot

Wessen Kampf gegen welche Verhältnisse?

Ein Versuch, die autonome Theorie und Praxis, die seit den Ereignissen in Hoyerswerda entfachte Diskussion um Rassismus, autonome Flüchtlingspolitik und den antirassistischen Widerstand, einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

160 Seiten, 18,-DM

Redaktion diskus (Hg.)

Die freundliche Zivilgesellschaft

Rassismus und Nationalismus in Deutschland

Ein Diskussionsband, der die politischen Bedingungen des gegenwärtigen Rassismus und Nationalismus in theoretischer und journalistisch kritischer Form darstellt und behandelt.

180 Seiten, 20,-DM

Alle Bücher sind in engagierten Buchläden erhältlich

Direktbestellungen und weitere Informationen bei:

Edition ID-Archiv, Schliemannstr. 23, O - 1058 Berlin

Wildcat heißt auf deutsch »Wildkatze« und ist im englischen Sprachraum der Name für ArbeiterInnenkämpfe, die außerhalb der Apparate, »unabhängig« organisiert werden. Die Geschichte der Arbeiterklasse ist voll von wilden Streiks und anderen »ungesetzlichen« Aktionen.
Die Zeitschrift WILDCAT berichtet über Klassenkämpfe in der ganzen Welt. Von Südafrika bis Sibirien, von Südost-Asien bis zum Golf interessiert uns dabei immer das ganze Netz der Ausbeutung: von der Fabrikarbeit, Schwarzarbeit bis zur Hausarbeit – und alle Formen des Kampfes dagegen: von der alltäglichen Sabotage über »Brotaufstände« bis zu Streiks ...
WILDCAT wird von Gruppen in verschiedenen Städten der BRD gemacht. Wir sind selbst an Initiativen in Fabriken, Büros, Krankenhäusern und im Stadtviertel beteiligt und versuchen auch Kämpfe in anderen Bereichen so weit es für uns möglich ist zu befördern.
WILDCAT ist kein »Parteiorgan«, sondern offen für alle Leute, die über ihre Erfahrungen im Kampf gegen die Ausbeutung berichten und diskutieren wollen.

Schreibt uns!

Helft mit, die Wildcat zu verbreiten!
wir suchen noch WeiterverkäuferInnen

Wildcat 59 / Juni 1992:
ÖTV-Streik: »Hintergründe eines simulierten Streiks« – »Riots: der Lärm eines zusammenbrechenden Systems?« – »Bewaffneter Kampf: das Ende von was?«; außerdem Streiks in Spanien und Ungarn, BASF-Skandal und Interviews mit Streikenden

In der Reihe **TheKla** veröffentlichen wir vergriffene theoretische Texte, Übersetzungen zum internationalen Klassenkampf, Erfahrungsberichte und eigene Analysen. Zuletzt erschien:
Thekla 15: Schichtwechsel – Fiat und die ArbeiterInnen; 160 S. - 8 Mark

Bezugsbedingungen:
Bestellungen durch Überweisung auf:
Sisina, Postgiroamt Berlin, Kto.-Nr. 31 502-109
Wildcat: 1 Heft 4 DM, Abo: 6 Hefte für 20 DM
TheKla: 1 Band 8 DM; Abo: 4 Bände 24 DM
Kontakt: SIsina – Postfach 360 527 – 1000 Berlin 36

Res Strehle
Kapital und Krise
Einführung in die politische Ökonomie

192 Seiten, 18 DM, August 1991, ISBN 3-924737-11-8

Salimah Mellah
Algerien
Momentaufnahmen aus einem Land in Aufruhr

164 Seiten, 16 DM, August 1991, ISBN 3-924737-13-

Peio Aierbe
Bewaffneter Kampf in Europa
Nordirland · Korsika · Italien · BRD

P. Aierbe stellt die Entwicklungsgeschichte der bewaffneten Organisationen dar, die heute in den fünf westeuropäischen Ländern aktiv sind.

207 Seiten, 20 DM, August 1991, ISBN 3-924737-12-6

Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 1
Zentralamerika Mexiko
Klassenkämpfe ohne Grenzen

Migration/kriegsförmige Mobilisierung/Vertreibung/Low Intensity Warfare/ transnationale Klassenauseinandersetzungen/Ökonomie des Widerstands

85 Seiten, 9 DM, 1988, ISBN 3-924737-05-3

Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 2
Brasilien
Das Ende der Entwicklung

Migration/Hunger/Bevölkerungspolitik/die neuen Kämpfe/ Streiks/Plünderungen/Organisierung in den Favelas

112 Seiten, 12 DM, 1988, ISBN 3-924737-06-1

Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 3
England
Krise · Rassismus · Widerstand

204 Seiten, 18 DM, Juni 1992, ISBN 3-924737-14-2

Detlef Hartmann
Leben als Sabotage
Zur Krise der technologischen Gewalt

169 Seiten, 13 DM, Neuauflage 1988, ISBN 3-924737-03-7

"Von der
aussichtslosen Armut...



... zur ganz normalen Armut mit Zukunft."

J. Sachs, Berater der russischen Regierung, zur Perspektive der Zerstörung des sozialen und ökonomischen Alltagslebens.

ISBN: 3-924 737-15-0

DM 25,–